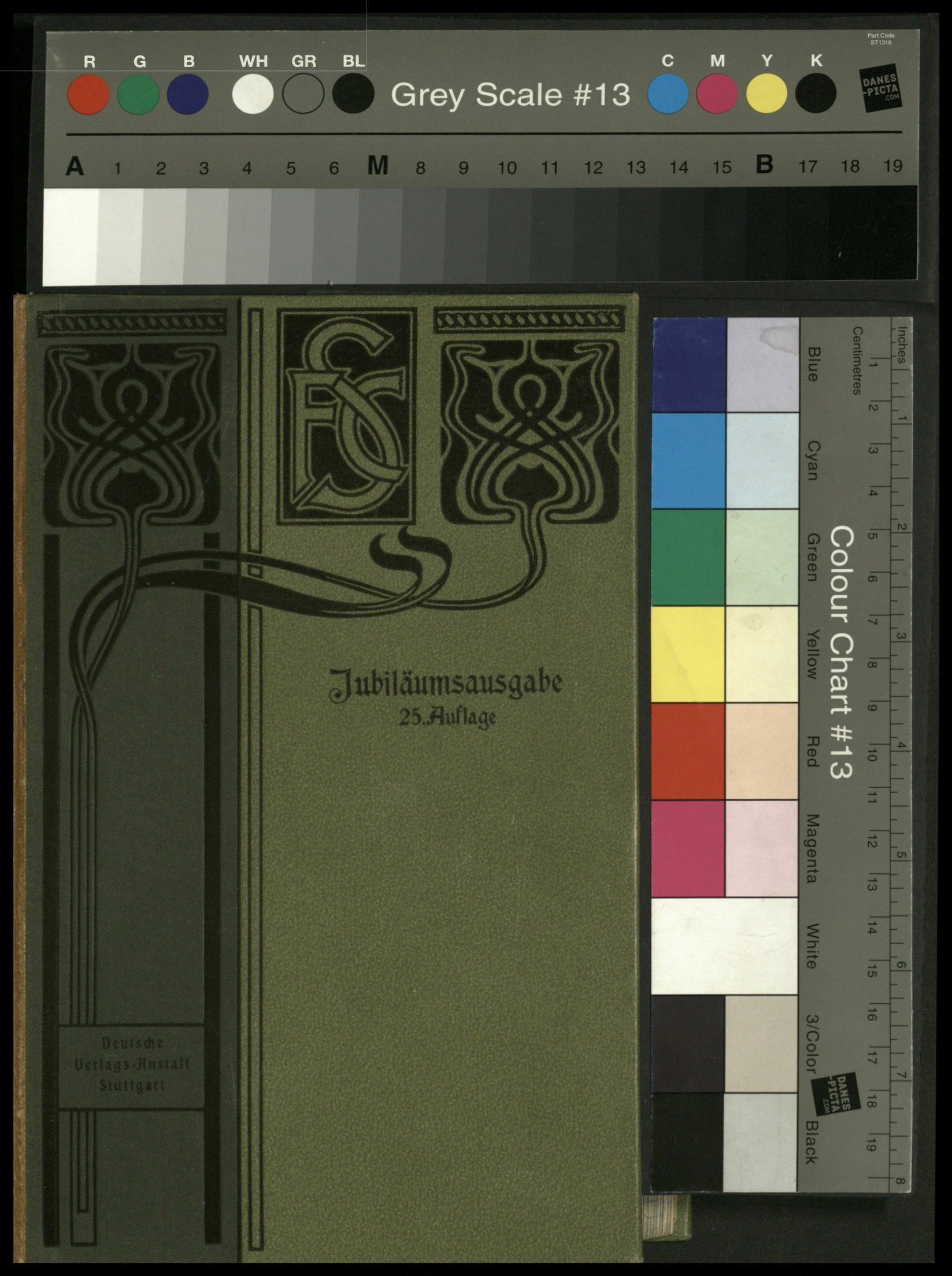

R G B WH GR BL
Grey Scale #13
C M Y K
Part Code ST1316
DANES-PICTA.COM
A 1 2 3 4 5 6 M 8 9 10 11 12 13 14 15 B 17 18 19
Jubiläumsausgabe
25. Auflage
Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart
Colour Chart #13
Blue
Cyan
Green
Yellow
Red
Magenta
White
3/Color
Black
Inches
Centimetres



Jubiläumsausgabe

25. Auflage

Deutsche
Verlags-Anstalt
Stuttgart

Fr. Chr. Schlosser's

Weltgeschichte

für

das deutsche Volk

Von neuem durchgesehen und ergänzt

von

Dr. Oskar Jäger und Dr. Franz Wolff

Fünfte Ausgabe

Mit zahlreichen Abbildungen und Karten

Fünfundzwanzigste Jubiläums-Auflage

Neunzehnter Band

Stuttgart und Leipzig

Deutsche Verlags-Anstalt

1904

13 – 1

Geschichte

der

neuesten Zeit

vom

Wiener Kongreß bis zur Gegenwart

Von

Dr. Oskar Jäger

Fünfte durchgesehene und ergänzte Ausgabe

Vierter Band

1871—1900

Stuttgart und Leipzig

Deutsche Verlags-Anstalt

1904

93/180/

Alle Rechte vorbehalten



31534/2

Vorrede

zu Band 16 bis 19.

Die Geschichte der Zeit von 1815 an, für die von Schlosser selbst keinerlei Material vorlag, ist von dem Unterzeichneten anfänglich in drei Bänden bis 1871 herabgeführt und in folgenden Auflagen immer bis zu einem Punkte nahe der jedesmaligen Gegenwart ergänzt worden. Dies hat schließlich die notwendige Folge gehabt, daß der dritte Band allzu unhandlich wurde und man sich zu der jetzigen Fassung in vier statt in drei Bänden, 16, 17, 18, 19 der gegenwärtigen Auflage, entschließen mußte. Dies ist in der Weise bewerkstelligt, daß der dritte (18.) Band die Geschichte bis 1871, bis zum Frankfurter Frieden, herabführt, in einem vierten (19.) die Ereignisse bis zum Ende des Jahrhunderts erzählt werden: der letzte Teil, seit 1888, dem Tode Kaiser Wilhelms I., bis 1900, ist in neuer Bearbeitung hinzugekommen, die Zeittafel, der seither befolgten Methode gemäß, bis 1903 fortgeführt. Es wurde durch diese Anordnung Raum geschaffen für einen Rückblick auf das ganze durchmessene Gebiet der Geschichte, und wir glauben damit dem großen Gesamtwerke wie seinem letzten Teil, der Geschichte der neuesten Zeit, die zugleich ein Werk für sich bildet, den richtigen Abschluß gegeben zu haben. Der Leser soll von der erreichten Höhe herab auf das durchwanderte Gebiet zurückblicken, um sich des umfassenden Zusammenhangs völlig bewußt zu werden, in den das Leben seines Volks und auch das seinige gestellt ist, und dadurch sich orientieren und kräftigen für die Aufgaben, die auch ihm und jedem einzelnen in seiner bescheidenen Sphäre als Glied einer großen weltgeschichtlichen Nation gestellt sind.

Dies war der Gesichtspunkt, von dem der Verfasser dieses letzten Teils ausging und ausgehen mußte, als er sich vor 40 Jahren in der Zeit der beginnenden großen Entscheidungen zu dem Wagnis der Darstellung einer Zeit, in deren gewaltsam ringende Gegensätze er selbst wie die Mehrzahl seiner Leser gestellt war, entschloß. Er hat, wie er im Vorwort zu dieser 25. Auflage sagen darf, seine Mühe in weit reicherem Maße, als er irgend erwarten durfte, belohnt gesehen, und darf am Abend seines Lebens sich der Hoffnung getrösten, daß auch weiterhin diese Darstellung, an die er einen guten Teil dieses Lebens gesetzt hat, des Namens, den Schlosser seinem Werke gegeben, dessen Schluß sie bilden soll, „Weltgeschichte für das deutsche Volk", nicht ganz unwert befunden werde.

Bonn, im Juli 1904.

O. Jäger.

Fünftes Buch.

Vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart.

1871—1900.

Erster Abschnitt.

Vom Frankfurter Frieden bis zum Ausbruch des Russisch-Türkischen Krieges.

1871—1877.

Seit dem Frankfurter Frieden von 1871, dem letzten großen und im höchsten Sinn weltgeschichtlichen Ereignis unserer Epoche, ist nunmehr ein Menschenalter vergangen, und fast wäre man versucht, hier vorläufig mit einer geschichtlichen Darstellung im strengeren Sinn bedenklich innezuhalten, weil mit jedem Schritt weiter die Grenze zwischen geschichtlicher Auffassung und Tagespolitik schwerer zu ziehen und zu finden ist. Unsere Aufgabe würde aber doch sehr unvollständig gelöst sein, wenn wir nicht versuchen wollten, die Lage der wichtigsten Staaten, wie sie sich wesentlich unter dem Einfluß der im vorigen Bande geschilderten Ereignisse gestaltet hat, in flüchtigen Umrissen zu zeichnen und ihre Entwicklung bis zu einem Zeitpunkt, welcher der Gegenwart möglichst nahe liegt, zu verfolgen. Die welthistorische Bedeutung der großen Auseinandersetzung zwischen Deutschland und Frankreich, mit deren Erzählung der vorhergehende Band geschlossen hat, läßt sich schon jetzt vollkommen übersehen, und die einfache Erzählung der Ereignisse bis auf unsere Tage, an schlichtem chronologischen Faden aufgereiht, wird genügen, um die ringenden Kräfte der Gegenwart und die Aufgaben, welche den Jetztlebenden von der Vergangenheit überliefert sind, kennen zu lehren.

Unser Überblick wird zunächst die Geschichte der einzelnen Staaten bis 1877, alsdann den Verlauf des Russisch-Türkischen Krieges und seine Ergebnisse im Berliner Frieden darlegen und an diesen eine fernere Darlegung des Wichtigsten aus der seitdem verflossenen Zeit, der Zeit bis zum Tode Kaiser Wilhelms I., und dann des letzten Jahrzehnts des 19. Jahrhunderts anschließen. Im allgemeinen wird es zweckmäßig sein, wenn wir für die erste dieser

Aufgaben die Machtverhältnisse der Staaten zum Einteilungsgrunde nehmen und zuerst die Großmächte, alsdann die Staaten mittleren Ranges und in Verbindung mit ihnen die wenigen kleinen Staaten, welche die nach Zusammenfassung der Volkskräfte und größeren Staatenbildungen hindrängende Zeit übrig gelassen hat, ins Auge fassen.

A. Die Großmächte.

1. Das Deutsche Reich.

Der großartige Siegeseinzug der Truppen in Berlin (16. Juni 1871), den der neue Kaiser der Deutschen und seine nächsten und vertrautesten Kriegs- und Staatsmänner selbst anführten, war nur einer der vielen Triumphzüge, welche Deutschland in diesem Jahre sah. Am 29. Juni hatte Stuttgart, am 30. Hannover, am 11. Juli Dresden, am 16. München seinen Ehrentag: entsprechend ging es mit Festjubel und Siegesfreude bis herab zur kleinsten Garnisonsstadt, und fast jedes Dorf ehrte seine im Kriege gefallenen Markgenossen mit einem Denkmal, das dem heranwachsenden Geschlechte Kunde gab von den wunderbaren Ereignissen dieser acht Monate. Freuden- und Ehrenbezeigungen waren niemals besser angebracht, niemals berechtigter. Die Genugtuung über das glücklich geführte Schwert — eine Empfindung, an sich roh oder barbarisch wie sie sein mag, die aber noch nicht so bald unter den Menschen verschwinden wird und die ihr Recht behauptet, solange noch nicht das tausendjährige Reich auf Erden erschienen ist — sie war diesmal geadelt durch das Bewußtsein, daß der Feind sich diesem Schwerte sozusagen aufgedrungen hatte, daß der Krieg für Deutschland gar nicht Sache der Wahl, sondern eine einfache Notwendigkeit gewesen war. Diese kriegerische Genugtuung aber, allgemein wie sie war, wurde ergänzt und fruchtbar gemacht durch die Freude über den großartigen politischen Erfolg, der aus diesem Kriege hervorgegangen war: die Rückeroberung der alten Reichslande Elsaß und Lothringen und die Aufrichtung eines deutschen Bundesstaates von 41 Millionen. Und nicht allein, daß damit die verworrene Zeit, die üblen Tage seit 1848, seit 1830, seit 1815, und wie weit man noch zurückgreifen wollte, ihr Ende gefunden hatten. Nicht bloß ein bescheidenes Plätzchen für ruhiges Dahinleben hatte die Nation sich erobert: es war die ihrer Lage in der Mitte des Erdteils, ihrer Volkszahl und ihrer Kultur gebührende, es war die zentrale und für die nächste Zukunft zum mindesten die führende Stellung, welche sie sich errungen hatte. Nicht sich allein zum Heile, das durfte man sich sagen, und die Ereignisse schon der nächsten Zeit taten es unwidersprechlich dar. Den hochmütigen Prätensionen Frankreichs, die nach

der Reihe fast alle Staaten Europas bedroht oder vergewaltigt hatten, war ein Ende gemacht, wie der Abenteurerpolitik, in welcher die Staatsmänner vom Schlage des Grafen Beust sich ergingen. Die italienische Einheitsbewegung war in unmittelbarem Gefolge des Krieges — eine wunderbare, wie von höherer Hand in dieses gewaltige Epos eingeschobene Episode — zum Abschluß gekommen, zugleich mit der deutschen, und damit war denn auch der österreichischen Dynastie jene Politik der Entsagung, die das Schicksal ihr auferlegte, leichter gemacht. Ein friedliches Zusammenwohnen der europäischen Familie war möglich geworden, jetzt, wo der ewige Friedensbrecher und Friedensstörer für lange, wenn nicht für immer, zur Ruhe verwiesen war.

Man hatte sich mittlerweile in Deutschland bereits an die Arbeit begeben, die Früchte des gemeinsam erstrittenen Sieges unter Dach zu bringen. Am 23. Januar 1871, noch in Versailles, hatte der Kaiser die Wahlen zu dem ersten deutschen Reichstage auf den 3. März angeordnet, am 21. März wurde dieser Reichstag von dem siegreichen Herrscher zu Berlin eröffnet. „Wir haben erreicht," sagte die Thronrede, „was seit der Zeit unserer Väter für Deutschland erstrebt wurde, die Einheit und deren organische Gestaltung, die Sicherung unserer Grenzen, die Unabhängigkeit unserer nationalen Rechtsentwicklung — — das neue Deutschland, wie es aus der Feuerprobe des Krieges hervorgegangen ist, wird ein zuverlässiger Bürge des europäischen Friedens sein, weil es stark und selbstbewußt genug ist, um sich die Ordnung seiner eigenen Angelegenheiten als sein ausschließliches, aber auch ausreichendes und zufriedenstellendes Erbteil zu bewahren." Sie schloß: „Möge dem deutschen Reichskriege, den wir so ruhmreich geführt, ein nicht minder glorreicher Reichsfriede folgen, und möge die Aufgabe des deutschen Volkes fortan darin beschlossen sein, sich in dem Wettkampfe um die Güter des Friedens als Sieger zu erweisen: das walte Gott!"

Indes zeigte schon die Beratung über die Antwortsadresse, daß die Hoffnung auf einen sofortigen ungestörten Reichsfrieden sich nicht erfüllen würde. Bei den Wahlen zum Reichstag hatten die religiösen Kämpfe, welche infolge der Beschlüsse des Vatikanischen Konzils die Gemüter bewegten, schon eine wesentliche Rolle gespielt. Die Ultramontanen hatten von der Macht, die ihnen bei der unvergleichlichen Organisation ihrer Kirche das allgemeine Stimmrecht über die Masse des Volkes gab, einen rückhaltlosen Gebrauch gemacht, und sie hatten in Posen, Schlesien, Westfalen und vor allem am Rhein, die alte „Pfaffengasse" entlang, eine nicht geringe Anzahl ihrer Kandidaten durchgebracht, während sie in Bayern und überhaupt im Süden bemerkenswerterweise gegen die National- und Liberalgesinnten unterlegen waren. Sie bildeten in dem neuen Reichstage

eine geschlossene Partei von 63 Abgeordneten, welche sich die Partei des Zentrums und weiterhin die Verfassungspartei nannte und entschlossen war, in erster Linie die Interessen der römisch-katholischen Kirche zur Richtschnur ihres politischen Handelns zu machen. Sie stießen sich an dem Satze der Thronrede: „Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Selbständigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig auch der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken" und mehr noch daran, daß der Antwortsentwurf der Kommission diesen Grundsatz der Nichteinmischung in noch nachdrücklicherer Form betonte. Sie hätten eine Intervention zugunsten der Wiederherstellung des Papstes gewünscht und sträubten sich wenigstens dagegen, daß eine solche von vornherein gleich an der Schwelle der Entwicklung des neuen Deutschen Reiches so ganz unbedingt ausgeschlossen werde. Die Debatte war lebhaft genug: mit voller Deutlichkeit gab sich die Richtung kund, in welcher die Gefahren für das neue Reich gelegen waren; doch wurde die Adresse, das gemeinsame Werk von Vertrauensmännern aller übrigen Parteien, mit 243 gegen 63 Stimmen angenommen.

Wenige Tage später versuchte die Partei, welche klug genug war, die Verteidigung ihrer innerlich und vor dem Forum der Vernunft sehr schwachen Sache angriffsweise zu führen, einen neuen Anlauf. Vielgestaltig, in alle Rollen mit Leichtigkeit sich findend und in allen dieselbe, stellte sie sich jetzt auf die Seite der Freiheit: sie brachte den Antrag ein, in die Verfassung des Deutschen Reiches einige „Grundrechte" aus der preußischen Verfassung herüberzunehmen, die sich auf Preßfreiheit, Vereinsrecht, Religionsfreiheit und Recht der Selbstverwaltung für alle Religionsgesellschaften bezogen. Aber in dieser Versammlung saßen Männer, welche die Geschichte kannten, und die zum Teil es aus eigener Erfahrung wußten, welche Art von Freiheit die Ultramontanen handhabten, wo sie die Herrschaft besaßen. Die Beredsamkeit des Bischofs von Mainz und der anderen Parteiführer, die in einem Atem das Grundrecht der Religionsfreiheit forderten und sich zu den päpstlichen Schriftstücken vom Jahre 1864 bekannten, in denen der Grundsatz der Duldung anderer als ein verdammenswerter Irrtum bezeichnet war, machte hier keinen Eindruck. Auch dieser Antrag ward gegen 59 Stimmen abgelehnt und in den nächsten Wochen ohne weiteren Zwischenfall die Reichsverfassung auf Grund der Verfassung des Norddeutschen Bundes und der Versailler Verträge festgestellt. Eine Differenz erhob sich nur über den alten Streitpunkt der Gewährung von Diäten an die Abgeordneten, welcher von keiner großen Erheblichkeit war. Im übrigen blieb die Verfassung des Norddeutschen Bundes, die von Anfang an für die nunmehr eingetretene Ergänzung und Vollendung eingerichtet war, mit den durch den Beitritt der vier süddeutschen Staaten bedingten

Änderungen. Der König von Preußen nahm als erblicher Vorstand der alle deutschen Staaten umfassenden Union den Titel eines deutschen Kaisers an; die Zahl der Mitglieder des Bundesrates wurde von 43 auf 58 erhöht; 382 Reichstagsabgeordnete wie seither durch das allgemeine gleiche und geheime Stimmrecht gewählt: einen Wahlmodus, welcher für lange hin den Ultramontanen und den Sozialdemokraten einen großen Einfluß sicherte und den Parteien besonnener Freiheit eine überaus schwere Aufgabe stellte. Die Rechte des Bundespräsidiums wurden in einigen Punkten beschränkt: bei Erklärung von Bundeskriegen war Zustimmung des Bundesrats erforderlich, außer im Falle ein Angriff auf Bundesgebiet erfolgt war, und ebenso war dem Bundesrat der Beschluß über die Frage, ob Bundesexekution einzutreten habe, vorbehalten. Den süddeutschen Staaten waren durch die Versailler Verträge einige besondere Angelegenheiten und Rechte reserviert, die sich besonders auf Steuer-, Post- und Militärverhältnisse bezogen: sie schadeten dem Ganzen wenig, nützten aber freilich den württembergischen und bayrischen Untertanen noch weniger. Daß der deutsche Territorialismus trotz dieser Reservatrechte, welche diesen Staaten u. a. das kostbare Recht eigener Briefmarken sicherten, der Reichseinheit nicht wieder ernstlich gefährlich werden konnte, dafür war ausreichend gesorgt, wenn ihm gleich so eine Sphäre, innerhalb deren er vieles Gute und einiges Üble tun konnte, gewahrt blieb. Nicht von daher kam dem neuen Reiche die Gefahr. Die gemeinsam vollführten Taten trugen den Gedanken der nationalen Einheit bis in die letzte Hütte, und sie waren nicht von der Art, daß man fürchten mußte, sie würden der Erinnerung des Volkes so bald entschwinden. Das neue Kaiserhaus, verwoben mit diesen glorreichen Erinnerungen, hatte durch diese Taten eine Popularität erlangt, die durch die handelnden Persönlichkeiten — den heldenhaften, kriegsgewaltigen und dabei gutmütig-freundlichen Kaiser, der mit 74 Jahren so Großes vollbracht hatte, den mannhaften, stattlichen, leutseligen Kronprinzen, den schneidigen Soldaten Prinz Friedrich Karl — in einer Weise unterstützt ward, wie man sie wirksamer nicht hätte wünschen können. Man gewahrte mit Erstaunen, daß die Erinnerungszeichen aus dem großen Kriege, die Schlacht- und Heldenbilder, fast zahlreicher im Süden entgegentraten als im Norden. Es ist erklärlich: der Bevölkerung Preußens und der kleinen Länder seiner unmittelbaren Machtsphäre war das großstaatliche Leben nichts völlig Neues; sie besaß eine große Kriegs- und Staatsgeschichte schon vor dem Jahre 1870; die Badener und Hessen, die Württemberger und Bayern fühlten sich jetzt zum ersten Male im vollen und ganzen Gemeinbesitze aller Güter eines großen Bundesreiches. Sie fühlten es mit dem erhebenden Bewußtsein, dieses Reich mit ihrem besten Blute mitbegründet zu haben: das Gerede

vom Bettelpreußentum, seither eine beliebte Redensart, verkroch sich in die Winkel der kleinen ultramontanen Blätter. Man konnte es ruhig der weiteren Entwicklung überlassen, die Empfindung und den Sinn für die zahllosen Güter, die auch außer dem kriegerischen Ruhme ein nationales Leben im großen Stil dem einzelnen bietet, in immer weitere Kreise zu tragen, immer tiefer in die Massen zu pflanzen: hat man ja doch seither schon die Erfahrung machen können, wie die energische Wahlbewegung z. B., in welche alle drei und weiterhin alle fünf Jahre die Erneuerung des Reichstages alles deutsche Land hineinwirft, überall ein Bewußtsein nationalen Lebens erweckt, neben welchem alle lokalen und territorialen Wahlbewegungen in den Hintergrund treten.

Die Befürchtung lag freilich nahe, daß der territoriale Partikularismus, der so lange das deutsche Leben beherrscht hatte, mehr betäubt als besiegt, sich wieder erhebe, und daß die Masse der Bevölkerung keinen Gefallen finde an der politischen Arbeit, die ihr das allgemeine Stimmrecht zuwies. Zwei Ursachen, so fügte es die Vorsehung, hinderten dies: die eine war, daß Deutschland einen gemeinsamen Besitz zu wahren hatte in dem zurückgewonnenen elsässisch-lothringischen Lande; die zweite, daß unmittelbar nach dem gewonnenen Siege die kirchlichen Fragen, für welche die Masse sich weit mehr interessiert, als für die rein politischen, in den Vordergrund traten, und daß diese kirchlichen Fragen gerade die beiden mächtigsten Staaten des Deutschen Reiches, von denen man sonst am meisten ein eifersüchtiges oder sprödes Verhältnis hätte erwarten können, Preußen und Bayern, in ganz gleicher Weise berührten. Man hatte während des Krieges zu bemerken geglaubt, daß gerade die preußischen und die bayrischen Soldaten sich am besten verstanden hätten: diese Waffenbrüderschaft setzte sich noch längere Zeit fort in einem gleich wichtigen wie gleich gefährlichen Kampfe.

Mit den Abtretungen, zu denen die Franzosen sich hatten bequemen müssen, war ein Gebiet von 263 Quadratmeilen und $1^1/_2$ Millionen Einwohnern in deutschen Besitz übergegangen. Gewichtige Stimmen rieten, dasselbe ohne weiteres als Provinz dem preußischen Staate einzuverleiben. Aber dagegen sprach, daß man nicht dem gehässigen Gerede Nahrung und Vorwand geben durfte, als hätte der Krieg nur einer Machtvergrößerung Preußens gegolten, und außerdem: die Schwierigkeit, diese französisch gesinnte und süddeutsch geartete Bevölkerung wieder deutsch zu machen, war offenbar größer, wenn man sie erst preußisch machen mußte, als wenn man darauf hinarbeitete, sie zunächst wieder elsässisch zu machen. Der leitende Staatsmann erkannte richtig, daß man ebendiesen partikularistischen Zug, der jeder und so auch dieser deutschen Be-

völkerung anhaftete, benutzen müsse, um sie mit der neuen Ordnung der Dinge zu versöhnen. So wurde dem Reichstage ein Gesetz vorgelegt und von diesem angenommen, nach welchem diese Lande als Reichsland eine besondere Verwaltung erhalten sollten. Ihr Souverän war der Bundesrat und in seinem Namen der Kaiser: bis zum 1. Januar 1873 sollte eine Art von Diktatur bestehen, von da an die Reichsverfassung auch für dieses Land gelten, das dann weiterhin neben seiner Vertretung im Reiche seine besondere Landesvertretung und Landesverfassung wie jedes andere deutsche Land erhalten mochte. Man behandelte das zurückgewonnene Land mit großer Milde. Die Kriegsschäden wurden ihm mit größter Freigebigkeit erstattet, und diesen Teil der „barbarischen Herrschaft fremder Eroberer", wie die gallische Phrase lautete, ließ man sich dort wohl behagen: mancher Straßburger bedauerte, daß nicht auch ihm eine freundlich gesinnte Bombe das Haus zerschmettert habe, um es auf Reichskosten neu gebaut zu erhalten. Eine Amnestie ward erlassen (26. Juni), ein bewährter Mann, Oberpräsident von Möller, wurde zum Generalgouverneur bestellt (7. September) und alsbald Einleitung getroffen, in Straßburg eine deutsche Universität wiederherzustellen, die, schon am 1. Mai 1872 eröffnet, rascher als man hätte hoffen dürfen, zur Blüte gelangen sollte. Der ländlichen Bevölkerung gab man die Wohltat einfacher deutscher Erziehung anstatt der doppeltsprachigen oder halbwelschen durch verständige Einrichtung des Elementarschulwesens zurück, und wenn es auch im einzelnen, wie namentlich im höheren Schulwesen, an sehr groben Mißgriffen nicht fehlte, so ward doch im ganzen die schwierige Aufgabe nicht schlecht gelöst. Die Bevölkerung, vorab die Städte, wehrte sich vornehmlich gegen die sofortige Heranziehung des Landes zum Reichskriegsdienste; in dieser Beziehung aber ward, und sehr verständigerweise, kein prinzipielles Zugeständnis gemacht, wenn man auch im einzelnen sehr milde verfuhr. Der kriegerische Sinn der bäuerlichen Jugend des Elsaß versöhnte sich sehr rasch mit dem neuen Waffenrocke: nicht von dieser Seite kamen die Hemmnisse und Erschwerungen bei dem neuen Ehebunde, den der Krieg gestiftet hatte. Sie kamen wesentlich von derselben Seite, von der auch im alten Deutschland der neuen politischen Schöpfung die Feinde sich erhoben: drei Viertel des Landes waren römisch-katholisch, und es begreift sich, daß auf diesem so wohlvorbereiteten Boden, unter einem Volke, das durch den plötzlichen Wechsel seiner politischen Lage verwirrt und aufgeregt war, nichts leichter war als dies, die „preußische" Herrschaft als eine ketzerische darzustellen und das Strohfeuer des gallischen Nationalbewußtseins mit etwas derberem und länger brennendem Holze, dem Religionsfanatismus, zu nähren. Zu diesem Behuf wurden denn auch sehr bald die nötigen Weissagungen und Wundererscheinungen in Szene

gesetzt, denen das abergläubische Volk in Masse zuzog; wer nicht aus Aberglauben hinging, für den reichte auch der Beweggrund aus, die deutschen Gendarmen zu ärgern.

Daß der erste Kampf in dem neuerstandenen Deutschen Reiche dem romanischen Universalstaate gelten würde, der hier im Elsaß mit dem Franzosentum sich verband, wie anderswo mit anderen populären Stimmungen, hätte man voraussehen können. Indes kam der Streit in dieser ersten Reichstagssession nicht zum vollen Ausbruche. Deren Verlauf war nach jenen Anfangsgefechten ein im ganzen friedlicher. Die Reichsverfassung ward festgestellt (14. April 1871), noch eine Kriegsanleihe von 120 Millionen Talern genehmigt (24. April), damit die stockenden Unterhandlungen in Brüssel in rascheren Fluß kämen; das Strafgesetzbuch des Norddeutschen Bundes als Reichsgesetz angenommen (7. Mai); neben den Dotationen für verdiente Heerführer, die man dem Kaiser zur Verfügung stellte, wurden vier Millionen Taler aus der Kriegsentschädigung bewilligt zur Unterstützung von Reservisten und Landwehrmännern, die durch den Krieg in ihrem Geschäfte zu Schaden gekommen waren. Nachdem beide Gesetze, auch das erstere, unter kleinlichen Nörgeleien einzelner popularitätssüchtiger Parteiführer, angenommen waren, wurde am 15. Juni, am Tage vor dem Triumpheinzuge der Truppen, der Reichstag geschlossen: die Mitglieder konnten noch Zeugen des großen militärischen Schauspiels sein, mit welchem ein Sieg ohnegleichen gefeiert wurde. Daß in den Festjubel über diesen Sieg schon der Tumult des neuen heißen Kampfes, der bereits auf der ganzen Linie entbrannt war, seine Mißklänge warf, darf man kaum beklagen. Die Nation, der die Vorsehung die Ehrenaufgabe gegönnt hat, einst im 16. Jahrhundert das große Ringen um geistige Freiheit zu eröffnen, mußte diesen Kampf auch durchführen. Und es war gut, daß nach Niederwerfung des äußeren Feindes dieser Nation eine neue, größere, unendlich schwierigere Aufgabe gestellt wurde, die alle ihre besten Kräfte in Anspruch nahm, sie vor Stagnation bewahrte und ein heilsames Gegengewicht bot gegen die sich überstürzende Geschäfts- und Erwerbstätigkeit, welche, von Kriegsfurcht befreit, vielfach in gemeine Geldgier und rohes Jagen nach schnellem Gewinn ausartete und prahlerischen Luxus bei den einen, Übermut und rohe Schwelgerei bei den anderen hervorrief.

Wir haben gesehen, wie die Verkündigung der päpstlichen Unfehlbarkeit fast auf den Tag mit der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland zusammentraf; und manche waren und sind geneigt, einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen den beiden Ereignissen anzunehmen, beide als Werk der Jesuiten zu bezeichnen, deren Einfluß den schwachen Papst wie die armselige Kaiserin von Frankreich gleichmäßig beherrscht habe. Dieser unmittelbare Zu-

sammenhang läßt sich nicht erweisen und ist auch nicht gerade wahrscheinlich: der mittelbare ist desto gewisser. Es ist unzweifelhaft, daß diesen Leuten ein großer europäischer Zusammenstoß schon darum willkommen war, weil sie während desselben ihr Dogma in die Welt einschmuggeln konnten: während der Aufregungen des Krieges trat die kirchliche Frage von selbst in den Hintergrund. Jetzt nach geschlossenem Frieden trat sie alsbald in ihrer ganzen Wichtigkeit hervor, um nun auf lange Zeit hin eine der wirksamsten Störungen des europäischen und namentlich des deutschen Lebens zu bilden.

Die ungeheuerliche Lehre von der päpstlichen „Unfehlbarkeit aus sich selber" (ex sese), welche am 18. Juli 1870 verkündet wurde, hatte in Deutschland unter dem denkenden Teil der Katholiken, noch ehe sie von dem Konzil angenommen worden war, heftigen Widerspruch hervorgerufen, und wir haben gesehen, wie ein Teil der Bischöfe selbst sie für eine Verkehrung der alten und echten kirchlichen Doktrin ansah. Allein sie war nunmehr von der Mehrheit des Konzils angenommen: und die Bischöfe sahen sich vor die Frage gestellt, ob sie in diesem Beschlusse den Ausspruch des Heiligen Geistes anerkennen, oder ob sie, dem was ihre seitherige Überzeugung gewesen folgend, dem Dogma sich widersetzen sollten; daß das letztere die Sprengung des römisch-katholischen Universalstaates, welchen sie die Kirche nannten, bedeute, war unzweifelhaft. Sie zogen, die meisten sogleich, einige zögernd und unter schweren inneren Kämpfen, die Vermeidung eines Schisma, die Erhaltung der katholischen Einheit jeder andern Alternative vor; und sie hatten dabei keine weitere Not, die große Menge der Geistlichkeit und das von diesen geleitete Volk denselben Weg zu führen. Allein bei der Durchführung der Neuerung, welche die Verfassung der Kirche ebenso sehr wie ihr inneres sittliches Wesen änderte, mußte diese Neuerung notwendig zu einem Zusammenstoß führen einerseits mit der Staatsgewalt, anderseits mit dem Gewissen derjenigen Katholiken, die in dem neuen Dogma eine jesuitische Fälschung des christlichen und katholischen Glaubens sahen. An der Spitze der letzteren stand die erste wissenschaftliche Kapazität unter den Theologen des katholischen Deutschlands, der Stiftspropst Ignaz Döllinger in München, der, seither schon Haupt und Mittelpunkt der Opposition, in einem sehr beredten Schreiben an den Erzbischof von München vom 28. März 1871 erklärte, daß er sich der Lehre und dem System, das sie enthalte, nicht unterwerfen könne: weder als Christ, da sie unverträglich sei mit den klaren Aussprüchen Christi und der Apostel, noch als Theolog, da sie wider die echte Tradition der Kirche streite, noch als Kenner der Geschichte, da das Bestreben, diese päpstliche Weltherrschaftstheorie zu verwirklichen, überall die unheilvollsten Wirkungen gehabt habe, noch endlich als Bürger, da sie mit dem Anspruch auf die absolute Unterwerfung der Gewissen

unter den Papst und durch die Stellung, die sie für den Klerus fordere, notwendig endlose Zwietracht zwischen Staat und Kirche hervorrufe. Er wies noch insbesondere darauf hin, daß diese Lehre, an deren Folgen das alte Deutsche Reich zugrunde gegangen, wenn sie bei dem katholischen Teil der Nation herrschend würde, einen Keim unheilbaren Siechtums auch in das neue Deutsche Reich tragen würde. Er hatte ein Recht, zu sagen, daß Tausende im Klerus, Hunderttausende in der Laienwelt denken wie er; aber freilich, von jenen Hunderttausenden hatten nicht viele und von jenen Tausenden nur sehr wenige den Mut oder die Stärke der Überzeugung, sich ihm zu gleichem offenem Bekenntnis sofort anzuschließen. Gleichwohl nahm die Bewegung, der er die Fahne vorantrug, einen energischen Fortgang. Es erhob sich in Bayern, Baden, der Schweiz, den katholischen Gegenden Preußens, in Deutsch-Oesterreich eine zahlreiche Partei, die sich die altkatholische nannte, und die nahezu alles in sich vereinigte, was in geistiger und wissenschaftlicher Beziehung die katholische Welt Hervorragendes besaß. Denn das war einleuchtend genug, daß mit dem Unfehlbarkeitsdogma zwar noch Scholastik, aber keine theologische, ja am letzten Ende überhaupt keine Wissenschaft mehr sich vertrage.

In Württemberg schuf der Bischof Hefele von Rottenburg, ein wackerer Mann, der zuletzt von allen das traurige Opfer, seine Überzeugung hinter der Rücksicht auf die katholische Einheit zurücktreten zu lassen, gebracht hatte, für einige Zeit eine friedliche Oase, indem er (13. April 1871) die päpstliche Unfehlbarkeit zwar verkündete, aber ihr eine Deutung gab, welche sie weniger unerträglich erscheinen ließ: nicht gerade zum Ruhme des Landes, das sonst in den geistigen Kämpfen des Jahrhunderts so hervorragende Streiter gestellt hatte. Überall sonst aber entbrannte der Kampf in seiner ganzen Härte. Die Bischöfe beeilten sich, jeden mit der Exkommunikation zu bedrohen, der sich den Beschlüssen des Konzils nicht unterwerfen würde: die große Masse der katholischen Geistlichkeit, längst in jesuitischem Geiste erzogen und bearbeitet, eigenen christlichen Denkens und Forschens ungewohnt, beeiferte sich, ihren Bischöfen zu erklären, daß sie nicht zu den Tausenden Döllingers gehöre. In einem gemeinsamen Hirtenbriefe (30. Mai) wandte sich die Mehrzahl der deutschen Bischöfe an das katholische Volk Deutschlands: sie pries jetzt die Verkündigung des unfehlbaren Lehramts des obersten Hirten der Kirche als ein Werk der Vorsehung in einer Zeit, wo der „vernunftstolze Dünkel der sich selbst für unfehlbar haltenden Wissenschaft" sich so hoch erhebe, und ohne Zweifel taten sie sich viel auf das letztere Argument zugute, während sie wissen konnten und auch zum Teil wußten, daß gegen jene Lehre auch die bescheidenste Vernunft sich sträube. Ihnen stimmte die Generalversammlung der katholischen

Vereine Deutschlands (14. September) bei, in welcher die ultramontane Partei zu versammeln pflegte, was sie an Zelotismus und blinder Wut gegen alles, was seine Vernunft nicht an die in ihren Essen geschmiedete Kette legen wollte, zur Verfügung besaß. Diese Versammlung protestierte unter anderem gegen den an dem Papste durch die italienische Regierung begangenen Raub und gegen die „abgeschmackten Entstellungen" des neuen Dogmas und redete von der Pflege einer wahrhaft katholischen Wissenschaft gegenüber der verirrten deutschen Wissenschaft: es war gut, wenn man die Leute, die hier von Wissenschaft sprachen, nicht persönlich kannte. Dem gegenüber steigerte sich auch die Kraft der altkatholischen Bewegung. Vom 22. bis 24. September tagte ein Kongreß der Altkatholiken zu München. Durch Delegierte aus allen Teilen Europas beschickt, stellte er ein Programm auf, das von Männern vorbereitet war, mit deren wissenschaftlicher Bedeutung seither die römische Partei selbst der protestantischen Wissenschaft gegenüber geprahlt hatte: mit geringen Änderungen wurde es von der Versammlung angenommen. In sieben Artikeln erklärte dieses Programm die Grundgedanken der altkatholischen Bewegung: Festhalten am alten katholischen Glauben, dem alten Kultus, der alten Verfassung der Kirche, aber Notwendigkeit einer Reform mit verfassungsmäßig geregelter Teilnahme des Volkes an den kirchlichen Angelegenheiten; Pflege der Wissenschaft bei Heranbildung des katholischen Klerus und eine würdigere, gegen die Willkür der Bischöfe geschützte Stellung des niederen Klerus. Indem das Programm sich mit Nachdruck gegen die gemeinschädliche Wirksamkeit des Jesuitenordens und für Unterstützung des Staates in seinem Kampfe gegen den Ultramontanismus aussprach, wahrte es zugleich in seinem letzten Artikel für die gegen die vatikanischen Dekrete sich Erklärenden „als Glieder der katholischen Kirche" ihre Ansprüche auf alle Güter und Besitztitel der Kirche.

So war geschehen, was einige Jahre zuvor niemand für möglich gehalten hätte. Inmitten der katholischen Welt war ein Zwiespalt ausgebrochen, der sie in zwei Parteien schied, von denen jede die echte, wirkliche katholische Gemeinschaft zu sein behauptete. Und sogleich äußerte sich die neue Lage, welche jene vielgerühmte Klugheit der Jesuiten geschaffen hatte, die gewöhnliche Menschen nur schwer von maßloser Torheit unterscheiden können, in einer Reihe praktischer Fälle, bei denen auch der Staat sofort irgendwie Stellung zu nehmen hatte. Da war am Gymnasium zu Braunsberg ein katholischer Religionslehrer, der sich dem neuen Dogma nicht unterwerfen wollte: der Bischof verlangte, daß ihm die Stelle entzogen, ein neuer, in des Bischofs Sinne katholischer, ihn ersetzen solle. Derselbe Fall konnte jeden Tag mit einem katholischen Pfarrer eintreten und trat auch ein: nach der einen katholischen Anschauung war ein solcher

Religionslehrer oder Pfarrer damit von selbst dem großen Bann verfallen, während umgekehrt nach der anderen katholischen Anschauung vielmehr dieser Religionslehrer, dieser Pfarrer an dem wahren katholischen Glauben festhielt, wie er vor dem 18. Juli 1870 gewesen war. Was hatte die weltliche Macht hier zu tun? War es ihre Sache, zu entscheiden, ob das Dogma vom 18. Juli katholisch oder häretisch war? ob das Konzil ein rechtmäßiges, wie jene, oder ein unrechtmäßiges, nichtiges gewesen, wie diese behaupteten? Daß diese letzteren Katholiken vorläufig nur erst nach Tausenden, jene nach Millionen zählten, war dabei völlig gleichgültig. In den Augen der weltlichen Behörde hatte jeder unbescholtene Mann, der sich für einen Katholiken erklärte, auch ein Recht, für einen solchen gehalten und, wo sein Recht in Amt, Gehalt, Wohnung u. s. w. in Frage kam, vollen Anspruch, in diesem Rechte geschützt zu werden. Daß dergleichen unabsehbare Wirrnisse kommen würden, kommen mußten im Gefolge des neuen Dogmas, hatten die Bischöfe selbst vorausgesehen: es war ihr Verhängnis, daß sie jetzt sich anstellen mußten, als sei darüber gar kein Zweifel möglich, welches der wahre katholische Glaube und die wahre katholische Kirche sei.

Der Kampf also, ob sie ihn ursprünglich gewollt oder nicht, war da, und es ist fast müßig, zu fragen, wer ihn angefangen. Eine Kirche, welche den Anspruch erhebt, die allein wahre, göttliche und allgemeine nicht etwa auf dem Wege friedlicher Überredung und Bekehrung Andersdenkender erst zu werden, sondern von allem Anfang an zu sein, — allein wahr und allein göttlich zu sein nicht bloß in ihren Glaubenslehren, sondern auch in ihrer Verfassung und Einrichtung im einzelnen — welche ihrem Haupte die Fähigkeit beilegt, aus sich selbst unfehlbar zu bestimmen, was im Gebiete der Religion und Moral, d. h. in allem menschlichen Tun und Lassen zu glauben und zu beobachten ist — und welche nicht etwa bloß für unrichtig erklärt, nicht etwa bloß theoretisch bekämpft und bekämpfen heißt, sondern verdammt, was diesem Kanon widerspricht, und welche mithin jeden Staat, jeden Herrscher, jede Gemeinschaft von Menschen so lange verneint und als unberechtigt ansieht, bis sie diesen Normen entsprechen, — eine solche Kirche ist von vornherein auf den Kampf gestellt, bis sich alles ihrem System und ihrem Haupt, das sie den Stellvertreter Gottes auf Erden nennt, unterworfen hat. Die in ihr vorwaltende Partei hatte die Kühnheit oder die Torheit gehabt, mitten im 19. Jahrhundert diesen alten Krieg aufs neue in schroffster Form zu erklären; hitzig warfen sich ihre Scharen vom Papst bis zum letzten Kapuziner ins Gefecht; mit offener Verhöhnung der verfassungsmäßig vorgeschriebenen königlichen Einwilligung verkündeten die bayrischen Bischöfe die vatikanischen Dekrete. Die Regierungen mußten den Kampf aufnehmen, in welchem

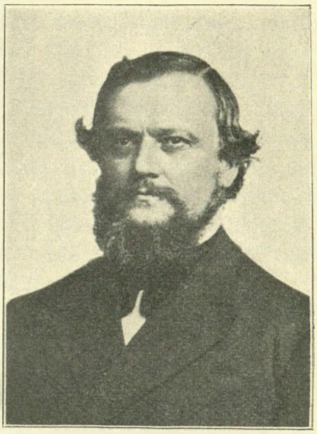
wiederum Deutschland die Ehre zufiel, allen anderen Staaten voranzukämpfen. Die preußische Regierung tat am 8. Juli alsbald ohne viel Geräusch den ersten Schritt in der rechten Richtung. Ein Erlaß des Königs befahl die Aufhebung der gesonderten Abteilungen für katholische und evangelische Angelegenheiten im Kultusministerium. Diese Angelegenheiten sollten künftighin vom rein staatsrechtlichen Standpunkte aus behandelt werden.

Das Bewußtsein, daß hier ein Konflikt nicht etwa erst ausgebrochen, sondern in jenes letzte und entscheidende Stadium getreten sei, wo der Kampf von beiden Seiten mit vollem Bewußtsein geführt wird, beherrschte bereits die Lage, als am 15. Oktober der Reichstag wieder zusammentrat. Sowohl der Antrag auf die Bildung eines Reichskriegsschatzes von 40 Millionen Talern, wie der Antrag von Lasker, die Kompetenz des Reichs auf das gesamte bürgerliche Recht, Strafrecht und gerichtliches Verfahren auszudehnen, wurde von klerikaler Seite bekämpft. Der Wortführer der Partei war, wo es sich darum handelte, die Mächte des territorialen Partikularismus dem klerikalen Lager zuzuführen, der frühere hannöversche Minister Ludwig Windthorst, und er führte die Sache mit großem Geschick, wie man denn hervorheben muß, daß die Partei mit parlamentarischen Kräften sehr wohl ausgestattet war. Zu einem unmittelbaren und heftigen Zusammenstoße führte ein von Bayern beim Bundesrat gestellter Antrag, nach welchem dem § 167 des Strafgesetzbuches ein Zusatz beigefügt werden sollte, der den Geistlichen, der die Kanzel oder überhaupt seine geistliche Stellung zur Erörterung politischer Angelegenheiten in einer den öffentlichen Frieden störenden Weise mißbrauche, mit Gefängnis bis zu zwei Jahren bedrohte. Der Bundesrat nahm denselben an, und die Ausnahmebestimmung rechtfertigte sich durch die privilegierte Stellung der Geistlichkeit, die auf der Kanzel oder vor der Kirche in aller Bequemlichkeit und ohne aus ihrer gewöhnlichen Stellung herauszutreten, sehr wirksam politische Agitation treiben konnte. Am 23. November begann die aufregende Debatte im Reichstage. „Der Kern der Frage," sagte sehr richtig der bayrische Bundesratsbevollmächtigte, Minister von Lutz, „ist der: Wer soll Herr im Staate sein, die Regierung oder die römische Kirche?" Auf der anderen Seite klagte die Zentrumspartei, daß dies ein Ausnahmegesetz vom gehässigsten Charakter sei; sie gebärdeten sich als die Vorfechter der Freiheit und verlangten die tatsächlichen Beweise von Mißbrauch der Kanzel zu agitatorischen Zwecken zu sehen: damit konnte ihnen gedient werden, obgleich sie die Tatsachen am besten selber kannten. Mit Hohn fragte der Abgeordnete Windthorst, seit wann der bayrische Löwe sich unter die Flügel des preußischen Adlers flüchte: man konnte ihm entgegnen, daß das Ausnahmegesetz das notwendige Korrektiv sei zu der höchst

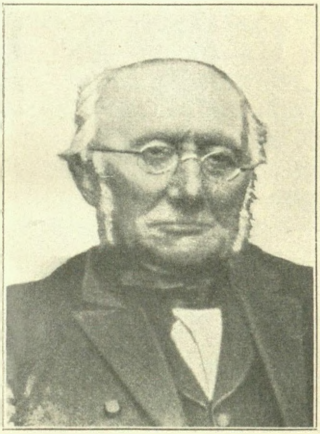
ausnahmsweisen Stellung, die dem Klerus erlaubte, in den Formen und unter der Maske geistlicher Reden politische Propaganda zu treiben, und daß es hohe und höchste Zeit sei, ihre hitzigen Kapläne daran zu erinnern, daß ihre erste und einzige Pflicht sein sollte, das Evangelium zu predigen und Seelsorge zu üben. Der „Kanzelparagraph" ward mit großer Majorität angenommen und tat wenigstens gegen die gröbste Sorte der Agitation und der Agitatoren gute Wirkung. Die feineren Köpfe hatten allerdings keine allzu große Mühe, wie seither Politik zu predigen, und gegen die geheime Agitation von Haus zu Haus erwies sich dieses Gesetz, wie alle Gesetze, ohnehin machtlos.

Am 1. Dezember wurde der Reichstag geschlossen, nachdem er noch den Militäretat für drei Jahre festgestellt hatte. Es geschah aus dem sehr verständigen Grunde, daß es nicht geraten war, während der mutmaßlichen Dauer der Okkupation französischen Bodens den Bestand der Armee und der sonstigen militärischen Notwendigkeiten zum Gegenstande erregter parlamentarischer Diskussionen zu machen. Der kirchliche Streit aber setzte sich in den Kammern der Einzelstaaten, Preußens vorab und Bayerns, fort.

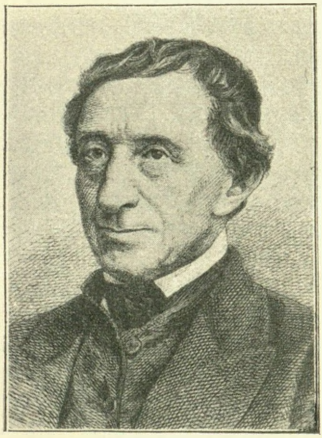
Der preußische Landtag ward am 17. November 1871 eröffnet. Die Verhandlungen begannen mit einem Bericht über die glänzende finanzielle Lage des Staates: Gesetzentwürfe über die Auflösung des Staatsschatzes, der durch die Errichtung eines Reichsschatzes überflüssig geworden war, über Steuerreform wurden vorgelegt. Der Unterrichtsminister brachte einen Gesetzentwurf über Beaufsichtigung des Unterrichtswesens ein, der den wichtigen Grundsatz aufstellte, daß diese Aufsicht allein dem Staate gebühre, und daß alle Aufsichtsbehörden lediglich im Auftrage des Staates ihr Amt verwalten; der Minister des Innern einen neuen, umgearbeiteten Entwurf einer Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen der Monarchie: mit Nachdruck wurde die Gesetzgebungsarbeit auf allen Gebieten wieder aufgenommen. Ein wesentlicher Erfolg war die Beseitigung des bisherigen Kultusministers von Mühler. Dieser war allen Schattierungen der Liberalen zu sehr verhaßt, als daß er bei dem sehr ernsten Kampfe gegen den Ultramontanismus, bei dem der Fachminister auf die volle Unterstützung der Kammer angewiesen war, sich hätte behaupten können. Er ward am 22. Januar 1872 durch den Oberjustizrat Falk ersetzt, der die Vorlagen seines Vorgängers zurückzog und nur das Schulaufsichtsgesetz aufrecht hielt. Die Debatte über dieses Gesetz, gegen welches von katholisch- und evangelisch-klerikaler Seite ein Adressensturm erregt worden war, begann am 9. Februar. Auch Fürst Bismarck trat mit Nachdruck in diese Debatte ein: er wies auf die Bundesgenossen im partikularistischen und polnischen Lager hin, die den



Dr. Adalbert Falk.
Nach einer Photographie.



Ludwig Windthorst.
Nach einer Photographie.



Ignaz Döllinger.
Nach einem gleichzeitigen Holzschnitt von A. Nellinger.

Klerikalen zur Seite ständen: „Wenn der Staat von Republikanern und auf den Barrikaden angegriffen war, habe ich es für meine Pflicht gehalten, auf der Bresche zu stehen. — — Sie werden mich auch jetzt auf der Bresche finden, das gebietet mir das Christentum und mein Glaube." Es geschah bei dieser Gelegenheit, daß der Bruch zwischen ihm und der Partei der Kreuzzeitung vollständig wurde. Am 13. wurde das Gesetz angenommen, das dem Staate die Möglichkeit gab, da, wo die Schule von geistlichen Inspektoren in feindseligem Sinne beeinflußt wurde, dem Unfug ein Ende zu machen. Noch setzten die Gegner desselben ihre Hoffnung auf das Herrenhaus; vergebens; nachdem die verbündeten Ultramontanen und Feudalen ihre Pfeile verschossen hatten, wurde das Gesetz auch hier, wo die liberale Partei durch eine Anzahl königlicher Ernennungen verstärkt worden war, mit 125 gegen 76 Stimmen angenommen (8. März). Einige Wochen später trat das Abgeordnetenhaus in die Debatte über den Entwurf einer neuen Kreisordnung ein, ein nicht minder wichtiges Gesetz, bestimmt, die Verwaltung der Kreise, als des Mittelgliedes zwischen Provinz und Gemeinde, nach dem Prinzip der Selbstverwaltung zu organisieren. Das liberale Abgeordnetenhaus und die konservative Regierung verständigten sich: der schwierigere Weg war der durch das Herrenhaus, dessen Kommission dem Plan durchaus feindselig war. Die gesetzgeberische Arbeit der preußischen Vertretung wurde indes vertagt, da am 8. April 1872 der Reichstag wieder zusammentrat.

Einen schweren Stand gegenüber der römischen Partei hatte die bayrische Regierung. Hier in Bayern hatte diese Partei eine, wenn auch sehr schwache Majorität in der Zweiten Kammer und einen starken Rückhalt an einigen Mitgliedern der Dynastie sowie bis auf einen gewissen Grad an der Reichsratskammer. Bei Gelegenheit einer Beschwerde des Bischofs von Augsburg über den Schutz, den die Regierung einem altkatholischen Pfarrer, den der Bischof vergewaltigen wollte, hatte angedeihen lassen, kamen die dornigen Fragen neuerdings zur öffentlichen Verhandlung. Die Ultramontanen drangen darauf, daß die Altkatholiken sich als eine besondere Religionsgesellschaft konstituieren sollten, und daß sie nur als eine solche anzusehen seien, — während diese mit allem Rechte an dem Standpunkte festhielten, Glieder der katholischen Kirche, wie dieselbe vor den vatikanischen Dekreten gewesen, zu sein. Von seiten einstiger Freunde mußten die Ultramontanen jetzt die bittersten Dinge hören, und es war eine schwere Niederlage für sie, als die Abstimmung 76 gegen 76 Stimmen ergab und die bischöfliche Beschwerde sowie der Antrag der Kommissionsmehrheit auf Berücksichtigung derselben damit verfassungsmäßig abgewiesen war: der Umstand, daß zwei von der Patriotenpartei krank und drei abtrünnig geworden waren,

hatte dieses unerwartete Ergebnis herbeigeführt. Dies war ein sehr ungesunder Zustand der Dinge, bei welchem pessimistisch Gesinnte wohl den Wunsch äußerten, daß man es einmal mit einem Ministerium aus dieser Partei der Patrioten versuche, damit dieselbe den Beweis vor aller Welt liefere, daß die Regierung des Staates nach ihren Prinzipien eine Unmöglichkeit sei. Als im Sommer jenes Jahres (1872) der Präsident des Ministeriums, Graf von Hegnenberg-Dux, starb, war auch wirklich die Rede von einem ultramontanen Ministerium — „einem gemäßigt-ultramontanen", das der Gesandte am Stuttgarter Hofe, Herr von Gasser, bilden sollte; dasselbe kam jedoch nicht zustande.

Auch bei den Verhandlungen der neuen Reichstagssession stand wiederum der Kampf zwischen dem Staate und der römischen Kirche im Vordergrunde der Interessen.*) Kaiser Wilhelm hatte den Papst wissen lassen, daß er einen Kardinal der römischen Kirche, den Bruder des früheren bayrischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, zu seinem Botschafter beim Römischen Stuhl ernannt habe. Pius IX. beging die Torheit, sich diesen Botschafter, dessen Persönlichkeit nicht den Beifall der jesuitischen Partei hatte, zu verbitten: und er und seine Umgebung verschärfte den Eindruck der plumpen Beleidigung dadurch, daß sie diese Ablehnung ihre guten Freunde in der ultramontanen Presse früher noch wissen ließen als die deutsche Regierung (Mai 1872). Bei der Beratung des Etats kam dieser Gesandtschaftsposten und damit die ganze Angelegenheit zur Verhandlung. Es war diesmal für den leitenden deutschen Staatsmann nicht schwer, den Ausreden der Gegner seinen guten Humor entgegenzusetzen: „Dessen seien Sie sicher," warf er den Männern der klerikalen Partei hin, „nach Kanossa gehen wir nicht," was man dem Manne wohl glauben durfte, der schon ganz anderen Feinden allein und nicht wie diesmal von der begeisterten Zustimmung des größten und besten Teils der Nation umrauscht die Stirn geboten hatte. Auch der Reichstag blieb die Antwort nicht schuldig. Auf Anregung des Altkatholikenkongresses vom vorigen Jahre war eine große Anzahl von Adressen eingangen, welche die Unterdrückung des Jesuitenordens auf deutschem Boden verlangte. Sämtliche liberale Fraktionen machten dieses Verlangen zu dem ihrigen. Am 11. Juli machte sich demnach der Bundesrat über einen dem Reichs-

*) Wir wollen hier ein für allemal uns gegen die Phrase, welche bei jeder Debatte über den Gegenstand gedankenlos oder perfid wiederholt wird, „Kampf zwischen Staat und Kirche", verwahren. Für den Staat gibt es nur Kirchen, in der Mehrzahl: mit einer derselben, der römischen und sogenannten katholischen, oder vielmehr mit der diese Kirche augenblicklich beherrschenden Partei befand sich der Staat in Preußen, Bayern u. s. w. in Konflikt, nicht mit der Kirche.

tage vorzulegenden Entwurfe eines dahingehenden Gesetzes schlüssig, das am 14. zur Verhandlung kam. Man war bald im reinen, den Entwurf einer Beschränkung der staatsgefährlichen Gesellschaft zu einem vollen Verbote zu verschärfen. Am 17. wurde dieser verschärfte Entwurf mit 183 gegen 101 Stimmen — ein Teil der Fortschrittspartei machte wie häufig die Geschäfte der Klerikalen und stimmte mit den Gegnern — angenommen; am 5. Juli unterzeichnete der Kaiser. Das Gesetz schloß den Orden und die ihm verwandten vom Gebiete des Deutschen Reiches aus und verordnete die Auflösung seiner Niederlassungen binnen sechs Monaten: Ausländer, welche diesem Orden angehörten, konnten ausgewiesen, Inländern der Aufenthalt an bestimmten Orten untersagt oder zwangsweise angewiesen werden. Niemand schmeichelte sich, daß damit der Geist oder der Wahn, mit dem dieser Orden seit Jahrzehnten die Gemüter erfüllt hatte, sofort würde beseitigt werden; darum war die Maßregel aber nicht minder gut und wirksam, da von irgend einer Herstellung des Friedens, irgend einem gesunden Verhältnis zwischen dem Staate und dieser Kirche nicht die Rede sein konnte, solange diese verderbliche Gesellschaft ihr die Richtung gab. Pius IX. selbst schien beflissen, dieses Gesetz wie alle weiteren Maßregeln der Verteidigung zu rechtfertigen, indem er in seiner Antwort auf die Anrede einer der vielen Deputationen, mit denen man ihn heimsuchte, geheimnisvolle Worte fallen ließ von „einem kleinen Steine, der bald von der Höhe sich loslösen werde, um den Fuß des Kolosses zu zerschmettern". Was der alte Mann mit dem Steinchen meinte, war schwer zu sagen: daß der Koloß nicht wohl etwas anderes sein konnte als das Deutsche Reich, war einleuchtend, wenngleich die ultramontane Auslegungskunst den Liberalismus und anderes, was schließlich auf dasselbe hinauslief, damit bezeichnet glaubte.

Am 19. Juni wurde der Reichstag geschlossen, nachdem er noch über die Verteilung der französischen Kriegsentschädigung Beschluß gefaßt hatte. Auch ein gemeinsames Militärstrafgesetzbuch war zustande gekommen und wenigstens aus dem Reichstage selbst der letzte Rest des Partikularismus verbannt, indem man die lästige Verfassungsbestimmung aufhob, nach welcher bei Fragen, die kraft der Versailler Verträge nur Norddeutschland betrafen, z. B. der Bierbesteuerung, die Abgeordneten der nicht beteiligten Staaten nicht mitabstimmen sollten.

Das Jesuitengesetz blieb kein toter Buchstabe. Die preußische Regierung, nachdem sie einmal den Kampf aufgenommen, führte ihn mit dem Nachdruck, den ihr die straffe Organisation ihrer Verwaltung möglich machte; und es mußte für sie von höchstem Werte sein, daß sie dabei von einer Bewegung religiöser Art, der altkatholischen, unterstützt wurde. Diese nahm mehr und mehr be-

stimmte Formen an. Eine ernste Schwierigkeit war für die wachsende Zahl der Altkatholiken, daß keiner der deutschen Bischöfe sich der Bewegung angeschlossen hatte. Sie konnten diesen Mangel ergänzen durch Anschluß an eine schon vorhandene altkatholische Kirche, die seither verabsäumt im Winkel gestanden hatte, nunmehr aber wieder zu einiger Bedeutung gelangte: es war die seit 1723 bestehende kleine jansenistische Kirche in Holland mit ihrem Erzbischof und zwei Bischöfen, die sich im Besitze der apostolischen Tradition glauben durfte. Der Erzbischof von Utrecht nahm zu großem Ärger des deutschen Episkopats die Firmungen und andere bischöfliche Handlungen vor, bis die deutschen Altkatholiken sich ihren eignen Bischof gesetzt hatten. In sehr würdiger und wirksamer Weise verlief der zweite ihrer Kongresse zu Köln vom 20. bis 22. September 1872, der den unfruchtbaren Protesten der Generalversammlung der katholischen Vereine zu Breslau gegenüber die Kräfte dieser Opposition zusammenfaßte und die katholische Reformbewegung organisierte. Man hatte in Deutschland lange nicht mehr erlebt, daß religiöse und kirchliche Fragen in freien und öffentlichen großen Versammlungen von Männern erörtert wurden, denen die Fülle der Sachkenntnis neben dem ganzen Ernste christlicher Überzeugung zu Gebote stand, und nicht das mindest Verdienstliche und Erfreuliche war, daß eine große Zahl von solchen, die seither diesen Fragen gleichgültig oder abgeneigt aus dem Wege gegangen waren, nunmehr zu der Quelle zurückgeführt wurden, aus welcher sich das Leben des deutschen Volkes seit seinem Eintritt in die Geschichte erquickt hat. Auch auf die protestantische Welt übte diese Bewegung einen heilsamen Einfluß aus. „Wir bezeigen unsere herzliche brüderliche Teilnahme denjenigen Katholiken, welche, durch das Gewissen und die Macht der Wahrheit gedrungen, dem in dem letzten Konzil gipfelnden Verderben des Ultramontanismus offen entgegengetreten sind," lautete eine Erklärung des evangelischen Kirchentages, der vom 1. bis 3. Oktober zu Halle an der Saale zusammentrat: und nicht minder warm waren die Sympathien des Protestantenvereins, der um dieselbe Zeit seinen Tag hielt. Der letztere Verein war neueren Ursprungs. Seine allgemeine Tendenz bezeichnete der Satz, mit welchem er seine Erklärung begann: „Alle kirchlichen Lehrformeln sind menschliche Satzungen": seine Bedeutung lag darin, daß durch ihn der Liberalismus, indem er zum Christentum und zum kirchlichen Leben wieder Stellung nahm, einen schweren Fehler seiner Vergangenheit wieder gutzumachen begann. Die altkatholische Bewegung machte nur langsame Fortschritte und blieb ohne Unterstützung von seiten der Regierenden, die zum Teil zu feig und zum Teil zu geistlos waren, den sittlichen oder selbst nur den politischen Wert einer solchen Opposition gegen die Fälschung der christlichen Lehre, wie die vati-

kanischen Dekrete sie enthielten, zu würdigen. Bald geriet die Bewegung bei der herrschenden Gleichgültigkeit gegen religiöse Fragen und der Bequemlichkeit der sogenannten Gebildeten, die vor jedem entschiedenen Schritte sich feig hinter jedem Vorwand verkrochen, ins Stocken und sah sich alsbald wieder von allen denen verlassen, welche die Hand an den Pflug legen, aber dabei zurückschauen und deshalb keine Überzeugung haben, geschweige einer solchen Opfer bringen können. Nichtsdestoweniger hielt und hält sich die kleine Gemeinschaft, die wenigstens dem jesuitischen Dogma gegenüber die Ehre der deutschen Nation gerettet und sie vor der Schmach bewahrt hat, sich, ihrem katholischen Teil, ohne irgendwelchen Widerspruch ein neues letztes vernunftwidriges Joch auflegen zu lassen.

In mancherlei Formen und Gestalten wurde der hier eröffnete Geisteskampf geführt. Vor allem kam es darauf an, wie die preußische Regierung mit ihrer hohen Geistlichkeit fertig wurde. Den Bischöfen war der Konflikt nicht unlieb, da man über demselben ihre so wenig ehrenvolle Haltung der Unfehlbarkeitsfrage gegenüber vergaß. Je knechtischer sie in Rom aufgetreten waren, desto strenger verfuhren sie gegen diejenigen ihrer Untergebenen, denen ihr Gewissen nicht gestattete, auch dieses Letzte und Aeußerste zu „glauben", und eine desto trotzigere Haltung nahmen sie gegen den Staat an. Sie wußten wohl, daß das Märtyrertum, das der Staat ihnen im schlimmsten Falle auflegte, von der Art war, daß es sich tragen ließ; womit nicht gesagt sein soll, daß nicht einzelne von ihnen ganz ernstlich zu glauben meinten, daß nunmehr kraft Konzilienbeschlusses der Glaube an die päpstliche Unfehlbarkeit zur Seligkeit notwendig sei, und für diesen Glauben auch zu leiden bereit waren. Einer derselben, der von Ermeland, begann den Strauß, indem er die „große Exkommunikation" über den renitenten Braunsberger Religionslehrer nunmehr wirklich aussprach. Unter anderem hatte diese mittelalterliche Barbarei auch dies in ihrem Gefolge, daß mit einem so namentlich Exkommunizierten die Gläubigen keinerlei Verkehr pflegen durften, ohne ihrerseits einer anderen Spielart der Exkommunikation, dem sogenannten kleinen Kirchenbann, zu verfallen: dieser Akt hatte mithin für die Betreffenden eine sehr ernsthafte Schädigung in ihrem gesellschaftlichen und geschäftlichen Leben zur Folge und schloß demnach einen Eingriff der kirchlichen Gewalt in das bürgerliche Rechtsgebiet in sich. Das preußische Landrecht hatte deshalb bei Ausschließungen aus der Kirchengemeinschaft, soweit mit einer solchen Nachteile für die bürgerliche Ehre des Ausgeschlossenen verbunden seien, die vorherige Einholung der staatlichen Genehmigung vorgeschrieben. Darüber entspann sich eine Korrespondenz zwischen dem preußischen Kultusminister und dem Bischof, die, nachdem der Bischof seine Sophismen und die Regierung ihre Langmut erschöpft

hatte, damit endigte, daß über den Bischof die Temporaliensperre verhängt wurde (25. September). Die deutschen Bischöfe, vom 18. bis 20. September, zu Fulda „am Grabe des heiligen Bonifatius" versammelt, machten seine Sache zu der ihrigen und legten in einer Denkschrift ihren Standpunkt dar. Sie verschwendeten die Tinte vergebens; daß eine ganz nach Art eines Staates organisierte Gesellschaft, die für jede ihrer Formen, Statute, Einrichtungen einen göttlich unantastbaren Charakter behauptet und das Recht, ja die Pflicht in Anspruch nimmt, wo eine solche Einrichtung mit staatlichen Gesetzen und Einrichtungen zusammenstößt, diesen staatlichen Gesetzen den Gehorsam zu versagen, sich ihnen zu widersetzen und ihren Mitgliedern diesen Widerstand zur Pflicht zu machen, — mit Notwendigkeit dahin führen muß, den weltlichen Staat zu sprengen, darüber konnte niemand im Zweifel sein, der logisch zu denken gelernt hatte und die Geschichte auch nur oberflächlich kannte. Die Konferenz der preußischen Bischöfe, die vom 9. bis 11. April gleichfalls in Fulda abgehalten worden war, und in welcher diese beschlossen hatten, sich dem Schulaufsichtsgesetze zu fügen, bestätigte nur diese Tatsache. Wohin soll es mit der Autorität des Staates kommen, wenn in jedem beliebigen Falle die Häupter und Leiter einer Gemeinschaft, die Millionen von solchen zählt, welche diesen Leitern ebenso blind gehorchen, wie diese *ihrem* Leiter zu Rom, erst darüber beraten darf, ob sie sich einem Staatsgesetze fügen sollen oder nicht?

Man war also genötigt, dem Staate Waffen zu suchen, mit denen er diesen Ansprüchen wirksamer begegnen konnte als bisher. Am 20. Oktober trat der *preußische Landtag* wieder zusammen. Zunächst handelte es sich darum, die Kreisordnungsvorlage zum Abschluß zu bringen. Die feudale Partei errang den Sieg: mit 125 gegen 18 Stimmen wurde die Vorlage im Herrenhause verworfen, da sie in einer Weise amendiert war, welche auch die liberale Partei bestimmen mußte, sie zu verwerfen. Eine Ministerkrisis trat ein: der König nahm aber die Entlassung des Ministers von Eulenburg nicht an, und die Dinge nahmen einen anderen Gang: am 1. November schloß die Regierung den Landtag, berief ihn aber auf den 12. wieder ein. Der Minister einigte sich mit den Führern der Parteien über einige Modifikationen der Vorlage; die so veränderte Vorlage sollte dann im Herrenhause mittels Ernennung einer Anzahl neuer Mitglieder durchgesetzt werden. Es geschah so: am 26. November nahm das Abgeordnetenhaus die Vorlage an; der Pairsschub erfolgte nach einer neuen Ministerkrisis; der König berief 25 neue Mitglieder in das Herrenhaus, das nun am 7. Dezember mit einer Mehrheit von 25 Stimmen, 116 gegen 91, den Entwurf annahm.

Zu Anfang des neuen Jahres wurde in dem großen Kirchenstreite die Hauptschlacht geschlagen. Am 9. Januar 1873 legte der Kultusminister Falk dem Hause vier Gesetzentwürfe vor, deren erster die Grenze des Rechtes zum Gebrauche kirchlicher Zucht- und Strafmittel betraf und in seinen vier Paragraphen aussprach, daß kein Religionsdiener befugt sei, Zucht- und Strafmittel, selbst gesetzlich zulässige, unter Bezeichnung der davon betroffenen Personen öffentlich bekannt zu machen. Der zweite betraf die Vorbildung und Anstellung der Geistlichen. Er verlangte als Bedingung für Bekleidung eines geistlichen Amtes Ablegung der Entlassungsprüfung auf einem deutschen Gymnasium, dreijähriges theologisches Studium auf einer deutschen Universität und Ablegung einer wissenschaftlichen Staatsprüfung, deren Forderungen im einzelnen bestimmt waren. Die geistlichen Oberen wurden gehalten, die Anzustellenden dem Oberpräsidenten zu nennen, der in bestimmten Formen Einspruch erheben konnte; der Zuwiderhandelnde, Anstellende oder Angestellte, verfiel einer Geldstrafe. Der dritte bezog sich auf den Austritt aus der Kirche; der vierte errichtete einen königlichen Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten und regelte die kirchliche Disziplinargewalt, indem er ein Maximum von Strafbefugnis für die kirchlichen Oberen festsetzte und den Bestraften eine Berufung an jenen Gerichtshof möglich machte. Die Rede, mit welcher der Minister diese Gesetzentwürfe einleitete, ließ an Nachdruck und Deutlichkeit so wenig zu wünschen, als diese Entwürfe selbst. Er wies auf die frühere Nachgiebigkeit der preußischen Regierung hin und wohin diese geführt habe: es handle sich jetzt um die Abweisung von Angriffen, welche in ihren Konsequenzen den Bestand des Deutschen Reiches erschüttern würden: „Der Klerus ist innerlich und äußerlich von Mächten abhängig geworden, die außerhalb unserer Nation stehen, und denen das nationale Bewußtsein nicht eigen sein kann." Die Zentrumspartei wehrte sich in allen Stadien, welche die Gesetze zu durchlaufen hatten, mit der äußersten Energie, unterstützt von dem Reste der feudalen Partei und einigen Gliedern der Fortschrittspartei, die des guten Glaubens lebten, daß man mit den gewöhnlichen Mitteln der Volksaufklärung und dem, was sie die Freiheit nannten, der Kirche — sie ihrerseits machten nicht viel Unterschied zwischen der römischen und den anderen — Herr werden könne, — eine Macht besiegen werde, die doch im höchsten Maße volkstümlich war, weil sie den Massen, die nicht zu lesen und zu denken Muße haben, in verständlichen Formen einen religiösen Gehalt bot, wie sie ihn fassen konnten, und die, wie sehr sie vom ursprünglichen Geiste der Religion Jesu Christi abgeirrt sein mochte, doch noch immer auch in ihrer Entartung einen Teil der weltüberwindenden Kraft dieser Religion sich gerettet hatte. Zunächst ward dem Verfassungsartikel, welcher

kurzweg aussprach, daß die „Religionsgesellschaften" ihre Angelegenheiten selbst ordnen, verständigerweise ein Zusatz beigefügt, der diese vagen Worte etwas genauer bestimmte. Denn es möchte schwer zu sagen sein, was „die Kirche" nicht als ihre Angelegenheit ansehen kann. In gewaltigen Reden maßen sich die Parteien: bei der Debatte über den Verfassungsartikel im Herrenhause betonte Fürst Bismarck mit Nachdruck, daß die Frage wesentlich eine politische sei, wie denn auch das Papsttum als eine wesentlich politische Macht angesehen werden müsse: es sei für die preußische Regierung eine bare Unmöglichkeit, eine Lage anzunehmen, die einen Staat neben dem Staate, einen Staat im Staate schaffe. Am 5. Mai waren alle parlamentarischen Stadien durchlaufen, am 11. gab der König den Gesetzen seine Sanktion.

Der Konflikt mit der römischen Kirche — denn in der evangelischen Kirche trat nur sehr vereinzelter Widerspruch und Widerstand auf — begann damit erst recht. Denn vom 29. April bis 2. Mai hatten die preußischen Bischöfe zu Fulda sich über ein Sendschreiben an ihre Gläubigen schlüssig gemacht, in welchem sie, nachdem vorhergehende Protest- und Denkschriften nichts gefruchtet hatten, unumwunden erklärten, daß sie sich diesen Gesetzen nicht unterwerfen würden, und Klerus und Volk aufforderten, sich in diesem Widerstande um sie zu scharen. Der Staat tat, was seines Amtes war, und ging vor, wie das Gesetz verlangte. Was die Maigesetze verlangten, war in der Tat nichts, was das Wesen der Religion betrifft: ihren wichtigsten Bestimmungen haben sich die Bischöfe in anderen, selbst in deutschen Ländern, in Württemberg z. B., ohne weiteres gefügt, höchstens etwa unter Protest gefügt: indem die Bischöfe dem rechtmäßig zustande gekommenen Staatsgesetze den Gehorsam versagten, gaben sie selber unfreiwillig den besten Beweis, daß solche Gesetze notwendig waren. Für die preußische Regierung und die übrigen blieb es dabei von großem Werte, daß ihnen in der altkatholischen Bewegung ein Bundesgenosse auf dem religiösen Gebiete zur Seite stand. In dieser Beziehung geschah ein wichtiger Schritt, indem am 4. Juni 1873 eine Delegiertenkonferenz der altkatholischen Vereine und Gemeinden zu Köln den Professor Joseph Hubert Reinkens zum Bischof wählte, der am 11. August von dem jansenistischen Bischof von Deventer geweiht wurde und am 7. Oktober in Berlin den Homagialeid leistete. Während in den Kundgebungen des alternden Papstes, geschweige in den Reden der römisch gesinnten Volksvertreter nichts mehr vom Evangelium zu entdecken war, atmeten die Predigten und Hirtenbriefe dieses altkatholischen Bischofs den Geist eines tiefen und echten Christentums und gewannen sich dadurch alle Gemüter, die, in welchen Formen immer, nach der Wahrheit strebten, welche den Menschen frei macht.

Ihrer waren freilich in dieser Zeit der feigen Anbequemung und des weichlichen Genießens nicht allzuviele, und es wurden ihrer immer wenigere, je mehr sich die Regierenden selbst vor der Übermacht dessen, was der Dichter das ewig Gestrige nennt, furchtsam beugten und zurückzogen.

Im übrigen darf man auch den Ausbruch dieses Kampfes, dem auf dem Boden der evangelischen Kirche entsprechende Bewegungen zur Seite gehen, nicht beklagen. Er bewahrte das Leben der Nation vor Fäulnis, und er gibt ihm einen ernsten Hintergrund, indem er einleuchtend macht, daß es außer Kriegsruhm, äußerer Ehre und materiellem Behagen auch noch ideale Güter gibt, für welche die Menschen Opfer zu bringen fähig sind. Gewiß war es kein erfreulicher Anblick, wenn die Leiter und Hirten einer großen christlichen Gemeinschaft sich auf ihr Gewissen beriefen, wo es sich darum handelte, einem Gesetze den Gehorsam zu versagen, das nichts von ihnen verlangte, was ein ehrliches Gewissen beschweren könnte, — oder einen dieser Hirten über diokletianische Verfolgung deklamieren zu hören, gleich als forderte man von ihnen, daß sie vor dem Bilde des Kaisers, wie die Christen im alten Rom, opfern sollten: die Sadduzäer, welche dieses Pharisäertum mit ihren stumpfen Waffen bekämpften und mit einigen Sätzen popularisierter Naturwissenschaft, mit etwas Ästhetik, etwas Musik, mit bloßen Gesetzen eine Macht überwinden wollen, welche mit tausend zähen Wurzeln in der Menschen Herzen befestigt ist — sind es ebensowenig: das aber ist erfreulich, daß in diesen Kämpfen die Macht des religiösen Gedankens wieder zu Ehren kam, der allein die Herzen über des Menschenlebens vielgestaltige Not und Verzweiflung erheben kann.

Auf dem rein weltlichen Gebiete durfte man ein sicheres und stetiges Fortschreiten gewahren. Dem preußischen Abgeordnetenhause kündigte der Finanzminister am 20. Februar 1873 einen Überschuß von mindestens 60 Mill. Mark an, und alle Gebiete der Verwaltung spürten die Wirkung des befruchtenden Regens, der hier niederfiel; den mittleren Staaten half die französische Kriegskostenentschädigung über die Mißlichkeiten der Übergangszeit hinweg; nur den kleinen Staaten machte jeder fernere Monat deutlich, wie kostspielig und unwirtschaftlich diese überwundene Ordnung der Dinge war, wo man Staatsminister bezahlte für Geschäfte, welche ein Schreiber besorgen konnte. Überall aber ohne Ausnahme fühlte man die anregende Wirkung, die in dem Anschluß an das große Gesamtleben der Nation lag. Allenthalben, in Sachsen, Hessen, Württemberg, wo sie jahrzehntelang gestockt, kam eine reformatorische Gesetzgebung in Gang: auch die verfahrenste aller deutschen Angelegenheiten, die mecklenburgische Verfassungsfrage, schien endlich in Fluß zu geraten. Sichtbar trat auf den verschiedensten

Gebieten ein gewisser Trieb hervor, sobald es mit einer Sache in einem Einzelstaate nicht recht vorwärts wollte, dieselbe alsbald zur Reichssache zu machen, wie es denn Leute gab, die am liebsten gleich auch das ganze Elementarschulwesen dem jungen Reiche zugeschoben hätten. Am 25. Juni wurde die Session geschlossen.

Vom September an beherrschten die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Landtage, denen wenig später die Reichstagswahlen folgen sollten, das allgemeine Interesse. Im Vordergrunde bei diesen Wahlen stand, wie natürlich, der kirchliche Streit. Die preußische Regierung veröffentlichte sehr zeitgemäß am 14. Oktober einen Brief des Papstes, den dieser am 7. August an den Kaiser gerichtet, und die Antwort, welche dieser am 3. September gegeben hatte. „Sämtliche Maßregeln," begann das päpstliche Schreiben sehr unumwunden, „welche seit einiger Zeit von Ew. Majestät Regierung ergriffen worden sind, zielen mehr und mehr auf die Vernichtung des Katholizismus ab;" im weiteren Verlaufe des Schreibens fand sich die bemerkenswerte Stelle, die großes Aufsehen machte, obgleich sie nur einen längst feststehenden Anspruch wiederholte: „Jeder, der die Taufe empfangen hat, gehört in irgend einer Beziehung und auf irgend eine Weise, welche hier näher darzulegen nicht der Ort ist, gehört, sage ich, dem Papste an." Der Kaiser erwiderte die letztere Herausforderung mit den würdigen Worten: „Der evangelische Glaube, zu dem ich mich, wie Ew. Heiligkeit bekannt sein muß, gleich meinen Vorfahren und mit der Mehrheit meiner Untertanen bekenne, gestattet uns nicht, in dem Verhältnis zu Gott einen anderen Vermittler als unseren Herrn Jesum Christum anzunehmen;" in ebenso würdigem Tone wies der Brief die Klage des Papstes über Befehdung des Katholizismus mit der Gegenklage über staatsfeindliche Umtriebe eines Teils der katholischen Untertanen Preußens zurück. Der Briefwechsel bekehrte niemand, die Parteien hatten ihren Stand genommen: die Wahlen, welche am 4. November stattfanden, konnten den Gegensatz nur verschärfen. Die Altkonservativen waren auf wenige Stimmen zusammengeschmolzen; eine große Mehrheit gewannen die Liberalen der verschiedenen Schattierungen: und die Regierung konnte in ihrer kirchlichen Politik auf 182 Nationalliberale und 40 Freikonservative unbedingt, bedingt auch auf 69 von der Fortschrittspartei, gegen 65 Klerikale, 18 Polen und zwei von der welfischen Partei rechnen: wer etwas lernen wollte, konnte aus der letzten Ziffer lernen, wie rasch der Kampf gegen den Romanismus — der Krieg von 1870 und der Kampf gegen die päpstliche Unfehlbarkeit — etwas bewirkt hatte, was sonst manches Jahrzehnt in Anspruch genommen haben würde. Am 12. November wurde der Landtag eröffnet: eine neue Wahlschlacht, die Reichstagswahlen, stand noch bevor, für die alle Parteien rüsteten, und bei denen zum

ersten Male auch das neue Reichsland und seine Bevölkerung in die Bewegung hineingezogen wurde.

Am 10. Januar 1874 fanden diese Wahlen statt, und was immer man mit Recht an dem Prinzip des allgemeinen Stimmrechts tadeln mochte, seine Ergebnisse lehrten wenigstens die Kräfte kennen, mit denen die im Jahre 1871 neuaufgerichtete Ordnung der Dinge zu kämpfen hatte. Am besten fuhren bei dieser Wahlart, bei der man viele Nullen hinter eine Eins setzte, die Ultramontanen: von 67 Mitgliedern stiegen sie auf 92, und namentlich in Bayern war der Umschlag fühlbar: neben ihnen erschienen diesmal zuerst die Erwählten der Sozialdemokratie in greifbarer Gestalt, ihrer 10, auf dem parlamentarischen Schlachtfelde. Auch das neuerworbene deutsche Land Elsaß-Lothringen hatte gewählt, alle 15 französisch-, 10 derselben noch überdies römisch-gesinnt; die Mehrheit aber gehörte wiederum den reichstreuen Parteien, den Nationalliberalen, den Freikonservativen, der Fortschrittspartei, von denen die ersteren allein 150 zählten. Die Session, am 5. Februar eröffnet, dauerte bis zum 25. April. Am 16. Februar hielten die Elsässer Abgeordneten ihren Einzug. Sie begannen mit Einreichung eines Antrags, daß die Bevölkerung Elsaß-Lothringens berufen werden möge, sich über die Einverleibung auszusprechen. Der erste Unterzeichner — der Zufall wollte, daß er Teutsch hieß — rechtfertigte dieses Verlangen nach einem Plebiszit in einer pathetischen Rede: der Bischof von Straßburg, Räs, ein Mann von gesundem Verstande, erregte bei seinen Landsleuten großen Unwillen mit der Erklärung, daß er, obgleich er den Antrag mitunterzeichnet, doch nicht gewillt sei, den Vertrag von Frankfurt in Frage zu stellen. Das Haus ging auf eine Debatte mit richtigem Takt nicht ein: Gelegenheit zu sagen, was zu sagen war, nahm Bismarck einige Wochen später, als die zurückbleibenden Elsässer — die Mehrzahl war nach Ablehnung ihres Plebiszitvorschlags nach Hause gegangen — einen Antrag auf Beseitigung eines unbequemen Gesetzesparagraphen stellten: — daß es den Deutschen um ihr Land als ein Bollwerk gegen französische Angriffe, nicht um ihre Personen zu tun gewesen sei; daß die Bevölkerung des Elsaß an dem jüngsten ruchlosen Angriffskriege ihren Teil Schuld gehabt habe, und sie sich also nicht wundern dürfe, wenn sie erlitte, was sie anderen zugedacht hätte: schwerlich würden, wenn Frankreich sein böses Gelüsten vollbracht hätte, deutsche Deputierte in Versailles so ruhig angehört worden sein, wie sie, die Elsässer, in Berlin. Die wichtigste Vorlage der Session war das Militärgesetz. Die Reichsregierung verlangte eine Friedenspräsenz von 401 000 Mann, und um diese Ziffer hauptsächlich drehte sich die Verhandlung. Bei der ersten Lesung (16. Februar) ergriff auch Moltke das Wort. Wer möchte nicht wünschen, das Geld, das man für das Heer

brauche, anderwärts verwenden zu können! Aber es ist nicht anders: was wir in einem halben Jahre mit den Waffen errungen haben, das mögen wir leicht ein halbes Jahrhundert mit den Waffen schützen müssen: an Achtung habe Deutschland überall, an Liebe nirgends gewonnen, denn wo wäre der Übermächtige beliebt! Es werde Deutschlands Sache sein, nicht nur Frieden zu halten, sondern auch Frieden zu gebieten. „Aber um Frieden zu gebieten, muß man zum Kriege gerüstet sein." Die Dinge nahmen zunächst einen unerwünschten Gang. Die Kommission setzte die Ziffer des § 1 auf 360000: das Gespenst eines neuen Konfliktes stieg auf. Die Fortschrittspartei, die niemals für die wichtigste Erziehung des Volks für den Staat bedeutende Seite der preußischen Heeresorganisation, die jetzt ein allgemein deutsches Gut geworden war, und für den in diesem Sinne produktiven Charakter der Ausgaben für das Heer irgend welches Verständnis gezeigt hatte, holte den ganzen Apparat von Worten aus den Jahren 1861—64 hervor. Allein diesmal erhob sich im Volke selbst eine Bewegung zu Gunsten einer raschen Verständigung mit der Regierung, deren Ziffer 401000 kraft eines Kompromisses zunächst auf 7 Jahre angenommen wurde. Es waren 214 Stimmen gegen 123: in der Minderheit war neben den Ultramontanen die Fortschrittspartei. Andere Früchte der Reichsgesetzgebung waren die Gesetze über Einziehung des Papiergeldes der Einzelstaaten und Ausgabe von Reichskassenscheinen, ein Reichspreßgesetz, das den preußischen Zeitungen namentlich durch Aufhebung des Stempels zugute kam, und endlich ein Gesetz, das den Einzelstaaten ihren Kampf gegen die widerhaarige Geistlichkeit erleichtern sollte: Geistlichen, die, ihres Amtes durch richterliche Entscheidung entsetzt, dieser gerichtlichen Entscheidung sich nicht fügen, kann der Aufenthalt an einem bestimmten Orte landespolizeilich angewiesen oder versagt, — sie können interniert oder verbannt werden. In Preußen stand der Kirchenstreit fortwährend im Vordergrund des öffentlichen Interesses. Am 3. Februar wurde der trotzigste der preußischen Bischöfe, der Pole Ledochowski von Posen-Gnesen, ins Gefängnis abgeführt: der Protest der übrigen, ihr Sendschreiben vom 21. Februar, milde Worte, wohlgestellte, änderte nichts an der Härte des Gegensatzes. Das Gesetz nahm seinen Lauf, und die Bischöfe von Trier, von Köln, von Paderborn folgten noch in diesem Jahre dem von Posen. Im preußischen Landtag wurde ein Gesetz über die Verwaltung erledigter katholischer Bistümer angenommen; bei beharrlicher Weigerung eines Bischofs, eine erledigte Pfarrei zu besetzen, konnte das letztere durch den Patron oder durch Wahl der Gemeinde geschehen. Dem altkatholischen Bischof wies das Budget ein Einkommen von 48000 Mark zu; ein weiteres Gesetz führte die obligatorische Zivilehe und die weltliche Standesbuch-

führung ein. Am empfindlichsten traf den klerikalen Einfluß die Wirksamkeit des Schulaufsichtsgesetzes, kraft dessen überall sachverständige weltliche Kreisschulinspektoren an die Stelle der geistlichen traten, die ihr Geschäft zum Teil sehr gemütlich betrieben hatten. Der Ärger der Partei entlud sich in heftigen Reden ihrer parlamentarischen Vertreter, hielt sich aber sonst in den Schranken des Gesetzes. Den Mordanfall, welchen am 13. Juli jenes Jahres ein gewisser Kulmann, ein Böttchergeselle aus Magdeburg, in Kissingen auf den dort zur Kur weilenden Reichskanzler machte, darf man nicht ohne weiteres den Ultramontanen auf Rechnung setzen, obgleich der Verbrecher selbst das Zentrum als „seine Partei" bezeichnete und ein paar ultramontane Blätter die Behauptung wagten, daß das Attentat nur ein fingiertes, polizeilich bestelltes gewesen sei. Daß die mit Haß und wilden Reden erfüllte Atmosphäre einen übel organisierten Kopf zu solchen verbrecherischen Entschlüssen treiben konnte, liegt in der menschlichen Natur, und mehr wollte schwerlich auch Bismarck sagen, als er den Klerikalen im Reichstage zurief: „Sagen Sie sich von dem Mörder los, soviel Sie wollen, er hält sich doch an Ihren Rockschößen fest." Den einzelnen Manifestationen des Kampfes kann unsere Erzählung nicht folgen: die hessische Regierung legte ihrer Volksvertretung Gesetzentwürfe vor, die an Schärfe nicht hinter den preußischen zurückstanden: einen mittelbaren Verbündeten fanden dagegen die widerspenstigen römischen Geistlichen an den lutherischen Geistlichen des ehemaligen Kurfürstentums Hessen, die sich „bei der absoluten Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustandes" damit trösteten, daß sie schon übers Jahr auf Wilhelmshöhe die Wiederkehr des Tyrannen feiern würden, über dessen Beseitigung das übrige Land mit dem gesamten Deutschland sich freute. In Bayern, Baden, Württemberg ging der Kampf in den Gleisen weiter, in die er längst geleitet war: in den höheren Klassen des Volks verlor der ultramontane Katholizismus und mit diesem der Katholizismus überhaupt entschieden an Boden, um so mehr, als seine Vorkämpfer sich darin gefielen, den Lebensäußerungen eines kraftvollen Nationalgefühls, welche die Erinnerung an den Kampf von 1870 hervorrief, wie z. B. der Feier des Sedantags geflissentlich entgegenzutreten. Einen wesentlichen Fortschritt zeigte die Entwickelung der Dinge in Elsaß-Lothringen, wo die drei „Bezirkstage" des Landes in beschlußfähiger Zahl der Mitglieder zusammentraten und in regelmäßiger gemeinsamer Arbeit mit der Landesregierung zusammenwirkten. Dem Wunsche dieser Bezirkstage nach Autonomie des Landes kam ein kaiserlicher Erlaß vom 29. Oktober 1874 entgegen, nach welchem die Bezirkstage zu einem Landesausschuß zunächst mit dem Recht der Begutachtung der das Land betreffenden Gesetzentwürfe zusammentreten sollten.

Am gleichen Tage trat der Reichstag wieder zusammen. Im parlamentarischen Kampf, den sie alsbald eröffneten, waren die ultramontanen Redner diesmal sehr unglücklich: der Führer der bayrischen Ultramontanen, Jörg, wagte einen Angriff auf den Reichskanzler auf dessen eigenstem Gebiete, der auswärtigen Politik, und scheiterte damit auf eine fast lächerliche Weise; auch Windthorst, der ihm beispringen wollte, lieferte den Beweis, daß Schlauheit und parlamentarische Routine machtlos sind gegenüber der doppelten Überlegenheit des Genies und der besseren Sache. Am 18. November begegnete demselben Meister der Intrigue das Mißgeschick, daß er, indem er auf Streichung des Dispositionsfonds für das Auswärtige Amt antrug, dem Führer der Nationalliberalen, von Bennigsen, die Gelegenheit gab, die Bewilligung dieses Postens zu einem glänzenden Vertrauensvotum für Bismarck zu gestalten, dem alle Parteien mit Ausnahme des Zentrums, der Polen und der Sozialisten beipflichteten: ein Erfolg, in jenem Augenblicke um so wichtiger, als Bismarck ärgerlich über einen Majoritätsbeschluß, der Verhaftungen von Reichstagsabgeordneten während der Session ausgeschlossen wissen wollte, seine Entlassung eingereicht hatte, die er nunmehr zurückzog. Er beklagte sich, daß er keine zuverlässige Mehrheit im Reichstag habe, auf die er sich stützen könne: sie wird sich in Deutschland, wo man es mehr als sonstwo versteht, aus Kleinigkeiten Prinzipienfragen zu machen, so leicht nicht finden: doch wurden die wichtigsten Gesetzvorlagen, das Landsturmgesetz, das die militärische Organisation Deutschlands zum Abschluß brachte (22. Januar 1875), das Gesetz über Ausdehnung der obligatorischen Zivilehe und der bürgerlichen Standesbuchführung auf das ganze Reich und das Bankgesetz, das eine Reichsbank schuf mit der Befugnis, im gesamten Reichsgebiete Zweiganstalten und Agenturen zu errichten, ohne große Schwierigkeit angenommen. Für den preußischen Landtag hatte man eine friedlichere Session erwartet. Allein Mäßigung war von der Gesellschaft, welche im Vatikan herrschte, nicht zu erwarten. Eine Enzyklika des Papstes an die preußischen Bischöfe (5. Februar) erklärte die Maigesetze für ungültig, „da sie der göttlichen Einrichtung der Kirche ganz und gar widerstreiten"; die Regierung des deutschen Führerstaats antwortete mit einer trotz aller großen Worte der geistlichen Usurpation sehr unbequemen Maßregel, dem sogenannten Sperrgesetz: vom 1. Mai jenes Jahres ab leisteten die Kassen des preußischen Staates ihre Zahlungen nur mehr an solche Geistliche, welche entweder ausdrücklich oder durch unzweideutige Handlungen ihre Unterwerfung unter die Staatsgesetze erklärten. Nicht minder ging man jetzt dem Klosterwesen ernstlich zu Leibe. Man schaffte zunächst die Artikel 15, 16 und 18 der preußischen Verfassung ab, die, wie Bismarck sehr richtig hervorhob, nach den

vatikanischen Beschlüssen einfach bedeuteten: „die Angelegenheiten der katholischen Kirche werden durch den Papst geordnet". Alsdann wurden sämtliche Orden und Kongregationen auf preußischem Boden aufgehoben; binnen 6 Monaten mußten sie aufgelöst werden; den Niederlassungen, welche sich mit Jugendunterricht befaßten, konnte diese Frist auf 4 Jahre verlängert werden: diejenigen, welche sich ausschließlich der Krankenpflege widmeten, durften unter Staatsaufsicht fortbestehen. Nachdem noch ein Altkatholikengesetz, das diesen, wo sie in erheblicher Zahl seien, einen verhältnismäßigen Anteil an dem katholischen Kirchenvermögen zusprach, und ein Gesetz über die Verwaltung des Vermögens der katholischen Kirchengemeinden angenommen war, war der Kreis der preußischen Kirchengesetze geschlossen. Eine mächtige und notwendige Verteidigungsstellung war damit gewonnen; den Angriff konnte man jetzt, wie Bismarck äußerte, der Schulbildung — der fortschreitenden Wissenschaft in demjenigen weitesten Sinne, in welchem sie auch die Religion einschließt — überlassen. Zu gleicher Zeit wurde auch das Gesetz über die Organisation der Verwaltungsgerichte angenommen und damit für die fünf alten Provinzen des preußischen Staats, Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, die Reform der inneren Verwaltung vollendet. Dieses System der „Selbstverwaltung" mit Provinzialversammlung, aus Abgeordneten der Land- und Stadtkreise bestehend, Provinzialausschuß, Provinzialrat und Bezirksräten, für die laufenden Geschäfte einem von der Provinzialversammlung auf 6—12 Jahre gewählten, vom König bestätigten Landesdirektor und Verwaltungsgerichten — trat am 1. Januar 1876 ins Leben: von der liberalen Partei durchgesetzt, kam es doch zunächst ganz überwiegend der konservativen Partei zugute und arbeitete in deren Sinn. Auf Posen, die Rheinprovinz und Westfalen wurde es noch nicht ausgedehnt; wie sehr indes, trotz der ultramontanen Reichstagswahlen, die liberale Partei in der Rheinprovinz überwog, wie sehr diese Provinz seit den Tagen Droste-Vischerings eine andere geworden war, das zeigte sich in dem begeisterten Empfang, den der Urheber und Verfechter der Kirchengesetze, der Kultusminister Falk, als er bald nach dem Schluß dieser bedeutungsvollen Session die Rheinprovinz bereiste, allenthalben in den rheinischen Städten fand.

In Bayern fanden in demselben Sommer, vom 24. bis 27. Juli, die Neuwahlen zum Landtag statt. Sie gaben der ultramontanen Partei eine Mehrheit von zwei Stimmen, 79 gegen 77. Diese Partei machte zuerst von den zwei Mehrstimmen bei Bestellung des Bureaus der Zweiten Kammer einen sehr nachdrücklichen Gebrauch und beschloß dann am 2. Oktober, eine Adresse an den König zu richten, in der sie ihn um Entlassung seines gegenwärtigen Ministeriums bat. Der

König lehnte die Annahme der Adresse ab; eine Eingabe der bayrischen Bischöfe, welche allerlei Kummer in einem umfangreichen Aktenstücke zusammengestellt hatten, überwies er seinem Ministerium; auch ihr Protest gegen die Ausdehnung der Zivilehe auf Bayern war wirkungslos geblieben. Verständig zogen sie sich dann in ihren Hirtenbriefen im Dezember auf den richtigen Boden zurück, wo sie vollkommen sachgemäß und wahr sich dahin aussprachen, daß diejenigen, welche sich beim Eingehen eines Ehebundes mit der Zivilehe begnügten, sich selbst aus der Gemeinschaft der katholischen Kirche ausschlössen.

Neben der kirchlichen Frage aber war eine andere herangewachsen, die nach und nach Dimensionen angenommen hatte, welche die Regierungen und die Parlamente nötigten, sich mit ihr zu befassen: dies war die wachsende Zahl der sozialdemokratischen Sekte. Sie wurde in eingehender Weise zum erstenmal in der mit dem 27. Oktober 1875 beginnenden Reichstagssession erörtert: die Novelle zum Strafrecht, welche die Regierung einbrachte, hatte ihr einen Paragraphen gewidmet, den am 27. Juni 1876 der Minister von Eulenburg als Bevollmächtigter des Bundesrats in staatsmännischer Rede verteidigte. Der Leiter und Gründer der Partei in Deutschland, Lassalle, war durch seinen Tod vor dem Schicksal bewahrt worden, die Partei, die er, um eine Rolle zu spielen, ins Leben gerufen, länger zu führen. Eine Zeitlang nach dem Tode hörte man Lärm und wüstes Gezänk der Führer, und man unterschied zwei Parteien und Fraktionen, die Eisenacher mit Bebel und Liebknecht an der Spitze, die mit den Internationalen zusammenhingen, und die des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins, die wie Lassalle selbst an der nationalen Idee noch einigermaßen festhielten: es führte sie zuerst ein Dr. Schweitzer, ein Literat wie Lassalle und in seinen Formen Bourgeois, wie Lassalle den Kavalier gespielt hatte. Der Untergang der Pariser Kommune gab den Häuptern Gelegenheit, sich selbst und ihre Nachbeter mit wilden Reden zu erhitzen, und da in Frankreich die Gesellschaft, die Bourgeoisie, — wie diese Leute alles nannten, was noch etwas wie Gott, Kirche, Staat, Ehe, Eigentum annahm — über die Anarchie gesiegt hatte, so erkoren sie jetzt Deutschland zum Schauplatz ihrer Wirksamkeit. Zunächst kamen ihnen hier die fetten Jahre zugute, welche dem Kriege folgten. Der Aufschwung der Geschäfte, die sich überstürzende Hast der Gründungen auf allen möglichen Gebieten steigerten die Arbeitslöhne, und während sie den reichlichen Verdienst verpraßten, gefielen sie sich darin, von den Agitatoren, die einige wenige Ideen in stereotypen Reden breittraten, sich von dem Elend des Volks und seiner Ausbeutung durch eine herzlose Bourgeoisie vordeklamieren zu lassen. Der Wind war ihnen günstig: in Deutsch-

land, wo von jeher die Neigung stark gewesen ist, zu den zehn vorhandenen Geboten noch das elfte zu erfinden, gab es bald unter den Gelehrten, die der neuen Frage, der sozialen, nähertraten und untersuchten, ob nicht in der Tat das individuelle Eigentum in Kollektiveigentum umgesetzt werden dürfte, möchte, könnte, sollte, auch solche, welche einen erwägens- und erörternswerten Sinn in den Halbgedanken fanden, mit denen das sozialdemokratische Programm von Gotha begann: „Die Arbeit ist die Quelle alles Reichtums und aller Kultur und, da allgemeine nutzbringende Arbeit nur durch die Gesellschaft möglich ist, so gehört der Gesellschaft, d. h. allen ihren Gliedern, das gesamte Arbeitsprodukt, bei allgemeiner Arbeitspflicht, nach gleichem Recht, jedem nach seinen vernunftgemäßen Bedürfnissen." Auf dem Kongreß zu Gotha, Mai 1875, wo dieser Satz an die Spitze gestellt wurde, vereinigten sich die beiden getrennten Fraktionen zu einer großen sozialdemokratischen Partei, deren Wachstum nun weiter der natürliche Rückschlag in den volkswirtschaftlichen Verhältnissen, der nunmehr nach der Schwindelzeit, der Periode der „Gründungen", eintrat, zugute kam. Das Elend kam nun wirklich mit der stockenden Arbeitsgelegenheit, und daß die Empfänglichkeit für die demagogische Phrase, die „zunächst Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe unter der demokratischen Kontrolle des arbeitenden Volks", direkte Gesetzgebung durch das Volk, Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, Abschaffung der Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze und andere Kleinigkeiten verlangte, durch die wirkliche Not stieg, liegt auf der Hand. Bei der letzten Reichstagswahl waren 379000 sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden: nach dem Gothaer Kongreß wurde die Organisation noch wirksamer: die Partei verfügte bald über 41 politische Organe, über $1^1/_2$ Hundert wohlgeschulte Redner: allenthalben mußte man mit ihr rechnen. Sie stellte eine Anzahl Forderungen auf, „innerhalb der heutigen Gesellschaft", machte aber kein Hehl daraus, daß die heutige Gesellschaft überhaupt nicht mehr lange zu leben habe: die Vereinigung der „Proletarier aller Länder", an welche der allgemeine Sozialistenkongreß aller Länder zu Gent, Oktober 1877, appellierte, mußte ihr über kurz oder lang ein Ende machen, und daß dabei nicht „mit Rosenwasser gesprengt" werden werde, stand fest.

Es gelang für diesmal nicht, den Reichstag zu einer legislatorischen Bekämpfung des Unheils zu bewegen. Die einen priesen die Kirche, die anderen die Freiheit als Universalmittel gegen solche Verirrungen; die nationalliberale Partei, vertreten durch einen Redner von starkem Optimismus, Eduard Lasker, hielt die Gefahr für nicht besonders groß. Auf anderen minder wichtigen Gebieten setzten die Regierungen ihre Absichten durch. Den Budgetbeschlüssen

des Reichstags fügten sie sich auf loyale Weise, ungeachtet derselbe den angesonnenen neuen Steuern gegenüber sich ablehnend verhielt: am 10. Februar 1876, nachdem noch ein Arbeiterhilfskassengesetz angenommen war, wurde er geschlossen.

Lebhaft beschäftigte, während die parlamentarische Arbeit ruhte, ein Gedanke, den Bismarcks kühner Geist in die Diskussion geschleudert hatte — die Übernahme sämtlicher deutscher Eisenbahnen durch das Reich — die Gemüter. Heftig empörte sich in Bayern, Sachsen, Württemberg der partikularistische Geist gegen diesen „ungeheuerlichen" Gedanken; in Sachsen kaufte die Regierung in aller Eile die Privatbahnen ihres Landes für den Staat; doch auch bei denen, die von Begünstigung des Territorialismus sehr weit entfernt waren, fand der Gedanke nicht unbedingten Beifall. Auch verfolgte ihn Bismarck nicht sofort mit voller Energie: er zeigte die Macht, ohne sie zu brauchen: dem preußischen Landtag wurde ein Antrag auf Uebertragung der preußischen Staatsbahnen an das Reich vorgelegt (25. März), und beide Häuser stimmten zu. Am 23. Juni schlug dann die Regierung dem Landtag den Ankauf der Berlin-Dresdener Bahn vor: mit Entsetzen dachte man in den sächsischen Partikularistenkreisen daran, daß, wenn der Handel geschlossen würde, preußische Beamte mitten in der Hauptstadt ihres Landes sitzen würden; die sächsische Regierung sträubte sich; der Bundesrat seinerseits überwies den Streithandel dem Appellationsgericht zu Lübeck zu schiedsrichterlicher Entscheidung, die am 10. Juli 1877 gegen Sachsen ausfiel.

Man konnte über die Grenzen der Reichsgewalt und der Territorialmacht verschiedener Meinung sein: eine ernstliche Gefahr für den kraftvollen Föderativstaat, in welchem die Nation geeinigt war, bildete dies nicht. Jeder der Einzelstaaten hatte und behielt auch sein eigenes Leben: vorab, wie sich von selbst versteht, der mächtigste, Preußen. Hier kam in diesem Jahre (1877) auf kirchlichem Gebiet ein wichtiges, lange angebahntes Werk zum Abschluß: eine neue Synodalverfassung für die gesamte evangelische Kirche Preußens. Aber dies war doch auch wieder ein allgemein deutsches Interesse: und so war überhaupt ein völlig isoliertes Leben für kein deutsches Land mehr möglich. Es war ein allgemeines deutsches Ereignis z. B., als der Landesausschuß des Reichslands Elsaß-Lothringen dem Entwurfe zustimmte, nach welchem künftig Gesetze, denen der Landesausschuß zugestimmt hatte, ohne erst noch vor Reichstag und Bundesrat zu kommen, verkündet werden konnten; daß Lauenburg dem preußischen Staate nunmehr endgültig einverleibt wurde; daß ein hessischer Staatsmann, Hofmann, den hochverdienten Delbrück als Präsident des Reichskanzleramts ersetzte; daß Kaiser Wilhelm in Württemberg, das er im Herbst jenes

Jahres besuchte, einen enthusiastischen Empfang fand. Der fortdauernde Konflikt mit der römischen Kirche, für den man das nichtssagende Wort Kulturkampf erfand, Fortschritt oder Stillstand der altkatholischen Bewegung, Anwachsen der Sozialdemokratie — das alles beschäftigte die Gemüter mindestens ebenso sehr als die Angelegenheiten des eigenen Landes: auf allen Gebieten bekam es jeder, an welche Scholle immer er gefesselt sein mochte, zu empfinden, daß er zugleich Glied eines großen, mächtigen, vorwärts strebenden Ganzen war. Und ehe das Jahr ganz zu Ende ging, war ein nationales Einigungswerk vollbracht, an dessen Verwirklichung seit den Tagen Karls des Großen kein Deutscher mehr hatte denken können: ein einheitliches Recht und eine einheitliche Organisation der Gerichte.

Am 30. Oktober 1876 nämlich ward der Reichstag wieder eröffnet. Seit 1871, wo der Antrag Miquel-Lasker, Ausdehnung der Reichskompetenz auf das gesamte bürgerliche Recht, Strafrecht, gerichtliches Verfahren und Gerichtsorganisation angenommen worden, war Patriotismus, Wissenschaft und praktischer Sinn am Werke, das ungeheure Material zu Gesetzen zu verarbeiten. Zunächst wurden die leitenden Staatsmänner der Einzelstaaten gewonnen: im Mai 1874 konnte der Justizausschuß des Bundesrats seine mühevoll verdienstliche Arbeit in drei Gesetzentwürfen zusammengefaßt dem Bundesrate vorlegen, der sie, nachdem er sie genehmigt, dem Reichstage zufertigte: dieser überwies sie einer aus 28 Mitgliedern bestehenden Kommission berühmter Juristen und parlamentarischer Größen (Januar 1875), und deren Fleiß bewältigte nun in zahllosen Plenarsitzungen und Sitzungen der verschiedenen Subkomitees den Stoff so weit, daß sie dem Reichstage ihren Bericht jetzt vorlegen konnte. Sechsundachtzig Punkte waren zwischen Bundesrat und Kommission noch streitig; gegenseitige Verständigung verminderte sie aber auf 17, die der Bundesrat als für ihn, d. h. die deutschen Regierungen, unannehmbar bezeichnete. In der zweiten Lesung vom 27. November bis 2. Dezember 1876 gelang es nicht, sich über diese Punkte, welche politischer Natur waren, zu vergleichen: doch sollte es nicht dahin kommen, daß ein so bedeutendes gesetzgeberisches Werk an Fragen von so höchst untergeordneter Art wie der, ob Preßvergehen von Geschworenen oder von gelehrten Richtern abgeurteilt werden sollten, scheiterte. Gegenseitige Nachgiebigkeit führte auch in Beziehung auf jene 17 Punkte noch zur Verständigung, und am 21. Dezember wurden die vier Justizgesetze: Zivilprozeßordnung, Konkursordnung, Gerichtsverfassungsgesetz, Strafprozeßordnung mit 190 gegen 100 Stimmen in dritter Lesung angenommen. Am folgenden Tage wurden sie vom Bundesrat genehmigt.

Es war die letzte Tat des Reichstags, der am gleichen Tage, dem 22., geschlossen wurde. Die Wahlbewegung im Januar 1877

war lebhaft, besonders durch die Fortschrittspartei, die, nachdem sie durch ihre Abstimmung bei den Justizgesetzen, denen sie bis zum Schluß widerstrebte, ihrer politischen Einsicht ein so klägliches Zeugnis ausgestellt hatte, prahlerisch verkündigte, daß „die große Fortschrittspartei von 1863 ihre Reihen wieder schließe", und die nationalliberale Partei wegen ihres Kompromisses in der Justizeinheitsfrage mit Schmähungen überhäufte. Indes folgten die Wählerschaften den Führern bei dieser Verwandlung der Partei aus einer liberalen in eine radikale nur zum Teil, und auch ein Teil ihrer seitherigen Leiter, wie Löwe, schied sich von der Fraktion, die mit Mühe die bisherige Zahl ihrer Vertreter behauptete. Den Radikalismus verstanden die Sozialdemokraten besser, die 13 der Ihrigen durchbrachten; das Zentrum behauptete sich ohne Verlust, 97. Bedeutend geschwächt, nur 131 von 148, kehrten die Nationalliberalen, bedeutend gestärkt, 68 statt der seitherigen 45, kehrten die Konservativen der verschiedenen Schattierungen zurück. Am 21. Februar eröffnete der Kaiser den neuen Reichstag. Die Thronrede zeichnete sich durch offene Darstellung der Lage aus: sie verschleierte auch die traurige Geschäftslage nicht, die, mitbedingt durch die Verwickelungen im Orient, doch sehr verschiedene Ursachen hatte und sehr verschiedene Seiten bot, natürlich aber auch eine heftige Kritik der seitherigen liberalen Gesetzgebung und namentlich ein immer wachsendes Verlangen nach dem immerhin zweifelhaften und gefährlichen Mittel der Herstellung der Schutzzölle hervorrief. Das Jahr war ein übellauniges, fast nach keiner Hinsicht befriedigendes: die materielle Not noch immer gleich, daher der Einfluß der sozialistischen Volksverführer im Wachsen; der Krieg im Orient anhaltend, bedrohlich, keine nahe Aussicht auf Besserung; der Kirchenstreit in Preußen noch gänzlich ungeschlichtet, die preußischen Bischofsstühle bis auf vier teils durch Absetzung ihrer Inhaber, teils durch Tod und Nichtwiederbesetzung verwaist; die katholische Reformbewegung, der Altkatholizismus, stockend und über der Frage der Abschaffung oder Beibehaltung des Priesterzölibats in einer gefährlichen Krisis begriffen; der nationalen Hochflut der letzten Jahre gegenüber eine starke partikularistische Ebbe. In Mecklenburg, in Bayern der unerquickliche status quo; in Preußen, wo Oktober 1876 die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus die Stellung der Parteien im wesentlichen unverändert gelassen hatten, Stillstand der Gesetzgebung, reaktionäre Gelüste in den leitenden Regionen der evangelischen Kirche, Ebbe in den Finanzen und am Ende des Jahres kranke und beurlaubte Minister; im Reichstage ergebnislose Gespräche über Modifikation der obersten Geschäftsleitung — Reichsministerien oder nicht —: einen lichten Punkt bildeten nur die Besuche des Kaisers im Reichsland (im Mai 1877), wo er über Erwarten gut, und

in den Rheinlanden (im September), wo er mit großer und allgemeiner Begeisterung empfangen wurde.

Geeignet, die hypochondrische Stimmung, zu welcher der deutsche Charakter neigt, — „haben Sie schon einen zufriedenen Landsmann gesehen," lautete eines der Witzworte des Reichskanzlers — einigermaßen zu zerstreuen, war ein Blick auf die auswärtige Politik, die sich in den 7 Jahren, die seit der Errichtung des Reiches verstrichen waren, glänzend bewährt hatte und eben jetzt in der orientalischen Frage sich aufs neue bewähren sollte.

Die wichtigste Aufgabe dieser auswärtigen Politik bildeten die Beziehungen zu Frankreich. Daß die sehr wesentlichen Dienste, welche die deutsche Regierung der französischen mittelbar bei Niederwerfung des Aufstandes der Kommune leistete, keinen Dank fanden, war natürlich: man förderte hier das eigene Interesse, indem man Frankreich wieder auf die Beine half. Das letztere geschah wunderbar schnell, wenigstens was die finanziellen Verhältnisse betraf: am 16. September 1873 konnte der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verlassen. Noch während die Okkupationstruppen auf französischem Boden standen, war der populäre Haß gegen die Sieger, den die republikanische Partei noch mehr gestachelt hatte als einst die bonapartistische, in einzelnen blutigen Taten losgebrochen, und Bismarck hatte Anlaß, an den Botschafter des Deutschen Reiches in Paris eine Depesche zu richten, in der er der französischen Regierung zu wissen tat, daß die deutsche Behörde sich selbst zu helfen genötigt sein werde, wenn die Fälle sich wiederholten, wo französische Schwurgerichte bei vorbedachtem Mord freisprächen, weil der Mörder ein Franzose und der Ermordete ein deutscher Soldat war. Im übrigen kam man, dank der Haltung der deutschen Truppen und dem Entgegenkommen ihres Oberbefehlshabers, General von Manteuffel, dessen Verdienst der Kaiser (September 1873) durch den Feldmarschallstitel anerkannte, über die schwierige Zeit glücklich hinüber.

Ein und das andere Mal noch mußte den Franzosen ein Wink gegeben werden, daß die deutsche Geduld ihre Grenzen habe. So im Januar 1874, wo eine sehr energische Note Bismarcks der französischen Regierung keinen Zweifel darüber ließ, daß, wenn die französische Regierung sich mit Rom identifiziere, wie dies die insolenten Hirtenbriefe französischer Bischöfe befürchten ließen, Deutschland nicht auf den für Frankreich günstigsten Moment warten würde, um sich seiner Haut zu wehren; so im Frühling 1875, wo der Stand der Heeresgesetzgebung in Frankreich Kriegsgelüste zu verraten schien und die deutsche Regierung zu einem Pferdeausfuhrverbot veranlaßte; so 1877, wo man die Garnisonen von Metz und Straßburg etwas zu verstärken für nötig fand. Die Vertretung des

Deutschen Reichs befand sich bis Mai 1874, wo ein erprobter Patriot und Staatsmann, der frühere bayrische Ministerpräsident Fürst Chlodwig von Hohenlohe dieselbe übernahm, in den sehr wenig gewissenhaften Händen eines geistreichen Dilettanten und Intriganten, des Grafen Harry von Arnim, dessen Prozeß am 16. Dezember jenes Jahres begann: derselbe endigte, nachdem der Graf aufs neue mit Veröffentlichung unterschlagener amtlicher Dokumente vorging, am 5. Oktober 1876 damit, daß er abwesend wegen Landesverrats zu 5 Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Doch blieb der Friede mit Frankreich erhalten, und im Mai 1876 führte ein trauriges Ereignis — die Ermordung des deutschen und des französischen Konsuls durch eine fanatisch aufgeregte moslemitische Bevölkerung zu Saloniki — sogar eine vorübergehende Gemeinsamkeit der Interessen herbei.

Daß der glänzende und beispiellose Sieg über die gefürchtetste Militärmacht Europas in den übrigen Völkern da und dort ein Gefühl des Neides und der Furcht erweckte, ist natürlich; im übrigen sollte sich bald nach allen Seiten fühlbar machen, daß die neue Machtstellung Deutschlands vielmehr die Möglichkeit eines dauernden Friedens geschaffen hatte. Wir werden dies bei den einzelnen Staaten sehen und erwähnen nur eine Anzahl fürstlicher Besuche, die, in gewöhnlichen Zeiten bedeutungslos, diesmal als ebensoviele Friedensbürgschaften angesehen werden durften. Dahin gehörte noch im Jahre 1871 die Zusammenkunft des Deutschen Kaisers mit dem österreichischen (11. August) zu Ischl und (6. November) zu Salzburg; vor allem aber die Zusammenkunft der drei Kaiser von Deutschland, Rußland und Österreich zu Berlin am 4. September 1872, die, obwohl keinerlei Verträge abgeschlossen wurden, doch unter dem Namen des Dreikaiserbündnisses die nächste Zukunft Europas beherrschte. Diesem Ereignisse folgte im September 1873 der Besuch des Königs von Italien in Wien, von wo derselbe, von seinen Ministern begleitet, sich nach Berlin begab; im August desselben Jahres der Besuch des deutschen Kronprinzen in Stockholm und Kopenhagen; es war das Jahr, in dem auch der Schah von Persien die europäische Welt heimsuchte und Europas Höflichkeit auf die Probe stellte. Der Besuch Viktor Emanuels wurde Oktober 1875 von dem Deutschen Kaiser erwidert: am 18. zog derselbe unter höchstem Enthusiasmus der Bevölkerung in Mailand ein. Mit jedem Jahr machte es sich mehr fühlbar, daß die Herstellung eines starken und in Beziehung auf seine politische Verfassung befriedigten Deutschlands, die Herstellung eines großen Föderativstaates im Herzen Europas, eine Wohltat für den ganzen Weltteil war. Es war eine große Abgeschmacktheit, wenn französische Blätter nicht müde wurden, von deutscher Eroberungssucht zu sprechen, — heute Preußen und



Wilhelm I., deutscher Kaiser und König von Preussen.
Nach einem Stich von Doris Raab.

dem großen Staatsmann, in welchem kindische Furcht und knabenhafter Groll sich eine Art bösen Dämons zurechtphantasierte, einen Plan der Eroberung der russischen Ostseeprovinzen, morgen einen anderen, welcher die Einverleibung der deutschen Länder Österreichs bezwecke, zuschrieben; — bald in Holland oder Belgien oder der Schweiz, bald in Italien oder Spanien, in Skandinavien oder jenseit der Meere entdeckte ihre meisterlos schweifende Phantasie Spuren gefährlicher Anschläge. Sie konnten sich nicht in die Wahrheit finden, die mehr und mehr jedem einleuchten mußte: daß das Deutsche Reich, was seinen Territorialbestand betraf, vollkommen an der Grenze seiner Wünsche angelangt, bei Erwerbung der neuen Reichslande fast schon über diese Grenze hinausgedrängt worden war. Die Erwerbung von Kolonien in fremden Weltteilen war eine patriotische Phantasie gewesen, mit welcher der deutsche Liberalismus in seinen Knaben- und Jünglingsjahren gespielt hatte: sie tauchte jetzt mit einer Art Naturnotwendigkeit wieder auf, aber ihre Zeit war noch nicht gekommen. Gedanken einer Vergewaltigung europäischer Staaten lagen so fern als möglich. Denn daß die Existenz von Staaten wie Skandinavien, Holland, Belgien, Schweiz in ihrer vollen Selbständigkeit für Deutschland, wenn für irgendwen, eine Notwendigkeit und ein nicht genug zu schätzendes Glück war und ist, da Deutschland als das Land der Mitte nur die Wahl hat, mit aller Welt in Frieden oder mit aller Welt in Krieg zu leben und dann, wie es so lange gewesen, das große Schlachtfeld von Europa zu sein — ist einleuchtend genug. Den Gedanken einer Einverleibung Deutsch-Österreichs in das neue Reich fertigte Bismarck in einer gelegentlichen Unterredung mit einem ungarischen Novellisten durch den treffenden Witz ab, daß, wenn die deutschen Länder Österreichs dies wollten, er Krieg gegen sie führen müßte; und was die Idee einer Eroberung der Ostseeprovinzen betraf, so stand er mit dem Gedanken, eine Erneuerung des Staufischen Imperiums über Italien anzustreben, auf gleicher Linie: wer eine Karte zu lesen verstand, war mit dem einen wie mit dem anderen bald im reinen. Nach außen war das Deutsche Reich nach allen Seiten hin ein Reich des Friedens. Als typisch hierfür mag der Vertrag mit Griechenland, die Ausgrabungen in Olympia betreffend (April 1874), und der Vertrag, der dem verfahrenen Unternehmen des Gotthardtunnels neue Mittel lieferte, angeführt werden. Wenn es etwas gab, was diese Friedensgedanken befestigen konnte, so war es dies, daß die römische Herrschsucht dem jungen Reich einen inneren Kampf aufgezwungen hatte, bei dem es die Sympathien nahezu aller europäischen Länder für sich hatte: zunächst allerdings mit Ausnahme des einen, in welchem der Haß der Parteien untereinander noch einigermaßen beschwichtigt wurde durch den gemeinsamen Haß gegen Deutschland.

2. Frankreich.

Den Kelch der Niederlagen gegen den auswärtigen Feind hatte Frankreich bis auf die Hefe geleert; fast an demselben Tage aber, an dem die Deutschen aus Paris abzogen, begann eine neue Reihe von Demütigungen, mit denen verglichen selbst ein Tag wie der von Sedan noch etwas Tröstliches hatte. Die Hauptstadt, welche die deutschen Truppen verlassen hatten, mußte einer Rotte von Wilden abgestritten werden, die mit wahnsinniger Hand zerstörten, was der Krieg unbeschädigt zurückgelassen hatte.

Die Zahl der Kanonen, welche am 1. März 1871 und an den folgenden Tagen von den radikalen Nationalgarden auf Befehl ihrer unsichtbaren Lenker nach dem Montmartre gebracht worden waren, hatte, wie wir früher erwähnten, allmählich die furchtbare Höhe von 3—400 erreicht; ein „Zentralkomitee der Nationalgarden" war die geheimnisvolle Macht, die über diesen Besitz Wache hielt. Mit diesem Komitee unterhandelte General Vinoy wegen Auslieferung dieser Geschütze. Sie ward verweigert: in stürmischen Volksversammlungen, die in den östlichen Stadtvierteln von Paris, Montmartre, Belleville, la Vilette, gehalten wurden, beschloß man jedem Versuche der Entwaffnung die Gewalt entgegenzusetzen. Die Arbeiterbevölkerung wie der müßiggängerische Pöbel weigerte sich, wieder in die gewöhnliche Ordnung zurückzukehren, wo statt des reichlichen Soldes für geschäftigen Müßiggang karge Bezahlung, strenge Eintreibung rückständiger Miete oder Steuern und dergleichen ihrer wartete, und die Führer fehlten nicht, welche jetzt die Zeit für gekommen glaubten, Ernst zu machen mit jener Umgestaltung der Welt zugunsten des Proletariats, die als ein neues Evangelium längst unter der Menge verbreitet worden war. Der Feind, der bekämpft werden müsse, so hatte man dieser wieder und wieder vorgeredet, sei die Gesellschaft, wie sie jetzt organisiert sei; alle Religion müsse abgeschafft, die angebliche göttliche Gerechtigkeit durch eine neue menschliche ersetzt, die Ehe als eine Institution, die das Weib zur Sklavin mache, aufgehoben, direkte Gesetzgebung durch das Volk und, wie sich dann, dann erst, von selbst verstehe, für das Volk eingeführt, das Erbrecht vernichtet und Grund und Boden in Kollektiveigentum verwandelt werden; zunächst verlangte ihr Komitee Fortdauer des Tagessoldes von $1\frac{1}{2}$ Frank, bis allen Nationalgardisten Arbeit oder Anstellung beschafft sei, und freie Wahl der Offiziere. Während der Unterhandlung verstärkte die Regierung, die mittlerweile samt der Nationalversammlung von Bordeaux nach Versailles übergesiedelt war, ihre Truppen, und in der Nacht vom 17. auf den 18. März bemächtigten sich diese der Höhen. Gegen Morgen erst kamen die Nationalgarden, durch den

Generalmarsch zusammengerufen, heran, um dieselben wieder zu nehmen; es war nicht mehr nötig; ein Regiment, das 88., kehrte die Gewehre um und ging zu den Aufständischen über. Das Beispiel wirkte ansteckend, die einen gingen über, andere ließen sich entwaffnen, andere flüchteten, und zwei Generale, Lecomte und Thomas, wurden gefangen und noch am selben Tage in einem Garten erschossen. Das Komitee der Aufständischen setzte sich im Stadthause fest, und der Ministerrat zu Versailles beschloß, Paris vorläufig aufzugeben und seine wenigen zuverlässigen Streitkräfte um Versailles zu konzentrieren. Auch die Forts von Paris, soweit sie von den Deutschen geräumt waren, fielen, mit Ausnahme des Mont Valérien, dem siegreichen Aufstand in die Hände. Dieser ward ferner verstärkt durch die Menge kleiner Geschäftsleute und Handwerker, denen der Aufruhr einen augenblicklichen Ausweg aus den Verlegenheiten zeigte, welchen sie bei Wiederherstellung der früheren Ordnung entgegengingen. Die rote Fahne wurde auf allen öffentlichen Gebäuden aufgezogen. Am 21. bildete sich die neue Regierung, veröffentlichte eine Art Programm und gab eine Art Organisation. Der Nationalgardensold ward fortbezahlt, und den Geist dieser neuen Organisation — Großrat der Delegierten, Bataillonskreis, Legionsrat, Zentralkomitee — bezeichnet es, daß der Nationalgarde das Recht zugesprochen ward, alle ihre Chefs zu ernennen und abzusetzen, sofern sie dem Vertrauen ihrer Wähler nicht entsprachen. Noch aber waren sie nicht vollständig die Herren. Es gab noch konservative Nationalgarden, welche geneigt waren, die Ordnung zu verteidigen, zu diesem Zwecke aber einiger Zugeständnisse an die insurgierte Masse bedurften, die ihnen die Regierung jedoch nicht bewilligte. Thiers erklärte sich für den Augenblick außerstande, ihnen zu helfen. Sie suchten nun die brotlosen Künste des Demonstrierens hervor; waffenlos zog eine friedliche Menge von 3–4000 Menschen durch die Friedensstraße unter dem Rufe: „Es lebe die Ordnung!“ Hier aber war mit dergleichen Sentimentalitäten kein Eindruck zu machen. Als die Prozession auf den Vendomeplatz kam, feuerte die dort aufgestellte Nationalgarde unter sie und schoß nieder, was die blinde Kugel treffen mochte. Trotzdem unterhandelte der Admiral Saisset noch mit den Mordgesellen, die, dadurch vollends keck gemacht, der Herrschaft in der Stadt sich vollständig bemächtigten und ihre Emissäre auch nach den Provinzen schickten.

Hier aber, in Lyon, Marseille und sonst, mißglückten die Versuche. Ein Reizmittel zum Aufstande, der Hochmut der Pariser und der daraus erwachsende Grimm gegen die „Bauernversammlung“ in Versailles und deren Regierung, die darauf ausgehe, Paris seiner gebietenden Stellung zu berauben, fehlte in den Provinzialstädten: der

Aufstand blieb auf Paris beschränkt. Am 26. März ließ das Zentralkomitee seine Usurpation durch die Wahl der „Pariser Kommune" legitimieren. Mit nicht mehr als 120000 Stimmen wurden ihre Kandidaten gewählt: am 28. wurde die neue Kommune feierlich proklamiert. Sie setzte Kommissionen für die Regierung und Verwaltung der Stadt nieder und erklärte etwaige Befehle von Versailles für nichtig. Der förmliche Krieg begann am 2. April mit einem Auszuge von etwa 6000 Bewaffneten gegen Versailles, der aber scheiterte, ebenso wie ein größerer Angriff am folgenden Tage. Thiers, der mit Recht jede Unterhandlung abgewiesen hatte, ernannte jetzt den Marschall Mac Mahon zum Oberbefehlshaber über das Heer, das sich mit Zustimmung der deutschen Autoritäten aus den heimkehrenden Kriegsgefangenen bildete. Der entbrennende Krieg verschärfte, wie natürlich, den Terrorismus der Pariser Gewalthaber; ein Dekret der Kommune, des neuen Gemeinderates von Paris, erklärte Thiers und seine Minister in Anklagestand und zog ihre Güter, soweit sie in Paris Besitztum hatten, ein; am 4. wurde der Erzbischof und eine Anzahl anderer Geistlichen — „Priester eines sogenannten Gottes", wie ein Aktenstück dieser allen Mächten des Abgrunds verfallenden Gesellschaft sich ausdrückte — als Geiseln verhaftet. Widerspenstige Nationalgarden wurden gewaltsam aus ihren Häusern geholt, und von da an war jeder Tag durch irgend eine neue wilde oder wahnsinnige Maßregel bezeichnet, — Maßregeln, von denen das Dekret vom 13., das die Zerstörung der Kaisersäule auf dem Vendomeplatze als eines Denkmals der Barbarei und fortwährenden Attentats gegen den einen der großen Grundsätze der Französischen Revolution, die Brüderlichkeit, anordnete, noch eine der harmlosesten war. Mit wechselndem Erfolge wurde gekämpft. Von seiten der Versailler ging man mit äußerster Vorsicht zu Werke. Man durfte die Truppen, deren moralische Kraft erschüttert war, keiner Niederlage aussetzen, und die schrecklichste und äußerste Demütigung, das unmittelbare Einschreiten der deutschen Truppen, die allerdings mittelbar durch ihre bloße Gegenwart zum Siege der rechtmäßigen Regierung sehr viel beitrugen, wollte man um jeden Preis vermeiden. Am 19. erließ die Kommune eine Erklärung, die „den Charakter der Bewegung vom 18. März" „präzisieren" sollte. Sie protestierte gegen die „despotische, unverständige, willkürliche und lästige Zentralisation", welche das Kaiserreich, die Monarchie und der Parlamentarismus Frankreich auferlegt habe; an die Stelle dieser Einheit solle „die freiwillige Vereinigung aller lokalen Initiativen", „die absolute Autonomie der Gemeinden, auf alle Ortschaften Frankreichs ausgedehnt", treten: diese „Gemeinderevolution" eröffne eine „neue Ära positiver, auf Wissenschaft beruhender Experimentalpolitik"; „sie ist das Ende der alten Re-

gierungs- und Kirchenwelt, des Soldatentums, des Beamtentums, des Börsenspiels, der Monopole und Privilegien, denen das Proletariat seine Sklaverei, das Vaterland sein Unglück und sein Verderben zuzuschreiben hat". Es war das Zerrbild des Zerrbildes von 1793: daß diese neueste Ära der Freiheit mit Unterdrückung der wenigen Journale, die noch den Mut hatten, zu widersprechen, begann, versteht sich beinahe von selbst. Noch übler stand es mit der Freiheit der Person. Vor allem war keiner der Gewalthaber eine Stunde vor dem anderen sicher; es charakterisiert diese Lage, daß der 3. oder 4. Kriegsminister der Kommune, Rossel, seine Entlassung mit den Worten erbat: „Ich habe die Ehre, um eine Zelle in Mazas zu bitten." Ein solcher Staatsstreich — eine Evolution nannte man es hier — fand am 20. April statt, durch welchen „General" Cluseret an die Spitze gehoben wurde, um schon am 2. Mai einem anderen, Rossel, Platz zu machen: und jeder dieser Tyrannen benutzte die kurze Frist zur Befriedigung seiner Gelüste, seiner brutalen Herrschsucht, seines Hasses, und welche es sonst sein mochten. Die Regierungstruppen machten Fortschritte; sie hatten 128 Batterien gegen die Stadt aufgestellt, welche nicht feierten; am 9. wurde Fort Issy, am 14. Fort Vanvres, am 16. Fort Montrouge genommen, während man in Paris sich mit der Demolierung von Thiers' Wohnung und Niederwerfung der Vendomesäule unterhielt; ein besonderes Vergnügen machte man sich daraus, Kirchen auszuräumen und mit jeder Art von Unfug zu entweihen. Ein Ausfall am 19. mißlang: man mußte sich, da die Provinzen ruhig blieben, auf ein baldiges Eindringen der Versailler gefaßt machen. Für diesen Fall beschloß am 20. die Kommune, „der Freiheit ein ihr würdiges Leichenfest zu bereiten", indem man die öffentlichen Gebäude in Brand stecke. Der Einbruch der Truppen geschah denn auch am 21.: ein Bürger, des Namens Jules Ducatel, hatte mit eigener Lebensgefahr die in der Nähe der Porte de St.-Cloud stehende nächste Truppe in Kenntnis gesetzt, daß hier die Ringmauer unbesetzt gelassen sei.

Die Verteidigung ward jetzt ins Innere, hinter die Barrikaden verlegt; am 22. zogen die Truppen zu den verschiedenen Toren ein. Unglücklicherweise benutzte man den 23., um sie ausruhen zu lassen, und ließ dadurch den Rasenden Zeit, ihre scheußliche Leichenfeier der Kommune vorzubereiten. „Der Bürger Millière soll an der Spitze von 150 Feuerwerkern die verdächtigen Häuser und die öffentlichen Gebäude in Brand stecken"; andere hatten andere Stadtteile „zu besorgen"; „der Bürger Raoul Rigault wird im Verein mit dem Bürger Regère mit der Ausführung des Dekrets der Kommune von Paris, betreffend die Geiseln, beauftragt"; so lauteten die Dekrete vom „2. und 3. Prairial des Jahres 79". Unter allen greuelvollen Tagen

der französischen Geschichte werden die vom 23. bis 28. Mai 1871 wohl den Preis davontragen. In 5 Kolonnen drangen die Truppen gegen das Stadthaus vor: während sie langsam vorrückten, leuchtete ein Brand nach dem anderen auf, Tuilerien, Louvre, Stadthaus, Palais Royal, Finanzministerium, Museum des Jardin des Plantes, Klöster und Theater, Kirchen, Bahnhöfe, Privathäuser; das gräßliche Wörterbuch der Revolution wurde mit den neuen Bezeichnungen der Männer und Weiber, welche das Öl in die Häuser und Keller schütteten, Petroleurs und Petroleusen, bereichert; während hier von den erbitterten Truppen niedergeschossen ward, was ihnen in die Hände fiel, vollstreckten an einer anderen Stelle dieses Höllenraums die Bürger Raoul Rigault und Regère den Blutbefehl wider die Geiseln, die, der Erzbischof von Paris, Darboy, unter ihnen — der dritte Erzbischof von Paris innerhalb zweier Jahrzehnte, welchen Dolch oder Kugel fällte —, im Hofe des Gefängnisses von la Roquette erschossen wurden. Am 27. waren die Insurgenten in den äußersten Winkel der Ringmauer im Osten zusammengedrängt. Die Führer begannen, wo ein Weg noch frei war, an ihre Flucht zu denken; die Barbiere hatten schon seit einigen Tagen alle Hände voll zu tun; in allerlei Verkleidungen entkamen die Haupträdelsführer, und die meisten hatten auch das nötige Reisegeld noch beigesteckt: einer, Delescluze, ein liederlicher Greis von 62 Jahren,*) ging hin, wo eine Kugel ihn treffen mußte. Am 28. war der Kampf zu Ende. Die Erschießungen nahmen ihren Gang weiter; 30000 Gefangene waren in den Händen der Gewalt, auf 14000 schätzt man die Zahl der im Kampfe, auf den Barrikaden, in den Häusern Getöteten — wo immer sie, schuldig oder nicht, von den mit sehr viel Grund ergrimmten Truppen erreicht werden mochten.

Die französische Regierung hatte hier einen Feind niedergeschlagen, der alle Errungenschaften menschlicher Fortschrittsarbeit und unter ihnen eine der wesentlichsten, den nationalen Staat, nicht in Frankreich allein, sondern überall bekämpfte: fand sich doch im deutschen Reichstag ein hitziger Geselle, der diese Orgien des Blutes in Paris nur ein kleines Vorpostengefecht im Kampfe des Proletariats mit dem Kapital nannte. Ihr Beispiel fand in kurzem in Spanien Nachahmung; in den übrigen Ländern wird man wohl tun, sich die Warnung zu Herzen zu nehmen, welche in diesem schrecklichen Kampfe lag und geeignet war, das stolze Selbstbewußtsein der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts zu demütigen.

---

*) Nach der sehr genauen Arbeit von Maxime de Camp (Revue des deux Mondes 1877: Les Prisons de Paris sous la Commune) fand man in seiner Tasche außer anderen Dokumenten auch den Brief irgend einer Bürgerin, relative à une affaire de galanterie vénale. (R. d. d. M. vom 1. Oktober 1877.)

Mit diesem Siege hatte die Regierung sich zunächst die Möglichkeit errungen, das furchtbar heimgesuchte, schwer geprüfte Land wieder einzurichten, an dessen Ruin alle Kräfte der Zerrüttung und Zerstörung seit acht Monaten gearbeitet hatten. Der Friede, am 18. Mai von der Nationalversammlung genehmigt, legte ihm eine Geldsumme von einer erschrecklichen Höhe und, bis dieselbe bezahlt war, eine Okkupation großer Teile des Gebietes durch deutsche Truppen auf. Zu der Loskaufsumme von 5 Milliarden Frank kam eine fast ebenso hohe, die sich aus den sonstigen Kosten und Schäden des Krieges, mannigfaltig wie sie waren, zusammensetzte: die Gesamtsumme der unmittelbaren und mittelbaren Kriegskosten wurde auf nicht weniger als 13 Milliarden Frank (10400 Millionen Mark) geschätzt). Diese Last, erdrückend für jedes andere europäische Land außer etwa England, wurde von diesem Volke, das in der geographischen Lage, dem Klima und der Bodenbeschaffenheit seines Landes vor allen begünstigt war, mit einer Leichtigkeit getragen, welche die deutschen Sieger bald von dem Vorwurf übertriebener Härte, den im ersten Augenblicke alle Welt gegen sie erhob, befreite. Am 6. Juni 1871 brachte der Finanzminister einen Gesetzentwurf ein, der die Regierung zur Aufnahme einer Schuld von $2^1/_2$ Milliarden Frank (2000 Millionen Mark) ermächtigte: in Paris allein, dem halb verbrannt aus dem Rachen eines zerstörenden Aufruhrs geretteten, wurden $2^1/_2$, in ganz Frankreich und den Börsenplätzen des übrigen Europas 5 Milliarden gezeichnet. Ein Übereinkommen vom September setzte fest, daß gegen gewisse Zollerleichterungen für die abgetretenen Gebiete die deutsche Okkupationsarmee sechs weitere Departements räumen und ihre Truppenzahl auf 50000 Mann vermindern sollte; im Dezember wurde der regelmäßige diplomatische Verkehr zwischen Frankreich und Deutschland wieder eröffnet; schon im Juni 1872 wurde ein neues Übereinkommen wegen Bezahlung des Restes der Kriegskostenentschädigung abgeschlossen, am 8. Juli die Regierung von der Nationalversammlung zu der Aufnahme einer neuen Schuld von 3 Milliarden Frank, der kolossalsten Kreditoperation, von welcher die Geschichte zu berichten weiß, ermächtigt: und am 29. konnte der Finanzminister der Versammlung das Ergebnis mitteilen, das, wieviel künstliche Hebel immer angesetzt worden sein mochten, um es zustande zu bringen, doch für Frankreichs Kredit das rühmlichste Zeugnis gab: statt der verlangten 3 Milliarden waren 41 Milliarden Frank (32800 Millionen Mark) gezeichnet worden. Am 11. Dezember war die 3. Milliarde bezahlt; am 15. März 1873 folgte eine neue Konvention: der Rest der Okkupationstruppen begann seinen Abmarsch, und am 16. September 1873, wie erwähnt, hatte der letzte deutsche Soldat den französischen Boden verlassen.

Die Okkupation, peinlich wie sie sein mochte, war den französischen Staatslenkern nicht so ganz unwillkommen gewesen. Sie legte den verschiedenen Parteien eine gewisse Mäßigung auf und gestattete, den schwierigen Fragen einer definitiven Verfassungsgestaltung einstweilen aus dem Wege zu gehen. Der gestürzte Herrscher hatte am 4. Februar 1871 noch von der Wilhelmshöhe aus eine Proklamation erlassen, in der er sagte, daß er sich Schweigen auferlegt habe, solange irgend eine Möglichkeit des Erfolges der nationalen Verteidigung gewesen sei: „Jetzt aber, wo jede vernünftige Aussicht auf Sieg verschwunden ist, jetzt ist es Zeit, von jenen, welche die Gewalt usurpiert haben, Rechenschaft zu verlangen für das unnötig vergossene Blut, für die aufgehäuften Ruinen, für die verschleuderten Hilfsquellen des Landes — — angesichts unseres Unglücks ist kein Raum für persönlichen Ehrgeiz: aber solange nicht das Volk, in regelmäßigen Wahlen versammelt, seinen Willen kundgegeben hat, wird es meine Pflicht sein, als wahrhafter Repräsentant der Nation mich an dieselbe zu wenden und zu sagen: alles, was ohne Eure direkte Beteiligung geschieht, ist ungesetzlich." Dieser Anspruch wurde, wie bereits erwähnt, auf eine sehr tumultuarische Weise am 1. März (1871) durch die Absetzung der Dynastie Bonaparte vorläufig beseitigt; der zweite Mitbewerber um die Herrschaft in Frankreich, die Kommune, war soeben niedergeworfen worden. Zunächst war Frankreich der Form nach eine Republik, an ihrer Spitze eine Versammlung von etwa 700 Köpfen, die der eigentliche Souverän des Landes war und die kraft dieser Souveränität am 17. Thiers zum Chef der Exekutivgewalt ernannt hatte: „in Erwartung der Entscheidung, welche Frankreich über die endgültig anzunehmende Regierungsform treffen wird." Die Mehrheit der Versammlung hatte diese Form gewählt, weil sie die Republik nur als eine vorläufige Tatsache hinzunehmen gewillt war. Republikanisch aus Grundsatz und Überzeugung war wenig über ein Drittel der Versammlung, und jene Mehrheit behielt sich vor, diesem „Pakt von Bordeaux" diejenige Auslegung zu geben, welche sie für gut finden möchte, wenn die Umstände ihr gestatten würden, ihre Sympathien zur Tat werden zu lassen. Diese Sympathien der Mehrheit aber waren der Monarchie zugewendet, und Thiers selbst teilte sie: aber er war verständig genug, sich selbst und weiterhin auch der Versammlung zu sagen, daß es drei Prätendenten gebe und nur einen Thron, und er neige deshalb zur Republik, — er konnte nicht sagen, weil sie den Einigungspunkt für alle Parteien bilde, sondern nur, wie er schon im Jahre 1848 gesagt, „weil sie uns am wenigsten trennt," einigermaßen auch, weil er ihr Präsident war. Es war freilich eine seltsame Staatsform, die Republik eines einzelnen Mannes, die „Republik des Herrn Thiers": die Mehrheit knüpfte

indes an die monarchischen Traditionen an, indem sie ihren Sitz nach Versailles verlegte und auch nach wiederhergestellter Ruhe jeden Versuch, den Sitz der Regierung wieder nach Paris zu legen, entschlossen abwies. Der Pariser Witz hatte ihr den Namen der Bauernversammlung angehängt; sie zeigte eine gewisse Neigung, der übertriebenen Zentralisation entgegenzutreten. Am 8. April beschloß sie die Wahl der Maires durch die Gemeinderäte, fügte sich aber dem energischen Verlangen des Chefs der Exekutive, der mit seinem Rücktritte drohte, wenn man ihm nicht für alle Städte von über 20000 Einwohnern sowie für die Hauptorte der Departements und Arrondissements die Ernennung der Maires durch die Regierung, wie seither geschehen, zugestehe. Bereits aber meldeten sich die Prätendenten. Der so lange verspottete Graf von Chambord wurde plötzlich zu einer sehr ernsthaften politischen Persönlichkeit und kündigte sich in einem am 12. Mai veröffentlichten Briefe als solche an, indem er mit vollem Nachdruck für die Unabhängigkeit des Papsttums sich aussprach, für die der französische Klerus bereis eine lebhafte Agitation begonnen hatte. Am 8. Juni sprach die Versammlung mit großer Mehrheit die Aufhebung der Verbannungsgesetze gegen die Mitglieder des Hauses Bourbon aus und erklärte die Wahl der Prinzen von Orleans für gültig, die dann auch noch im Laufe des Jahres (19. Dezember), obgleich sie Thiers das Gegenteil versprochen hatten, ihre Sitze in der Versammlung einnahmen. Die Versuche setzten sofort an, die so oft genannte Fusion zwischen der jüngeren und älteren Linie des alten Königshauses nunmehr ins Werk zu setzen und damit die Möglichkeit einer Herstellung der altfranzösischen Monarchie anzubahnen. Ihr Banner — „das Banner Heinrichs IV., Franz' I. und der Jungfrau von Orleans" — pflanzte ein Manifest des Grafen von Chambord auf (5. Juli 1871), in welchem er sich bereit erklärte, seinem Lande zu helfen. In diesen Zusammenhang gehört die Debatte vom 22. Juli, zu welcher die von den Bischöfen zustande gebrachten Petitionen für die Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes Anlaß gaben. Denn die klerikale Partei war, da es mit den Bonapartes nichts mehr war, in hellen Haufen ins altkönigliche Lager gelaufen, und die Herstellung der legitimen Monarchie, nicht des Papstes Interesse war der nächste Zweck jenes Petitionssturmes, welcher der Regierung im höchsten Grade unbequem war. Mit seiner gewöhnlichen Geschicklichkeit gab Thiers der Partei, deren Sache Dupanloup, der Bischof von Orleans, führte, gute Worte, die zu nichts verpflichteten: „Ich werde einerseits die Politik meines Landes niemals in Gefahr bringen wollen und andererseits die Unabhängigkeit des Heiligen Stuhles in den Grenzen des Möglichen verteidigen." Sein Minister des Äußeren,

Jules Favre, wurde der Majorität geopfert und durch einen alten Freund des Präsidenten, Rémusat, ersetzt. Jener monarchischen Strömung gegenüber beantragte das linke Zentrum Verlängerung der Vollmachten des „Chefs der Exekutivgewalt" auf drei Jahre mit dem Titel eines Präsidenten der Republik. Bei der Beratung dieses Antrages am 30. und 31. August kam es zu sehr heftigen Szenen. Der Versammlung wurde die konstituierende Gewalt von der Linken bestritten, sie sei nur zu dem Zweck gewählt worden, über Krieg oder Frieden zu entscheiden. Von rechts her erwiderte man mit heftigen Ausrufungen über die Usurpation vom 4. September: was schließlich angenommen wurde (Gesetz Rivet), vertuschte nur den Gegensatz, der zwischen dem Chef der Exekutive und der Mehrheit der Versammlung sich bereits gebildet hatte. Thiers erhielt den Titel eines Präsidenten der Republik „und soll unter der Autorität der Nationalversammlung, solange diese ihre Arbeiten noch nicht beendet hat, die Funktionen fortführen, die ihm durch das Dekret vom 17. Februar übertragen worden sind"; auch wurden gemäß dem Antrage seines Justizministers, Dufaure, seine hervorragenden Dienste in den Motiven zu dem Gesetze ausdrücklich anerkannt. Dagegen beschränkte der 2. Artikel vielmehr die Befugnisse des „Präsidenten", indem er bestimmte, daß derselbe den Beratungen der Versammlung „nach vorhergehender Benachrichtigung" anwohnen könne. Die Mehrheit konnte ihn noch nicht entbehren, sie mißtraute ihm jedoch mehr und mehr.

Am 13. September vertagte sich die Versammlung auf den Antrag des Präsidenten, damit die Regierung zur Ausarbeitung der nötigen Vorlagen Zeit gewinne. Auch während dieser Vertagung war für allerlei Aufregung bestens gesorgt. Der 4. September allerdings ging ruhig vorüber, die Regierung hatte jede öffentliche Feier des Tages untersagt, und niemand hatte viel Ursache, sich dieses Tages zu freuen. Dagegen begannen nun die Aburteilungen und Erschießungen der vor das Kriegsgericht gestellten Gefangenen der Kommune; eine Kommission ward niedergesetzt, welche die Festungskapitulationen des letzten Krieges zu prüfen hatte; die Nationalgarden wurden einem Beschlusse der Versammlung (24. Juni) zufolge in ganz Frankreich allmählich aufgelöst, wogegen die Ziffer für das Jahreskontingent zum stehenden Heere von 100 000 auf 120 000 erhöht ward. Gelegentlich erprobte Thiers auch seine Regierungskunst gegenüber dem Papste, der die gute Gelegenheit der provisorischen Zustände in dem gedemütigten Lande dazu zu benutzen suchte, der französischen Regierung für die Besetzung der Bistümer ein Kuckucksei ins Nest zu legen, ein Praesentavit statt eines Nominavit (30. September). Ihre Kräfte maßen die Parteien einstweilen in den Wahlen für die Generalräte der Departements, obwohl dieselben

sich eigentlich und grundsätzlich nicht mit Politik zu befassen hatten. Die Wahlen für diese Departemental-Versammlungen oder Bezirkstage fielen überwiegend im Sinne der Regierung aus: die bonapartistische Partei hatte es nur erst wieder auf 120 Sitze unter etlichen 1000 gebracht.

Am 4. Dezember trat die Versammlung wieder zusammen: sie empfing eine ausführliche Präsidentenbotschaft von Thiers. In der letzten Woche des Jahres machte das Haus Orleans von sich reden. Die Regierung beantragte die Rückgabe ihrer mit Dekret vom 22. Januar 1852 vom Staate mit Beschlag belegten Güter, soweit sie noch nicht veräußert waren: zugleich traten der Herzog von Aumale und der Prinz von Joinville in die Nationalversammlung ein, und der erstere ward zum Mitgliede der Akademie gewählt. Eine große Zahl von Generalräten hatte sich für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht und der allgemeinen Schulpflicht ausgesprochen, und unter den Gesetzentwürfen, die der wieder zusammentretenden Versammlung vorgelegt wurden, befand sich auch der eines Elementarschulgesetzes, das der Unterrichtsminister Jules Simon in diesem Sinne ausgearbeitet hatte. Man konnte erwarten, daß die Lehren des Jahres 1870 nicht vergeblich gewesen seien, und daß hier, wenn irgendwo, die Wiedergeburt Frankreichs ansetzen werde, die noch immer das dritte Wort der Journale war. Allein die Kommission, welche die Versammlung am 4. Januar 1872 für die Vorberatung des Entwurfs niedersetzte, enthielt 13 Gegner gegen 2 Freunde desselben und bestellte zu ihrem Berichterstatter den Bischof Dupanloup, der soeben seinen Austritt aus der Französischen Akademie erklärt hatte, weil er nicht neben dem Philosophen Littré, der materialistische Ansichten hegte, in dieser Körperschaft sitzen wollte.

Das Jahr 1872 begann mit einer Krisis, welche Thiers hervorrief, indem er auf einer Besteuerung der Rohstoffe bestand: sie bedeutete eine Rückkehr zum Schutzzollsystem und stellte das verdienstlichste Werk der Napoleonischen Ära, die Handelsverträge mit den verschiedenen europäischen Staaten, in Frage. Er bildete sich, wie vielen klugen Leuten begegnet, auf seine Kenntnisse in diesem Gebiete, wo er doch nur ein allerdings kluger und kenntnisreicher Dilettant war, am meisten ein und suchte die Versammlung mit fortzureißen. Als er nach langen Debatten seinen Willen nicht durchsetzte, verlangte er seine Entlassung, ließ sich aber schließlich doch zum Bleiben bewegen und erlangte (2. Februar) die Zustimmung der Versammlung zu einer Kündigung des Handelsvertrages mit England. Die Unvollkommenheit dieses sehr persönlichen Regimes hielt die Tätigkeit und die Intrigen der Parteien wach. Der Graf Chambord rief sich mit einem neuen Manifest ins Gedächtnis; einige

Mitglieder der Rechten suchten die verschiedenen Schattierungen der Anhänger der Monarchie in einem gemeinsamen Programme zu vereinigen, um so eine feste Mehrheit in der Versammlung zu bilden; auf der anderen Seite näherte sich Thiers den gemäßigten Elementen der Linken und begann sich deutlicher als bisher für die „konservative Republik" auszusprechen: auch die Bonapartisten machten sich die unsichere Lage zunutze und erhoben sich mit großer Dreistigkeit in der Presse wieder zu neuer Tätigkeit. Am 11. Februar hatten ihre wenigen Anhänger in der Kammer an dem früheren Minister Rouher, der in Korsika, der bonapartistischen Domäne, gewählt worden war, einen Führer erhalten. Am 15. März begann die Budgetdebatte, die abermals 160 Millionen Frank neue Steuern auszumitteln hatte: von Ersparnissen im Heerwesen, wo sie möglich gewesen wären, wollte niemand etwas wissen. Niemand nahm es übel, daß Thiers das ihm für die Armee Bewilligte um mehr als 100 Millionen überschritten hatte und an ordentlichen Ausgaben für dieselbe 80 Millionen mehr als selbst das Kaiserreich verlangte. Ein Bericht der Armeekommission verlangte die allgemeine Wehrpflicht, für welche auch die Generalräte sich aussprachen; „eine unterrichtete und eine bewaffnete Nation", war auch die Losung des dritten oder vierten Prätendenten, Gambettas, der im April eine große Agitationsreise durch halb Frankreich unternahm, — „damit sie der französischen Familie Bevölkerungen zurückgebe, die am Tage zurückkommen werden, wo Frankreich wiederauferstanden sein wird".

Als die Versammlung nach kurzer Vertagung wieder zusammentrat, kam der Entwurf eines Heeresergänzungsgesetzes an die Reihe (27.—30. Juni), wobei es an Hinweisen auf die jüngste Vergangenheit nicht fehlen konnte. Nach einer heftigen Szene zwischen dem alten General Changarnier und dem Verteidiger von Belfort und erregten Debatten wurde das Prinzip allgemeiner Wehrpflicht angenommen. In den ferneren Stadien griff auch Thiers in die Debatte ein, um die fünfjährige Dienstzeit für die aktive Armee durchzusetzen; denn auf diese legte er das größte Gewicht und wollte im Grunde von der allgemeinen Wehrpflicht nicht viel wissen. Am 22. Juni war das Wehrgesetz erledigt, nach welchem jeder kriegstaugliche Franzose fünf Jahre der aktiven Armee, vier ihrer Reserve, fünf Jahre der „Territorialarmee" und sechs Jahre ihrer Reserve angehören sollte. Gegen diese lange Dienstzeit hatte nur Trochu sich zu erklären den Mut: er erregte aber durch seine Worte: „Erleichtert euer Budget, indem ihr eure militärischen Ausgaben reduziert" allgemeine Mißbilligung. Am 24. brachte dann der Minister der Finanzen neue Steuervorlagen ein. Wiederholt schlug die lange Beratung über die Besteuerung der Rohstoffe in politische Debatten und Skandale um: so am 12. Juli, wo der Groll

der monarchisch Gesinnten, die durch die stets zugunsten der Republik ausfallenden Nachwahlen gereizt waren, mit großer Heftigkeit losbrach und Thiers nur mit Mühe gegen ihre Unterbrechungen, die ihm den Bruch des „Pakts von Bordeaux" und Begünstigung der Republik vorwarfen, das Wort sich erkämpfte. In der Rohstoffsteuerfrage setzte er seinen Willen durch. Am 26. wurde die Besteuerung von etwa 300 Rohstoffen, welche die Erhebung von Eingangszöllen von den vom Auslande kommenden entsprechenden Waren bedingte, mit 311 gegen 265 Stimmen bewilligt: sie war aber vorläufig unfruchtbar, da erst die Handelsverträge dementsprechend abgeändert, gekündigt oder abgelaufen sein mußten. Am 1. August vertagte sich die Versammlung auf drei Monate. Über den wichtigen Schulgesetzentwurf hatte sie am 11. Juli noch einen Bericht des Bischofs von Orleans im Namen der Kommissionsmehrheit angehört, der ganz im klerikalen Sinne gehalten und nach der Weise und neuen Taktik des Ultramontanismus mit dem Begriffe und Worte der Freiheit spielend den Eltern nur die moralische Verpflichtung auferlegte, ihre Kinder unterrichten zu lassen, ihnen aber als unveräußerliches Recht die „Freiheit" vindizierte, sich Lehrer und Schule nach ihrem Gefallen zu wählen oder auch nicht zu wählen. Im übrigen war es dieser Partei nicht viel um ein Gesetz in dieser Sache zu tun, da ihr die bestehende Regierung, die ihre Macht zu fürchten hatte, freie Hand ließ.

Die Zeit der Vertagung beuteten die Parteien jede in ihrer Weise aus. Die republikanische Partei verlangte, daß die Versammlung, die nur zum Zwecke des Friedensschlusses gewählt worden sei, sich auflöse und einer neuen Platz mache, der Frankreich das Mandat geben werde, die definitive Form seiner Verfassung zu bestimmen: nach dem Ergebnisse fast sämtlicher Nachwahlen der letzten Monate zweifelte sie nicht, daß eine Neuwahl eine große republikanische Mehrheit liefern werde. Bereits war Gambetta wieder auf Reisen: besonderes Aufsehen erregte eine Rede, die er am 26. September zu Grenoble hielt, und die, schwungvoll, der gallischen Hoffart schmeichelnd, scheinbar gemäßigt in der Form, doch in der Sache sehr energisch die Auflösung der Versammlung verlangte: sie war mit Angriffen auf die Bourgeoisie versetzt, der gegenüber der Redner von „neuen sozialen Schichten" sprach, die jetzt im Staate zu Macht und Geltung gelangten. Der bleibende Ausschuß, den die Kammer zurückgelassen hatte, achtete den Anlaß wichtig genug, um den Präsidenten der Republik über seine Stellung zu dieser Manifestation des Radikalismus zu befragen. Thiers mißbilligte dieselbe höchlich, sprach aber zugleich seine Ansicht dahin aus, daß die Republik augenblicklich eine Notwendigkeit sei: man könne für seine Person Monarchist sein, aber die Herstellung einer Monarchie in Frankreich

werde dadurch nicht möglicher. Allein die Mehrzahl der „Monarchisten" hatte sich noch nicht zu der kühlen Höhe emporgeschwungen, von der aus der aufgeklärte Thiers die Sache betrachtete. Eine große Anzahl derselben *glaubte* an das Königtum, sie waren *Royalisten*, nicht Monarchisten, und da sie, während alle Welt sie totgesagt, so unerwartet wieder zu großer parlamentarischer Bedeutung gelangt waren, so konnten sie hoffen, daß ihnen auch die Rückführung ihres Königs, die Herstellung der altfranzösischen Monarchie gelingen werde. Sie konnten dabei auf das tiefe Verlangen nach einer dauerhaften Ordnung der Dinge rechnen, das im Volke bestand, und die eifrigsten dieser Legitimisten durften, was etwa noch fehlte, von einem wunderbaren Eingreifen der Vorsehung erwarten, das eben jetzt in Frankreich an der Tagesordnung war.

Denn der *Klerus* hatte die Niederlagen des Landes im Kriege wider die Deutschen sich aufs beste zunutze gemacht, um die Macht der Kirche über die Gemüter, von denen sie einen nicht geringen Teil an den Unglauben verloren hatte, aufs neue zu befestigen oder wiederherzustellen. Mit der Unterwerfung unter die *vatikanischen Dekrete* hatte es hier keine Not. Von einer wahrhaft religiösen Bewegung, gleich dem Altkatholizismus in Deutschland, war hier nicht die Rede, die zerstreuten Regungen, die hier und da auftauchten, wurden leicht unterdrückt: dagegen nahm der Katholizismus jetzt in diesem Lande, indem er sich mit der Politik einer Partei verbündete und zugleich den Rachegelüsten des gesamten Volkes gegen Deutschland schmeichelte, mehr und mehr die Formen und das Wesen eines rohen Paganismus an, der mit Marienerscheinungen, Wundern von mancherlei Art und lärmenden Prozessionen die unwissende Menge bestürmte. Zum Schauplatze der Wallfahrten, die den ganzen Monat August erfüllten, hatten sie einen von der großen Heerstraße entfernten Ort, ein Städtchen nahe an der spanischen Grenze, *Lourdes*, ausersehen, wo in einer Grotte die Jungfrau Maria — oder ein dogmatischer Begriff, der auf dem besten Wege war, sich zu einer neuen Gottheit zu verdichten, die unbefleckte Empfängnis — einigen Gläubigen erschienen war. „Wir befinden uns nun endlich einmal auf dem Wege des moralischen Fortschritts," sagte der Aufruf eines Komitees hochadeliger Frauen (19. September), „was ist die Ursache dieser sozialen Erneuerung? *Die Erscheinung der heiligen Jungfrau in der Grotte* hat gewiß das größte Gewicht in der Wagschale unserer Geschicke; dort ist der Kulminationspunkt der Epoche." Der Aufruf hatte recht, wenn er sagte, daß in Frankreich der robuste Glaube der Kreuzfahrer wiederauflebe: dieser robuste Glaube war schon rüstig am Werke, eine neue Gottheit, einen neuen Kultus, den des „heiligen Herzens Jesu", auszubilden, und die Geistlichkeit und ihre Verbündeten waren klug

genug, auch den Schmerz um die verlorenen Provinzen, in denen die Wundererscheinungen gleichfalls zahlreich waren, für diesen geistlich-weltlichen, ultramontan-legitimistischen Schwindel auszubeuten. Ein neues Manifest des Grafen von Chambord (25. Oktober), „im Grunde ist Frankreich katholisch und monarchisch", kam dieser Bewegung zu Hilfe.

Am 11. November trat die Versammlung zu Versailles wieder zusammen. Leidenschaftlicher als je standen sich die Parteien gegenüber. Am 13. legte Thiers in einer längeren Botschaft die Lage des Landes dar. Er schilderte dieselbe als über Erwarten günstig und verweilte bei dem ungeheuren Erfolge der letzten Anleihe: diese staunenswürdigen Erfolge, sagte er, verdanke Frankreich der energischen Aufrechthaltung der Ordnung: alsdann sprach sich das Schriftstück unumwunden und nachdrücklich für die Republik, die konservative Republik, als die dauernde Regierungsform in Frankreich, aus. „Die Republik besteht, sie ist die gesetzliche Regierung des Landes, etwas anderes anstreben, würde eine neue Revolution und die furchtbarste von allen bedeuten." Ein entscheidender Augenblick nahe heran; an der Versammlung sei es, dieser Republik die nötige Form und die nötige Kraft zu geben.

Die Mehrheit nahm diese Botschaft als eine Kriegserklärung auf. Einige Mitglieder der Rechten protestierten sofort: am 18. aber, aus Gelegenheit einer Interpellation über Gambettas Rede, die General Changarnier vorbrachte, wiederholte Thiers seine Aufforderung, eine definitive Regierung zu schaffen. Die Versammlung setzte eine Kommission nieder, um die Botschaft vom 13. zu prüfen. In ihrem Namen erstattete der Deputierte Batbie am 26. Bericht; er sprach von den Fortschritten des Radikalismus, dem man eine kämpfende Regierung entgegenstellen müsse; der Präsident habe zu diesem Zwecke Waffen verlangt, eine Erste Kammer etwa, mit der vereint er im Konfliktsfalle, wie in anderen Ländern, die Zweite auflösen könnte; die Mehrheit der Kommission sei bereit gewesen, diese Anträge zu prüfen, aber das Unaufschiebbare sei das innige Zusammengehen der Nationalversammlung und der vollziehenden Gewalt: in dieser Beziehung jedoch liege ein Übelstand in der persönlichen Einmischung des Chefs der vollziehenden Gewalt in die Debatten der Versammlung. Der Bericht schloß mit dem Antrage auf Ernennung einer Kommission von 15 Mitgliedern, die der Versammlung in kürzester Zeit einen Gesetzentwurf über die Ministerverantwortlichkeit vorlegen solle. Diesem Antrage setzte Thiers, der sich die Tribüne, auf der er sich mit unerreichter Meisterschaft bewegte, nicht verbieten lassen durfte, durch seinen Justizminister Dufaure einen anderen entgegen: eine Kommission von 30 Mitgliedern behufs Regelung der Beziehungen der Gewalt und

der Bedingungen der Ministerverantwortlichkeit zu wählen; mit 372 gegen 335 Stimmen (29. November) errang er den Sieg. Aber dieser Sieg brachte nur einen Aufschub: schon am folgenden Tage zwang ihn ein Mißtrauensvotum gegen seinen Minister des Innern, Lefranc, einen Mann republikanischer Gesinnung, diesen zu entlassen: und am 6. Dezember wurden in die Kommission der Dreißig 19 seiner monarchischen Gegner und nur 11 seiner republikanischen Anhänger gewählt. Englische Blätter haben damals die Ansicht ausgesprochen, daß Thiers, wenn er sich halten und die Republik gründen wolle, die Versammlung hätte auflösen, d. h. sprengen müssen. Dies war richtig. Dazu aber hätte Thiers ein anderer sein müssen, als er war; vielmehr suchte er durch allerlei kleine Mittel die Rechte wieder zu beschwichtigen.

Die Dreißiger-Kommission beeilte sich in ihrem Werke nicht, und es hat kein Interesse, die Verhandlungen zwischen Thiers und diesen 30, welche stundenlang über die Modalitäten sich stritten, unter welchen der Präsident in der Versammlung das Wort ergreifen dürfe — chinoiseries, Chinesenkram, nannte es der allzeit schlagfertige Witz des Präsidenten —, im einzelnen zu verfolgen. Das Jahr ging über diesem unfruchtbaren Hin und Her zu Ende, das nichts an der verzwickten Lage des Landes änderte, das nicht Republik und nicht Monarchie war, und das keinen Ausweg aus diesem Wirrsal sah.

Das folgende Jahr, 1873, begann mit einem Ereignis, an welches einige Jahre früher noch ganz Europa mit aufgeregter Sorge gedacht hatte, das jetzt aber weder in Frankreich noch sonstwo irgend welche tiefere Aufregung hervorrief. Napoleon III. starb, 65 Jahre alt, am 9. Januar in seinem Exil zu Chiselhurst. Daß man in Frankreich dem „Mann von Sedan" — denn was er sonst noch gewesen, hatte die Niederlage ausgelöscht — noch manchen Fluch und jede niedrige Schmähung ins Grab nachsandte, bedarf der Erwähnung kaum; der Beweis, daß die Nation eines besseren Loses würdig sei, daß sie eine bessere Regierung aus ihrem Schoße erzeugen könne, als der eigenartige cäsarische Despotismus gewesen, den dieser Mann 18 Jahre lang mit Kraft und Geschick aufrecht gehalten hatte — dieser Beweis war noch nicht erbracht, wohl aber der, daß Frankreich vorderhand keine Ursache hatte, sich des Tausches zu freuen, den es mit dem 4. September gemacht hatte. Für jetzt wenigstens mißlang der Versuch, aus den provisorischen Zuständen, in denen man seit zwei Jahren lebte, herauszukommen und einen Zustand zu schaffen, bei dem nicht jeden Tag nicht weniger als alles in Frage gestellt werden konnte. Selbst nicht zu einem Anfange der großen Wiedergeburt konnte man gelangen, wie denn am 26. Januar der Unterrichtsminister, dessen Anordnungen der Bischof Dupanloup offen

Trotz geboten hatte, seinen Unterrichtsgesetzentwurf zurückzog. Die Dreißiger-Kommission hatte inzwischen einen Entwurf für die „konstitutionellen Gesetze" fertiggebracht, und vom 27. Februar an begannen die Debatten über dieses neue Provisorium. Während Thiers auf organische Einrichtungen drang, wollte die Mehrheit der Kommission und die Nationalversammlung diese zurückschieben und dagegen den Einfluß des Präsidenten, der nicht mehr in ihrem Sinne regierte, möglichst beschränken. Am 13. März wurde der Entwurf mit 407 gegen 225 Stimmen — äußerste Linke und äußerste Rechte — angenommen. Er änderte nichts an der Lage, obgleich er aussprach, daß die Nationalversammlung vor ihrem Auseinandergehen über Organisation der legislativen und exekutiven Gewalt, über eine Zweite Kammer und über ein neues Wahlgesetz beschließen werde und von der Regierung Gesetzentwürfe über diese Punkte alsbald erwarte. Am 4. April lüftete die Mehrheit, die sich unter dem Eindruck der sich mehrenden republikanischen Wahlen und sonstigen republikanischen Kundgebungen zusammenschloß, die Maske: sie wählte an der Stelle des seitherigen, republikanisch gesinnten Kammerpräsidenten Grévy, welcher des undankbaren Amtes müde geworden war, einen anderen, Buffet, welcher der Regierung nicht genehm war, mit 304 gegen 285 Stimmen; und der Radikalismus, der auch seinerseits demonstrieren wollte, tat ihr den Dienst, der Regierung des Herrn Thiers, die bereits im Schwanken war, auch von der anderen Seite her einen empfindlichen Stoß zu geben. Ein Deputierter für Paris war zu wählen: eine Abordnung angesehener Bürger hatte die Kandidatur dem Minister des Auswärtigen und persönlichen Freunde von Thiers, Rémusat, angeboten, um ihm die Anerkennung für das jüngst abgeschlossene Übereinkommen mit Deutschland auszudrücken, und Rémusat hatte angenommen. Die Radikalen, mit ihnen Gambetta, stellten dieser Kandidatur den gewesenen Maire von Lyon, Barodet, gegenüber. Sie waren ergrimmt, daß die Nationalversammlung kurz zuvor der Stadt Lyon die Stadtverfassung von Paris aufgezwungen hatte, und konnten eine so köstliche Gelegenheit, die Mehrheit ihrerseits zu ärgern, sich unmöglich entgehen lassen; 180 000 Stimmen wurden für Barodet, 135 000 für Rémusat, 27 000 für den Obersten Stoffel, den letzten Militärbevollmächtigten des Kaiserreichs zu Berlin, abgegeben.

Die Torheit, welche die Republikaner mit der Wahl Barodets begangen hatten, war einleuchtend. Man hatte in den Reihen der Mehrheit die Ergänzungswahlen seit 1871 gezählt und fand, daß von 144 solcher Wahlen nur 29 auf die Ihrigen gefallen waren. Diese letzte Wahl gab ihnen vollends ein Recht, zu fragen, wohin die Regierung des Herrn Thiers das Land steuere, und zugleich den Mut, nunmehr ernstlich auf seine Beseitigung zu sinnen. Thiers

seinerseits berief am 18. Mai drei gemäßigte Republikaner, unter ihnen Casimir Périer, in sein Kabinett, aus dem er einen Republikaner, Simon, der den Klerikalen besonders verhaßt war, und einen Konservativen, Goulard, zugleich entließ. Am 19. trat die Versammlung zusammen: sofort kündigte der General Changarnier eine Interpellation über die neuesten Ministerveränderungen an, die von 320 Mitgliedern unterzeichnet war. Der Justizminister Dufaure legte die Gesetzentwürfe über die Organisation der Gewalten und die Errichtung einer Zweiten Kammer vor; in der Einleitung war gesagt, daß der Gegenstand dieser Entwürfe die regelrechte Einführung der Republik sei, welche die Umstände erheischen und die Politik gebiete. Dieser Verfassungsentwurf kam nicht mehr zur Beratung. Die Entscheidung erfolgte schon bei der Debatte über die Interpellation Changarniers, da die Rechte ihrer Sache sicher war: sie hatte sich geeinigt und durch ein paar käufliche Stimmen aus dem linken Zentrum verstärkt. Am 23. begann die Debatte: vergebens bot Thiers seine Beredsamkeit auf, welche in dem einen Satze gipfelte, der allerdings für sich selber sprach: „Es gibt nur einen Thron, und drei haben auf demselben nicht Platz"; er pochte auf die materielle Ordnung, die er aufrecht erhalten; daß er seine Sache schon halb verloren gab, bewies der gereizte Schluß seiner Rede, mit welchem er den Arrangeur der Koalition der Rechten, den Herzog von Broglie, traf. Dieser hatte ihm vorgeworfen, daß er ein Schützling des Radikalismus sei: „Auch er ist ein Schützling," rief Thiers aus, „aber er erfreut sich einer Protektion, welche sein edler Vater, der alte Herzog von Broglie, mit Abscheu zurückgewiesen haben würde: er ist der Schutzbefohlene des Kaiserreichs." Es half ihm nichts mehr: die von dem Deputierten Ernoul formulierte Tagesordnung, welche die letzten Ministerernennungen bedauerte, wurde gegen die einfache Tagesordnung, welche die Regierung verlangte, angenommen, 360 gegen 344 Stimmen (24. Mai). Die Sitzung ward suspendiert. Abends 8 Uhr wurde sie wieder aufgenommen: Dufaure überreichte das Entlassungsgesuch des Präsidenten. Die Linke brachte einen Antrag ein, das Gesuch nicht anzunehmen; dieser Antrag wurde, schon mit größerer Mehrheit, 368 gegen 339, abgelehnt, und als das Stück, dem Programm gemäß, weiterspielte, vereinigten sich bereits 390 Stimmen bei der Wahl des neuen Präsidenten auf den „ruhmvollen Besiegten von Reichshofen", den Marschall Mac Mahon. Um $11^3/_4$ Uhr in der Nacht brachte Buffet, der Präsident, die Nachricht, daß der Marschall „nicht ohne Mühe" sich habe bestimmen lassen, anzunehmen.

So war man hier, noch nicht drei Jahre nach der Improvisierung der dritten Republik, wieder so weit, einen Kriegsmann an der Spitze zu haben. Es geht nirgends wunderlicher zu, als auf

der Welt, sagt ein leichtfertiges Sprichwort: während man Anstalten traf, den einen der Napoleonischen Marschälle, Bazaine, vor ein Kriegsgericht zu stellen und zum Tode verurteilen zu lassen, erhob die Laune des Zufalls einen anderen, der nur durch eine rechtzeitige Verwundung dem Schicksal entgangen war, seinen Namen unter eine Kapitulation, gleich demütigend und gleich notwendig wie die von Metz, setzen zu müssen, auf die höchste Stufe der Macht. Die Nation war sehr arm geworden, daß ihr dieser Name, der Name eines Besiegten, jetzt genügte: für die Zwecke einer Koalition von Parteien, die nur im Haß der Republik einig waren, eignete sich dieser Mann aber sehr gut, der keine selbständige politische Ansicht hatte und keinen hohen Ehrgeiz trug, den sie deshalb mit den Ehrennamen des „loyalen Soldaten", des „modernen Bayards" und ähnlichen überhäuften.

Der Marschall bildete ein Ministerium aus den verschiedenen Bestandteilen der Koalition: Orleanisten und Legitimisten sowie einigen Bonapartisten, die Schritt für Schritt wieder Boden gewannen. Ihnen gehörte der Finanzminister Magne und der Kriegsminister General de Cissey an; den Orleanisten das leitende Haupt der neuen Regierung, der Minister des Auswärtigen, Herzog von Broglie. In einer Botschaft, die der neue Präsident an die Versammlung richtete (25. Mai), gab er sich ganz als Diener der Versammlung, d. h. ihrer Mehrheit: „Ich betrachte den Posten, auf welchen Sie mich gestellt haben, als denjenigen einer Schildwache, welche zum Schutze der Unverletzlichkeit Ihrer souveränen Gewalt aufgestellt ist."

Die neue Regierung gab sich als eine Regierung des Kampfes, welche dem um sich greifenden Radikalismus gegenüber dasjenige aufrechtzuhalten oder wiederherzustellen habe, was diese Männer die „moralische Ordnung" nannten. Sie fand wenig Widerstand. Die Mitglieder der Linken und die republikanischen Parteiführer mahnten zu unverbrüchlicher Bewahrung der Ordnung: sie gaben sich die Miene, als vertrauten sie darauf, daß dieses Regiment unter dem „loyalen Soldaten", dem auch sie gelegentlich ein Schmeichelwort sagten, von selbst sich ändern werde, da die Mehrheit vom 24. Mai nur sehr klein gewesen sei und die Einigkeit der Parteien, welche sie gebildet hatten, unmöglich lange vorhalten könne. Einstweilen begnügte man sich mit mehr oder weniger geräuschvollen, aber harmlosen Kundgebungen zum Preise des „großen Bürgers", des „Befreiers des französischen Bodens", und wie die zierlichen Worte alle heißen mochten, mit denen man Thiers eine Freude und seinen Gegnern einen Verdruß bereiten konnte. Sie mußten es bei den friedlichen und schüchternen Demonstrationen bewenden lassen, denn ihre Gegner hatten die Soldaten und den Klerus für sich. Dem

Auslande gegenüber trat die neue Regierung sehr zahm auf. Der Herzog von Broglie bestätigte den Vertretern Frankreichs im Ausland einfach ihre bisherigen Instruktionen. Dagegen räumte sie im Innern unter den Präfekten und sonstigen Verwaltungsbeamten republikanischer Richtung nachdrücklich auf, und das Zirkular des Ministers des Innern Beulé an die Präfekten vom 1. Juni 1873 sprach es ohne Scheu aus: was die Nationalversammlung vor allem von der neuen Regierung verlange, sei ein von sicherer Hand geleitetes Verwaltungspersonal, welches sich an die Spitze der Konservativen stelle. „Sprechen Sie ohne Bedenken und recht laut aus, auf welcher Seite Ihre Sympathien und unsere Aufmunterungen sind." Darüber war denn auch kein Zweifel möglich: an allen Enden und Ecken bekamen es republikanische Präfekten, Maires, Zeitungen zu spüren; selbst die Toten schonte man nicht, wie denn der Präfekt von Lyon Zivilbegräbnisse nur morgens vor 6 Uhr gestattete und niemand den unflätigen Organen der moralischen Ordnung wehrte, wenn sie dieses Dekret mit den Worten rechtfertigten, daß nach dem Gesetz aller Unrat vor Tagesanbruch aus der Stadt geschafft werden müsse. Zugleich wurde der Kultus des heiligen Herzens und das Wallfahrtswesen von neuem in Schwung gesetzt. Es hatten sich mittlerweile noch andere Wallfahrtsorte aufgetan und neue Wunder begeben; insbesondere machte Paray le Monial in Burgund, wo vor einigen Jahrhunderten das heilige Herz Jesu in seinem brennenden Zustand der Nonne Marie Alacoque erschienen war, dem heiligen Orte Lourdes Konkurrenz; an den Prozessionen beteiligten sich auch viele Mitglieder der Nationalversammlung, Offiziere und wer Beförderung und sonstige Gunst der Regierung suchte. In die feurigen Gebete und halbheidnischen Beschwörungsformeln, mit denen das Herz Jesu oder die Jungfrau Maria oder irgend ein lokaler Heiliger bestürmt wurde, teilte sich Frankreich, der Papst und das Elsaß, dessen umflorte Fahnen einen fast regelmäßigen Schmuck jener Schaustellungen bildeten. Diese Bewegung besaß bereits ihr eigenes Amtsblatt, den „Pélérin", und der Monat August war ihr besonders geweiht. Am 25. Juli genehmigte die Nationalversammlung einen Gesetzentwurf, der eine auf dem Montmartre zu errichtende Votivkirche betraf; am selben Tage korrigierte sie die Rohstoffbesteuerung, die unter Thiers' Einfluß beschlossen worden war. Am 30. vertagte sie sich; ihr bleibender Ausschuß zählte 16 Mitglieder der Koalition gegen 9 halbe oder ganze Republikaner: die Mehrheit schien zu wachsen.

Mit alledem kam man aber der Lösung des Hauptproblems, wie man eine Monarchie herstellen kann, wenn nur ein Thron und drei, die sich darauf setzen wollen, vorhanden sind, nicht näher. Doch war man in dieser Richtung nicht müßig gewesen, und wenige

Tage später geschah der bedeutungsvolle Schritt, der seither nicht hatte gelingen wollen. Am 5. August machte der Enkel Louis Philipps, das Haupt der jüngeren Linie, der Graf von Paris, dem Haupte des damit wiederhergestellten „Hauses von Frankreich", Grafen von Chambord, zu Frohsdorf einen Besuch, den dieser am folgenden Tage zu Wien zu erwidern „geruhte". „Es ist jetzt ausgemacht und festgestellt," ließ sich das Organ des Prinzen von Orleans vernehmen, „daß es in Frankreich keine zwei Häuser, sondern nur ein einziges gibt, — daß der Graf von Chambord das Oberhaupt dieses Hauses ist, und daß, falls man die Monarchie herstellen wird, man sich an ihn wenden muß." Mit Kraft steuerte man jetzt auf dieses Ziel los. Die Geistlichkeit warf sich ins Geschirr, der päpstliche Nuntius wirkte für diese Lösung, für die man, wenn es gelang die Mehrheit der Nationalversammlung zu gewinnen, — und wäre es auch nur eine Stimme über die Hälfte — von dem Marschall-Präsidenten, der von seiner legitimistischen Frau beeinflußt war, keinen Widerspruch erwartete. Schon bereiteten einzelne Blätter eine Schwenkung vor; trotz der matten republikanischen Demonstrationen verbreitete sich eine resignierte Stimmung, und angesehene, wohlunterrichtete Organe in der Presse des Auslands nahmen die demnächstige Restauration Heinrichs V. in sichere Aussicht. Es war freilich eine kleine Meinungsverschiedenheit unter den Deputierten, die für diese heilige Sache tätig waren. Die reinen Legitimisten wollten unbedingte Vollmacht für den rückkehrenden König, die Orleanisten und wer sich, ohne weder das eine noch das andere zu sein, doch dem Gedanken der Wiederherstellung des Königtums zuneigte, damit das Land endlich zur Ruhe komme, wollten die Rückkehr des Königs an gewisse Bedingungen, eine Charte, die Grundlinien einer solchen, irgend welche Bürgschaften im Sinne der Freiheit, der Errungenschaften von 1789, geknüpft sehen. Indes darüber schien eine Verständigung nicht allzu schwierig. Der Graf oder König selbst hatte wiederholt und noch am 19. September in einem ostensibeln Briefe an einen legitimistischen Deputierten das Gerede von bevorstehender Wiederherstellung der Zehnten, der feudalen Rechte, der religiösen Unduldsamkeit für Gespenster erklärt; die Unterhändler, die nach Frohsdorf gegangen waren, brachten von dort die beruhigendsten Nachrichten mit. Die Versammlungen der Rechten aller Farben wurden häufiger. Die Gegenversammlungen der Bonapartisten und die der Republikaner hatten keine rechte Kraft. Am 12. Oktober trafen Abgesandte der letzten royalistischen Versammlung, die Herren Lucien Brun und Chesnelong, zu Salzburg bei ihrem König ein. Man rüstete sich auf den entscheidenden parlamentarischen Kampf. Die gesamte Linke beschloß, bei diesem sich Thiers' Führung zu überlassen; am 22. Oktober wurden auf der anderen Seite in zwei getrennten

Versammlungen die Anträge vorbereitet, welche unter bestimmten Bedingungen das Oberhaupt der königlichen Familie von Frankreich, Henri Charles Ferdinand Marie Dieudonné, als erblichen König auf den französischen Thron zurückrufen sollten. Der letzte Skrupel betraf die Fahnenfrage. Der Antrag einer am 4. Oktober niedergesetzten Kommission besagte: „Die dreifarbige Fahne wird beibehalten, es wird daran nichts geändert werden dürfen ohne die Übereinstimmung des Königs und der Nationalvertretung." Man wußte, daß der Graf von Chambord in diesem Punkte Skrupel hegte; indes auch hier war ja, so sollte es scheinen, eine Vereinigung nicht schwer. Nahm der König die drei Farben an, so kam es der „Nationalvertretung" sicher auf eine weiße Binde, ein paar weiße Troddeln, ein paar Lilien nicht an, und Herr Chesnelong, der von Frohsdorf zurückgekehrt war, glaubte auch in dieser Beziehung beruhigende Versicherungen geben zu können. Man erfuhr, daß das königliche Paar, Graf und Gräfin Chambord, sich reisefertig machten; die beiden großen Fraktionen der Rechten waren einig; der letzte Akt konnte beginnen.

Da platzte, am 30. Oktober, die buntschillernde Seifenblase einer Restauration des Bourbonischen Königtums auf eine fast lächerliche Weise. Der Graf von Chambord schrieb an den Herrn Chesnelong einen Brief, der zum so und so vieltenmal bewies, daß dies nicht der Mann sein konnte, Frankreich zu retten. Er berichtigte mit vielen Worten die Mißverständnisse, die sich erhoben hätten. Der langen Rede kurzer Sinn war, daß er nicht einwillige, „legitimer König der Revolution" zu sein, daß er die weiße Fahne nicht verleugnen könne, daß er nichts von Bedingungen und Bürgschaften wissen wolle; — gleichwohl setzte er hinzu: „Ich bin der Pilot, der notwendig und allein imstande ist, das Schiff in den Hafen zu führen, weil ich die Mission und die Autorität zur Ausführung besitze."

„Meine Person ist nichts, mein Prinzip ist alles", hieß es in diesem unvergleichlichen Schreiben, in welchem der klägliche Enkel eines einst kraftvollen Königsgeschlechts die Krone wegstieß, die ihm entgegengetragen wurde. Der erste Teil des Satzes war unzweifelhaft richtig, und da die Person so völlig nichts war, so war es auch mit dem Prinzip nichts, das einen Mann als Träger verlangte. Möglich ist immerhin, daß das Gerede von der weißen Fahne, der Fahne von Ivry u. s. w., bloßer Vorwand war, und daß der Graf von Chambord entweder nicht den Mut besaß, den die große Aufgabe erforderte, oder daß er die Einsicht hatte, zu erkennen, daß einige Stimmen mehr als die Hälfte in einer Versammlung von 700 Deputierten keine solide Grundlage für einen hergestellten Thron gaben. Ein wirklicher Glaube an eine gute und heilige Sache hat die Verheißung, daß er auch Berge versetze — dieser

Glaube zum mindesten scheint diesem gläubigsten aller Könige gefehlt zu haben.

Wie dem sei, die Restauration, für die alles bereit gewesen wäre, war durch dieses Schreiben unmöglich geworden. Statt der Herstellung des alten Königtums mußte man sich auf ein anderes Auskunftsmittel besinnen. Man fand ein solches in dem Antrage, dem augenblicklichen Haupte der Regierung seine Gewalten auf eine Reihe von Jahren, 5, 8, 10 Jahre, je nachdem, zu verlängern. Die Geschäfte, die gesamte erwerbende Tätigkeit des Volks litt schwer unter dem unsicheren Zustande; einen sicheren und dauernden herzustellen aber war einstweilen unmöglich: es mußte genügen, wenn man wenigstens einen Faktor im Staate wenigstens auf einige Jahre fixierte — einen etwas längeren Waffenstillstand also einrichtete, wo man keinen wirklichen Frieden zustande bringen konnte. Der Marschall selbst deutete diese Lösung in der Botschaft an, mit der er am 5. November die wieder zusammentretende Versammlung begrüßte. Der Regierung mangle es an Macht; mit einer Gewalt, die sich jeden Tag ändern könne, möge man den Frieden des laufenden Tages sichern, könne aber keine Sicherheit für den folgenden schaffen. Den Widerhall dieser Botschaft bildete ein Antrag von Changarnier, wonach die Exekutivgewalt unter denselben Bedingungen wie bisher bis zur Abstimmung über die konstitutionellen Gesetze dem Marschall Mac Mahon anvertraut werden sollte. Eine Kommission von 15 Mitgliedern ward niedergesetzt, um diesen Antrag zu prüfen.

Den monarchischen Parteien war derselbe genehm, weil er die endgültige Verkündigung der verhaßten Republik hinderte und sie während des Zwischenzustandes für ihre besonderen Zwecke agitieren konnten. In dieser Zwischenzeit konnte irgend etwas geschehen; vielleicht starb mittlerweile der Graf von Chambord und machte dadurch den Grafen von Paris zum Haupte des Hauses Frankreich; oder er wurde, was freilich der unwahrscheinlichere Fall war, vernünftig; die Bonapartisten konnten denken, daß einige Jahre des Wartens dem unreifen Jüngling, der ihre Fahne führte, und der mittlerweile am 15. August in Chiselhurst seine erste Rede gehalten hatte, nichts schaden könnten; selbst den Republikanern mißfiel der Antrag nicht ganz, weil sie nicht mehr allzuviele Stimmen brauchten, um in der Versammlung die Majorität zu bekommen. Am besten gefiel er denen, welche vor allem gegen die von der Linken erstrebte Auflösung der Versammlung waren, eine Maßregel, die ihrer hohen Stellung als Teilhaber an der Souveränität ein Ende gemacht haben würde. Denn die Verlängerung der Gewalten des Marschalls und die verlangte Feststellung der konstitutionellen Gesetze gab der gegenwärtigen Versammlung eine lange Frist, die sich durch geschickte Mittel noch länger machen ließ. Nur schienen zehn Jahre zu lang,

die Fünfzehner-Kommission trug auf nur fünf an; indes der Marschall ließ mit sich handeln und die Parteien auch; er begnügte sich mit einer Dauer von sieben Jahren. So kam am 19. November 1873, nachdem der Antrag der Bonapartisten auf ein Plebiszit gegen 83 Stimmen abgelehnt war, mit 378 gegen 310 Stimmen eine Regierungsform zustande, für welche man in den Staatsrechtshandbüchern vergeblich einen Namen gesucht haben würde, und für die man deshalb eine neue Bezeichnung, das Septennat, schaffen mußte.

Unter dieser Regierung, der Regierung eines unbedeutenden Mannes, in der allerlei Intrigen sich drängten, war also Frankreich bis zum Jahre 1880 zu leben verurteilt.

Verhältnismäßig einfach war die auswärtige Politik, der in den nächsten Jahren kein anderes Problem gestellt war als das: den Grimm über die erlittenen Niederlagen und Verluste zu verwinden, mindestens zu verbeißen, und Frieden zu halten. Erschwert wurde dies Mac Mahon, wie es Thiers erschwert worden war, durch die Klerikalen, denen die Sache ihres Landes Nebensache, die Befriedigung ihrer Einbildungen und ihres Hasses die Hauptsache war. Die Bischöfe polterten gelegentlich gegen die Maßregeln, welche die preußische Regierung gegen die preußischen Bischöfe zu ergreifen nötig fand, und wir haben schon gesehen, daß Bismarck gegen soviel Hitze einen Strahl kalten Wassers zu richten für zweckmäßig hielt: am 19. Januar 1874 ward der „Univers" wegen seiner Haltung in dieser Sache auf zwei Monate suspendiert. Auch an Italien ließen sie ihre üble Laune aus: gelegentlich auch wohl an der eigenen Regierung, wenn sie tat, was recht und vernünftig war. So im Oktober 1874, wo endlich das Kriegsschiff L'Orénoque aus den Gewässern von Cività Vecchia abgerufen wurde, nachdem es daselbst zum Schutze oder vorkommendenfalls zur Aufnahme des Papstes, in jedem Falle zum großen Ärger der Italiener, seit 1870 stationiert gewesen war. Der schlimme Hintergedanke, der jenem Schildwachstehen an den Toren Roms zugrunde gelegen hatte, trat noch deutlicher und bösartiger zutage in der offenbaren Begünstigung der spanischen Karlisten, die sich der Minister des Auswärtigen, Herzog von Decazes, zuschulden kommen ließ. Einen großen Verdruß bereitete der Abgeordnete von Nizza, Piccon, seinen französischen Landsleuten, indem er bei einer öffentlichen Gelegenheit sehr unumwunden die Hoffnung aussprach, daß Nizza eines Tages wieder zu seinem wahren Vaterlande Italien zurückkehren werde. Er sah sich zu dem genötigt, wozu die übereifrigen Elsässer im deutschen Reichstag niemand zwang: er mußte sein Mandat niederlegen.

In einem Punkte, der den Franzosen erst wieder eine auswärtige Politik nach ihrem Sinne möglich machen sollte, der Her-

stellung und Neuorganisation des Heeres, waren alle Parteien einig. Die Ziffern wuchsen ins Ungeheure, 704000 Mann aktive Armee, 510000 Reserve, Territorialarmee oder Landwehr 582000, Reserve 625000, zusammen 2400000 Mann; mit gleicher Energie waren die Festungen hergestellt worden, vor allem Paris, und einigermaßen bedenklich wurden die Zahlen im Frühling 1875 durch Errichtung der vierten Bataillone, so daß man in Deutschland aufmerksam wurde. Es bedurfte indes weder der dargebotenen englischen Vermittlung (10. Mai), noch der Dazwischenkunft des russischen Kaisers und seines Kanzlers (13. Mai), sondern nur des Bewußtseins, daß die deutschen Autoritäten wachsam blieben, um die beunruhigte Oberfläche wieder zu glätten.

Im Innern zeigte sich nach Aufrichtung des Septennats ein sehr unklarer Zustand. Eine Koalition monarchischer Parteien, einig nur im Hasse der Republik, umdrängte das Ruder; ihnen gegenüber einigte sich im Hasse der Restaurationsgelüste die starke republikanische Partei. Ihr Weg war deutlicher und gerader als die sich kreuzenden und verwirrenden Pfade der Monarchisten: sie hatten nur Eintracht und Mäßigung zu bewahren, bis sich in nicht ferner Zeit die Richtigkeit des Satzes zeigte, daß eins nicht drei und drei nicht eins sein kann. Man muß anerkennen, daß die Republikaner, und namentlich der bedeutendste ihrer Führer, Gambetta, mit Geduld und Mäßigung und dabei ohne Schwäche diesen Weg verfolgten.

Der Regisseur der Intrige, welche Thiers' Sturz herbeigeführt hatte, Herzog von Broglie, hielt sich bis zum Mai 1874. Es ersetzte ihn ein farbloses Ministerium, an dessen Spitze General de Cissey stand. Der Marschall an der Spitze empfand das Unfertige und darum Gefährliche der Lage, bei der man nur eben die Ordnung des Tages aufrecht erhalten, die unmittelbarsten Gefahren beschwören konnte: er verlangte mithin die „Organisation seiner Gewalten" — eine Art Staatsverfassung, Staatsgrundgesetz also, mit dem er regieren könnte; und er verlangte sie von dieser Versammlung, während die gesamte republikanische Partei, d. h. nahezu die Hälfte ebendieser Versammlung, deren Auflösung je früher desto besser begehrte: in einem anderen Lande, bei geordneten Zuständen, hätten sich beschleunigte Neuwahlen bei solcher Lage von selbst verstanden. Die gesamte Linke brachte einen dahin gehenden Antrag ein (23. Juli): derselbe fiel mit 369 gegen 340 Stimmen, ebenso wie der Casimir Périers auf definitive Einsetzung der Republik mit 374 gegen 333. Das Jahr ging über den Zettelungen der Parteien hin; bei jeder neuen Wahl in irgend einem Departement, jeder Kundgebung irgend einer Partei geriet das ganze Land in Aufregung, ohne daß jene „Organisation" erfolgt wäre. Erst im Januar 1875 nahm man sie ernstlich in Beratung. Es charakterisierte die Lage, daß das

Wort Republik (nach dem Amendement Wallon) nur eben mit einer Stimme Mehrheit, 353 gegen 352, im Gesetze Aufnahme fand. Am 24. Februar endlich gelang die Verständigung, und mit 448 gegen 241 Stimmen wurde diese Verfassungsgrundlage angenommen, welche der Deputiertenkammer einen Senat zur Seite stellte, von dessen 300 Mitgliedern, die das 40. Lebensjahr überschritten haben mußten, die Nationalversammlung 75, die Wahlkollegien der Departements — gebildet durch die Deputierten, die Mitglieder der Generalräte, der Arrondissementsräte und je einen Deputierten jedes Gemeinderats — 225 zu wählen hatten: der Präsident der Republik, von Senat und Deputiertenkammer auf 7 Jahre gewählt, ist unverantwortlich, außer im Falle des Hochverrats; er hat die Initiative zu Gesetzesvorschlägen wie die Kammern; mit Zustimmung des Senats kann er die Deputiertenkammer auflösen.

Nach Votierung dieses Gesetzes berief der Marschall-Präsident den Präsidenten der Nationalversammlung Buffet und ließ durch ihn ein Kabinett bilden, das, im übrigen sehr konservativ und vor allem sehr klerikal, doch auch 2 aufrichtig republikanische Mitglieder, Dufaure (Justiz) und Leon Say (Finanzen), zählte (13. März). Die klerikale Partei machte sich denn auch das schöne Wetter rasch zunutze: im Juli errang sie einen sehr bedeutungsvollen Sieg durch Annahme des Gesetzes über die „Freigebung des höheren Unterrichts", das mit erneuerten klerikalen Demonstrationen und Agitationen in Szene gesetzt worden war. Mit 316 gegen 266 Stimmen angenommen, machte es den Klerikalen möglich, freie „katholische" Universitäten zu errichten, denen Titel III das Recht der Verleihung akademischer Grade, also Gleichstellung mit den staatlichen Universitäten verlieh. Nicht umsonst hatte am 16. Juni der Papst das ganze Land der neuen Gottheit, dem Herzen Jesu, geweiht; die Geldsammlungen für jene freien Universitäten nahmen einen guten Gang; schon am 16. November jenes Jahres konnte der Erzbischof von Paris seine Rechtsfakultät eröffnen. Unterdessen waren die übrigen ergänzenden organischen Gesetze durchgegangen. Die Nationalversammlung, vom 4. August bis 4. November vertagt, hatte am 21. Dezember ihre 75 Senatssitze vergeben und schloß dann, endlich, am 31. Dezember 1875 ihr für eine französische Versammlung ganz ungewöhnlich langes Leben.

Am 30. Januar 1876 wählten die Wahlkollegien der Departements ihre Senatoren, am 20. Februar das allgemeine Stimmrecht die Abgeordneten. Der Ausfall der ersteren Wahlen war unsicher: Buffet und mit ihm überhaupt die orleanistische Partei unterlag: aber die antirepublikanischen Elemente hatten im Senate eine Minderheit, welche bei günstigem Winde zur Mehrheit werden konnte. Bei den Deputiertenwahlen dagegen (20. Februar) erlitt das Ministerium,

das sehr stark gegen republikanische Wahlen gearbeitet hatte, eine schwere Niederlage. Buffet selbst, an 3 Orten als Kandidat aufgestellt, war an allen durchgefallen: die Republikaner, deren Sache mit großem Geschick und diesmal mit staatsmännischem Takte — der, in der Hauptsache fest, nicht nach Art der radikalen Doktrinäre auch zugleich alle Nebenpunkte seines Credos durchsetzen will — Gambetta führte, geboten über eine große Mehrheit: mit 414 Stimmen wurde am 8. März, wo die neuen Kammern zusammentraten, einer der Ihren, Jules Grévy, zum Präsidenten gewählt. Der Marschall ließ der neuen Lage gegenüber Buffet fallen und durch Dufaure ein neues Kabinett bilden. Dasselbe bestand aus gemäßigten und tüchtigen Männern des linken Zentrums; sein Unterrichtsminister, Waddington, war sogar Protestant: es mußte, wie dies die unter allen Wechseln und Stürmen sich gleichbleibende zentralisierte Verwaltung des Landes erheischte, die ein deutscher Historiker mit Recht seine wahre Verfassung genannt hat, mit zahlreichen Absetzungen und Anstellungen von Präfekten und Sousprafekten beginnen. Waddington, ein entschlossener Mann des Fortschritts, schlug am 23. März die Modifikation des Unterrichtsfreigebungsgesetzes in dem Sinne, daß der Staat sich die ausschließliche Verleihung der akademischen Grade wiedernehme, vor: mit 388 gegen 128 Stimmen genehmigte es die Deputiertenkammer (7. Juni). Aber der Senat verwarf dies mit 144 gegen 139 Stimmen (21. Juli). Der Zwiespalt trat hervor: die Deputiertenkammer strich die neuen Armeegeistlichen im Budget: der Senat, mit zweifelhafter Berechtigung, stellte sie her.

Am 2. Dezember kam das Kabinett Dufaure wegen einer untergeordneten Frage zu Fall. Die Mehrheit zögerte mit Fertigstellung des Budgets, bis sie eines republikanischen Ministeriums sicher war. Am 12. entschloß sich der Marschall zu einem Manne der Linken, Jules Simon: die übrigen Minister des Kabinetts Dufaure blieben, außer dem Minister des Innern, Marcère: mit ihnen blieb auch der Kriegsminister Berthaut, ein Mann der Rechten, den der Marschall als technischen Minister außerhalb der politischen Krisen erhalten zu sehen verlangte.

Die Freude der Republikaner dauerte nicht lange. Schon im April 1877 munkelte man von drohenden Staatsstreichen: die antirepublikanischen Parteien, denen Simon als Mann des 4. Septembers besonders verhaßt war, sahen mit Schrecken, daß die Republik mehr und mehr sich befestigte. Noch einmal fand sich der Mann, ihre Intrige zu leiten, ein Meister der Kunst, derselbe, der einst Thiers gestürzt hatte, der Herzog von Broglie. Der Klerus eröffnete den Feldzug mit einem Sturm von Petitionen und lautem Lärmen gegen Italien, einem Widerhall der päpstlichen Allokution vom 12. März

1877: die Gärung stieg: am 24. Mai beschäftigte sich die Kammer mit diesen Dingen. Simon hatte hier das Mißgeschick, die Dinge mit ihrem rechten Namen zu bezeichnen. „Übertreibungen, um nicht zu sagen Lügen," nannte er sehr richtig das Gerede von der Gefangenschaft des Papstes im Vatikan: er erregte damit den tödlichen Grimm der Leute, welche die Hintertreppen kannten und das Ohr des loyalen und etwas beschränkten Soldaten an der Spitze besaßen. Die Kammer, 361 gegen 121 Stimmen, genehmigte die von den „drei Linken" — linkes Zentrum, gemäßigte Linke, äußerste Linke — vereinbarte Tagesordnung, die der Regierung jenen gefährlichen klerikalen Kundgebungen gegenüber strenge Anwendung der Gesetze empfahl. Demgemäß führte am 16. Mai Marschall Mac Mahon seinen Staatsstreich aus: er benutzte einen sehr untergeordneten Punkt — daß der Ministerpräsident einen Paragraphen des Preßgesetzes nicht, wie er dem Marschall versprochen, energisch verteidigt habe — und schrieb jenem einen mehr groben als höflichen Brief. Simon verlangte seine Entlassung: und am 18. kam zutage, was man gewollt — ein neues Ministerium des Kampfes und der „moralischen Ordnung" — Orleanisten, Bonapartisten, Legitimisten: mit dem Herzog von Broglie an der Spitze.

Der folgende Tag brachte eine Botschaft des Präsidenten, welche die radikalen Ideen bekämpfte und erklärte, daß er, der Marschall, zu deren Siege nicht beitragen könne. Die Botschaft vertagte die Kammer auf einen Monat; niemand kam mehr zum Wort; mit einem Lebehoch auf die Republik trennte sich die Mehrheit. Als dann am 16. Juni die Kammern wieder zusammengetreten waren, wurde dem Senat der Antrag vorgelegt, die Auflösung der Deputiertenkammer auszusprechen, und mit 149 gegen 130 Stimmen wurde derselbe angenommen. Doch hatte diese am 19. noch ein Mißtrauensvotum gegen das Ministerium, 363 gegen 158 Stimmen, votiert, und die Bewilligung der direkten Steuern mit gleicher Mehrheit, 364 gegen 160, diesem Ministerium versagt. Die Regierung und die gesamte Reaktion entwickelte nun große Tätigkeit: ein Rundschreiben Fourtous, des bonapartistisch gesinnten Ministers des Innern, gab den Präfekten auf, sich mit dem Volke in Verbindung zu setzen und ihm die Kandidaten zu bezeichnen, welche Freunde, sowie die, welche Gegner des Marschalls seien: die „offiziellen Kandidaturen" des Kaiserreichs, die berüchtigten, waren also wieder eingeführt. Hier freilich machte die Verteilung dieser Kandidaturen unter die verschiedenen Arten von Monarchisten Schwierigkeit; aber was gemacht werden konnte, wurde gemacht; der Marschall selbst, die Bischöfe, der Klerus, die ultramontane Presse warfen sich in die Agitation für die Wahlen: die in Masse ernannten neuen Präfekten taten alles mögliche und noch etwas darüber: selbst der Papst hatte

eine Indulgenz von 300 Tagen für jeden bereit, der sich an einer dreitägigen Andacht behufs Erzielung glücklicher Wahlen beteilige. Mitten in diesen Wirren starb Adolphe Thiers (3. September). Sein großer Name, der einsichtige Patriotismus, mit welchem er ohne Voreingenommenheit für diese Staatsform doch die Republik angenommen hatte, tat in diesem neuen Kampfe den Republikanern die besten Dienste, und Gambetta, ihr jetziger Führer, hatte von dem hingeschiedenen Staatsmann einiges glücklich sich angeeignet, unter anderem die Kunst, die Worte zu zügeln, um mit gemäßigtem Ausdruck desto kraftvoller zu reden; mit ruhiger Entschiedenheit sagte er am 15. August den Wählern von Lille, der Marschall werde sich dem Wunsche des Landes bequemen müssen — se soumettre ou se demettre, sich unterwerfen oder abdanken. Auch die republikanische Partei besaß ihre offiziellen Kandidaten — es waren die 363 Mitglieder der aufgelösten Kammer, welche die Tagesordnung vom 19. Juni votiert hatten. Am 14. Oktober fanden die Wahlen statt: das unmittelbare Ergebnis war: 314 Republikaner, 201 Konservative d. h. Bonapartisten (99), „Monarchisten" (45), Legitimisten (44), Orleanisten (11), Zweifelhafte (2). Alle äußersten Mittel waren angewendet worden, und sie hatten nichts gefruchtet: es war noch immer eine überwältigende Mehrheit republikanisch, und bei den Wahlprüfungen der Nachwahlen mußten sich auch die 54 verlorenen Sitze und mehr als diese wiederfinden.

Am 7. November 1877 trat diese neue Kammer zusammen: Jules Grévy wurde zum Präsidenten gewählt, mit ihm das ganze Bureau der aufgelösten Kammer wiedergewählt, und am 15. beschlossen 320 gegen 203 Stimmen die Untersuchung der Vorgänge bei den Wahlen.

Mac Mahon, der sich persönlich in die Wahlbewegung hineingestellt hatte, meinte noch einmal widerstehen zu können: er beschloß, ein Geschäftsministerium ohne Parteifarbe zu bilden: er brachte es endlich zustande. Ein neuer Name, Rochebouet, trat auf und verschwand wieder: die Deputiertenkammer erklärte am 25. in einer Tagesordnung, daß sie zu diesem Ministerium in keine Beziehungen treten könne. Die Geschäftswelt begann unbequem zu werden, der schwankende Boden hemmte alle sichere Erwerbstätigkeit; eine Budgetverweigerung war im Anzuge; endlich nach mehrfachen Schwankungen, Zögerungen, Zugeständnissen, Widerrufen entschloß sich der schwache, eigensinnige, ehrliche Marschall. Er kapitulierte: der gemäßigtste der Republikaner, Dufaure, bekam freie Hand und bildete nun eine Regierung aus lauter wirklichen und aufrichtigen Republikanern: Marcère (Inneres), Waddington (Auswärtiges), Bardoux (Kultus), Leon Say (Finanzen), Freycinet (Handel). Die Ruhe kehrte in die Gemüter zurück; man begann sich auf die große Weltausstellung des

kommenden Jahres zu rüsten; dank ihrer Mäßigung und Festigkeit hatte die republikanische Partei vollständig gesiegt. Am 19. Dezember begann sie ihre Präfektenabsetzungen und -einsetzungen: der Marschall unterzeichnete den Bogen, ohne ihn zu lesen.

3. Österreich.

Wir haben erwähnt, daß am 21. Mai 1870 das Ministerium des Grafen Potocki den Reichsrat und die Landtage (mit Ausnahme des böhmischen) auflöste, und daß im Augenblick von den beiden Strömungen, deren Kampf die Dinge der zisleithanischen Hälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie nicht zur Ruhe kommen ließ, der zentralistischen und der föderalistischen, die letztere überwog. Das einzelne in dieser Beziehung, die Wahlen zu den verschiedenen Landtagen und die Verhandlungen in diesen Körperschaften glauben wir übergehen zu dürfen und bemerken nur, daß das Kraftgefühl der deutschen Bevölkerung, die an der Idee der Reichseinheit gegenüber den übermäßigen Ansprüchen der einzelnen Kronländer festhielt, mächtig gehoben ward durch die Siege, welche ihre Landsleute im August und September über die Franzosen erfochten: Siege, die man dagegen im tschechischen Lager und in den klerikalen und feudalen Kreisen als ebensoviele Niederlagen empfand. Indes war die zentrifugale Partei in einer großen Anzahl von Landtagen obenauf, und der böhmische Landtag oder vielmehr die böhmische „Versammlung" — denn die tschechische Mehrheit erkannte auch die Rechtsbeständigkeit des Landtags nicht an —, ermutigt durch die Haltung der Regierung, sandte eine Adresse an den Kaiser, die wiederum die staatsrechtliche Individualität des Königreichs Böhmen mit allem Nachdruck betonte und sich nur zur Absendung einer Deputation behufs Unterhandlungen, nicht aber zur förmlichen Beschickung des Reichsrats bereit erklärte.

Am 17. September 1870 eröffnete der Kaiser den Reichsrat. Er erinnerte an die Notwendigkeit, daß die Wünsche des Teils sich den Bedürfnissen des Ganzen einzufügen hätten, beklagte die Abwesenheit der böhmischen Deputierten und nannte als Hauptaufgabe die Ordnung einer Reihe von Verhältnissen zwischen der katholischen Kirche und der Staatsgewalt. Denn am 30. Juli desselben Jahres war das Konkordat von 1855 förmlich aufgehoben worden. Diese Maßregel war mit der sehr zutreffenden Bemerkung begründet worden, daß der eine der Paciszenten, der Papst, mittlerweile durch die Unfehlbarkeitserklärung seinen Charakter geändert habe, eine wesentlich andere Rechtsperson geworden sei. Zunächst standen im Reichsrate die zentralistische und die föderalistische Partei sich mit fast gleichen Kräften gegenüber. Als aber die Regierung, nachdem sie an die

„Versammlung" in Prag vergebens gute Worte verschwendet hatte, in Böhmen direkte Reichsratswahlen, Wahlen durch die Bevölkerung selbst, anordnete, änderte sich das Verhältnis: die 24 Anhänger der Verfassung, die gewählt wurden, traten ein, während die 36 von der Deklarantenpartei von ihren Mandaten keinen Gebrauch machten. Das Ministerium, welches den Ausgleich mit der verschiedenstämmigen „nationalen" Opposition auf seine Fahne geschrieben hatte, stand auf schwachen Füßen. Die deutsche Partei warf demselben Verfassungsverletzung vor, und das Herrenhaus sprach sich in einer nachdrücklichen Adresse dahin aus, daß diese Regierung, indem sie unvereinbare Gegensätze ausgleichen wolle, einem Unerreichbaren nachstrebe, daß die Verfassung als unantastbare Grundlage festgehalten, der Unbotmäßigkeit gegen das gültige Recht gesteuert werden müsse (17. November); auf der anderen Seite mußte Graf Potocki selbst zugeben, daß seine Unterhandlungen mit den Tschechen zu nichts geführt hätten. Das Abgeordnetenhaus genehmigte, von seinem Rechte Gebrauch machend, die Forterhebung der Steuern nur für die beiden ersten Monate des folgenden Jahres (21. November), das Ministerium quälte sich eine kurze Zeit noch hin: am 7. Februar 1871 erhielt es die längst erbetene Entlassung.

Zugleich erfuhr man, daß ein neues unter dem Grafen Hohenwart gebildet sei, welches das kaiserliche Handschreiben an den letzteren als ein über den Parteien stehendes, also außerparlamentarisches bezeichnete, wie denn keines seiner Mitglieder weder dem Herrenhause noch dem Abgeordnetenhause angehörte. Es waren in demselben einige Tschechen, der Justizminister Habietinek und der Kultusminister Jirecek, und als seine hervorragendste Arbeitskraft galt der neue Handelsminister, Albert Schäffle, der, in Württemberg geboren, Zögling des theologischen Seminars zu Tübingen, Publizist, Professor, wenige Jahre zuvor seine undankbare Rolle als einer der Führer der süddeutschen Fraktion im deutschen Zollparlament mit einer Professur der Nationalökonomie zu Wien vertauscht hatte; ein Mann von in der Tat nicht gewöhnlicher Arbeitskraft, großem Talent für die Intrige, der aber für eine staatsmännische Rolle nichts als einen starken Ehrgeiz, eine geübte Feder und ein maßloses Selbstvertrauen mitbrachte. Mit großer Naivität gingen diese Männer an die schwierige Aufgabe. In ihrem Programme gaben sie sich die Miene, als hätten sie einen detaillierten Rettungsplan fertig in der Tasche. Eine „wahrhaft österreichische" Regierung; keine prekären Kompromisse mit dem Separatismus; verfassungsmäßiger Boden, auf dem aber allen berechtigten Wünschen entgegengekommen werden solle. Den Schwierigkeiten, prahlte dieses Aktenstück, das überhaupt die tapferen Worte nicht sparte, werde die Regierung jenen unbeugsamen Mut und jenen zähen Widerstand entgegensetzen, welche dem

guten Gewissen, klaren Wollen und der Integrität öffentlichen Handelns entspringe. Das letztere, so scheint es, bedeutete einen Hieb auf gewisse Mitglieder früherer Ministerien, die sich als Verwaltungsräte von Aktiengesellschaften auf einem zwar keineswegs löblichen, aber freilich damals sehr gewöhnlichen Wege bereichert hatten. Entsprechend äußerte sich am 20. im Reichsrate Graf Hohenwart: die Regierung werde in legislativer wie administrativer Beziehung die Initiative ergreifen; die Tendenz der zu erwartenden Vorlagen bezeichnete er mit den Worten: verfassungsmäßige Änderung der Einrichtungen, welche die Autonomie der einzelnen Länder in höherem Grade beschränken, als das Wohl der Gesamtheit erfordere. Abgeordnetenhaus wie Herrenhaus empfing das neue Ministerium mit unverhohlenem und, muß man sagen, verdientem Mißtrauen. Alle zentrifugalen Kräfte regten sich sofort geräuschvoll; den deutschen Siegesfeiern trat die Regierung mit Polizeiverboten entgegen; am 11. April wurde ein Pole zum Minister ohne Portefeuille — noch nicht, was die Polen wollten, als eigener „Minister für Galizien" — ernannt und am 25. eine Vorlage an den Reichsrat gebracht, die den Schwerpunkt der Gesetzgebungsarbeit in die Landtage zu verlegen geeignet war. Diese Vorlage wurde aber am 9. Mai im Abgeordnetenhause mit 88 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Mit Recht hob der Bericht des Abgeordneten Herbst hervor, was jedem einleuchten konnte, auch wer nicht wie Schäffle über Nationalökonomie und wirtschaftliche Politik las, daß diese Vorlage, wenn sie Gesetz würde, ein vollständiges Chaos in der Gesetzgebung zur Folge haben mußte. Und da immer deutlicher wurde, daß das wahrhaft österreichische Programm dieser Regierung auf den reinen Föderalismus hinauslief, wurde am 21. Mai eine Adresse an den Kaiser beschlossen, die mit 93 gegen 66 Stimmen das Mißtrauen des Abgeordnetenhauses gegen die Vorlagen und ihre Verfasser aussprach, da diese Vorlagen, wie mit großem Recht bemerkt wurde, nicht das Produkt reifer Überlegung, sondern Ergebnisse zufälliger Bestimmungsgründe seien, über deren Tragweite ihre Urheber schwerlich sich selber klar sein mögen. Ein deutsch-böhmischer Abgeordneter sprach bei dieser Gelegenheit einen Gedanken aus, den sich die Gesellschaft am Staatsruder wohl überlegen konnte: daß, wenn denn einmal Ausgleichung die Losung sein solle, es auch noch einen letzten Ausgleich geben würde, den mit den Deutschen — denen in Böhmen und sämtlichen in Österreich — „der deshalb schwieriger und auch wohl bedenklicher sein würde, weil wir Deutsch-Österreicher Glieder eines großen Volkes sind, das an die 40 Millionen zählt und nach dem Jahre 1870 in Europa etwas bedeutet". Der Kaiser hielt indes sein Ministerium aufrecht. Am 6. und 7. Juni beriet das Abgeordnetenhaus, ob es der Regierung das Budget verweigern solle:

mit nur 77 gegen 66 Stimmen beschloß das Haus, zu diesem Äußersten noch nicht zu schreiten. Dagegen lehnte es eine „Kreditoperation" von 60 Millionen Gulden, welche die Regierung verlangte, vorerst ab und zeigte sich ebenso wie das Herrenhaus bei verschiedenen Gesetzesvorlagen und bei den Einzelheiten des Budgets schwierig. Die Regierung löste demgemäß am 11. August das Abgeordnetenhaus und die verfassungstreuen Landtage auf und ordnete Neuwahlen an. Diese fielen für die Landtage nur zum Teil im Sinne der Verfassung aus, und da die Landtage die Mitglieder für das Abgeordnetenhaus des Reichsrats zu wählen hatten, so stand in diesem eine Mehrheit für die Experimente des Ministeriums in Aussicht. In dieses Abgeordnetenhaus würden die Deutschen in ihrer großen Mehrheit nicht eingetreten sein; und dann stand diesem Ministerium, das mit Ausnahme seines Hauptes, des Grafen Hohenwart, aus lauter sehr sekundären Talenten bestand, eine Aufgabe bevor, vor der auch Männer von mehr Geist als Jirecek und von mehr Mut als Schäffle bedenklich werden konnten: „es mit einem Österreich zu versuchen, welchem die Deutschen fehlten".

Am 14. September wurden sämtliche Landtage eröffnet. Entscheidend war das Verhalten des böhmischen Landtages und die Haltung der Regierung den Forderungen desselben gegenüber. Das königliche Reskript an diesen Landtag (14. September) nun trug den Tschechen die Unterwerfung Österreichs unter ihre Wenzelskrone entgegen. „Eingedenk der staatsrechtlichen Stellung der Krone Böhmens — — erkennen wir gerne die Rechte dieses Königreichs an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungseide zu erneuern"; indem das Schreiben sich der Verpflichtungen gegen die übrigen Königreiche und Länder erinnerte, sprach es die Hoffnung aus, daß der böhmische Landtag im Geiste der Mäßigung und der Versöhnung an die Beratung gehen werde, damit die Möglichkeit gegeben sei, den langen Verfassungsstreit zu enden. Die Deutschen hatten den Kampf mit allem Ernste aufgenommen. Der niederösterreichische, der schlesische, der steirische Landtag protestierten alsbald gegen die Grundsätze des königlichen Reskripts, und einzelne Führer der deutschen Verfassungspartei begaben sich nach Budapest, um sich dort mit den leitenden Parteiführern Ungarns in Verbindung zu setzen, welche die destruktive Politik des Ministeriums Hohenwart kaum weniger nahe berührte als die Deutschen.

Mittlerweile hatte der Prager Landtag eine Kommission von 30 Mitgliedern zur Vorberatung einer Antwortsadresse an den Kaiser niedergesetzt, und diese hatten eine Reihe von Ausgleichsbedingungen, sogenannte Fundamentalartikel, aufgestellt, „welche durch das Votum eines vollberechtigten Landtags und die Sanktion Ew. Majestät die Geltung eines Grundgesetzes des Königreichs Böh-

men erlangen würden". Diese Fundamentalartikel, denen der Landtag zustimmte — die deutsche Minderheit nahm an der Beratung keinen Teil —, enthielten die Bedingungen und Modifikationen, unter denen der böhmische Landtag dem Ausgleiche mit Ungarn, und was damit zusammenhing, nachträglich beitreten wolle. Die Mitglieder der Delegationen, dies war ihr Verlangen, werden nicht mehr vom Reichsrat, sondern von den 17 Landtagen, und zwar 17 Mitglieder für Böhmen, zu wählen sein (1.—8. Art.); alle Angelegenheiten, die der Ausgleich mit Ungarn nicht ausdrücklich als gemeinsame bezeichne, gehören grundsätzlich zum Gebiete der Gesetzgebung des böhmischen Landtags (Art. 9), als da seien direkte Steuern, gesamtes Unterrichtswesen, Zivil- und Kriminalrecht, Landwehr, Straßen, Eisenbahnen, Kanäle, Polizei und innere Verwaltung. Indes, so gestanden diese Fundamentalartikel zu, gebe es allerdings auch innerhalb dieses Gebiets einige Gegenstände, deren gemeinschaftliche Behandlung wünschenswert sei, und Art. 11 zählte dieselben — Münzwesen, Verkehrsanstalten, Heerwesen, Finanzen u. s. w. — auf, und diese Gegenstände mögen denn, solange nicht anders vereinbart werde, auf einem Kongreß von Delegierten der Landtage legislatorisch behandelt werden; die Verwaltung dieser gemeinsamen Angelegenheiten könne einem Ministerium übertragen werden, das aus den Fachministern und den Hofkanzlern der einzelnen Länder gebildet werde (Art. 13). Für die Kosten, welche aus diesen mit den nichtungarischen Ländern gemeinsamen Angelegenheiten erwachsen würden, sowie für die Staatsschuld würde das Königreich Böhmen (wie Ungarn jetzt) mit einem bestimmten Prozentsatze heranzuziehen sein; über die Höhe dieser Quote würde eine böhmische Deputation mit Deputationen der anderen Länder in Verhandlung treten (Art. 15). Auch über andere Angelegenheiten könnten solche Deputationen der Länder zusammentreten; und Art. 17 würde sogar zustimmen, daß zur Erledigung gewisser Angelegenheiten — der Ausdruck Reich und Reichsangelegenheiten war in dem Schriftstücke sorgfältig vermieden — ein Senat gebildet werde, dessen Kompetenz natürlich nach dem, was vorausging, nur eine sehr begrenzte sein konnte. Der beigefügte Motivenbericht gab sich die Miene, als wenn diese Fundamentalartikel, die in Wahrheit von Österreich nichts mehr übrigließen als den Namen, noch ein schweres Opfer wären, welches das Königreich Böhmen „dem großen Ganzen" bringe, — zu dessen Auflösung diese Artikel das Zeichen gaben. Das Beispiel, das hier gegeben ward, fand sofort Nachahmung. Am 10. Oktober hatte der böhmische Landtag sich diese Anträge sämtlich angeeignet, am 13. beschloß der Tiroler Landtag und am gleichen Tage der mährische eine Adresse an den Kaiser mit den gleichen Gesichtspunkten: die letztere Körperschaft eignete sich auch die Fundamentalartikel vollständig an

und verlangte dann nur noch einen besonderen, dem Brünner Landtag verantwortlichen Hofkanzler für Mähren neben dem böhmischen, auch eine besondere Erbhuldigung für die getreue Markgrafschaft; entsprechend am gleichen Tage die slowenische Mehrheit des Landtags des „historischen" Herzogtums Krain. Es geht über ein menschliches Fassungsvermögen, sich auszudenken, welche Zeit erforderlich gewesen wäre, um diese Maschinerie mit ihren Krönungen, Erbhuldigungen, Huldigungen, ihrem Senat, ihren Delegationen, Generallandtagen, Landtagen, Landtagsdeputationen, ihren Finanzquotisierungen u. s. w. auch nur auf dem Papier fertigzubringen: so viel aber ist klar, daß jedes Los beneidenswert gewesen sein würde, verglichen mit dem des Mannes, der unter dem Namen eines Kaisers von Österreich Graf von Tirol, Markgraf von Mähren, Herzog von Krain, König von Böhmen u. s. w. u. s. w. nicht bloß heißen, sondern auch wirklich hätte sein müssen.

Die Sache aber wurde ernsthaft. Dieses Ministerium ohnegleichen, dessen leistungsfähigstes Mitglied ein deutscher Professor war, der kaum erst österreichischen Boden betreten hatte, und der in seiner alten Heimat nur als Gelehrter geachtet und als Intrigant im kleinen gefürchtet gewesen war, — dieses Ministerium hatte glücklich die Dinge bis zu einem Punkte geführt, wo der nächste Schritt einen Wirrwarr herbeiführen mußte, der schlimmer war als der vom Jahre 1848. Während das Deutsche Reich nach Überwindung des Territorialismus zu einem wirklichen Bundesstaate sich zusammengeschlossen hatte, ging hier ein aus Dilettanten und Karrieremachern zusammengesetztes Ministerium daran, einen mühsam aufgebauten, kaum aus schweren Stürmen geretteten Einheitsstaat wieder in die Länder aufzulösen, aus denen er erwachsen war. Indes waren in diesem Lande doch noch Männer, die dem übelberatenen Monarchen die Augen öffneten über die Gefahren, denen man schon halb verfallen war. An dem Ministerrate, in welchem (20. Oktober) die Antwort auf die böhmische Adresse besprochen wurde, nahmen auch von Beust als Reichsminister und Graf Andrássy als ungarischer Ministerpräsident teil. Es gelang dem ersteren, der, was immer an ihm getadelt werden kann, doch gegenüber Männern wie Firecek und Dr. Schäffle ein Staatsmann ersten Ranges war, den Kaiser zu überzeugen, daß eine Entscheidung im Sinne der böhmischen Fundamentalartikel nicht mehr noch weniger als die Auflösung Österreichs bedeuten würde. Er stellte vier Punkte zusammen, welche die kaiserliche Antwort würde enthalten müssen, und die darauf hinausliefen, daß die von den Böhmen verlangten Modifikationen nur auf dem durch den ungarischen Ausgleich und die Verfassung vorgezeichneten Wege zustande gebracht werden dürften: worauf sich die Führer der Tschechen, Rieger und Graf Clam Mar-

tinitz, auf keine weiteren Verhandlungen einlassen zu wollen erklärten.

Ein rascher und gründlicher Umschlag erfolgte. Am 30. Oktober erhielt das Ministerium Hohenwart seine Entlassung. Am 4. November erfolgte die Antwort des Kaisers an den böhmischen Landtag, in welcher dieser aufgefordert wurde, durch Entsendung seiner Vertreter in den Reichsrat zu dem großen Werke der Versöhnung mitzuwirken. Am 6. erhielt zur allgemeinen Überraschung auch Graf Beust seine Entlassung: ein sehr schwacher Trost für die ergrimmten Böhmen, da an seine Stelle der seitherige ungarische Ministerpräsident, Graf Andrássy, trat, der von weiteren Ausgleichen neben und nach dem ungarischen nichts wissen wollte, da es klar genug war, daß der Sieg des Föderalismus in Zisleithanien auch in Ungarn den Anfang einer Auflösung des Staats in seine Nationalitäten bedeutet hätte. Für das neue zisleithanische Ministerium wurde am 16. ein verfassungstreuer Mann, Fürst Adolf Auersperg, berufen. Am 25. hatte er sein Ministerium gebildet; am 27. trat der Reichsrat wieder zusammen; das föderalistische Abenteuer war zu Ende.

Die Thronrede vom 28. zog die Summe dessen, was man aus diesem Abenteuer gelernt hatte, mit den Worten: „Die Vorgänge der letzten Zeit haben die Erkenntnis zur Reife gebracht, daß, wie den Landtagen eine autonome Stellung gewährleistet ist, so auch dem Reichsrate die volle Unabhängigkeit dadurch gesichert werden muß, daß die Reichsvertretung in selbständiger Weise gebildet wird"; den geeigneten Zeitpunkt für diese Wahlreform behielt sich jedoch die Regierung selbst vor. Eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe trat ein, wenngleich das seitherige trübselige Hin- und Herschwanken in den Landtagen, die Proteste der Minoritäten u. s. w. nicht aufhörten und zu den mancherlei ungelösten Fragen weitere, wie die durch das Aufkommen des Altkatholizismus gestellten, hinzutraten. Der böhmische Landtag wurde, nachdem er die nötigen Proteste votiert hatte, aufgelöst. Die Neuwahlen ergaben eine verfassungstreue Mehrheit, die nun, in Abwesenheit der tschechischen Mitglieder, die Reichsratswahlen vornahmen. Das böhmische Land machte übrigens noch im Laufe des Jahres bei Gelegenheit einer furchtbaren Überschwemmung (Mai) die Erfahrung, daß es Fälle gab, wo es wünschenswert war, ein Reichsparlament zu besitzen, das rasch eine Million bewilligen kann, und wo die Zugehörigkeit zu einem großen Reiche mehr wirkliche Not lindert, als alle Diplome und Verbriefungen zusammen.

Die Wahlreform, die bestimmt war, das Verfassungswerk zum Abschluß zu bringen, und die in der Tat einen vorläufigen Abschluß der parlamentarischen Leidensgeschichte Österreichs bildete, kam im Jahre 1873 zustande. Am 15. Februar dieses Jahres

brachte die Regierung die langerwartete Vorlage ein: Zahl der Mitglieder des Abgeordnetenhauses von 203 auf 351 erhöht, direkt von der Bevölkerung anstatt von den Landtagen, aber mit Beibehaltung des bisherigen Gruppensystems — Großgrundbesitz, Städte und Handelskammern, Landgemeinden — zu wählen. Es war ein großer Fortschritt, wenn er gelang. Wirklich fruchtbar für die Einigung der außerungarischen Länder konnte der Reichsrat nur werden, wenn er unmittelbar aus Wahlen der Bevölkerung hervorging. Ein lebendiges Bewußtsein der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Staatswesen konnte sich bei der Masse der Bevölkerung nur bilden, wenn sie nicht bloß wie seither für ihren partikularen Landtag und durch dessen Vermittelung für den Reichsrat, sondern ganz unmittelbar und direkt für die Vertretung des Gesamtreiches zu wählen berufen wurde. Vergebens beschlich und bestürmte, was dem modernen Streben nach großen, zusammenfassenden Staatenbildungen entgegen zur Vereinzelung und Zersplitterung alter Tage zurückdrängte, das Ohr des Kaisers; leicht und glücklich machte die Vorlage die gesetzgeberischen Stadien durch. Am 6. März erstattete Herbst im Namen des Ausschusses Bericht. Diesmal waren es die Polen, welche vor der Verhandlung die Sezession machten, ohne die hier keine große parlamentarische Entscheidung denkbar war: 37 Mann stark verließen sie den Saal, um nicht an einem Gesetze mitzuwirken, das ihr polnisches Sonderinteresse kreuzte. Die Debatte ersparte man sich, man wollte (und man hatte recht) nicht an Einzelheiten mäkeln, wo der Fortschritt im ganzen die Hauptsache war. Mit 120 gegen 2 Stimmen wurde der Entwurf im Abgeordnetenhause, mit 93 gegen 14 im Herrenhause angenommen. Am 3. April teilte der Ministerpräsident Fürst Auersperg dem Abgeordnetenhause mit, daß der Kaiser dem Gesetze seine Sanktion gegeben habe. Hier und da und nicht ohne Recht wurde diese kaiserliche Entschließung in einzelnen Städten festlich gefeiert.

Am 24. April schloß der Kaiser den Reichstag. Er kündigte die nahe Eröffnung der großen Weltindustrieausstellung an, die unter günstigen Umständen ins Leben trete; der Friede Europas ungetrübt und Österreich nach allen Seiten in erfreulichem Aufschwunge begriffen. Nicht unbedingt rechtfertigte das Jahr diese optimistischen Worte. Kaum war am 1. Mai die Ausstellung durch den Kaiser eröffnet, so begann der große Einsturz an der Börse, welcher über viele Schwindelunternehmungen ein gerechtes, schweres, langandauerndes Gericht herbeiführte, aber wie die wütenden Elemente mit einem Schuldigen zugleich Hunderte von Unschuldigen oder weniger Schuldigen traf. Im Verein mit der Cholera beeinträchtigte dieses Unheil, das in seinen Wirkungen sich über ganz Europa erstreckte und überall dazu diente, Weizen und Spreu im Handels-

und Industrieleben zu sondern, einigermaßen den wohlverdienten Erfolg der großen Ausstellung. Indes ging doch das belebende Gefühl durch die Gemüter, daß das Schlimmste vorüber, daß die Entwickelung des österreichischen Staates nach langen und schweren Wirren in die richtige Bahn geleitet sei. Am 7. September löste ein kaiserliches Patent das Abgeordnetenhaus auf und ordnete Wahlen nach dem neuen Gesetze an. Sie gaben der Verfassungspartei eine unzweifelhafte Mehrheit, ohne ihr doch das Leben allzu leicht zu machen, da die vielgestaltige Opposition gleichfalls in ansehnlicher Stärke vertreten war. In seiner Eröffnungsrede betonte Franz Joseph, daß mit der neuen Wahlordnung eine Vertretung geschaffen sei, mittels deren alle Parteien ihre Ansprüche und Wünsche zur Geltung bringen könnten: „nach wechselvollen Schicksalen und schweren Kämpfen steht Österreich im Innern sich verjüngend, nach außen achtunggebietend da"; es war immerhin dafür gesorgt, daß es an schwierigen Aufgaben nicht fehlte. Man darf jedoch sagen, daß, wo die im Staate waltenden Gegensätze erst einmal so weit sich genähert haben, daß sie in die regelmäßige Arbeit eines gemeinsamen parlamentarischen Lebens sich finden, ihre Schädlichkeit sich mindert und selbst ihr Kampf befruchtend auf das Leben des Volkes wirkt.

Wenigstens überstand dieses parlamentarische Leben die nächsten Jahre glücklich. Die Landtage lernten allmählich sich mit den Angelegenheiten ihres Landes beschäftigen. In dem widerspenstigsten Kronlande Zisleithaniens, in Böhmen, erhob sich der hartnäckigen alttschechischen Partei gegenüber eine jungtschechische, welche die unfruchtbare, bloß verneinende Haltung der alten aufgab und derselben Boden abgewann. Wo etwa mährische oder böhmische Abgeordnete ihren Eintritt in den Reichsrat verweigerten, wurde ihr Mandat für erloschen erklärt: wo sie eintraten und die Rechtsbeständigkeit der Reichsverfassung anzufechten Miene machten, schnitt der Präsident ihnen das Wort ab. Die wichtigste Aktion des Jahres 1874 war, daß auch Österreich seine antihierarchischen „Maigesetze" bekam, die noch einmal das „Patent" vom 5. November 1855, das Konkordat, seinem vollen Inhalt nach aufhoben und mit mindestens ebenso großem Nachdruck wie die preußischen das Souveränitätsrecht des Staates wahrten. Die Debatten waren auch hier leidenschaftlich: am 7. März kritisierte eine lange päpstliche Enzyklika an die österreichischen Bischöfe die Vorlagen: diese Gesetze wären ebenso schlimm wie die preußischen, und die preußischen Bischöfe, die „auch in Ketten" den Kampf des Leidens bestehen, wurden als nachahmungswertes Beispiel aufgestellt. Unterdessen machten die konfessionellen Gesetze eines der parlamentarischen Stadien nach dem anderen durch. Die Regierung trat mit Nachdruck für sie ein: das Herrenhaus, eine Körperschaft von großem Gewicht, auf welche Öster-

reich stolz zu sein Ursache hat, nahm sie an: wenigstens zwei derselben kamen noch im Jahre 1874, am 7. Mai vom Kaiser unterzeichnet, zur Verabschiedung; das dritte im folgenden Jahr; und hier nahm auch die Geistlichkeit die Dinge nicht so tragisch als in Preußen. Die Bischöfe hatten hier ein von dem ihrer preußischen Amtsbrüder verschiedenes Gewissen: sie erklärten allerdings, daß sie nach wie vor am Konkordat „festhielten", unterwarfen sich aber tatsächlich. Der unzähmbarste, Rudigier von Linz, erhielt von dem päpstlichen Nuntius, als er anfragte, ob er die vom Gesetz geforderte Anzeige seiner Pfarrerernennungen an die Staatsbehörde machen dürfe, den Bescheid, der Papst sei nicht dawider, daß man es dulden könne („non dissentit tolerari posse").

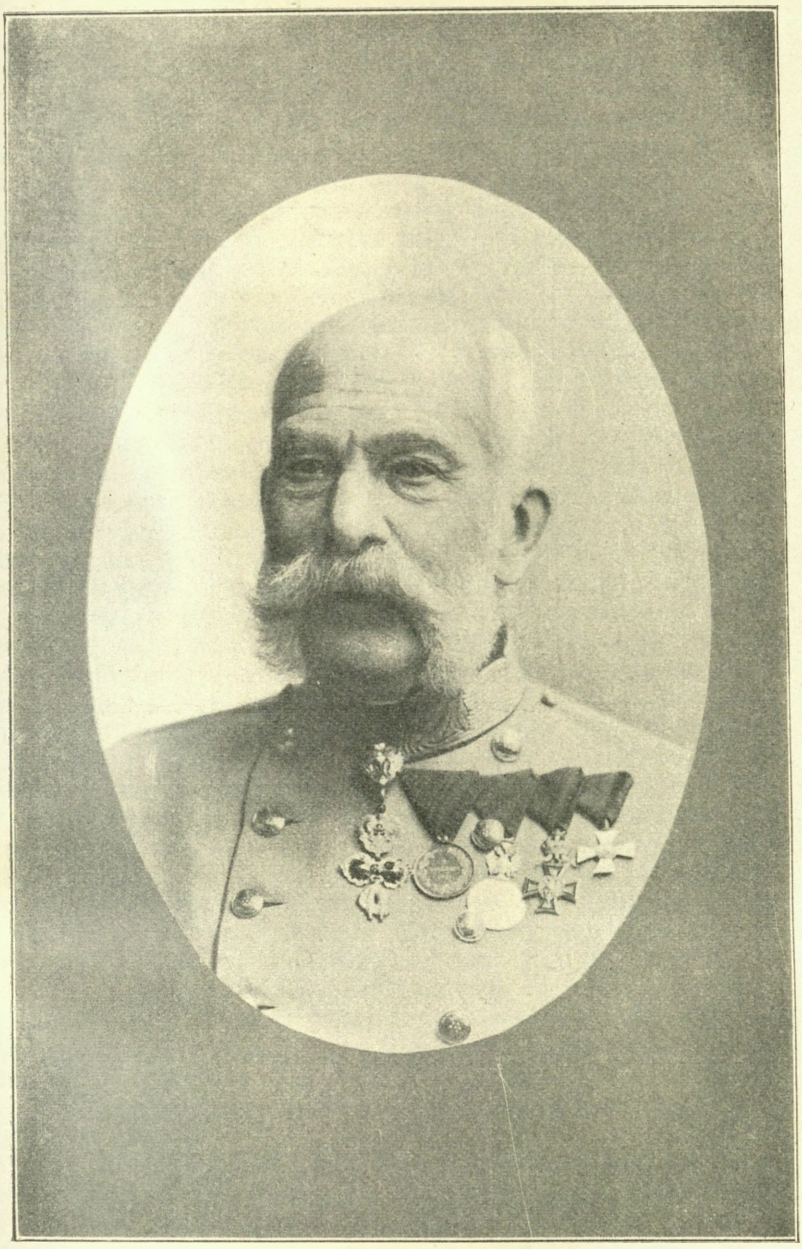
Auch im Jahre 1875 blieb die zisleithanische Reichshälfte ziemlich ruhig: Aufregung riefen nur die Unruhen zu Graz (April) hervor, deren Gegenstand der spanische Infant Alfonso war: er hatte den Zorn der Menge, namentlich der Studenten, durch seine Barbareien im jüngsten karlistischen Kriege erregt. Das Jahr schloß im Innern mit einem erfreulichen Ereignis, der Genehmigung protestantischer Gemeinden in Innsbruck und Meran. Die tirolische Landtagsmehrheit demonstrierte dagegen (7. März 1876): der Landtag ward darauf wegen pflichtwidrigen Benehmens seiner Mehrheit geschlossen, und im Januar 1877, als der Unfug sich erneuerte, ward er aufgelöst. Das vierte jener konfessionellen Gesetze, das Klostergesetz, kam nicht zustande, da ihm, nachdem Abgeordnetenhaus und Herrenhaus es angenommen, der Kaiser die Zustimmung versagte.

Im übrigen war die Aufmerksamkeit in den zwei letzten Jahren weit mehr auf das Verhältnis zu Ungarn gerichtet: eine Lebensfrage um so mehr, als die in vollen Flammen stehende orientalische Frage die Einigkeit der beiden Reichshälften gebieterisch verlangte.

Was Ungarn betrifft, so ward durch Provinzialisierung der sogenannten Militärgrenze das ungarische Staatsgebiet noch um 600 Quadratmeilen und 1 200 000 Seelen vermehrt (1872) und diese Maßregel ohne allzu große Schwierigkeit durchgeführt. An die Stelle Andrássys trat, als dieser nach glücklicher Beseitigung des Ministeriums Hohenwart an von Beusts Stelle berufen wurde, der seitherige Finanzminister Lonyay (13. November 1871). Er legte im Jahre 1872 dem ungarischen Parlament gleichfalls einen Wahlreformvorschlag vor, der den Zensus erhöhte und das Mandat der Abgeordneten auf fünf Jahre verlängerte, deshalb vor der Linken keine Gnade fand, daher vorläufig nicht zum Abschlusse kam. Die neuen Wahlen (Juli) ergaben 245 von der Partei Deáks, der ministeriellen, und 145 von der Opposition. Die Thronrede wies diesem Reichstage wichtige organisatorische Aufgaben zu, deren Notwendigkeit sich unter anderem in der wenig erfreulichen Finanzlage aussprach. Graf

Lonyay war (Dezember 1872) in nicht sehr ehrenvoller Weise vom Schauplatze getreten; an seine Stelle kam der seitherige Handelsminister Szlavy, der weniger als sein Vorgänger für sich selbst und mehr für das Land zu sorgen verstand. Unter diesem Ministerium kam der Ausgleich mit Kroatien — der von 1868 war nicht ins Leben getreten — vollends zustande (1873), und der leitende Minister machte sich an die Arbeit, um dem Reichstage eine Reihe Reformen vorzulegen, unter denen die Reform dieser Landesvertretung selbst die wichtigste Stelle einnahm. Das Bild, das er am 8. November 1873 dem wieder zusammentretenden Reichstage von der Lage des Landes gab, war keineswegs schmeichelhaft für das Volk und für die regierende Partei. Der Stand der Finanzen war übel, eine Anleihe nur unter harten Bedingungen aufzubringen, und dabei klagte der Minister, daß man seit 1867 die Regierung zu Mehrausgaben förmlich gedrängt habe: man habe insbesondere die Militärausgaben, die für die Honvedarmee, gesteigert, „um die finanzielle und intellektuelle Schwäche gegenüber der Westhälfte der Monarchie durch eine größere Kriegstüchtigkeit auszugleichen"; bei manchem tauchte der Gedanke auf, ob man nicht in der Trennung Ungarns von den übrigen Ländern der Monarchie radikaler verfahren sei, als auf die Dauer mit dem Wohle des Landes sich vertrage.

März 1874 machte das Ministerium Szlavy einem neuen aus der gemäßigten Linken — Bitto Vorsitz, Ghizy Finanzen — Platz. Der letztere hatte im Oktober eine Reihe von Steuergesetzentwürfen zur Beseitigung des auch hier in Blüte stehenden Defizits vorzulegen: über diese Budgetfrage kam das Ministerium zu Fall. Nun aber war von Wichtigkeit, daß der Führer der Linken, ein Staatsmann von großer Bedeutung, Koloman Tisza, sich dahin erklärt hatte, daß er und seine Partei den Ausgleich von 1867, dem die Mehrheit der Nation zugestimmt habe, loyal annähmen: so ward am 28. Februar 1875 ein Koalitionsministerium gebildet, an dessen Spitze dem Namen nach Baron Wenkheim stand, dessen Seele aber Tisza war. Die Linke und die Partei Deák verschmolzen sich: so hatte die neue Regierung im Unterhause die große Mehrheit von 235 Mitgliedern hinter sich: nur eine kleine Zahl Altkonservativer und die Vertreter der unterdrückten Nationalitäten machten Opposition. Die letzteren mit Grund: dem bis zum Maßlosen gesteigerten magyarischen Hochmut, der gelegentlich die Züge des neunzehnten Jahrhunderts ganz verleugnete, schmeichelte dieses Ministerium mehr als irgend ein früheres. Als einer der Vertreter der früheren Militärgrenze die Behauptung wagte, daß Ungarn kein magyarischer Nationalstaat, sondern ein Nationalitätenstaat sei, lieferte das Haus und der Minister durch eine überaus brutale Szene den Beweis, daß dieser Staat allerdings noch sehr magyarischer Nationalstaat war. Auch wurde den deutschen



Franz Joseph I., Kaiser von Oesterreich.

Nach einer Original-Photographie
von C. Pietzner, K. u. K. Hof- u. Kammer-Photograph in Wien.

Telegraphenbeamten die Erlernung der magyarischen Sprache binnen kürzester Frist und bei Strafe der Entlassung befohlen und im März 1876 die neue Regelung des siebenbürgischen Sachsenbodens wesentlich zum Schaden des deutschen Elements verfügt. Bei den Neuwahlen im Juli 1875 erhielt das Ministerium eine überwältigende Mehrheit, über 300 Stimmen: die oppositionellen Parteien, selbst wenn sie sich vereinigten, musterten nicht über deren 100. Eine farblose Thronrede (31. August) wurde mit einer loyalen Antwortsadresse (18. September) erwidert, am 16. Oktober trat Tisza auch der Form nach als Ministerpräsident an die Spitze der Geschäfte, und so gerüstet trat die Regierung in die Verhandlungen über die Erneuerung des 1877 ablaufenden „Ausgleichs" mit der westlichen Reichshälfte ein. Um freie Hand zu haben, kündigte die transleithanische Regierung der zisleithanischen in aller Form den Zoll- und Handelsbund zwischen den beiden Reichshälften (November 1875).

Die Unterhandlungen über die Erneuerung der Verbindung dauerten mit endlosem Hin und Her die folgenden Jahre. Es handelte sich um einen allgemeinen Zolltarif, um Verzehrungssteuern, um die Quoten der Beitragsleistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten und um das Recht zur Errichtung einer selbständigen Zettelbank für Ungarn. In der letzten, schwierigsten Frage einigten sich die Regierungen beider Reichshälften über eine gemeinsame Bankgesellschaft, mit einem paritätisch aus beiden Reichshälften zu bildenden Zentralorgan und mit Abteilungen in Wien und in Budapest. Die Vertretungskörper in Wien wie in Budapest aber zeigten wenig Wärme für dieses Kompromiß, und die Direktion der Nationalbank wies das vereinbarte Statut ganz von der Hand: der Handelsbund aber wurde doch, zunächst auf ein Jahr, verlängert (Dezember 1876). Die Ministerkrisen, die Konferenzen dauerten fort; man versuchte ein neues Ministerium in Ungarn; aber Tisza war nicht zu ersetzen (Februar 1877). Man kam endlich mit der Wiener Nationalbank ins reine, und am 10. November konnten die Regierungen von diesseits und von jenseits ihren Parlamenten den Entwurf des revidierten „autonomen" Zolltarifs vorlegen. Hier begann denn die Arbeit der Ausschüsse: das Jahr ging zu Ende, und man war, ebenso wie bei den Verhandlungen wegen Erneuerung des Handelsvertrages mit Deutschland, noch weit vom Ziele: man mußte sich mit einem Provisorium begnügen.

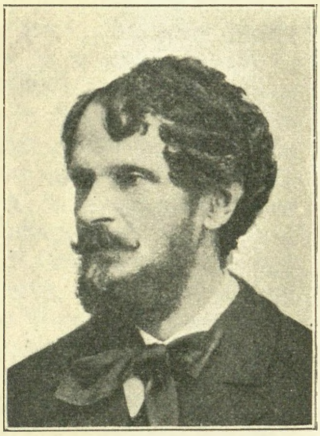
Eine Verständigung legte die inzwischen sehr ernst gewordene auswärtige Lage nahe.

Der rasche und vollständige Sieg Deutschlands über die Franzosen hatte für Österreich-Ungarn die günstige Folge, daß er über die von dessen Staatsmännern einzuhaltende Richtung in der auswärtigen Politik keinen Zweifel ließ. Am 14. Dezember 1870

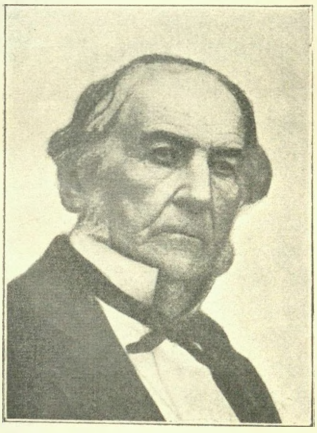
setzte Bismarck die österreichische Regierung von der bevorstehenden und zum Teil schon vollzogenen Neugestaltung der deutschen Verhältnisse in Kenntnis und legte ihr die Notwendigkeit derselben in offener und loyaler Sprache dar. Er fügte die Versicherung bei, daß in Deutschland alles darüber einverstanden sei, freundschaftliche Beziehungen zu dem Nachbarreiche zu pflegen, Beziehungen, auf welche beide Teile durch die ihnen gemeinsamen Interessen und die Wechselwirkung ihres geistigen wie ihres materiellen Verkehrslebens angewiesen seien. Graf Beust antwortete unter dem 26. Dezember im gleichen Tone: er halte eine Erörterung darüber, ob das neue Staatswesen dem Prager Frieden gemäß sei oder nicht, worauf das Schreiben des deutschen Staatsmannes Bezug genommen hatte, nicht für praktisch; er erkenne in der Einigung Deutschlands unter Preußens Führung eine historische Tatsache ersten Ranges und glaube aussprechen zu dürfen, daß in allen maßgebenden Kreisen Österreich-Ungarns der aufrichtige Wunsch vorherrsche, mit dem mächtigen Staatswesen, dessen Gründung sich nunmehr vollziehen werde, die besten und freundschaftlichsten Beziehungen zu pflegen. Diese verständige Politik fand in der Sitzung der Delegationen volle Billigung: nur, meinte Graf Szirmay in der ungarischen Delegation (24. Januar 1871), hätte man schon vor drei Jahren ebenso klug sein und der Welt dann vielleicht den großen Krieg ersparen können. Auch in der österreichischen Delegation gab es interessante Rückblicke; indes, wie spät immer, der rechte Weg war zum Heile für Europa jetzt eingeschlagen: am 1. Juli, beim Wiederzusammentritte der Delegationen rechtfertigte der Reichskanzler zum Überflusse noch diese Politik mit höflichen Worten nach allen Seiten hin. Seinem großen Zeitgenossen in Berlin, als dessen Rivalen er sich anzusehen den Mut hatte, war das Große gelungen: die Aufrichtung des Deutschen Reiches in neuer Gestalt; ihm selbst blieb das kleinere Verdienst, das aber doch hinreichte, um vieles auszulöschen, was er früher verbrochen: er half seinen Kaiser und sein neues Vaterland von den unvergleichlichen Staatskünstlern befreien, welche die Herstellung des Deutschen Reiches mit einer Wiederausgrabung des Königreichs Böhmen parodierten und munter an der Arbeit waren, in demselben Augenblick, wo Deutschland ein gewaltiger Bundesstaat wurde, Österreich in einen Haufen „historischer" Königreiche, Herzogtümer und Markgrafschaften aufzulösen. Graf Beust ging so mit Ehren von der Bühne, und an seine Stelle trat der ungarische Staatsmann, der seiner ganzen Vergangenheit nach geeigneter war, die neue Politik durchzuführen, als sein Vorgänger, dessen erkorenstes Werkzeug, Fürst Richard Metternich, im November 1871 seinen Pariser Posten gleichfalls verließ. Mehr und mehr trat zutage, daß die Ereignisse von 1866 und 1870 auch Österreich zugute gekommen waren: daß das Reich mächtiger, ge-



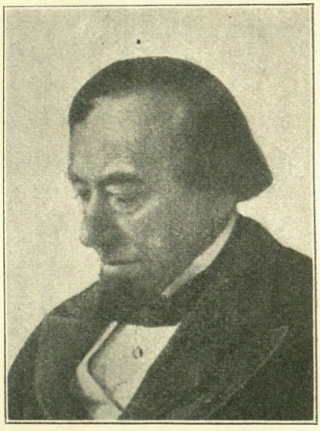
Friedrich Graf von Beust.
Nach einer Photographie.



Graf Julius Andrassy.
Nach einer Photographie.



W. E. Gladstone.
Nach einer Photographie.



Disraeli, Earl of Beaconsfield.
Nach einer Photographie.

achteter, gesünder dastand, seitdem es seiner italienischen und seiner deutschen Stellung entledigt war, daß die Verbindung der deutschen Bevölkerung mit ihren Stammesbrüdern im neuen Deutschen Reiche eine innigere und fruchtbarere wurde, als sie es je gewesen, weil sie sich nicht mehr auf die Politik bezog, welche beide notwendig trennen mußte. Die Zusammenkunft der drei Kaiser in Berlin im September jenes Jahres (1872), der Besuch des russischen Kaisers in Wien im Juni, der des Königs Viktor Emanuel im September, der des Deutschen Kaisers im Oktober 1873 zeigte, daß man auf allen Seiten viel gelernt und viel vergessen hatte. Besonders hoch ist dies dem Kaiser Franz Josef anzurechnen, dem beides, das Lernen und das Vergessen, vom Schicksal am schwersten gemacht wurde: der Besuch in Petersburg im Jahre 1874, der Besuch in Venedig bei dem König von Italien (April 1875), selbst die Zusammenkunft mit dem deutschen Kaiser konnte für den vielgeprüften Fürsten, der 1873 das erste Vierteljahrhundert einer ereignisvollen Regierung schloß, doch nicht ganz ohne Bitterkeit sein. Indes: das Dreikaiserbündnis bestand; der Friede war gesichert; einige Jahre hatten sich die Geschäfte in den Delegationen glatt abgewickelt. Schon im Jahre 1875 aber, werden wir sehen, entzündete sich ein Aufstand in den Österreich unmittelbar benachbarten Provinzen des Türkischen Reichs: bald griff, der Löschversuche spottend, das Feuer um sich, und in peinlicher Weise legte diese neue Phase der uralten orientalischen Frage die Tatsache bloß, daß in einer großen Frage auswärtiger Politik, die in nächster Nähe spielte, die Bevölkerungen des Reichs wie in zwei Lager auseinandertraten. Die eine Hälfte, Magyaren, Deutsche, Polen, war mit ihren Sympathien auf seiten der Türken, die andre dagegen, der ganze slawische Stamm, auf seiten der Russen.

4. Rußland.

In den ersten Jahren des 8. Jahrzehnts vernahm man von Rußland wenig.

Was das Innere betraf, so ging die vom Kaiser begonnene Reform weiter: der Gang derselben konnte bei den gewaltigen Erstreckungen, mit denen man hier zu rechnen hat, nur ein sehr langsamer sein. Die Durchführung der Emanzipation der Leibeigenen stellte die russische Gesellschaft auf denselben Boden wie die übrigen europäischen Staaten; sie stellte aber damit auch die Aufgabe, die Erziehung des Volkes energisch in die Hand zu nehmen. Darin vor allem lag die Bedeutung der allgemeinen Wehrpflicht, deren Anbahnung der Kaiser noch im Jahre 1870 befahl. Das Statut ward unterzeichnet, im Jahre 1873 ward die letzte Aushebung nach dem alten System vorgenommen. Ein Manifest des Kaisers (Anfang

1874) machte dies dem Volke bekannt zugleich mit den erheblichen Erleichterungen und Bevorzugungen, die durch den Nachweis empfangener Schulbildung zu erlangen waren. Diese selbst energisch zu fördern, empfahl am 6. Januar desselben Jahres ein eigenhändiges Schreiben des Kaisers dem Minister der Volksaufklärung, und am 1. Juli erging denn auch ein Gesetz über Verwaltung und Organisation des Volksschulwesens. Überaus friedlich und human ließen sich die russischen Dinge an: man hörte von einem russischen Juristentag (April 1875), einer internationalen Telegraphenkonferenz (Juli 1875), die diesmal in Petersburg tagte: man schien sogar noch Humanität zur Ausfuhr übrig zu haben, denn auf russische Veranlassung und Einladung trat am 27. Juli 1874 zu Brüssel ein internationaler Kongreß zusammen, der sich eine Revision der allgemeinen Kriegsgesetze und Kriegsgebräuche in humanem Sinn, also eine Erweiterung der Genfer Konvention zum Ziele setzte, ähnlich dem jüngst (1899) im Haag abgehaltenen und vielleicht ernster gemeint als dieser. Daß mittlerweile das „Zarentum Polen" auch dem Namen nach vollends verschwand, die Unifizierung und Uniformierung dort mit Konsequenz fortgesetzt, in der Diözese Chelm der griechische Ritus wie in dem Frankreich Ludwigs XIV. mit Straftruppen eingeführt, für Livland, Esthland, Kurland die Generalgouverneurstellen aufgehoben, in Litauen die kleinrussische Sprache verboten wurde (Mai 1876): dies waren Barbareien, an die, da sie ohne Blutvergießen vollzogen wurden, niemand sich viel kehrte, — innere Fragen, deren Lösung man Rußland selbst anheimgab. Auch eine größere auswärtige Aktion war zunächst nicht in Sicht.

Wir haben erwähnt, daß Rußland die gute Gelegenheit des Krieges und der französischen Ohnmacht benutzte, um sich von den demütigenden Beschränkungen freizumachen, die ihm der Vertrag von 1856 hinsichtlich des Schwarzen Meeres auferlegte. Die Note des Fürsten Gortschakow (31. Oktober 1870), in der dies ausgesprochen, zugleich aber versichert war, daß der Kaiser nicht die Absicht hege, damit die orientalische Frage aufzurühren, erregte in Wien, Budapest und London die größte Entrüstung, die da und dort auch in Deutschland geteilt wurde. Wohin solle es kommen, sagte man, wenn ein Friedensvertrag, die Frucht eines großen Krieges, durch eine einfache Erklärung, sich nicht mehr an denselben gebunden zu erachten, zerrissen werden dürfe? Der englische Bevollmächtigte im deutschen Hauptquartier zu Versailles, Odo Russell, sprach von Krieg: ob dies so bitterer Ernst war, durfte man bei der Friedensliebe der damaligen englischen Regierung billig bezweifeln; allmählich begann man die Dinge ruhiger anzusehen und fand, daß das Verfahren der russischen Regierung keineswegs so unerhört war, wie man im ersten Zorn über den unbequemen Zwischenfall es angesehen

hatte. Seitdem die Welt steht, hat sich jede Macht an einen unbequemen Frieden nur so lange gebunden erachtet, als sie mußte, und es stand ihr frei, einen solchen Friedensvertrag abzuwerfen, indem sie die Gefahren eines Krieges auf sich nahm. Niemand hat Preußen getadelt, als es den Frieden von Tilsit durchriß, niemand wird sich wundern dürfen, wenn Frankreich eines Tages sich nicht länger an den Frankfurter Frieden gebunden erklärt: es ist nur eine Form, wenn alle Friedensschlüsse „auf ewige Zeiten" gemacht werden. Daß aber Rußland diesen Zeitpunkt wählte, wo der eine seiner Gegner von damals unfähig war, sich zu rühren, der andere, England, unter einer Regierung stand, welche die gröbsten Beleidigungen ruhig einsteckte, — einem Zeitpunkte, wo die siegreiche deutsche Macht der russischen Regierung zu wirklichem Danke verpflichtet war als der einzigen, die in dem gefährlichen Augenblicke, als sie Frankreichs Überfall abwehren mußte, ihr wenigstens den Rücken freihielt — dies konnte nur tadeln, wer von Politik naivere Vorstellungen hatte, als die Dinge der wirklichen Welt gestatten. Auch ließen sich die Sachen sofort zu friedlicher Verständigung an: man fand, daß Rußland nichts anderes verlange, als was der Leiter der österreichischen Politik, von Beust, ihm im Jahre 1867 hatte aufdrängen wollen. Der Vorschlag Bismarcks, die Angelegenheit in einer besonderen Konferenz zu London in Erwägung zu ziehen, fand Billigung. Diese Konferenz trat am 17. Januar 1871 zusammen und hatte am 13. März ihr Werk vollendet: auch der neue französische Botschafter, Herzog von Broglie, der zur letzten Sitzung noch kam, gab seine Zustimmung zu dem Protokoll, das die Forderung Rußlands genehmigte und in leidlicher Form den Paragraphen 11 des Pariser Vertrags beseitigte.

In Rußland war die Genugtuung über diesen Erfolg der russischen Politik groß: und zunächst erfolgte auch jenes Vorgehen gegen die Türkei nicht, das man befürchtet hatte. Das gute Verhältnis zu Deutschland erhielt sich ungetrübt. Ein vielbemerktes Telegramm des Kaisers Wilhelm vom 27. Februar 1871 erkannte ausdrücklich die Verdienste des russischen Herrschers um Deutschland während der letzten Krisis an: „Preußen wird niemals vergessen, daß es Ihnen zu verdanken ist, wenn der Krieg nicht die äußersten Dimensionen angenommen hat", und Kaiser Alexander selbst ließ keine Gelegenheit vorübergehen, dieser verständigen Politik verständlichen Ausdruck zu geben; daß dies auch eine Wiederanknüpfung besserer Beziehungen zu Österreich zur Folge hatte, ist bereits erwähnt. Auch das Verhältnis zu England gestaltete sich trotz des verdrießlichen Protokolls in der Pontusangelegenheit eine Zeitlang besser. Als Anfang 1873 die russische Regierung eine kriegerische Expedition gegen den Chan von Chiwa, dem Steppenland des unteren Amu, für not-

wendig hielt, um wieder einmal seine Grenze nach dieser Seite sei es zu sichern, sei es zu lockern und den räuberischen Steppenvölkern die Offenbarung der überlegenen Macht zu geben, schickte sie zuerst (Januar 1873) den Grafen Schuwalow in besonderer Mission nach London, um die englische Regierung über ihre Absichten bei diesem Unternehmen zu beruhigen. Im April begann der Feldzug in mehreren Kolonnen, die sich unter dem Befehl des Generals Kaufmann vor der Hauptstadt Chiwa, dem Sitze eines schwunghaften Sklavenhandels, vereinigten (Anfang Mai): es war derselbe Monat, in welchem der Schah von Persien seine große Reise durch Europa mit Heimsuchung des russischen Hofes, Moskau und Petersburg begann. Am 24. Juli ward Frieden mit dem Chan geschlossen. Dieser versprach Abschaffung und Unterdrückung des Menschenhandels, stellte das Land am rechten, östlichen Ufer des Amu-Darja Rußland zur Verfügung, das dasselbe dem Emir von Bochara zum Besitze zu geben erklärte, gestattete Anlegung russischer Faktoreien am linken Ufer, öffnete sein Land dem russischen Handel und bezahlte die Kriegskosten; in Rußland selbst hätte man der unsicheren Vasallenstellung, in welche der Chan von Chiwa trat, um nicht Streit zwischen England und Rußland zu erwecken, die sofortige völlige Einverleibung dieser Gebiete vorgezogen. Bald darauf (23. Januar 1874) erfolgte die Heirat eines Sohnes der Königin von England mit einer russischen Großfürstin: der erste Fall einer Verschwägerung der Dynastien in der Geschichte beider Reiche. Dieses gute Einvernehmen ward auch nicht durch den Aufstand gestört, der im September 1875 den General Kaufmann nach Chokand führte und die Einverleibung eines weiteren Teils dieses Chanats veranlaßte, während für den Rest der Sohn des vertriebenen Fürsten anerkannt ward: ein neuer Aufstand führte im März 1876 die Einverleibung des ganzen Chanats herbei. Aber schon waren Ereignisse im Gange, welche diese untergeordnete Frage eines Stückes von Zentralasien vergessen ließ über dem großen und allgemeinen Gegensatze Rußlands und Englands, den der demnächst entbrennende Orientalische Krieg aller Welt und vor allem Rußland und England selbst wieder zum Bewußtsein bringen sollte.

5. England.

Die Haltung Englands während des gewaltigen Krieges auf dem Festlande war wenig geeignet, ihm von irgend einer Seite Dank oder Achtung zu erwecken; nur die reichen Gaben für die Verwundeten und die aufopfernde Tätigkeit vieler einzelnen in dieser Richtung fanden die verdiente Anerkennung. Die Stimmung im Lande wechselte: als gegen Ende des Jahres 1870 der Sieg der Deutschen immer

sichtbarer hervortrat, neigte sie sich auf die Seite des Unterliegenden, und einige lärmende Demonstrationen wurden zugunsten der Franzosen gemacht: wie man sich z. B. in London anschickte, dem französischen Minister des Auswärtigen, Jules Favre, den man zur Konferenz in der Pontusfrage erwartete, einen möglichst großartigen Empfang zu bereiten. Der Erwartete erschien nicht; der Friede wurde geschlossen, ohne daß England Gelegenheit gehabt hätte, eine Milliarde oder einen Gebietsstreifen für Frankreich zu retten. Man fand sich ohne Mühe darein, da die Sympathien für die Franzosen doch auch nur lau und sehr vorübergehender Art waren: daß die Neutralität Belgiens jetzt sicher gehütet war, ohne daß England darüber mehr zu wachen brauchte, konnte man als Nebengewinn mitnehmen. Im ganzen konnte England mit den Ergebnissen des Krieges wohl zufrieden sein, und die weitere Entwickelung der Dinge in Deutschland wie in Frankreich näherte alle besseren Elemente des englischen Volkes dem ersteren Lande wieder. Dazu trug die Handelspolitik Thiers' das Ihrige bei, welche die Kündigung des englisch-französischen Handelsvertrags zur Folge hatte. Derselbe wurde aber bald durch einen neuen ersetzt, der die Verhältnisse nicht wesentlich änderte; wichtiger war, daß Frankreich immer mehr unter die Herrschaft des Ultramontanismus und ultramontanen Paganismus fiel, während in Deutschland der Kampf gegen diese Mächte*) mit wachsendem Nachdrucke aufgenommen und in verschiedenen Formen geführt wurde, als Kampf der Wissenschaft gegen den Dogmatismus, Kampf des nationalen Staates gegen den Universalstaat, Kampf der altkatholischen Anschauung gegen eine dem Evangelium und der Tradition zuwiderlaufende Neuerung: Formen, von denen jede auf Sympathien in je ihren besonderen Kreisen der englischen Gesellschaft zählen konnte. Die altkatholische Bewegung in Deutschland erregte in den Kreisen der anglikanischen Kirche Sympathie und Interesse, und das Jahr 1874 und 1875 war reich an Beweisen der Sympathie für die Abwehr der Anmaßungen der römischen Kirche: Gladstone selbst, ein vielseitiger Geist und auf diesem Gebiete wohlbewandert, beschritt die Arena theologischer Kontroversen in mehreren Schriften. Auf großbritannischem Boden selbst machte sich der Romanismus breit; unter den eifrigsten Bekennern und Beförderern des neuen Dogmas, das mit der Apotheose des Papsttums vollen Ernst machte, war der Erzbischof Manning der eifrigste, und sein Eifer war vollkommen bereit, jedes Wunder zu glauben, das in Frankreich oder sonstwo geschah. Den Glanz der Wallfahrten in dem letzteren Lande vermehrten Pilgerzüge aus England; besondere Aufmerksamkeit verdienten alle solche Regungen in Irland, weil hier

*) Vgl. Reusch, Die deutschen Bischöfe und der Aberglaube, Bonn 1879.

der nationale Gegensatz den religiösen trug und schärfte, wie umgekehrt. Zwar glaubte gelegentlich eine Thronrede eine erfreuliche Abnahme der agrarischen Verbrechen in diesem Teile des Reichs feststellen zu können, auch der fenische Unfug schien seine Blütezeit hinter sich zu haben; dagegen hatte der alte Widerwille des Kelten gegen den Sachsen bereits eine neue Form ausfindig gemacht, — in einer Agitation für heimische Regierung (Home-rule), einer von einem Dubliner Advokaten, Butt, geleiteten Erneuerung der alten Repealbewegung in etwas minder radikaler Form. Diese Home-ruler setzten sich ein eigenes irisches Parlament und Verwandlung der Union in ein rein föderatives Verhältnis zum Ziel, freilich zunächst mit schlechten Aussichten: der Antrag auf ein eigenes irisches Parlament, den sie im Juni 1874 stellten, fiel im Unterhause mit 458 gegen 61 Stimmen. Gleichzeitig legten auch die irischen Bischöfe der Regierung in verschiedenen Angelegenheiten, namentlich bei Schulreformen, Schwierigkeiten in den Weg und warfen sich die Geistlichen aller Grade mit neuem Eifer bei den Parlamentswahlen ins Geschirr. Die Regierung versuchte diese Bestrebungen in ihre Schranken zu weisen, mußte sich aber (März 1873) bei Einbringung ihrer „irischen Universitätsbill" vorwerfen lassen, daß sie den ultramontanen Forderungen zu weit entgegenkomme, während auf der anderen Seite die irischen Bischöfe, geführt von Kardinal Cullen, nichts von dieser Bill wissen wollten, weil sie ihnen zu wenig biete. Die Bill kam (12. März 1873) bei ihrer zweiten Lesung im Unterhause zu Fall und mit ihr das Ministerium Gladstone, das aber notgedrungen die Geschäfte wiederaufnahm, da der Führer der Tories, Disraeli, die Aufgabe, eine Regierung zu bilden, vorläufig noch ablehnte. Mehr noch wurde der protestantische Geist des Landes aufgeregt durch die katholisierende Richtung, die sich in der anglikanischen Kirche selbst breitmachte. Am 2. Juli 1873 fand ein Meeting zu Exeterhall unter dem Vorsitze des Grafen von Shaftesbury es notwendig, gegen die von einer Anzahl Geistlichen verlangte Einführung der Beichte in die anglikanische Kirche Verwahrung einzulegen: am 15. Juli 1874 genehmigte das Unterhaus eine Kirchendisziplinarbill gegen diese Ritualisten.

Von inneren Reformen ist in diesen Jahren 1870—73 wenig zu verzeichnen. Mit großem Behagen hatte man während des Krieges sich glücklich gepriesen, daß der schmale Wasserstreifen, der England vom Festlande scheidet, die Landsitze der englischen Großen und Reichen vor dem Schicksal bewahre, welchem die herrlichen Landhäuser um Paris her soeben verfallen waren. Indes gaben die Erfahrungen des großen Kampfes, dem man vom sicheren Port aus zugesehen, doch Anlaß zu einer besseren Organisation der britischen Armee (März 1872), welche auch die „Freiwilligen" einer

militärisch-technischen Inspektion unterstellte. Ein Mißbrauch, die Käuflichkeit der Offizierstellen, war schon im Jahre 1871 abgeschafft worden, und zwar, da das Oberhaus einer gesetzlichen Regulierung sich versagte, durch königlichen Befehl auf dem einfachen Verwaltungswege. In demselben Jahre 1872 (Juli) kam die Einführung der geheimen Abstimmung bei Parlamentswahlen zustande, zu der sich nach langem Sträuben auch das Oberhaus endlich bequemte. Wie in England jede Weisheit und jede Torheit frei sich äußern darf, so konnte man hier auch eine Agitation für Einführung republikanischer Institutionen erleben, an deren Spitze sich ein Baronet, Sir Charles Dilke, aber mit überaus geringem Erfolge, stellte. Während in Frankreich und in Spanien der Beweis in einer Vollständigkeit, daß dem Volke die Augen übergingen, erbracht wurde, daß die Menschheit im besten Falle erst noch ein paar Jahrhunderte älter und vernünftiger werden muß, ehe sie diese Regierungsform ertragen kann, übernahm es in diesem Lande der Volksinstinkt, die müßige Ideologie in ihre Schranken zu weisen. Die lebensgefährliche Erkrankung des Prinzen von Wales (Ende 1871) ließ die royalistische Gesinnung der Bevölkerung in überwältigender Stärke hervortreten, und als im März 1872 der republikanische Baronet im Parlament einen Antrag auf Rechnungslegung über die Ausgaben der Zivilliste begründen wollte, wurde ihm durch einen Tumult, wie er in dieser Versammlung nie erhört war, klar gemacht, daß das englische Unterhaus nicht gemeint war, an diesem Eckstein des Staates, der ihm seine ruhige Entwickelung verbürgt, rütteln zu lassen. Dagegen rührte sich keine Hand, als im Oktober 1871 die Delegiertenkonferenz der „Internationale" zu London aufs neue ihre Kraftsprüche tat von der „streitbaren Organisation der Arbeiterklassen in allen Ländern" und jene nichtsnutzigen Müßiggänger, die mehr als alle „Hartherzigkeit des Kapitals" die Arbeiter hinderten, auf dem Wege der Arbeit, der Sparsamkeit und der sittlichen Selbstbeherrschung ihre Lage zu verbessern, verlangten, daß die „Arbeiterklasse" der „Gesamtgewalt der besitzenden Klassen" gegenüber als eigene politische Partei sich konstituiere. Die englische Regierung lehnte den Antrag, der von Spanien gestellt war, zu gemeinsamer Unterdrückung dieser Gesellschaft und ihrer verbrecherischen Torheiten ab (1872). Sie innerlich zu überwinden bleibt eine gemeinsame Aufgabe für alle, welche den Arbeitsertrag der Jahrhunderte nicht einer angeblichen Demokratie preisgeben wollen, die in Wahrheit die heillosesten und niederträchtigste aller Tyranneien, geübt von einer Oligarchie von Agitatoren, sein würde.

Von auswärtiger Politik war England bis gegen das Jahr 1876 hin nicht sehr in Anspruch genommen. Die Streitfrage mit Amerika wegen des durch die „Alabama" und ihresgleichen ver-

ursachten Schadens haben wir bereits bis zu dem Punkte verfolgt, wo die Insolenz der amerikanischen Forderungen selbst das Maß englischer Geduld unter dem friedfertigsten aller Ministerien zu erschöpfen anfing. Die Entschädigungssumme, die das Genfer Schiedsgericht schließlich festsetzte, 15 Millionen Dollars, belastete die englischen Finanzen wenig, die damals alljährlich große Überschüsse zeigten: dagegen kann man nicht sagen, daß die ganze Behandlung dieser Angelegenheit der britischen Regierungskunst viel Ehre gebracht habe. Eine andere Streitfrage mit Amerika, von minderer Erheblichkeit, die San-Juan-Frage genannt, wurde von beiden Mächten dem Schiedsspruche des Deutschen Kaisers unterstellt: es handelte sich dabei um die Bestimmung eines Teils der Grenzlinie, welche im Nordwesten das Vereinigte-Staaten-Gebiet von Britisch-Amerika trennte, und um die Frage, ob diese Linie so laufe, daß die Insel San Juan und einige andere kleine Eilande zum amerikanischen oder zum britischen Teil gehörten: der Deutsche Kaiser entschied am 21. Oktober 1872 zugunsten der amerikanischen Auffassung. Die Niederlage, die England in der von Rußland zu so unbequemer Zeit angeregten Pontusfrage erlitt, war bald verschmerzt; in derjenigen, welche man der Kürze wegen die zentral-asiatische nennt, gab Rußland ein gutes Beispiel oder spielte eine Rolle mit Geschick, indem es, wie erwähnt, ehe es seine Expedition gegen den Chan von Chiwa unternahm, eine Verständigung mit England suchte; die letzte auswärtige Aktion Großbritanniens unter dem Ministerium Gladstone wurde durch Feindseligkeiten hervorgerufen, die das kriegerische Barbarenvolk der Aschantis gegen die englischen Ansiedelungen an der Küste von Oberguinea in Afrika unternahm (September 1873), und an denen sich ein großer Teil der dortigen Stämme beteiligte: der Krieg wurde Februar 1874 glücklich beendigt, die Hauptstadt der Barbaren, Kumassie, besetzt und dann sogleich Friede gemacht.

Es war die letzte Tat des Ministeriums Gladstone, das im Gefühl seiner Schwäche am 24. Januar 1874 durch Auflösung des Parlaments an die Nation appellierte. Das britische Volk antwortete am 16. Februar mit einer Wahl, die den Tories eine klare Mehrheit von 70 Stimmen gab. Gladstone trat zurück, Disraeli trat an die Spitze der Geschäfte. „Die Verwaltung der letzten fünf Jahre hätte besser getan, etwas mehr Energie in unserer äußeren Politik zu entwickeln und etwas weniger in unserer inneren Gesetzgebung", sagte er seinen Wählern: nach diesem Grundsatze handelte er. Das innere Leben Englands vollzog sich ohne ihn: in den auswärtigen Dingen spürte man bald die Hand des energischen und ideenreichen Staatsmannes. Am 11. Oktober 1875 schiffte sich der Prinz von Wales nach Ostindien ein, das im Jahre zuvor durch

eine furchtbare Hungersnot heimgesucht worden war: der Prinz zeigte sich den Maharadschas und den Bevölkerungen des großen Reichs und machte die Tigerjagden und andere landesübliche Vergnügungen mit derselben Ausdauer mit, die er den abendländischen widmete. Im folgenden Jahre überraschte der Minister die englische Welt durch den neuen Titel einer Kaiserin von Indien, den er für seine Königin begehrte. Das Parlament stimmte zu, im Unterhause mit 269 gegen 134 Stimmen, und noch allgemeineren Beifall fand ein anscheinend nur finanzielles Geschäft, mit welchem er den kürzesten Weg nach Indien und das arg verwirtschaftete Land Ägypten, dessen Kassenverhältnisse soeben ein englischer Finanzmann Cave untersucht hatte, in Oberaufsicht nahm — der Ankauf derjenigen Suezkanalaktien, die sich im Besitze des Vizekönigs befanden.

Beides stand bereits im Zusammenhang mit der orientalischen Frage, in deren Behandlung jetzt ein englisches Ministerium sein Meisterstück machen konnte.

B. Mittlere und kleinere Staaten.

1. Spanien.

Dieser wie allen großen europäischen Fragen stand Spanien durchaus fern, das sich einzig und allein mit der schwierigsten von allen, der spanischen, zu beschäftigen hatte.

In dem Kriege, den die französische Regierung sich aus der Hohenzollernschen Kandidatur für die spanische Krone zurechtmachte, und den sie mit Handlungen einleitete, die eine derbe Beschimpfung der spanischen Regierung und mithin der spanischen Nation in sich schlossen, blieb Spanien neutral. Und dies verstand sich fast von selbst, da das Land kein besonderes Interesse zu wahren hatte, weil noch kein Beschluß der Cortes in Beziehung auf jene Kandidatur vorlag und diese letztere sich für Spanien durch den Verzicht des Prinzen vollständig erledigte: es war überflüssig und auch nicht ernsthaft gemeint, wenn Frankreich an der spanischen Grenze ein Observationskorps aufstellte. Seine Genugtuung erhielt auch Spanien durch den Tag von Sedan: mit dem weiteren Gange und dem Endergebnisse des Krieges konnte das Land zufrieden sein, da derselbe die Franzosen auf lange Zeit zu einem bescheideneren Auftreten ihren Nachbarn gegenüber nötigte. Mittlerweile hatte sich für den leerstehenden Thron der König gefunden. Es war Ferdinand Amadeus, Herzog von Aosta, der zweite Sohn des Königs Viktor Emanuel, der am 2. November 1870 sich zur Annahme bereit erklärte. Am 16. fand die Wahl durch die Cortes statt: 191 Stimmen erklärten

sich für den Herzog; 25 für den Herzog von Montpensier, 8 für den alten Espartero, 2 für den Sohn Isabellas; ein Dutzend Karlisten gaben weiße Zettel ab. Unter diesen zahlreichen Minoritäten aber war die ansehnlichste die republikanische: 63 Stimmen. Der neue König, Amadeo I., nahm an (4. Dezember); seine Zivilliste wurde am 20. Dezember auf 24 Millionen Realen festgesetzt; ohnmächtige Proteste der Königin Isabella und des Gegenkönigs Don Carlos verwehten einstweilen im Winde. Aber die neue Regierung begann unter ungünstigen Zeichen. Das erste, was der König erfuhr, als er seinen Fuß auf spanischen Boden setzte, war, daß der Mann, welcher ihn dem Lande zugeführt hatte, Marschall Prim, bei der Heimfahrt aus einer Sitzung der Cortes von Meuchelmördern tödlich verwundet worden war. Er starb am 30. Dezember; die Mörder waren verschwunden.

Am 2. Januar 1871 traf König Amadeo in Madrid ein und leistete den Eid auf die Verfassung. Die konstituierenden Cortes lösten sich auf, und der Marschall Serrano bildete das erste Ministerium der neuen Monarchie. Von seiten der auswärtigen Mächte fand die Anerkennung Amadeos keine Schwierigkeit; der Eindruck, den sein Auftreten unter dem Volke machte, war günstig; doch zeigte sich sofort die sittliche Auflösung, der das Land verfallen war, indem eine Anzahl Offiziere, auch Subalternoffiziere, dem König, den die Volksvertretung gewählt hatte, den Eid der Treue verweigerte. Am 3. April traten die neuen Cortes zusammen, eine bunte Musterkarte aller möglichen Parteifarben, auf der nur eine verhältnismäßig kleine Mehrheit für die neue Ordnung der Dinge übrigblieb; mit 168 Stimmen wurde der Kandidat des Ministeriums, Olózaga, zum Präsidenten der Cortes gewählt. Die erste Thronrede gab der Nation und ihrer Vertretung die besten Worte und sprach Hoffnungen für die Zukunft aus: aber der savoyische Prinz hatte mit dem besten Willen und mit Eigenschaften, die anderswo Gutes hätten schaffen können, eine unlösbare Aufgabe übernommen. Die ersten Schwierigkeiten kamen von den Republikanern, denen zuliebe man keinen Eid der Treue von den Cortesmitgliedern verlangt hatte: Verfassungseide zu schwören und zu halten, das war etwas, was diese neuen Granden von Spanien, die Großen der republikanischen Phrase, allenfalls von Königen oder Ministern, niemals aber von sich selbst verlangten. Am 22. Mai verlangte ihr Führer Emilio Castelar die Herstellung der Republik, während die Karlisten, hinter denen vielleicht noch etwas mehr Volk stand als hinter der Republik, Einsetzung des Don Carlos in seine Rechte begehrten: von einer zuverlässigen Unterstützung eines Ministeriums durch eine sichere Mehrheit, einem doppelten Bedürfnis solchen Gegnern gegenüber, war hier auf diesem Boden keine Rede, wo man keinem Mini-

sterium mehr die Zeit gönnte, etwas Ersprießliches zu tun, und wo die Plätze am Staatsruder ebendeswegen auch keinerlei Charakter, Sachkenntnis oder sonst welche gute Eigenschaft verlangten. Zum Wunder hielt sich das Ministerium Serranos bis in den Juli. Schon im Juni hatte es allerdings dem König ein Entlassungsgesuch eingereicht, unmittelbar nachdem das von dieser Regierung vorgelegte Heeresgesetz und eine Antwortsadresse auf die Thronrede in ihrem Sinne votiert worden war, — dies war eine neue Sitte, in die sich der König gar nicht finden konnte: er verstehe etwas von parlamentarischer Notwendigkeit eines Ministerwechsels, gab er dieser frivolen und unfähigen Gesellschaft zu hören, nicht aber von Ministerwechseln infolge von Kabalen der Klubs und innerhalb der Partei selbst. Von Mitte Juli aber war das Ministerium nicht mehr zusammenzuhalten, und nach verschiedentlichen Versuchen bildete Ruiz Zorilla ein neues aus dem radikalen Teil der Progressistenpartei. Während der Vertagung der Cortes unternahm der König eine Rundreise durch die Provinzen, wo er sich überall gut aufgenommen sah; wie er nach Madrid zurückkam (2. Oktober), erwartete ihn bereits wieder eine Ministerkrisis. Die Cortes waren tags zuvor wieder zusammengetreten; bei der Wahl des Kammerpräsidenten unterlag der Kandidat der Regierung gegen den Führer des konservativen Teils der Progressisten, Sagasta. So besaß das Land seit dem 20. Oktober ein Ministerium Malcampo, das sich auf die letztere Partei stützte; schon am 13. November war aber ein Mißtrauensvotum gegen diese Regierung eingebracht, noch ehe dieselbe viel Gutes oder Böses hatte verüben können. Woher die Abgeordneten den Stoff zu den langen Debatten nahmen, in denen man diese Ministerien einiger Tage oder Monate befehdete und verteidigte, läßt sich schwer begreifen: am 18. unterlag die Regierung, half sich aber durch Vertagung der Cortes bis zum 8. Januar 1872.

Noch war das Jahr nicht zu Ende, als ein neues Ministerium von derselben Farbe, Sagasta, die Geschäfte übernahm, das aber bereits am 22. Januar 1872, nachdem soeben die Cortes wieder zusammengetreten waren, seine Demission anbot, weil es bei irgend einer Bagatellfrage in der Kammer in der Minderheit geblieben war. Der König nahm sie nicht an, löste vielmehr die Kammer auf. Bei den Neuwahlen beteiligten sich auch die Karlisten; das Ergebnis waren 229 Ministerielle, 137 von der Opposition in ihren verschiedenen Formen. Die eine dieser Oppositionsparteien aber, die Karlisten, war der „lächerlichen Komödie des Liberalismus" bereits satt, und ihre Banden erschienen im offenen Felde, in Biscaya und Navarra, nachdem ihr König in einem Manifest (15. April) den „Kunstgriffen der Liberalen, der Vorhut des Petroleums und der gesellschaftlichen Auflösung", den „Krieg im Namen von Gott, Vater-

land und König" angekündigt hatte. Auch er, Don Carlos VII., verlangte seine Rolle in dem großen Weltkampfe: „Der Herzog von Madrid" — dies war einstweilen noch sein Titel — „verlangt angesichts der Welt den Oberbefehl über die Vorhut des großen katholischen Heeres, welches das Heer Gottes, des Thrones, des Eigentums, der Familie ist." Hier wußte man wenigstens, woran man sich zu halten hatte; während der Marschall Serrano als Generalissimus gegen die Karlisten im Norden zog, tobte auch in der parlamentarischen Arena, die am 24. April abermals aufgetan wurde, der Kampf; die Republikaner sahen zu, die radikalen Progressisten deliberierten über ihren Austritt aus den Cortes, und am 22. Mai hatte das Ministerium Sagasta seinerseits ausgewirtschaftet. Die neue Verwaltung (25. Mai) trug ihren Namen vom Admiral Topete; nach einigen Tagen übernahm wieder Marschall Serrano den Vorsitz. Er kehrte von seiner Expedition gegen die Karlisten zurück, die er nicht zu Ende führte. Er gewährte den Gegnern eine Konvention oder trug sie ihnen entgegen, die Konvention von Amorevieta (24. Mai) genannt, in welcher freigebig Amnestie geboten war, wo die Waffen niedergelegt wurden, und in der ein Artikel sich fand, der nur in Spanien möglich war: „Die Anführer und Offiziere können mit dem Range, welchen sie vor ihrer Teilnahme an dem Aufstande innehatten, in die Armee zurücktreten." Am gleichen Tage erschien die Proklamation eines der Karlistenhäupter, Tristany, an die Katalanen, in welcher derselbe unter Schmähungen auf den neuen König — „einer Handvoll Abenteurer zur Beute, erträgt Spanien das Joch eines fremden exkommunizierten Prinzen" — diese Provinz zu den Waffen für Religion und König rief.

Auch Serranos Ministerium war von kurzer Dauer. Die Mehrheit der Cortes schien geneigt, ihm umfassende Vollmachten zur Herstellung der öffentlichen Ruhe zu übertragen; der König schwankte, ob er den abschüssigen Weg betreten solle, und ließ sich durch die energischen Worte der Radikalen und der Republikaner einschüchtern; er versagte seine Zustimmung, worauf die Regierung zurücktrat und ein radikales Ministerium gebildet ward, an dessen Spitze Zorilla zu treten sich bequemte, der einige Wochen vorher aus der Versammlung der Cortes ausgeschieden war. Die Cortes wurden nun zunächst vertagt (14. Juli); wiederum regnete es Erklärungen und Proteste; am 21. erfolgte die Auflösung. Am 19. Juli erlebte man auch das erste Attentat auf das Königspaar, das zum Glück sein Ziel verfehlte; am 24. August erfolgten die allgemeinen Wahlen unter lebhafter Beteiligung aller Parteien mit Ausnahme der Karlisten. Sie ergaben eine entschiedene Mehrheit für die Regierung, ungeachtet diese sich wenig in dieselben eingemischt hatte. Am 15. September eröffnete der König, von einer Reise in die nördlichen Provinzen

zurückgekehrt, diese Versammlung, der nun eine Reihe wichtiger Gesetzentwürfe vorgelegt wurde, unter anderem ein Armeegesetz auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht. Alles schien gut zu gehen, als am 10. November eine einzige Ernennung die klägliche Lage des Landes weniger hervorrief als bloßlegte. Die Regierung machte den General Hidalgo zum Generalkapitän der baskischen Provinzen. Dieser Mann wurde einer unehrenhaften Handlung bei einer der unzähligen Emeuten auf diesem Boden beschuldigt — einen Artillerieoffizier sollte er zu retten versäumt haben, als ihn (1866) einige von seinen meuterischen Soldaten zum Tode schleppten; — und der Kommandeur der baskischen Artilleriebrigade, welche unter seinen Oberbefehl gestellt war, verließ ohne Urlaub seine Garnison und begab sich nach Madrid, um gegen diese Ernennung zu protestieren. Dies gab das Signal zu einer Arbeitseinstellung eigener Art, welche in diesem Jahrhundert der „Strikes" doch noch nicht dagewesen war: sämtliche Artillerieoffiziere dieses merkwürdigen Landes verlangten ihre Entlassung. Die Regierung schien oder war entschlossen, nicht nachzugeben, und bereitete eine Reorganisation dieser Waffe vor; der König aber hatte nunmehr genug. Am 10. Februar 1873 mußte Zorilla den Entschluß desselben, der undankbaren Krone zu entsagen, den Cortes mitteilen. Es ging ruhig bei dieser Staatsaktion zu. Am 12. ließ der König einspannen und fuhr mit seiner Familie ab nach Lissabon, um von da sich nach seiner Heimat zurückzubegeben; den Cortes ließ er die Botschaft zurück, in welcher er in ruhigem und würdigem Ton für sich und seine Kinder dem Thron entsagte. Die Botschaft enthielt in gemessenen Worten eine schneidende Kritik des hoffnungslosen Zustands, in welchem dies Land sich befand. „Alle rufen den süßen Namen des Vaterlandes an, alle kämpfen und arbeiten für sein Wohl, und inmitten des tosenden Kampfes der verworrenen, betäubenden und sich widersprechenden Rufe der Parteien, der zahlreichen und einander entgegengesetzten Äußerungen der öffentlichen Meinung ist es unmöglich, zu erkennen, wo sich die Wahrheit befindet, und noch unmöglicher, ein Heilmittel für so viele große Übel zu finden. Ich habe eifrig nach demselben gesucht innerhalb des Gesetzes und habe es nicht gefunden: außerhalb des Gesetzes darf es der nicht suchen, der geschworen hat, das Gesetz zu beobachten." Das letztere freilich hatten die verschiedenen Parteien und ihre Führer häufig genug getan, und sie waren nicht daran gestorben; aber was hier jeder Parteiführer und jeder General tun oder wagen konnte, weil er Spanier war, durfte und konnte der König nicht, weil er ein Fremder war.

Die Spanier waren nun wieder unter sich: und am gleichen Tage erklärten die Cortes mit 256 gegen 32 Stimmen die Republik als die nunmehrige Staatsform des Landes: eine ziemlich klägliche

Adresse beantwortete die Zuschrift des Königs, dem eine Deputation bis zur Grenze das Geleit gab. Man mußte aus der Not eine Tugend machen, und wer genügsam war unter den Demokraten Europas, der konnte sich jetzt freuen, daß zwei große Länder dieser glorreichen „allein freier Wesen würdigen" Staatsform gewonnen, daß der Westen des Erdteils nunmehr republikanisch sei.

Die Regierung, welche die jetzt souveränen Cortes bestellten, war aus Radikalen und Republikanern zusammengesetzt, und die letzteren überwogen. Der Ministerpräsident Figueras, der Minister des Innern, Pi y Margall, und der des Äußern, Castelar, gehörten ihrer Partei an, und schon am 25. Februar wurde dieses Ministerium durch den neuen Souverän, die Cortes, so modifiziert, daß es als ein rein republikanisches gelten konnte, obwohl auch die republikanischen Führer die Republik in verschiedenem Sinn auffaßten, die einen als einheitliche, die anderen als eine Föderation von vielen Republiken. Das Nächste war, daß nun, nach kaum 3 Jahren, abermals konstituierende Cortes vonnöten waren, um wieder eine Verfassung, vielleicht auf $1^1/_2$ Jahr, oder wie lange es gehen mochte, fertigzubringen; als großjährig waren bei dieser Wahl alle Spanier, die über 20 Jahre alt seien, angenommen. Unter der einzuführenden oder bereits eingeführten Republik war die Föderativrepublik verstanden, bei der die „Freiheit" am besten zu gedeihen schien, d. h. die einzelnen Königreiche, aus denen Spanien erwachsen war, sollten ebensoviele Freistaaten und daneben eine Union, wie die Schweiz oder die Vereinigten Staaten von Nordamerika, bilden. Zunächst verstand man im Volke davon so viel, daß alles aus den alten Fugen war und somit jedermann tun könne, wozu er sich aufgelegt, und lassen, wozu er sich nicht aufgelegt fühle. Vor allem in der Armee, wo das Beispiel der Artillerieoffiziere vorangegangen war, löste sich die Disziplin mehr und mehr an jedem Tage: wo niemand dem Gesetze sich fügte, sondern jeder, wo dieses ihn belästigte, mit einem schönen Worte sich darüber hinwegsetzte, da waren auch die Soldaten nicht mehr zum Gehorchen, die Offiziere nicht mehr zum Befehlen da. Man mußte ein Heer von Freiwilligen bilden, das die Aufgabe lösen sollte, zugleich im Norden den Fortschritten der Karlisten zu wehren, denen nichts willkommener sein konnte, als die Proklamierung der Republik, und zugleich einen anderen Feind niederzuhalten, der überall und nirgends auftauchte: das waren die Leute, die das Prinzip der Auflösung der alten spanischen Monarchie noch einen Schritt weiterführen wollten und nichts von Paktieren und Transigieren mit der Vergangenheit wissen wollten — die Intransigenten, die Männer der Kommune. Die ehrlichen unter den Männern der Regierung, wie der Kriegsminister Acosta und Castelar, erkannten, daß die Freiheit, auch die republikanische, am Ende doch

mit der Ordnung beginnen muß, und daß nicht bloß Könige und Kaiser zu dieser Aufgabe Soldaten, und zwar disziplinierte Soldaten, brauchen. Sie gingen an die schwere Aufgabe: aber die Unordnung reichte noch höher hinauf. Die Cortes, ihrer Mehrheit nach nur Radikale, nicht Republikaner, hatten eine Kommission zurückgelassen, welche die Regierung beaufsichtigen sollte, und die, wo nötig, in der Zwischenzeit, bis die neuen Cortes zusammentreten würden, die alten berufen könnte. In ihrem Schoße besaßen die Gegner der Regierung die Mehrheit, und die Regierung hatte bald nur die Wahl, einen Staatsstreich zu machen oder zu leiden. Sie zog das erstere vor und löste die Permanenzkommission auf (24. April), deren Mitglieder zum Teil ins Ausland flüchteten. Am 10. Mai fanden dann die Wahlen statt; diesmal schickte das souveräne Volk 360 Föderativrepublikaner, neben wenigen Radikalen und Konservativen, was diesmal ein Ding war. Am 1. Juni zusammengetreten, wählten jene am 8. einen der Ihrigen, Orense, zum Präsidenten. Der Präsident der Regierung, Figueras, legte seine Gewalt nieder: an seine Stelle wurde Pi y Margall gewählt, diesem von den Cortes ein Ministerium von Föderativrepublikanern beigegeben und zugleich ein Verfassungsausschuß bestellt, der Castelar mit Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragte. Während dieser, halb Washington halb Don Quichotte, sich einer so zeitgemäßen Stilübung hingab und die Menschenrechte formulierte, die einen Schmuck dieser neuen Konstitution bilden sollten (Mai), brach im Süden das Chaos herein, — eine Anzahl kommunistischer Aufstände, die sich um die Schwätzer in Madrid wenig bekümmerten: in Malaga, Sevilla, Cadiz, Alcoi, Cartagena und anderen Orten. Sie zählten auf den Präsidenten Pi y Margall, der ihren „Grundsätzen" zugetan sei; dieser aber trat ab und ward durch Salmeron ersetzt. In Cartagena hauste das Gesindel auf seine Weise und setzte einen Wohlfahrtsausschuß ein; sie bemächtigten sich einer Anzahl Kriegsschiffe und versuchten mit diesen ihren Genossen in den anderen Städten des Südens, wo die Ordnungspartei wieder obenauf gekommen war, Hilfe zu bringen. Bei dieser Gelegenheit tat ein deutsches Kriegsschiff, die Fregatte „Prinz Friedrich Karl", Kapitän Werner, ein gutes Werk, indem es eines dieser Schiffe abfaßte und nach Gibraltar brachte (25. Juli); die übrigen wurden durch englische und deutsche Schiffe, die zum Schutze ihrer Landsleute in den dortigen Gewässern kreuzten, am Auslaufen verhindert. So sahen sich die Aufrührer auf Cartagena beschränkt, zu dessen Belagerung General Campos sich aufmachte; in den übrigen Städten war die Ordnung hergestellt. Aber im Norden machten gleichzeitig die Karlisten Fortschritte, und eine energische Regierung war sicher notwendiger, als die Entscheidung der Frage, wie weit die Freiheit des Individuums gegenüber der

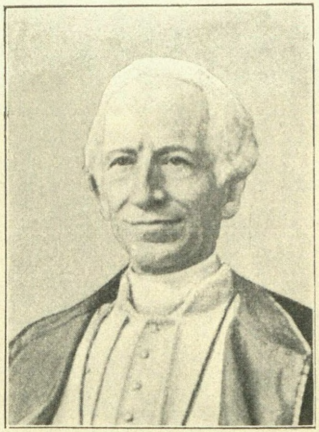
Gemeinde, der Gemeinde gegenüber dem Staate, des Staates gegenüber dem Bunde reichen sollte, und ähnliche Doktorsfragen, mit welchen man sich in den Cortes zu schaffen machte. Salmerons zartes Gewissen sträubte sich gegen die Anwendung der Kriegsartikel als gegen eine Wiedereinführung der von den Cortes abgeschafften Todesstrafe, und am 9. September wählten demnach die Cortes an seine Stelle Emilio Castelar, der seinen Regierungsantritt von der Ermächtigung zu Ausnahmemaßregeln abhängig machen mußte. Am 19. vertagten sich die Cortes bis Ende des Jahres, und am 21. erschien das Dekret, welches zunächst für ganz Spanien die „konstitutionellen Garantien" suspendierte. Zu allem Unheil kam noch ein Konflikt mit den Vereinigten Staaten wegen eines Vorganges, der mit den verworrenen Zuständen auf Kuba zusammenhing: ein nordamerikanisches Schiff, der „Virginius", der den dortigen Insurgenten Munition und Mannschaft zuführte, ward weggenommen, die Mannschaft von den kubanischen Behörden kriegsgerichtlich abgeurteilt, zum Teil sofort erschossen, und man dachte, daß Spanien bei dieser Gelegenheit das letzte Stück seiner amerikanischen Kolonien würde verlieren können; doch wandte die rasche Nachgiebigkeit der Madrider Regierung weitere Verwickelungen ab.

Das Jahr schloß mit weiteren Erfolgen der Karlisten, die sich, Don Carlos selbst in ihrer Mitte, vor Bilbao (Biscaya) legten, nachdem sie den Befehlshaber der Regierungstruppen, Moriones, in eine Lage gebracht hatten, aus der ihn nur eine unfreiwillige Seereise rettete, — der Rückzug auf seine Schiffe, die ihn und seine Leute von San Sebastian nach Santander trugen. In Madrid aber war der Gegensatz zwischen Castelar, dem Präsidenten der Regierung, und Salmeron, dem Präsidenten des Cortesausschusses, bereits wieder zu einer gefährlichen Stärke gediehen, und wenn nicht eine energische Soldatenfaust sich dazwischen legte, so war beim Zusammentritt der Cortes zu fürchten, daß die wachsende Zerrüttung doch dem Don Carlos den Weg nach Madrid bahnen und damit eine neue Ära der Reaktion und der Revolution eröffnen werde. Der energische Soldat fand sich: General Pavia, einer der von Castelar wieder eingesetzten monarchisch gesinnten Generale. Mit Sorgfalt und tiefem Geheimnis traf er seine Vorbereitungen. Am 2. Januar nachmittags 3 Uhr begann die Sitzung der Cortes, und der erwartete Redekampf zwischen Castelar und Salmeron nahm seinen Gang. Mit 120 Stimmen gegen 100 wurde jenem das Vertrauensvotum verweigert. Aber schon war Pavia mit einer Elitetruppe innerhalb des Palastes, und die Kunde davon drang in den Saal: es gab noch einen heroischen Beschluß, sich auf den Bänken töten zu lassen; aber als nun — es war morgens 7 Uhr geworden — die Uniformen wirklich im Saal sich zeigten und einige Schüsse gehört wurden, suchte jeder den nächsten Aus-



Humbert I., König von Italien.

Nach einer Photographie.



Papst Leo XIII.

Nach einer Original-Photographie vom 11. April 1878 im Vatikan.

gang, und die Gesellschaft stob auseinander. Kein Blut floß; General Serrano übernahm die Gewalt. Der Kommunisten in Cartagena ward man Herr, dagegen machte man gegen die Karlisten im Norden nur schlechte Geschäfte: im Juni 1874 begannen diese unter Alfonso, Don Carlos' Bruder, über den Ebro vorzudringen. Daß es unter dieser Fahne an Grausamkeiten nicht fehlte, läßt sich denken: unter anderm erschossen sie einen deutschen Zeitungskorrespondenten, Hauptmann Schmidt, was die deutsche Regierung bestimmte, einige deutsche Kriegsschiffe in den Biscayischen Meerbusen zu schicken und die Anerkennung des Generals Serrano bei den europäischen Höfen zu betreiben. Ehe das Jahr um war, hatte die spanische Revolution ihren Kreislauf vollendet. Im Dezember 1874 erließ zu Murviedro der General Martinez Campos ein Pronunziamento zugunsten des Prinzen von Asturien, Alfonso, des Sohnes der Isabella, der soeben großjährig geworden war. Alle Welt fiel ihm zu: am 14. Januar 1875 hielt er seinen Einzug in Madrid. Ohne einige Reaktion ging es natürlich nicht ab: die Lehrfreiheit an den Universitäten ward wieder abgeschafft, der Kultusetat erhöht; der Nuntius des Papstes verlangte die Entfernung der Kultusfreiheit aus der spanischen Verfassung, und wenn auch schließlich ein Toleranzartikel in dieser Verfassung blieb, so hinderte dies natürlich einzelne eifrige Bischöfe, wie den von Minorca, nicht, sich die Witterungsveränderung zunutze zu machen und die Protestanten, die sich in seinen Sprengel verirrt hatten, zu verfolgen. Mit den Karlisten wurde man im Laufe des Jahres 1875 fertig: Februar 1876 trat ihr König auf französischen Boden über, die übrigen Führer ergaben sich auf Gnade und Ungnade. Der vorwaltende Mann in der Regierung hieß Canovas del Castillo, ein besonnener, reichgebildeter, wohldenkender Mann: und da er am Ruder war, fehlte ihm auch die Mehrheit in den Cortes nicht.

Wir haben über Portugal nur ein Wort hinzuzufügen. Auch hier legte im Mai 1870 eine Militärrevolution unter Saldanha dem König das Gesetz auf; allein man lenkte alsbald wieder in die gewöhnlichen konstitutionellen Bahnen ein. Vom Herbst 1871 bis März 1877 führte dasselbe Ministerium Pereira die Geschäfte: und es ist deshalb sehr begreiflich, daß die in den spanischen Wirren auftauchende und an sich sehr naheliegende Idee, die ganze Pyrenäische Halbinsel unter der portugiesischen Dynastie zu vereinigen, hier in Portugal nicht den mindesten Anklang fand.

2. Italien.

Für Italien hatte sich zu gleicher Zeit, wo man in Spanien daran ging, im Namen der Freiheit den Einheitsstaat in ein Bündel

selbständiger Staaten aufzulösen, mit Erwerbung seiner natürlichen Hauptstadt Rom der Einheitsstaat vollendet. Nach langen Leiden, in schwerer Arbeit, unter großen Opfern, allerdings von dem, was die Menschen „Glück" nennen, ungewöhnlich begünstigt, aber auch durch ganz ungewöhnliche ungeheure Schwierigkeiten gehemmt, hatte Italien sich erobert, was Spanien längst besaß: die territoriale Geschlossenheit und die nationale Unabhängigkeit. Und hier, wie in Deutschland, zeigte sich glänzend die einigende, mäßigende Kraft eines nationalen Königtums. Ohne diese Kraft wäre das schwierige Werk weder hier noch in Deutschland gelungen. Es war ein ungeheures Ereignis, daß dieses nationale Königtum seinen Sitz nunmehr in der Stadt Rom aufschlug, die seither der Mittelpunkt des geistlich-weltlichen Universalstaates, der katholischen Kirche, gewesen war und bis auf weiteres auch blieb.

An eine Verständigung dieser beiden Gewalten, des italienischen Königreichs und des Papsttums, war vorerst nicht zu denken. Die Kammern machten sich noch in Florenz mit einem Garantiegesetz zu schaffen, das dem Papste die ungehemmte Ausübung der Pflichten seiner Stellung an der Spitze der katholischen Kirche sichern sollte. Die Person des Papstes heilig und unverletzlich und in derselben Weise sichergestellt, wie die des Königs; Dotation von 3 200 000 Lire jährlicher Rente; eine Anzahl Paläste und Gärten, die steuerfrei sind und niemals expropriiert werden können, werden ihm vorbehalten; kein Beamter der Regierung darf dort eindringen, ohne vom Papste selbst ermächtigt zu sein; seine Abgesandten bei den auswärtigen Mächten, die der auswärtigen Mächte bei ihm, stehen im Genusse aller Rechte, welche das Völkerrecht Gesandten zuweist; freie Korrespondenz mit der ganzen katholischen Welt ohne Einmischung der Regierung: am 2. Mai 1871 ward dieses Gesetz auch vom Senat genehmigt. Es waren Worte ohne Wirkung: am 15. Mai erklärte der Papst noch einmal und zum Überfluß, daß er niemals „jene von der subalpinischen Regierung ersonnenen Garantien, wie immer sie geartet sein mögen, noch irgend welche anderen der Art zulassen oder annehmen werde". Er betrachtete sich als Gefangenen, was ihn allerdings nicht hinderte, mit der ganzen katholischen Welt zu korrespondieren und sie zu regieren wie vorher.

Die neue Ordnung kam in Gang, ohne daß ihr von dieser Seite ein wesentliches Hindernis erwachsen wäre. Was das Innere betrifft, so schritt Italien langsam, aber, dank dem ruhigen Spiele der konstitutionellen Einrichtungen, sicher und ohne gewaltsame Zuckungen vorwärts. Gelegentliche republikanische Kundgebungen, wie bei dem Tode Mazzinis, der am 10. März 1872 zu Pisa starb, brachten den großen nationalen Strom, in den doch auch diese Kräfte einmündeten, nicht aus seiner Richtung. Am 24. Juni schloß die

Kammer ihre Sitzungen in Florenz; am 2. Juli 1871 hielt der König seinen feierlichen Einzug in Rom. Er empfing in seiner Residenz im Quirinal die Abgeordneten von 100 italienischen Munizipien: „Ja, wir sind in Rom, und wir werden darin bleiben", und am 27. Oktober jenes Jahres wurde das erste Parlament in der Stadt eröffnet, für die so abermals ein neues Blatt in einer Geschichte ohnegleichen aufgeschlagen wurde. „Das Werk, dem wir unser Leben gewidmet haben, ist vollendet," begann die Thronrede, „nach langen Prüfungen ist Italien sich selbst und Rom wiedergegeben." Sie proklamierte die Trennung der Kirche vom Staate; eine Anzahl Klöster war schon bei Gelegenheit der Übersiedelung nach Rom expropriiert worden; am 20. November 1872 legte die Regierung der Kammer einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Klöster auch in der neuen römischen Provinz vor; im Mai 1873 kam man damit zustande. Die Frage der sogenannten Generalate — der Lokale, in denen die Generale der geistlichen Orden residierten, deren Mitglieder über die ganze katholische Welt zerstreut waren — eine Frage, welche die Hauptschwierigkeit bildete, weil sie die Beziehungen zum Auslande berührte — wurde durch einen Vorschlag Ricasolis beseitigt oder umgangen, welcher die jetzt fungierenden Generale in ihren Lokalen beließ, bis ihre Funktionen zu Ende gingen: im übrigen wurden die Klöster überall unter Protest, aber ruhig, von ihren Insassen geräumt. Überhaupt machten die geistlichen Dinge hier keine allzu großen Schwierigkeiten. Man schickte sich ineinander, und die klerikale Partei fing sogar allmählich an, sich an den Gemeindewahlen zu beteiligen, noch ohne vielen Erfolg. Offenbar nahm man im Volke hier die Dinge weit nicht so ernsthaft, wie jenseit der Berge; am 15. Oktober 1873 gab eine Gemeinde bei Mantua ein für die Hierarchie gefährliches Beispiel, indem sie trotz der Protestation des Bischofs sich selbst einen Pfarrer wählte. Im Januar 1874 folgten einige andere: die Regierung begünstigte dies nicht.

Die Stadt Rom hatte keine Ursache, mit der Veränderung unzufrieden zu sein, obgleich diese, wie alles Neue, auch manches Unbequeme, weil Ungewohnte, mit sich führte. Für geistlichen Glanz und geistliche Feste wurde sie entschädigt und entschädigte sie sich selbst durch weltliche; der Fremdenzufluß war nicht geringer als zuvor, und die Menge der Deputationen, die aus allen Weltgegenden kamen, um den „Gefangenen im Vatikan" zu besuchen, nahmen doch auch mit, was es sonst noch in Rom zu sehen und zu genießen gab. Die Wohltaten einer geordneten Verwaltung, einer prompten Justiz, eines aufblühenden Schulwesens machten sich geltend; vor allem wirkte die Zugehörigkeit zu einem großen Ganzen, das sichtbar gedieh, wieviele Mängel ihm auch anhafteten. Wenigstens zeigte die Finanzdarlegung, welche der Minister Sella im Januar 1872

der Kammer gab, wie trotz des Defizits und der wachsenden Steuern der Volkswohlstand sichtbar sich hob: die ordentlichen Einnahmen waren in den zehn Jahren 1861—1871 von 458 auf 1056 Millionen Lire gestiegen; während im Jahre 1861 für 479 Millionen Lire Ware ausgeführt, für 821 Millionen eingeführt war, überstieg im Jahre 1871 zum ersten Male die Ausfuhr die Einfuhr; die Eisenbahnen hatten sich verdreifacht, wie der Telegraphenverkehr und die Zahl der Reisenden. Auf diese Steigerung der Steuerkräfte war der neue Einheitsstaat vor allem angewiesen, denn eine Politik des Sparens in Beziehung auf Heer und Flotte erlaubte seine allgemeine Lage noch nicht.

Diese Lage war allerdings, wie nach innen, so auch nach außen eine unvergleichlich günstigere geworden. Die Allianz mit Preußen setzte sich als Allianz mit dem Deutschen Reiche fort, und die Torheit des Ultramontanismus sorgte dafür, daß diese Allianz, zu der man keine Papiere brauchte, auf den soliden Grund der vollen Gemeinsamkeit der Interessen zu stehen kam: das neue Italien steht und fällt mit dem neuen Deutschland. „Nicht allein Neigung und gemeinschaftliche Interessen," sagte der Minister des Auswärtigen, Visconti-Venosta, am 28. November 1872 in der Zweiten Kammer zu Rom sehr richtig, „verbinden uns mit Deutschland, sondern auch unsere gemeinsamen Feinde." Der Minister meinte damit die „mächtige Partei, welche sich gegen uns erhoben, und welche die Herrschaft über die ganze Welt an sich reißen möchte", und zugleich alle diejenigen, welche dieser Partei den weltlichen Arm zu leihen versucht sein konnten. Zu diesen letzteren gehörte Österreich nicht mehr. Auch dort hatte sich eine neue staatliche Schöpfung erhoben, deren Gedeihen von denselben Kräften bedroht wurde, wie das Deutsche Reich und das Königreich Italien. Wir haben schon erwähnt, daß diese Gemeinsamkeit der Interessen ihren Ausdruck fand in der Reise, die Viktor Emanuel im September 1873 an die Höfe von Wien und Berlin machte: mit der lebhaftesten Teilnahme begleitete allenthalben die Bevölkerung Italiens diese Reise: man erlebte es, daß auf dem Markusplatze zu Venedig wiederum die österreichische Nationalhymne erklang, und daß die Munizipalitäten von Rom und von Berlin Glückwunschtelegramme wechselten. Es ist schon erwähnt, daß dieser Besuch im Laufe des Jahres 1875 durch den Kaiser von Österreich (April) und den von Deutschland (Oktober) erwidert wurde.

König Viktor Emanuel war auf jener bedeutungsvollen Reise von seinem neuen Ministerpräsidenten Minghetti begleitet, der, seitdem das Ministerium Lanza-Sella über einer Finanzfrage zu Falle gekommen war (10. Juli 1873), die Regierung leitete. Das neue Ministerium, den Reihen der Rechten entnommen, galt für etwas

mehr franzosenfreundlich als das frühere: es begann gleichwohl damit, daß es den König zu jener Reise bestimmte. Es war dieselbe Zeit, in welcher in Frankreich die Aussichten für eine monarchische Restauration ihren Höhepunkt erreichten. Der erste Punkt im Programm Heinrichs V., das A und das O seiner Politik, war die Herstellung des Papstes; jene Restauration würde zwar nicht sofortigen Krieg, aber sie würde erklärte Feindschaft gegen Italien bedeutet haben. Jedoch nicht die neue Regierung allein, die sich seit Thiers' Sturze in Frankreich festgesetzt hatte, war dem Königtum Italien und seiner Unabhängigkeit feindlich gesinnt. In ganz Frankreich empfand man es wie ein bitteres Unrecht, daß nicht das gesamte Europa dem siegreichen Deutschland in das aufgehobene Schwert gefallen war; daß aber Italien, das doch Frankreich seine Unabhängigkeit verdanke, nicht für Frankreich seinen letzten Soldaten habe marschieren lassen, erschien aller Welt dort als eine himmelschreiende Undankbarkeit. Es war nun einmal nicht anders: der Tag von Sedan hatte den Italienern Rom gegeben, und diese Folge der deutschen Siege war in Wahrheit auch eine der Niederlagen Frankreichs in dem „schrecklichen Jahre", und nicht die leichteste: aber man mußte sich einstweilen dies, wie alles übrige, gefallen lassen. Thiers war einsichtig genug, dem Andrängen der Bischöfe und ihrer Klientel, welche Einschreiten zugunsten des Papstes verlangten, mit guten Worten auszuweichen: daß aber auch er kein Freund des neuen Italiens war, wußte alle Welt. Und selbst, wenn er es gewesen, so mußte er auf die legitimistische Partei und den übermächtigen Klerus seines Landes Rücksicht nehmen. So zeigte sich seine Regierung Italien gegenüber höchst zweideutig. In jenen festlichen Julitagen des Jahres 1871, beim Einzuge des Königs Viktor Emanuel in Rom, verließ der beim Papste beglaubigte französische Botschafter die Stadt, und der beim König beglaubigte befand sich mit Urlaub im Bade; im Jahre 1872 ließ sich der Papst bei dem metrischen Kongreß in Paris durch die einzige wissenschaftliche Größe, die er zur Verfügung hatte, den berühmten Astronomen Pater Secchi, vertreten, und Thiers empfing diesen wie die anderen. Der Gelehrte selbst stellte sich ihm als abgesandt von dem Souverän des Kirchenstaats vor, und ein französisches Kriegsschiff lag, wie erwähnt, alle die Jahre bei Cività Vecchia in italienischen Gewässern, um dem Papste zur Verfügung zu stehen, wenn dieser seiner Gefangenschaft in den zahllosen Zimmern des Vatikans und dessen Gärten überdrüssig werden sollte. Zu Anfang des Jahres 1873 starb der Kaiser Napoleon, der unter den Franzosen der beste Freund, sogar ein einigermaßen aufrichtiger Freund Italiens gewesen war. Es macht der italienischen Nation alle Ehre, daß sie diesen Tod mit ernsten und aufrichtigen Trauerbezeigungen ehrte und dieser

Trauer auch in den Kammern einen förmlichen Ausdruck gab: die Beziehungen zu Frankreich aber konnte dies nicht verbessern. Einige Monate später folgte der Sturz der Republik des Herrn Thiers. Der erste Minister des Auswärtigen unter dem neuen Staatsoberhaupte, der Herzog von Broglie, versicherte zwar sofort in einem Rundschreiben an die Vertreter Frankreichs im Auslande, daß sich in deren Instruktionen nichts geändert habe: wohin die eigentlichen Wünsche der neuen Regierung aber zielten, zeigte das „Sauvez Rome et la France", das die Wallfahrer allerorten an die Gottheit richteten. Die unmittelbare Gefahr, daß diese Wallfahrer und ihre Führer ihrem Lande den König nach ihrem Herzen geben würden, ging schnell vorüber: aber ein sicherer Nachbar wurde Frankreich darum für Italien so wenig, wie es für Spanien oder für Deutschland oder für irgendwen ein solcher jemals gewesen ist: auch konnte man sich in Italien darüber keine Täuschung machen angesichts des Benehmens der französischen Regierung oder ihrer Unterbeamten gegenüber dem karlistischen Kriege in den spanischen Nordprovinzen, dem in den französischen Grenzgebieten aller Vorschub geleistet wurde. Was hinzukam, um die Beziehungen Italiens und Frankreichs in ihrer unbehaglichen Spannung zu erhalten, war, daß in den im Jahre 1860 französisch gewordenen Gebieten eine nicht ganz unbedeutende italienische Partei sich bemerklich machte, und daß niemand die Zukunft Frankreichs irgendwie berechnen konnte. Wie Deutschland, so war auch Italien genötigt, eine sehr starke Kriegsmacht zu halten. Am 28. Oktober 1873 verkündigte die Regierung das von den Kammern genehmigte Armeeorganisationsgesetz, welches 214000 Mann auf dem Friedensfuße voraussetzte, im übrigen das italienische Heerwesen auf ähnliche Grundlagen stellte, wie die, welche sich bei den Deutschen im letzten Kriege bewährt hatten. Die Thronrede des Königs, 15. November 1873, kündigte neue Maßregeln in dieser Richtung an, empfahl Heer und Kriegsflotte in nachdrücklichen Worten der Fürsorge seines Parlaments, gedachte der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Staaten, verweilte indes mit besonderer Ausführlichkeit bei der neugeknüpften Freundschaft mit Österreich und der schon etwas gefestigteren mit Deutschland, während sie Frankreich nicht namentlich erwähnte.

Einige Tage später (21. November) richtete der Papst ein Rundschreiben an die Patriarchen, Erzbischöfe und Bischöfe der Welt, in welchem er über die Unterdrückung der Kirche in allen Ländern bittere Klage führte: in Italien wenigstens verhallten seine Worte ungehört. Diese zornigen Worte veranlaßten die Regierung auch nicht zu einer Änderung ihrer Kampfweise: sehr ausdrücklich lehnte sie in der Debatte vom Mai 1875 die Art und Weise, wie man in Deutschland den „Kulturkampf" führte, ab. Bei der Hinfälligkeit

des greisen Papstes beschäftigte das demnächst bevorstehende Konklave die Gemüter: Pius IX. und die ihn beherrschende Partei sollten allerlei Neuerungen in dieser Hinsicht vorhaben. Zuweilen war auch davon die Rede, der Papst wolle Rom verlassen: diese Gefahr war nicht groß: diese Gesellschaft hätte nirgends sonst den Nimbus wiedergefunden, der sie hier noch umgab. Sie blieb, und sie blieb, wie sie war: der altersschwache Papst — er feierte am 14. Mai 1876 seinen 85. Geburtstag und am 15. den 30. Jahrestag seines unheilvollen Pontifikats — war ganz in den Händen dieser Leute, denen beschieden war, das Licht am Tage nicht zu sehen: er glaubte wie sie, in allem Ernste etwas getan zu haben, als er im April 1875 beschloß, daß am 16. Juli, als an demjenigen Tage, an welchem vor 200 Jahren die Nonne Marie Alacoque das in Liebe brennende Herz Jesu leibhaftig gesehen, die ganze Welt dem Herzen Jesu geweiht werden solle. Im Jahre 1876 starb sein Kardinal-Staatssekretär Antonelli, mit Hinterlassung eines ungeheuern Vermögens, das er sich aufgesammelt. Am System änderte dies nichts; es folgte noch einmal eine Allokution des Papstes gegen das Königreich Italien (März 1877), nicht minder heftig als die früheren, und selbst das matte Licht, das in dieser Zeit der Jesuitenpater Curci aufzustecken versuchte, wurde sofort wieder ausgelöscht, der Pater aus dem Orden ausgestoßen. Was dieser in seiner Schrift verfocht, schien seinen Confratres wohl zu nahe an die im Syllabus verpönte „Lehre von den vollendeten Tatsachen" zu streifen: es kam darauf hinaus, daß man sich in die neue Ordnung, die man doch einmal nicht umstoßen könne, finden, daß man sich aber der Waffen, die sie selber biete, wie des Wahlrechts und des parlamentarischen Worts, bedienen müsse, um in dem doch wesentlich noch immer katholischen Italien die alte Ordnung, die päpstliche Autorität wiederaufzurichten.

Vorläufig geschah das nicht: die konsequentere Ansicht der Unverbesserlichen siegte; im ganzen blieb die Partei dem italienischen Staate fern, „weder Wähler noch Gewählte", wenn auch da und dort einmal, wie um zu probieren, die Klerikalen bei einer Wahl sich beteiligten. Das ließ sich sehr leicht verschmerzen; man wehrte sich gegen diese Elemente mit allerlei verständigen Maßregeln, z. B. der Abschaffung der Freiheit vom Heeresdienste, welche die Kleriker seither genossen (1875), oder der Einführung der allgemeinen Schulpflicht (1877), zu der die Franzosen noch immer nicht sich entschließen konnten. Die beste Abwehr war überhaupt eine gute Regierung, die freilich nicht überall leicht war, z. B. nicht auf Sizilien, wo das verwilderte Volk sich nicht in die staatliche Ordnung fügen und finden konnte. Die Vollendung der Armeeorganisation, für dieses Land fast noch wichtiger als für Deutschland, gelang: am 30. Mai

1875 konnte ein königliches Dekret die Nationalgarde als nunmehr überflüssig auflösen. Nicht minder wichtig war ein anderer Erfolg — die entschiedene Besserung der Finanzen. Im März 1875 konnte Minghetti der Kammer ankündigen, daß das Defizit rasch im Verschwinden sei. Der Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat ging hier ohne allzu große Schwierigkeiten von statten: die Thronrede vom 6. März 1876 erwähnte das bevorstehende Gleichgewicht von Einnahmen und Ausgaben, und im folgenden Jahr hatte der Finanzminister gar einen Überschuß von zwölf Millionen Lire: es blieb etwas übrig zur Erhöhung der stark verschuldeten „Zivilliste". Am wenigsten Interesse flößen einer allgemeineren Betrachtung eigentlich die parlamentarischen Umschwünge und Umtriebe des jungen Staates ein: ihre inneren Gründe und Triebfedern, soweit solche anzunehmen sind, sind dem Ausländer unverständlich. Im März 1876 kam das Ministerium Minghetti zu Fall, und das Haupt der Linken, Depretis, bildete, nachdem der Versuch eines Koalitionsministeriums gescheitert war, ein Kabinett aus der Linken. Im Oktober löste dieses Ministerium die Kammer auf. Bei den Neuwahlen war die frühere Mehrheit wie weggeblasen; der Erfolg war allzu groß; es weist auf eine noch sehr kindliche Entwickelungsstufe des Parlamentarismus hin, daß in der neuen Kammer nur 87 Oppositionelle unter Sellas Führung gegen 471 Ministerielle standen. Auch dauerte dieser günstige Stand der Dinge nicht lange. Der Minister des Innern, Nicotera, der gegen die anarchischen Rotten in Sizilien, die sogenannte Mafia, mit voller Energie einschritt, ohne sich allzuviel um die Gesetze zu bekümmern, wurde gestürzt, 14. Dezember 1877; der seitherige Finanzminister Depretis trat an seine Stelle; eine sichere Mehrheit in der Kammer hatte diese Regierung schon nicht mehr hinter sich. So trat man in das Jahr 1878 hinüber, das, ereignisreicher als das vorhergehende, mit zwei rasch sich folgenden erschütternden Todesfällen sich einführte: innerhalb Monatsfrist starb der erste König von Italien und der Verkünder der päpstlichen Unfehlbarkeit, Viktor Emanuel (9. Januar) und Pius IX. (7. Februar). Ohne Störung folgte jenem sein ältester Sohn, Humbert, und diesem Kardinal Pecci, der sich Leo XIII. nannte.

3. Skandinavien.

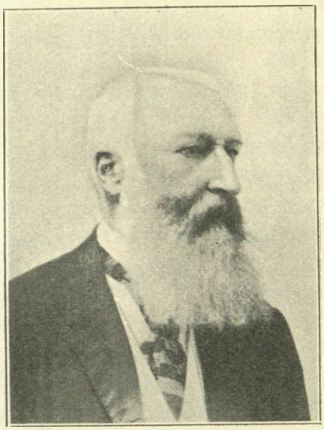
Von allen diesen Strömungen, dem heißen Kampfe der Staatshoheit und der kirchlichen Usurpationen, wurden die drei nordischen Staaten kaum berührt. Der Ausgang oder eigentlich schon der Anfang des Deutsch-Französischen Krieges erwies dem dänischen Staate die Wohltat, seine Bevölkerung von der vergeblichen Hoff-

nung, durch Teilnahme an einem großen europäischen Zusammenstoß Schleswig zurückzugewinnen, gründlich zu heilen. Unverrichteter Dinge verließ schon am 12. August 1870 der französische Diplomat, welcher Dänemark zu versuchen gekommen war, Kopenhagen wieder. Am 18. Dezember 1871 gab der Kriegsminister der inzwischen zur unabweislichen Notwendigkeit gewordenen Resignation im Folkething Ausdruck; im übrigen drehte sich die Geschichte des Landes bis Ende 1873 um rein innere Fragen, deren Lösung durch einen Konflikt gehindert wurde, der zwischen dem Ministerium des Grafen Holstein-Holstenborg und der Mehrheit des Folkethings bestand. Das Ministerium stützte sich, gegenüber dem Mißtrauensvotum dieser Mehrheit, auf den Landsthing und den König und löste die Volkskammer auf: die Neuwahlen im Jahre 1873 brachten jedoch dieselbe demokratische Majorität zurück. Es war die Partei der „Bauernfreunde"; denn abweichend vom übrigen Europa, wo der Bauernstand im allgemeinen konservativ ist, zeigte er in den drei nordischen Reichen radikale Tendenzen: er arbeitete im Heerwesen auf das Milizsystem hin, beschnitt die Budgets stark, wollte nichts von Beamtengehaltserhöhung wissen. So zog sich Jahre hindurch der Zwiespalt zwischen der Regierung unter verschiedenen Ministerien und dem Landsthing auf der einen, der Mehrheit des Folkethings auf der anderen Seite hin. Noch einmal schritt im März 1876 die Regierung zur Auflösung des letzteren: aber die alte Majorität kam wieder. Sie beschloß ein Mißtrauensvotum: die Regierung (Estrup) hielt stand: im folgenden Jahre (April 1877) ward der Reichstag geschlossen, ohne daß ein Budget vereinbart war, das nun die Regierung oktroyierte. Als dann, im Oktober, der Reichstag wieder zusammentrat, verwarf der Folkething das oktroyierte Budget, spaltete sich aber über die weiter zu nehmenden Schritte: eine Partei der Unversöhnlichen unter einem Elementarlehrer Berg zweigte sich von der Mehrheit ab, die sich mit der Regierung verständigte. Schweden und Norwegen kamen nicht in ernstliche Versuchung, bei dem großen Kriege aus ihrer Neutralität herauszutreten. Die Sympathien der Bevölkerung waren auf seiten der Franzosen. Mit Eifer ergriff der König die Gelegenheit, auf seine Heeresorganisationspläne zurückzukommen: dem schwedischen Reichstage, der am 18. Januar 1871 eröffnet wurde, wurde ein solcher auf dem Grundsatz allgemeiner Wehrpflicht beruhender Organisationsplan neuerdings vorgelegt. Aber König Karl XV. konnte in diesem Jahre mit seinem Plane nicht zum Ziele kommen, ebensowenig wie mit der Union Schwedens und Norwegens, die von den Volkskammern beider Länder mit großen Majoritäten verworfen wurde. Im folgenden Jahre, 1872, wurde indes die Stellvertretung im Heere durch beide Kammern in Schweden aufgehoben und damit das

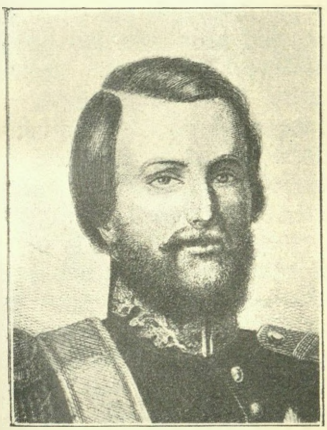
Prinzip der allgemeinen Wehrpflicht angenommen. Dieser Erfolg war dem König noch vergönnt, dessen Laufbahn zu Ende ging: am 18. September folgte ihm sein Bruder Oskar II., der erste dieser aus Frankreich nach dem Norden verpflanzten Dynastie, dessen Sympathien sich mit Entschiedenheit Deutschland zuwandten. Am 20. Januar 1873 eröffnete der neue König seinen ersten schwedischen Reichstag, in welchem die sogenannte Landmannpartei, mit ähnlichen Tendenzen wie in Dänemark die Bauernfreunde, die Mehrheit hatte. Sie war aus Sparsamkeitsrücksichten und auch in Übereinstimmung mit ihren radikalen Gesichtspunkten gegen die Zeremonie der Krönung und strich dem König 100000 Taler von seiner mäßigen Zivilliste von 900000; am 11. März fand die Krönung für Schweden dennoch statt, deren Kosten der König selbst übernahm; am 18. Juli die für Norwegen in Drontheim. Das letztere Land verharrte in seiner Abgeschlossenheit: es versagte einer zwischen Schweden und Dänemark vereinbarten Münzkonvention seine Zustimmung (8. Mai); nur eine skandinavische Postkonvention mit einheitlichem Briefporto für die drei skandinavischen Reiche kam zustande. Von den religiösen Wirren blieb Skandinavien unberührt, da das Reich des römischen Papstes sich nicht so weit nördlich erstreckt und in Dänemark sehr wenige, in Schweden und Norwegen so gut wie gar keine Untertanen zählt: Neuerungen, wie die Zivilehe, kamen hier bei der herrschenden Partei nicht auf. Von den folgenden Jahren bis Ende 1877 ist eigentlich von den beiden Ländern nichts zu erzählen. Der Storthing in Christiania trat der dänisch-schwedischen Münzkonvention endlich bei (März 1875): in Schweden erreichte die Regierung in der Frage der Landesverteidigung, Heeres-, Flotten- und Befestigungsfrage keinen Erfolg, da die kleine Mehrheit, über die sie in der Ersten Kammer verfügte, gegenüber der großen Bauernmehrheit in der Zweiten nichts bedeutete.

4. Belgien, Holland, Schweiz.

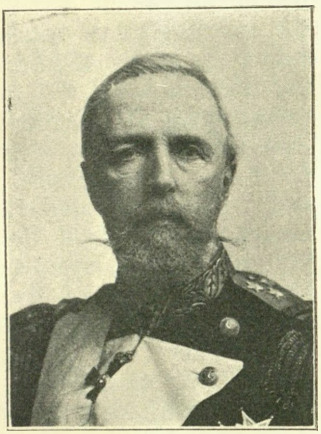
Von diesen drei Staaten war Holland durch den Krieg gar nicht in Mitleidenschaft gezogen worden: dem neutralen Luxemburg, das den König von Holland als seinen Großherzog verehrte, mußte mit dem Zaunpfahl gewinkt werden, ehe es seine Neutralitätspflichten ernsthaft nahm: was durch eine Note des norddeutschen Bundeskanzlers vom 3. Dezember 1870 geschah. Der Friede ließ dem Ländchen seine internationale Stellung und der französischen Partei die Möglichkeit, ihrem Deutschenhaß durch gelegentliche Armseligkeiten Luft zu machen, ungeschmälert. In Holland aber regte die kriegerische Zeit die Frage der Heeresorganisation auf Grundlage der allgemeinen Dienstpflicht gleichfalls an, ohne daß es jedoch



Leopold II., König der Belgier.
Nach einer Photographie.



Wilhelm III., König von Holland.
Nach einer Photographie.



Oskar II., König von Schweden.
Nach einer Photographie.

der Regierung gelungen wäre, die Kammern für diese Reform zu gewinnen. Der bürgerliche Kriegsminister, der im September 1875 ernannt wurde, brachte nicht einmal die Erhöhung der jährlich Auszuhebenden von 11500 auf 14000 fertig: die Verwickelungen mit einem der unabhängigen Malaienstaaten auf Sumatra, dem Königreich Atschin, bildeten eher ein Argument für die Beibehaltung des Prinzips der Stellvertretung, da dergleichen Expeditionen — die erste, März 1873, scheiterte, und die Truppen kehrten unverrichteter Dinge wieder nach Java zurück — nur von geworbenen Soldaten, von eigentlichen Berufssoldaten durchgeführt werden können: das Hauptbollwerk der Atschinesen, der Kraton, wurde im Jahre 1874 genommen. Dagegen erstreckte die katholische Bewegung ihren Wellenschlag auch nach Holland. Zwei Fünftel der $3^3/_4$ Millionen der Bevölkerung sind Katholiken, die sich, wie überall, wo sie die Minorität bilden, geräuschvoll geltend machten; eine Interpellation in der Zweiten Kammer (Dezember 1870) verlangte Schritte der Regierung zur Wiederherstellung der weltlichen Gewalt des Papstes. Man wehrte den an und für sich unsinnigen Antrag, der aber zum augenblicklichen Kriegsapparat der römischen Partei gehörte, durch die einfache Tagesordnung ab. Im Anfang 1871 endete eine lange Ministerkrisis mit einem liberalen Ministerium, an dessen Spitze zum dritten Male der bedeutendste Staatsmann dieser Farbe, Thorbecke, trat. Bei der Beratung des Budgets im November wurde der Posten für eine Gesandtschaft beim Papst mit 39 gegen 33 Stimmen in der Zweiten Kammer gestrichen: die katholischen Bischöfe richteten eine Bitte um Beibehaltung dieser Gesandtschaft an den König und ließen, als dies nicht half, die Erste Kammer mit Petitionen bestürmen. Auch dies vergebens: im Februar 1872 wurde der Posten eingezogen. Im April jenes Jahres ward der Gedächtnistag des Ereignisses feierlich begangen, das die Losreißung der germanischen und protestantischen Niederlande von Spanien entschied — die Einnahme des Städtchens Brielle durch die Meergeusen am 1. April 1572; im Februar 1875 eine andere große Erinnerung jener glorreichen Zeit, die Errichtung der Universität Leyden. Der Widerspruch der römischen Partei kam diesem wie jenem Feste zugute, das nun einen nationalen Charakter annahm; daß die kleine jansenistische Kirche von Utrecht in die altkatholische Bewegung Deutschlands bedeutungsvoll eingriff, haben wir schon erwähnt. Im Juni desselben Jahres starb Thorbecke: indes hielt sich das liberale Ministerium, trotz der sehr schwachen Mehrheit, über die es in der Kammer verfügte, und die keine erfolgreiche Gesetzgebung gestattete, bis Juni 1874, wo es einem gemäßigt konservativen, Heemskerk, wich. Dieses wurde durch die Frage einer Modifikation des konfessionslosen Volksschulwesens, die geräuschvolle Agitation der römisch-katholischen Bischöfe

des Landes und andere bedenkliche Zustände in den katholischen Teilen des reichen und wohlregierten Landes in Atem gehalten: zu Falle kam es im Juni 1877 durch die Wahlen, worauf am 7. November der König, der im Jahre 1874 sein 25jähriges Regierungsjubiläum gefeiert hatte, ein liberales (Kappeyne) berief.

Dagegen behauptete sich in Belgien das klerikale System in der Macht, da es sich, obwohl in den großen Städten die liberale Partei das Übergewicht hatte und bei den Gemeinderatswahlen Erfolge errang, auf eine ansehnliche Mehrheit in Kammer und Senat stützte. Nur wurde das Ministerium d'Anethan (Dezember 1871), als die Operationen jenes klerikalen Schwindlers, des vom Papst zum Grafen erhobenen Langrand, ans Licht gezogen wurden und sich zeigte, daß einige der Regierung nahestehende Männer bei denselben beteiligt waren, entlassen und mit einem etwas gemäßigteren, de Theux, vertauscht. Im Inneren änderte sich also nichts, und die Behandlung der Beziehungen zum Auslande war dem Staate so deutlich vorgezeichnet, daß ein klerikales Ministerium nicht wesentlich anders verfahren konnte als ein liberales. Die Regierung hatte die Pflichten, die ihr die Neutralität während des Krieges, der auch das Schicksal Belgiens mit entschied, auferlegte, mit Gewissenhaftigkeit und Umsicht erfüllt, sowie sie seither immer mit Takt verfahren war; die Bevölkerung, soweit sie hier in Betracht kommt, durch gleiche Sprache, ähnliche Sitten den Franzosen verwandt, tat freilich ihren Sympathien für Frankreich, ihrem Ärger über die deutschen Siege keinen Zwang an. Die Enthüllungen über die französischen Anschläge auf Belgien machten keinen großen Eindruck: man hatte in dem „Manne von Sedan" den Schuldigen, dem man diese Anschläge aufladen konnte, und über den demgemäß auch die belgische Presse um die Wette mit der französischen die Schalen ihres Zornes ergoß. Den Franzosen konnten diese Sympathien, die auch nicht weit reichten, wenig helfen. Als im Februar 1872 der eine der französischen Prätendenten, der Graf Chambord, in Antwerpen sich aufhielt und dort Deputationen der französischen Legitimisten empfing, geriet die Bevölkerung in eine drohende Aufregung, die ihn zwang, diesen Aufenthalt abzubrechen. Wie Deutschland und Frankreich gegenüber, so mußte die klerikale Regierung auch Italien gegenüber nach Gesichtspunkten der Landeswohlfahrt handeln und konnte nicht ihrer Neigung folgen: sie geriet sogar im November 1872 mit der Kurie in einen kleinen Konflikt wegen der vom Papste eigenmächtig vorgenommenen Errichtung eines Konsulats in Antwerpen, gegen das die italienische Regierung Verwahrung einlegte.

Der Krieg von 1870, obgleich er Belgien nur die Verpflichtung auferlegt hatte, flüchtige Haufen zu entwaffnen, lenkte gleichwohl auch hier von selbst die Gedanken der militärisch Sachverständigen auf die

Einführung der allgemeinen Dienstpflicht. In der Tat gab die folgerichtige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht dem Deutschen Reiche ein solches Übergewicht, daß die übrigen Staaten mit einer gewissen Notwendigkeit dieser Bewegung folgen mußten. Auch hier in Belgien herrschte unter den Offizieren über diese Notwendigkeit bald nur eine Stimme; es hatte sich eben bei dem letzten Kriege gezeigt, wie wohl man daran getan hatte, von Anfang an trotz der Neutralität des Landes eine nicht ganz kleine Armee zu halten. Die allgemeine Wehrpflicht aber, wenn sie fruchtbar wirken soll, fordert zugleich eine Steigerung der allgemeinen Bildung, einen energischen Betrieb des Schulwesens. Damit war der klerikalen Partei nicht gedient. In demselben Augenblick, wo diese Partei sich ihres höchsten Rechtes — der Freiheit, selbständig zu denken — zugunsten des unfehlbaren Papstes entäußerte, pflanzte sie geräuschvoll das Banner aller möglichen Freiheiten auf. Sie erhitzte sich für Preßfreiheit und Vereinsfreiheit und vor allem hier in Belgien wie anderswo in schlechter Popularitätssucht für die bequemste aller faulen Freiheiten — die möglichste Freiheit von der Militärpflicht. Ein Kriegsminister, General Guilleaume, kam darüber zu Fall, da er, wie man sagte, den Bischöfen nicht die Bewilligungen machen wollte, welche diese verlangten, wenn sie der „öffentlichen Meinung" die allgemeine Wehrpflicht annehmbar machen sollten (Dezember 1872). Der neue, Thiébault, setzte einige Reformen durch, die den Militäretat um drei bis vier Millionen erhöhten, das Prinzip persönlicher Dienstpflicht aber noch einstweilen aus dem Spiele ließen. So bestimmte die religiöse Parteiung hier überall die Verhältnisse. Das Anregende, Befruchtende, was in dem erneuerten religiösen Kampfe lag, fehlte übrigens dem belgischen Staate völlig: die altkatholische Bewegung z. B. fand hier gar kein Verständnis, und man kannte auch auf diesem Boden wie in Frankreich nur zweierlei Leute: solche, die alles, und solche, die gar nichts glaubten.

Die klerikale Partei stützte sich auf den flämischen Teil der Bevölkerung gegen den wallonischen, der größtenteils dem, was ihre fanatischen Blätter mit dem Parteinamen aus dem niederländischen Unabhängigkeitskampfe das Geusentum nennen, verfallen war. Diese Partei, die klerikale, nahm an dem Kirchenstreit in den Nachbarländern lebhaften Anteil. Anfang Oktober 1874 bestürmten große Wallfahrermassen samt dem geistlichen Haupte des Landes, dem Erzbischofe von Mecheln, „Unsere liebe Frau von Hal", dem Papst gegen seine Feinde zu Hilfe zu kommen: dies hatte seine unausbleiblichen Folgen. Ein gewisser Duchesme, ein Belgier, hatte an den Erzbischof von Paris das Erbieten gerichtet, den deutschen Reichskanzler zu töten, der allen verschrobenen Köpfen und Fanatikern als die Inkarnation aller Feindschaft gegen ihre Idole erschien.

Dieser Mann wurde nicht bestraft und konnte nach belgischen Gesetzen nicht bestraft werden. Das Vorkommnis führte eine übrigens in ruhiger und freundschaftlicher Form geführte Korrespondenz mit der deutschen Reichsregierung herbei, welche die belgische darauf aufmerksam machte, daß hier in ihrer wie in anderer Länder Gesetzgebung eine Lücke sei, eine Lücke, die sie denn auch durch einen Paragraphen ihrer bereits erwähnten Strafgesetznovelle in ihrem eigenen Gesetzbuch alsbald auszufüllen sich befliß. Die belgische Regierung lehnte das Ansinnen anfangs ab. Dagegen sahen ihre Vertreter, der Finanzminister und Kabinettschef Malou, sich doch gezwungen, als in der Kammer dieser Notenwechsel besprochen wurde, die heftige Sprache der Bischöfe und der klerikalen Presse, die mit Nero und Diokletian und anderen Christenverfolgern um sich warf, ausdrücklich zu mißbilligen. Die geschickte Taktik der Liberalen verstrickte die ganze klerikale Mehrheit in diese Niederlage, indem sie den Antrag stellte, daß die Kammer, zur Tagesordnung übergehend, sich der Erklärung des Ministers anschließe: die Ausschreitungen der Bischöfe und die Taktlosigkeit des päpstlichen Nuntius sorgten dafür, daß das Ministerium je und je in die Lage kam, seine Sache von der ihrigen zu trennen. Seit 1877 zeigten aber auch die gelegentlichen Wahlen, daß die Tage des klerikalen Ministeriums gezählt waren.

Schwere Niederlagen bereitete sich der Romanismus in diesen Jahren in der Schweiz. Hier war man schon rüstig an der Arbeit, sich gegen die Folgen der vatikanischen Dekrete in Verteidigungszustand zu setzen, als die Aufmerksamkeit eine kurze Zeit durch den Deutsch-Französischen Krieg abgelenkt wurde. In dieser kritischen Zeit erfüllte das neutrale Land seine Pflichten in musterhafter Weise. Daß den regen Wohltätigkeitssinn dieses „petit peuple avare", wie Thiers in seinem Geschichtswerke die Schweizer nannte, vorzugsweise die Franzosen zu genießen hatten — von den Frauen, Kindern, Greisen Straßburgs an, die eine Schweizer Deputation aus der belagerten Stadt holte (September 1870), bis zu dem unglücklichen Heere Bourbakis, das ein erbarmungsloses Kriegsgeschick ihnen ins Land warf (Februar 1871) — dies brachten die Verhältnisse so mit sich. Der Gedanke tauchte auf, daß die Schweiz die gute Gelegenheit benutzen solle, um jene nordsavoyische Frage wieder in Anregung zu bringen, die einst im Jahre 1860 ihr in ziemlich brüsker Weise über den Kopf genommen worden war. Der Bundesrat tat sehr wohl daran, hierauf nicht einzugehen (14. Oktober 1870) und die Notlage Frankreichs nicht auszubeuten. Mit den etwaigen französischen Anschlägen auf Genf war es ohnehin auf einige Zeit vorbei; auch gab es in der Schweiz Republikaner, welche Sympathie für die Franzosen empfanden, sobald sich dieses Land gleichfalls — auf welche Weise, fragte man nicht — zu dieser ihrer allein-

seligmachenden Staatsform bekehrt hatte. Weniger harmlos als diese Sympathie war die Roheit, mit welcher ein von französisch Gesinnten aufgestifteter und geführter Pöbel eine von den zahlreichen Deutschen zu Zürich in der Tonhalle veranstaltete Sieges- oder Friedensfeier zu stören suchte (9. März 1871). Das eindringende Lumpengesindel, dem außen niemand wehrte, fand aber im Innern einen unerwartet kraftvollen Widerstand: es zog ab, nachdem es die wohlverdiente Züchtigung sich großenteils sofort unmittelbar und ohne den polizeilichen Umweg geholt hatte.

Der immer heftiger aufbrennende kirchliche Streit mußte die Schweiz und das neue Deutschland mit einer gewissen Notwendigkeit sich wieder innerlich näher bringen. Von den $2^1/_2$ Millionen Schweizern mögen etwa $1^1/_2$ Millionen reformiert, 1 Million katholisch sein: unter den letzteren stießen die Beschlüsse des Vatikanischen Konzils sofort auf heftigen Widerstand. Dieser Widerstand fand seinen Mittelpunkt in einem deutschen Kanton, Solothurn, und in einem französischen, Genf, wurde aber durch den Trotz der römischen Hierarchie zu einer gemeinsamen Angelegenheit der ganzen Eidgenossenschaft. Die sogenannte „Diözesankonferenz" der zum Bistum Basel gehörigen Kantone Solothurn, Luzern, Bern, Aargau, Thurgau, Baselland, Zug eröffnete den Kampf im August 1870 mit einer Zuschrift an den Bischof Lachat zu Basel, in welcher sie erklärte, das Konzil nicht als ein ökumenisches anerkennen zu können, sowenig als sie die päpstliche Unfehlbarkeit anzunehmen vermöchte: der Bischof möge daher die Verkündung der letzteren unterlassen. Versammlungen für und gegen hielten die Aufregung wach, und mit der republikanischen Verfassung und Gesinnung der Gemeinden im Rücken konnte man hier mit der Hierarchie viel wirksamer den Krieg führen, als dies in Deutschland möglich war. Im November 1872 entsetzte und exkommunizierte der Bischof Lachat einen Geistlichen, der mit seiner Gemeinde (Starrkirch, Solothurn) das Dogma nicht anerkannte; die Regierung erklärte dies für ungültig: aber seine Geistlichkeit trat dem Bischof zur Seite. Die Diözesankonferenz nahm nun die Sache in die Hand und forderte den Bischof zur Zurückziehung seiner Exkommunikationen, die sich mit der wachsenden Zahl der Altkatholiken vermehrten, auf. Der Bischof wies dies ab, worauf Januar 1873 die Konferenz, dem Antrage Berns gemäß, frischweg und ohne lange Umstände den Bischof absetzte: „Der hochwürdige Bischof Lachat, im Auslande erzogen, versteht unsere Verhältnisse nicht", hieß es in der „Proklamation an das katholische Volk". Indes wurde Lachat von Zug und Luzern noch immer als Bischof anerkannt; die Mehrzahl der katholischen Geistlichen (70) im Kanton Solothurn taten ebenso und erklärten dies in einer Adresse; ebenso 97 Geistliche im Kanton Bern, 103 in Aargau. In Solothurn und

Bern antwortete die Regierung mit Vorforderung oder Absetzung der Geistlichen und bot Truppen auf: dem Hirtenbrief der schweizerischen Bischöfe setzte eine große Volksversammlung in Solothurn (15. Juni) das Verlangen der Aufhebung der päpstlichen Nuntiatur und eines vollständigen Bruches mit Rom entgegen, während gleichzeitig die Altkatholiken (Kongreß zu Olten 31. August) sich eine feste Organisation gaben und die einzelnen Kantone mit ihrer Gesetzgebung sich gegen die Anmaßung der Hierarchie zu schützen wußten, wobei sie denn, sofern sie die Mehrheit des Volkes gewinnen konnten, bald zum Ziele kamen.

Einen rascheren Verlauf noch nahm der Konflikt in der französischen Schweiz, wo er von Rom mutwillig herbeigeführt worden war. Der Kanton Genf bildete einen Teil des Bistums von Lausanne; die Kurie wollte aber Genf zu einem besonderen Bistum machen, und der Bischof, der in Freiburg seinen Sitz genommen, hatte den Pfarrer Mermillod schon im Jahre 1864 zu seinem Generalvikar in Genf ernannt. Es wurde in den Blättern gesagt, daß der Papst diesen Abbé Mermillod nunmehr zum Bischof in aller Form gemacht habe ohne Beachtung der Genfer Verfassung: die Genfer Regierung, die Rechtsbeständigkeit der bischöflichen Maßregel von 1864 verneinend, erklärte Mermillod, daß sie ihn nur als Pfarrer von Genf anerkenne und ihm jede bischöfliche Kompetenz auf Genfer Gebiet untersage: sie brachte die Sache, da Mermillod sich daran nicht zu kehren erklärte, vor den Bundesrat. In seinem Trotze ward Mermillod bestärkt, indem der Papst ihn (16. Januar 1873), ohne irgendwie nach Bundesrat und Kantonsregierung zu fragen, zu seinem apostolischen Vikar mit allen Rechten eines Bischofs in Genf ernannte. Der Bundesrat antwortete dem päpstlichen Nuntius auf die Anzeige hiervon, daß er Mermillod nicht anerkenne, und ließ diesen, als er fortfuhr, als Bischof von Genf zu fungieren, durch die Genfer Regierung ausweisen. Diese letztere brachte zugleich ein neues Kultusgesetz zum Abschluß, das die Geistlichen der Volkswahl unterwarf: und der früher genannte Pater Hyacinth, der mittlerweile seinen Familiennamen Loyson wieder angenommen und sich verheiratet hatte, hielt in Genf in altkatholischem Sinne Vorträge und suchte so auf französischem Boden die Bewegung einzubürgern, die in der deutschen Schweiz schon zahlreiche Gemeinden zählte. Im Dezember 1873 geschah ein entscheidender Schritt. In jener Enzyklika des Papstes vom 21. November, in der Pius IX. alle Schalen seines Zornes auf die Altkatholiken und ihren „Lügenbischof" ausleerte, war auch des „helvetischen Bundes" mit derselben Maßlosigkeit der Sprache gedacht worden, welche diese Schriftstücke charakterisiert, und welche die Regierungen in die Unmöglichkeit versetzte, mit deren Verfasser in der Weise zu verkehren, wie sie die

diplomatischen und gesellschaftlichen Formen des Jahrhunderts vorschreiben. Der Bundesrat erwiderte (12. Dezember) diese Kundgebung mit einer Zuschrift an den päpstlichen Nuntius, Monsignore Agnozzi, in welcher er diesen bat, den Bundesrat den Tag wissen zu lassen, auf welchen er seine Abreise festgesetzt habe; von heute an und aus Schuld des Heiligen Stuhls könne die schweizerische Eidgenossenschaft den Geschäftsträger des Papstes nicht mehr als bei ihr beglaubigten diplomatischen Vertreter anerkennen.

Diese Vorgänge alle legten die Notwendigkeit einer Revision der Bundesverfassung, die bereits einmal gescheitert war, im Sinne einer energischen Einheit aufs neue nahe. Noch einmal wurde sie im Mai 1873 dem Volke und den einzelnen Kantonen nach den Beschlüssen des Bundesrats vorgelegt, aber noch einmal von diesen mit 13 gegen 9, von jenem mit der sehr geringen Mehrheit von 261000 gegen 255000 Stimmen verworfen, wogegen im Oktober desselben Jahres die Neuwahlen für den Nationalrat in einem dieser Revision günstigen Sinne ausfielen.

Erst im Jahre 1874 kam diese revidierte Bundesverfassung zum Abschluß. Nachdem am 1. Januar 1874 Nationalrat und Ständerat, jener mit 103 gegen 20, dieser mit 25 gegen 14 ultramontane Stimmen, sie angenommen hatten, ward sie am 19. April der Volksabstimmung unterbreitet und diesmal mit (rund) 340000 gegen 198000 Stimmen angenommen: die französischen Kantone gaben den Ausschlag.

Der religiöse Kampf wurde hier auf fruchtbare Weise und mit den Waffen gesetzlicher Freiheit geführt. Die altkatholische Bewegung ging hier kräftig voran, anders als in Deutschland, wo man bei dem tiefgewurzelten Servilismus und Indifferentismus meist die bequemere Form des „Staatskatholizismus" vorzog, und wo die Regierungen mit dieser religiösen Bewegung, für welche Juristen in der Regel kein Verständnis haben, nichts anzufangen wußten. Die Mehrheit der katholischen Gemeinde zu Bern konstituierte sich im Mai 1874 als altkatholische; ebendort wurde im Dezember jenes Jahres eine altkatholische theologische Fakultät eröffnet. Am 14. Juni 1875 nahm die Delegiertenversammlung der altkatholischen Gemeinden und Vereine einen Kirchenverfassungsentwurf an, bestellte den „Synodalrat", der am 1. September die Beichte für nicht obligatorisch und die Priesterehe für kein Hindernis des geistlichen Amtes erklärte: im Mai 1876 hob die altkatholische Synode den Zölibatszwang auf und wählte den Pfarrer Herzog zum Bischof, den der deutsche altkatholische Bischof Reinkens weihte.

Der ultramontanen Übergriffe erwehrte man sich mit Nachdruck am Bunde wie in den einzelnen Kantonen. Der Protest der Bischöfe gegen die Ausweisung des Nuntius fruchtete nichts; man drohte hier

nicht zum Spaß: er erhielt seine Pässe. Die Regierung von Bern, dem größten der Kantone, sah sich die Hände gestärkt durch die Volksabstimmung vom 18. Januar 1874, wo ein verständiges und klar entschiedenes Kirchengesetz, das der Kirche gab, was ihr gebührte, und dem Staate vorbehielt, was des Staates war, mit 69000 gegen 17000 Stimmen angenommen wurde. Darauf gestützt, focht sie ihren Kampf gegen die widerspenstigen Priester des katholischen Jura durch: erst nachdem sie sich durch ein besonderes Gesetz sichergestellt hatte, hob sie (6. November 1875) die Ausweisungsmaßregeln auf. Die meisten Wahlen dieser Jahre in den meisten Kantonen fielen zugunsten der Liberalen aus; in Aarau wurden die letzten Klöster vollends aufgehoben (1876); nur in Tessin und Luzern behielt der Ultramontanismus das Übergewicht. Außerdem wachte die Bundesversammlung darüber, daß die einzelnen Kantonalversammlungen, wie z. B. Tessin, Wallis, keine Bestimmung enthielten, die mit der in der Bundesverfassung gewährleisteten Glaubensfreiheit in Widerspruch stünde.

Im übrigen erwies sich der Schweizer Boden als geeignete Stätte, wo sich gemeinsame europäische Geschäfte erledigen ließen. Ein solches wohltätiges gesamteuropäisches Unternehmen, die Herstellung der Gotthardbahn mit ihrer Hauptschwierigkeit, der Durchstechung des gewaltigen Berges selbst, gedieh nicht zum besten: man machte die unliebsame Entdeckung, daß die Vollendung ein rundes Hundert Millionen mehr kosten werde, als veranschlagt war. Doch kam am 12. Juni 1877 zwischen den Vertretern der beteiligten Länder Italien, Deutschland, Schweiz eine Einigung zustande, nach welcher zunächst die Hauptlinie fertig gebaut und dazu von Deutschland und Italien je 10, von der Schweiz 8 Millionen Frank aufgebracht werden sollten: die Aufbringung der letzteren machte bei der kleinlichen Auffassung der Dinge in den einzelnen Kantonen Schwierigkeiten, die jedoch ebenso wie die Hemmnisse, welche die Natur dem Werke entgegenstellte, mit geduldiger und einsichtiger Arbeit überwunden wurden. Dagegen vollendete sich ein anderer umfassender Fortschritt leicht und glücklich. Am 15. September 1874 traten auf Anregung Deutschlands und seines vielanschlägigen Generalpostmeisters Stephan Bevollmächtigte aller europäischen Staaten, außerdem Beauftragte des ägyptischen Vizekönigs und der nordamerikanischen Union zu Bern zu einem Weltpostkongreß zusammen. Sein Ergebnis (Schlußprotokoll 9. Oktober) war ein Vertrag, dessen Ratifikationen am 3. Mai des folgenden Jahres (1875) ebendort ausgetauscht wurden, und der für seine Erleichterungen und gemeinsamen Normen im internationalen Verkehr, nachdem auch Frankreich beigetreten war, binnen kurzem die meisten zivilisierten und nicht wenige halbzivilisierte Staaten gewann.

Machen wir hier, bei dieser jüngsten friedlichen Errungenschaft des Jahrhunderts, einen Augenblick Halt, um uns die Lage Europas vor der neuen Krisis, welche zur ersten Teilung der Türkei führte, deutlich zu machen: indem wir vorläufig darauf verzichten, auch die Geschichte der außereuropäischen Welt seit 1870 noch in den Kreis unserer Betrachtung zu ziehen. Überblickt man den Zeitabschnitt, den wir durchwandert haben — die zwei Menschenalter, die seit den Wiener Verträgen verflossen sind (1815—1871) —, und vergleicht mit jenem seinem Ausgangspunkte die Gestalt der Dinge, wie sie uns der Frankfurter Friede (1871) und was in dessen unmittelbarer Folge geschehen zeigt, so wird man den Weltteil zunächst in Beziehung auf die territorialen Verhältnisse wesentlich verändert finden. Im äußersten Nordwesten und im äußersten Südosten sind zwei neue selbständige Staaten, Belgien und Griechenland, entstanden, während das Königreich Polen, im Jahre 1815 doch immerhin noch ein eigener Staat, von der Karte verschwunden ist, wie der Freistaat Krakau, ein anderes Trümmerstück des großen Polenreiches; Frankreich ist um Savoyen und Nizza vergrößert, hat aber Elsaß und ein ansehnliches Stück von Lothringen an Deutschland abgeben müssen; die Jonischen Inseln sind dem griechischen Königreiche zugeteilt worden. Österreich hat Krakau gewonnen, dagegen die Lombardei und Venetien verloren; der Prozeß, der die Vasallenstaaten Ägypten, Serbien, Rumänien, Bulgarien vom türkischen Reiche loslöst, war noch nicht in sein entscheidendes Stadium getreten, und formell hatte sich das türkische Reich sogar um das kleine Stück an der unteren Donau in Bessarabien auf Kosten Rußlands vergrößert. Am gewaltigsten waren die Veränderungen in der Mitte des Weltteils, in Deutschland und in Italien. Die Karte von Italien bot wieder denselben Anblick dar, den das Land einmal in seiner Geschichte, von 493 bis 526, unter Theoderich dem Großen dargeboten hat. Aus einem „geographischen Begriffe", wie es Metternich nannte, war es eine politische Macht geworden, ein Einheitsstaat von 5375 Quadratmeilen mit 25 Millionen Einwohnern, und unter den verschwundenen Königreichen und Herzogtümern, die der ungeheure Strom der nationalen Bewegung verschlungen hatte, befand sich auch der letzte der geistlichen Staaten, der Kirchenstaat. Gewaltiger fast und wichtiger sind die Veränderungen, welche die Karte von Deutschland zeigte. Sein Territorialbestand hatte sich um die deutsch-österreichischen Lande, um Luxemburg und, damit auch diesem Reliquienstück des alten Bundes sein Recht werde, um das Fürstentum Liechtenstein vermindert; dagegen waren ihm im Osten die preußischen Provinzen Posen und Preußen, im Norden das Herzogtum Schleswig, im Westen Elsaß und Lothringen zugewachsen: gegen 11 464 Quadrat-

meilen im Jahre 1815 9888 Quadratmeilen im Jahre 1874. Innerhalb dieser reduzierten Grenzen waren die Änderungen nicht minder bedeutungsvoll: das Königreich Hannover, das Kurfürstentum Hessen, die Herzogtümer Nassau, Holstein, Lauenburg, das Fürstentum Hohenzollern-Sigmaringen und Hohenzollern-Hechingen, die Landgrafschaft Hessen-Homburg und die Freie Stadt Frankfurt waren dem preußischen Staate zugewachsen, der von 5100 Quadratmeilen im Jahre 1815 auf 6396 Quadratmeilen (seit 1866) gestiegen ist. In diesen letzten Zahlen aber, welche die veränderte Gestalt Italiens und Deutschlands bezeichnen, liegt ein Hauptgewinn der geschichtlichen Arbeit dieser letzten beiden Menschenalter beschlossen. Das an seiner Nordwestgrenze leicht beschädigte, aber innerhalb seiner Naturgrenzen staatlich organisierte Italien, das an Territorialumfang geminderte, aber geeinigte Deutschland bildeten jetzt in der Mitte des Weltteils zwei mächtige und befriedigte Staatswesen und gaben eine sicherere Bürgschaft friedlicher Entwickelung des Weltteils, als die Wiener Papiere und Pergamente sie zu geben vermochten. Wir haben von den günstigen Wirkungen dieser Neugestaltung schon gesprochen: nicht Deutschland und Italien allein, sondern auch Österreich wurde sich selbst zurückgegeben, die Neutralität der kleinen Staaten Schweiz, Holland, Belgien auf sichere Grundlagen gestellt; der Erdteil vor den Zerrüttungen durch eine französische oder russische Universalherrschaft gesichert und vor allem das französische Volk, das seit Jahrhunderten den Weltfrieden gestört hat, in seine Schranken gewiesen.

Blicken wir auf das innere Leben der Staaten, zunächst seine politische Seite, so ist auch hier ein großer Fortschritt nicht zu verkennen. Was im Jahre 1815 nur an einer Stelle, auch da nicht vollständig, gelungen war, die dauernde Versöhnung von Königsmacht und Volksrecht in einer gesetzlichen Monarchie, war jetzt in dem größten Teil Europas eine vollendete Tatsache. Die Freiheit des Volkes, die eines Königs bedarf nach Mirabeaus Wort, die Kraft des Königtums, die eines freien Volkes bedarf — sie hatten sich in der Mehrzahl der europäischen Staaten nach schweren und gefährlichen Kämpfen zu friedlichem Bunde geeinigt. Die konstitutionelle Monarchie, unserer bescheidenen Meinung nach die beste Staatsform für Menschen, wie sie wirklich sind, hatte in den wechselvollen Kämpfen der letzten Generationen einen vollen Sieg davongetragen. Sie herrschte jetzt von der äußersten Südwestecke des Weltteils, von Portugal, bis zum äußersten skandinavischen Norden; wir sahen sie in Deutschland wie in Italien auf dem besten Wege, große innere Schwierigkeiten in fortwährender gesetzlich geordneter gemeinsamer Tätigkeit von Fürst und Volk, von Regierung und Parlament langsam, aber sicher bewältigen; wir gewahrten, wie ihr in Österreich

die schwerste aller Aufgaben, Vereinigung von Volksstämmen verschiedenster Nationalität, zu gelingen begann; Optimisten wollten sehen, wie sie selbst in Rußland ihre Wurzeln in den Boden zu senken anfing. Der knabenhafte Fürstenhaß, die kindische Revolutionsfurcht, wie sie den unreifen Zustand der Gemüter bis weit über die erste Hälfte unserer Periode hinaus charakterisiert, war verschwunden oder im Verschwinden begriffen, und wenn es noch eines Zeugnisses bedürfte, daß diese Staatsform für große Länder mit reicher und verwickelter Geschichte die richtigste ist, so würde es darin liegen, daß von den beiden Ländern, in denen — von der Schweiz abgesehen, die mit ihrem eigenen Maße gemessen werden muß — im Jahre 1870 noch die republikanische Staatsform bestand, Spanien und Frankreich, das erstere sich wieder zur Monarchie zurückgewandt hatte, Frankreich aber den Versuch mit der Republik nur darum fortsetzen mußte, weil es keinen annehmbaren Mann für eine konstitutionell-monarchische Gestaltung besaß: die Stellung des Marschalls, dem man auf sieben Jahre die erste Stelle gegeben, glich mehr der eines konstitutionellen Königs, als der des wirklichen Präsidenten einer wirklichen Republik. Diese letztere, eine wirkliche Republik mit einem wirklichen Präsidenten, war allerdings bald darauf vorhanden: auf wie lange, mit welchem Erfolge für die Nation, mußte die Zukunft lehren. Die europäische Menschheit, um 60 ereignisvolle Jahre älter, hatte in jedem Fall ihrer großen Mehrzahl nach gelernt, daß die Freiheit, deren Panier im vorigen Jahrhundert aufgepflanzt worden ist, nicht an dieser oder jener Staatsform haftet, daß sie, um zu gedeihen, vor allem einer sicheren staatlichen Ordnung bedarf, und sie hat erfahren, daß diese in einer verfassungsmäßigen Monarchie im allgemeinen gesicherter ist als in einer Republik, in der es nichts gibt, was das dem Namen nach herrschende, in Wahrheit nur überredete, oft genug getäuschte und betrogene Volk dem Ehrgeize, der Schmeichelei oder der offenen Gewaltat nicht zugestände.

Auch darin, möchte es scheinen, war Europa seit 1815, seit 1830, seit 1848 klüger geworden, daß man mit dem Worte Freiheit nicht mehr, wie so lange geschah, ausschließlich das bezeichnete, was nur eine Seite derselben, die politische, bildet — daß man gelernt hatte, daß, was wir mit dem Worte Freiheit ausdrücken wollen, nicht das einfache Ding ist, welches der Liberalismus vor 1848 sich unter demselben dachte. Man hatte so namentlich gelernt, den wirtschaftlichen Verhältnissen ihr volles Gewicht in den politischen Aufgaben einzuräumen. Der Fortschritt, den Europa in dieser Beziehung seit 60 Jahren gemacht hat, ist so augenfällig, daß darüber ausführlich zu reden nicht nötig ist. Wir haben der ungeheuern Umwälzungen schon gedacht, welche die Anwendung der

Dampfkraft auf allen Gebieten menschlichen Verkehrs hervorgerufen hat; und wenn durch diese Entfesselung neuer, ungeahnter Kräfte in den letzten Jahrzehnten eine Menge neuer Güter geschaffen worden war, so wurde dieser vermehrte Reichtum erst dadurch erfreulich, daß eine weit größere Anzahl von Menschen als früher in weit höherem Grade als früher am Genusse dieser Güter teilnahm. Wenn dies eines Beweises bedürfte, so würde er in den Agitationen des Sozialismus liegen, wie dieselben sich im Laufe der sechziger Jahre gestaltet hatten, und von denen jeder, der etwas vom Leben versteht, und namentlich jeder, der etwas von den Leitern und Wortführern dieser Agitation kennt, wissen kann, was diese Leiter selbst am besten wissen, — daß nicht die Not sie hervorgerufen hat. Daß es unrechtes Gut, prahlerischen Reichtum, sich spreizende Gemeinheit, ebenso wie tiefe Not und Verzweiflung noch immer genug auf der Welt gibt, ist freilich wahr; daß aber fleißige und ehrliche Arbeit seit den Errungenschaften, welche die Freiheit auf wirtschaftlichem Gebiete in den letzten zwei Menschenaltern gemacht hatte, reichlicheren Lohn, vollere Wertschätzung als je zuvor fand, — daß insbesondere in Deutschland dieser ehrlichen Arbeit der Weg zu den Höhen der Gesellschaft freier und zugänglicher ist als zu irgendwelcher früheren Zeit, — und daß mithin die Menschen, im allgemeinen gesprochen, ihr Los weit mehr als früher durch eigene Kraft — Fleiß, Sparsamkeit, Selbstbeherrschung — selbst sich schaffen können und weniger abhängig sind von äußeren Verhältnissen, ist nicht minder gewiß. Dieser Fortschritt war damals schon unverkennbar, er ist es noch mehr in dem Augenblick, in dem wir dieses Werk abschließen.

Indes von Brot und von Brotneid allein lebt die Menschheit nicht, und es war dafür gesorgt, daß es dieser Zeit zum Bewußtsein kam, wie politische und wirtschaftliche Fortschritte allein noch nicht die Freiheit weder schaffen noch ausmachen. Wir haben gesehen, wie eben in der letzten Zeit durch das Ereignis vom 18. Juli 1870, die Definierung der päpstlichen Unfehlbarkeit, die religiösen Fragen wieder mit größtem Nachdruck in den Vordergrund des Interesses gerückt wurden, und wir stehen nicht an, gerade in diesem Umstande einen wesentlichen Fortschritt zu erkennen gegenüber dem Zeitpunkte, von welchem unsere Darstellung ausgegangen ist. Mit einer Stärke, die man ihm sicher im Anfange dieses Jahrhunderts nicht mehr zugetraut, alle Hebelkräfte der Zeit sich zunutze machend, erhob und erhebt sich mit Ansprüchen, wie sie selbst Gregor VII. und Bonifacius VIII. nicht gewagt, der hierarchische Gedanke; und es würde eine armselige und verhängnisvolle Täuschung sein, wenn man glauben wollte, daß diese Macht mit Polizeimitteln allein oder mit den gewöhnlichen Mitteln der Belehrung und Aufklärung überwunden werden könne. Dieser Kampf, bei dem es sich mehr als

bei irgend einem anderen um die Freiheit handelt, wird, daran ist nicht zu zweifeln, und alles, was seither geschehen, beweist es, ein langer und schwerer sein, und wer seine Pflicht in demselben erfüllen will, der wird sich mit einer tiefen und ernsten Begeisterung ausrüsten müssen. Er wird der Kraft einer reinen Gottes- und Menschenliebe — einer Kraft echten Glaubens bedürfen, der sich über den Augenblick und seine Enttäuschungen zu erheben vermag, und der, entgegen dem gespreizten Epikureismus, welcher die Modephilosophie des Tages bildet, festhält an den Grundwahrheiten der Religion Jesu Christi, die vor allem eine Religion der Freiheit ist, und die, indem sie das menschliche Handeln nicht auf die Selbstsucht, sondern auf die Selbstbeherrschung und Selbstverleugnung stellt, den Geist zu stählen geeignet ist für eine tieferregte Zeit, die unaufhörlich neue sittliche Probleme stellt, und die für den größeren äußeren Glanz und Genuß, den sie bietet, auch um so ernstere Arbeit und reinere Hingebung im Dienste des Guten verlangt.

Zweiter Abschnitt.

Der Russisch-Türkische Krieg und seine Folgen.

1877—1878.

Einen Augenblick wurde die Aufmerksamkeit von den inneren Bewegungen, welche die Völker seit 1870 beschäftigten, nach außen, nach einer Seite hingelenkt, von der her immer von Zeit zu Zeit die westliche Welt in Aufregung gesetzt worden ist. Wiederholt sind wir dem großen politischen Problem, das man die orientalische Frage nennt, auf unserem Wege begegnet. Man kann diese brennende Frage des 19. Jahrhunderts in einem größeren Zusammenhange auffassen und sagen, daß die „orientalische Frage" als Gegensatz, Kampf, Auseinandersetzung von Morgenland und Abendland sich von den ältesten Zeiten an durch die ganze Weltgeschichte hindurchziehe, wo dann bald, wie in den Perserkriegen, den Angriffen der Araber im 8., dem Mongolensturm im 13. Jahrhundert, der Orient, — bald, wie im Alexanderzuge und in den Kreuzzügen, der Occident die Initiative und Offensive ergriffen hat. Je nach dem Wechsel von Angriff und Verteidigung, von Sieg und Niederlage gestaltet sich diese Frage mit jedem Jahrhundert anders. Seit dem 14. Jahrhundert machten die Osmanen ihre siegreichen Anfälle, sie eroberten sich ihre Hauptstadt auf europäischem Boden 1453, und bis zum Jahre 1683, wo sie zum zweiten Male von dem belagerten Wien ablassen mußten, war die Frage so gestellt — wie weit die Flut der türkischen Eroberung nach Westen vordringen, wieviel sie von christlicher Kultur übriglassen werde.

So lautete sie, davon haben wir uns auf unserem Gange sattsam überzeugt, im 19. Jahrhundert nicht mehr. Die Frage war jetzt, wie sie einst Kaiser Nikolaus von Rußland im Jahre 1853 in seinen Gesprächen mit dem englischen Gesandten gestellt hatte, was zu geschehen habe, wenn der kranke Mann am Bosporus einmal

plötzlich sterbe. Der Krimkrieg und sein Ergebnis, der Pariser Friede von 1856, hatte das Problem durch einen Heilungsversuch an dem kranken Staatskörper der Türkei zu beseitigen gesucht und zugleich den gefährlichsten und zudringlichsten seiner Erben, die russische Macht, auf einige Zeit geschwächt und zurückgedrängt.

Weder das eine noch das andere gelang — das erstere, der Heilungsversuch, gar nicht, das letztere, die Zurückdrängung der russischen Macht, nur auf kurze Zeit. Die großen Reformen, die einen Teil des damaligen Friedensprogramms gebildet hatten, standen nur auf dem Papiere: die Organe, sie auszuführen, besaß dieser Staat nicht, wenn auch vielleicht dieser und jener seiner Staatsmänner oder Sultane den Willen dazu gehabt hätte. Man konnte an dem Volke der Osmanen manche löbliche Eigenschaft entdecken, welche weder die Griechen noch die Slawen noch die Rumänier noch die Russen besaßen: das aber löschte die brutale Tatsache nicht aus, daß der Staat als solcher zu jedem Fortschritt sich unfähig erwies und deswegen unaufhaltsam und unzweifelhaft verfiel und verfaulte.

In der ersten Hälfte des Jahrhunderts hatte sich Griechenland von diesem faulenden Körper losgemacht; danach hatten Rumänien und Serbien eine Unabhängigkeit erlangt, der zu voller Autonomie nur wenig mehr fehlte; auch der Vizekönig von Ägypten hatte bei seinem letzten Besuch in Konstantinopel einen Ferman (8. Juni 1873) erwirkt, der ihm in den finanziellen und militärischen Angelegenheiten eine fast vollständige Unabhängigkeit verlieh. Dies reizte die Provinzen, in denen ausschließlich oder überwiegend Christen wohnten, Bulgarien, Bosnien, Herzegowina, deren Klagen über türkische Mißwirtschaft unermüdlich von russischen Agenten angehört, herausgefordert, weitergetragen, übertrieben wurden. In Rußland hatte man sich von der Niederlage der fünfziger Jahre erholt; man empfand dort eine Art Bedürfnis nach einer auswärtigen Aktion, da doch die Niederwerfung Polens nicht so recht als eine Heldentat gelten konnte, und wir haben gesehen, wie im Jahre 1870 Kaiser Alexander II. sich von einer lästigen Fessel befreit hatte, die ihm durch den Pariser Frieden angelegt worden war. Im Sommer 1875 nun nahmen in dem südwestlichen Teile des Ejalets Bosnien, in der Herzegowina, die üblichen Widersetzlichkeiten bei der Steuererhebung, bei welcher sich die schlechte Verfassung des türkischen Regiments am deutlichsten zeigte, einen großen Umfang an. Es lebten in dem ungefähr 120 Quadratmeilen haltenden Lande etwa 60000 Mohammedaner, 75000 griechische, 40000 römische Christen.*) Am 31. Juli forderte ein „Zentralausschuß zur Befreiung

*) Nach der Volkszählung vom 15. Juni 1879 bezifferte sich die Gesamtbevölkerung Bosniens und der Herzegowina auf 1142147 Personen, davon

der Raja" — mit diesem verächtlichen Namen, Herde, bezeichnet bekanntlich der stumpfe Hochmut der Eroberer die unterjochten Christen — zur Erhebung auf. Der Aufruf fand Gehör: daß nun die mohammedanischen Grundherren, die „Begs", das eigentliche Ziel der Bewegung erkennend, ihrerseits zu den Waffen griffen, konnte der nicht unvorbereiteten Insurrektion nur größeren Schwung verleihen. Zuzüge aus Serbien und Montenegro gaben ihr weitere Nahrung; an Waffen und Kriegsbedarf war kein Mangel. Die Aufständischen hielten sich in dem schwer zugänglichen Gebirgsland im südlichen Teile der Provinz; der türkische Statthalter, Derwisch Pascha, hatte nur wenige reguläre Truppen zur Verfügung, die er bei Mostar an der mittleren Narenta konzentrierte: er erkannte richtig, daß man den hier glimmenden Funken rasch austreten mußte, wenn nicht eine große Feuersbrunst daraus werden sollte. Von dieser Erkenntnis zu raschem Handeln aber war in Konstantinopel der Weg weit; indessen wurde der Pforte die Notwendigkeit des Handelns auch auf diplomatischem Wege nahe gelegt. Während Trebinje, die Festung im Südosten der Provinz, nahe der montenegrinischen Grenze, von den Aufständischen umschlossen war, boten die Mächte des Dreikaiserbundes, Österreich, Deutschland, Rußland, der Pforte ihre guten Dienste zur Beilegung des gefährlichen Handels an (18. August): ihnen gesellte sich Frankreich und Italien bei. Die Pforte besann sich, nachdem sie das Anerbieten im ersten Augenblick dummstolz abgewiesen, doch eines besseren und nahm es am 22. an. Indessen führten die Unterhandlungen, die demgemäß von den Konsuln der Mächte mit den Insurgentenhäuptern eröffnet wurden, zu nichts: die Insurgenten verlangten Waffenstillstand und bei Festsetzung seiner Bedingungen Ausschließung der türkischen Bevollmächtigten. Der Erfolg, den die türkischen Truppen durch den Entsatz von Trebinje erlangten, änderte nichts, und die winterliche Jahreszeit, die in diesem Lande jede kriegerische Operation hemmte, war eingetreten, noch ehe der Empörung erheblicher Abbruch getan ward. Im Dezember langte Mukhtar Pascha in dem Lande an: es war schon der dritte Befehlshaber, den die Regierung sandte: auch eine größere Truppenzahl war jetzt zur Stelle: aber zu entscheidenden Taten im Felde war es zu spät.

Die türkische Regierung in Stambul hatte mittlerweile wieder einiges Papier mit Reformversprechungen und Reformanordnungen

---

nach dem Religionsbekenntnis 442500 Mohammedaner, 487022 griechisch-orientalische Christen, 208950 lateinisch-katholische Christen, 3426 Israeliten und 249 Personen, welche anderen Religionsgenossenschaften angehören. Unter den Städten weist die größte Bevölkerungsziffer auf Serajewo mit 21377 Einwohnern, darunter 14848 Mohammedaner. In allen Städten überwog das mohammedanische Element.

beschrieben. Ein kaiserliches Irade vom 2. Oktober, das ein Manifest des Großwesirs am 15. bestätigte, verhieß Steuererlaß und Reformen: es ward auch in Bosnien verkündigt: aber ohne alle Wirkung. Und im Westen zeigten sich diesmal die Sympathien nicht mehr, deren die Türkei sich noch im Jahre 1855 zu rühmen gehabt hatte. Man wußte jetzt, was aus den Reformen von damals geworden war, und ein Erlaß vom 6. Oktober, der die Zinsen der Staatsschuld auf die Hälfte herabsetzte, kündigte den beginnenden Bankrott an, für den in erster Linie, aber keineswegs allein, die närrische Verschwendung des regierenden Sultans Abd ul Asis die Verantwortung trug. Ende November nun hatten sich die drei Ostmächte über ihre Forderungen geeinigt. Sie bewilligten der Pforte auf ihre Bitten noch einen kurzen Aufschub, den sie am 14. Dezember zu einem abermaligen Reformirade benutzte. Am 31. aber hatten Österreich, Deutschland, Rußland, nach einem Entwurf des österreichischen Reichskanzlers Grafen Andrássy, genau und mit Sachkenntnis die Punkte, die sie von der Pforte erledigt zu sehen verlangten, im einzelnen festgestellt, und am 31. Januar 1876 wurde diese Andrássysche Note von den drei Kaisermächten, denen die Vertreter von England, Frankreich und Italien zustimmten, überreicht. Es ist kaum nötig, diese Forderungen mitzuteilen: Provinzialrat und Gerichtshöfe frei durch die Einwohner gewählt; Umgestaltung der Polizei, Bürgschaft gegen Mißhandlungen, allerlei Bürgschaften. Auch machte die Pforte wenig Schwierigkeiten, alle Punkte bis auf einen anzunehmen (15. Februar). Die Insurgentenhäupter aber verwarfen sie, weil keinerlei Garantie für die Durchführung gegeben sei, sobald sie die Waffen weggelegt haben würden: und auch als am 2. März die Pforte für die Herzegowina und Bosnien eine Amnestie verkündigte, erfolgte weder Niederlegung der Waffen noch eine Rückkehr der Flüchtlinge, die bereits in großer Zahl die österreichischen Grenzlande beschwerten.

Die tatsächliche Waffenruhe, die der Winter und die mangelhaften Wege in den aufständischen Gegenden auferlegt hatten, hörte mit Anfang April auf, und mit dem Frühling stellte sich auch Zuzug aus Montenegro und Serbien ein: zunächst ohne Kriegserklärung. Es gelang Mukhtar Pascha, einige Lebensmittel in die von den Aufständischen hartbedrängte Festung Nikšik an der montenegrinischen Grenze zu bringen, nicht aber dieselbe wirklich zu entsetzen; die Sache dauerte zu lange; und wirklich fing am Ende des Monats der Brand auch an einem anderen Teile des türkischen Reiches zu glimmen an. Am 4. Mai brach der Aufstand auch in Bulgarien los. Das Manifest einer geheimen Nationalregierung verkündete auch hier, daß die Stunde der Erlösung vom türkischen Joche geschlagen habe: russischer Einfluß war auch hier im Spiele, denn die Bulgaren hatten

wohl weniger Grund, mit ihrem Lose unzufrieden zu sein, als die Bevölkerung Bosniens und der Herzegowina. Zugleich lauteten die Nachrichten aus Serbien und Montenegro drohender. Am 5. Mai berief der Fürst von Serbien das Haupt der sogenannten Aktionspartei Ristic als Minister; in den Schwarzen Bergen gab es überhaupt keine andere Partei als die des Krieges, und Ministerwechsel waren hier unnötig. Eine allgemeine Gärung ergriff alles Land zwischen der unteren Donau und den beiden Meeren, die Dinge wurden ernster und ernster. Am 6. geschah zu Saloniki blutige Gewalttat gegen den französischen und den deutschen Konsul, die sich auf ihren Posten begeben hatten, als eine fanatische mohammedanische Menge ein angeblich zum Islam bekehrtes bulgarisches Mädchen den Christen, die sie als die Ihrige in Anspruch nahmen, entreißen wollte. Der Haufe ermordete die beiden, und weithin ward die Befürchtung rege, daß diese Bluttat das Zeichen zu einer allgemeinen Christenschlächterei bilden werde: die türkischen Beamten hatten das Schändliche ruhig geschehen lassen, und die Pforte selbst mußte erst nachdrücklich gemahnt werden, ehe sie volle Genugtuung gewährte. Von seiten der europäischen Mächte ging man jetzt einen Schritt weiter. Die drei Kanzler der Kaiserhöfe, Gortschakow, Andrássy, Bismarck, sahen sich am 13. Mai (1876) zu Berlin, und das Ergebnis dieser Zusammenkunft war das Berliner Memorandum, in welchem der Hauptnachdruck — eben wie dies auch von den Häuptlingen der Aufständischen geschehen war — auf die Garantien für die wirkliche Ausführung der von der Pforte verheißenen Reformen gelegt war. Zunächst wurde ein Waffenstillstand verlangt — eine gemischte Kommission unter Vorsitz eines christlichen Herzegowiners sollte die gelieferten Subsistenzmittel und Materialien zum Wiederaufbau der zerstörten Häuser verteilen; die türkischen Truppen werden an gewissen Plätzen zusammengezogen, um Zusammenstöße zu vermeiden; auch die Christen bleiben unter den Waffen; die Durchführung der Reformen, die Rückkehr der Flüchtlinge wird von den Konsuln und Vertretern der Mächte überwacht. Diesem Memorandum stimmte Italien und Frankreich zu, England nicht: indem seine Regierung zugleich die Mittelmeerflotte nach der Besikabai beorderte, wurde der dunkle Hintergrund dieser Vorgänge — der Gegensatz der russischen und der englischen Macht und ihr möglicher Zusammenstoß — sichtbar. Viele innerhalb wie außerhalb Englands hielten diese Nichtbeteiligung für einen schweren Fehler. Der Grund, der die englische Regierung bestimmte, war, man dürfe die Autorität der Pforte nicht dadurch vollends vernichten, daß man sie, wie das Memorandum tue, förmlich unter Kuratel stelle: was eben jetzt in Konstantinopel sich vollzog, zeigte deutlich genug, daß dies gleichwohl nötig war, und daß man nur durch eine solche europäische Beauf-

sichtigung das Gefährlichste von allem — alleiniges Vorgehen Rußlands — vielleicht abwenden konnte.

Eine große Demonstration der Studenten, der Softas, in der Hauptstadt legte dem elenden Verschwender Abd ul Asis nahe, was ihm bevorstehe. Er gab alsbald nach und setzte seinen Großwesir sowie den Träger der höchsten geistlichen Autorität und obersten Ausleger des Korans, den Scheich ul Islam, ab: der Mann, an den alle Hoffnungen der wenigen Türkenfreunde in Europa sich knüpften, Midhat Pascha, ein ehrlicher Freund durchgreifender Reformen und ein Mann von Geist und Willenskraft, ward in den Rat des Großherrn berufen (19. Mai). Am 30. erst erfolgte die Haupt- und Staatsaktion: der neue Scheich ul Islam hatte die Frage bejaht, ob der Koran die Absetzung eines unfähigen Sultans gestatte: Abd ul Asis wurde durch eine Palastrevolution, die sich ohne weitere Schwierigkeit vollzog und die den Beifall des Volkes fand, entthront und an seine Stelle der Sohn seines Vorgängers, Murad V., gesetzt, der am 1. Juni, von Rudschi, Midhat und Hussein Avni Pascha beraten, seine Thronbesteigung mit einem Reformprogramm, auch er, ankündigte. Trotzdem bekam man bald zu fühlen, daß man sich auf alttürkischem Boden befinde: am 4. Juni vernahm man, daß der entthronte Sultan sich vermittelst einer Schere selbst entleibt habe — in Europa bezweifelte man nicht, was sich auch als wahr herausstellen sollte, daß er erdrosselt worden sei. Dem schauerlichen Ereignis folgte am 15. eine andere blutige Tat: ein fanatischer Tscherkesse, in den Ministerrat eindringend, erschoß dort den Kriegsminister Avni und den des Äußeren — der Marineminister kam mit einer Verwundung davon; was oder wer den Mörder zu seiner Tat bestimmt habe, erfuhr man nicht.

Das Berliner Memorandum war mittlerweile in Stambul überreicht, aber in einem großen Ministerrat (23. Mai) unannehmbar gefunden worden: man dachte hier an ein anderes Heilmittel — das große Universalheilmittel in der Apotheke des 19. Jahrhunderts, eine Verfassung. Eben während die Minister mit den Beratungen über eine solche beschäftigt waren, gelang die Niederwerfung des bulgarischen Aufstands: wer will die Scheußlichkeiten erzählen, unter denen sie geschah? Die Haupttäter aber wurden in diesem Lande, das so sichtbar einem konstitutionellen Regimente entgegenreifte, zu Ehrenstellen befördert.

Inzwischen war man in Serbien und Montenegro zu dem kriegerischen Entschluß gekommen: daß hinter ihnen die russische Macht stand, drückte sich in der Tatsache aus, daß in Serbien ein russischer General, Tschernajew, die Streitkräfte organisierte. Am 27. Juni erklärten die Insurgenten der Herzegowina den Fürsten von Montenegro, Nikita, zu ihrem Oberhaupte, am 28. die bosnischen

den von Serbien, Milan, zu dem ihrigen. Der letztere ging am 29. zu seinem Heere ab und erließ ein Kriegsmanifest: am 1. Juli überschritten Serbier und Montenegriner die Grenze ihres Landes, während Rumänien und Griechenland noch eine zuwartende Haltung bewahrten.

Die Montenegriner führten ihren Krieg in den Monaten Juli, August, September im ganzen glücklich, während das serbische Heer unglücklich kämpfte. Die Serbier drangen mit ihrer Hauptmacht „für die heilige Idee des Slawentums", wie ihr russischer Oberbefehlshaber Tschernajew in seinem Manifest sagte, in Bulgarien vor, kamen aber nicht weit: ihren schnell zusammengerafften, wenig geübten, wenig gefestigten Scharen war das türkische Heer an Zahl und an Tüchtigkeit weit überlegen. Der Angriff verwandelte sich bald in Rückzug und Verteidigung; das türkische Heer unter Abd ul Kerim überschritt am 25./30. Juli die serbische Grenze und drang in einer Reihe siegreicher Gefechte bis zur Festung Alexinatz, die das Tal der Morawa, den Hauptzugang des Landes, das dieser Fluß in zwei Hälften zerschneidet, zu sperren bestimmt ist. Vom 19.—27. August, neun Tage lang, wurde hier gekämpft; noch ohne Erfolg: doch war deutlich, daß Serbien für sich allein bald besiegt werden werde, — daß es aber nicht allein bleiben würde: deshalb verlangte eine Konferenz der Botschafter der europäischen Mächte zu Konstantinopel die Einstellung der Feindseligkeiten. Sie richtete diese Forderung bereits an einen neuen Herrscher. Denn Murad war als offenbar geisteskrank durch ein „Fetwa" des Scheichs ul Islam, dem die türkische Staatspraxis die Auslegung des Korans als der eigentlichen Verfassung des Reichs vorbehält, für abgesetzt erklärt, und an seiner Stelle ward sein Bruder Abd ul Hamid anerkannt (31. August), der dann gleichfalls am 10. September seine Regierung mit einem Hat voll guter Worte und Versprechungen begann. Am 1. September nun war bei Alexinatz aufs neue gekämpft worden, und zwar für die Türken siegreich: dieser Umstand, die offenkundige Tatsache, daß dem serbischen Heere eine große Zahl Freiwilliger aus Rußland zuzog, die Keckheit, mit welcher der russische General Tschernajew an der Spitze der geschlagenen Armee den Fürsten Milan als König von Serbien ausrief (16. September), sowie endlich die anscheinend löblichen Eigenschaften des neuen Sultans, der auf das Verfassungsprojekt zurückkam — dies alles gewann für einen Augenblick der Pforte wieder einige Gunst. Dem Andringen der Mächte nach Einstellung der Feindseligkeiten hatte sie eine Erklärung entgegengestellt, die sich hören ließ, — daß sie nur auf einen längeren Waffenstillstand, nicht auf einen bloß vierwöchigen, der nur den Serben zugute käme, sich einlassen könne. Nachdem die Waffen zehn Tage lang geruht hatten, nahmen die Türken am 19. September den Kampf

um Alexinatz wieder auf: am 23. wurden die Höhen von Djunis erstürmt und damit die Stellung für die Serben unhaltbar. Damit war Serbien denn in die Hand der Türkei gegeben; und so war es jetzt für die russische Macht an der Zeit, sich ins Mittel zu legen. Am 21. Oktober unterhielt der russische Botschafter in Konstantinopel, Ignatiew, die Vertreter der Mächte von der aufgeregten Stimmung in Rußland: er war jetzt von seinem Kaiser angewiesen, von der Pforte die Gewährung eines sechswöchigen Waffenstillstandes an Serbien zu fordern: Entschließung binnen 24 Stunden: widrigenfalls er Konstantinopel mit dem ganzen Botschaftspersonal verlassen werde. Der Waffenstillstand, ein achtwöchiger, war aber von der Pforte den Mächten bereits zugestanden worden; am 1. November wurde er von Serbien, am 2. von Montenegro angenommen: an der letzteren Stelle, nach der montenegrinischen Seite, kam er mehr den Türken zugute, die hier schlechte Geschäfte gemacht hatten. Noch einmal war so die Möglichkeit gegeben, zu einem Frieden zu gelangen, ohne daß es zu einem Kriege zwischen Rußland und der Türkei kam. Die Aussichten waren freilich nicht gerade günstig. Am 2. Mai versicherte der russische Kaiser dem englischen Botschafter in Livadia — und er gab sein Ehrenwort —, daß er weder an Eroberung von Konstantinopel noch überhaupt an Eroberungen in der Türkei denke; obwohl allerdings er genötigt sein könnte, vorübergehend, zum Schutze der Christen, Bulgarien zu besetzen: andererseits glaubte, am 9. November bei dem Lord-Mayors-Bankett zu London, das Haupt der englischen Regierung, Lord Beaconsfield, betonen zu müssen, daß wenngleich der Friede recht eigentlich die spezifisch-englische Politik sei, doch kein Land für den Krieg so gut vorbereitet sei als Großbritannien. Indes es kam wirklich zu den Friedenskonferenzen, die am 8. November der englische Botschafter in Konstantinopel der Pforte vorschlagen konnte. Am 13. Dezember, als sämtliche Bevollmächtigte eingetroffen waren, begannen zunächst unter Ignatiews Vorsitz die Vorkonferenzen, bei denen kein Bevollmächtigter der türkischen Regierung zugezogen war. Diese holte jetzt ihre alten Künste hervor: sie ließ eine Untersuchung der in Bulgarien von Mohammedanern verübten Scheußlichkeiten veranstalten und zugleich die beabsichtigte Verfassung nun fertigstellen: man wollte, wenn etwa Rußland und mit ihm die anderen Mächte gewisse Garantien für die Christen in Bulgarien, eine Sonderstellung für dieses Land verlangten, die gute Ausrede bereit haben, daß ja nunmehr alle Teile des Reichs an den Segnungen einer Verfassung teilhätten, es mithin ebenso überflüssig wie unmöglich sein würde, einer einzelnen Provinz einen besonderen Vorzug zuzugestehen. Übrigens war nicht zu erwarten, daß diese Ausflüchte viel helfen würden. Am 10. November schon hatte Kaiser Alexander Lord Beaconsfields Rede mit einer

Anrede an die Vertreter des Adels und der Stadtgemeinde von Moskau beantwortet, in der er die Gemeinschaft mit den „Glaubens- und Stammesbrüdern" wie auch die Absicht, selbständig vorzugehen, wenn von der Pforte nichts durch die Mächte zu erlangen sei, mit großem Nachdruck betonte, und deutlicher noch sprach am 13. jenes Monats der Befehl, 6 Armeekorps der Südarmee mobil zu machen, über die dann am 6. Dezember der Bruder des Kaisers, Großfürst Nikolaus, den Befehl übernahm.

Unter so wenig günstigen Vorzeichen begannen am 13. Dezember die Vorkonferenzen, die aber doch, da Rußland sich sehr gemäßigt hielt, zu einer Verständigung unter den Mächten führten. Freilich eine Formel für Reformen und Garantien zu finden, war hier unter den Vertretern der Mächte nicht schwer — hier, wo man sich auf europäischem Boden bewegte: religiöse und politische Gleichstellung der Christen mit den Mohammedanern in Bosnien, Herzegowina und Bulgarien, Teilung des letzteren Landes in zwei Provinzen, europäische Ueberwachungskommission: zum Zwecke der Durchführung im einzelnen dachte man an eine Okkupation durch neutrale, etwa belgische Truppen und durch ein gemischtes europäisches Gendarmeriekorps — was denn freilich deutlich genug zeigte, wieviel die Uhr für die Herrschaft der Türkei über diese Länder geschlagen hatte. Die Pforte hatte indes am 23. Dezember die eben frisch aus dem Ofen gekommene Verfassung verkündigt: eine neue Nation war hier geschaffen, die Nation der Ottomanen, — auf einem Boden, wo der Türke und der Slawe, der Grieche und der Armenier, der Syrer, der Kurde noch sich ebenso fremd gegenüberstanden, wie am Tage der Eroberung — Senat und Deputiertenkammer, öffentliche Sitzungen, Unabsetzbarkeit der Richter, ottomanischer Rechnungshof, obligatorischer Elementarunterricht und andere gute Dinge, so viele das geduldige Papier faßte. Am gleichen Tage — man hörte die Kanonenschüsse, welche das große Ereignis verkündeten, im Beratungszimmer — begannen die Konferenzen. Am 28. Dezember legte die Pforte ihre Gegenbemerkungen zu den Beschlüssen der Vorkonferenz vor. Fünf Punkte lehnte sie ab: die 8. Konferenzsitzung milderte dieselben, und es blieben nur zwei davon als unumgänglich übrig — Ernennung christlicher Gouverneure und europäische Ueberwachungskommission. Auch diese lehnte der Große Rat der Pforte am 18. Januar 1877 ab: mit vollem Bewußtsein, denn der Großwesir Midhat hatte hier unumwunden erklärt, daß diese Ablehnung den Krieg bedeute, und daß die Pforte auf eine Allianz sich keine Hoffnung machen dürfe: der englische Bevollmächtigte Lord Salisbury hatte der englischen Flotte die Weisung gesandt, die Besikabai wieder zu verlassen. Noch einmal Ultimatum der Mächte und ablehnende Antwort der Pforte: am 20. Januar riefen demgemäß

sämtliche Mächte ihre Gesandten ab; nur Geschäftsträger blieben zurück.

Die Türkei war also jetzt sich selbst überlassen, und das erste Ereignis auf diesem Boden war der Sturz Midhat Paschas, des einzigen Mannes, der klare Einsicht und festen Willen besaß: der Schöpfer der neuen türkischen Konstitution wurde auf ein Schiff gesetzt, das ihn außer Landes trug (5. Februar): er behielt wenigstens den Kopf zwischen den Schultern. Am 28. jenes Monats kam dann der Friede mit Serbien zustande; die Dinge wurden auf den Stand wie vor Ausbruch des Krieges gesetzt; mit Montenegro blieb es in alten Rechten. Am 19. März wurde das türkische Parlament eröffnet: Thronrede, Antwortsadresse: an Midhats Stelle war Edhem Pascha getreten.

Aber der Krieg mit Rußland war jetzt da. Am 31. März ward auf Betreiben Rußlands noch einmal in London von den Mächten ein Protokoll unterzeichnet, in welchem Akt genommen ward von den Reformversprechungen der Pforte: würden diese nicht durchgeführt, so behielten die Mächte sich gemeinsame Maßregeln vor: wenn die Pforte dieses Protokoll annehme und die Reformen durchzuführen willens sei, möge sie einen Spezialkommissar nach Petersburg wegen gegenseitiger Abrüstung schicken. Die Pforte jedoch lehnte am 9. April die Annahme des Protokolls ab, und am 14. ging Abd·ul Kerim als Oberbefehlshaber der ottomanischen Truppen an die Donau. Das rumänische Land trennte die feindlichen Heere noch.

Für dieses Land mußte dieser Krieg entscheidend werden. Es war die erste große Frage auswärtiger und hoher Politik, die dem Fürsten Karl gestellt ward, der nunmehr doch schon elf Jahre lang die Probe bestanden hatte, mit sehr mittelmäßigem Material und mit einer Verfassung, deren „Freisinnigkeit" das Regieren sehr erschwerte, ein geordnetes Staatswesen im Gange zu halten. Im Jahre 1871 war er schon halb entschlossen gewesen, dem Lande den Rücken zu kehren: während des deutsch-französischen Krieges hatten die leitenden Klassen eine lebhafte Sympathie für Frankreich zur Schau getragen, und ein Teil derselben hatte die Bildung, die er sich in Paris geholt, durch einen rüden Krawall gegen die von den Deutschen in Bukarest veranstaltete Siegesfeier (22. März 1871) bewährt und bewiesen. Dies hatte aber die Einsetzung eines konservativen Ministeriums zur Folge gehabt, und die Dinge waren seither nicht schlecht gegangen: auch der widerwärtige Eisenbahnstreit zwischen der rumänischen Regierung und den sanguinischen Leuten, die ihr Geld zum Eisenbahnbau in diesem Lande dargeliehen hatten, war beigelegt (1872). Jetzt bot sich die Gelegenheit, die halbe Unabhängigkeit des Landes in eine ganze zu verwandeln, — das Land mindestens von der Türkei unabhängig zu machen: am 16. April 1877 schloß so

die Regierung, die bis dahin sich neutral erklärt hatte, eine Konvention mit Rußland ab, welche die Bedingungen des Durchzugs der russischen Truppen regulierte und dem Lande die Integrität seines Gebietes zusicherte. Am 29. jenes Monats folgte dann die förmliche Kriegserklärung Rußlands an die Pforte.

Es genügt, den Gang dieses Krieges flüchtig anzudeuten. Er begann von russischer Seite mit dem Einmarsch in rumänisches Gebiet, noch ehe jene Konvention unterzeichnet war: am 13. Mai erklärte Rumänien an die Pforte den Krieg, am 21. sprach seine Volksvertretung die Unabhängigkeit des Landes aus, die den Siegespreis in diesem Kriege bilden sollte, in welchem Rumänien zunächst nur eine Nebenrolle spielte. Serbien, dem soeben der Friede von der Pforte geschenkt worden war, behielt sich vor, den Krieg zu erneuern, wenn die Teilung der Beute in Aussicht stand.

Der Kampf entbrannte zuerst auf dem asiatischen Kriegsschauplatze. Die Türken erklärten die Häfen des Schwarzen Meeres in Blockadezustand (4. Mai), nahmen am Oststrande des Schwarzen Meeres, das ihre überlegene Flotte beherrschte, Suchumkale und unterstützten die Tschetschenzen im Kaukasus, die sich gegen die russische Herrschaft empört hatten, während die Russen am 29. April ohne Kampf Bajazed nahmen, am 21. Mai Kars einschlossen, am 16. Ardahan eroberten. Am 16. Juni standen sie noch 75 Kilometer von Erzerum: Armenien schien nahezu erobert. Allein am 18. nahmen die Türken Bajazed wieder: am 21. nötigte Mukhtar Pascha den russischen General Tergusakow zu einer rückgängigen Bewegung, und die Türken schickten sich an, Kars zu entsetzen.

Mittlerweile war auch auf dem entscheidenden Kriegsschauplatze, dem europäischen, der Kampf ernstlich entbrannt. Hier begann er unter für die Türken wenig günstigen Auspizien. Ihre Donauflottille erlitt durch die russischen Torpedos einen Verlust nach dem anderen; eine Angriffsbewegung gegen Montenegro mißlang; und die Donau, die nach der Ansicht der Kriegskundigen an ihrem südlichen, türkischen, Ufer der Verteidigung ungewöhnliche Vorteile bietet, wurde am 21. Juni bei Galatz von den ersten russischen Truppen ohne ernstlichen Widerstand überschritten. Am 28. forderte eine Proklamation des Kaisers Alexander die Bulgaren zur Erhebung auf, und der russische Fürst Tscherkasky wurde mit der Verwaltung des Landes beauftragt: man sagt, daß die russischen Soldaten das Leben der bulgarischen Bevölkerung, welche sie von namenlosen Leiden zu befreien kamen, bei näherer Kenntnisnahme sehr viel bequemer gefunden hätten als dasjenige, welches sie selbst und ihresgleichen in ihrer russischen Heimat führten. Die gesamte russische Macht rückte nach und nach über die Donau herüber: am 6. Juli besetzten die Russen Tirnowa, auf halbem Wege zwischen der Donau und dem

Kamme des Balkans, und am 13. ging General Gurko, ohne Artillerie, durch den mittleren der Pässe, den Schipkapaß, über den Balkan. Ohne Verlust: drei Tage später erstürmten die Russen Nikopolis an der Donau.

Man konnte denken, daß nunmehr der Krieg vollends rasch zu Ende geführt werden würde. Die ganze Erbärmlichkeit des türkischen Regiments schien klar vor Augen zu liegen, namentlich als jetzt, nachdem die plumpen Fehler gemacht waren, die Absetzungen folgten: der Oberbefehlshaber Abd ul Kerim, der Kriegsminister Redif verloren ihre Stellen, Reuf Pascha, der die Russen über den Balkan hatte kommen lassen, wurde durch den aus Montenegro zurückgerufenen Suleiman Pascha ersetzt. Jene Erwartung trog jedoch: die äußerste Gefahr schien noch einmal in dem verfallenden Staate die volle Energie der Verteidigung wachzurufen. Die Russen, im Vertrauen auf die kläglichen Zustände im türkischen Reiche, hatten sich zu rasch und zu weit vorgewagt. Osman Pascha von Widdin hatte sich bei Plewna in der rechten Flanke der Russen in einer wohlgewählten Stellung verschanzt und bedrohte von da aus die Rückzugslinie und Operationsbasis der Russen. Er verfügte nur über 28000 Mann, war aber ein Führer, der alle die vorzüglichen Eigenschaften der türkischen Soldaten zu beleben und sich zunutze zu machen wußte. Am 19./22. Juli holten sich die Russen, indem sie ihn unter General Schilder-Schuldner angriffen, ihre erste Niederlage. Sie erneuerten den Versuch, am 30. und 31. Juli, unter General Krüdener: gleicher Mißerfolg, gleich schwere Verluste: und in denselben Tagen erlitten auch die im Süden des Balkans vordringenden russischen Truppen Gurkos auf dem Wege von Kasanlik nach Jenisagra durch Suleiman Pascha eine Niederlage: das Aufsehen war groß, als das russische Hauptquartier — und sehr eilig — von Tirnowa nach Sistowa zurückverlegt wurde und zugleich der Befehl erging, das gesamte russische Gardekorps alsbald nach dem Kriegsschauplatze zu befördern. Die Truppen südlich vom Balkan gingen zurück: nur den Schipkapaß hielten die Russen. Der Befehl erfolgte jetzt (8. August) von Konstantinopel an Suleiman, diesen Paß wiederzunehmen, um jeden Preis: wenn dann Suleiman Pascha im Zentrum, Osman vom Westen, Mehemed Ali vom Osten her drängte, wenn sie ihre Heere vereinigten, so konnte es gelingen, die Russen wieder über die Donau zurückzunötigen: zugleich rief jetzt der Sultan alle waffenfähigen Männer vom 15. bis 40. Lebensjahre zur Rettung des Reiches unter die Waffen. Aber diese Aussicht, das Reich zu retten, schwand bald wieder. Jener törichte Befehl, den Schipkapaß zu nehmen, wurde töricht ausgeführt — vom 21. bis zum 28. August, Tag um Tag, erneuerten die Türken den Angriff auf die furchtbare, zuerst mit dem ganzen Leichtsinn des

Barbarentums preisgegebene, jetzt mit der ganzen Hartnäckigkeit des Barbarentums berannte Stellung: die Stürme wurden abgeschlagen, man kann denken, mit welchem Verlust für die Angreifer. Ein ganzes Heer, 7000 Mann, ließ Suleiman auf dem Platze, und so scheiterte denn auch die große Angriffsbewegung, die Mehemed Ali Pascha von Osten her gegen den Lomfluß unternahm (30. August), und die von Suleiman nicht mehr unterstützt werden konnte.

Die sehr starken Verluste, die auch das russische Heer bis dahin erlitten, wurden einigermaßen dadurch ersetzt, daß nunmehr auch die rumänische Armee, etwa 40000 Mann im ganzen stark, über die Donau herüberkam: so legten sich 80000 Mann, Russen und Rumänier, unter dem Oberbefehl des Fürsten Karl vor Plewna (3. September). Allerdings endigte eine neue Reihe von Angriffen, 7.—14. September wieder mit schweren Verlusten, die man für die Russen und Rumänier, welche letzteren sich bei dieser Gelegenheit einen guten Namen machten, zusammen auf 16000 Mann schätzte. Kaiser Alexander selbst, den man zu einem sicheren Siege herbeigerufen, war Zeuge der Niederlage, die ihn tief erschütterte: aber überall sonst erklärte sich nunmehr das Glück gegen die Türken. Am 8. September ergab sich Nikšik endlich an die Montenegriner; die Angriffe Mehemed Alis an der Jantra, ein neuer Versuch Suleimans gegen die Schipkastellung mißlangen, und auch auf dem asiatischen Kriegsschauplatz erfolgte ein Umschlag.

Am 15. Oktober erlitt der bis dahin siegreiche Mukhtar Pascha am Berge Awliar gegen den Großfürsten Michael eine Niederlage, welche sein Heer zertrümmerte. Der linke Flügel mit dem Oberbefehlshaber floh nach Kars, der rechte mußte die Waffen strecken. Aufs neue erschienen die Russen jetzt vor Kars und vor Erzerum, und am 18. November gelang der Sturm auf die erstere Festung: das entscheidende Ereignis, auf welches alle Erwartung sich spannte, der Fall von Plewna, erfolgte am 10. Dezember 1877.

Der Kaiser von Rußland gab, nachdem die russischen Generale seither umsonst Menschenhekatomben vor den Schanzen geopfert hatten, dem Fürsten Karl den berühmten Verteidiger von Sebastopol, Totleben, bei, den seither die Eifersucht und der Hochmut der Russen fernzuhalten genötigt hatte: er brachte die alte Weisheit wieder zu Ehren, daß man eine feste Stellung durch förmliche Belagerung und, sofern man Zeit hat, am besten durch Aushungerung bezwingt. Noch einmal, am 24. September, war es den Türken gelungen, Verstärkungen und Proviant nach Plewna zu bringen. Allein einen Monat später besetzten die Russen Telisch auf der Straße von Plewna nach Orchanie und Sofia und unterbanden dadurch die Verbindung Osmans mit dem Süden. Die Versuche Mehemed Alis, in Sofia neue Truppen zum Entsatz zusammenzubringen, ebenso wie

die Suleimans, von dem Festungsviereck Varna — Schumla — Rustschuk — Silistria aus gegen den Großfürsten Nikolaus wieder angriffsweise vorzugehen, hatten keinen nennenswerten Erfolg mehr. Woche um Woche verging; die Lebensmittel gingen selbst für die unvergleichliche Genügsamkeit türkischer Truppen zu Ende; endlich, am 143. Tage der Belagerung, mußte der tapfere Osman, der die Ehre eines sinkenden Reichs mannhaft gewahrt hatte, den letzten Entschluß fassen. Er versuchte sich den Weg nach Widdin freizumachen: noch einmal kämpfte er mit 40000 Mann fünf Stunden lang gegen die an 100000 Mann betragende russisch-rumänische Übermacht: dann erst wich er dem übergewaltigen Geschick und streckte die Waffen.

Die Entscheidung war gefallen, Kaiser Alexander kehrte nach Petersburg zurück. Die Türkei selbst vollends niederzuwerfen, war geringe Arbeit: es war einer der vielen widerwärtigen Züge in diesem Kriege, daß jetzt, am 14. Dezember, Serbien aufs neue an die Pforte den Krieg erklärte, der Schakal, der in den Spuren des Löwen jagte: auch Griechenland machte jetzt Miene, aus der Epoche der Rüstungen in die der Taten einzutreten. An jenem 14. begannen die Russen ihren Marsch auf Sofia: neue russische Truppen rückten nach: nur die Schneestürme, welche um die Mitte des Monats im Balkan tobten, hielten das Verderben noch auf. Allein auch dieses Hindernis war durch heroische Kraftanstrengungen russischer Truppen überwunden: die Defileen des Balkan gegen Sofia wurden von General Gurko besetzt, und am 28. Dezember rief die Türkei, schon mit den Wellen kämpfend und dem Versinken nahe, die englische Vermittelung an.

Von jetzt an trat diese Seite der orientalischen Frage, die englisch-russische und, wenn man will, europäische, in den Vordergrund des Interesses. Das letzte türkische Heer war zertrümmert, der Weg nach Konstantinopel lag für die Russen offen: nur das europäische Interesse lag zwischen den Siegern und ihrem Opfer.

Am 1. Januar 1878 hatte General Gurko den Balkan nach achttägigem Kampf mit den Schneestürmen und dem sonstigen Widerstande der Natur überschritten; am 9. Januar wurde der eine Teil der noch übrigen türkischen Streitmacht, 32000 Mann, im Schipkapasse abgeschnitten, von General Radetzky gefangen genommen, am 15. der andere unter Suleiman Pascha geschlagen und ihm der Rückzug auf Adrianopel abgeschnitten, wo am 21. die Russen einrückten. Einige aufgeregte Wehen folgten. Das russische Hauptquartier war im Februar von Adrianopel nach San Stefano in der Nähe von Konstantinopel verlegt, und hier mußte die Pforte einen Präliminarfrieden eingehen (3. März), wie ihn die Russen diktierten. Dieser Präliminarfriede, zu San Stefano Anfang März 1878 unter-

zeichnet, beschränkte den europäischen Besitz der Türkei auf Rumelien mit Konstantinopel und Adrianopel; Saloniki mit der alten Halbinsel Chalkidike; Thessalien, Epirus, Albanien; Herzegowina und Bosnien: beide Hälften wurden durch einen tributpflichtigen, in Wahrheit unabhängigen Staat, Bulgarien, auseinander gehalten, der, etwa 3000 Quadratmeilen groß, zwei Jahre lang von einem russischen Kommissar verwaltet und ebensolange von 50000 Russen besetzt bleiben sollte; Montenegro, Serbien, Rumänien wurden unabhängig und vergrößert; Rußland selbst setzte 1400 Millionen Rubel auf die Rechnung, von denen 1100 in Landabtretungen zu bezahlen waren: in Europa die Dobrudscha, in Asien Ardahan, Kars, Batum, Bajazed und das Land bis zum Saganluggebirge: so war das kaiserliche Wort erfüllt, daß Rußland keine Eroberungen zu machen gedenke.

Während dieser Zeit aber hatte England mit wachsender Energie gerüstet, und am 13. Februar war seine Flotte in die Dardanellen eingefahren. Es verlangte, daß der Friede den europäischen Mächten vorgelegt werden müsse, und wurde dabei von Österreich unterstützt, das seinerseits diesen Frieden nicht annehmen konnte, bei dem Rußland auch die ganze öffentliche Meinung Europas gegen sich hatte. Einem neuen Kriege konnte und wollte Rußland sich nicht aussetzen und so nahm es, da es Ernst wurde, die Einladung zu einem europäischen Kongresse an, die nach voraufgehenden Verhandlungen Bismarck, der leitende Staatsmann der bei dieser ersten Teilung der Türkei nicht unmittelbar beteiligten Macht, an die Mächte ergehen ließ. Er war am 13. Juni zu Berlin eröffnet und tagte bis 13. Juli.

Die Energie des englischen Toryministeriums, an dessen Spitze Lord Beaconsfield (Disraeli) der Welt zu zeigen Gelegenheit nahm, daß sie noch mit Großbritannien zu rechnen habe, — die Rücksicht auf Österreich, das die Hauptschöpfung des Friedens von San Stefano, den großen Bulgarenstaat, nicht annehmen konnte; — die finanzielle Erschöpfung sowie auch einige Rücksicht auf feierlich verpfändetes Wort nötigte Rußland sich zu bescheiden: uneigennützig und geschickt spielte der große deutsche Staatsmann die Rolle, welche er mit einem seiner glücklich treffenden Worte als die des ehrlichen Maklers bezeichnet hatte: und so kam denn, am 13. Juli 1878, der Berliner Friede zustande, der den von San Stefano sehr wesentlich modifizierte.

Seine wesentlichen Bestimmungen waren folgende. Österreich wurde bei der Teilung insofern interessiert, als ihm die Herzegowina und Bosnien, die zu San Stefano unberücksichtigt geblieben waren, zur Okkupation überwiesen wurden mit dem Recht, dort Garnisonen, Militär- und Handelsstraßen einzurichten: nur das Sandschakat Novibazar blieb vorerst unter türkischer Verwaltung. Es war ein

Land von etwa 1000 Quadratmeilen mit $1^1/_4$ Million Einwohnern dreier verschiedenen Religionen: auch mohammedanischer Untertanen konnte sich Österreich künftig erfreuen. Denn daß die Okkupation jemals aufhören solle, war nirgends gesagt, wenn auch die Rechte des Sultans nicht ausdrücklich beseitigt wurden.

Von den ehemaligen Vasallenstaaten der Türkei kam Montenegro am besten weg. Vor dem Kriege ein Ländchen von 78 Quadratmeilen mit 170000 Einwohnern, war es durch den Frieden von San Stefano ein Land von 248 Quadratmeilen und 313000 Einwohnern geworden, von denen der Berliner Friede ihm etwa 170 Quadratmeilen ließ: es erhielt den heißersehnten Seehafen Antivari, aber ohne Kriegsflagge, die Hälfte des fischreichen Skutarisees und anstatt der 50 Häuser seines seitherigen Hauptortes Cetinje eine wirkliche Stadt, Podgoritza.

Auch Serbien erhielt neben der völligen Unabhängigkeit eine Vergrößerung von etwa 150 Quadratmeilen, — Altserbien im Gebiete der bulgarischen Morawa.

Kein so gutes Geschäft machte Rumänien. Der russische Kaiser machte eine Ehrensache daraus, jenen Teil von Bessarabien, den Rußland im Pariser Frieden von 1856 hatte abtreten müssen, zurückzubekommen. Neben der russischen Ehre kam die rumänische wenig in Betracht: für das Stück zwischen dem Pruth und dem Kiliaarm der Donau, 154 Quadratmeilen und 140000 größtenteils rumänischer Einwohner, wurde es durch die Dobrudscha, 280 Quadratmeilen mit 200000 Einwohnern allerlei Volks, entschädigt: das Land ward unabhängig, und der Tribut von 700000 Frank, den es seither nach Konstantinopel bezahlt hatte und der jetzt wegfiel, mochte seinen Finanzen frommen.

Am meisten modifiziert wurde die Neuschöpfung eines Staates Bulgarien. Von dem Bulgarien von San Stefano, 3000 Quadratmeilen, blieben nur 1000 Quadratmeilen übrig: der Sultan bleibt Oberherr, bestätigt den vom Lande zu wählenden Fürsten, der in Tirnowa residieren wird, und empfängt Tribut. Um den Bulgaren gerecht zu werden, wird der bulgarische Landstrich südlich vom Balkan zu einem Lande Ostrumelien mit Philippopel als Mittelpunkt gemacht, welches Land zwar eine türkische Provinz bleibt, aber mit einem christlichen Gouverneur, der auf fünf Jahre mit Zustimmung der Mächte von der Pforte bestimmt wird.

Die griechischen Ansprüche, durch einen in elfter Stunde angezettelten Aufstand unterstützt, wurden bei der diesmaligen Liquidation noch nicht berücksichtigt, in unbestimmter Weise ihm allerdings eine Grenzregulierung in Aussicht gestellt.

Die Gebietsabtretungen an Rußland in Asien blieben im wesentlichen, nur Bajazed wurde zurückgegeben: Batum, wurde erklärt, sei

Rußland in einen Freihafen umzuwandeln bereit. Als die Tinte auf den Protokollen eben trocken war, erfuhr man, daß England seine asiatischen Interessen gleichfalls wahrgenommen hatte: seit dem 30. Mai bestand ein besonderes Abkommen mit der Pforte, das, solange Rußland Batum und Kars nicht an die Pforte zurückgegeben haben würde, den Engländern die Insel Cypern zuwies, auf welcher denn auch zwei Tage nach abgeschlossenem Frieden die britische Fahne aufgepflanzt wurde.

Der Berliner Friede von 1878 vervollständigte also das Ergebnis jener früheren Kämpfe, welche durch die Jahre 1829, 1833, 1840, 1856 bezeichnet werden, indem er weitere Stücke des türkischen Reichs von dem verfallenen Gebäude entweder völlig loslöste, wie im Jahre 1830 mit Griechenland geschehen, oder deren Verbindung mit demselben soweit lockerte, daß sie bei der nächsten Erschütterung von selbst abfallen mußten: und daß ein solches Ereignis, ähnlich wie die Teilungen Polens im vorigen Jahrhundert, die Beziehungen der ganzen Völkerwelt Europas in Mitleidenschaft zieht, ist bei dem engen Zusammenhang der europäischen Völker und Staaten natürlich. Die Hoffnung, daß die Amputation jener Glieder dem türkischen Reiche selbst frommen, daß es seiner Regierung leichter gemacht werde, auf dem geschmälerten Gebiet die nötigen Reformen ins Leben zu führen, ist so eitel, wie dieselben Hoffnungen bei Gelegenheit der ersten Teilung Polens gewesen waren, und man darf zweifeln, ob sie aufrichtiger als damals gehegt worden sind: es wird in der Türkei nicht besser, sondern immer schlimmer werden. Daß in den befreiten Landschaften Rumänien, Serbien, Montenegro und dem halbbefreiten Bulgarien und Ostrumelien die Zustände zunächst unerfreulich waren, läßt sich denken; ein solcher Übergang bedarf Zeit, guten Willen, energisches Regiment: indes würde es ungerecht sein, zu verkennen, das die Lostrennung von dem irreformabeln Barbarenreich für sie, wie einst für Griechenland, die erste Bedingung wirklichen Fortschreitens bildete. Ob bei dieser Fortschrittsarbeit, die den befreiten christlichen Gebieten zugefallen ist, dem Griechentum, das seine Ansprüche auf dem Berliner Kongreß geltend gemacht, aber zunächst nicht befriedigt gesehen hatte, eine bedeutende Rolle vorbehalten ist, muß selbst nach den Ereignissen von 1897, die wir kennen lernen werden, die Zukunft lehren. Daß im Südosten Europas eine bessere Ordnung der Dinge Platz greife als bisher, ist ein gemeinsames Interesse aller zivilisierten Staaten: ein unmittelbares, im strengeren Sinn politisches Interesse haben vornehmlich drei von den europäischen Großstaaten — Rußland, England und Österreich-Ungarn.

Rußland hatte den Krieg geführt, — siegreich und mit Opfern geführt, und der Gewinn, den ihm die Festsetzungen des Berliner

Friedens zuerkannten, war mäßig und befriedigte die Begehrlichkeit des Panslawismus nicht: bei jedem ferneren Schritt auf Konstantinopel zu aber muß es fürchten, England und Österreich-Ungarn auf dem Wege zu finden. Jener alte Gegensatz zwischen Rußland und England, dessen Tummelplatz seither das ferne Asien gewesen, trat wieder schärfer in den europäischen Gesichtskreis und nahm für die nächste Zeit nähere Schauplätze, Kleinasien, die Balkanhalbinsel, die ägeische Inselwelt, in Aussicht. In fast peinlicher Weise wurde Österreich-Ungarn zum Handeln gedrängt: es befand sich infolge der jüngsten Ereignisse in der für dieses Reich, das kaum erst durch zwei glücklich-unglückliche Kriege lästigen Besitzes ledig geworden war, wenig erfreulichen Lage, Eroberungen machen zu müssen und seiner so bunt zusammengesetzten Bevölkerung neue fremdartige Bestandteile, mohammedanische, griechisch-katholische Untertanen beizugesellen. Im Juli 1878 rückten österreichische Truppen in Bosnien ein, und reichliches Blut begann zu fließen: aber nur vergebens sträubten sich seine Bevölkerungen, seine Landesvertretungen, seine Staatsmänner: das Reichsinteresse verlangte es, und die Straße ward eingeschlagen, deren Endpunkt Saloniki am Ägeischen Meere ist. Grollend sah man in Italien diesem Vorschreiten zu — wie der frühere Zwingherr, der alte Gegner, der noch immer gefürchtete, noch immer gehaßte, sich anschickte, seine Stellung an der Ostseite des Adriatischen Meeres zu verstärken. Das steigende staatliche Selbstbewußtsein des italienischen Volkes verlangte für das junge Königreich den Einfluß in den orientalischen Dingen, den die Natur selbst der zentralen Halbinsel des Mittelmeeres zuzuweisen scheint, und die Lärmmacher und patriotischen Phantasten erinnerten sich, daß es noch ein „unerlöstes Italien", eine Italia irredenta, gab — sie verstanden darunter jene Trientiner, jene Triestiner und Dalmatiner, welche in ihrer Sprache noch unter fremdem Joche schmachteten oder, wie man sich auch ausdrücken kann, unter österreichischem Zepter sich wohlbefanden. Am wenigsten unmittelbar an jenen orientalischen Dingen beteiligt waren Frankreich und Deutschland: doch ist auch auf sie der Kampf und die neue Lage, welche der Berliner Friede schuf, nicht ohne Einfluß geblieben. Frankreich ersah sich zunächst ein bescheidenes Wirkungsgebiet, die Protektion der hellenischen Ansprüche. Diese Art der Beteiligung an der orientalischen Frage war vereinbar mit einer künftigen russisch-französischen Freundschaft, deren Bild jedesmal auftauchte, wenn der Schmerz um die verlorenen Provinzen, um die erlittenen Niederlagen im Gemüte des unruhigen Volkes sich fühlbar machte. Auch Deutschland wurde in diesen Jahren und bei dieser Gelegenheit daran gemahnt, daß ein großes Bundesreich, wie es jetzt geworden, einen weiteren Gesichtskreis und eine umfassendere Wirkungssphäre hat als ein ohn-

mächtiger Staatenbund, der es früher war. Mit voller Klarheit und Schärfe hatte längst Bismarck den Punkt bezeichnet, an dem für Deutschland die „orientalische Frage", seine orientalische Frage, beginne, — wenn die Lebensinteressen Österreich-Ungarns bedroht seien, d. h. wenn Rußland übermächtig zu werden drohe. Die Gefahr mußte in greifbarer Gestalt vorhanden gewesen sein: jene Erkenntnis führte zu der in gewissem Sinne abschließenden Tat der auswärtigen Politik des außerordentlichen Staatsmannes — einem Schutzbündnis des Deutschen Reichs mit Österreich-Ungarn (15. Oktober 1879) — einer Tat, durch die für die nächste Zeit der äußere Friede des Weltteils gesichert erschien.

Ein Zustand behaglicher Ruhe konnte freilich dieser notdürftig verbürgte Friede nicht sein, auch wenn es gelang, einen wirklichen Krieg zwischen den europäischen Staaten auf längere Zeit zu vermeiden: der Gedanke, nach gegenseitigem Übereinkommen die großen Heere, eine Last, die empfindlich drückt, zu verringern, sollte und wird noch lange Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Faßt man die eigentlich politische Seite der europäischen Staatengesellschaft ins Auge, wie sie sich nach dem Berliner Frieden darstellte, so war allerdings nach den großen Revolutionen im Westen, die mit dem Jahre 1848 begonnen, in den Jahren 1859, 1864, 1866, 1870/71 sich vollendet und in den neuen Staatenbildungen ihren Abschluß gefunden haben, ein Zustand verhältnismäßiger Ruhe eingetreten. Die neue Ordnung der Dinge in den am meisten von jenen Erschütterungen betroffenen Ländern Italien, Österreich, Deutschland erscheint fest begründet. In Italien erregte diejenige Macht, welche durch jene Umwälzungen am meisten verloren hatte, die römische Hierarchie — denn von Herzögen von Parma oder Königen von Neapel spricht niemand mehr —, am wenigsten Schwierigkeiten, während sie in Deutschland, in Belgien, in Frankreich sich überaus ungebärdig anstellte: in Österreich-Ungarn war der Nationalitätenhader für den Augenblick zurückgedrängt, die konservativen Elemente überwogen in beiden Reichshälften, und die am längsten widerstrebenden böhmischen Tschechen entschlossen sich, in den österreichischen Reichsrat einzutreten: und was Deutschland betrifft, so war die Ordnung von 1871, das neue Deutsche Reich, so fest gegründet es bereits war, man möchte sagen so selbstverständlich geworden, daß man Mühe hat, sich den gänzlich verschollenen und vergessenen Bundestag und die Lebensordnung, an welche dieser Name erinnert, ins Gedächtnis zurückzurufen. Die wirtschaftliche Reform oder Umkehr, die mit dem Briefe des Reichskanzlers vom 13. Dezember 1878 eingeleitet und in der Reichstagssession des Jahres 1879 durchgesetzt war, begegnete allenthalben einer konservativen Strömung oder rief eine solche hervor: die 1879 vollzogenen

Wahlen in dem größten der Bundesstaaten, in Preußen, bewiesen das augenblickliche Überwiegen des konservativen Elements auf das unzweideutigste. Demselben konservativen Zuge, der sich nicht auf Deutschland beschränkte, gehörte es an, daß in England ein toryistisches Kabinett, von einem klugen und energischen Manne geführt, populär durch eine kraftvolle auswärtige Politik, lange Jahre sich am Ruder hielt, und daß in Frankreich endlich die Regierung der Republik seit dem Rücktritte Mac Mahons (30. Januar 1879) in die Hände wirklicher Republikaner kam. Die monarchischen Parteien waren machtlos, der nächste Erbe der Napoleonischen Idee, der 23jährige Prinz Ludwig, erlag im Jahre 1879 in weiter Ferne einem Geschicke, welches das menschliche Mitgefühl erweckte, aber zu sehr den Charakter des Abenteuerlichen trug, um tragisch genannt zu werden. In Rußland kann man von einer konservativen Strömung nicht sprechen, weil hier die Parteigegensätze nicht in dem lebendigen Flusse erscheinen, wie im westlichen Europa: aus unterirdischen Tiefen blitzte hier das wilde Feuer des Nihilismus auf, einer Sekte oder einer Rotte von Verschwörern, die ohne schöpferischen Gedanken, unfruchtbaren Hasses voll, schwere Übel am Staatskörper mit meuchelmörderischen Waffen bekriegte, ohne sie heilen zu wollen. In den übrigen Staaten trat derselbe krankhafte Radikalismus, welcher der bestehenden Rechtsordnung Vernichtung schwört, mehr oder weniger geräuschvoll an die Oberfläche. In Deutschland wehrte ihm die scharfe Waffe des Sozialistengesetzes, das durch zwei verabscheuungswürdige Mordanfälle auf den greisen Kaiser hervorgerufen wurde; in Frankreich erhob dieselbe Partei, seitdem die Republik einen Teil der nach Neukaledonien deportierten Anhänger der Kommune amnestiert hatte, das Haupt aufs neue und schäumte alsbald wieder über von wütenden Phrasen und frecher Lästerung; mehr oder weniger fühlen alle Staaten, Italien, Spanien sogar, die maulwurfsartige Tätigkeit dieser bald im Finstern schleichenden, bald mit wildem Ruf des Hasses und der Zerstörung ans Licht tretenden Sekte. Ihre Lehre von der Aufhebung des Privateigentums oder seiner Verwandlung in Kollektiveigentum, den „Kollektivismus" in ein System zu bringen, ihn wissenschaftlich aufzustutzen, was früher die Franzosen besorgt hatten, war diesmal den Deutschen überlassen, wo jede Torheit ihren Professor findet. Ob die Gefahr, welche der Gesellschaft hier droht, groß oder klein, ob sie entfernt oder nahe ist, danach fragen wir in diesem Zusammenhange nicht: eine Gefahr, daß durch die aus Halbwahrem und Halbfalschem zu etwas Grundfalschem zusammengerührten Theorien und die Sophistik, welche sich ihrem Dienste weiht, viele Tausende von dem richtigen Wege, auf welchem jeder allein sich in die Höhe arbeiten kann, weggelockt werden, war längst schon vorhanden, und mithin erhob und erhebt sich auch für alle,

welche ihre Bildung zu tieferer Erkenntnis befähigt, die Pflicht, dem Übel von innen heraus zu wehren, — an seiner Bekämpfung nicht allein, sondern an seiner Heilung zu arbeiten und darin nicht zu ermüden. Eines Verbündeten bei diesem Werke, der Tätigkeit der christlichen Gemeinschaften und Kirchen, erfreute man sich nicht mehr im wünschenswerten Maße. Die verschiedenen protestantischen Kirchen entziehen sich dieser Arbeit nicht, und es ist zu wünschen, daß ihre Leiter sich dabei freimachen von dem kindischen Hasse gegen das Phantom, das sie den Liberalismus nennen, und umgekehrt, daß die Liberalen sich befreien von der oberflächlichen Geringschätzung des religiösen Moments, dessen Macht sich doch eben in seinen Verkehrungen und Verzerrungen deutlich genug verkündet. Auf die Mitwirkung der römisch-katholischen Kirche, die bei ihrem großen Einfluß auf die Masse des Volks vor allem berufen wäre, jenem verderblichen Irrwahn entgegenzutreten, konnte man für die nächste Zeit nur wenig rechnen. Der Kampf, den der Jesuitismus im Jahre 1870 heraufbeschworen, dauerte fort: während in Deutschland der kraftvolle Minister, der fest und ruhig die Rechte des Staates verteidigt hatte, Falk, von seiner Stelle im Rate der preußischen Krone zurücktrat (Juli 1879) und Gerüchte von allerlei Versöhnung und Verständigung in der Luft schwirrten, war an anderen Orten, in Belgien und in Frankreich, schon der Kampf mit frischer Stärke entbrannt. Er berührt jedes ernsthafte Menschenleben, er greift in alle Gebiete, Haus, Schule, Staat ein: er trägt selbst in ruhige Tätigkeiten, wie die wissenschaftliche Forschung und die Verwaltung gemeinnütziger Institute, seine Aufregung und läßt nur den ganz Trägen und Stumpfsinnigen in seiner gewohnten Ruhe. Dieses vielfältig bewegte Leben, das keinem Manne ein rein privates Leben vergönnt, bildet zugleich den Ruhm und die Pein der Geschlechter des Jahrhunderts, und wie einst im 16. Jahrhundert möchte man bald Melanchthon jenes: „Wehe mir, daß ich im Zeitalter einer Reformation geboren bin" nachsprechen, bald mit Huttens Worten sich freuen, daß die Studien blühen und die Geister erwachen, und wie er von seinem Jahrhundert, so von diesem preisend sagen, daß es eine Lust sei, in solcher Zeit zu leben.

Dritter Abschnitt.

Die wichtigsten Ereignisse vom Berliner Frieden bis zum Tode Kaiser Wilhelms I.

1878—1888.

Die Jahre seit dem Berliner Frieden trugen wenn auch keinen unbedingt friedlichen, so doch einen verhältnismäßig ruhigen Charakter: ruhig freilich nur in dem sehr relativen Sinn, in welchem das Wort von Staat und Gesellschaft des 19. Jahrhunderts überhaupt gebraucht werden kann. Denn ein wirkliches Behagen ist den Generationen der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts nicht mehr gegönnt: überall wird mit Massen gewirkt, alles Leben, kirchliches, politisches, wirtschaftliches, selbst Bildung und wissenschaftliches Forschen vollzieht sich in großen Verhältnissen, ist der öffentlichen Kritik und dem Lärmen des lauten Marktes ausgesetzt; Ereignisse, die in weiter Ferne spielen, wirken ganz unmittelbar auf Beziehungen in nächster Nähe zurück und werden in deutlichen Ziffern in dem für unsere Zeiten so charakteristischen Instrument, das Stimmung und Einsicht der leitenden Klassen für die Weltverhältnisse widerspiegelt, dem täglichen Kurszettel der Börsen, bemerklich. Was ein feinfühlender Mann des Altertums in humanem Sinn äußerte: daß ihm nichts Menschliches fremd und gleichgültig sei, läßt sich in gutem und schlimmem, in lobendem und in tadelndem Sinn von unserer Zeit sagen — jede der europäischen Nationen lebt in ihrem eigenen zugleich das Leben der anderen mit, und der einzelne, welchen Bildung und vaterländisches Pflichtbewußtsein über das nächste Tagesbedürfnis erhebt, muß, wenn er seinem eigenen Volke dienen will, zugleich seinen Blick auf jede Fremde und in jede Ferne gerichtet halten.

In gewissem Sinn ist so jede der vielen sogenannten „Fragen" dieser Zeit eine allgemein-europäische: das Verhältnis der Religionsgemeinschaften zu den Staatsverwaltungen, die relative Stärke der

sozialistischen Irrlehre, das Verhältnis der Parteien zueinander in den verschiedenen Ländern. Eine gemeinsam-europäische Frage im hervorragenden und gerade für die nächsten Jahre charakteristischen Sinn war die orientalische, die wir soeben mit dem Berliner Frieden zu einem gewissen Abschluß gekommen sahen. Nicht völlig, schon was die Erledigung der nächsten Aufgaben betraf: vollends aber nicht, wenn man darunter eine auch nur für Jahrzehnte abschließende Lösung verstehen wollte. Das, was man die auswärtige Politik der verschiedenen Staaten nennt, wird für das Jahrzehnt von 1878—1888 am besten deutlich, indem wir den Verwickelungen und Entwickelungen gerade dieser Frage in diesen Jahren folgen: dann erst können wir uns den einzelnen Staaten in ihrem besonderen Leben zuwenden. Serbien, Rumänien und Montenegro sahen wir, waren bei jener ersten Teilung des Osmanischen Reichs von dessen Körper völlig getrennt worden und führten hinfort ihr eigenes Leben; Ostrumelien und Bulgarien hingen noch, wenngleich mit sehr schwachen Fäden, mit diesem Körper zusammen. Für jenes, das nach dem Berliner Frieden eine türkische Provinz bleiben, aber einen christlichen Gouverneur erhalten sollte, war ein solcher durch Übereinstimmung der Pforte mit den Mächten in dem griechischen Fürsten Alexander Vogorides — Aleko Pascha nach seinem türkischen Titel — gefunden. Am 27. Mai 1879 zog er in Philippopel ein. Die Stimmung der Bevölkerung ging dahin, das künstliche Werk der Berliner Konferenz baldmöglichst zu berichtigen und sich mit den Stammesbrüdern nördlich vom Balkan, mit Bulgarien, zu einem Staat zu vereinigen, und es war deshalb eine große Staatsfrage, ob der neue Gouverneur sein Haupt mit dem türkischen Fes oder mit der bulgarischen Lammfellmütze bedecke: einstweilen fügte sich das Land, in der Zuversicht, daß die nächste Krisis das Gesamtbulgarien schaffe, das diesmal noch nicht gelungen. In Bulgarien hatte eine Versammlung von Notabeln, die seit dem 25. Februar 1879 unter russischem Vorsitz tagte, am 28. April sich über ein organisches Statut, eine höchst liberale Verfassung, geeinigt, der gemäß dann am folgenden Tage ein Anverwandter des russischen Kaiserhauses und derzeit Offizier in der deutschen Armee, Alexander Prinz von Battenberg, zum Fürsten, Alexander I., gewählt wurde. Am 9. Juli zog er in Tirnowa ein, beschwor — er trug russische Generalsuniform dabei — die Verfassung und siedelte dann nach der neuen Hauptstadt Sofia über. Schon im Jahre 1881 war der Fürst zu einem Staatsstreich genötigt, da sich mit einer Verfassung nicht regieren ließ, die den Fürsten im wörtlichsten Sinne nur zum ersten Diener des Staats, also hier der radikal-russischen Partei, machte. Die Bevölkerung stimmte ihm bei, und er schuf nun einige Ordnung, entledigte sich auch im Laufe des Jahres 1883 der rus-

sischen Minister, die in allzu unmittelbarer und barscher Weise die Herren spielten. Er konnte schon im September jenes Jahres die Verfassung von Tirnowa herstellen: mit Veränderungen im Sinne der Stärkung der fürstlichen Autorität, denen die Sobranje, die Landesversammlung, gern zustimmte. Dem Suzerän, dem Sultan, erwies man die Höflichkeitspflichten, welche die Stellung des neuen Staats erheischte. Der eigentliche Oberherr aber war noch immer Rußland, das freilich durch die Plumpheit seiner Werkzeuge die gute Meinung der Bevölkerung, die Grundlage dieser Herrschaft, selbst zerstörte. Diesem russischen Einfluß entzogen sich Rumänien und Serbien mehr und mehr. Das erste Land wurde von Rußland, obgleich oder vielmehr weil dieses dem rumänischen Heer in einem kritischen Augenblick, vor Plewna, viel Dank schuldig geworden war, mit großer Barschheit behandelt: es hatte sich den unfreiwilligen Tausch — Bessarabien gegen die Dobrudscha — gefallen lassen müssen und mußte sich auch zur Abtretung des Forts Arabtabia, das für die Verbindung mit der Dobrudscha von Wichtigkeit war, an Bulgarien bequemen, als die Russen in gewohnter Weise ein Ultimatum mit 24stündiger Frist setzten. Einige Schwierigkeiten machte der Artikel des Berliner Friedens, der dem rumänischen Staate die volle Gleichstellung der Juden auferlegte, die im Lande überaus zahlreich sind und bei der Volksart und seinen wirtschaftlichen Gewohnheiten einen bedenklichen Einfluß übten: auch hier mußten Regierung und Kammer dem von den großen jüdischen Geldfürsten beeinflußten Willen Europas sich fügen. Im übrigen aber ging die Befestigung der Zustände des Landes in gedeihlicher Weise ihren Weg. Das Verhältnis zu Österreich, das längere Zeit ein gespanntes gewesen, besserte sich; die Erbfolge wurde (Dezember 1880) dahin geregelt, daß dem kinderlosen Fürsten die Söhne seines Bruders Leopold folgen sollten. Ein rühmliches Zeugnis für das Land, seine Staatsmänner und vor allem den ersten derselben, den Fürsten Karl, war die gute Ordnung der Finanzverhältnisse, die dessen Kredit, wie der Fürst mit Recht rühmen konnte, dem der reichsten europäischen Länder gleichstellte: ihre Krönung fand diese rühmliche Entwickelung, die auch seitdem ununterbrochen in maßvollen Reformen unter einem besonnenen Staatsmann (Bratiano) weiterschritt, durch die Erhebung des Landes zum Königreich (Mai 1881). Diesem Beispiel folgte Serbien und sein Fürst Milan (März 1882), und die Kraft des neuen serbischen Königreichs bewährte sich im Jahre 1883 gegenüber der radikalen Partei, die bei den Wahlen zur Skuptschina die Mehrheit erlangte und, als der König zögerte, ihr den Willen zu tun, einen Aufstand erregte, der aber zu ihrem großen Schaden ausschlug. Mit rascher Energie warf der leitende Minister Nikola Christic den Aufstand nieder und löste die Skuptschina auf: die

neue Skuptschina musterte eine große Mehrheit für die Regierung und wirkte mit dieser in wichtigen Reformen und Kulturarbeiten zusammen. Das Land begann seine Hilfsquellen zu entwickeln, Eisenbahnen zu bauen, Schulden zu machen und wendete sich zu diesem Zweck mit wachsender Entschiedenheit von Rußland ab dem Westen zu. Es fand insbesondere nach längerem Schwanken auf einige Zeit ein günstiges Verhältnis zur österreichisch-ungarischen Monarchie.

Diese Emanzipationen, Rumänien und Serbien, vollzogen sich mithin leicht: die Gefahr droht hier nicht mehr von der türkischen Seite, sondern nur von dem jugendlichen Erwerbs- und Eroberungssinn der Bevölkerungen oder einzelner Parteien in diesen neuen Staaten. Ernsthafte Schwierigkeiten dagegen bot die Ausführung des Berliner Friedens hinsichtlich Montenegros. Die albanesische Bevölkerung der Orte Gusinje und Plawa, welche auf dem für Montenegro bestimmten Gebiete lagen, hatte keine Lust, montenegrinisch zu werden, und die Pforte ihrerseits hatte nicht Lust, ihre ehemaligen Untertanen hierzu mit den Waffen zu zwingen: was der wilden und kriegerischen Bevölkerung Albaniens gegenüber auch seine Schwierigkeit hatte. Die Pforte und der Fürst kamen demnach überein, daß anstatt der beiden widerspenstigen Orte ein anderer, Dulcigno, abgetreten werde; aber es geschah nicht, da die Albanesen in der Besetzung der Bezirke den Montenegrinern zuvorkamen. Der leitende englische Minister Gladstone, der die Verzögerung dem übeln Willen der türkischen Regierung zuschrieb, wußte die Mächte zu bestimmen, durch eine gemeinsame Aktion diesen übeln Willen zu brechen: es fanden sich englische, französische, deutsche, italienische, österreichische Schiffe in der Bai von Gravosa zusammen, und der englische Admiral Seymour übernahm den Befehl über diese gesamteuropäische Flotte. Allein die Montenegriner wollten nicht, ohne der Mitwirkung der Flotte sicher zu sein, mit der überlegenen türkischen Macht, die Dulcigno besetzt hielt, anbinden, und zu Gewaltmaßregeln waren die Schiffe außer den englischen nicht instruiert, so daß diese Flotte eine seltsame Rolle spielte. Indes die Sache mußte zu Ende kommen. England machte den Vorschlag, die Hand auf ein wertvolles Pfand, Smyrna, zu legen, und der französische und der deutsche Gesandte zu Konstantinopel machten dem Sultan begreiflich, daß alles eine Grenze habe. Diesem ernsten Wort gegenüber, das auch endlich den entsprechenden ernsten Willen hervorrief, ebneten sich die Schwierigkeiten: am 27. November 1880 wurde Dulcigno den Montenegrinern übergeben, und die Demonstrationsflotte löste sich auf. Seither hat der kleine Staat, welcher gänzlich in russischen Händen ist, nicht weiter viel von sich reden gemacht.

Einige Monate später (Februar 1881) regelte die Pforte ihre Rechnung mit Griechenland. Denn auch die Griechen verlangten

ihren Teil an der Erbschaft bei Leibesleben des Schwerkranken und Besiegten: sie stützten ihren Anspruch, entgegen den übrigen, die für ihren Anteil am Kriege belohnt sein wollten, darauf, daß sie am Kriege nicht teilgenommen, die Situation durch diese ihre Enthaltsamkeit erleichtert hätten: besser war der Grund, daß ihr Staat nicht gedeihen könne infolge jener Abmachungen vom Jahre 1830, die ihn in zu enge Grenzen eingeschlossen und ihn dadurch zur Lösung der Aufgaben eines ernsthaften Staatswesens unfähig gemacht hätten. Die Stelle des Anwalts der Griechen auf dem Kongreß hatte Frankreich übernommen: doch war die neue Grenzregulierung, die der Kongreß beschlossen hatte, in dem Berliner Frieden nicht genauer bestimmt, und daß die Türkei den Verhandlungen über diesen Punkt das denkbar geringste Maß von gutem Willen entgegenbringen werde, war begreiflich, um nicht zu sagen berechtigt. Die griechische Regierung wandte sich, als bis Anfang 1880 kein Ergebnis sich absehen ließ, an die Mächte. Deren Konferenz, im Juni jenes Jahres zusammentretend, sprach Thessalien mit Larissa, einen Teil von Epirus mit Janina und Metzovo dem Königreich zu: die Pforte setzte dem ein entschiedenes Nein entgegen. Darauf kriegerische Rüstung, Heeresorganisation, Mobilmachung, Anleihen, Ministerwechsel in Griechenland: welchem allem die Türkei, die sich diesem Gegner noch immer gewachsen fühlte, ruhig zusah. Indes auch hier mußte das Opfer gebracht werden. Im April 1881 nahm Griechenland die Grenze, welche die Mächte vereinbart hatten — Thessalien und den südlichen Teil von Epirus, aber ohne Janina — an, und so mußte sich auch die Pforte bequemen: im November des Jahres war das Geschäft zu Ende und Griechenland ein Staat von 68000 Quadratkilometern mit beinahe 2 Millionen Einwohnern.

Unter einem anderen Titel nahm Österreich-Ungarn seinen Teil. Artikel 25 des Berliner Friedens setzte fest, daß die Provinzen Bosnien und Herzegowina von Österreich-Ungarn besetzt und verwaltet werden sollten. Man hatte auf dem Kongreß darauf hingewiesen, daß die Türkei diese Provinzen, wie sattsam erwiesen sei, nicht behaupten könne, daß es mithin zu ihrem wahren Besten diene, sie zu verlieren: ob ihr die Stipulation in dem Abkommen vom 21. April 1879, wonach die inzwischen erfolgte Besetzung der beiden Provinzen die Souveränitätsrechte des Sultans nicht beeinträchtigen sollte, einen großen Trost gewährte, darf bezweifelt werden. Noch im gleichen Jahre wurden die Länder in das österreichisch-ungarische Zollgebiet einbezogen, im September auch der südöstliche Teil, das Sandschakat Novibazar, besetzt. Im Jahre 1882 mußte ein großer Aufstand, der die beiden Länder sowie das südliche Dalmatien, jene Landschaft Krivoscie, die sich einst im Jahre 1869 so unbequem gemacht hatte, umfaßte, mit Aufbietung einer großen Heereskraft niedergeschlagen

werden: diese zweite, etwas blutigere Eroberung ergänzte den Rechtstitel, und die Vertretungskörper des österreichisch-ungarischen Reichs haben, mehr oder weniger willig, niemand mit Freuden, dem unerbittlichen Zwang der Staatsnotwendigkeit und ihren militärischen und finanziellen Folgerungen sich gefügt. Der Türkei sind die Provinzen verloren, und es hat sich das neue Regiment, besonders seitdem im Jahre 1882 der Ungar von Kallay zum Minister für Bosnien ernannt wurde, mit jedem Jahre mehr befestigt.

In mittelbarem Zusammenhang mit dieser ersten Teilung der Türkei stehen auch die Ereignisse auf ihrem nordafrikanischen Herrschaftsgebiet, wenngleich dieselben ihre Wichtigkeit mehr durch ihre Rückwirkung auf die Beziehungen der europäischen Staaten untereinander empfangen haben. Auch Frankreich hatte sich ein Beutestück ausersehen — die fruchtbare Landschaft Tunesien, das Gebiet des alten Karthago, das noch in einem losen Vasallenverhältnis zum Sultan stand, einem Verhältnis, das aber Frankreich nicht anerkannte. Zahlreiche Italiener und zahlreiche Franzosen machten sich in dem für beide Staaten wohlgelegenen Fürstentum in allerlei Unternehmungen Konkurrenz, vor allem in wetteiferndem Werben um den vorwiegenden Einfluß bei dem Bei, um den sich ein energischer italienischer und ein brutaler französischer Generalkonsul, Maccio und Roustan, stritten. Den Vorwand zum Einschreiten lieferte den Franzosen der Einfall eines nominell zur Obedienz des Beis gehörigen interessanten Stammes, den man bei dieser Gelegenheit zum ersten Male kennen lernte, der Krumirs, auf algerisches Gebiet; am 24. April 1881 überschritten französische Truppen die Grenze, der Bei protestierte: aber am 12. Mai erschien der französische General Bréard in seinem Residenzschlosse, dem Bardo, und zwang den Barbaren, seinen Namenszug unter einen sogenannten Garantievertrag zu setzen — Garantie nämlich für seine hohe Person und die Ruhe des Landes sowie für die Ausführung der Verträge mit den europäischen Mächten, wobei dann die auswärtige Politik und die Finanzen den Franzosen überlassen werden mußten. So ganz ohne Kampf ging diese Eroberung doch nicht ab: der Protest der Pforte wurde barsch beantwortet, aber ein Aufstand im Süden der Landschaft, der mit einer Empörung im südlichen Teil von Algier zusammentraf und aus derselben Quelle, dem aufgestörten mohammedanischen Fanatismus, entsprang, nötigte die Franzosen zur Entfaltung einer ansehnlichen Streitmacht. Indes kam man noch in diesem Jahre zum Ziel: General Saussier brachte im Oktober 1881 die heilige Stadt der Tunisier, Kahiruan, zu Fall, und das Land beruhigte sich bis auf weiteres.

Eine wichtigere Frage kam im Jahre 1882 in Fluß, die ägyptische. Am 24. Juni 1879 hatte der Sultan auf Andringen Eng-

lands und Frankreichs den seitherigen Vizekönig Ismail abgesetzt, und das Land stand unter der Kuratel der beiden englischen und französischen Generalkontrolleure, welche die Finanzen und die Regierung des neuen Khedives Tewfik leiteten, und unter deren Einfluß das europäische Element, nicht zum Schaden des Landes, sich weiter und weiter ausbreitete. Man konnte an eine Verminderung des Militärs denken, das in dem befriedeten Lande wenig zu tun hatte. Dies aber führte zu Widersetzlichkeiten und rief eine Gärung unter der einheimischen Bevölkerung hervor: einer der unzufriedenen Obersten, Arabi Bei, stellte sich an die Spitze und zwang den schwachen Khedive zu einer Änderung seiner Regierung in ihrem Sinn (September 1881). Die Sache nahm eine ernste Gestalt an, da nunmehr der Sultan die Gelegenheit ergriff, seine Autorität in dem Lande zu zeigen, in welchem eine Nationalpartei „Ägypten für die Ägypter" den Khedive einschüchterte und in den ersten Monaten des Jahres 1882 sich so stark erwies, daß sie auch dem Pfortenkommissar Derwisch Pascha trotzte. Unbekümmert um die englische und französische Flotte richtete im Juni der arabische Pöbel wenn nicht im Auftrag so doch im Sinne Arabis ein Blutbad im orientalischen Stil unter den in Alexandria wohnenden Europäern an. Man versuchte eine europäische Regelung; eine Botschafterkonferenz trat zu Konstantinopel zusammen; man forderte den Sultan zur Intervention in Ägypten auf: während dieser zauderte und die französische Regierung sich nicht zu einer gemeinsamen Besetzung des Suezkanals mit England entschließen konnte, geschah das entscheidende Ereignis — das Bombardement von Alexandrien durch die englische Flotte unter Seymour (Juli 1882). Es war ein allgemeines Kulturinteresse, das hier in Frage kam, denn diese wichtige Stelle durfte nicht an das moslemische, türkische und arabische Barbaren- oder Halbbarbarentum verloren gehen, und es war ein besonderes englisches Interesse, denn der Suezkanal bildete die große Straße nach Indien, und einmal zum Handeln entschlossen, ging die englische Regierung mit Entschiedenheit vor: in einigen Monaten waren die Truppen und die Munition beisammen, 24000 Mann englische, 6000 indische Truppen, mit denen dann General Wolseley gegen Arabi operierte, dem nun auch, sicher unter englischem Schutze, der ohnmächtige Khedive ein Achtungsdekret nachschleuderte. Die Entscheidung geschah bei Tel-el-Kebir, wo Arabi sich verschanzt hatte: der englische Sieg war sehr leicht, da die ägyptischen Truppen nirgends standhielten (13. September 1882), und er wurde so vollständig ausgenutzt, daß dieser Teil der großen Aufgabe mit jenem einen Schlage beendigt war. England war Herr in Ägypten: der Sultan, der Khedive, Frankreich, Italien, Europa waren noch da, aber sie bedeuteten nichts mehr: es leuchtet jedoch ein, daß die wirk-

lichen Schwierigkeiten für England jetzt erst begannen. Mit der eigentlich so zu nennenden orientalischen Frage hatten diese Schwierigkeiten nichts mehr zu tun. Sie bildeten ein wichtiges Moment für die Beziehungen der europäischen Mächte untereinander und leiteten die Blicke Europas tief hinein in den „dunkeln Erdteil", Afrika, der in diesen letzten Jahren aus seinem geschichtslosen Dasein heraustrat und überall das Interesse der europäischen Völker auf sich zog. Der Herrschaft oder Vormundschaft der Engländer über Ägypten wurden schwere Probleme gestellt durch einen Aufstand der südlichen Provinzen oder Annexe Ägyptens, des Sudans, einen Aufstand, an dessen Spitze ein großer Prophet, ein Mahdi, stand, einer jener islamitischen Messiasse, auf welche die Mohammedaner hoffen. Die Provinzen sind für Ägypten wertvoll, und die Engländer dürfen sie nicht aufgeben, ohne den Besitz oder zum mindesten die Ruhe Ägyptens selbst zu gefährden. Die Aufgabe wurde von der Regierung Gladstones ohne Energie angefaßt, und das Jahr 1883 brachte nur Niederlagen. Zu Anfang des Jahres 1884 übernahm dann ein Mann von eigentümlicher Kraft, General Gordon, mit der vollen Zuversicht des britischen Patrioten und des glaubenskräftigen Christen die Aufgabe und begab sich nach Khartum, der am Zusammenfluß des Weißen und des Blauen Nils 145 Meilen von Kairo aufwärts gelegenen Hauptstadt der zunächst von dem Aufstand bedrohten Provinz: er wurde das Opfer seines Heroismus, nachdem er, ohne daß der lange Arm seines Mutterlandes ihn mehr hätte erreichen können, eine lange Belagerung in Khartum ausgehalten hatte (1885).

Die Aufgabe des Regierens war der türkischen Regierung durch den Berliner Frieden, und was ihm bis zum Jahre 1883 gefolgt war, in der Tat sehr erleichtert. Rumänien, Serbien, Montenegro, Bosnien und die Herzegowina, Bulgarien, Ostrumelien, Cypern, Tunis, Ägypten machten ihr wenig mehr zu tun. Offiziell hatte man diese Amputationen immer damit begründet, daß man auf dem begrenzteren Raume die Türkei desto lebensfähiger erhalten wolle, und die dringendste Mahnung zu einer energischen Reformarbeit hätte schon in der Halbabhängigkeit gelegen, in der man Rußland gegenüber sich befand, solange die schwere Kriegskostenrechnung nicht bezahlt war. Betrachtet man aber das osmanische Reich unter diesem Gesichtspunkte als Staat, als Glied der europäischen oder überhaupt menschlichen Staatengesellschaft, so konnte man zwar wohl von einzelnen Reformen, nicht aber von irgendwelcher wirklichen Besserung sprechen. Der Sultan Abdul Hamid selbst scheint es mit solchen Reformen ernster zu nehmen als irgendeiner seiner Vorgänger: er wandte sich, da England, seitdem im April 1880 Gladstone an Lord Beaconsfields Stelle getreten war, seine Hand ganz von dem Reiche

abzog, an die in diesen orientalischen Dingen überaus uneigennützige deutsche Regierung (1880), die ihm denn auch einige geschickte Verwaltungs- und Justizbeamte und weiterhin auch einige Offiziere als Instrukteurs für die Truppen zur Verfügung stellte. Sie leisteten, wie sich bald zeigte, gute Dienste: aber alle diese Bemühungen durchbrechen nur eine dünne Schicht, um bald auf den unfruchtbaren Fels zu stoßen, der hier jeden wirklichen Fortschritt unmöglich macht — den Islam selbst, den blinden Glauben an den Koran, der nicht bloß Dogmatik, Bekenntnis- und Andachtsbuch, sondern auch Gesetzbuch ist. Im November des Jahres 1882 war das 1300ste Jahr seit der Hedschra angebrochen, und in den Kreisen der Gläubigen raunte man sich zu, daß in diesem Jahr Allah einen großen Propheten erwecken werde: dieser Prophet fand sich denn auch, wie wir sahen, im fernen ägyptischen Sudan: allenthalben bemerkte man eine gewisse Unruhe in den mohammedanischen Bevölkerungen, denen es nicht entgeht, wie die Welt allenthalben den Giaurs gehört: eine lebendige Kraft lag in diesen Regungen oder Stimmungen nicht, und auch bei den Ereignissen seit 1885, deren Schauplatz das früher so selten genannte Bulgarien war, und welche der im ganzen so rühmlichen Regierung des Fürsten Alexander ein jähes Ende bereiteten, hatte man den Eindruck, daß das einst so gefürchtete Türkenreich nicht nur keine politische Kraft, sondern, fast möchte man sagen, keinen politischen Willen mehr besitzt.

Von ihrem ewigen und nächstgefährlichen Feinde, Rußland, hatte die Türkei in den ersten Jahren nach dem Berliner Frieden nichts zu fürchten. Dem siegreichen Kriege folgte in diesem Reiche eine sehr unerfreuliche Zeit. Der Sieg war keineswegs so rasch und mit so unzweifelhafter Überlegenheit erfochten worden, wie der nationale Hochmut erwartete, der hier ein russisches Seitenstück zu dem deutschen Feldzug von 1870 sich vorgespiegelt hatte, und einen nicht ganz kleinen Teil der Siegesbeute hatte man nach dem Willen des versammelten Europa wieder fahren lassen müssen: statt also, wie ein erfolgreicher Krieg sonst wohl tut, die Stimmung zu verbessern, die Luft zu reinigen, die Regierung zu stärken, vermehrten diese Eindrücke nur die Unzufriedenheit. Eine Zeitlang (1879) machte sich diese Stimmung in heftigen Anklagen gegen Deutschland Luft, dessen Kanzler man den Undank vorrückte, mit dem er, wenig eingedenk der Dienste von 1870, den Frieden von San Stefano in den Frieden von Berlin verwandelt habe: man tat sich gütlich in Phantasien einer russisch-französischen Allianz zur Demütigung Deutschlands, und der russische Staatskanzler, der 81jährige aber noch jugendlich eitle Fürst Gortschakow, kramte in einem Gespräch mit einem französischen Journalisten, das für die Veröffentlichung bestimmt war, ähnliche Torheiten aus. Man spielte mit dem Feuer

in Räumen, in denen Zündstoff genug lag: aber eben in jenen Tagen ward rasch eine persönliche Zusammenkunft der beiden Kaiser Wilhelm I. und Alexander II. zu Alexandrowo, letzter Station auf russischem Gebiet, improvisiert (2. bis 4. September 1879), und auch weiterhin erwies sich das persönliche Freundschaftsverhältnis der beiden Kaiser als ein günstiges Moment. Ein viel wirksameres Mittel aber wußte der deutsche Kanzler gegen dieses frivole Politisieren: er begab sich im Oktober nach Wien und brachte dort jenes Bündnis zustande, das seine große, weitschauende, wohltätige Politik zu einem gewissen Abschluß der Vollendung führte: ein Schutzbündnis zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland (Oktober 1879). Dies ernüchterte die Russen und schreckte die Franzosen, welche an keinem Übermaße von Kühnheit litten, während es in der ganzen germanischen, nicht bloß der deutschen Welt, den ungeteiltesten Beifall fand. Im Innern des ungeheuern Reichs dauerten, ohne daß man von einer Entwickelung sprechen kann, die trübseligen Zustände fort, für welche Name und Sache des Nihilismus, nihilistische Attentate, nihilistische Bestrebungen so charakteristisch sind: Unternehmungen und Verbrechen, im Dunkel geplant von Menschen, die nichts sind, — verzweifelte Gesellen und im besten Fall Enthusiasten, denen in der Regel Genossinnen gleicher Art, zweideutige oder überspannte, nicht fehlen — auf nichts gerichtet als auf Vernichtung der höchsten Organe der bestehenden Ordnung, damit dann aus dem Chaos von selbst ein Neues sich gestalte, das notwendig ein Besseres sein müsse, weil es nichts Schlechteres geben könne als das Bestehende. Die Reihe dieser Attentate und der Gegenmaßregeln, der Brandstiftungen, die ihnen zur Seite gingen, braucht man nicht zu verfolgen: am 14. April ein Attentat auf den Kaiser; am 6. Juni wird der Verbrecher Solowieff hingerichtet; ein zweites, eine Mine mit teuflischer Geschicklichkeit von einem Hause aus gelegt, in dessen Nähe der kaiserliche Zug bei der Einfahrt nach Moskau vorüberfahren muß, kommt nicht zum Vollzug; man entdeckt eine und die andere der geheimen Druckereien, aus denen jene Manifeste voll nichtiger Phrasen des Hasses und allgemeinen Geredes von Emanzipation des Volkes hervorgehen. Aber gleichwohl erfolgte am 17. Februar 1880 die längst angedrohte Explosion im Winterpalaste, der der Kaiser und die kaiserliche Familie nur durch einen Zufall entgingen, während eine Anzahl namenloser Opfer den Tod fand. Mit Strenge wie mit Begnadigungen und zugleich mit Reformen suchte der energische und kluge Mann, dem der Kaiser eine Art Diktatur übertrug, Loris Melikow, dem Unheil zu steuern: umsonst: die Prozesse, die Verurteilungen, die Todesurteile und die Begnadigungen nach Sibirien hielten die geheime Verschwörung wach: und am 13. März 1881 erreichte sie ihr Opfer in der Tat.

In seiner Hauptstadt, auf dem Wege nach dem Winterpalast wurde Kaiser Alexander II. durch eine Bombe zerrissen: kraft eines revolutionären Todesurteils, das, wie eine Mitteilung des geheimen Exekutionskomitees besagte, am 7. September 1879 gefällt worden sei. Man sagte, daß der Ermordete noch kurz zuvor eine Akte vollzogen habe oder sie zu vollziehen im Begriffe gewesen sei, die eine Art Konstitution für Rußland, worin manche das große Heilmittel gegen alles nihilistische Verbrechertum sahen, gegeben hätte: der neue Kaiser, Alexander III., enttäuschte seinerseits diese Hoffnungen durch ein Manifest vom 11. Mai 1881, in welchem er mit dem denkbar größten Nachdruck wie auf Gottes Befehl die Beibehaltung der selbstherrscherlichen Gewalt verkündete. Dementsprechend vernahm man in dieser Zeit von Rußland wenig, und aus dem wenigen weiß man wenig zu machen: man hörte von schweren und barbarischen Judenverfolgungen, und daß der Minister, der im Jahre 1881 (Mai) Loris Melikow ersetzte, und dem sie in Konstantinopel den Namen „Vater der Lüge" beilegten, Ignatiew, diese selbst begünstigt habe; von allerlei Begünstigung altrussischen Wesens, wie z. B. der Schnitt der Uniformen der altrussischen Nationaltracht angepaßt wurde; von Absetzungen und Einsetzungen hoher Beamten, mit deren Namen aber der gewöhnliche europäische Leser keine bestimmte Vorstellung zu verbinden weiß; gelegentlich hörte man vom Leben des Kaisers, seinen Reisen von dem Jagdschlosse Gatschina nach Petersburg und umgekehrt: je und je regte eine Zusammenkunft, wie die mit dem Deutschen Kaiser (Danzig 9. September 1881) oder die mit Kaiser Wilhelm und Franz Josef zu Skierniewicze (1884), die westlichen Zeitungen zu Berichten und Betrachtungen auf, die ihre Leser selten klüger machten. Man hatte dem Kaiser, als er Großfürst war, Feindschaft gegen Deutschland nachgesagt: dies bewahrheitete sich nicht, und die Beziehungen der Völker zueinander waren nicht besser und nicht schlechter, als sie immer waren. Ein näheres Verhältnis bildete sich nicht; kein gegenseitiger Einfluß; von da bis zu wirklichem Haß aber ist ein weiter Weg, vom Haß bis zum Krieg noch ein weiterer, der sich im Kopfe bramarbasierender Wichtigtuer, wie z. B. des Generals Skobelew, dem tapfere und blutige Taten im Turkestanischen Kriege (1881) einen Namen gemacht hatten, schneller als in der Wirklichkeit zurücklegt. Gegenüber diesen frivolen, ehrsüchtigen und blasierten Lüstlingen, die kaum einen anderen Zweck verfolgten, als sich von verwandten Elementen in Paris Beifall klatschen zu lassen, trat in den wirklich verantwortlichen Kreisen immer wieder die richtige Anschauung in ihr Recht, daß ein Krieg Rußlands gegen Deutschland keinen vernünftigen Sinn, weil kein vernünftigerweise zu erstrebendes Ziel zeige. In auswärtigen Dingen war Kaiser Alexander gut beraten: die Krönung in Moskau, mehr-

mals verschoben, fand mit asiatischem Prunk 20. Mai bis 9. Juni 1883 in Moskau statt.

Wir haben des deutsch-österreichischen Bündnisses gedacht, das Fürst Bismarck durch einen persönlichen Besuch in Wien zustande gebracht, und für welches er die Zustimmung seines kaiserlichen Herrn erlangte, obgleich es zunächst die Spitze gegen russische Aspirationen kehrte. Dieses Bündnis gab dem österreichisch-ungarischen Staate in seinen auswärtigen Beziehungen, also Rußland und dem Osten auf der einen, Italien gegenüber auf der anderen Seite einen festen Halt und verbürgte einen Friedenszustand, der für die Monarchie von höchstem Wert war. Seit der Eroberung Tunesiens durch Frankreich schloß Italien sich diesem Bündnis an, das durch den engen räumlichen Zusammenhang der drei Gebiete einer militärischen Machtentfaltung fähig ist, gegen die keine Friedensstörung so leicht sich hervorwagen wird. Nicht gleich erfreulich lassen sich die inneren Zustände an, wenngleich auch hier zu dem Pessimismus, der vielfach bei der deutschen Bevölkerung zutage tritt, noch kein genügender Grund scheint. Das Reich ist seit 1867 ein Doppelstaat — Österreich-Ungarn — und beide Hälften bewegen sich im Widerstreit und Gegensatz zentralistischer und föderalistischer Elemente und Kräfte. In Ungarn, wo die starke liberale Regierung Tiszas während der ganzen Zeit unerschüttert das Ruder führte, überwiegt der Zentralismus: mit fester, mitunter barscher Hand wurde hier der magyarische Staatsgedanke gepflegt, die ungarische Sprache als obligatorischer Lehrgegenstand an allen Schulen eingeführt und diese Tendenz da und dort, wie geklagt wird, mit wenig Rücksicht auf alte Rechte, z. B. der Deutschen in Siebenbürgen, durchgeführt: gelegentlich erzeugte dieser magyarische Übereifer nicht ungefährliche Konflikte, wie im August 1883 in Agram, der Hauptstadt des ohnehin nicht leicht sich fügenden Kroatiens, wo die Torheit eines hohen Finanzbeamten oder wer immer der Urheber gewesen sein mag, neue Schilder an den öffentlichen Gebäuden mit magyarischer Aufschrift neben der kroatischen anbringen ließ. Im übrigen schritt das Land fort, was freilich sehr nötig ist, wie ein höchst anstößiger Prozeß zeigte, bei dem ein unglücklicher, zufälliger Tod eines Mädchens zu Tisza-Eßlar zu einer ebenso greulichen wie grundlosen Beschuldigung gegen eine Anzahl Juden führte, die eines rituellen Mordes — eines Menschenopfers also — angeklagt wurden (1882/83). Auch die Neuwahlen zum Reichstag im Sommer 1884 gaben nicht das erfreuliche Bild einer großen und in gesetzlicher Freiheit erzogenen Nation bei Ausübung ihres höchsten Rechts: ihr Ergebnis war jedoch eine überwältigende Mehrheit für den leitenden liberalen Staatsmann. In Zisleithanien dagegen machte der Einheitsgedanke und somit der maßgebende Einfluß der Deutschen

und mithin auch die Volksbildung entschiedene Rückschritte. Das Ereignis war, daß 1879 die Tschechen in den Reichsrat traten und somit Böhmen in den Rahmen der Verfassung sich fügte: man hatte ihnen goldene Brücken gebaut, und die Thronrede vom 8. Oktober 1879 erkannte es mit dem Satze an, daß die Eintretenden diesen Schritt getan haben, unbeschadet ihrer Rechtsüberzeugung, wie sie selbst dies alsbald noch deutlicher im Abgeordneten- wie im Herrenhause in einer besonderen Verwahrung aussprachen. An der Spitze der zisleithanischen Regierung stand seit dem Rücktritt des Ministeriums Auersperg und einer Übergangskombination als Ministerpräsident (12. August 1879) Graf Taaffe, der dem Föderalismus überall und besonders in Böhmen ein Zugeständnis nach dem anderen machte. Im Abgeordnetenhause bildeten die Föderalisten eine wenn auch nicht bedeutende Mehrheit; auch im Herrenhause wurde durch wiederholte Pairsernennungen die Einheitspartei zurückgedrängt; im Ministerium selbst war diese schon seit Juni 1880 nicht mehr vertreten; die Universität Prag ward in eine tschechische und eine deutsche auseinander gerissen, und allenthalben drang das slawische Element vor. Schon war die Dezentralisation beim Unsinn, der Dezentralisation der Eisenbahnverwaltung, angelangt und bedrohte selbst das Lebensinteresse der Monarchie, die Einheit des Heeres; als Symptom bezeichnend war, daß, als im Jahre 1884 im Reichstage ein Antrag von deutscher Seite gestellt wurde, der „unter Festhaltung der deutschen Sprache als Staatssprache" den Gebrauch der Landessprache gesetzlich geregelt wissen wollte, dieser Antrag mit 186 gegen 155 Stimmen abgelehnt wurde und die Minister selbst ihn niederstimmen halfen. Diesen Bestrebungen ist im allgemeinen der Klerus günstig, dem mächtige Einheitsstaaten verhaßt sind, und das von ihm beherrschte deutsche Land Tirol war ihnen verbündet: da konnte es nicht fehlen, daß Anträge auf Herabsetzung der Schulpflichtigkeit von acht auf sechs Jahre und auf Einführung von Zwangsinnungen der Gewerbe ihren Weg machten. Daß, als in Innsbruck und Meran zwei protestantische Gemeinden sich konstituierten, die Bischöfe von Salzburg, Brixen und Trient gegen dieses Attentat auf das höchste Gut des Landes, die Glaubenseinheit, protestierten, ist ebensowenig zu verwundern, als daß ihre Gesinnungsgenossen in Deutschland sich trotzdem die Miene gaben, für Glaubensfreiheit zu fechten. In den gemeinsamen Angelegenheiten überwog so naturgemäß, da in der zisleithanischen Reichshälfte die Einheit und mithin die Kraft der Regierung fehlte, der ungarische Einfluß. Die gemeinsamen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten und für die Finanzen waren Ungarn, und in den Delegationen fanden die Anträge der Regierung, die sich auf die auswärtige Politik, die Behauptung der Stellung in den neuen Provinzen Bosnien und Herzegowina und

die Aufrechterhaltung und Neuorganisation der Heeresmacht bezogen, bei der ungarischen Hälfte im allgemeinen eine viel bereitwilligere Zustimmung als bei der zisleithanischen.

Gegenüber dem unruhigen Treiben der verschiedenen Nationalitäten in Österreich, von denen jede sich für ein Ganzes zu halten geneigt ist, und wo die Gereiztheit an einzelnen Punkten, wie in Böhmen, schon so groß war, daß kaiserliche Gerichte die Partei des Pöbels nahmen, wenn es Deutsche waren, an denen er sich vergriffen hatte, — nahm sich das Deutsche Reich, trotz der kurzen Zeit, die verflossen, seitdem es aus einem geographischen Begriff eine politische Wirklichkeit geworden, fast wie ein straff zentralisierter Einheitsstaat aus. Die glänzende und nützliche Stellung, die der deutsche Reichskanzler auf dem Berliner Kongreß eingenommen hatte, charakterisierte die auswärtige Politik, welche er leitete, auch weiterhin. Sie war, da Deutschland nicht weiter sein Territorium zu vermehren strebte, auf die Erhaltung des Friedens gerichtet: sie half in den orientalischen Angelegenheiten, die Deutschland nur sehr mittelbar betreffen, der loyalen Durchführung des Berliner Friedens nach und wußte dabei in Konstantinopel eine Vertrauensstellung zu gewinnen, auf die England unter dem Ministerium Gladstone keinen Anspruch mehr erheben konnte; sie errang den großen Triumph des deutsch-österreichischen Bündnisses, das sich bald durch eine Abmachung mit Italien (1883) ergänzte, und dem sich alles, was in Europa des Friedens bedürftig ist und diesen ehrlich wollte, zuwendete, ein Bund, dessen Abschluß der englische Minister Lord Salisbury alsbald in einer Redezu Manchester als eine gute, hocherfreuliche Nachricht (good tidings of great joy) mit ungewöhnlichem Nachdruck feierte. Sie wußte ferner die kleineren Staaten, Holland, Belgien, Skandinavien, durch ihr loyales Verhalten zu beruhigen und ihnen Vertrauen einzuflößen, und sie verstand es endlich auch, mit denjenigen beiden Staaten, gegen die das große Bündnis notwendig oder hervorragend nützlich war, sich in gutem Vernehmen zu halten. Eine Gefahr von Frankreich drohte unmittelbar nicht: teils die Regierung und teils der Pöbel dieses Landes sorgten dafür, daß auch die Länder, welche gelegentlich von französischen Organen als von der lateinischen Rasse bewohnte mit besonderer Höflichkeit behandelt und als natürliche Verbündete Frankreichs angesehen werden, Italien und Spanien, das Deutsche Reich als hauptsächlichen Hort ihrer nationalen Unabhängigkeit und ihrer Sicherheit innerhalb ihrer jetzigen Grenzen betrachten müssen. In dieser Beziehung kann man die Reise anführen, mit welcher der Kronprinz des Deutschen Reiches einen Besuch des Königs von Spanien in Deutschland erwiderte (November 1883). König Alfons war, einer bekannten Höflichkeitsform entsprechend, bei einem Besuche in Deutschland zum Obersten eines

deutschen Ulanenregiments ernannt worden, das zu Straßburg in Garnison stand: die französische Presse hatte die naive Impertinenz, dies als Beleidigung Frankreichs darzustellen; der nötige Pöbel fand sich, sehr zahlreich, der die Gemeinheit hatte, den König bei seinem Besuche in Paris mit Schimpfreden nach der neurepublikanischen Weise zu überschütten, und der Chef und Repräsentant des Staates, Jules Grévy, besaß nicht den Mut, den königlichen Gast im selben Wagen zu begleiten, um ihn gegen diese Gemeinheiten zu schützen: darauf begab sich der Kronprinz des Deutschen Reiches über Genua nach Spanien und wurde in beiden Ländern, Italien und Spanien, mit Herzlichkeit und Begeisterung empfangen. In Rom machte er auch dem „Gefangenen im Vatikan", dem Papst, einen Besuch (1883). In ein neues Stadium war jetzt die auswärtige Politik Deutschlands durch die Kolonialfrage getreten, die schon mit den inneren Zuständen zusammenhängt. Die Errichtung des Deutschen Reiches und die neugewonnene Macht der Nation ward nirgends unmittelbarer empfunden und lebhafter begrüßt, als von den zahlreichen Deutschen in den überseeischen Ländern; in Deutschland selbst war schon seit Jahren eine mehr und mehr erstarkende Bewegung im Gange, die auf den Erwerb überseeischen Kolonialbesitzes sich richtete und die sich dabei auf die immer sichtbarer sich aufdrängende Tatsache der Übervölkerung Deutschlands berufen konnte, der die massenhafte Auswanderung nach Nordamerika teils nicht genügend, teils nicht in erwünschter Weise abhalf. Diese Dinge gehören noch der unmittelbaren Gegenwart an, sie beherrschten zum Teil die Reichstagswahlen des Jahres 1884, und auch hier fand, den klugen Toren einer dünkelhaften Opposition gegenüber, die Bismarcksche Politik die richtigen Grundsätze: Förderung der Verbindungen zwischen dem Mutterlande und den überseeischen Ländern, Ermutigung unternehmender und solider Privattätigkeit und Schutz des Reichs für die Schöpfungen solcher Tätigkeit. Im November 1884 trat auf Anregung des Leiters der deutschen auswärtigen Politik zu Berlin ein Kongreß zusammen, der sich mit diesen Fragen beschäftigte und ein erfreuliches Einvernehmen der europäischen Mächte über die Formen bei Erwerbung überseeischer Gebiete und über den Handel in dem bis jetzt, wie es scheint, lohnendsten und wichtigsten Teile Afrikas, dem Kongogebiet, herbeiführte. In einem ebenso beschämenden wie charakteristischen Gegensatze zu diesem neuen Erfolge stand ein gleichzeitiger parlamentarischer Vorgang, der, unbedeutend an sich, doch bewies, daß nicht immer und nicht ausnahmslos des Dichters Wort gilt, daß der Mensch mit seinen größeren Zwecken wachse. In demselben Augenblicke, in welchem die Botschafter der europäischen Mächte in Berlin unter dem Vorsitze Bismarcks jene wohltätige Akte berieten, beging am 15. Dezember die Mehrheit des Reichstags,

Zentrum, Welfen, Elsässer, Polen, Dänen, Sozial- und andere Demokraten, Deutschfreisinnige, den Schildbürgerstreich, 20000 Mark für eine Direktorstelle im Auswärtigen Amt zu versagen, ungeachtet Bismarck selbst unter Berufung auf seinen Diensteid die Notwendigkeit dieser Ergänzung seines handgreiflich überbürdeten Beamtenpersonals darlegte (15. Dezember 1884).

Es war ein Glück für Deutschland, daß die Befriedigung hinsichtlich der auswärtigen Politik den mancherlei Zwistigkeiten und Verstimmungen im Innern einigermaßen die Wage hielt, und man konnte und kann sich weiter damit trösten, daß die Gegensätze, sehr natürlich wie sie nach den geschichtlichen Verhältnissen und bei dem ganz ungewöhnlich raschen Umschwung der deutschen Dinge im Jahre 1866 und 1870 waren, wenigstens nicht den gespannten Charakter tragen, der das regelmäßige Spiel der konstitutionellen Einrichtungen störte und für die fundamentalen Güter des neuen Reichs, unter denen die Volkstümlichkeit der nationalen Monarchie obenansteht, bedrohlich sein würde. Es sind hauptsächlich drei Gegensätze, die in vielfachen Verbindungen erscheinen, denen unsere Übersicht für jetzt nicht im einzelnen folgen kann: der Gegensatz des Zentralismus und Föderalismus, wie er jedem bundesstaatlichen Gemeinwesen notwendig eigen ist; die Herrschaftsansprüche der Ultramontanen für ihre Kirche, an deren Spitze ein italienischer Priester mit dem Attribut der Unfehlbarkeit steht; und endlich die unter dem Einfluß des allgemeinen Stimmrechts zu ungeahnter Stärke erwachsene Feindschaft der sozialistischen Partei gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung. Was dies letztere Moment betrifft, so hatten die rasch sich folgenden Attentate auf den Deutschen Kaiser, zwar nicht von der Partei angeordnet, wohl aber dem durch ihre zucht- und schamlose Demagogie bearbeiteten Boden entsprungen, die Regierungen zu einem Ausnahmegesetz veranlaßt, das von dem neuen Reichstag am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Stimmen für zwei Jahre angenommen, wiederholt auf drei oder zwei Jahre verlängert worden und bis 1890 in Gültigkeit geblieben ist, und das den Regierungen außerordentliche Vollmachten gegen die Versammlungen und Veröffentlichungen der Sozialdemokratie gab. Die Wirkung war nur eine Beruhigung der Oberfläche und hatte im einzelnen wohl auch die günstige Folge, daß manche wieder mehr arbeiteten als agitierten und politisierten: aber einen Mann wie Bismarck, der wie alle großen Männer die Dinge in ihrem natürlichen Zusammenhang sah, war es klar, daß solche Schutzmaßregeln gegen die Ausbreitung des Übels dieses Übel selbst nicht heilen konnten, und kraft eines einfachen leitenden Grundsatzes, der sich ihm schon auf anderen Gebieten erprobt hatte, sagte er sich, daß die sozialistische Verkehrtheit gefährlich werde durch das, was an den

Forderungen ihrer Anhänger berechtigt sei, und traf Anstalt, diese berechtigten Forderungen zu ermitteln und soweit möglich zu befriedigen. In einer feierlichen Botschaft vom 17. November 1881 kündigte der Kaiser dem im Oktober jenes Jahres gewählten Reichstag die dahin zielenden Vorlagen an: den umgearbeiteten Entwurf eines Gesetzes über Versicherung der Arbeiter gegen Betriebsunfälle, ein Gesetz über Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens und ein Gesetz über Altersversorgung und Versorgung bei eintretender Invalidität — Gesetze, von denen das zweite im Jahre 1883 (31. Mai), das erste im Juni 1884 glücklich zur Erledigung kam. Äußerlich trat freilich bei den Wahlen von 1884 keine versöhnende Wirkung zutage: die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen stieg vielmehr von 335000 (1881) auf 507000 (1884): gleichwohl waren Anzeichen vorhanden, daß eine Scheidung sich anbahnte zwischen denjenigen Arbeitern, welche ihre Interessen auf dem reichsgesetzlichen und nationalen Boden zur Geltung bringen wollten, und denen, welche sich als eine internationale und revolutionäre Partei zu gebärden fortfuhren. Schon dies würde eine sehr günstige Folge dieser Gesetzgebung gewesen sein: die Gesellschaft würde den Internationalen und dem Schweif der Anarchisten und Dynamitverschwörer gegenüber die Kraft des guten Gewissens erhalten, die niemals nötiger ist, als wo man der Gewalt die Gewalt entgegenzusetzen gezwungen wird.

Nicht besonders gefährlich hatte sich in diesen Jahren der Gegensatz von Reich und Partikularstaaten, zentralistischer und partikularistischer Gesinnung gezeigt. Das Kaisertum, würdig vertreten wie es war, war überall populär, und wollte man dafür unter der Menge von Beweisen einen besonderen aussuchen, so würde man den 15. Oktober 1880 etwa, die Feier der Vollendung des Kölner Doms, und die Feier der Enthüllung des Siegesdenkmals auf dem Niederwald (28. September 1883) nennen müssen: auch die Fürsten hatten sich glücklich in die neue Ordnung der Dinge gefunden, bei der auch sie in Wahrheit viel gewonnen und nichts verloren haben. Die einzelnen deutschen Staaten in ihrer Entwickelung seit 1878 vorzuführen, muß man sich versagen: ein Sieg des Einheitsgedankens war die Einbeziehung Hamburgs in den Zollverein, die anfangs sehr lebhafte Unzufriedenheit erregte, dann aber sich ohne den Untergang der Welt oder Hamburgs glücklich vollzog (1882). Ebenso machten die Verhältnisse Elsaß-Lothringens einen Fortschritt zu definitiver Gestaltung: am 1. Oktober 1879 trat eine neue Verfassung — Regierung im Lande selbst mit eigenem Ministerium unter einem Statthalter, dem Feldmarschall Edwin von Manteuffel — ins Leben, und im Jahre 1886 zeigten sich die ersten wirklichen Erfolge des deutschen Regiments unter dem neuen Statthalter Fürsten Hohen-

lohe in den Wahlen zu der Stadtvertretung von Straßburg und Metz. Daß hier bei den Besiegten von 1870 noch kein deutscher Patriotismus vorhanden sein konnte, hatte niemand anders erwartet: dagegen war in Nassau und Kurhessen keine Partei mehr, welche die alten Zeiten zurücksehnte, in Frankfurt und Hannover trug diese Partei zum mindesten schon sichtbar die facies Hippocratica; in Braunschweig, wo am 18. Oktober 1884 durch den Tod des Herzogs Wilhelm das Haupt des entthronten hannöverschen Welfenhauses, der Herzog von Cumberland, nach Familienrecht zur Nachfolge berufen gewesen wäre, war eine Partei für diese Nachfolge gar nicht vorhanden, und die Lösung der Regentschaftsfrage im Sinne der gesunden Staatsvernunft erfolgte ohne besondere Schwierigkeit: seit 1886 war auch die Personenfrage glücklich gelöst durch die Wahl des hohenzollernschen Prinzen Albrecht. Indes begnügte Bismarck sich keineswegs damit, bloß den Zuschauer zu machen und sich zu sagen, daß die Interessen, die das neue Reich geschaffen, schon von selbst dasselbe auch erhalten und die Einigkeit immer enger und fester machen würden. Der Partikularismus der Einzelstaaten war noch stark, namentlich weil er vielfach mit anderen Interessen — dem Haß der Ultramontanen z. B. gegen den Führerstaat, den Träumen der Polen und Welfen und anderer — sich verbündete: und namentlich zeigte sich, daß die von Jahr zu Jahr bei den großen Aufgaben des Reichs steigenden Matrikularbeiträge der einzelnen Staaten als eine schwere Last empfunden wurden. Dies gab Bismarck einen Gedanken ein, der den gleichen Stempel trug wie seine übrige Politik: kühn, groß, einfach: statt daß das Reich die Einzelstaaten belastet, indem es ihnen Beiträge abnimmt, muß es vielmehr sich als Wohltäter der Einzelstaaten erweisen, indem es von seinem Überfluß die Finanzen dieser Staaten speist. Aber wie diesen Überfluß erzielen? Indem man die indirekten Abgaben, die dem Reiche verfassungsmäßig vorbehalten sind, vermehrt; indem man einen Reichszoll von allen eingehenden Waren erhebt; indem man die sämtlichen Eisenbahnen in Reichsbahnen umwandelt; indem man die Tabaksindustrie zum Reichsmonopol macht.

Das Tabaksmonopol, das am meisten Geld gebracht haben würde, und auf dem der Kanzler deshalb am nachdrücklichsten bestand, setzte er nicht durch; die Nation, aus guten oder schlechten Gründen, wollte es nicht; im übrigen aber gelang doch im wesentlichen, was das Schreiben Bismarcks vom 15. Dezember 1878 an den Bundesrat angekündigt und die kaiserliche Thronrede vom 12. Februar 1879 als eine Rückkehr zu den seit 1865 verlassenen bewährten handelspolitischen Grundsätzen des Zollvereins bezeichnet hatte. Der Reichstag genehmigte die Schutzzollpolitik, den neuen Zolltarif am 12. Juli 1879 mit 217 gegen 117 Stimmen: mit einer partikularistischen

Wendung, mit welcher die ultramontanen Stimmen gewonnen wurden, die aber am Wesen der Sache nicht viel änderte — daß der Form nach die Matrikularbeiträge beibehalten und, was über 130 Millionen Mark aus Zöllen eingehe, den Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Matrikularbeiträge überwiesen werden solle. Den gigantischen Plan der Übernahme aller deutschen Bahnen durch das Reich, der allerdings mit einem Schlage dem Partikularismus den Gnadenstoß gegeben haben würde, setzte Bismarck nicht durch, wohl aber die Übernahme der preußischen Bahnen durch das Reich und nach und nach den Ankauf der sämtlichen Privatbahnen auf preußischem Boden durch den preußischen Staat, was sich noch im Laufe der nächsten Jahre als eine sehr wohltätige und finanziell sehr vorteilhafte Sache bewährte.

Bei der Durchführung dieser Pläne, soweit sie durchgeführt wurden, hatte Bismarck sich von den Liberalen getrennt. Die liberalen Minister Hobrecht, Falk, Friedenthal wurden entlassen gegenüber einer Koalition, welche schon seit den Wahlen von 1878 die Lage beherrschte, der Konservativen und der Klerikalen. Der Kampf des Staates mit der Partei, die seit geraumer Zeit eine der christlichen Kirchen, die römisch-katholische, beherrschte, trat dadurch in ein neues Stadium. Er bildete in hohem Grade ein allgemein deutsches, ja ein universales Interesse, ward aber vorzugsweise auf preußischem Boden ausgefochten. Die einzelnen Verwickelungen und Entwickelungen — die einzelnen Schachzüge, bei denen der Ultramontanismus ebenso gewiß, als er das Spiel zuletzt verlieren wird, sich in seiner ganzen Überlegenheit zeigte — werden künftigen Historikern ein interessantes Studium bieten: das Wesentliche ist, daß die preußische Regierung unter Falks Nachfolger, von Puttkamer, einem hochfahrenden Junker, der Kurie sehr weit entgegenkam, sich Mai 1880 durch ein Gesetz auf ein Jahr diskretionäre Vollmachten geben ließ, die ihr gestatteten, den durch Nichtbefolgung der „Maigesetze" eingetretenen Seelsorgernotstand zu lindern; daß ein Gesandter wieder beim Papste beglaubigt wurde (4. April 1882) und Unterhandlungen begannen, bei denen schlechterdings nichts herauskam; daß die Regierung, begierig und ohne besonders skrupulös im Ehrenpunkt zu sein, nach einer Versöhnung mit Gegnern suchte, die nicht versöhnt sein wollten, und daß eine neue kirchenpolitische Gesetzvorlage am 31. Mai 1882 Gesetz wurde, nachdem sie im Sinne der die parlamentarische Situation beherrschenden ultramontan-konservativen Koalition umgestaltet war; daß nun die preußische Regierung, der die Seelennot offenbar weit mehr zu Herzen ging als dem Papst und den Bischöfen, nunmehr erledigte Bistümer, soweit ihr Gelegenheit wurde, neu besetzte — Trier, Fulda, Münster — eingestellte Zahlungen wiederaufnahm und so in verhältnismäßig kurzer Zeit dem Notstande, soweit er bestanden, ein Ende machte, während sie, in Übereinstimmung mit der

hochkirchlich-protestantischen Partei, diejenigen fallen ließ, die im Vertrauen auf die Festigkeit der preußischen Regierung es gewagt hatten, entgegen dem Machtspruche des römischen Absolutismus dem Kaiser zu geben, was des Kaisers, Gott, was Gottes war; und endlich, daß mit alledem weder das geringste Zugeständnis der Kurie entlockt wurde, noch auch in der Haltung der ultramontanen Partei im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstag das mindeste sich änderte: höchstens daß man dem Pathos ihrer Führer etwas mehr noch als früher die innere Unwahrheit anmerkte. Für den Nichteingeweihten scheint es, daß der Friede sehr leicht hätte hergestellt werden können, wenn die Kurie die sogenannte Anzeigepflicht zugestanden hätte, die sie ja an so vielen Orten unbeanstandet üben ließ und hinsichtlich deren sich Papst Leo XIII. selbst in einem Brief an den früheren Erzbischof von Köln (1880) zu einem tolerari posse aufgeschwungen hatte: es wird seine Gründe haben, weshalb die Partei dem preußischen Staate gegenüber die unversöhnliche spielte, während in Bayern, trotzdem die Kammermehrheit ultramontan und das Ministerium liberal war, ein Konflikt nicht bestand und in Baden derselbe seit September 1881 leicht und glücklich, und zwar nicht durch bloße Nachgiebigkeit des einen Teils beseitigt wurde. Die gewöhnliche Rede vom Gang nach Canossa — die auf einer historisch wenig haltbaren Auffassung der berühmten Szene beruht — ist allerdings nicht unbedingt gerechtfertigt: die preußische Regierung hat den richtigen Standpunkt wenigstens äußerlich festgehalten, ihren katholischen Untertanen alle diejenige Freiheit zu lassen oder zu geben, die mit dem Staatsrecht vereinbar ist, von sich aus, nicht als Vereinbarung mit der römischen Kirche — ex sese, non ex consensu ecclesiae. Einstweilen und bis auf weiteres war, wie der (1886) vollzogene Friedensschluß bewies, die klerikale Partei die relativ mächtigste und wird es noch geraume Zeit bleiben, weil sie den ungeheuern Vorteil genießt, in jedem Augenblick und bei jeder Frage nach Bedürfnis aus Religion Politik und aus Politik Religion machen zu können und in der Verfassung ihrer Kirche, an der die Jahrhunderte gebaut haben, eine Parteiorganisation zu besitzen, wie keine andere Partei sie besitzt.

Die Geschichte Frankreichs in diesen Jahren wird dem geschichtlichen Darsteller künftig nicht viel Interessantes zu erzählen geben, so notwendig es für die Mitlebenden ist, den Blick auf dieses Land gerichtet zu halten. An der Spitze der Zivilisation marschierte das Volk nicht mehr. Weder seine Literatur noch seine rednerischen oder künstlerischen Leistungen übten mehr einen sichtbaren Einfluß auf die Nachbarvölker aus, und neuerdings scheint es auch in gewissen Teilen des Handwerks und der Industrie, in denen es seither tonangebend gewesen, überflügelt zu werden.

Die republikanische Regierungsform befestigte sich weniger durch ihre innere Vortrefflichkeit als durch die tiefe Schwäche des monarchischen Prätendententums. Im Juni 1879 erlag, wie erwähnt, der junge Prinz Louis Napoleon im fernen Südafrika einem Überfall der Zulukaffern, die er sehr überflüssigerweise im englischen Lager mitbekämpfte; im Jahre 1883 (24. August) starb der Graf von Chambord, der sich zwar Heinrich V. genannt, aber nicht den Mut oder nicht viel Lust gezeigt hatte, es zu werden; der Graf von Paris, der damit nach legitimer Anschauung König wäre, hatte zu viel Geld und zu wenig Mut, vielleicht auch zu viel Einsicht, um den Versuch der Wiederaufrichtung des Königtums zu machen. Im Dezember 1877 hatte man, wie früher erwähnt, hart vor einem Staatsstreich gestanden, zu dem eine Anzahl bonapartistischer legitimistischer und ehrgeiziger Generale zwar Lust trugen, aber schließlich, so scheint es, so wenig als der Marschall Mac Mahon den Mut fanden. Damit mußte der letztere sich dem republikanischen Gedanken fügen, gab aber am 30. Januar 1879 seine Entlassung, als sein Ministerium die nötigen Absetzungen von ihm verlangte: noch am gleichen Abend trat Senat und Deputiertenkammer zusammen und wählte den seitherigen Präsidenten der letzteren, einen erprobten Republikaner, Jules Grévy, zum Präsidenten: sein Nachfolger auf dem Präsidentensitz der Kammer war Gambetta. Dieser Mann trat nun in den Vordergrund des Interesses. Er galt für einen Staatsmann ersten Rangs, und wenigstens ein großer Redner und ein Mann gewaltigen Ehrgeizes war er gewiß: er entfaltete jetzt auch den Luxus eines sehr vornehmen Herrn, der er geworden; der Leibkoch und die Mätresse fehlten nicht, und die Reise die er im Mai 1881 nach seiner Vaterstadt Cahors unternahm, unterschied sich nur durch den Parvenügeschmack des Gefeierten und die ausgesuchte Schmeichelei der Begrüßenden von königlichen Reisen. Zunächst benutzte er die Frage der Begnadigung der verbannten Communards, um sich die Brücke von der zweiten zur ersten Stelle im Lande zu schlagen. Ein Amnestiegesetz vom 10. Juli 1881 eröffnete ihnen die Rückkehr, während gleichzeitig, wie die Katholiken klagten, gegen die Jesuiten und andere Kongregationen ihrer Kirche und deren Schulen aufs strengste eingeschritten wurde: dies freilich hatten diese sich selbst zuzuschreiben, da ihr eigener geistlicher Hochmut wie der ihrer kirchlichen Oberen ihnen nicht gestattete, die staatliche Anerkennung, die das Gesetz verlangte, einzuholen. Weiter hatte Gambetta, der als aufgehende Sonne auf ein großes Gefolge rechnen konnte, die Idee, eine Verfassungsrevision, welche besonders die Selbständigkeit des Senats gebrochen hätte, und eine Änderung des Wahlgesetzes durchzusetzen: Listenskrutinium anstatt Arrondissementsskrutinium, d. h. es sollte der Wähler, statt für sein Arrondissement einen Vertreter zu bezeichnen,

künftighin sämtliche Vertreter seines Departements — 5, 6, 9, 10 je nachdem — wählen, also für eine ganze Liste stimmen. Geschah dies, so stellte jede Partei ihre Listen auf, und nichts war leichter, als eine Art Plebiszit für den großen Republikaner zu erschleichen, indem man seinen Namen auf sämtliche Listen der Partei setzte. Die Wahlen im August 1881 (nach dem alten System) fielen in seinem Sinne aus, und er trat nun am 10. November in der Tat an die Spitze der Regierung. Aber die großen Dinge, die er hatte erwarten lassen, erfolgten nicht. Er bildete sein Ministerium nicht aus den großen Talenten, sondern aus ihm ergebenen Mittelmäßigkeiten, und schon am 2. Januar 1882 brach diese Regierung zusammen. Gambetta hatte eine sehr beschränkte Verfassungsreform und das Scrutin de liste vorgeschlagen, die Furcht vor ihm aber hatte sich etwas gelegt, und die Kammer verwarf mit 262 gegen 91 Stimmen die Listenwahl: die richtige Zeit war offenbar noch nicht gekommen, Gambetta zog sich zurück. Sie kam nicht mehr. Im November desselben Jahres hatte Gambetta in seinem Hause mit einem Revolver einen Unfall, der mit einer Liaison nach Franzosenweise zusammenhing; die Sache wurde ernsthaft; am letzten Tage des Jahres, 31. Dezember 1882, starb Leon Gambetta. Die Ministerien, die seinem Ministerium folgten, Freycinet, dann Duclerc, dann Fallières, hatten keine Bedeutung: wie weit es in Frankreich gekommen war, beweist, daß der Kriegsminister des letztgenannten (Januar 1883) ein Oberst Thibaudin war, der im letzten Kriege in ganz unzweideutiger Weise sich eines Ehrenwortbruchs schuldig gemacht hatte. Seit dem 21. Februar übernahm Jules Ferry das Ministerium, ein die sonstige Mittelmäßigkeit überragender Staatsmann, unter dem die auswärtige Politik wieder eine größere Rolle spielte, und das sich bis zum November 1884 hielt: die Neuwahlen im Oktober 1885 zeigten die relative Stärke der royalistischen Parteien, ließen im übrigen aber die Dinge, wie sie lagen.

Das letzte Ziel dieser auswärtigen Politik und alles französischen Politisierens überhaupt bildete die Revanche an Deutschland — die Zurückgewinnung der im Frankfurter Frieden abgetretenen Provinzen. Dies ist menschlich und verzeihlich; die Niederlage brannte, und der Verlust war in der Tat sehr empfindlich; indes war das Verhältnis des amtlichen Frankreichs zum amtlichen Deutschland während dieser ganzen Zeit ein durchaus günstiges. Man war deutscherseits vernünftig genug, von den mehr oder weniger lärmenden Demonstrationen, die bei jeder guten und bei jeder schlechten Gelegenheit sich geltend machten und bei denen die Regierung gelegentlich ein wenig mittun mußte, keine weitere Notiz zu nehmen: wenn sich das Land einen Kriegsminister von der Art Thibaudins gefallen ließ, so war es nicht die Sache der deutschen Regierung, empfindlich zu sein in

einem Punkte, der die französische, nicht ihre Ehre betraf; überdies verstummte der Revanchelärm in den Zeitungen in der Regel sofort, wo ein ernsthaftes Wort eines angesehenen deutschen Blattes die Tumultuanten daran erinnerte, daß doch auch der Gemeinheit gegenüber die Geduld und die Verachtung ihre Grenze habe. In dieser Hinsicht, der Möglichkeit eines deutschen Angriffskrieges gegenüber, fühlten sich im allgemeinen die Franzosen sehr sicher. Nur vereinzelt machten tiefer Blickende unter ihnen auf die Tatsache aufmerksam, die in der Tat ernster Erwägung wert war, daß seit 1870 die Bevölkerung Deutschlands von 41 Millionen auf 45 im Jahre 1880, die von Frankreich in einem entsprechenden Zeitraum nur von 36 102 921 im Jahre 1872 auf 37 405 290 im Jahre 1881 gestiegen ist: ginge dies so fort und fänden sich nicht Mittel, den bedrohlichen Überschuß der deutschen Übervölkerung in überseeische Länder abzuleiten, so wäre schließlich ein Zustand denkbar, wie er im 3. und 4. Jahrhundert n. Chr. war, wo die harte Not mehr als begehrlicher Wunsch die germanischen Stämme über die Grenze des Römischen Reiches trieb.

Seit dem tunesischen Abenteuer (1881) richtete sich die französische Politik auf sehr entfernte Schauplätze, ohne daß man bis jetzt darin viel Plan zu entdecken imstande wäre. In der wichtigen ägyptischen Angelegenheit konnte die Regierung zu keinem rechten Entschlusse kommen und ließ sich schließlich von den Engländern beiseite schieben, wie sie selbst Italien in Tunesien beiseite geschoben hatte. Es war nach dem Sturze Gambettas: in Afrika am Kongo, in Madagaskar, in Asien in Tongking entfaltete der „französische Genius" eine unruhige Tätigkeit: von Errichtung einer Kolonialarmee — da ein Heer auf Grundlage allgemeiner Wehrpflicht sich schlecht für überseeische Wagnisse eignet — von Aufrichtung eines großen Hinterindischen Reiches war die Rede. Diese hohen Flüge nahmen nach einigen Jahren großer Worte zunächst ein ziemlich klägliches Ende. Es handelte sich dort in Tongking, wie dies in der Regel die Form ist, um die Durchführung eines früher geschlossenen Vertrages (1874): man kam dann weiter zur Besetzung von Hanoi, dem wichtigsten Punkte in dem von Anam abhängigen Tongking, und dann, als (Mai 1883) ein überkühner Ausfall des Kommandanten Rivière mit dessen Tod und mit Fehlschlag geendigt hatte und damit „die französische Fahne engagiert war", zur Erstürmung der Hauptstadt von Anam und Abschluß eines Vertrags mit dem Kaiser von Anam nach dem Muster des Bardovertrages (vgl. S. 146). Allein Anam war ein Vasallenstaat des chinesischen Reichs und die chinesische Regierung nicht gewillt, auf dieses Verhältnis ohne weiteres zu verzichten. Zur Kriegserklärung kam es nicht, wohl aber zu einem ernsthaften Krieg erst unmittelbar mit den Piraten des Roten Flusses,

den sogenannten „Schwarzen Flaggen", bald aber auch mit wirklichen chinesischen Truppen, und es versteht sich, daß Siege über Siege erfochten wurden. Aber diese Siege wie die gelegentlichen Niederlagen, die auch nicht ganz fehlten, kosteten Truppen und Geld, die, tropfenweise bewilligt, doch zuletzt kostspielig genug wurden, um einige Zeit später (1884) den Wunsch einer Vermittelung durch eine befreundete Macht lebhaft hervortreten zu lassen und um zuletzt mit einem halb anständigen Rückzug, einem Abkommen mit China ohne Aufrechthaltung einer Geldentschädigungsforderung, zu endigen.

In England schien sich die Regierung des Lords Beaconsfield, als dieser von Berlin das, was er den „Frieden mit Ehren" nannte, mitbrachte, einer großen Popularität zu erfreuen (1878). Mit einem angeblichen Zitat aus einem klassischen Schriftsteller, den der vielgewandte Staatsmann sich zu nennen wohl hütete, weil er nicht existierte, bezeichnete er als seinen Wahlspruch: Imperium et libertas:*) kein übler Wahlspruch, wenn er die Worte auch selbst sich zurechtgemacht hatte. In Afghanistan und am Kap gegen die Zulukaffern und ihren König Cetewayo wurde für das britische Imperium gekämpft: hier wie dort siegreich, glaubte Beaconsfield den Zeitpunkt günstig für Neuwahlen und löste das Parlament auf. Aber er täuschte sich: die Wahlen (April 1880) ergaben eine gewaltige Mehrheit für die Liberalen, 349 gegen 235, und trugen seinen Gegner Gladstone an das Staatsruder. Dessen auswärtige Politik war minder ausgreifender Art: die Kämpfe in Afghanistan endigten nach mehreren Wechselfällen mit einem vollständigen Siege (1. September 1885); dagegen erlitten die Engländer am Kap gegen die holländischen Buren, deren Freistaat sie im Jahre 1877 ohne Recht annektiert hatten, und die sich nun Ende 1880 gegen das Unrecht erhoben, schwere Niederlagen, die schlimmste am 27. Februar 1881 auf dem Majubahügel, wo der General Colley selbst fiel. In Europa nahm alle Welt Partei für die heldenmütige transvaalsche Burenschaft: diese erklärte sich zu einem Frieden auf billige Bedingungen bereit, und Gladstone erwies sich hier seinen Grundsätzen als ehrlicher, gewissenhafter und freisinniger Staatsmann getreu: er vergoß nicht nach Franzosenweise weiteres Blut, um den Beweis zu liefern, daß Großbritannien am letzten Ende mit den 20000 Buren der ehemaligen Transvaalrepublik fertig werden konnte. Er vereinbarte mit ihnen einen ehrenvollen Frieden (4. August 1881); sie blieben

*) III, 38 in Livius ist die einzige Stelle, wo ich die beiden Begriffe in unmittelbare Beziehung gesetzt finde. Imperiumque ibi esse, ubi non esset libertas indignabantur schildert der Schriftsteller die Stimmung der Rom unterworfenen Völker während des Regiments der Dezemvirn.

tatsächlich selbständig und Holländer, nahmen aber einen englischen Residenten in ihrem Hauptort Pretoria auf. Wichtiger für Englands Machtstellung waren die ägyptischen Vorgänge seit 1881, die, wie erwähnt, die englische Regierung dahin trieben, ihre Hand, und zwar allein auf das Land zu legen: nicht ohne daß Gladstone von Zeit zu Zeit versicherte, daß die englische Macht lieber heute als morgen, daß sie spätestens übers Jahr, allerspätestens über zwei, drei, vier, acht Jahre das Land räumen würde. Auch war an seiner Aufrichtigkeit nicht zu zweifeln: aber die Dinge ließen sich keineswegs zu einem solchen Verzicht an, der, von Jahr zu Jahr unwahrscheinlicher geworden, heute ganz außer Frage steht.

Im Innern war es die wie eine ewige Krankheit sich fortvererbende irische Frage, welche das Behagen des englischen Volkes störte. Eine drohende Hungersnot brachte schon im Jahre 1879 die Agitation gegen das „Gutsherrentum" aufs neue in Fluß: bei den Wahlen von 1880 erlangte die irische Nationalpartei, von dem Protestanten Charles Stewart Parnell geführt, die Homeruler, 63 Sitze. Ein erster Versuch, der Agitation, die sich nach altirischer Weise in Gewaltübung und Mord — der eigentümlichen Spezies der „agrarischen Morde" — kundgab, durch Zugeständnisse zu steuern, scheiterte im Oberhause (1880). Die Zustände verschlimmerten sich, und die Landliga, die sich die Unterdrückung des Gutsherrentums um jeden Preis und auch schließlich durch jedes Mittel zum Ziele setzte, übte immer durchgreifender ihren Terrorismus. Auch Gladstone mußte sich zu Zwangsmaßregeln entschließen, und das Parlament unterstützte ihn, indem es zugleich seine eigene Macht gegen ungefüge Mitglieder vermehrte: denn die irischen Mitglieder, stets die Plage des englischen Unterhauses, hatten nach Parnells mit voller Entschlossenheit gefaßtem und durchgeführtem Plan die Privilegien des Hauses zur Hintanhaltung ihnen mißliebiger Beschlüsse bis zum äußersten gebraucht. Zugleich aber legte der Minister (7. April 1881) eine sogenannte Landbill vor, die in liberaler Weise die Pächter gegen Exmittierung schützte und ihnen gestattete, gegen zu hohen Pachtzins ein zu diesem Zweck eingerichtetes Tribunal anzurufen: sie ward (18. August) im Oberhaus angenommen, während die Landliga dagegen die Parole, daß gar kein Pachtzins gezahlt werde, festhielt. Am 6. Mai 1882 wurde der neue Minister für Irland Lord Cavendish und sein Unterstaatssekretär Bourke im Phönixpark zu Dublin ermordet: es geschah fast unmittelbar nachdem Gladstone mit Parnell ein Abkommen getroffen hatte, worauf dann eine neue Zwangsbill folgte. Aber fortwährend sah sich, wenn auch ein Teil der irischen Partei auf den legalen Weg zurücklenkte, das englische Volk an die unglückliche Frage erinnert durch Dynamitexplosionen,

gelungene und vereitelte, welche eine allgemeine Plage dieser Zeiten waren, und die beim Stande der Gesetzgebung in den Vereinigten Staaten — so wie lange Zeit in England selbst — auf amerikanischem Boden in ziemlicher Muße geplant und vorbereitet werden könnnen. Es verdiente Anerkennung, daß Gladstone sich dadurch nicht beirren ließ, auf dem Wege der Gesetzgebung weiterhin die durch das Unrecht der Jahrhunderte geschürzte Frage wirklich zu lösen: seit den Neuwahlen im Jahre 1885, wo die Parnelliten bei dem Stimmenverhältnis der altenglischen Parteien den Ausschlag im Unterhause gaben und der mächtigste liberale Führer selbst den „Ausgleich" mit Irland (homerule) zu seinem Programm machte, ist diese irische Frage in ein sehr ernsthaftes Stadium getreten, und wir werden sie weiter verfolgen müssen.

So hatte jedes Land, auch das einst so vielbeneidete Großbritannien, seinen Pfahl im Fleische. Das eine leidet an seiner Vergangenheit, an Übeln, die ihm von der Geschichte überliefert sind, das andere hinwiederum daran, daß es keine überlieferten und befestigten Grundlagen hat, sondern gleichsam von vorn anfangen muß. Ein solcher neuer Staat in gewissem Sinne war das Königreich Italien. Und doch hatte dieser Staat in seinem Volkskörper einen ganz unorganischen Teil stecken, den ihm die Jahrhunderte hinterlassen hatten: das Papsttum, das von dem engen Raum aus, der ihm geblieben, ein — nur dem Vorgeben nach, nicht aber in Wahrheit — ganz geistliches, über die Erde verbreitetes Reich regierte. Es waren noch nicht 40 Jahre her, so war oder schien mit dem Papsttum eine ganze Welt historischen Rechts oder Unrechts solidarisch verbunden, Königtümer, Großherzogtümer, Fürstentümer: sie alle, der Kirchenstaat wie das Königreich Neapel, das Großherzogtum Toscana, die Herzogtümer Parma und Modena, sind verschwunden, als wären sie niemals dagewesen. Und mehr noch: man sollte denken, daß diese verschwundenen Politien, wie es sonst doch in der Welt zugeht, ansehnliche Reste zurückgelassen hätten, die der neuen Ordnung Schwierigkeiten, Verlegenheiten, Gefahren bereiteten. Von dem allen gewahrte und gewahrt man so gut wie nichts, und die Partei von jenseit der Berge, die Priesterschaft und ihre Klientel, die anderwärts, in Deutschland, Frankreich, Belgien, Rußland so viel Lärm macht, sie scheint hier diesseit der Alpen, wo doch das Himmelschreiende geschehen ist, keine Stimme zu haben oder ihren Klagen scheint kein Nachdruck innezuwohnen. Man vernahm dann und wann einen Protest, etwa wenn es sich (wie Juni 1880) um Erbauung einer ketzerischen anglikanischen oder gar (1884) einer altkatholischen Kirche handelte, einen lauten Schrei der Entrüstung, wie bei den niederträchtigen Szenen aus Gelegenheit der Überführung der Leiche Pius' IX. (12. Juli 1881) von der Peters-

kirche nach San Lorenzo: sonst aber bildete in der Tat doch der Klerikalismus für das neue Italien keine ernsthafte Schwierigkeit.

Überhaupt machten die inneren Entwickelungen Italiens auffallend wenig von sich reden. Es hatte seine radikalen Toren, seine Attentate, seine Ministerkrisen: aber seine inneren Fragen waren Abschaffung bestimmter Steuern, Bau und Rückkauf von Eisenbahnen, Handelskonventionen. Ein in der Tat großartiger Erfolg war das Verschwinden des Defizits, die Regelung der Finanzen eines Landes mit solcher Geschichte binnen weniger als zwanzig Jahren: am 1. März 1883 wurde das Dekret unterzeichnet, durch welches der Zwangskurs des Papiergeldes aufgehoben wurde. Im Jahre 1881 (2. Februar) kam eine Wahlreform zustande, welche die bisherigen 600 000 Wähler um etwa zwei Millionen vermehrte, das Wahlrecht verständigerweise an die Kenntnis des Lesens und Schreibens und einen mäßigen Zensus knüpfte und zugleich das Listenskrutinium einführte: die Finanzen standen schon 1882 so günstig, daß eine sehr beträchtliche Verstärkung des Heeres beschlossen werden konnte. Die ersten Wahlen nach dem neuen Wahlgesetze (Oktober 1882) fielen zugunsten des Ministeriums Depretis, das am Ruder verblieben war, aus. Dies war von Wichtigkeit, da dieses Ministerium in der auswärtigen Politik den Anschluß an das deutsch-österreichische Bündnis bewirkt hatte (1883) und dieser Anschluß ein energisches Einschreiten gegen das törichte und verbrecherische Treiben der Irredentisten einschloß — jener Radikalen, welche die Erlösung von Triest und Welschtirol zum Vorwand und Aushängeschild nahmen: der Held der nationalen Unabhängigkeit, der sich nach und nach als Bannerträger aller unvergorenen Freiheitsideen hatte mißbrauchen lassen, Garibaldi, war im Jahre zuvor, im Juni 1882, zu Caprera gestorben. Jener Anschluß war eine politische Notwendigkeit geworden durch das, was in Tunesien geschehen und was das Ministerium Cairoli, das darüber zu Falle kam (12. November 1881), nicht hatte verhindern können. Umsonst gaben die französischen Radikalen ihren italienischen Brüdern die besten Worte: die Tatsache, daß Italien dort beiseite geschoben war und die französische Herrschaft sich an einer Stelle festgesetzt hatte, die seit den Kämpfen Roms und Karthagos italienischen Mächten entweder gehörte oder sie gefährdete, sprach mit unzweifelhafter Deutlichkeit: die Interessen Italiens und Frankreichs stießen hier im Mittelmeer feindlich gegeneinander. Die Festsetzung Frankreichs an dieser Stelle bedeutete Feindschaft — selbst ein Mann wie Garibaldi fühlte es — und zwar nicht bloß Feindschaft eines Tages, sondern einen dauernden, harten, nicht zu versöhnenden Gegensatz. Zu machen aber war heute und morgen nichts; einen Krieg um diese Frage sofort zu führen, dazu war Italien noch nicht stark, noch nicht Großmacht genug, wie es denn auch die Mitwirkung in

Ägypten, zu der England es einlud, ablehnte, sie anzunehmen nicht wagte, vielleicht im wohlverstandenen Interesse seiner inneren Kräftigung nicht durfte: die richtige Antwort war jenes Bündnis, 1883 geschlossen und seither wiederholt verlängert, das den Gegensatz Oesterreich-Italien der Geschichte, der Vergangenheit, hoffentlich für immer, überwies.

Der politische Begriff Großmacht war bis zu den jüngsten Ereignissen nur auf die bekannte Fünfzahl England, Frankreich, Österreich, Preußen, Rußland angewendet: an Stelle Preußens ist das Deutsche Reich getreten; Italien und in jenen Tagen auch Spanien erhoben Anspruch auf den Titel, der indes zuweilen auch mit sehr lästigen Pflichten verbunden ist. Dieses letztere Land, Spanien, hatte in den Jahren, die seit der Thronbesteigung des Königs Alfons XII. (1875) verflossen waren, sich einer verhältnismäßigen Stetigkeit der Entwickelung erfreut. Der König, dessen Thron teils von den Karlisten, teils von den republikanischen Doktrinären angefochten ward, und der auch seinerseits gelegentlich von Attentaten heimgesucht wurde, zeigte Verstand und Mut: beides bewies er dem Pariser Pöbel und der dortigen Regierung, die sich vor diesem Pöbel fürchtete, gegenüber, ebenso wie in den inneren Angelegenheiten, wo er die königliche Kunst bewies, sich über den Parteien zu halten und nach dem Bedürfnis der politischen oder, wie man sich in den Ländern der strikteſten konstitutionellen Observanz verblümt ausdrückt, der parlamentarischen Lage zuweilen mit den vorwaltenden Staatsmännern zu wechseln: Martinez Campos, Canovas del Castillo, Sagasta, Posada-Herrera: sein frühzeitiger Tod im Jahre 1885 war ein großes Unglück für das Volk, das seine Unreife kurz vorher in der leidenschaftlichen Weise zeigte, mit der es sich bei Gelegenheit der Okkupation der Karolineninseln durch das Deutsche Reich benahm. Der letztere Streitpunkt wurde auf Bismarcks Vorschlag durch einen Schiedsspruch des Papstes beglichen.

Noch weniger machten die skandinavischen Staaten von sich reden: fast das Wichtigste für das gesamteuropäische Interesse war die staatsrechtliche Doktorsfrage, die sich in Norwegen durch einen Beschluß des Storthings erhob (1880), demzufolge, entgegen der Verfassung von 1814, die Minister oder Staatsräte gehalten sein sollten, den Verhandlungen des Storthings anzuwohnen: ob nämlich bei einer Frage der Verfassungsänderung — Änderung des Grundvertrags zwischen zwei Kontrahenten — der König ein absolutes Veto geltend machen könne, während ihm die Verfassung sonst den Beschlüssen der Volksvertretung gegenüber nur ein suspensives zuweist. Hier wie in Schweden und Dänemark ist eine starke demokratische Partei vorhanden, die namentlich gegen alles, was, wie z. B. die Heeresorganisationen, die Finanzen belastete,

gestimmt war, und die bei der Lage des Landes sich auch den Luxus der Sparsamkeit, möchte man sagen, in dieser Hinsicht gestatten konnte. Dänemark traf Anstalt, das Kriegsbeil zu begraben, da, seitdem Österreich auf die Ausführung des berühmten Artikels V. des Prager Friedens verzichtet hatte, auch die letzte Aussicht auf Zurückerlangung der nordschleswigschen Distrikte verschwand. Was endlich die Staaten Holland, Belgien und Schweiz, denen man der Vollständigkeit wegen das kleine Luxemburg beizählen kann, betrifft, so war in ihrem Leben, dessen wohltätige Wirkung wir früher dargelegt haben, seither nichts Neues zutage getreten. In Holland wie in der Schweiz vollzog sich das politische Leben ruhig in den verfassungsmäßigen Formen und durch Abstimmungen der gesetzlich Berufenen, die sich zuweilen wie in Holland angesichts der nur noch spärlich gesicherten oranischen Erbfolge vor Lebensfragen des Landes gestellt sahen; in der Schweiz wurden namentlich die kirchenpolitischen Angelegenheiten mit einer beneidenswerten Ruhe und Sicherheit behandelt, und desgleichen kannte Regierung und Volk dort auch einer anderen Art von Störern des europäischen Friedens, den Aposteln des kosmopolitischen Sozialismus gegenüber die Grenzen, wo man gegen ungebetene Gäste das Hausrecht brauchen muß. Kein so kampfloses Geschick ist dem belgischen Staate zugefallen, wo das ohne Entscheidung sich hinziehende Ringen der Liberalen und der Klerikalen beständig das Interesse Europas, das überall unter verschiedenen Formen von demselben Gegensatze bewegt wird, auf das kleine, in höchster materieller Blüte stehende Land lenkte. Der Kampf drehte sich hier um das Gebiet, auf dem er nicht bloß hier, sondern überall ausgefochten wird, und auf welchem der klerikale Obskurantismus, wenn er überhaupt besiegt werden kann, besiegt werden muß, — um die Schule. Das liberale Kabinett, das seit Juni 1878 am Ruder war, brachte ein Unterrichtsgesetz durch, das am 1. Juli 1879 die königliche Sanktion erhielt: es überwies den Religionsunterricht der Familie und der Geistlichkeit, der es ein Schullokal zu diesem Behuf zur Verfügung stellte, aber jeden weiteren Einfluß auf die Schule entzog. Eine klerikale Agitation gegen die Staatsschule wurde alsbald unternommen, und sie stieß nach und nach hart an die Schranke des Gesetzes; die Kammer antwortete 1880 mit einer Untersuchungskommission, die sich ans Werk machte und unsäglichen Unfug auf dem klerikalen Schulboden ans Licht zog; zugleich kam der leitende Minister Frère-Orban in die Lage, die Rolle, die der Papst in dem Streit der Bischöfe mit der Regierung aus Anlaß des neuen Unterrichtsgesetzes gespielt hatte, mehr wahr als höflich mit dem Ausdruck fourberie (Verlogenheit) zu bezeichnen. Die Festlichkeiten des Jahres 1880 — fünfzig Jahre Unabhängigkeit — bei denen das Volk eine

unglaubliche Ausdauer im Ertragen einer langen Reihe von guten Tagen bekundete, störte dieser Hader wenig. Gegen den siegreich vorschreitenden Liberalismus aber hatten die Klerikalen eine gefährliche Waffe — die Wahlreform, die Erweiterung des Wahlrechts, bei welcher Forderung sie eine radikale Partei, die sich in dieser Frage von den Liberalen trennte, in derselben Weise wie sonst in der Welt, zum unbewußten oder unfreiwilligen Verbündeten hatte: wie in Deutschland besorgte dieser doktrinäre Radikalismus die Geschäfte der klügeren Leute, die sich desselben aufs beste zu bedienen wußten. Es gelang, dem gefährlichen Experiment im Jahre 1882 noch auszuweichen. Im Jahre 1883 aber wurde die Wahlreform zunächst für die Gemeinde- und Provinzialvertretungen zum Gesetz erhoben und eine Prüfung behufs Erwerbung des Wahlrechts eingeführt; und im Jahre 1884 brachten die Wahlen, unter dem Einfluß der radikalen Agitation, die sehr viel zu früh kam, einen großen Umschwung. Sie ergaben eine Mehrheit von 34 Stimmen für die Klerikalen: selbst in Brüssel siegten die sämtlichen 16 Kandidaten dieser Partei. Das liberale Ministerium trat zurück, ein schroff klerikales, Malou, kam an seine Stelle. Dieses verlor keinen Augenblick, das liberale Schulgesetz von 1879 in ein klerikales zu verwandeln. Dessen wichtigste Bestimmung war, daß den Gemeinden freigestellt wurde, ob sie auf ihre eigenen Kosten Gemeindeschulen halten oder ob sie ihre Kinder schulpflichtigen Alters in die von Geistlichen geleiteten Privatschulen schicken wollten. Die große Aufregung, die dieses Gesetz in den Städten hervorrief, nötigte, das hitzige Ministerium mit einem gemäßigteren (Bernaert) zu vertauschen: die Gemeindewahlen im Oktober waren zugunsten der liberalen Anschauung ausgefallen. Ob das, was im Jahre 1887 in diesem Lande geschah und seither wiederholt drohte — wo die Arbeiter einiger Industriebezirke, zu großen Massen sich zusammenballend, den sozialen Krieg versuchten und nach wilden und wahnsinnigen Akten der Zerstörung mit namhaften Truppenkräften gebändigt werden mußten, dazu führen wird, die Schulbildung zu vertiefen und mit mehr Ernst unter den Massen zu verbreiten, und ob, selbst wenn dies geschieht, dieser Bildung die Macht innewohnen wird, die wilden Triebe eines gedankenlosen Egoismus zu zügeln, läßt sich bis heute nicht sagen: die Prahlerei aber, in der sich die klerikalen Führer in Deutschland gefielen, daß in katholischem Lande die Gefahr des Sozialismus nicht existiere, fand hier eine gründliche Widerlegung. Diese Gefahr selbst beherrschte weithin in diesen Jahren die Gemüter: man darf hoffen, daß eben diese Gefahr, wie in Deutschland durch die Initiative des Kaisers Wilhelm der Anfang gemacht war, die rechten Heilmittel der vorhandenen Übel, soweit die Macht des Staates und der Gesellschaft reicht, finden lehren und daß so ein Kampf, wie ihn das

Reformationszeitalter des 16. Jahrhunderts in dem Bauernkriege auszufechten gehabt hat, der Welt erspart bleiben werde.

Zu dieser Reformarbeit, welche die letzten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts kennzeichnet, hat die französische Revolution, deren Zentenarium die Franzosen sich anschickten, im Jahre 1889 festlich zu begehen, einen kräftigen Anstoß gegeben, aber sie hat diese Reform nicht selbst wie etwas Fertiges gebracht, so wenig als die Reformation im 16. Jahrhundert die Befreiung der Geister von Glaubensdruck und Gewissenszwang als etwas Fertiges dargeboten hat. Die Bewegung von 1789 hat die Forderung der Freiheit des Volks mit mehr Nachdruck als Verständnis gestellt: in den ereignisvollen 100 Jahren, die seither verstrichen sind, hat man allmählich gelernt, daß die Freiheit eine Tugend ist, für die ein Volk, eine Gesellschaft, ein Staat erzogen und gebildet werden muß und welche beständig geübt und betätigt sein will, wenn man von einem freien Volke und einem freien Staate soll sprechen können. Allerdings aber wird, eben wie seit dem 16. Jahrhundert die Grundfrage für jede europäische Nation die war, wie sie sich zu der religiösen Idee stelle, und wie von dieser ihrer Stellung zur Reformation ihr Schicksal und ihr geschichtlicher Wert abhing, so jetzt eine entsprechende Hauptfrage die sein, wie sie sich zu der Idee politischer Freiheit und zu den ethischen Forderungen, welche diese Idee einschließt, stelle: wie und in welchem Maße eine jede dieser Nationen Ordnung und Freiheit, Fürsorge für die Masse des Volks und was alles der vielumspannende Begriff des Rechtsstaats verlangt, in ihrem Schoße verwirkliche.

Vierter Abschnitt.

Das letzte Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Vom Tode Kaiser Wilhelms I. bis zur Gegenwart.

1888—1900.

Was wir zu Anfang dieses Bandes bemerkten, daß eine Geschichtsdarstellung in strengerem Sinn in dem Maße schwieriger, ja unmöglicher werde, als sie der Gegenwart, in welcher der Darstellende und seine Leser sich bewegen, näher rückt, das müssen wir beim Eintritt in den letzten Teil unserer Wanderung, das jüngstverflossene Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts wiederholen. Man muß die Form geschichtlicher Darstellung allerdings auch für diese Zeit beibehalten, um dem Leser wenigstens einen Begriff davon zu geben, wie diese jüngsten und von ihm selbst erlebten Ereignisse sich im Zusammenhang mit den ihnen unmittelbar vorausgegangenen früher erzählten und als Ringe an der langen Kette weltgeschichtlicher Vorgänge ausnehmen. Dabei aber kann man einer doppelten Gefahr nicht entgehen. Versucht man eine belebte Schilderung, wie sie dem Beruf der Geschichtschreibung, Vergangenes zu vergegenwärtigen, es gleichsam in Gegenwart zu verwandeln, entspricht, so ist man in den meisten Fällen auf gefärbte, noch unabgeklärte Tagesberichte oder Tagesurteile angewiesen, und wo der Darstellende selbst urteilen will, wird er auf Schritt und Tritt inne werden, daß er, wie objektiv er sich den Dingen gegenüberzustellen bemüht sei, doch viel zu sehr in der Erregung der Kämpfe und Strömungen des Tages steht, um gerecht urteilen, ja auch nur gerecht darstellen und schildern zu können. Verzichtet er dagegen auf solche Erzählung und auf die Beleuchtung der Ereignisse durch sein Urteil, so wird er vielfach nur die Außenseite der Dinge, das Nacheinander und Nebeneinander der Vorgänge darbieten, er wird sich sehr nahe der Oberfläche halten müssen und

etwas geben, was eher einem Handbuch der politischen Geographie als einer pragmatischen Geschichte gleicht.

Seinen Nutzen hat ein solcher Versuch einer Darstellung des jüngstgeschehenen Teils der Menschengeschichte gleichwohl: er muß also gewagt werden.

Noch immer bildet *Europa* mit seinen 24 selbständigen Staaten als der führende oder, wie man sagt, hegemonische Erdteil, das Zentrum der Menschen- und Völkerwelt, und man wäre versucht, noch immer wie so lange Weltgeschichte und Geschichte Europas als gleichbedeutend zu nehmen: es ist aber eben in diesem letzten Jahrzehnt dahin gekommen und ist eine der Tatsachen, welche den Schluß dieses Jahrhunderts charakterisieren, daß das alte Wort „nichts Menschliches darf uns fremd sein", nil humani alienum puto, die Losung weltgeschichtlicher Betrachtung und Darstellung sein muß. Die dem Menschen irgend zugänglichen Räume unseres Planeten sind bis auf einen mäßigen und mit jedem Jahre geringer werdenden Rest aufgedeckt, und fast alle seine von Menschen bewohnten Länder sind irgendwie in stärkerem oder schwächerem Maße in die geschichtliche Bewegung hineingezogen. Der Blick muß also noch mehr als zuvor auch auf die außereuropäische Welt gerichtet sein: hat doch das mächtigste der außereuropäischen Großreiche, die Vereinigten Staaten von Amerika, mit dem soeben (1898) beendigten Krieg mit Spanien und seinen Folgen unzweifelhaft den Rubikon überschritten und begonnen, in die europäischen Verwickelungen in unmittelbarerer Weise als bisher einzugreifen, wie wir sie denn in diesem Augenblick (1900) bei den in China sich vollziehenden Ereignissen ebenso wie die japanische Großmacht an der Seite der europäischen Mächte gewahren.

Indem wir dieser außereuropäischen Welt ihren Platz vorbehalten, erinnern wir an die früher gerechtfertigte Scheidung der europäischen Völker und Staaten in eine germanische, romanische, slawische und eine gemischte Gruppe, müssen aber doch als Prinzip für die Anordnung des Stoffes statt des *ethnographischen* vielmehr das *politische*, die Machtverhältnisse festhalten, nach denen man während des ganzen Jahrhunderts fünf Großmächte, Großbritannien, Rußland, Frankreich, Österreich, Preußen — an dessen Stelle jetzt das Deutsche Reich und dies nicht mehr als letztes dieser Reiche erscheint — in den Vordergrund rückt, denen man jetzt als die sechste Großmacht oder Nahezu-Großmacht das zu gleicher Zeit wie Deutschland geeinigte Italien zugesellen kann; die übrigen mag man jenen je nach ihrer Größe und Bedeutung oder nach irgend welchem anderen Prinzip der Anordnung — Spanien, Portugal, die skandinavischen Reiche, Belgien, Holland, die Schweiz, die Balkanstaaten und die Türkei folgen lassen.

1. Das Deutsche Reich.

Am Vormittag des 9. März 1888, morgens 1/2 8, hatte sich die Flagge auf dem Palais zu Berlin auf Halbmast gesenkt und der Welt den Tod des guten und großen Herrschers verkündet, dem es beschieden gewesen war, in einem Lebensalter, in dem die meisten Menschen daran denken, sich in einen bequemen Ruhestand zurückzuziehen, die zwei großen Würfe zu tun (1866, 1870), durch welche die deutsche Nation zu einem neuen und lebenskräftigen Organismus vereinigt wurde und nach diesem weltgeschichtlichen Ereignis ersten Rangs noch 17 Jahre in Frieden und Segen zu regieren. Die Trauer war, der ungewöhnlichen Bedeutung dieses Regentenlebens und der ehrwürdigen Persönlichkeit des 90jährigen Herrschers gemäß, tief und allgemein und erstreckte sich ähnlich, wie es der Chronist vom Jahre 814 beim Tode Karls des Großen meldete, über den ganzen Erdkreis. Die Hoffnungen, die man auf die überaus gewinnende Persönlichkeit des Kronprinzen Friedrich Wilhelm gesetzt hatte, hatten längst aufgegeben werden müssen bei dem unheilbaren Leiden, das seit zwei Jahren an diesem edeln Leben zehrte: als ein todkranker, sprachloser Mann traf Friedrich III. am 11. in Charlottenburg ein. In einem Schreiben an den Fürsten Bismarck und einer Proklamation „An mein Volk" legte er (12. März) die Grundsätze dar, nach denen er die Regierung führen werde. Ein englisches Projekt, die Vermählung einer kaiserlichen Prinzessin mit dem früheren Fürsten von Bulgarien, das von einigen Intriganten der preußischen Fortschrittspartei unterstützt wurde, wußte Bismarcks Einfluß zu vereiteln, indem er vorstellte, daß dies die Beziehungen zu Rußland, dessen Kaiser den Prinzen von Battenberg haßte, empfindlich und nutzlos stören würde. Der einzige liberale Schritt, der dem liberal gesinnten Kaiser vergönnt war, war die Entlassung des Ministers v. Puttkamer, die am 8. Juni erfolgte: und ein großer Fortschritt oder, wenn man will, heilsamer Rückschritt geschah unter seiner Regierung durch das noch von ihm vollzogene Gesetz, daß die Wahlen für den Reichstag sowie für das preußische Abgeordnetenhaus nur alle fünf, statt wie bisher alle drei Jahre stattfinden sollten. Die vernünftige Erwägung, daß es dem Gang und der Art der Gesetzgebung, der staatlichen wie der wirtschaftlichen, nur förderlich sein könne, wenn sorgfältiger Ueberlegung einige Zeit gegönnt wurde, in der die Ansichten sich klären und die Leidenschaften sich einigermaßen beruhigen konnten, siegte diesmal über die kindliche Auffassung früherer Zeiten, daß die Freiheit in recht häufigen Wahlen und ähnlichem bestehe.

Schon am 15. Juni hatte die Krankheit ihr Werk vollbracht. Die üblichen Glückwünsche und Feierlichkeiten begrüßten den neuen



Friedrich III., deutscher Kaiser und König von Preussen.

Nach einer Photographie gezeichnet von Jos. Mukarzowski.

Kaiser, Wilhelm II., der jetzt in dem für den Antritt einer großen Lebensaufgabe günstigsten Alter, in seinem 29. Lebensjahre den Thron bestieg. Am 25. Juni, bei der Eröffnung des Reichstags in Gegenwart von 22 Bundesfürsten, die sich bei dieser Gelegenheit in Berlin um ihn scharten, sprach er in einer Thronrede zum ersten Male zur Nation. Er fand die richtigen und guten Worte, versprach Aufrechthaltung der Reichsverfassung als des obersten aller Gesetze, eignete sich seines Großvaters Botschaft vom 14. November 1881, also „den Schutz der Schwachen und Bedrängten im Kampf ums Dasein" an und verhieß eine friedliche Politik gestützt auf die Bündnisse mit Österreich und Italien, die guten Beziehungen zu allen Mächten und, was er mit gutem Recht am Schlusse betonte, „auf das deutsche Heer". „In der auswärtigen Politik bin ich entschlossen Frieden zu halten mit jedermann, soviel an mir liegt."

Wilhelm II. hatte eine sehr sorgfältige und vielseitige Erziehung genossen, die eine unzweifelhafte Begabung und ein lebhaft nach verschiedenen Seiten angeregtes Interesse fruchtbar machte. Er hatte das Bedürfnis, wie jeder bedeutender angelegte Mensch, seine Persönlichkeit geltend zu machen, und in einer Zeit, wo die öffentliche Rede eine so große Rolle spielt, machte er gern und mit angeborener Fertigkeit von diesem Recht, das sonst nur die Parteiführer als eine Art Privilegium in Anspruch nahmen, in einer Weise Gebrauch, die mehr an Friedrich Wilhelm IV. als an seinen Großvater Wilhelm I., den er sonst als sein Ideal aufstellte, erinnerte; indes überragte er den ersteren weit an Kraft und Klarheit des Willens und an Verständnis für den Charakter und die Bedürfnisse der Zeit und des Staates, an dessen Spitze er sich gestellt sah. Im ganzen darf man nicht leugnen, daß er in diesem ganzen ersten Jahrzehnt seiner Regierung mit Glück und Takt die ungewöhnlich schwierige Aufgabe gelöst hat, innerhalb der Schranken, die ihm die Reichsverfassung und die preußische Landesverfassung zog, wirklich zu regieren und sich nicht zum Werkzeug oder Haupt einer bestimmten Partei machen, noch auch zur Bedeutungslosigkeit eines Königs von England oder eines Präsidenten der französischen Republik herabdrücken zu lassen. Bald nach Antritt seiner Regierung enttäuschte er, wie noch mehrmals in diesen zehn Jahren, die Konservativen und die Hochkirchlich-Orthodoxen durch die Ernennung des Führers der Nationalliberalen, Rudolfs v. Bennigsen, zum Oberpräsidenten von Hannover und durch die Aufrechthaltung der Berufung eines wissenschaftlich selbständigen und unabhängigen Forschers, des Kirchenhistorikers Adolf Harnack an die Berliner Universität gegenüber dem allerdings nur mit einer Stimme Majorität beschlossenen Einspruch des evangelischen Oberkirchenrats.

Das Leben der deutschen Nation erscheint jetzt überall in die parlamentarischen Formen gefaßt, die sich jetzt selbst mehr noch als

in England oder Frankreich auch für die gewöhnlichsten Vorgänge des Tageslebens und auf den allerverschiedensten Gebieten eingebürgert haben. Die großen Vertretungskörper, der Reichstag und die Landtage, funktionierten regelmäßig; die Aufregung bei den Wahlen, der Kampf der Parteien ging nicht über das erträgliche Maß hinaus und hatte seltener als in England oder Frankreich Ausschreitungen und Mißstände im Gefolge. Die bedeutendste gesetzgeberische Tat des Jahrzehnts war, daß 1896 (1. Juli) der Reichstag das Bürgerliche Gesetzbuch für das Deutsche Reich mit 222 Stimmen gegen 48 annahm. Schon dieses Stimmenverhältnis zeigt, daß hier der Einheitsgedanke einen großen Sieg erfocht, und die „ausschlaggebende Partei" im Reichstag, die katholische oder Zentrumspartei, erwarb sich hier ein großes und unzweifelhaftes Verdienst. Das Werk war von einer Anzahl der bedeutendsten Juristen, über welche die Nation verfügte, in langjähriger gründlicher Arbeit so trefflich vorbereitet, daß nur wenig für die Debatten im Reichstag zu tun übrig blieb. Seine Vollendung — am 18. August 1896 wurde es vom Kaiser vollzogen — war in der Tat die würdigste Feier 25jährigen Bestehens des Deutschen Reichs, das jetzt sich einer letzten und der wirksamsten Einigungskraft, eines Gesamtgesetzbuchs für das Rechtsleben seines Volks, erfreute.

Überhaupt aber hatte diese Neuordnung der Dinge, die Aufrichtung des Bundesstaats, in diesen 25 Jahren sich so vollkommen eingelebt, daß trotz aller Unzufriedenheit und Unruhe im einzelnen niemand, mit Ausnahme der unverbesserlichen Partikularisten, in den im Jahre 1866 verschwundenen Staaten den Zustand vor 1866 oder 1871 mehr zurückwünschte oder sich auch nur noch vorstellen konnte: die heranwachsende Jugend weiß vom deutschen Bundestag und von der Eschenheimer Gasse nichts mehr. Vor allem zeigten sich die Wirkungen der wiedergewonnenen Machtstellung im wirtschaftlichen Leben, in den Fortschritten der Industrie, der Ausbreitung des Handels, der in immer wachsender Zahl rührige und einsichtige deutsche Männer in alle Räume der Erde führte; bald ließen sich in englischen und französischen Blättern Stimmen vernehmen, die mit Besorgnis diese Konkurrenz zur Sprache brachten und auf die Überlegenheit hinwiesen, welche dem Deutschen in der Fremde seine Kenntnis fremder Sprachen und sein weiterer Blick, eine Frucht der gediegenen Schulbildung, verschafften. Sie hatten recht: indem die höheren Schulen Deutschlands, vorab seine Gymnasien, an würdigen Gegenständen die Denk- und Willenskraft, ohne Rücksicht auf den unmittelbaren Nutzen des Tages und des Marktes üben, dienen sie in Wahrheit eben diesem Marktnutzen am besten. Im Jahre 1891 wurde mit Österreich-Ungarn, Italien und Belgien, im Jahre 1893 mit Rumänien, Spanien und Serbien, 1894 mit Rußland, 1895 mit



Wilhelm II., deutscher Kaiser und König von Preussen.
einer Originalaufnahme von Reichard & Lindner, Hof-Photographen in Berlin

Argentinien Handelsverträge abgeschlossen und vom Reichstag bestätigt; den Deutschen in der weiten Welt fehlte der Schutz des Reiches nicht, und die Klagen alter Tage, daß der Deutsche im Ausland mißachtet sei, weil keine Macht hinter ihm stehe, war längst verstummt; eben von dorther drängte man auf Vermehrung der Seemacht, für die jetzt die Regierung, der Kaiser selbst voran, lebhafter eintrat als die Parteien, die früher am lautesten nach einer deutschen Kriegsflotte gerufen hatten. In einer Reihe festlicher Tage, vom 19. bis zum 21. September 1895, wurde der Nordostseekanal eingeweiht, dessen ungemeine Wichtigkeit ein Blick auf die Karte zeigt: im August 1896 passierte ein Teil der deutschen Kriegsflotte diesen Kaiser Wilhelm-Kanal, der die beiden Meere verbindet. Im Dezember desselben Jahres wurde dem Reichstag ein Gesetz vorgelegt, das die Postdampferverbindungen mit den überseeischen Ländern weiter zu entwickeln geeignet war und die Subvention, die zu diesem Zwecke der größten deutschen Schiffahrtsgesellschaft, dem Norddeutschen Lloyd in Bremen, gezahlt wurde und die sich gut rentiert hatte, um $1^1/_2$ Millionen Mark zu erhöhen vorschlug; ein Flottengesetz, das die deutsche Seemacht erheblich verstärkte, kam im Jahre 1898 zustande, wurde aber durch die Ereignisse, die ihm folgten, schon überholt, und erheischte und fand seine Ergänzung (1900) durch weitere Aufwendungen, für welche die Stimmung des Volkes gewonnen werden mußte. Gleichzeitig wurden neue Wasserstraßen im Innern, Kanalverbindungen von Weser, Ems, Rhein, geplant, scheiterten aber im Jahre 1899 an der zweideutigen Haltung des Zentrums und der feindseligen der Konservativen, die mit Mißgunst auf alles sahen, was wie eine Begünstigung der Industrie sich ausnahm, während sie die Gunst des Staates in erster, zweiter und dritter Linie für die Landwirtschaft und die adeligen Rittergutsbesitzer beanspruchten. In der Tat befand sich die Landwirtschaft seit einiger Zeit in bedrängter Lage und dies vermehrte die Zahl der Parteien oder der parlamentarischen Zwitterbildungen, die irgend ein besonderes Interesse als Wahrzeichen einer politischen Partei aufsteckten, um eine neue, die der Agrarier, die sich zu einem über ganz Deutschland sich erstreckenden Bund der Landwirte zusammenschlossen und ihre Forderungen in sehr ungestümer Weise zur Geltung brachten. Es waren hauptsächlich die Landwirte und die meist adeligen Besitzer großer Güter in den jenseits der Elbe gelegenen nordöstlichen Provinzen Preußens, die bei den seit Jahren bestehenden Getreidepreisen sich nicht mehr halten zu können fürchteten. Die Konkurrenz des aus den Nachbarländern, aus Rußland, Österreich, Rumänien, den überseeischen Ländern wie Argentinien, wo man dem jetzt erst unter den Pflug genommenen Boden überreiche Ernten entlocke, eingeführten Getreides werde diesen ihren, wie sie nicht unterließen zu versichern,

wichtigsten und wahrhaft staatserhaltenden Berufsstand zugrunde richten: daß ein großer Teil von ihnen selbst durch allzu üppige und sorglose Lebenshaltung, ungeeignete Vorbildung und unsinniges Hazardspiel ihrer Söhne zu ihrer Verschuldung und ihrem Rückgang nicht wenig beigetragen hatten, wollten sie nicht Wort haben. Im Jahre 1894 spielten sie ihren Haupttrumpf aus in einem Antrag des Grafen Kanitz, der sehr unumwunden den Reichskanzler aufforderte, dem Reichstag demnächst einen Gesetzesentwurf vorzulegen, nach welchem Einkauf und Verkauf des zum Verbrauch im Zollverein bestimmten ausländischen Getreides ausschließlich für Rechnung des Reichs erfolge und ein ziemlich hochgegriffener Minimalverkaufspreis festgesetzt würde — mit andern Worten also, daß den Erzeugern inländischen Getreides dieser hohe Minimalpreis für *ihr* Getreide vom Reich garantiert werde. Man erinnerte den hohen Antragsteller, daß jeder Berufsstand, der Waren erzeuge und verkaufe, bei denen das Ausland konkurriere, mit demselben Recht oder Unrecht die gleiche Verbürgung verlangen könne, daß der Antrag durchaus den sozialistischen Charakter trage: man legte ihn zum Überfluß im folgenden Jahre dem Staatsrat vor, der ihn einer in der Form milden, in der Sache vernichtenden Kritik unterzog. Es wurde nichts daraus, und auch öffentlich wurde die beherzigenswerte Lehre ausgesprochen, daß auch die „ostelbischen Junker" es machen sollten wie andre Leute — daß sie arbeiten, sparen und sofern man sich auf der höheren Plattform nicht halten könne, eine Stufe niedriger Platz nehmen müßten. Diese und manche andere wirtschaftliche Frage verschlang sich mit größeren politischen, religiösen, ethischen Problemen, die dieses letzte Jahrzehnt charakterisieren, und von denen die wachsende Menge *sozialdemokratischer* Stimmen bei den Wahlen und der wachsende Einfluß der *ultramontanen* Ideen die bedeutendsten sind.

Unzweifelhaft war die Sozialdemokratie, was die Zahlen betrifft, noch im Wachsen. Von 763128 Stimmen im Jahre 1887 war sie bei der Reichstagswahl vom Juni 1893 auf 1786738, bei der Wahl von 1898 auf über 2 Millionen unter 11 Millionen Wahlberechtigter und 7 Millionen Stimmender gestiegen, und ihre Macht zeigte sich namentlich bei den verschiedenen *Massenarbeitseinstellungen*, die in diesen Zeitraum fallen — den großen Streiks in den Kohlenrevieren in Oberschlesien, an Rhein und Ruhr und an der Saar in den Jahren 1889 und 1890 sowie dem der Hafenarbeiter in Hamburg im Jahre 1896, der aber, mutwillig begonnen, im Februar 1897 mit einer Niederlage der Streikenden endigte. Vertreter der Partei drangen in diesem Zeitraum auch in die Landtage der Einzelstaaten trotz der ihnen hier weniger günstigen Wahlgesetze ein, so in Bayern, Sachsen, Baden und einigen kleineren Staaten: als die Frage auch für *Preußen* gestellt wurde, zeigten sich die Führer

uneinig; auch versuchten sie, zunächst mit wenig Glück, ihre Agitation auf das platte Land auszudehnen. Man mußte es nunmehr aufgeben — und dies war kein Schade — diese Bewegung mit Ausnahmegesetzen zu bekämpfen: am 15. Januar 1890 wurde im Reichstag das vorgelegte Sozialistengesetz mit 167 gegen 98 Stimmen abgelehnt, und es wurde bemerkt, daß Fürst Bismarck sich an der Beratung nicht beteiligt hatte. Dem Versuche, durch ein scharfes Gesetz dem Unfug zu wehren, mit welchem vielfach die Streikenden ihre arbeitswilligen Genossen terrorisierten, versagte sich der deutsche Reichstag (1900). Dagegen wurde Bismarcks Gedanke, der in der Kaiserlichen Botschaft vom 17. Mai 1881 ausgesprochen war, durch Eingehen auf den Kern der Bewegung, auf das, was in ihr Berechtigtes war, das Giftige und Unberechtigte zu besiegen, mit Eifer von allen Seiten aufgenommen. Der junge Kaiser selbst betrat mit dem ihm eigenen Eifer diesen Weg. Er empfing noch im Mai 1889 eine Deputation der streikenden Bergwerksarbeiter; am 8. Februar 1890 kündigten kaiserliche Erlasse die Absicht an, durch internationale Verständigung der am Weltmarkt beteiligten Mächte die Lage der Arbeiter zu verbessern, und am 15. März begannen in der Tat zu Berlin auf Grund eines kaiserlichen Programms die Sitzungen dieser Arbeiterschutzkonferenz, auf der außer Deutschland zwölf Staaten und zum Teil durch höchst ausgezeichnete Männer vertreten waren. Es kam, wie zu erwarten, zu wenig mehr als zu einer Anzahl wohlformulierter Wünsche, und man mußte sich, für Deutschland zum mindesten, mit dem bescheidenen aber greifbaren und im Vergleich zu früheren Stadien des gesellschaftlichen Lebens bedeutenden Erfolge trösten, daß schon am 24. Mai 1889 ein Invaliditätsgesetz im Reichstag mit 185 gegen 165 Stimmen angenommen worden war, damit ein guter Schritt in der rechten Richtung getan, eine bescheidene Rente dem alt und invalid gewordenen Arbeiter als ein Recht gesichert war, wo ihn „die Gesellschaft" seither auf die Mildtätigkeit seiner Angehörigen oder auf Almosen Fremder angewiesen hatte. Allenthalben wurde nun von Berufenen und Unberufenen die „soziale Frage" erörtert, von den Professoren der Nationalökonomie auf den vielen Kathedern Deutschlands, von evangelischen Pfarrern und katholischen Priestern, wie von den Führern der verschiedenen Parteien, in zahlreichen Vereinen, auf vielen Kongressen; man hörte von neuen Parteien, Christlich-Sozialen, Deutsch-Sozialen und so ferner; eine Anzahl unklarer Schwärmer aus den Reihen dessen, was die Sozialdemokratie in Bausch und Bogen die Bourgeoisie nannte, hatte den echt deutschen Einfall, zum Erweis vollkommener Objektivität zu Sammlungen für die streikenden Hafenarbeiter in Hamburg aufzufordern (Januar 1897). Noch einmal wurde am 6. Dezember 1894 — eben war das neue Reichs-

tagsgebäude unter einer rüden Demonstration der sozialdemokratischen Abgeordneten bezogen worden — von der Regierung der Weg der Repression mit einer „Umsturzvorlage" in Form einer Ergänzung des Strafgesetzbuchs beschritten: die Vorlage fiel aber (1895), da die Zentrumspartei daranging, aus diesem Kampfgesetz gegen die Sozialdemokratie ein Kampfmittel gegen die Freiheit wissenschaftlicher Forschung zu machen, und im Jahre 1900 versagte sich der deutsche Reichstag einem Versuche, durch ein scharfes Gesetz dem Unfug zu wehren, mit dem vielfach bei Arbeitseinstellungen die Streikenden ihre arbeitswilligen Genossen terrorisierten. Gegen alle jene Maßregeln und Versuche der Lösung einer unlösbaren, oder wenn überhaupt, doch nur in langer Zeit und Entwickelung lösbaren Frage, die in Wahrheit ein schwer zu entwirrender Knäuel schwieriger Fragen und am letzten Ende die große ethische Frage der Vervollkommnung der Menschheit durch die Vervollkommnung der Menschen ist, verhielt sich die Partei höhnisch ablehnend, indem sie zugleich jede Gelegenheit benutzte, im Reichstag alles, was im weiten Reich von Vorgesetzten oder gesellschaftlich Höherstehenden gegen Untergebene Ungehöriges geschah oder geschehen sein sollte, zuweilen mit Recht, meist ohne Kritik und mit maßlosen Übertreibungen zur Sprache brachte und unbedenklich selbst, wo sie es besser wußte, sich auf die Seite des Unrechts stellte, sofern ihre Parteigenossen dabei beteiligt waren. Die positiven Dienste, die sie den Massen, welche sie zu vertreten vorgaben, leisteten, waren gering, doch beteiligten sich die Einsichtigeren der Partei an der Beratung des Invaliditätsgesetzes. Sie waren der Massen ohnehin sicher, da ihnen ein Agitationsapparat und in den Fabrikarbeitern ein Massenmaterial und eine leicht einzurichtende und durch terroristische Mittel leicht durchzuführende Organisation zu Gebote stand, und das allgemeine gleiche und geheime Stimmrecht ihnen ebensogut und selbst noch besser wucherte als der Zentrumspartei. Im übrigen waren ihre Führer selbst ehrlich und klug genug, einzugestehen, daß die großen Ziffern bei den Wahlen nicht lauter „zielbewußte" Anhänger des sozialdemokratischen Programms bezeichneten. Weit entfernt: jeder Unzufriedene warf bei Gelegenheit einen sozialdemokratischen Stimmzettel in die Urne, um damit seinem Aerger über irgend etwas, was ihm an dem Bestehenden mißfiel, Luft zu machen. Auch hatten die Redensarten, mit denen sie seither die Massen betörten, einiges von ihrer Kraft, weil viel von ihrer Wahrheit, verloren. Es gab sicherlich noch Elend genug in der Welt, aber von jener allgemeinen „Verelendigung" „des Volks", mit der man früher agitiert hatte, war denn doch in diesem letzten Jahrzehnt weniger zu sehen als zu irgend einer früheren Zeit, und es war klar genug, daß die, welche sich als Arbeiter bezeichneten, wie wenn die übrige Welt nicht auch vom Arbeiten lebte, sich ihren

guten Tag zu machen wußten und dazu imstande waren, so gut als irgend einer der verhaßten und beneideten Bourgeois.

Man hatte früher in den Versammlungen, wo man sich mit wilden Reden erhitzte, viel von der großen Revolution geredet, die das Ende der kapitalistischen Wirtschaft und den Anbruch eines tausendjährigen Reichs allgemeinen Glücks bringen sollte: „Wenn erst die Vereinigung aller Völker auf demokratischer Grundlage hergestellt sein wird, dann wird Friede sein auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen" hatte im Juni 1891 der bedeutendste ihrer Führer, Bebel, ausgerufen, und sie hatten jedenfalls diesen großen Wandel aller Dinge als sehr nahe bevorstehend, in fünf, in zehn Jahren, am Ende des Jahrhunderts, angekündigt. Danach sahen die Dinge in der Tat nicht aus. Man suchte also die Anhänger der Lehre zur Geduld zu erziehen, die Sache werde doch so schnell nicht gehen, und so verlegten sich die leitenden Häupter zunächst „innerhalb der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung", die sich so rasch nicht umstoßen ließ, auf die parlamentarische Tätigkeit, und sie entfalteten hier zum Teil, wie z. B. Bebel, der in seiner langen politischen und agitatorischen Laufbahn etwas gelernt hatte, eben durch die Rücksichtslosigkeit, mit der sie neben vermeintlicher auch wirkliche Ungebühr ans Licht zogen, eine nützliche Wirksamkeit. Mit allem Nachdruck schüttelten sie die Anarchisten von sich ab, die keine Partei, auch keine Richtung oder Sekte, sondern im Grunde nichts als eine Rotte böser Buben, der trübe Bodensatz der Gesellschaft, waren, denen das redegewaltige 19. Jahrhundert nur die Phrasen lieferte, mit denen sie das nackte Verbrechen und die bloße Gemeinheit ausstaffierten. Mit verständigem Wort bezeichnete eines der vornehmen und reichen Mitglieder der Partei, die allmählich auch einige Villenbesitzer und Millionäre zu ihren Mitgliedern zählte, der Genosse von Vollmar, auf einem ihrer Kongresse, zu Stuttgart (1898), die Lage — es könnte, meinte er — und nichts konnte wahrer sein — der Partei nichts Schlimmeres widerfahren, als wenn sie jetzt plötzlich berufen würde, das Regiment zu übernehmen, wofür sie noch keineswegs reif und gerüstet sei. So oft man im Parlament und sonst ihre Führer fragte, wie sie sich denn im einzelnen ihren Zukunftsstaat dächten, wichen sie aus: das werde sich finden, wenn erst die jetzige Ordnung beseitigt sei: in der Tat würden ihre Prinzipien, in ihren Konsequenzen verfolgt, die Gesellschaft im besten Falle in einen Zwangsverein von einem sogenannten Gesamtwillen gleich einer Herde geleiteter, selbst willenloser Wesen verwandeln.

Die Gefahr, die hier der Gesellschaft, und der deutschen insbesondere, droht, erscheint deshalb nicht unmittelbar dringend; und daß sie gleichwohl eine wirkliche, nicht bloß eingebildete ist, läßt sich sogar als etwas Heilsames ansehen: sie mahnt die Klassen, die man

die besitzenden nennt, nachdrücklich an ihre Pflicht, sich nicht bloß dem Genießen und auch nicht bloß dem Erwerben zu überlassen, sondern zu sparen und zu erwerben, um geben zu können, und sich gemeinnütziger, uneigennütziger Arbeit hinzugeben, für die es keinen Tag an tausendfältiger Gelegenheit fehlt. Sie wird heutzutage in ungezählten Vereinen geboten und auch benutzt, die freilich nicht alle sehr fruchtbringender Art sind und häufig genug bloß einen geschäftigen Müßiggang fördern.

Den schärfsten Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei bildete, so rühmten ihre Sprecher, und im gewissen Sinne auch nicht mit Unrecht, die Zentrumspartei. Während jene sich unumwunden zum Atheismus bekannte, die Religion im besten Falle als eine „Privatsache" anheimzugeben zuließ, stellte und stützte sich diese auf das Gebäude von Dogmen und Einrichtungen, das sie als katholische Kirche, in allen seinen Einzelheiten für schlechthin und ohne weitere Prüfung als göttlich, für alle schlechthin verpflichtend und von einem durch sich selbst unfehlbaren Oberhaupte geleitet, bezeichnete. Einiges hatten diese Parteien gemein: auch den Anhängern des Zentrums stand der vaterländische Staat erst in zweiter Linie gegenüber der alle Völker umfassenden, also gleich der Sozialdemokratie internationalen Papstkirche, auch sie glaubten wie diese für ihre Ziele ein unbedingtes, allen anderen Zielen und Rechten gegenüber göttliches Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, und waren demnach auch in ihren Mitteln, jenen Gegnern gegenüber, ebensowenig wählerisch als diese: dem souveränen Unglauben setzten sie den souveränen Glauben und wo nötig vielgestaltigen Aberglauben entgegen. Vor allen anderen Parteien hatte sie zwei Vorteile voraus, die ihr für die nächste und wahrscheinlich für eine längere Zukunft ein gewisses Übergewicht sichern. Der eine dieser Vorteile ist, daß sie eine Parteiorganisation besitzt, an der 18 Jahrhunderte gearbeitet haben, fertig stellt ihr ihre Priester, ihre Mönche, ihre Vereine, Bruderschaften, Kongregationen die katholische Kirche zur Verfügung, und man weiß hier nicht, und sie selbst vermischt geflissentlich diese Grenze, wo die Kirche und wo die Partei beginnt; der zweite, daß sie jede politische Frage sofort in eine religiöse verwandeln kann, und umgekehrt jede religiöse in eine politische, die Masse mit der Religion an die Politik, die höher Gebildeten mit der Politik an die Religion und so beide an die Partei festbindet. In dem langen Streit zwischen der römischen Kirche und dem preußischen Staate hatte diese Partei oder diese Kirche einen unzweifelhaften Sieg davongetragen. Der sogenannte Kulturkampf hatte mit einem „Gang nach Kanossa" geendet, und sie war nicht säumig, diesen Sieg zu verfolgen. Der kluge Führer, den ihr der untergegangene Welfenstaat geliefert, der frühere hannöversche Minister Ludwig Windthorst,

ein glänzender Vertreter einer Sache, an die er schwerlich selber wirklich glaubte, hatte der Partei, die nicht gemeint war, sich mit jenem Siege zu begnügen, die Parole für ihr weiteres politisches Handeln gegeben, im Februar 1889 im Namen des Zentrums im preußischen Abgeordnetenhause den Antrag auf Erlaß eines Gesetzes eingebracht, dessen erster Paragraph gelautet haben würde: „In das Amt eines Volksschullehrers dürfen nur Personen berufen werden, gegen welche die kirchliche Behörde in kirchlich-religiöser Hinsicht keine Einwendung gemacht hat." Es leuchtete ein, daß dieser ungeheuerliche Antrag eine der kostbarsten Errungenschaften des preußischen Staats, seinen Volksunterricht, Leuten ausgeliefert haben würde, die eben in diesem Jahrzehnt den Beweis lieferten, daß sie selber gegenüber den Ausgeburten des plumpsten Aberglaubens machtlos waren: für einen solchen Angriff war niemand im protestantischen Lager zu haben, selbst nicht der äußerst positiv gerichtete Abgeordnete Stöcker, der hier mit Nachdruck diesen protestantischen Standpunkt vertrat. Ebensowenig Glück hatte Windthorst mit dem Antrag auf Wiederherstellung der einstigen katholischen Abteilung im preußischen Kultusministerium, die, ursprünglich eingerichtet, um das Staatsinteresse gegenüber den kirchlichen Anforderungen und Übergriffen zu wahren, vielmehr umgekehrt ein Werkzeug des kirchlichen gegen das Staatsinteresse geworden und darum mit allem Recht abgeschafft worden war. Er erlebte den Triumph der Entlassung seines gewaltigen Gegners, des Fürsten Bismarck, noch (März 1890) und ebenso die fernere Niederlage, die sich die Regierung mit ihrem zweiten Sperrgeldergesetz holte. Es handelte sich dabei um Rückerstattung der Gelder, die während des kirchlichen Streits renitenten Geistlichen gesperrt worden, und die zu einem ansehnlichen Kapital, 16 Millionen Mark, aufgelaufen waren, einem Kapital, das die Regierung bis nach hergestelltem Frieden verwaltete. Ein erstes Gesetz (1890) bot von diesem Kapital eine jährliche Rente von über einer halben Million für Zwecke der katholischen Kirche, die Anträge des Zentrums verlangten aber Auslieferung des Kapitals zu freier Verfügung der Kirchenoberen, was der Kultusminister von Goßler für unmöglich erklärte. Angesichts dieser Haltung des Zentrums wurde das Gesetz in dritter Lesung verworfen (Juni 1890). Wenige Monate später brachte dieselbe Regierung ein neues Gesetz ein, welches das Unmögliche, die Auszahlung des Kapitals, nun doch möglich fand. Der Kultusminister von Goßler, ein überaus fähiger Mann, kam darüber zu Fall, und der Oberpräsident von Posen, Graf von Zedlitz-Trützschler, trat an seinen Platz, ein ausgezeichneter Verwaltungsbeamter, aber wenig vorbereitet für diese Stelle, für die ihm, der keine Universität besucht und nicht einmal ein Gymnasium völlig durchgemacht hatte, die Vorbedingungen in einem Staate wie Preußen fehlten. Er legte

am 15. Januar 1892 dem preußischen Landtage einen Volksschulgesetzentwurf vor, dessen § 12 ganz in Windthorsts Geiste den kirchlichen Oberbehörden die Befugnis gab, bei der Prüfung der Volksschullehrer durch einen Beauftragten mit Stimmrecht sich zu beteiligen. Wohin das zielte, war klar, noch klarer, wohin es mit Notwendigkeit führen mußte. Aber diesmal stimmten Konservative und Zentrum überein; von dem preußischen Ministerpräsidenten und seit März 1890 Reichskanzler von Caprivi fiel das im Munde eines fanatischen Kaplans oder hyperorthodoxen Pfarrers erklärliche, im Munde eines Kanzlers des Deutschen Reichs bis zum Einfältigen naive Wort: „Ich glaube, es handelt sich hier in letzter Instanz nicht um evangelisch oder katholisch, sondern um christlich und Atheismus." Im preußischen Land und über ganz Deutschland hin entstand nun aber eine lebhafte Bewegung. Alles, was in diesem Volke von dem Geist der Freiheit, der es zum ersten Kulturvolk der Erde gemacht hatte, einen Funken in sich spürte, lehnte sich gegen dieses Gesetz auf. In zahllosen Versammlungen, Adressen, Kundgebungen aller Art machte der protestantische und liberale Geist sich vernehmbar, und als gleichwohl bei der Kommissionsberatung sich zeigte, daß eine Mehrheit aus der konservativen und der Zentrumspartei dem Gesetz gesichert sei, faßte Kaiser Wilhem II. einen staatsweisen Entschluß, der seinem hellen Verstande alle Ehre machte. Das Gesetz, äußerte er, dürfe nicht gegen die Mittelklassen gemacht werden. Der Kultusminister wurde entlassen (17. März 1892), und die Regierung erklärte durch den Mund des neuen Kultusministers, Bosse, am 28., daß sie auf die Fortsetzung der Beratung des Volksschulgesetzes verzichte.

Es ist nicht nötig, auf die einzelnen Manifestationen, in denen sich die Macht und die Ohnmacht des Klerikalismus in Deutschland zeigte, einzugehen. Die Ausstellung des heiligen Rocks in Trier, wo kindlicher Glaube, priesterlicher Einfluß und Geschäftsinteresse im Jahre 1891 einige Monate lang gegen zwei Millionen Gläubiger und Neugieriger, 800000 mehr als im Jahre 1844, zur Verehrung dieser Reliquie herbeizogen, deren Unechtheit damals zum Überfluß dargetan worden war; die in der Tat imposanten Massenversammlungen der Katholikentage, auf denen meist mit großer Geschicklichkeit alles Gute und Glänzende der römischen Kirche und der katholischen Ausprägung des Christentums ins Licht gestellt, seine tiefen Schäden verschwiegen, geleugnet oder verhüllt wurden; die vergeblichen und wenig ernsthaft zu nehmenden Versuche, die Wiederherstellung der Mißwirtschaft des ehemaligen Kirchenstaats der Welt als eine notwendige und heilbringende Tat aufzureden, und die ernsthafteren, bis jetzt aber gleichfalls vergeblichen Versuche, dem Jesuitenorden, erprobten Staatsverderbern, wieder den Eingang ins Deutsche Reich

zu erwirken. Wirkliche Klagen über ungerechte Behandlung der Katholiken konnte die Partei nicht mehr erheben. Der Augenschein widerlegte sie gar zu sichtbar; nur mit einer hatten sie recht, richteten sie aber an die falsche Adresse. Sie machten die Entdeckung, daß in allen höheren und wichtigen Stellen im Staate — nicht in Preußen allein, sondern überall in Deutschland — an den Universitäten, in den Gerichten, in der Verwaltung weit mehr Protestanten als Katholiken sich befänden, und die Klagen über mangelhafte Durchführung des Grundsatzes der Parität bildeten fortan einen stehenden Artikel und ein kräftiges Zugstück in ihren Versammlungen und bei der Etatsberatung in den Parlamenten. Die Gegner machten sie darauf aufmerksam, daß sie dieselbe Erscheinung auch sonst überall anträfen, auch da, wohin der Arm des Staats nicht reiche, im ärztlichen Berufe, in der Technik, der Industrie, dem Buchhandel; daß in deutschen Lesebüchern für höhere Lehranstalten, die von gläubigen Katholiken zusammengestellt seien, für die mitgeteilten Lesestücke aus dem 17., 18., 19. Jahrhundert, Poesie, Geschichte, Naturwissenschaft immer je ein katholischer auf zehn protestantische Autoren komme, und dasselbe Verhältnis auf allen wissenschaftlichen Gebieten sich wiederhole, wie denn auch neben den großen Erneuerern des deutschen Geisteslebens, den im Protestantismus erwachsenen Heroen, den Klopstock, Wieland, Herder, Lessing, Goethe, Schiller, kein katholischer Name ersten und selbst nur sehr wenige zweiten oder dritten Ranges begegnen; daß endlich in Preußen z. B. auf allemal 198 Evangelische ein Schüler einer höheren Schule komme, während das Verhältnis auf katholischem Boden 366 : 1 sei. Die tieferen Gründe dieses Mißverhältnisses lagen ziemlich klar zutage und wurden von der Presse unerbittlich ans Licht gezogen. Man wies darauf hin, daß sich in den großen Weltverhältnissen dasselbe Mißverhältnis zeige, die protestantischen Nationen voranstehen und voranschreiten, die katholischen zurückbleiben oder zurückgehen — desgleichen in den wirtschaftlichen Verhältnissen, der größere Wohlstand durchgängig in protestantischen Gegenden und protestantischen Händen sei, und daß man darin eine Folge der vielen Feiertage und des allzu reichlich bemessenen geistlichen Müßiggangs erkenne, dessen Wirkungen mit der Zeit sich ebenso summieren, wie die Wirkungen des Priesterzölibats, der keine Familientradition, keine Fortpflanzung geistigen Besitzes auf Kinder und Enkel gestatte, wie im evangelischen Pfarrhause; und endlich, daß wo der Geist wissenschaftlichen Forschens schon nach wenigen Schritten an einer äußeren und unüberschreitbaren Schranke sich stoße, er auch innerhalb dieser Schranken sich frei zu bewegen verlerne, und daß dies seit Verkündung der päpstlichen Unfehlbarkeit notwendigerweise immer schlimmer werden müsse. Daß hier ein ungeheures Defizit auf katholischer Seite vorhanden war, blieb redlichen und einsichtigen

katholischen Männern nicht verborgen, und einer von diesen, ein Professor der Theologie in Würzburg, Schell, beleuchtete in einer Schrift: Der Katholizismus als Prinzip des Fortschritts (1898), diese Sachlage, die eben ihnen, den Redlichen und Einsichtigen, viel zu denken gab. Indes eine tiefere und fruchtbare Bewegung scheint daraus nicht zu werden: in Rom denunziert, unterwarf sich der Professor nach einigen mutigen Worten doch der römischen Verurteilung dessen, was er als seine Überzeugung errungen und bekannt hatte (1899). Ein anderes, erfreulicheres, tritt jedoch gleichfalls zutage. Dem Reichsgedanken steht diese Partei nicht mehr so fern, nicht mehr mit heimlicher oder offener Feindschaft gegenüber, wie damals, als sie unter der Führung Windthorsts stand. Sie war scharfsichtig genug um zu sehen, daß für sie das Deutsche Reich immerhin noch ein günstigerer Boden war als Frankreich und Österreich, oder Spanien und Italien. Die Kraft des neuerwachten Nationalbewußtseins hatte sich auch hier nicht unbezeugt gelassen: für die Wiederkehr der Welfen nach Hannover, der tyrannenerzeugenden hessischen Dynastie nach Kassel erwärmte sich niemand mehr als eine kleine Schar, die nichts gelernt und alles vergessen hatte. Des rühmlichen Anteils, den die Partei an dem großen Einheitswerk des Bürgerlichen Gesetzbuchs genommen, haben wir schon gedacht, in nationalen Fragen der Kolonialpolitik, der Erhaltung und Vermehrung der nationalen Wehrkraft in Heer und Kriegsflotte fand man die Partei ganz oder teilweise auf der richtigen Seite, und wenn wir in das einzelne des unendlich reichen Lebens der Nation in diesem letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts eintreten dürften, so würden wir bei vielen gemeinnützigen Bestrebungen, bei zahllosen Veranstaltungen und Vereinigungen katholische und protestantische Männer und Frauen in guter Eintracht tätig finden.

Äußerlich betrachtet war der Ultramontanismus, die Ausprägung, welche die Jesuiten dem Katholizismus gegeben, in siegreichem Vordringen, und der Ausruf eines ihrer Eiferer: „Katholisch ist Trumpf", war so, wie die Karten in Deutschland lagen, berechtigt: vor allem die katholische Kirche selbst, auch ihre Bischöfe hatte er sich untertan gemacht, und unzweifelhaft zeigt hier das Ende des 19. Jahrhunderts und namentlich in Deutschland sehr viel unerfreulichere Züge als die Zeiten unmittelbar nach dem Sturz Napoleons I. Indes sind die Siege dieser Weltanschauung doch mehr äußerlicher Art und mehr scheinbare, und sie wiegen die schweren Niederlagen nicht auf, die dieser Ultramontanismus durch die Ereignisse von 1859 und 1860, 1866 und namentlich 1870 und 1871, und neuerdings (1899) durch das klägliche Unterliegen Spaniens und die schwere innere Zerrüttung Österreichs erlitten hat. Die evangelische Kirche in Deutschland entbehrte der Geschlossenheit und der Zwangsgewalt,

mit welcher die katholische und der sie beherrschende jesuitische Geist ihre Glieder bindet und ihren Klerus und hinter diesem ihre Masse „wie ein Regiment" marschieren läßt. Während hier über die dogmatische Grundlage der Kirche volle Einigkeit herrscht, tummeln sich in der evangelischen Kirche gerade auf dem Gebiet der Lehre die Gegensätze. Die biblischen Schriften bilden wie seither den Gegenstand tiefeindringender Untersuchungen, und die alte supranaturalistische Auffassung von einer unmittelbaren Inspiration der Heiligen Schrift, die alte Buchstabengläubigkeit, schwindet mehr und mehr; das sogenannte apostolische Glaubensbekenntnis, das seinen Namen mit großem Unrecht führt, da es unmittelbar mit Aposteln und apostolischem Zeitalter nichts zu tun hat, ward lebhaft angefochten und bindet die Gewissen nicht mehr wie einst. Der Kaiser selbst, an dem die freieren Anschauungen seiner beiden Eltern nicht spurlos vorübergegangen waren, sprach am 31. Oktober 1892 bei der Einweihung der erneuerten Schloßkirche zu Wittenberg das gute Wort: „Es gibt in Glaubenssachen keinen Zwang, hier entscheidet allein die freie Überzeugung, und daß sie allein entscheidet, ist die gesegnete Frucht der Reformation." Dessen waren auch im allgemeinen die leitenden Männer des Kirchenregiments in Deutschland eingedenk. Die streng orthodoxe Partei, die in Preußen ihr Organ und ihren Sammelpunkt in der Kreuzzeitung hatte, drang mit ihrem wütenden Hasse gegen den kirchlichen Liberalismus und die von ihm gepflegte Wissenschaft nicht durch: sie erlebte im Jahre 1896 die schwere Demütigung, daß eines ihrer erkorensten Werkzeuge, der frühere Redakteur jenes Organs, als niederträchtiger Heuchler entlarvt, wegen schandbarer Vergehungen und Verbrechen zu fünf Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt wurde. Dieser Partei, die ihre Hauptstütze in den Pastoren und dem Junkeradel des Ostens hatte, war das Überwiegen der freieren Richtung, der biblischen und kirchengeschichtlichen Kritik in den theologischen Fakultäten der deutschen Universitäten besonders fatal: sie verlangte Mitwirkung der Generalsynode und ihres Ausschusses bei der Besetzung der theologischen Professuren und stimmte wohl auch mit ein, wenn irgend ein hitziger Redner des Zentrums über den Materialismus und Atheismus der Universitätsprofessoren im allgemeinen deklamierte. Allein dies hatte doch selbst bei den Extremsten von evangelischer Seite seine Grenzen, und als im Februar 1895 ein Zentrumsabgeordneter, Rintelen, dessen Name in der Geschichte der Wissenschaft erhalten zu werden verdient, die letzte Konsequenz ultramontaner Feindschaft gegen Forschung und Wissenschaft zog mit einem Antrag im Reichstage, in welchem Geldstrafe bis zu 600 Mark oder Gefängnis bis zu zwei Jahren verlangt wurde, wo einer öffentlich oder vor mehreren, oder durch Druck, Schrift oder Bild das Dasein Gottes, die

Unsterblichkeit der menschlichen Seele, oder den religiösen und sittlichen Charakter der Ehe angreife oder leugne, da fand diese unsinnige Anrufung der Polizei gegen die wissenschaftliche Erörterung tiefster und ernstester Probleme doch auch bei jenen Extremen unter den Konservativen nur sehr schwachen Widerhall. Ein Sakrilegiumsgesetz wie das französische vom Jahre 1825 war in Deutschland und am Ende des 19. Jahrhunderts doch nicht mehr möglich. Der Schwerpunkt bei diesem die Jahrhunderte seit dem 16. und schon früher erfüllenden Ringen lag nicht mehr in dem Gegeneinander der Kirchen und der Theologien. Dem scheinbar siegreichen Romanismus stellt sich ungebeugt, langsam aber stetig vordringend auf den weiten Gebieten menschlichen Denkens und Forschens, täglich neue Wahrheit findend, verbreitend, vorbereitend nicht etwa die lutherische oder reformierte Kirche, sondern der Protestantismus in seinen vielfachen Formen und Gestalten entgegen. Es ist der Geist des Fortschritts auf allen Gebieten, der sich, namentlich in Deutschland, zu tief eingewurzelt und zu viele Organe geschaffen hat, als daß er durch die Art Mächte und Menschen, wie sie jeden Fortschritt seit 400 Jahren bekämpft haben und jeden schließlich haben mitmachen müssen, in seinem Gange noch gehemmt werden könnte. Für diesen wissenschaftlichen Fortschritt auf allen Gebieten, dem sich Entdeckung an Entdeckung reihte, brauchte in Deutschland keine Regierung mehr die Initiative zu ergreifen, und auch gelegentliche Säumnisse oder Rückfälle wurden und werden durch die in der Nation waltenden freien Kräfte überwunden. An solchen Versäumnissen und gelegentlichen Mißgriffen fehlt es freilich nicht. So konnte die im Jahre 1870 auf katholischem Boden selbst erwachsene Opposition des tapfern Häufleins der Altkatholiken bei der weitverbreiteten Gleichgültigkeit gegen religiöse Ideen in den höheren Klassen, der hoffnungslosen Beschränktheit der Massen und der Ungunst der Regierenden keine weiteren Fortschritte machen, sondern nur eben notdürftig ihre Stellung behaupten; so machte die im Jahre 1890 unter lebhafter persönlicher Beteiligung des Kaisers rasch ins Werk gesetzte, in ihren Wirkungen sehr zweifelhafte Reform des Mittelschulwesens in Preußen dem Dilettantismus und der Weichlichkeit der leitenden Klassen sehr bedenkliche Zugeständnisse: indes darf man doch bei dem Ernst, der allen solchen Fragen gewidmet wird, der ferneren Entwickelung mit gutem Vertrauen und muß ihr in jedem Fall ohne pessimistisches Verzagen entgegensehen. In Wahrheit zeigt doch die deutsche Nation ein Menschenalter nachdem sie die politische Form für ihr Leben und damit von neuem eine ihrer Bedeutung entsprechende Weltstellung gefunden hat, ein im ganzen erfreuliches und in jedem Fall ein sehr reiches Bild. Zwei Züge darf man noch hervorheben: das gesunde Verhältnis zwischen den zentralistischen und den föderа-



Reichskanzler Graf v. Caprivi.

listischen Elementen, Einheit im Notwendigen, Freiheit in nicht unbedingt Notwendigem, und die ungeschwächte Kraft des monarchischen Gedankens im Kaisertum. Jenes wird nur wenig angefochten durch einzelne partikularistische Schwachheiten, wie das beinahe kindlich oder kindisch zu nennende Festhalten einzelner Staaten wie Bayern oder Württemberg an ihren eigen gefärbten oder gezeichneten Postwertzeichen (1899), und diese zeigt sich bei den Reisen durch das Reich, mit denen Wilhelm II. der alten Tradition des deutschen Königtums treu blieb, und bei denen er allenthalben, auch im Elsaß, sich aufs beste empfangen sah. Unversöhnliche Elemente hat das Reich nur an den Polen, einem allerdings nur langsam und allmählich zusammenschwindenden und an Einfluß verlierenden Teil der elsaß-lothringischen Bevölkerung, den wenigen Dänen in Nordschleswig. Der Kaiser wußte seine Persönlichkeit geltend zu machen und imponierte auch dem Ausland, wie dies namentlich bei seiner Reise in den Orient zur Einweihung der evangelischen Kirche in Jerusalem (Oktober 1898) sichtbar war. Die Nation selbst verlangt von ihrem Haupte eine andere als jene bloß dekorative Stellung, die das konstitutionelle Königtum in Staaten wie England, Belgien oder Holland einnimmt, und wenn dann und wann eine Äußerung fiel, die ein allzu großes monarchisches Selbstgefühl zu verraten schien, so durfte man sich im Lande der Geistesfreiheit, das allmählich auch ein Land des freien Wortes geworden war, wohl sagen und es auch laut aussprechen, daß die Zeiten absoluten Regiments in dem Deutschland des 19. Jahrhunderts unwiederbringlich vorüber seien, daß aber sein Herrscher wie jeder das Recht haben müsse, eine eigene Ansicht nicht bloß zu haben, sondern auch in der ihm gutscheinenden und wäre es dann und wann auch nur vom Augenblick eingegebenen Form zu äußern. Eine sehr unzweideutige Kundgebung seines selbständigen Wollens war das große Ereignis des Jahres 1890: am 20. März erhielt Fürst Bismarck die erbetene Entlassung, und an seine Stelle als Reichskanzler und preußischer Ministerpräsident trat der General Lothar von Caprivi. Die Trennung konnte bei solchen Männern nicht in ganz gelinder Weise sich vollziehen, obwohl der Kaiser es an Ehren und anerkennenden Worten für den Mann des Jahrhunderts nicht fehlen ließ. Den unmittelbaren Anlässen nachzuspüren, verlohnt der Mühe kaum: daß zwischen einem Manne von dieser Vergangenheit und Erfahrung, dem seine Taten und sein überlegener Geist eine Autorität ohnegleichen gaben, und einem jungen, feurigen, eigenartig entwickelten Herrscher Meinungs- und Stimmungsverschiedenheiten über wichtige Fragen bestanden, und daß dieser Herrscher vor Verlangen brannte, selbst etwas zu bedeuten, und deshalb die Wucht des großen Namens und der großen Vergangenheit seines ersten Beamten ungern trug, ist sehr erklärlich, weil sehr natürlich. In

einer Beziehung aber war es für die Nation eine glückliche Fügung, daß Bismarck beiseite trat. Man machte noch bei seinen Lebzeiten eine Art Probe auf sein Werk, und daß diese Probe bestanden wurde, bewies die überlegene Kraft und Genialität des Meisters. Für diesen Meister selbst aber eröffnete sich nun eine Wirksamkeit ganz eigener Art — eine Wirksamkeit, wie sie wohl niemals ein Staatsmann eines großen Landes in diesem Maße hat entfalten dürfen. In den acht Jahren, die ihm noch gegönnt waren, bis er am 30. Juli 1898 in seinem bescheidenen Schloß oder Haus zu Friedrichsruhe starb, trat er fast in derselben Weise wie einst auf religiösem Gebiete Martin Luther der ganzen Nation als ihr großer Lehrer in der Politik nahe. Im Jahre 1892 bei einer Reise nach Wien und von dort zurück, wo ihm allenthalben die begeistertsten Huldigungen dargebracht wurden, im Jahre 1895 bei Gelegenheit seines 80. Geburtstags und auch sonst, wo keine besondere Gelegenheit dazu einlud, erschienen die Vertreter aller möglichen Körperschaften — Städte, Landschaften, Universitäten, Vereine, Schulen — vor ihm und gaben ihm den Anlaß, in Reden, die wie die Luthers und wie die nach seinem Tod erschienenen Gedanken und Erinnerungen (1898) ein dauerndes Besitztum der Nation sein werden, und die alle das Gepräge eines überaus reichen, originellen, vielseitigen und dabei doch höchst bestimmten, positiven und klaren Geistes trugen, sich über seine ganze Laufbahn und über alle wichtigsten politischen Begriffe und Bestrebungen, fast könnte man sagen über alles Menschliche in seinen Beziehungen zum Staate auszusprechen. Und niemals hatte ein Redner ein dankbareres Publikum: was bestimmt gewesen war zu hemmen, wie die höchst ungeschickten Weisungen, mit denen sein Nachfolger die Eindrücke der Wiener Reise abschwächen wollte, wie die einer Ratsversammlung von Schildbürgern würdige Handlungsweise der Mehrheit des deutschen Reichstags, die es ablehnte, ihm zu seinem 80. Geburtstag auch die Glückwünsche dieser wesentlich durch ihn geschaffenen ersten Körperschaft des Deutschen Reichs darzubringen, diente nur dazu, seine Bedeutung zu erhöhen und jene großwortige und tatenscheue Mittelmäßigkeit ins Licht zu rücken, der er in den 30 Jahren der Kämpfe seines staatsmännischen Lebens seine Erfolge abgerungen hatte. Und mochte die Masse der Ultramontanen, die allerdings einige Ursache hatten, in ihm den Fortsetzer des im 16. Jahrhundert begonnenen Werkes und ihren Besieger auf dem großen Weltkampfplatze zu hassen, mochten die aufgeblasenen Besserwisser aus dem Jahre 1848 und ihre Epigonen an seinen menschlichen Schwächen und den so ganz von den liberalistischen verschiedenen Wegen und Umwegen seiner Politik sich ärgern: die Nation im ganzen, auch die Urteilsfähigen unter seinen Gegnern empfanden mit Stolz, daß während 30 Jahren in diesem an Demütigungen für den deutschen



v. Bismarck.

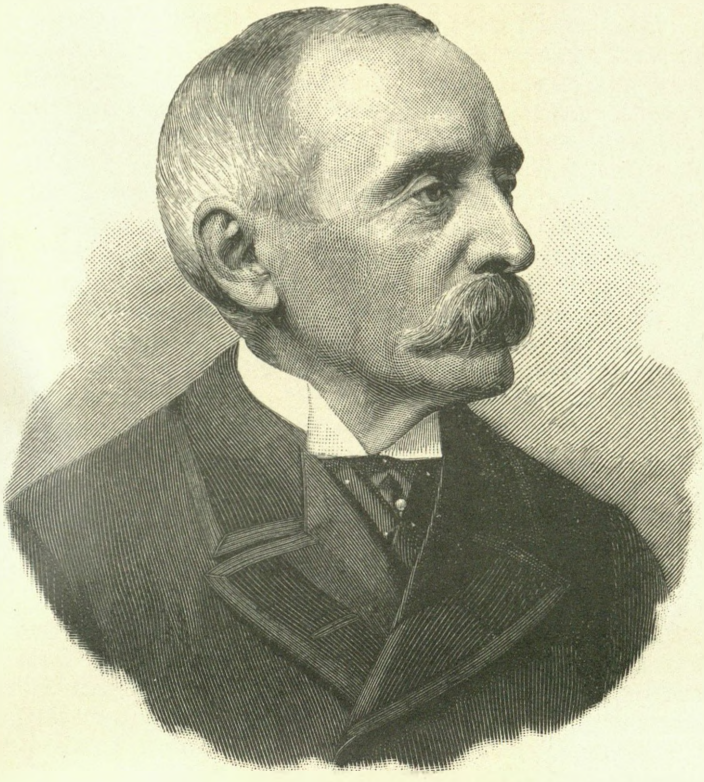
Namen so reichen Jahrhundert ein Mann deutschen Blutes und deutscher Art im Mittelpunkte der Weltgeschicke gestanden und das Interesse aller Zeitgenossen im armseligen Negerdorf wie in den Palästen der Fürsten und der Parlamente auf sich vereinigt hatte.

Wie bei allen großen Männern zeigte sich sein Wert darin am glänzendsten, daß sein Werk, auch als er selbst dem allgemeinen Lose der Menschen verfallen war, sich als lebensfähig erwies. Sein Nachfolger war kein genialer, aber ein kenntnisreicher, verständiger und gemäßigter, auch durchaus ehrlicher Mann, der zwar keine umfassenden Gesichtspunkte und weder die Kühnheit noch die Klarheit Bismarcks besaß, aber sich mit Geschick zwischen den Parteien hielt, die auswärtige Politik, die während seiner Amtsführung keine allzu schwierigen Probleme stellte, in den seitherigen Geleisen weiter führte, verständige Maßregeln wie die Handelsverträge, deren wir gedacht haben, und die wichtige Steuerreform in Preußen (1892) mit Einsicht unterstützte, die große Maßregel der Militärvorlage, nachdem sie zuerst Mai 1893 abgelehnt und der Reichstag aufgelöst war, mit dem neuen Reichstage zustande brachte, der die zweijährige Dienstzeit der Infanterie und Friedenspräsenzstärke von 479 229 Mann mit 201 gegen 185 Stimmen annahm, und der sich nicht zum Werkzeug der anspruchsvollen Konservativen und Agrarier machen ließ. Seine Laufbahn endigte am 26. Oktober 1894, und er verschwand im Dunkel des Privatlebens, wenn ohne besonderen Ruhm, so doch mit Ehren. Er wurde ersetzt durch einen vielfach bewährten, staatsmännisch bedeutenden und erfahrenen Mann des deutschen Hochadels katholischen Bekenntnisses, aber von liberaler Gesinnung, Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst, der sich als bayrischer Ministerpräsident, deutscher Botschafter in Paris und seit 1894 Statthalter im Reichsland längst außergewöhnliche Verdienste um das Reich erworben hatte.

Der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches hatte Bismarck die Richtung gegeben und ihr durch seine machtvolle Persönlichkeit wie durch Sach- und Personenkenntnis und seinen durchdringenden Scharfblick Nachdruck verliehen; sein Nachfolger versicherte in seiner ersten Rede (15. April 1890) vor dem preußischen Abgeordnetenhaus, daß „der alte Kurs" beibehalten werden solle. Im Juni des Jahres 1891 vernahm man mit großer Befriedigung, daß der Dreibund mit Österreich und Italien auf weitere sechs Jahre verlängert sei, und dieser Bund tat seine Dienste. Der Friede blieb gewahrt, und Kaiser Wilhelm II. ließ sich angelegen sein, bei den verschiedenen Höfen durch Abstattung und Empfang gelegentlicher Besuche das, was man die guten Beziehungen der Mächte zueinander nennt, zu pflegen: sehr effektvoll war in dieser Beziehung die Reise, welche das kaiserliche Paar im Jahre 1898 nach Jerusalem und den heiligen Stätten unternahm, wo es galt, die erste evangelische Kirche in der

heiligen Stadt einzuweihen. Die Reise führte, wie sich versteht, über Konstantinopel, wo der Sultan Abdul Hamid in glänzender Weise seinen Dank für so manchen guten Dienst, den ihm Deutschland geleistet, abstattete. Überall sah sich der Deutsche Kaiser, der sich auf diesem Boden mit großer Sicherheit und bestem Takte bewegte, von Christen und Mohammedanern aufs beste empfangen. Gelegentliche Irrungen, z. B. im Jahre 1889 mit der Schweiz, aus Anlaß der brutalen Behandlung eines ungeschickten Beamten der deutschen Kriminalpolizei, Verstimmung über ein und das andere rasche Wort, wie etwa im Jahre 1895, wo in England die ganze Zeitungswelt und ihr Publikum sich gewaltig aufregte über die zwischen dem Deutschen Kaiser und dem Präsidenten der Transvaalrepublik gewechselten Telegramme, und ähnliches bedeutete wenig: und auch das russisch-französische Bündnis, das als Zweibund neben dem Dreibund sehr wohl bestehen und der Welt einstweilen nichts schaden konnte, stellte der auswärtigen Politik keine besonders schwierigen Aufgaben. Diese Politik, bei den Fragen, die im fernen Osten auftauchten, dem Chinesisch-Japanischen Krieg, und der jüngsten Phase der alten orientalischen Frage, den Wirren auf Kreta und dem Türkisch-Griechischen Krieg und seinen Folgen (1898—1899), geleitet von dem klug-verständigen Haupte des Fürsten Hohenlohe und einem ausgezeichneten Staatssekretär, von Marschall, seit 1897 von dem nicht minder hervorragenden von Bülow, erwies sich durchaus der Stellung würdig, die Deutschland seit 1891 wieder in der Welt einnahm, und die ihre Probe bei dem jüngsten welthistorischen Ereignis, dem Zusammenstoß der europäischen Welt mit der chinesischen, mit Glück bestanden hat.

Diese neue und sehr ungewohnte Stellung als einer Weltmacht ersten Ranges hatte mit einer Art Naturnotwendigkeit der deutschen Nation eine neue Aufgabe und Pflicht, oder wie das Zeitungswort jetzt überall lautet, eine neue Frage gestellt, über die man freilich in den Zeiten des Bundestags sich den Kopf nicht zu zerbrechen hatte: die der Kolonialpolitik. Daß eine Nation, die schon im Jahre 1890 über 50 Millionen zählte, eine Bevölkerung, die, mit fast unheimlicher Schnelligkeit wachsend, von 1887 bis 1896 nicht weniger als 836 630 Auswandernde aus ihrem Schoß entlassen hatte, von der zahlreiche Glieder überall jenseits der Meere saßen, die Verpflichtung hatte, sich an der überseeischen Kulturarbeit nicht bloß durch Kaufleute und Missionare, sondern durch den Schutz und Rückhalt der Macht, den es den Unternehmungen wagemutiger Volksgenossen schuldete, und wo es möglich war, noch unmittelbarer durch Kolonisation zu beteiligen: das wurde mehr und mehr jedem, auch wer, wie Fürst Bismarck von sich sagte, „von Hause aus nicht Kolonialmensch“ gewesen, deutlich. Wir haben gesehen, daß die Führer der



Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst.

römisch-katholischen Partei, deren Gesichtskreis die großen Verhältnisse ihrer Kirche zu erweitern geeignet sind, mehr und mehr auf diese neuen Wege deutscher Politik eingingen, und so gewöhnte man sich in diesem Jahrzehnt auch mehr und mehr an den Gedanken, daß das Reich die bis dahin gewonnene Stellung — überseeischer Besitz im Umfang von 2 265 000 Quadratkilometern — nicht aufgeben dürfe, sondern womöglich noch erweitern und vor allem stärken müsse. Ein Teil der sogenannten deutsch-freisinnigen Partei sowie die Sozialdemokratie setzten dieser Bewegung, die, wie natürlich, große Aufwendungen zur Verstärkung der Kriegsflotte verlangte, Widerstand entgegen: jene, die Partei des liberalen Philistertums, weil sie den kleinlichen Geist der Opposition gegen alles, was Geld kostete, nicht los werden konnte, diese, weil sie der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, zu der allerdings auch dieser Teil der Politik gehörte, auch hier in den Weg treten wollte, und einige Male dazu unglücklicherweise auch Handhaben erhielt durch grobe Ungebühr, zu der einzelne Beamte, wie u. a. auch der um die Anfänge der überseeischen Erwerbspolitik besonders verdiente und seinerzeit hochgefeierte Dr. Karl Peters, ihre Macht und deren schwankende Grenzen mißbrauchten. Daß die neue Bahn schwere Opfer kosten mußte und ihr nicht sofort Früchte entsproßten, war nicht anders zu erwarten: so erlitt z. B. im März 1889 die junge deutsche Marine schweren Verlust durch einen Orkan, der drei ihrer Schiffe im Hafen von Apia auf der Hauptinsel der Samoagruppe zerscheiterte; so kam 1891 eine unglückliche Nachricht aus Ostafrika, wo eine Expedition unter Leutnant Zelewski von dem Eingeborenenstamm der Wahehe zersprengt wurde, so ging im Juli 1896 das Kanonenboot Iltis mit seiner ganzen Mannschaft in einem Wirbelsturm an der chinesischen Küste unter. Man durfte sich damit trösten, daß hoher Patriotismus, todesverachtende Tapferkeit und sichere Einsicht auch auf diesem neuen Felde der Betätigung sich rühmlich bewährte, mit einem Hoch auf Kaiser und Reich versank die wackere Mannschaft des Iltis. Die Arbeit wurde mit Eifer fortgesetzt, und Fürst Hohenlohe, der von Anfang an dieser Bewegung nahegestanden hatte, stellte auch hier seinen Mann. Die öffentliche Meinung wurde mehr und mehr diesen Bestrebungen günstig, und als im November 1897 auf die Nachricht von der Ermordung katholischer deutscher Missionare in der chinesischen Provinz Schantung von der Regierung in Peking Genugtuung verlangt wurde und, um dieser Forderung Nachdruck zu geben, das deutsche Kreuzergeschwader in Ostasien im Golf von Petschili in der Kiautschoubucht einlief, da empfand alle Welt in Deutschland über dieses energische Handeln Genugtuung, und bald erfuhr man mit Freude, daß die Besetzung nicht bloß eine vorübergehende sein solle, daß Deutschland dort bleiben, daß Deutschland,

wie der Staatssekretär von Bülow mit glücklichem Wort sich ausdrückte, sich auch seinen Platz in der Sonne zu sichern gedenke. Es war ein mäßiger Raum von wenigen Quadratmeilen, der hier den Deutschen in Form eines Pachtvertrags überlassen wurde, umgeben von einer größeren Zone, innerhalb deren von chinesischer Seite keine Anordnungen getroffen werden durften ohne deutsche Zustimmung: aber es war ein glücklicher Anfang, ein Stützpunkt für Handel und Schiffahrt an wichtiger Stelle gewonnen in einer Zeit, wo für das ungeheure ungefüge chinesische Reich mit seinen 10 Millionen Quadratkilometern Flächenraum und seiner Bevölkerung von 400 Millionen eine neue Epoche anbrach oder heraufgeführt werden mußte und auch dieser gewaltige Länderraum unaufhaltsam in die Kulturströmung, die von Europa ausging, hineingezogen wurde. Diese Vorgänge kamen der Vorlage zugute, welche die Reichsregierung dem Reichstag behufs Vermehrung der Flotte machte, und die der Kaiser am 30. November 1897 in besonders nachdrücklicher Weise in seiner Thronrede ankündigte: am 15. Dezember verabschiedete er sich in Kiel von seinem Bruder Heinrich, den er mit dem Oberbefehl über das in Ostasien vereinigte deutsche Geschwader betraute. Ein neues Blatt in der Geschichte der deutschen Nation ist hier aufgeschlagen. Und vielleicht zeigt sich nirgends deutlicher als hier der große Wandel, der in den letzten 40 Jahren mit diesem Lande vor sich gegangen ist: wer die Schmach des ersten und zweiten Dänischen Kriegs und den Verkauf der ersten deutschen Flotte auf Befehl und für Rechnung des im Jahre 1850 noch einmal wiederhergestellten alten Deutschlands miterlebt hat, dem wird es wie ein Wunder erscheinen, daß er in seinen alten Tagen noch erlebt, wie deutsche Kriegsschiffe an allen fernsten Küsten von deutschen Landsleuten begrüßt werden und überallhin die Kunde von der wiedererstandenen Macht und Herrlichkeit des deutschen Volkes tragen. Dem verschloß sich auch die Mehrheit des Reichstags nicht. Die Flottenvorlage wurde am 2. März 1898 mit 212 gegen 139 Stimmen angenommen. Die Ereignisse auf dem Welttheater, die sich seither zugetragen, haben gezeigt, daß man auch bei dieser Steigerung der Seemacht nicht stehen bleiben darf. Schon nach kurzer Zeit war deutlich, daß auch die im Jahre 1898 beschlossene Vermehrung der Seemacht nicht genügte, und am 15. Juni 1900 konnte der Kaiser, der diese Sache mit ganzer Kraft förderte, das neue Flottengesetz bestätigen, das die Bewilligungen des vorigen nahezu verdoppelte.

2. Österreich-Ungarn.

Die jüngste Geschichte der habsburgischen Monarchie bietet dem Blick zunächst ein fast undurchdringliches Chaos sogenannter Fragen,

die alle der eigentümlichen Zusammensetzung des Reichs sowie der Tatsache entspringen, daß seit der Mitte unseres Jahrhunderts dasjenige, was man der Kürze wegen die Nationalitätsidee nennt, mit wachsender Stärke sich geltend machte — jedes Volk, das dieselbe Sprache redet und damit zugleich eine Gemeinsamkeit der Sitte und in der Regel auch der Religion verbindet, sich in sich selbst abzuschließen und mehr noch andere abzustoßen, und sofern sie als Minderheit in ihrem Schoße wohnen, aufzusaugen und zu vergewaltigen trachtet. Es liegt in der Natur der Dinge, daß wo ein solcher Drang in einem Volke einmal angesetzt hat, er kurzsichtig und leidenschaftlich sich über alle Rücksichten auf das Heil des Ganzen, dem es angehört, und ohne auf Vernunft- oder Verstandsgründe zu hören, auch über die Erwägung des eigenen Vorteils hinwegsetzt. Daß dies für dieses Reich unendliche und fast verzweifelte und unlösbare Schwierigkeiten mit sich führen muß, haben wir längst gesehen. In früheren Zeiten hatte die römisch-katholische Kirche, der die ungeheure Mehrheit der Bevölkerungen angehörte, in engem Bunde mit der habsburgischen Dynastie um die verschiedenen Nationalitäten ein einigendes Band geschlungen. Diese einigende Kraft aber hatte der Katholizismus, so mächtig auch seine Kirche blieb, doch zu gutem Teile eingebüßt, so daß diese Kirche nicht mehr imstande war, der Nationalitätsidee die Wage zu halten. Der monarchische Wille aber war seit den Stürmen von 1848, von 1859, von 1866 verfassungsmäßig beschränkt und an die Mitwirkung großer parlamentarischer Körperschaften neben den Landtagen der einzelnen Kronländer gebunden, Körperschaften, in denen die nationalen Leidenschaften einen breiten Tummelplatz fanden. Schwer strafte sich an diesem Reiche, daß die elende Regierung des Kaisers Franz II. und des Fürsten Metternich in der ganzen Gnadenzeit seit 1815 bis 1848 nichts getan und gedacht hatte, als nur „das Bestehende zu erhalten", anstatt es weiterzubilden und damit lebensfähig zu erhalten. Von seinen drei Weltstellungen, der deutschen, italienischen und der Donaustellung, war ihm seit 1866 nur mehr die letztere geblieben, und im Verfolg der Ereignisse dieses letzten Jahres war durch den „Ausgleich" des Jahres 1867, wie man sich erinnert, das Reich in zwei Hälften, die diesseits und die jenseits der Leitha, Zisleithanien und Transleithanien, zerlegt worden. Für die gemeinsamen Angelegenheiten bestanden als gesetzliche Organe einige gemeinsame Minister und die alljährlich zusammentretenden Delegationen der beiderseitigen Parlamente. Man muß demnach, wenn man die höchst verwickelten Verhältnisse dieses seltsamen Staatsgebildes sich einigermaßen deutlich machewill, diese drei Teile, zisleithanische, ungarische und gemeinsame Ann gelegenheiten, auseinanderhalten.

Das schwierigste Problem für die zisleithanische Hälfte bildete auch während dieses letzten Jahrzehnts das Land Böhmen. Von der Gesamtbevölkerung dieses Kronlandes, 5843000, waren 62,79 % tschechisch und 37,20 deutsch: wenn es gelang zwischen der tschechischen Mehrheit und der an Bildung überlegenen deutschen Minderheit einen dauernden Frieden und endgültigen Ausgleich zustande zu bringen, so waren die übrigen aus dem Nebeneinander verschiedensprachiger Völker entspringenden Fragen von geringer Bedeutung. Im Jahre 1890 wurde ein ernsthafter Versuch zu einer solchen Verständigung, die zunächst zum Wiedereintritt der Deutschen in den böhmischen Landtag führen sollte, gemacht. Verhandlungen wurden unter dem Vorsitz des leitenden Ministers, Grafen Taaffe, gepflogen, bei denen der Führer der alttschechischen Partei, Rieger, von deutscher Seite ein gleich angesehener Parteiführer, Plener, die Hauptpersonen waren, und ein Protokoll über eine Anzahl verglichener Punkte kam auch glücklich zustande. Allein bald trübten sich die Aussichten wieder. Die von radikal-demokratischen bis zu hussitischen Anschauungen vor- oder rückwärtsgeschrittene Partei der Jungtschechen, die bei dem angeborenen Deutschenhaß des tschechischen Volkes mehr und mehr die gemäßigten Elemente überflügelte, wollte nichts vom Vergleichen, und Anfang 1891 traten demnach die Alttschechen von dem vereinbarten Ausgleich wieder zurück, für den der Kaiser Franz Josef selbst vergeblich seine Autorität einsetzte. So zeigte eine Landesausstellung zu Prag, auf der man die Versöhnung festzustellen gehofft hatte, vielmehr die Gegensätze in ihrer alten Schärfe. Bei der Anwesenheit französischer Studenten im Mai kam es zu lärmenden Kundgebungen der Jungtschechen, deren Haß gegen die Deutschen sich an französischen und russischen Sympathien stärkte, und einer ihrer Führer, Gregr, hielt im Dezember im Wiener Reichsrat eine überaus leidenschaftliche Rede gegen die Dreibundspolitik der Regierung, bezeichnete Deutschland als den Erbfeind und sprach davon, daß die Tschechen sich in Österreich wie in einer babylonischen Gefangenschaft fühlten: bei jeder Gelegenheit wiederholten sich tumultuarische Szenen im Reichsrat und, noch etwas gröber, in den Straßen von Prag. Demgegenüber näherte sich Taaffe, der, wie auch nicht leicht anders möglich, bald nach der einen, bald nach der anderen Seite neigte, den antitschechischen Parteien im Reichsrat, der „Vereinigten deutschen Linken", dem „Polenklub" und dem „Klub der Konservativen" (Januar 1893): darin bestärkte ihn im Mai ein großer Skandal, den die Jungtschechen im Prager Landtag erregten, und der sich in neuen Straßentumulten fortsetzte: im September ermannte sich die Regierung zu Ausnahmeverfügungen für Prag und Umgebung. Dem antwortete ein Mord, von Mitgliedern eines tschechischen Geheimbundes, der Omladina, im Dezember jenes Jahres an einem an-

geblichen Polizeiagenten verübt. Im Oktober 1893 hatte Taaffe eine Vorlage eingebracht, nach welcher künftig die Wahlen zum Reichsrat, doch unter Beibehaltung der Gruppe der Großgrundbesitzer, nach allgemeinem Wahlrecht erfolgen sollten. Diese Vorlage wurde durch die vereinigte deutsche Linke zu Fall gebracht, Graf Taaffe nahm seine Entlassung (28. Oktober), und Fürst Windischgrätz bildete nunmehr ein Koalitionsministerium aus Konservativen, Klerikalen, Polen und der vereinigten Linken, aus deren Mitte Plener die Finanzen übernahm. Es hielt sich bis Juni 1895. Eine an sich geringfügige Frage, die Errichtung slowenischer Parallelklassen an dem deutschen Gymnasium zu Cilli in der Steiermark — denn auch die Slowenen machten ihre Ansprüche, und ihr Sprecher, der ehrgeizige Bischof Stroßmeier, sprach von einer „noch unerlösten" slowenischen Brudernation; sie zählte etwas über eine Million unter den 43 der Monarchie — sprengte dies Ministerium auseinander. Im Oktober trat der Statthalter von Galizien, ein Pole, Badeni, an die Spitze der Regierung, der nun sich den Tschechen näherte, indem er den Ausnahmezustand für Prag und Umgebung wieder aufhob. Im Februar des folgenden Jahres (1896) legte er dem Reichsrat die Wahlreformfrage vor. Die 355 Mitglieder des Abgeordnetenhauses, von denen 85 von den Großgrundbesitzern, 21 von den Handelskammern, 118 von den Wählern in den Städten und 129 in indirektem Verfahren von den Landgemeinden entsendet wurden, sollten um 72 vermehrt und es sollte diese Gruppe durch das allgemeine Stimmrecht — jeder unbescholtene Staatsbürger über 24 Jahre stimmberechtigt — gewählt werden. Das Gesetz ging ohne viel Schwierigkeit durch. Im März 1897 wurde zuerst der Reichsrat nach seinen Bestimmungen gewählt und das bunte Tableau der im Volkshause des zisleithanischen Reichsrats vertretenen Parteien wurde um eine neue Farbe, 14 Sozialdemokraten, die 23 Parteien oder Gruppen, die man zählte, um eine 24te vermehrt. Am 29. März ward der neue Reichsrat eröffnet, und schon waren die Verhandlungen über die Lebensfrage für Österreich, die Erneuerung des Ausgleichs zwischen den zisleithanischen Ländern und dem Königreich Ungarn, im Gange, und von größter Wichtigkeit wäre es gewesen, daß die Gegensätze in Zisleithanien, wenn auch nicht ausgeglichen, sich doch einigermaßen ineinander geschickt hätten. Da erschienen am 5. April 1897 die Verordnungen über die Amtssprache in Böhmen und Mähren, welche die schlimmste Wunde an diesem österreichischen Staatskörper, die Frage Slawen und Deutsche in diesen beiden Kronländern, aufs neue aufrissen und bloßlegten. Der wesentliche Inhalt dieser Verordnungen war, daß gerichtliche und Verwaltungsentscheidungen den Parteien in derjenigen Sprache zugefertigt werden sollten, in der die erste Eingabe — Anfrage, Anklage also — abgefaßt war — jeder Tscheche also

auch in dem von 1600000 Deutschen bewohnten Sprachgebiet es erzwingen konnte, daß in tschechischer Sprache mit ihm verhandelt wurde: wer bei den hier gemeinten Behörden, denen, die dem Justiz-, Finanz-, Ackerbau-, Inneren und Handels-Ministerium unterstellt waren, als Beamter angestellt war oder künftighin angestellt werden wollte, hatte, vom 7. Juli 1901 gerechnet, binnen drei Jahren den Nachweis zu liefern, daß er Tschechisch verstehe. Diese Verordnungen erregten überall bei den deutschen Bevölkerungen, die seither schon mit Ingrimm der Nachgiebigkeit der verschiedenen Regierungen gegen das Slawentum hatten zusehen müssen, die größte Erbitterung und riefen sofort nachdrückliche Demonstrationen und heftige Debatten im Reichsrat hervor. Die Aufregung, auf mancherlei Weise genährt, steigerte sich: schon am 23. September, wo der Reichsrat wieder zusammentrat, kam es zum Antrag auf Anklage der Minister über die brutale und ungesetzliche Art, wie einer Volksversammlung zu Eger von Organen der Regierung begegnet worden war. Jetzt in der elften Stunde überwog bei den Deutschen, selbst den klerikal Gesinnten, deren deutsches Bewußtsein stets von religiösen oder kirchlichen Rücksichten beeinflußt war und niemals rein zur Wirksamkeit kam, das Gefühl der gemeinsamen Gefahr. Es gab ein Mittel, mit Nachdruck den Kaiser und seine Räte zu erinnern, daß auch die Geduld der Deutschen, die denn doch die verhältnismäßig zahlreichste — 26% — und auch nach der Geschichte des Reichs bestberechtigte Gruppe der Bevölkerung bildete, eine Grenze habe: es bestand darin, den in Verhandlung befindlichen Ausgleich mit Ungarn zu hindern, so lange, bis die Sprachenverordnungen zurückgenommen seien. Deutscherseits griff man demnach zu jenem Äußersten, zu dem eine Minderheit in parlamentarischen Körperschaften greift, zu dem noch zuletzt die irische Partei im englischen Unterhause unter ihrem Führer Parnell nicht ohne Erfolg gegriffen hatte, der Obstruktion, der Verhinderung, der Hemmung der Beschlußfassung durch endloses Reden. Am 28. und 29. Oktober leistete so ein Abgeordneter eine 12stündige Rede, es kam zu einer Sitzung von 36 Stunden Dauer, und dann, bei mehr und mehr sich erhitzenden Gemütern zu sehr widerlichen und zuletzt ganz unerhörten Szenen im Parlamente, die, nachdem längst die Schimpfreden herüber- und hinübergeflogen waren, am 12. November bei der Verhandlung der Anklage Badenis, welche mit 171 gegen 171 Stimmen durch Annahme der Tagesordnung beseitigt wurde, und am 24. bei der Debatte über ein Ausgleichsprovisorium ihren Höhe- oder Tiefpunkt erreichten. Es kam durch die Bosheit oder Unfähigkeit des Präsidenten Abrahamowitsch zu Handgemenge und Messerziehen, am 26. erschien ein Polizeikommissar mit 160 Wachleuten im Saale der Volksvertretung, und am 27. wurde der Abgeordnete Wolf, der heftigste Rufer im Streit von deutscher

Seite, durch Polizeigewalt aus dem Saale geschafft. Daß dabei auch die Straße nicht ganz ruhig blieb, ließ sich denken: indes beruhigte man sich einigermaßen, als am 28. Badeni entlassen ward und Baron von Gautsch die Aufgabe übernahm ein Ministerium zu bilden. Die Zeit drängte: wenn bis zum 1. Januar 1898 der Ausgleich nicht mit Ungarn zustande kam, so schwebte das staatsrechtliche Verhältnis beider Reichshälften in der Luft. In Ungarn, wo man zwar mit dem Gedanken einer völligen Lostrennung von Österreich und reiner Personalunion spielte, im Ernst aber bei dem seit 1867 bestehenden Verhältnis seinen Vorteil gefunden hatte, legte man mit Recht Wert darauf, daß der Ausgleich auch von seiten der zisleithanischen Hälfte auf parlamentarischem, streng verfassungsmäßigem Wege, mit Zustimmung des zisleithanischen Reichsrats, zustande komme. Dies ward durch die Obstruktion vereitelt. Der Reichsrat wurde am 30. Dezember geschlossen: nun kam es auch in Ungarn zu einem sehr unerquicklichen Zustand, Ministerwechsel, parlamentarischen Skandalen, die an Wildheit denen zu Wien nicht nachstanden. Hier trat nach kurzem ein Klerikaler, Graf Thun, an Gautschs Stelle. Er nahm die Anwendung jenes § 13 der Verfassung, der in dringenden Fällen die Regierung ermächtigte, auch ohne den Reichsrat anzuordnen, was notwendig war, nicht allzu schwer, und nach neuen Verhandlungen kam denn auch mit Hilfe dieses Notparagraphen ein provisorischer Ausgleich zustande (1899). Die Gärung in Zisleithanien aber stieg und die deutschen Bevölkerungen wurden schwieriger. Der Kaiser entschloß sich, entließ den Grafen Thun, und durch den neuen Minister, Grafen Clary, wurde am 17. Oktober der Hauptstein des Anstoßes, über dem die Monarchie aus den Fugen zu gehen drohte, beseitigt, die Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren außer Kraft gesetzt, und die ganze Sprachenfrage einer „in Vorbereitung begriffenen" gesetzlichen Regelung vorbehalten.

In der anderen Reichshälfte, dem Königreich Ungarn, nahmen die Dinge einen etwas ruhigeren Verlauf, obwohl auch hier ein herrschender Stamm, die Magyaren, einer buntzusammengesetzten Mehrheit von niedergehaltenen Völkern, Deutschen, Slawen, Rumänen, Serben, gegenüberstand. Allein die Mischung war hier günstiger: unter den ca. 16 oder 17 Millionen seiner Bevölkerung bildeten die Magyaren eine einheitliche Masse von 7 oder 8 Millionen, die übrigen 9 Millionen verteilten sich unter vier oder fünf sehr verschiedenartige Völkerstämme, von denen keiner viel über 2 Millionen zählte, und denen gegenüber die herrschende Nation ganz anders zusammenhielt, als die Deutschen Zisleithaniens. Zwar waren die hintangesetzten Nationen nicht müßig: im Jahre 1894 machte ein Prozeß von sich reden, der mit Verurteilung von

22 Männern rumänischer Nationalität endigte, die an den Kaiser ein Memorandum gerichtet hatten, in welchem sie über die Unterdrückung ihrer Nation Klage führten; den Festen, welche das 1000 jährige Bestehen des Königreichs feierten (1896), blieben die Nichtmagyaren fern, 1897 protestierte eine Denkschrift namens eines bongresses der Nichtmagyaren gegen die Unterdrückungspolitik der herrschenden Mehrheit: bis jetzt mit wenig Erfolg. Im Abgeordnetenhause zu Pest hatten die Magyaren, da die Regierung die Wahlen beherrschte und dabei ohne Skrupel verfuhr, eine überwältigende Mehrheit, und die verschiedenen Ministerien verfolgten ihre Magyarisierungspolitik mit unbeugsamer Folgerichtigkeit. Im März 1890 trat der bedeutendste der ungarischen Staatsmänner, der lange das Ruder geführt hatte, Koloman Tisza von der Regierung zurück, obgleich er eine große Mehrheit im Hause für sich hatte. Die liberale Partei aber blieb unter den sich folgenden Ministerien, Scapary, Weckerle, Banffy (Januar 1895), Szell (Februar 1899), gleichwohl am Ruder, und noch die Reichstagswahl im November 1896 gab ihr eine gewaltige Mehrheit: mit 65 Mandaten Reingewinn schloß sie ab. Mit Energie hielt die Regierung, darin von der Nation — den Magyaren — unterstützt, an dem vollen Maß von Selbständigkeit, das die Ereignisse seit 1859 und 1866 ihr gegeben, fest und ehrte die Führer und Märtyrer der Kämpfe von 1848, wie sich zeigte, als der einstige Diktator Ludwig Kossuth am 20. März 1894 zu Turin starb. Der neue Träger des berühmten Namens, sein Sohn Franz Kossuth, nützte diesen Namen im Sinne weitestgehender Unabhängigkeit Ungarns aus und versuchte in diesem Sinne eine Rolle zu spielen. Allein er stand an Begabung weit hinter seinem Vater zurück, die Verhältnisse hatten sich geändert, und so bequemte er sich doch, dem König aus Habsburgs Haus, dessen Entthronung einst sein Vater hatte beschließen lassen, den Untertaneneid zu leisten. Das Verhältnis der Nation zum König blieb, trotzdem daß der magyarische Chauvinismus zuweilen in beleidigender Weise aufschäumte, gut. Franz Josef nahm die leidenschaftlichen Reden im Volkshause des ungarischen Reichstags, wo einmal schwarzgelbe Farben oder der Doppeladler an unrechter Stelle auftauchte, nicht zu tragisch, und das 25 jährige Jubiläum des Königs im Juni 1892 — der Königskrönung vom Juni 1867 — wurde sehr glänzend und mit aufrichtiger Loyalität gefeiert. Dabei hob sich die Landeswohlfahrt, die Finanzen besserten sich zusehends, wie übrigens auch in Zisleithanien, und vor allem in einem Punkte zeigte sich, daß der Konstitutionalismus, wie viel er unter Gesichtspunkten strenger Kritik zu wünschen übriglassen mochte, hier doch ein Lebensprinzip und eine Macht war: die liberale Regierung und das Volkshaus, auf das sie sich stützte, wurde mit dem Klerikalismus, dem schlimmsten

Pfahl im Fleisch der zisleithanischen Reichshälfte, fertig. Hier in Zisleithanien wurden allerdings die Angriffe auf das liberale Schulgesetz — die Anträge auf Wiedereinführung der konfessionellen Schule, die im Reichstag gestellt und von den Bischöfen, wie sich denken läßt, mit Eifer unterstützt wurden — glücklich noch abgewehrt; mit Mühe, doch nicht ohne Erfolg, behauptete sich der Altkatholizismus, der sich in Böhmen ein kleines, von entschlossenen Männern bewohntes Gebiet eroberte; im Jahre 1899 rief die antideutsche Haltung der Thunschen Regierung und die zweideutige der Klerikalen sogar in den Städten der deutschen Erbländer eine nicht ganz unbedeutende Bewegung hervor, die mit dem Losungswort „Los von Rom" eine nicht ganz geringe Zahl von Übertritten zum Protestantismus oder zum Altkatholizismus herbeiführte: in Ungarn aber wurde in diesen Jahren in längeren parlamentarischen Kämpfen ein wichtiger Sieg errungen. Die Regierung legte dem Reichstag einen Gesetzentwurf vor, dessen wichtigster Teil die Einführung der obligatorischen Zivilehe war, und der überhaupt mit Entschiedenheit dem Staate gab, was des Staates war (1890). Im Abgeordnetenhause wurde die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen: die Bischöfe und die von ihnen in Szene gesetzten Versammlungen, die Magnatentafel, der König selbst, aufgewachsen und befangen in den Traditionen seines Hauses, sträubten sich. Alle verkehrten Einwendungen gegen das klar Notwendige und, wie früher ausgeführt, im Grunde auch allein Christliche tauchten aufs neue empor und wurden zum hundertsten oder tausendsten Male widerlegt; die Regierung aber blieb fest, und Ministerpräsident Weckerle, der Juni 1894 seine Entlassung gab, weil der König die zur Durchbringung der Vorlage notwendig erscheinende Pairsernennung nicht zugestand, die den Widerstand der Magnatentafel brechen sollte, mußte wenige Tage später doch mit Bildung der Regierung betraut werden. Im gleichen Monat gab das Magnatenhaus mit 114 gegen 79 Stimmen nach, nachdem man ihm den überflüssigen, aber weil selbstverständlichen auch ganz unschädlichen Zusatz: „dieses Gesetz läßt die religiösen Pflichten unberührt" bewilligt hatte; am 10. Dezember genehmigte der König die Kirchengesetze; wiederum war an wichtiger Stelle ein Sieg über geistliche Beschränktheit gewonnen.

Ein Nachspiel hatte dieser Kampf im Mai des folgenden Jahres. Der päpstliche Nuntius in Wien, Monsignore Agliardi, war bei einer Reise in Ungarn von römisch-katholischer Seite mit Demonstrationen empfangen worden, die das reizbare ungarische Unabhängigkeitsgefühl aufstörten, und er hatte dabei, wie es scheint, seine Zunge nicht genug gehütet; es kam darüber zu Irrungen zwischen dem gemeinsamen Minister des Auswärtigen, Kalnoky, und dem ungarischen Ministerpräsidenten, Baron Banffy; der erstere

mußte den Platz räumen, und der Pole Goluchowsky kam an seine Stelle, der im übrigen die verständige auswärtige Politik seines Vorgängers mit glücklicher Hand fortsetzte.

Diese auswärtige Politik, gestützt auf das Bundesverhältnis mit dem Deutschen Reich und mit Italien, wie sie bei den Verhandlungen der seit der dualistischen Organisation der Monarchie durch den Ausgleich vom Jahre 1867 abwechselnd in Pest und in Wien tagenden Delegationen beider Reichshälften sich darstellte, boten im ganzen ein erfreuliches Bild und bewiesen, daß die Verbindung beider, die österreichisch-ungarische Monarchie, die leidenschaftliche und aufgeregte Gemüter schon für die Teilung reif glaubten, erhalten werden, der neue Ausgleich also gefunden werden muß. Im September 1896 traf Franz Josef mit den Königen von Rumänien und Serbien bei der Eröffnung eines rühmlichen Werkes, des Kanals am Eisernen Tor, der die letzten Hemmnisse des freien Verkehrs auf dem großen Strom beseitigte, zusammen und tauschte mit ihnen friedliche und freundliche Worte. Der Friede, der Dreibund, das Verhältnis zur Türkei und den kleinen Nachbarstaaten Rumänien, Serbien, Bulgarien gesichert, das zu allen übrigen Staaten, auch Rußland, ohne Trübung, die jüngste Erwerbung Bosnien in gedeihlicher Entwicklung: dies war das Exposé, das Goluchowsky im November 1899, während das Staatsschiff noch immer zwischen den Klippen der Ausgleichs- und seiner vielen Sprachenfragen seinen Weg suchte, den Delegationen vorführte. Über den ungarisch-österreichischen Ausgleich schlossen die beiden Regierungen einen Kompromiß, und eine kaiserliche Verordnung setzte ihn in Zisleithanien kraft § 13 der Verfassung ins Werk, und während in Ungarn Februar 1899 der parlamentarische Friede wiederhergestellt wurde, fand man in Zisleithanien auch nach dem Sturze von Thuns unter den folgenden Ministerien Clary und dann von Körber keine endgültige Lösung, und es scheint, daß man sie noch lange wird suchen müssen. Im Jahre 1900 wurde der Reichstag aufgelöst: ob ein neuer die Quadratur des Zirkels finden wird, muß sich zeigen. Indes fehlte es in der Geschichte der letzten zehn Jahre dieses vielgliedrigen Staatsgebildes doch nicht ganz an erfreulichen Erscheinungen: mehr als je muß man sich bei dem viel reicher gewordenen europäischen Leben davor hüten, als Volks- oder Staatsgeschichte bloß das anzusehen, was in Ministerwechseln, Verhandlungen der Parlamente, Wahl- und Parteikämpfen oder auch kriegerischen Verwicklungen an die Oberfläche tritt. Nur ein verhältnismäßig geringer Teil der Menschen wird von diesen Dingen unmittelbar berührt. Der Friede für dieses Reich, nach den Stürmen der vorausgehenden Jahre ein besonderes Bedürfnis und eine besondere Wohltat, war erhalten worden, und die fleißige Arbeit der Millionen

konnte ihren ruhigen Gang gehen. An positiven Schöpfungen kann man neben dem nicht wenigen, was durch die Gesetzgebungskörper der einzelnen Kronländer geschah, verzeichnen die Herabsetzung der Eisenbahntarife nach dem Zonensystem (1890), wodurch der Verkehr, in einem Staate von dieser Zusammensetzung eine besonders wichtige Sache, sich hob, Handelsverträge mit Deutschland, Italien und der Schweiz (1892), den Übergang zur Goldwährung und die Regulierung der Valuta, eine Maßregel, die im Mai jenes Jahres gleichzeitig den Vertretungskörpern in Wien und Pest vorgelegt und in den folgenden Jahren weitergeführt ward; Reformen am Justiz- und Steuerwesen, Verbesserung der Beamtengehälter, eine sehr produktive Ausgabe: und anderes. Schwer aber wurde das regierende Haus heimgesucht durch den gewaltsamen Tod des Kronprinzen Erzherzog Rudolf, der die Hoffnungen nicht erfüllen sollte, die man auf eine gewisse schriftstellerische Begabung und freiere Gesinnung in seiner frühen Jugend gesetzt hatte, am 30. Januar 1889, und durch den Tod der Kaiserin Elisabeth, die am 10. September 1898 in Genf durch einen italienischen Anarchisten ermordet wurde, den schlechterdings nichts als vielleicht die knabenhafte Sucht, von sich und seiner Sekte reden zu machen, zu der zwecklos wahnsinnigen Schandtat getrieben zu haben scheint. Es geschah in demselben Jahre, in dem die Völker Österreichs sich rüsteten, das 50. Jahr der Regierung Franz Josefs zu feiern: dem vielgeprüften, in allen Stürmen der Epoche besonders heimgesuchten und in allen mit der zähen Kraft des habsburgischen Hauses sich behauptenden Manne war auch dieses Äußerste nicht erspart geblieben.

3. Italien.

Die Lage Italiens, des nunmehr seit 18 Jahren bestehenden Einheitsstaats, hatte sich durch seinen Anschluß an die beiden Kaisermächte wesentlich gebessert. Die Bedingungen dieses Bündnisses, das im Jahre 1891 erneuert oder verlängert wurde, sind im einzelnen nicht bekannt geworden, lassen sich aber aus der allgemeinen Lage ungefähr erschließen. Es wird Österreich im Falle Italien von Frankreich, Italien sofern Österreich von Rußland angegriffen wird, zu wohlwollender Neutralität verpflichten; für Deutschland und Italien wird es die beinahe, sollte man sagen, selbstverständliche Bedingung enthalten, daß wenn ein Teil durch Frankreich angegriffen wird, der andere ihm mit gesamter Macht zu Hilfe kommen muß, und keinen Sonderfrieden schließen darf: man vermutet einen Zusatz, der die gesamte Kriegsmacht dieser Dreibundsstaaten zur Abwehr vereinigt, sofern Rußland und Frankreich verbunden einen Angriff gegen Österreich oder Deutschland richten würde. Das leuchtet ein,

daß dieser Bundesvertrag, indem er die alte Rechnung zwischen Haus Österreich und Italien endgültig abschloß und zugleich die unauflösliche Verbindung und Verankerung der Geschicke des neuen Deutschlands und des neuen Italiens bekundete, dem jungen Königreich einen Halt gab, den ihm keine andere Macht geben konnte, und der es namentlich Frankreich gegenüber unabhängiger und würdiger stellte, so verfehlten die verschiedenen Staatsmänner, welche die auswärtige Politik des Landes von 1888 bis heute leiteten, nicht als ersten Punkt ihres Programms das Festhalten an diesem Dreibunde zu bezeichnen: ein Programm, das in Italien nur wie selbstverständlich die Klerikalen sowie die unverbesserlichen Toren der radikalen und republikanischen Sekte zu Gegnern hatte. Die engen Beziehungen, die das verwandte Schicksal beider Herrscherhäuser zwischen Savoyen und Hohenzollern geknüpft hatte, setzten sich fort unter König Humbert und Kaiser Wilhelm II. Wiederholte Besuche erregten in Rom wie in Berlin den gleichen Enthusiasmus der Bevölkerungen, und bei dem Besuch, den der leitende Minister Crispi im Jahre 1887 bei Bismarck in Friedrichsruhe machte, verstanden sich beide Staatsmänner, Männer von hoher und freier Auffassung und von tiefer Einsicht in die Lebensbedingungen ihrer Nationen, aufs beste. Das Verhältnis zum Hause Habsburg konnte der Natur der Dinge nach nicht denselben herzlichen Charakter tragen. Das deutsche Kaiserpaar konnte im April 1893, wo Humbert und seine Gemahin ihre silberne Hochzeit feierten, ruhig unter Beobachtung einiger äußeren Rücksichten, als Gäste des gebannten Königs von Italien, in dessen Hauptstadt, Rom, dem Papst im Vatikan einen Besuch machen: Kaiser Franz Josef mußte dem Papst diesen Schmerz ersparen und sich begnügen, seinen Glückwunsch durch den liberalsten der Prinzen des Hauses, Erzherzog Rainer, darbringen zu lassen.

Im übrigen bildete die seltsame Stellung, die das Papsttum, noch immer eine Weltmacht, und eine Weltmacht mit unbegrenzten Ansprüchen, von seinem Palast im Herzen des von ihm verdammten Königreichs aus einnahm, zwar eine Quelle gelegentlicher Verdrießlichkeiten, aber für Italien keine eigentliche Verlegenheit. Freilich benutzte auch Leo XIII. jeden Anlaß, sich über die ihm bereitete Lage zu beklagen, den Kirchenstaat zurückzufordern, der doch, wenn man diesen Ausdruck jemals auf eine geschichtliche Staatsbildung anwenden durfte, von der Vorsehung gerichtet und verworfen war: er wie die Bischofsversammlungen und Katholikentage in der weiten Welt gaben sich die Miene, als wenn es sich, wie Leos Schreiben an den Erzbischof Bonomelli vom Mai 1889 sich ausdrückte, „bei der Staatshoheit nicht um etwas Irdisches, sondern um die Freiheit der apostolischen Ämter und Rechte" handle. In Wahrheit aber übte er diese apostolischen Ämter und Rechte mit voller Freiheit. Er erließ seine

Rundschreiben an die polnischen, die ungarischen Bischöfe, am 20. Juni 1894 sogar eine Enzyklika „an alle Fürsten und Völker der Erde", behauptete den Standpunkt seiner Kirche gegenüber dem bulgarischen Fürsten Ferdinand, als dieser seinen Prinzen der griechischen Kirche zuzuführen sich entschlossen hatte, korrespondierte mit dem Negus von Abessinien in rührlicher Fürsorge für die italienischen Kriegsgefangenen (1896), nahm, und hier gar sehr in seinem Rechte, in einer Enzyklika über die soziale Frage (vom 15. Mai 1891), die nicht weniges Beherzigenswerte enthält, Anteil an dieser schweren Sorge des Zeitalters und machte im Jahre 1897 bei Gelegenheit einer Feier zu Ehren des Begründers der Jesuitenniederlassungen in Deutschland, des seligen Paters Canisius, Gebrauch von dem Vorrecht, im Interesse des kirchlichen Dogmas Geschichte und Christentum zu verkennen, indem er in einem Rundschreiben an die Bischöfe neben den herkömmlichen Schmähungen auf Luther die Lehren der Reformation ein unheilvolles Gift nannte und die Jesuiten als Retter der ohne sie den Untergang verfallenen Religion pries. Auch strömten bei jeder Gelegenheit, seinem Priesterjubiläum (1888), seinem Bischofsjubiläum (1893), die Pilgerschwärme, die kostbaren Geschenke aus allen Teilen des Erdkreises, die hohen Besucher zu und was man bei weltlichen Häuptern Schmeichelei nennen würde, ward ihm dabei in verschwenderischer Fülle dargebracht. Auf der anderen Seite wurde er freilich häufig genug unsanft daran erinnert, daß es nicht mehr so ganz an dem war, was einst Ludwig Windthorst zwar nicht selbst glaubte, aber eine deutsche Katholikenversammlung glauben machen wollte, daß „der Papst noch immer die Welt regiere". So kam im Jahre 1888 ein neues italienisches Strafgesetzbuch zustande, in welchem u. a. etwaige Versuche, den Kirchenstaat herzustellen, von sehr nachdrücklichen Paragraphen getroffen wurden, was um so verdrießlicher war, als dieses Gesetzbuch überall in der wissenschaftlichen Juristenwelt als eine hervorragende Leistung anerkannt wurde; am 9. Juni 1889 wurde auf Campofiore im Herzen von Rom das Denkmal des Giordano Bruno, der im 16. Jahrhundert als Opfer seines freien Denkens den hier üblichen Feuertod erlitten hatte, enthüllt, zum Zeichen, daß hier nicht mehr Menschen wegen abweichender Meinungen über transzendentale Dinge verbrannt werden; so bereitete ihm im Jahre 1891 die neue brasilianische Regierung Schmerzen, indem sie das Vermögen der Orden einzog; so scheiterte im Jahre 1899 seine Zuziehung zu dem auf Rußlands Anregung versammelten Friedenskongreß an dem Einspruch Italiens: und ganz besonders empfindlich war, daß im Jahre 1895 das Ereignis des 20. Septembers 1870 gefeiert wurde, des Tages, an dem die Truppen des Königreichs Italien in die Hauptstadt ihres befreiten Landes eingezogen waren. Mehr Grund noch hätte die katholische Kirche gehabt, diesen

Tag festlich zu begehen, der ihr Oberhaupt von der Notwendigkeit befreite, als weltlicher Souverän die schlechteste Verwaltung irgendeines europäischen Staates mit seinem Namen zu decken, und das Papsttum als eine geistige und moralische Macht sich selbst wiedergab. Aber freilich, man trägt nicht ungestraft die Last einer Entwicklung von 18 Jahrhunderten, und Papst und Papsttum mußten eine politische Rolle spielen, sie mochten wollen oder nicht.

Besonders in einem Punkte bekam dies Italien zu spüren — dem Verhältnis zu Frankreich. Dies Verhältnis, schwierig durch den Haß der in Frankreich einflußreichen klerikalen Partei gegen das junge Königreich und durch die hochmütigen Prätentionen aller Parteien gegenüber diesem angeblich von Frankreich befreiten Lande, war durch dessen Verbindung mit Deutschland und Österreich noch schwieriger geworden. Ein sehr übler Handel ereignete sich im Jahr 1893. Im August dieses Jahres war es zu Aigues-Mortes in Südfrankreich zu einer der häufigen Schlägereien zwischen italienischen und französischen Arbeitern gekommen, bei der es diesmal besonders blutig zugegangen war, 7 Tote, 34 Verwundete auf italienischer Seite gesetzt hatte: schlimmer noch war das Symptom, daß den italienischen Verwundeten die Aufnahme in das Hospital zu Marseille verweigert worden war. Die Entrüstung in ganz Italien war ungeheuer und machte sich an vielen Orten durch leidenschaftliche Demonstrationen Luft: man begnügte sich aber von seiten Italiens mit Annahme der Amtsentsetzung des Maires von Aigues-Mortes, die aber in Wahrheit gar nicht eintrat, und ließ die Sache einschlafen: daß im Dezember jenes Jahres sämtliche Angeklagte vom Schwurgericht zu Angoulême freigesprochen wurden, war von französischen Geschworenen nicht anders zu erwarten. Die Kurie achtete die Zeit gekommen, wo sie aus dieser Verstimmung der beiden Länder Nutzen ziehen konnte, indem sie sich dem republikanischen Frankreich näherte, wo jedenfalls eine starke klerikale Partei und eine noch stärkere und allgemeine Gereiztheit gegen Italien bestand. Wiederholte Schreiben des Papstes im Mai und Juni des Jahres 1892 mahnten die Katholiken Frankreichs in Erklärung einer Enzyklika vom 16. Februar, die bestehende republikanische Regierung anzuerkennen, der Republik als der von Gott gekommenen Staatsform untertan zu sein, und wer etwa geneigt war, diesen Rat als dem Gebiet der Politik angehörig, auf dem der Papst nicht unfehlbar sei, gering zu achten, der wurde durch den Papst selbst und nachdrücklicher durch das Organ seiner Umgebung, den „Osservatore Romano" belehrt, daß dies ein Irrweg sei, „entweder man gehorcht dem Papst in allem oder man gehorcht ihm gar nicht". Das Verhältnis Italiens zu Frankreich blieb unbehaglich, und die leitenden Staatsmänner, vor allem Crispi, wußten sehr wohl, wessen man sich bei Gelegenheit von dorther zu ver-

sehen habe. Erst gegen Ende des Jahrhunderts, 1898, ließ Frankreich sich zu einem Handelsvertrag herbei, der Italien seine wirtschaftliche Lage erleichterte und so ein besseres Verhältnis anbahnte. Indes ist das Land nach der Gestalt seiner Grenzen, wenn es Frankreich gegenüber eine wahre Selbständigkeit und Großmachtstellung behaupten will, auf Deutschland und Österreich und, da seine Seemacht zur Deckung seiner unverhältnismäßig ausgedehnten Küste nicht ausreicht, auf die Freundschaft Englands angewiesen und muß sich, wo eine gesamteuropäische Aktion erforderlich scheint und zustande kommt, wie bei den Ereignissen auf Kreta von 1897, die wir kennen lernen werden, dem europäischen Konzert, wenn ein solches besteht, bequemen, wohin auch die Sympathien seiner Bevölkerung sich neigen mögen. Mit der törichten Sekte der Irredentisten, welche die „noch unerlösten" italienischredenden Teile der österreichischen Monarchie, Welschtirol und Triest, zum Vorwand ihrer radikalen Träumereien machten, wurde man leicht fertig.

Dagegen litt Italien mit seiner Kolonialpolitik in diesem Jahrzehnt traurigen Schiffbruch. Wir haben schon erwähnt, daß seine afrikanische Kolonie am Roten Meer, die colonia Eritrea, mit wenig fruchtbarem Gebiet, höchst ungünstig zum Mutterlande gelegen, von vornherein ein sehr zweifelhafter Besitz gewesen sei: die Gelegenheit, sich auszubreiten, sich Raum zu machen, war überaus beschränkt: den Höhepunkt seiner Machtentfaltung bildete ein Vertrag mit dem König oder Negus von Abessinien, Menelik, der „Vertrag von Uccialli" genannt, vom 2. Mai 1889, dessen 17. Artikel lautete: „Der König von Äthiopien willigt ein, sich bei Verhandlungen mit anderen Mächten der Vermittlung der Regierung des Königs von Italien zu bedienen." Allein der fähige Barbarenfürst, Herr über ein Gebiet von etwa 400 000 Quadratkilometern und vier Millionen Einwohnern, ertrug dies Vasallenverhältnis nicht lange, und von italienischer Seite unterschätzte man seine Macht und bestärkte sich durch einzelne Siege in diesem Vorurteil. Am 1. März 1896 kam es zu einer schweren Katastrophe. Das italienische Heer unter General Baratieri erlitt, indem es, zum Rückzug vor der Übermacht entschlossen, dieser Übermacht noch durch einen kraftvollen Vorstoß imponieren wollte, eine vollständige Niederlage, die in der ganzen zivilisierten Welt aufs peinlichste empfunden wurde. Sie führte den Sturz Crispis herbei, der dem General energisches Handeln empfohlen, aber keine Verstärkungen geschickt hatte. Das schlimmste war, daß einige tausend Italiener in die Gefangenschaft des Barbarenkönigs gefallen waren, der seinen Vorteil sehr gut verstand, sie leidlich behandelte, aber als wertvolles Pfand bei den Friedensunterhandlungen in Händen behielt. Es war nicht anders, man mußte auf den Gedanken, Rache zu nehmen, das Prestige der europäischen

Waffen herzustellen, verzichten, sich rückwärts konzentrieren, unhaltbare Ansprüche und Stellungen aufgeben. Der Nachfolger Crispis, di Rudini, hatte den Mut der Mäßigung, und so kam denn noch im gleichen Jahre der Friedensschluß mit dem Negus zustande, in welchem das italienische Protektorat im Sinne des Vertrags von Uccialli aufgegeben und der Fluß Mareb als Grenze angenommen war. Am Anfang 1897 kamen die ersten Gefangenen aus Abessinien zurück, und am 22. Mai billigte die im März neugewählte Deputiertenkammer mit 242 gegen 92 Stimmen die afrikanische Politik der neuen Regierung.

Die inneren Verhältnisse des Landes waren vielfach unerfreulich und lieferten den Todfeinden des geeinigten Italiens, den Klerikalen in der ganzen Welt Stoff zu mißgünstigen Zeitungsartikeln und Deklamationen. Die Einheit Italiens, das neue Italien, sagten sie, sei durch eine Minderheit gemacht, gleich als wenn bis heute und vermutlich noch lange nicht alles Vernünftige auf der Welt durch Minderheiten gemacht würde. Eines freilich sprang auch dem Fernstehenden in die Augen und trat dem Fremden auf Weg und Steg entgegen: daß die Masse des Volkes noch ganz in den Banden des heiteren Aberglaubens und farbenbunten Heidentums lag, das hier als Christentum galt, und daß sie überall der priesterlichen Kaste bedurfte, die doch gesellschaftlich nicht hoch stand und in der Regel jeder tieferen Bildung, selbst soweit sie auf diesem Boden möglich gewesen wäre, entbehrte: gleichwohl war in den Kammern dieses starke klerikale Element gar nicht vertreten. Die Kurie verbot, gegen den Rat einzelner, welche hofften, eben mit dieser Wählermasse wieder das Heft in die Hand zu bekommen, den Ihrigen die Beteiligung an den Wahlen: keine Wähler und keine Gewählten war ihr Wahlspruch. Vielleicht von ihrem Standpunkt mit Recht — einmal eingetreten in das politische Leben eines konstitutionellen Staats, waren sie dessen Gesetz verfallen, das die öffentliche freie Rede, Kompromisse, Anbequemung an die Wirklichkeit verlangt und sich nicht mit dem Apparat des kirchlichen Absolutismus, den Anathemen und Exkommunikationen, dem Ignorieren der Wissenschaft und der Geschichte verträgt. Von einem eigentlichen Parteileben und Parteikämpfen gewahrt man deswegen im italienischen Parlamentarismus wenig. Es sind Personen- und Coteriefragen, über denen die Ministerien Crispi (1891), di Rudini (1892), Giolitti (1893), Crispi (1896), di Rudini (1898) steigen und fallen, selbst wenn sie eben einen noch so großen Wahlsieg erlangt haben: auch sind die Unterschiede der Geschäftsführung nur schwer erkennbar. Eine radikale Partei von ziemlicher Stärke war vorhanden und machte sich in der Kammer, in der Presse, in Versammlungen, auf der Straße durch leidenschaftliche Deklamationen bemerklich, ließ sich durch den leeren Namen der Republik blenden

gegen die geringschätzige Art der Behandlung, die ihrem Lande durch Frankreich widerfuhr, und gebärdete sich antimonarchisch, während die wahren Staatsmänner wie Crispi, der auch einst seine Laufbahn als Radikaler und Verschwörer begonnen hatte, mit allem Nachdruck auf das nationale Königshaus als Einigungsband hindrängten. Der König Umberto selbst verstand seine Mission und ließ es namentlich, wo Dolch oder Dynamit der Anarchisten ihn suchten, an persönlichem Mut und kaltem Blut nicht fehlen. Diese Sekte der Anarchisten hatte hier in Italien, dem alten Lande der Geheimbünde und Verschwörungen, einen guten Nährboden: so wird aus dem Jahre 1894 eine Bombenexplosion vor der Kammer, einige Monate später ein Attentat auf Crispi gemeldet, in demselben Jahre, in welchem der Präsident der französischen Republik dem Dolche eines dieser italienischen Schurken oder Narren erlag; im gleichen Monat Juni abermals ein Mord an einem alten Garibaldiner, dem Journalisten Bondi, an dem die Bande einige Zeitungsartikel gegen die Anarchie zu rächen hatte, bis im Juli 1900 der Mord den König Humbert selbst erreichte, den sich die Rotte wohl darum ausersehen hatte, weil er als soldatischer Mann sorglos und als schlichter Freund des Volks am leichtesten zugänglich war. Im Juli genehmigten die Kammern einige scharfe Gesetze gegen dieses im Finstern schleichende Unheil: sie waren „zum Schutz der öffentlichen Sicherheit" von Crispi vorgelegt, dem schon im Jahre 1889 Maßregeln gegen jene andere Spielart radikaler Torheit, die Partei des unerlösten Italiens, ein Attentat eingebracht hatten. Schlimmer waren die Unruhen, welche die sehr ungesunden wirtschaftlichen Verhältnisse wiederholt, so namentlich in den Jahren 1893 und 1894 in Kalabrien, der Romagna, auf Sizilien hervorriefen: hier war der größte Teil des Landes in den Händen einer Anzahl von Großgrundbesitzern, die aber wie einst die Grandseigneurs in Frankreich vor dem Ausbruch der Revolution diesen Besitz nicht selbst bewirtschafteten, sondern an Unternehmer verpachteten, die ihren Anteil dann wieder an kleine Afterpächter austeilten: wodurch denn eine gleich den Zöllnern in den Provinzen des römischen Reichs dem allgemeinen Hasse des gedrückten Volks als Ziel bezeichnete Menschenklasse gegeben war. Sehr ernster Art waren die Unruhen, die im März 1898 durch die Brotteuerung in Oberitalien hervorgerufen und hier, wie es scheint, heimlich von den Priestern begünstigt wurden: in Mailand mußte in den Tagen vom 6. bis 8. Mai ein gefährlicher Aufstand mit blutiger Energie niedergeworfen werden. In der Thronrede vom 25. November 1889 hatte der König ohne Zweifel mit voller ernster Absicht die Worte gebraucht: „Ich will, daß der Ruhm meiner Herrschaft hauptsächlich im Wohlergehen der kleinen Leute bestehe": aber dieses Wohlergehen der kleinen Leute, das freilich das schwierigste

aller Probleme für die Herrschenden und namentlich bei der nur langsam sich hebenden Bildung und der Bedürfnislosigkeit der Massen in diesem Lande besonders schwierig ist, machte in diesem Jahrzehnt nur geringe Fortschritte. Die finanziellen Schwierigkeiten, sehr natürlich bei der Vergangenheit, die das Königreich zu liquidieren hatte, bei der für Italien äußerst nachteiligen Handelspolitik Frankreichs, der Notwendigkeit, Heer und Flotte in achtunggebietendem Stand zu halten, der noch wenig entwickelten Industrie und der verfehlten Kolonialpolitik, nahmen seit 1889 mehr und mehr eine bedenkliche Gestalt an. Auch unreine Hände verdarben das Spiel: im Jahre 1893 stellte sich heraus, daß die römische Bank für 65 Millionen Bankbilletts mehr in Umlauf gesetzt hatte, als das Gesetz erlaubte. Dies führte zu einem großen Skandal, zu allerlei Enthüllungen und Verhüllungen, aus denen nur so viel hervorging, daß man auch Höchstverantwortlichen, Senatoren, Ministern, Deputierten alles zutraute und vieles wirklich zutrauen konnte. Dieser finanziellen Schwierigkeiten wurde man gleichwohl, da der Friede erhalten blieb und es auf diesem Gebiete dem Lande nicht an geschickten Männern fehlte, in verhältnismäßig kurzer Zeit und ohne allzu gewaltsame Maßregeln Herr. Das Ministerium, an dessen Spitze 1898 der General Pelloux und in das als Minister des Auswärtigen der erprobte Visconti-Venosta trat, hielt mit Kraft ohne Ausnahmegesetze die Ordnung aufrecht und verfolgte eine geschickte und besonnene auswärtige Politik: freilich erlag auch es im Jahre 1900 einer parlamentarischen Konstellation, bei welcher der Ausländer und vermutlich meist auch der unbeteiligte Italiener vergebens nach Vernunftgründen suchte. Zu einer pessimistischen Auffassung der italienischen Zustände und der ferneren Zukunft des Landes aber ist gleichwohl kein Grund, und unter den romanischen Ländern ist es heute dasjenige, das zwar langsam, aber dennoch fortschreitet, was man von den übrigen, Spanien, Portugal nicht und auch von dem Führerstaat der lateinischen Rasse, Frankreich, doch nur in bedingtem Sinne wird sagen können.

4. Frankreich.

In der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts spielte, wie wir sahen, das in den Jahren 1812—1815 so völlig besiegte Frankreich bald wieder eine große und in einigen Beziehungen sogar führende Rolle in Europa, und gute Patrioten trösteten sich nach den Ereignissen von 1870 mit dem Gedanken, daß der ungeheuern Demütigung des schrecklichen Jahres eine Zeit innerer Sammlung und demnächst auch wieder äußeren Aufschwungs, so wie damals geschehen, folgen würde. Wir haben schon gesehen, daß es damit nichts war: dem schweren

Fall folgte nicht wie in Preußen nach der Niederlage von Jena eine innerliche Erneuerung: nur der Wohlstand des Landes in den acht Monaten des Krieges, nur für den Augenblick zerrüttet, erholte sich bei den wirtschaftlichen Tugenden des erwerbsamen, intelligenten, sparsamen Volkes und den Vorzügen seiner Lage und seines Bodens rasch — die Gedanken der Bevölkerung oder ihrer leitenden Klassen aber richteten sich wie bei Knaben nur auf Rache, Revanche für das verlorene Spiel und auf den Traum einer baldigen Wiedergewinnung der beiden verlorenen Provinzen, und selbst in diese an sich nicht zu tadelnden Regungen mischte sich zu viel Komödiantenpathos und eitle Rhetorik, als daß die Nation aus ihnen wirkliche sittliche Kräfte hätte ziehen können.

Die Republik war da, und sie erhielt sich, nicht aber durch ihre innere Kraft, sondern dadurch, daß kein legitimer König da war, der seine Rechte hätte geltend machen, und kein Bonaparte, der auf einem Chassez-moi ces bavards eine neue Monarchie hätte gründen können. Nicht wenige allerdings suchten nach einem solchen, und wesentlich auf diesem Bedürfnis beruhte die höchst seltsame Rolle, die in den Jahren 1888—1891 einer der früheren Kriegsminister, der General Boulanger, spielte, ein Mann der Renommage und der Schaustellung nach Franzosenweise, den das beißende Wort eines Gegners sehr treffend als „Zirkusgeneral" charakterisierte. Der Regierung zum Trotz wählten ihn verschiedene Departements mit großen Majoritäten zum Deputierten, die Dordogne, das Departement du Nord, im Januar 1889 sogar das der Seine, also Paris, dieses mit 244000 gegen 162000 Stimmen, und selbst als er im April 1889 einer Anklage wegen Hochverrats durch rasche Flucht nach Brüssel sich entzog, galt er bei vielen für den Mann, der wenn nicht eine neue haltbare Ordnung der Dinge herstellen, doch zum mindesten benutzt werden könne, um dem augenblicklichen, höchst unbefriedigenden Zustand ein Ende zu machen und gegen gute Bezahlung einer bonapartistischen oder orleanistischen Restauration die Wege zu bahnen. Von Brüssel aus erließ er eine Proklamation nach der anderen, wurde am 13. August abwesend verurteilt, seine Aktien aber sanken nun, wie natürlich, immer tiefer, und er war, obgleich es in Frankreich noch immer Boulangisten gab und diese eigentümliche Partei oder Sekte bei den Deputiertenwahlen im September sogar noch 51 Sitze errang, im In- und Ausland schon eine lächerliche Figur geworden, als er am 30. September 1891 seine Abenteurer- und Komödiantenlaufbahn mit einem theatralischen Selbstmord schloß. Die Verworrenheit der politischen Lage zeigte sich auch in dieser wunderlichen Prätendentenlaufbahn: nicht bloß in der unbedeutenden Persönlichkeit dieses Prätendenten, der offenbar selbst nicht wußte, was er wollte, sondern auch darin, daß entgegengesetzte Parteien, Radikale vom Schlage

Rocheforts und Monarchisten der verschiedenen Farben ihre Hoffnungen diesem Phantom auftrugen und das Haus Orleans sich dies ein gutes Stück Geld kosten ließ.

Einen ernstlichen Versuch, die Monarchie herzustellen, machte keiner der Prätendenten, wenngleich die Demonstrationen und die halben Verschwörungen während des ganzen Jahrzehnts und in jüngster Zeit (1899) etwas augenfälliger sich regten. Gelegentlich machte ein Theatercoup von sich reden, wie der, den der junge Herzog von Orleans, der Sohn des Grafen von Paris, ausführte, indem er, ins militärpflichtige Alter eingetreten, entgegen dem Gesetz, das die Mitglieder der früheren Dynastien vom Boden Frankreichs ausschloß, am 7. Februar 1890 in Paris erschien, sich zum Antritt seiner Militärpflicht meldete, sich verurteilen, nach einiger Zeit (Juni) begnadigen und über die Grenze schaffen ließ. Selbst die klerikale Partei, wie schon berührt, erkannte, daß es mit der Herstellung der Monarchie zunächst nichts war, man sich also mit der Republik irgendwie abfinden und einrichten müsse. Im Jahre 1890 gab eines der Häupter der römischen Kirche, der verdiente Kardinal Lavigerie, bei einer Zufallsgelegenheit dem Gedanken Ausdruck, die Geistlichen sollten sich, und ohne Hintergedanken, an die gegenwärtige Regierungsform, die das Land sich gegeben, halten: er fand Widerspruch, und Mitte Februar 1891 reiste der Hauptgegner dieser Anschauung, Bischof Freppel, nach Rom, um dort seinen Grundsatz, daß die Aufgabe der Kirche und ihrer Diener und Gläubigen vor allem darin bestehe, gegen die Revolution und deren Prinzipien zu kämpfen, Geltung zu schaffen. Allein er machte schlechte Geschäfte: der Papst sprach sich, wie erwähnt, im Jahre 1892 wiederholt und nachdrücklich in Lavigeries Sinn aus, und es gab seitdem in Parlament und Land eine weitere Partei, die der „ralliierten Konservativen", der für die Republik gewonnenen, etwa 40 Mitglieder zählend, während der größere Teil der Konservativen allerdings dem monarchischen Gedanken treublieb, der für sie einen Teil ihrer Religion oder zum mindesten ihres Kultus bildete. Die Republik also, konnte man sagen, befestigte sich; die Verfassung wurde nicht angetastet, obgleich viel von ihrer Revision die Rede war, einer Revision, die auch das sehr vage Programm des Generals Boulanger gebildet hatte; die einzige wichtige Änderung war, daß eben dem Boulangismus gegenüber im Jahre 1889 die Wahlen nach Arrondissements statt der Listenwahl wiederhergestellt wurden. Diese Wahlen, sowohl für die Generalräte der Departements wie für Deputiertenkammer und Senat, fielen überwiegend im republikanischen Sinne aus, und man verfehlte nicht, die „Stabilität und Konsolidation" dieser Republik zu preisen, wenn die Präsidentenwechsel — ein aufregendes Ereignis sollte man denken bei diesen Zuständen —

so rasch und so friedlich vonstatten gingen. Als am 24. Juni 1894 der rechtschaffene, wohlgesinnte Carnot beim Besuch einer Ausstellung in Lyon vom Dolch eines italienischen Anarchisten Caserio getroffen worden war, wurde er alsbald durch den Kammerpräsidenten Kasimir Perier ersetzt, der am 27. desselben Monats in den verfassungsmäßigen Formen, indem Senat und Deputiertenkammer zu einem Wahlkörper zusammentraten, gewählt wurde. Dieser, ein Mann von Charakter, ertrug es allerdings nicht lange, die nichtige Rolle zu spielen, zu der die bestehende Verfassung den Mann an der Spitze verurteilte, dem sie keinerlei Macht und Initiative gewährte, kraft deren er den schwankenden Zuständen und der allgemeinen Korruption hätte entgegentreten können. Er legte am 15. Januar 1895 sein Amt nieder und begründete diesen Schritt in Schreiben an Deputiertenkammer und Senat: zwei Tage darauf wurde ein reicher Industrieller, der auch schon wie so viele Minister gewesen war, Felix Faure, gewählt, ein Mann, der sich besser zu einer Stellung eignete, bei der es nichts zu regieren, sondern bloß zu repräsentieren gab. Die Minister wurden ihm durch die Abstimmungen in der Kammer, durch die „parlamentarische Situation", wie man diese Karikatur einer vernünftigen Regierungsweise nannte, auferlegt, und kein menschliches Hirn wäre imstande, diese raschwechselnden Ministerien, die sich in diesen zehn Jahren folgten, Tirard, Floquet, Freycinet, Loubet, Ribot, Dupuy, Kasimir Perier, Dupuy, Ribot, Bourgeois, Meline, Brisson, Dupuy bis zu dem jüngsten 1899, Waldeck-Rousseau, im Gedächtnis zu behalten, noch auch ist es für unsern geschichtlichen Zweck nötig oder möglich, klar zu machen, was diese Namen oder ob diese Namen etwas bedeuten, da mindestens für den Fernerstehenden in den meisten Fällen nicht ersichtlich ist, daß das eine Ministerium während der kurzen, im Durchschnitt auf neun Monate berechneten Zeit seiner Amtsführung wesentlich anders regiert hätte als das andere, und man Mühe hat, die Finessen der verschiedenen „Tagesordnungsvorschläge" zu verstehen, mit deren Annahme oder Ablehnung von der Mehrheit der Deputiertenkammer ein Ministerium bleibt oder fällt. So war dem Namen und der Form nach Frankreich eine demokratische Republik im vollsten Sinn: das allgemeine Stimmrecht wählte die Deputiertenkammer, und die Mehrheit dieser Kammer machte die Gesetze, bestimmte die Regierung und entschied damit auch über Fragen der Verwaltung und, mittelbar, über eine Menge von Personenfragen; das Versammlungsrecht, die Presse, die mündliche wie schriftliche Rede waltet ohne Schranken: daß damit irgend die Bürgschaft einer gerechten, unbestechlichen, soliden Verwaltung der Landesangelegenheiten gegeben sei, hieße das Gegenteil der Wahrheit behaupten. Adel und andere mit Privilegien ausgestattete

mächtige Körperschaften existieren vor dem Gesetze mindestens nicht mehr; alle Franzosen sind, in diesem Sinn, frei und gleich, auch wird in Kraft dieser großen Errungenschaft der französischen Revolution, deren Gedächtnis am 5. Mai 1889 mit Eröffnung einer großartigen Weltausstellung zu Paris gefeiert wurde, von dem geistreichen und erfinderischen Volke viel Gutes geschaffen, wie eben diese Ausstellung, vielleicht noch mehr als die jüngste vom Jahr 1900, den zahllosen Besuchern bewies; aber gleichwohl gibt es hier und vielleicht in vollerem Sinne als irgendwo sonst eine herrschende Klasse, und es beutet diese herrschende Klasse ihre Stellung rücksichtsloser aus, als z. B. in Deutschland und England geschieht, wo man von souveränem Volk und Volkswillen nicht so viel hört und der Kultus dieser Götzen sich in bescheideneren Grenzen hält. Eine Sozialgesetzgebung wie in Deutschland wurde noch nicht erreicht, wenn auch Anfänge dazu in diesen Jahren gemacht wurden, und in unheimlicherer und bösartigerer Weise als selbst Rußland ist Frankreich in diesen letzten zehn Jahren von der Pest der Dynamitattentate heimgesucht worden. In langer Reihe zogen sie sich besonders durch die Jahre 1892—1894 hin. Deren eins suchte am 9. Dezember 1893 die Deputiertenkammer selbst heim, wobei etwa 100 Personen doch vermöge eines glücklichen Zufalls nur leicht verwundet wurden. Die Urheber, soweit man sie ermittelte, verfielen der Strenge des Gesetzes, das man alsbald noch zu verschärfen Sorge trug, und wurden hingerichtet: ein bedenkliches Zeichen aber war, daß dem frechsten dieser Mordgesellen, einem gewissen Ravachol, der ein Attentat gegen einen Richter, der sich in Erfüllung seiner Pflicht diesem Gesindel mißliebig gemacht hatte, unter den üblichen herausfordernden Phrasen eingestanden hatte, von den eingeschüchterten Geschworenen mildernde Umstände zugebilligt wurden und der Verbrecher erst hingerichtet werden konnte, nachdem er wegen eines früher verübten Mordes vor ein neues Geschworenengericht an einem entlegenen Orte Frankreichs gestellt und von diesem zum Tode verurteilt worden war. Auch einige große Arbeitseinstellungen gab es, die aber nur mit dem Siege des großen Kapitals endigten, mit Ausnahme der letzten vom Jahre 1899, die ein Schiedsspruch des Ministers Waldeck-Rousseau wesentlich zugunsten der Streikenden entschied. Die Sozialdemokratie spielte in der Tat dort keine so große Rolle wie in Deutschland, wenn sie auch in Versammlungen und Presse den Mund ebenso voll nahm. Auch hier, in ihren Kongressen, befehdeten sich eine verhältnismäßig vernünftige und eine revolutionäre Partei, die auf dem letzten (1899), nachdem sie sich, wie in Deutschland, nur nach Franzosenweise viel leidenschaftlicher ein paar Tage geschmäht und gezankt hatten, schließlich wie in Deutschland einige mehrdeutige Phrasen aufsetzten, die dann, mehr oder weniger

einstimmig angenommen, der Welt die ungetrübte Einigkeit der Partei verkündigen sollten. Im Pariser Stadtrat hatten sie die Mehrheit, und sie erlebten den Triumph, daß selbst einer ihrer Führer, Millerand, im Jahre 1899 als Handelsminister in die Regierung des Landes eintrat. Eben dies aber erregte den Zorn des revolutionären Flügels, der darin eine prinzipwidrige Versöhnung mit dem Bourgeoisstaate sah. Zu Angriffen auf diesen Bourgeoisstaat bot sich unglücklicherweise Stoff genug in der Reihe von Skandalen, die bewiesen, daß die oberen Zehntausend, wie ein vielgebrauchtes Schlagwort den reicheren, reich scheinenden, vornehmen oder vornehmtuenden Teil der Gesellschaft nennt, auch diejenigen von ihnen, die etwa in den Ministerien, in der Kammer und im Senat saßen, der „Korruption", der Bestechung in feiner oder grober Form nicht weniger zugänglich waren, als die „höhere Gesellschaft" unter dem zweiten Kaiserreich, unter der Julimonarchie oder der Restauration gewesen war. Im Februar 1888 wurde der Schwiegersohn des Präsidenten Grevy, Wilson, verurteilt, weil er mit seinem Einfluß auf Verleihung der in Frankreich so sehr begehrten Ordensdekorationen einen förmlichen Handel getrieben hatte, und vom November 1892 an zog sich der Panamaskandal hin, der jahrelang ganz Frankreich in Aufregung und nicht wenige Schuldige in Not und Angsten hielt. Das großartige Unternehmen der Durchstechung der Landenge von Panama, der Verbindung des Atlantischen mit dem Stillen Ozean auf kürzester Wasserstraße, das der Schöpfer des Suezkanals, Ferdinand von Lesseps, nach Vollendung dieses ersten großen Werkes in Angriff nahm, hatte eine Aktiengesellschaft ins Leben gerufen, die aber, da die Sache sehr viel kostspieliger wurde, als man vorausgesetzt hatte, mit ihren Mitteln nach einiger Zeit zu Ende war und nun, um neues Kapital anzulocken und um namentlich die Börsen der mittleren Leute aufzuschließen, ein paar Dutzend Millionen daranrückte, einflußreiche Zeitungen und einflußreiche Männer, Deputierte, Senatoren, Minister zu Zwecken der Reklame zu bestechen. Es gab Aufsehen, Sensation genug: plötzlicher Tod eines großen Bankiers, Verhaftung eines früheren Ministers, Enthüllungen, auch Verurteilungen: am letzten Ende kam doch nicht viel heraus, obgleich noch im Jahre 1897 Verhaftungen vorgenommen wurden, die aber am 30. Dezember jenes Jahres mit Freisprechungen endigten. Bemerkenswert ist, daß dieser große Krach, dem bald darauf ähnliche Entdeckungen bei der Südbahngesellschaft folgten, keine weiteren Folgen, keinen sichtbaren Einfluß auf Volkswohlstand und Politik äußerte.

Der geschichtlich wichtigste dieser Vorgänge ist der eigentümliche Rechts- und Unrechtsfall, der im Dezember 1894 mit der Verurteilung eines Artilleriehauptmanns Alfred Dreyfus durch ein Kriegsgericht

geschaffen wurde. Er war wegen Landesverrats, durch Mitteilung militärischer Geheimnisse an eine auswärtige Macht verübt, zur Degradation und lebenslänglicher Deportation verurteilt und demgemäß nach der Teufelsinsel an der Küste von Cayenne gebracht worden. Dreyfus war Jude, und sein Name klang deutsch, er war Elsässer, aber das, was sie sonst in Frankreich einen Patrioten nennen: in den Augen der Menge oder desjenigen Publikums, das, von gewissenlosen Zeitungsschreibern gehetzt, nach übler französischer Sitte noch während der Prozeßverhandlung lärmend seiner Meinung oder seinem Vorurteil Ausdruck zu geben pflegt, mußte die Macht, die hier im Spiele war, notwendig Deutschland sein, ungeachtet von deutscher Seite amtlich und unzweideutig alsbald erklärt wurde, daß sie niemals mit Dreyfus in Beziehung gestanden habe. Daß das Kriegsgericht nicht dasjenige Maß von Gewissenhaftigkeit und Rechtsgefühl besaß, das man in jedem anderen Lande bei Richtern vorauszusetzen gewöhnt ist, zeigte sich schon bei dieser ersten Gelegenheit; daß der Verurteilte in seinem traurigen Exil mit einer selbst einem überwiesenen schweren Verbrecher gegenüber zum Himmel schreienden Barbarei behandelt wurde, ward später ruchbar; der Grund in dem Meere von Niederträchtigkeit, das bei diesem Handel verschwendet wurde, ist selbst heute noch nicht erreicht oder bloßgelegt. Das Hauptbeweisstück war ein mit militärischen Notizen beschriebenes Briefblatt, das sogenannte Bordereau, dessen Schrift mit der des Angeklagten nach Begutachtung von drei unter fünf Sachverständigen identisch sein sollte, während Verstand und Schriftkunde eines deutschen Dorfschullehrers oder beliebigen gewissenhaft prüfenden Lesers ausgereicht hätten, um zu beweisen, daß dies nicht der Fall war: es seien, behauptete man später, andere Beweisstücke vorhanden gewesen, welche die Schuld bewiesen hätten: sie wurden aber, was dem Gesetz und jedem elementarsten Rechtsbegriff Hohn spricht, dem Angeklagten und seinem Verteidiger nicht vorgewiesen. Jener beteuerte seine Unschuld, wenngleich man, einmal im Zuge, allen übrigen Lügen auch noch die von einem Geständnis hinzugefügt hatte. Genug: der Jude wurde verurteilt, denn auch die damals in Frankreich wie sonstwo grassierende Volkskrankheit des Antisemitismus spielte ihre Rolle neben jesuitischem oder klerikalem Einfluß: zum mindesten rührte sich von geistlicher oder kirchlicher Seite niemand, als mehr und mehr zutage trat, wie frevelhaft hier mit Ehre und Leben eines Menschen, mit Recht und Wahrheit umgesprungen wurde. Die Familie des Verurteilten beruhigte sich nicht bei dem von Anfang an mehr als zweifelhaften Urteile. Im Kriegsministerium selbst gab es Männer von Ehre, wie einen Obersten Picquart, denen Zweifel aufstiegen und denen auf andere Schuldige deutende Spuren sich zeigten: es gab noch ernste Männer von Gewissen in Frankreich, und ein an-

gesehenes Mitglied des Senats, Scheurer-Kestner, der dem allmählich über ganz Europa hin Aufsehen erregenden Handel ein ernsthaftes Studium gewidmet hatte, trat im Oktober 1897 in einem Pariser Blatt, dem Figaro, mit der Ansicht hervor, daß Dreyfus unschuldig sei und der Prozeß wieder aufgenommen werden müsse. Man hatte von dieser Seite eine andere Spur gefunden, einen liederlichen Gesellen mit der Moral eines mittelalterlichen Landsknechts, einen Major Esterhazy, und bald wurde jedem ungetrübten Auge, nur nicht den Schalksaugen der kompromittierten Richter und der kompromittierten Mitglieder des Generalstabs klar, daß das Bordereau von seiner Hand geschrieben war: was er auch, nachdem man ihn seine Person hatte in Sicherheit bringen lassen, weiterhin selber zugestand. In ein bedeutsameres Stadium trat die Sache, als einer der ersten Romanschriftsteller Frankreichs, Emile Zola, die Sache in die Hand nahm und, Januar 1898, in einem sehr beredt geschriebenen Artikel des Journals L'Aurore die Mitglieder des Kriegsgerichts unumwunden anklagte, daß sie „auf Befehl" verurteilt hätten. Schon hier in diesem Prozeß, der in ganz Europa ein großes Aufsehen erregte, verriet das trotzige Auftreten der als Zeugen geladenen hohen Offiziere das Bewußtsein, in eine schlechte Sache verstrickt zu sein. Indes noch waren sie gedeckt durch leidenschaftliche Parteinahme des Pariser Publikums für das, was sie die Ehre der Armee nannten, und die Parteilichkeit des Gerichtsvorsitzenden, der dem Angeklagten und seinem Verteidiger nicht gestattete, durch sachliche Darlegungen den Beweis der Wahrheit seiner Anklage — des schnell berühmt gewordenen J'accuse — zu führen. Zola wurde verurteilt, und als die Sache schließlich, wie die Verdachtsgründe gegen den elenden Esterhazy sich mehrten und man die über alle Maßen schändlichen Mittel erfuhr, durch die man sich des unbequemen Picquart zu entledigen gesucht hatte, in der Deputiertenkammer zur Sprache kam, riß der Kriegsminister Cavaignac, indem er seine volle „Überzeugung" von der Schuld des Dreyfus mit allem Nachdruck betonte und sich dabei auf angebliche, aber in Wirklichkeit nicht vorhandene Geständnisse des Verurteilten sowie auf ein unzweifelhaft echtes Dokument berief, die Versammlung mit sich fort, so daß sie beschloß, seine Rede in allen Gemeinden Frankreichs an öffentlicher Stelle anschlagen zu lassen. Wenige Tage später aber stellte sich unzweifelhaft heraus, daß das mit so viel Zuversicht ins Feld geführte Dokument eine grobe Fälschung war. Der Fälscher, ein Oberst Henry, war geständig (30. August 1898), wie denn auch kein großer Scharfsinn dazu gehört hätte, die Fälschung zu entdecken, und man erfuhr einen Tag später, daß er im Gefängnis durch einen Selbstmord geendigt habe: man hatte ihm das Rasiermesser gelassen, mit dem er ihn vollführen konnte oder mußte. Und nun trat im Publikum selbst ein völliger

Umschwung ein. Die Sache mußte dem Kassationshofe, der höchsten richterlichen Instanz, übergeben werden, der das Gesuch um die Revision des Prozesses annahm und daranging, endlich volles Licht in die Angelegenheit zu bringen, was bei so viel Lüge und skrupelloser Fälschung auch Hoch- und Höchstgestellter, wie des Generalstabschefs Boisdeffre und des früheren Kriegsministers Mercier, keine leichte Sache war. Von geschichtlicher Bedeutung in höherem Sinn ist sie nur, indem sie einen Zwiespalt zwischen der bürgerlichen und der Militärgewalt offenlegte und sehr deutlich zeigte, daß in den hohen militärischen Kreisen nicht die Lust, sondern nur der Mut und der Mann fehlte, die Herrschaft des Säbels vielleicht zugleich mit der des Priesterrocks aufzurichten, und indem sie zugleich den ungesunden Zustand Frankreichs bloßlegte, wo ein Rechtshandel, der nur die Gerichte anging oder hätte angehen sollen, alle Leidenschaften, und sehr schlimme, aufgewühlt und den Staat in seinen Grundfesten erschüttert hatte. Immer neues Unheil erzeugte diese Geschichte, nachdem man einmal vom klaren Weg des Rechts abgeirrt war. Nach dem Ergebnis der Untersuchung durch den Kassationshof wurde ein neues Kriegsgericht gebildet, zu Rennes, Dreyfus von seiner Insel zurückgeholt und vor dieses gestellt: mit gespannter Aufmerksamkeit folgte ganz Europa den Verhandlungen, die ihm seine Zeitungsblätter in aller Breite vorführten, und nirgends, in keinem Lande, wäre ein urteilsfähiger Mensch zu finden gewesen, der nicht gewußt hätte, wer der Unschuldige und wo der Schuldige zu suchen war. Gleichwohl erklärten fünf von den sieben Richtern Dreyfus für schuldig des Landesverrats, aber des Landesverrats „mit mildernden Umständen". Im schlimmsten Sinne erging nun — denn die Sache mußte zu Ende kommen — Gnade für Recht: mehr als ein Ministerium war über der Geschichte zu Falle gekommen, und der Präsident der Republik, Felix Faure, der nicht die Macht und, wie es scheint, auch nicht den Willen hatte, dem Unrecht zu wehren, das die Ehre des Landes kompromittierte, war darüber gestorben (16. Februar 1899). Der neugewählte, Emile Loubet, bildete ein Koalitionsministerum mit Waldeck-Rousseau an der Spitze, das nunmehr den zweimal schuldig gesprochenen Unschuldigen begnadigte (21. September 1899). Das Ministerium selbst war seltsamer Art: neben dem General Gallifet, einem schneidigen Mann der Ordnung, der im Jahre 1871 bei der Niederwerfung des Kommuneaufstands sich ausgezeichnet und bei dem Nachwuchs der Kommunarden besonders verhaßt gemacht hatte, saß als Handelsminister ein erklärter Sozialist, Millerand, dem es dann beschieden war, bei der großen Weltausstellung 1900 der besuchenden vornehmen und Kapitalistenwelt die Honneurs zu machen.

Die Zerrüttung, in welche diese so lang sich hinziehende und immer neue Nichtswürdigkeiten zutage fördernde „Affäre" das

Land stürzte, machte sich auf sehr empfindliche Weise geltend in der schweren Demütigung, die Frankreich in jenem selben Jahre (1898), in dem der Dreyfushandel wieder akut wurde, in seiner auswärtigen Politik von England erlitt. Die auswärtige Politik Frankreichs litt in dieser ganzen Zeit und eigentlich schon seit Ende des 1870er Kriegs an einem Widerspruch verhängnisvoller Art. Auf der einen Seite war sie beherrscht von dem Gedanken oder der fixen Idee der Zurückgewinnung von Elsaß-Lothringen, auf der anderen von dem Wunsche, durch Erwerbungen in der außereuropäischen Welt, durch Gründung eines großen Kolonialreichs jenen Verlust zu ersetzen oder sich und den lärmenden Patriotismus, der sich bei jeder guten und schlechten Gelegenheit regte, durch solche außereuropäische Erfolge gleichsam zu betäuben und über den Verlust der früheren großen Stellung in Europa hinwegzutäuschen. Die Gründung des Dreibunds legte eine Verbindung ähnlicher Art für Frankreich nahe, und man hatte sich schon bald nach dem Frankfurter Frieden mit der Hoffnung oder Vorspiegelung geschmeichelt, mit Rußlands Hilfe das Verlorene wiederzugewinnen. Mit unendlicher Beflissenheit warb man von französischer Seite um dieses Bündnis, und von russischer ließ man sich dieses Werben sehr gern gefallen, weil es die Unterbringung russischer Anleihen an der Pariser Börse und einige andere Geschäfte erleichterte. Der Untergrund dieser Dinge entzieht sich, wie natürlich, noch der Darstellung: was zutage tritt, ist nur der gänzliche Mangel an Selbstachtung, mit dem die sonst so stolze Nation sich dem Herrscher und Volk von Rußland an den Hals warf. Vom 23. Juli bis 8. August 1891 besuchte die französische Flotte Kronstadt. Am 13. Oktober 1893 erschien die russische Flotte vor Toulon, und ihr Befehlshaber, Admiral Avellan, kam mit 40 seiner Offiziere nach Paris, und schon hier erreichte die allgemeine Begeisterung, bei der allerdings ebenso wie bei der nunmehr gänzlich vergessenen einstigen Polenschwärmerei sehr viel Theatralisches mitlief, eine staunenswerte Höhe und trieb wunderbare Blüten: als aber vollends gar am 5. Oktober 1896 der Zar in höchsteigener Person mit seiner Gemahlin in Cherbourg landete und dann einige Tage in Paris als Gast verweilte, da war ein Wetteifer im Schmeicheln und Sichwegwerfen, daß man vor allem den Gegenstand dieser knechtischen Huldigungen, an denen sogar die sozialistische Mehrheit des Pariser Stadtrats sich beteiligte, zu bedauern Ursache hatte. Es fehlte, wie natürlich, nicht an guten und wohlgesetzten Worten von Waffenbrüderschaft und unwandelbarer Freundschaft in den Tischreden: nur das eine Wort, auf welches diese stolze Nation mit angehaltenem Atem wartete, das Wort von der Allianz der beiden Völker wollte nicht über die Lippen des großen Gastes. Erst als im August des folgenden Jahres der Präsident der französischen Republik den Besuch in

Petersburg erwiderte, da endlich bequemte sich der Zar, von den beiden nations alliées, wirklich den beiden verbündeten Völkern zu sprechen, und in ganz Frankreich war der Jubel groß. Von besonderen Folgen dieser Allianz war nicht viel zu verspüren. Insbesondere mit Deutschland stand es in alten Rechten, doch kam es zu keinen eigentlichen Konflikten. Die läppischen Demonstrationen, in denen sich ein und der andere Wichtigtuer gefiel, wie etwa die von einem gewissen Deroulède geleitete Patriotenliga, die bei dem Dreyfushandel eine mehr als zweideutige und in ihren Mitteln sehr verächtliche Rolle spielte, dann und wann die Aeußerung eines bramarbasierenden Generals oder Obersten oder die mehr oder weniger geschickte Phrase eines Wahlkandidaten machten namentlich in Deutschland keinen Eindruck. Die Beziehungen zwischen Regierung und Regierung waren befriedigend, und der Deutsche Kaiser fand, als im Juni 1894 der Präsident Carnot ermordet wurde, in seinem Beileidstelegramm einen männlichen und würdigen Ton, der den Franzosen wohlgefiel, und hatte den feinen Takt, bei dieser Gelegenheit zwei französische Offiziere zu begnadigen, die bei einem Spionengang betroffen und zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt worden waren; im März 1894 nahm die französische Regierung die Einladung der deutschen zu den Festlichkeiten bei Gelegenheit der Eröffnung des Nordostseekanals an. Die Hoffnung auf Rückgewinnung von Elsaß-Lothringen, die mit jedem Jahr und mit der sichtbar fortschreitenden Befestigung der dortigen Zustände schwächer wurde, erhielt im Jahre 1898 einen schweren Stoß, als der verbündete Zar, ohne die Franzosen zu fragen, in jenem Schreiben vom September 1898 die Initiative zu einer allgemeinen Abrüstung zu ergreifen schien. Im gleichen Jahre regte die von Kaiser Wilhelm unternommene Reise nach Palästina eine Eitelkeitsfrage an, die sich aber beim besten Willen nicht in eine politische verwandeln ließ, und auch amtlich gar nicht von der französischen Regierung aufgenommen wurde. Frankreich hatte seit den Zeiten Ludwigs XIV. den Schutz der römisch-katholischen Christen im Orient als eine Art Ehrenrecht in Anspruch genommen und dies Ehrenrecht auch wohl bei Gelegenheit des berühmten Schlüsselstreits, der zum Krimkrieg führte, und sonst geltend gemacht: der Papst, den man darauf aufmerksam gemacht, gab gute Worte, hielt sich aber so zweideutig, daß man von deutscher Seite ohne weitere diplomatische Korrespondenz doch zu verstehen gab, was sich von selbst verstand, daß jede Macht, und so auch die deutsche, ihre katholischen Untertanen im Orient selbst zu schützen die unzweifelhafte Pflicht und somit auch das unzweifelhafte Recht habe. Die deutschen Katholiken standen in dieser Frage, die keine war, wie sich von selbst versteht, zu ihrem Lande.

Bei dem an sich sehr berechtigten und vernünftigen Gedanken, sich für den mäßigen Verlust, den das französische Gebiet durch die Abtretung von Elsaß-Lothringen erlitten hatte, durch Ausdehnung seiner überseeischen Gebiete schadlos zu halten, war Frankreich durch seine maritime und ozeanische Lage begünstigt. Gehemmt war es freilich durch ein Doppeltes. Einmal erforderte die Revanchepolitik und quälende Furcht vor Deutschland ungeheure Ausgaben für das Landheer, die selbst dieses reiche Land spüren und die jene überseeischen Pläne und die Flotte entgelten mußten, und zum zweiten fehlte Frankreich der Überschuß der Bevölkerung, der anderen Ländern, England, Deutschland, Italien, die Kolonisation erleichterte, die Auswanderung in irgend einer Form zur Notwendigkeit machte. Während man in Deutschland, Österreich, Italien seit lange 38 Geburten auf allemal 1000 Menschen rechnete, waren es in Frankreich nur 22, und noch der amtliche Bericht über das Jahr 1897 zeigte einen um etwa 6400 geringeren Überschuß der Geburten über die Todesfälle als das vorhergehende Jahr. Gleichwohl hatten die Franzosen in dieser überseeischen und außereuropäischen Richtung Erfolge: ihr General Dodds züchtigte einen der Barbarenkönige des südwestlichen Zentralafrika, Behanzin von Dahomey, und beendigte den Krieg mit dem grausamen Wilden im Jahre 1892; im Anfang des Jahres 1894 wurde Timbuktu jenseits der Sahara, eine kleine Tagereise vom nördlichen Ufer des Niger, besetzt, und obgleich hier im Februar der Oberst Bonnier mit seiner Kolonne von den feindlichen Tuaregs niedergemetzelt ward, wurde doch die Position behauptet: ein Blick auf die Karte zeigt, daß hier eine rühmliche Aufgabe für ein unternehmendes Volk gegeben ist. Auch in Asien, am oberen Mekong, gegenüber dem Königreich Siam setzte Frankreich seinen Willen durch (1893): die siamesische Regierung nahm das französische Ultimatum an, welches das linke Ufer des Mekong ihr als Grenze ihres Landes bestimmte. Eine große, lange schon in Aussicht genommene Erwerbung machte Frankreich, freilich mit dem schweren Opfer von etwa 7000 durch Krankheit und Krieg hinweggerafften Menschen, durch die Eroberung der Rieseninsel Madagaskar, dem südöstlichen Rande von Afrika gegenüber — eines Landes von 590 000 Quadratkilometern und einer auf 4 Millionen geschätzten Bevölkerung. Im September 1895 wurde die Hauptstadt Antanarivo von General Duchesne bezwungen, am 20. Juni 1896 Madagaskar für eine französische Kolonie erklärt: wie weit sie gute Früchte und bessere als sonst die französischen Kolonien tragen wird, muß die Zukunft lehren.

An diesen Erwerbungen ward Frankreich durch niemand, auch durch England nicht gehindert, und eine Anzahl Fragen konkurrierender Handels- und Kolonialpolitik, denen unsere nur im großen Orientierung suchende Darstellung nicht folgen kann, mit Deutschland, England,

dem Kongostaat wurden ohne große Mühe geschlichtet: mit Deutschland insbesondere verständigte man sich auf diesem Boden leicht. Einen Punkt aber gab es, wo die Engländer empfindlich waren und aus anderen Gründen die Franzosen nicht minder: Ägypten.

Wir haben erwähnt, wie Großbritannien dazu gekommen war, sich in diesem wichtigsten, dem Namen nach zum osmanischen Reiche gehörigen Lande festzusetzen; wie aus den acht Jahren, in denen man das Land auf seine eigenen Füße zu stellen gehofft oder zu hoffen vorgegeben hatte, nach und nach deren 20 geworden waren und von einem Aufgeben des Landes keine Rede war; wie England diese Herrschaft geschickt auf die Interessen der europäischen Gläubiger der ägyptischen Regierung gründete und auch dadurch einigermaßen rechtfertigte, daß das Los des Volkes in der Tat unter ihrem Regiment sich besserte — einem Regiment, das sie durch den von ihnen abhängigen Vizekönig oder Khedive in ähnlicher Weise führten, wie sie in Indien ihre mittelbaren Besitzungen durch den betreffenden Rajah beherrschten, den seinerseits ein britischer Resident regierte. Nun waren aber die Grenzen Ägyptens gegen Süden dehnbar, und Ägyptens Ansprüche konnte man als eine beliebig auszudehnende Einfluß- oder Interessensphäre bezeichnen und diese Länder zwischen dem 10. und 20. Grad nördlicher Breite, zwischen dem Oberlauf des Niger und dem des Nil, die man unter dem Namen des Sudan begreift, legten selbst ein Ausgreifen nahe, da sie unter dem Nachfolger des Mahdi, den sie als den Khalife bezeichneten, und einer fanatischen Partei, den Derwischen, ein Reich bildeten, mit dem keine bequeme Nachbarschaft zu halten war. Der Krieg, wie natürlich, zog sich lange hin, da die Gegenden, in denen er zu führen war, von großen Erstreckungen ohne gebahnte Straßen, zum großen Teil wasserarm und mit allerlei sonstigen Hindernissen kriegerischen Operierens behaftet waren: der Weg von Kairo bis Khartum, wo der weiße und der blaue Nil sich vereinigen, erstreckt sich über 15 Breitegrade. Ein Blick auf die Karte zeigt, daß es sich hier für die Engländer um einen großen Preis, die Beherrschung des gesamten Niltals, eine Handelsstraße von einer großen, nicht auszumessenden Zukunft handelte. Im September des Jahres 1898 nun erfocht das englisch-ägyptische Heer unter dem General oder, nach ägyptischer Bezeichnung, dem Sirdar Kitchener den entscheidenden Sieg, bei dem keine große Feldherrnkunst aufgewendet zu werden brauchte, über das Heer der Derwische bei Omdurman, nicht weit von Khartum: um dieselbe Zeit zu übler Stunde bewegte sich eine französische Expedition unter dem Obersten Marchand von Westen her dem oberen Nil zu, und ihr Führer hißte die französische Flagge, als er Faschoda, das etwa 80 engl. Meilen südlich von Khartum liegt, erreicht hatte. Allein die Engländer waren nicht gemeint, eine fran-

zösische Besitzergreifung in dieser Gegend zu dulden. In aller Freundschaft erklärte dies der englische Oberbefehlshaber, der bis dahin vorrückte, dem kühnen französischen Offizier, der nicht in der Lage war, Widerstand zu leisten. Die Engländer pflanzten also ihrerseits die ägyptische Fahne auf, einige diplomatische Schriftstücke wurden gewechselt, zugleich aber rüstete die englische Regierung — Lord Salisbury, der mit großer Energie vorging — und gab sehr deutlich zu verstehen, daß der Abzug von Faschoda eine Frage von Krieg und Frieden sei. Auf einen Krieg waren die Franzosen nicht gerüstet. Man zweifelte, ob auf ihren Schiffen und in ihren Häfen alles in Ordnung sei, und außerdem war die Zerrüttung infolge des Dreyfusprozesses und alles dessen, was sich an diesen anschloß, augenblicklich so groß, daß sie die Kraft des Staates tatsächlich lähmte. Zähneknirschend beugten sie sich, zu gleicher Zeit, wo Spanien, wie wir sehen werden, den Amerikanern unterlegen war, unter das Joch, das man englischerseits auch gar nicht als ein sanftes darzustellen sich bemühte. Sie mußten sich die guten Ausreden selber suchen: wegen eines Sumpfnestes wie Faschoda dürfe man es doch nicht zu einem Kriege zwischen den zwei zivilisiertesten Völkern kommen lassen.

5. Rußland.

Seit Peter dem Großen, ja selbst schon früher hat die Regierung oder haben die regierenden Kreise dieses ungeheuren Reichs, das jetzt in Europa und Asien ein Gebiet von 22 Millionen Quadratkilometern und gegen 130 Millionen Menschen umfaßt, zwei Trieben zugleich zu gehorchen. Sie haben Fühlung zu nehmen und zu erhalten mit dem westeuropäischen Wesen und zugleich ein allzu rasches und allzu reichliches Einströmen westlicher Einflüsse abzuwehren. Von irgend etwas wie Einfluß des Russentums auf die westlichen Länder in anderem als ganz äußerlichem Sinn ist nicht die Rede: es gibt zwar russische Dichter und Romanschreiber, und dem literarischen Heißhunger oder der literarischen Feinschmeckerei werden deren Werke in Übersetzungen dargeboten, aber weiter reicht und tiefer geht dieser Einfluß nicht, und die dem Reich angegliederten Länder, durch welche eine engere Verbindung mit dem westlichen Europa vermittelt werden könnte, Polen, die Ostseeprovinzen, Finnland, werden vielmehr durch das Russentum mit mehr oder weniger, zuweilen mit stärkerer und zuweilen mit etwas weniger Brutalität niedergehalten und soweit möglich russifiziert.

In politischer Beziehung charakterisiert die westeuropäischen Länder die konstitutionelle Monarchie, die, von der Schweiz und einigen Zwergstaaten abgesehen, augenblicklich nur in Frankreich einer Art Notrepublik gewichen ist. Überall ist das Bezeichnende

für die politische Gestalt dieser Länder, daß der Volks- oder Nationalwille in bestimmten gesetzlichen Formen, einer Verfassung oder geschriebenem Staatsgrundgesetz, in Vertretungskörpern mit der Regierung, die von einem mehr oder weniger mächtigen, aber nirgends ganz ohnmächtigen Monarchen gebildet wird, zusammen wirkt. Auch in Rußland sind Versuche dieser Art gemacht worden und hatten unter Alexander II. selbst eine gewisse Aussicht der Verwirklichung. Von solchen war unter Alexander III. und ist bis jetzt auch unter Nikolaus II., der am 1. November 1894 seinem Vater folgte, nicht mehr die Rede. Der Absolutismus ist, seitdem an Alexander II. sich jenes schreckliche Wort, daß die Verfassung dieses Reichs der durch Mord gemäßigte Despotismus sei — notre constitution à nous c'est le despotisme modérée par l'assassinat — wieder einmal erfüllt hatte, nicht weiter angefochten worden. Vielmehr gewahrte man unter Alexander III., dessen Regierung übrigens durch keine größere und löbliche Maßregel bezeichnet ist, in der Verwaltung — der Verwaltungsreform, wie man derlei zu bezeichnen liebt — einen Rückschritt zum alten patriarchalischen oder Adelsregiment, Zurückdrängung der Semstwos oder Selbstverwaltungskörper (Kreise), in eine Anzahl Landbezirke eingeteilt, an deren Spitze ein in der Regel adeliger Bezirkshauptmann mit sehr umfassenden Vollmachten steht. Die feierliche Krönung und Salbung des neuen Kaisers und seiner Gemahlin, einer hessischen Prinzessin, fand am 26. Mai 1896 zu Moskau mit aller nur ersinnlichen Pracht statt, zu der die schauerliche Szene vom 30. einen gräßlichen Gegensatz bildete: für eine Speisung und Beschenkung der Menge auf dem Chodinskifelde waren die Anordnungen so kopflos getroffen worden, daß Tausende von Menschen bei dem unsinnigen Drängen der Massen nach dem Gabentempel erdrückt wurden.

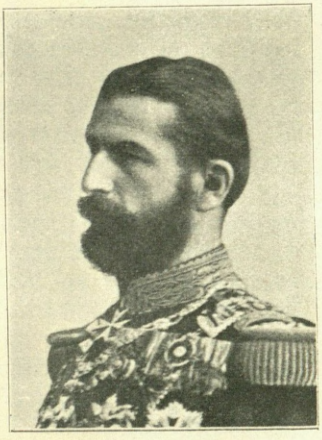
Daß eine sogenannte unumschränkte Monarchie doch in der Wirklichkeit nur eine durch andere als parlamentarische Mittel und Einflüsse beschränkte und gemeinhin sogar sehr beschränkte Monarchie bedeutet, ist bekannt, und auch die Allmacht des russischen Zaren ist an die Bedingung geknüpft, daß er im Sinne der in der russischen Gesellschaft vorwaltenden Stimmungen und gewisser Volksinstinkte regiert. Ein gesunder Ehrgeiz wie beim einzelnen so auch im großen eines Nationallebens begnügt sich und findet seine Befriedigung, wenn er innerhalb seiner natürlichen Grenzen an bestimmter Stelle Gutes schaffen und Besseres erstreben kann und in der Lage ist, da, wo Willkür ihm entgegentritt, leicht und sicher sein Recht zu suchen und geltend zu machen. Diese Art von Befriedigung und der aus ihr erwachsende Patriotismus, wie wir ihn im Westen verstehen, hat in Rußland wenig fruchtbaren Boden. Ein starkes Nationalgefühl, das an die orientalischen Reiche des Altertums erinnert, tritt an seine



Alexander III., Kaiser von Russland.
Nach einer Photographie.



Alexander I., Fürst von Bulgarien.
Nach einer Photographie.



-l I., König von Rumänien.
Nach einer Photographie.

Stelle, das nach immer weiterer Ausdehnung seines Machtgebiets, nach Eroberungen verlangt, und das im Bereiche seiner Macht, im Innern, niederwirft, was dem Massengefühl, dem Herdenstolz des herrschenden Volks widerstrebt; und diese Richtung der Geister wird verstärkt und erhitzt und grausam, wo, wie hier, zu dem Rassenhochmut der Hochmut einer kirchlichen Orthodoxie tritt. Man nennt diese Richtung auf russischem Boden Panslawismus, und auch ein milder und verständiger Herrscher muß diesem panslawistischen Drange sich unterordnen, wenn er ihn auch einigermaßen zu zügeln imstande ist. Im Innern zeigte sich dieser panslawistische Geist in der Fortsetzung des Unterdrückungssystems gegenüber den dem Körper des russischen Reichs angefügten Ländern, Polen, den Ostseeprovinzen und dem Großfürstentum Finnland. Was Polen betrifft, so kam die neue französische Freundschaft dem jetzt von Frankreich ganz verleugneten Lande nur etwa insofern zugute, als seit 1888 Annäherungsversuche zwischen dem Zaren und dem Vatikan gemacht wurden, die unter dem neuen Kaiser im Jahre 1895 bis zur Errichtung einer ständigen Gesandtschaft beim Vatikan führten: sehr viel half dies den Polen nicht, deren Bischöfe angehalten waren, jeden Eid in russischer Sprache zu fordern. Gegen die Ostseeprovinzen verbanden und verstanden sich höfische und kirchliche Beamtenbeschränktheit, Bureaukratie und Orthodoxie. Die evangelischen Geistlichen, in denen man vorzugsweise die Träger des Deutschtums sah, wurden drangsaliert und die Russifizierung mit jedem Mittel fortgesetzt; 1889 der juristischen Fakultät in Dorpat die russische Sprache für die Vorlesungen vorgeschrieben, im Jahre 1890 verordnet, daß der Unterricht in den Mädchenschulen in russischer Sprache erteilt werden müsse; seit Oktober 1891 mußten sämtliche evangelischen Kirchenbücher in russischer Sprache geführt werden; im Jahre 1892 wurden einige hundert deutsche Privatschulen auf einmal geschlossen, 1893 den Städten Dorpat und Dünaburg russische Namen gegeben und im Mai 1894 die Dorpater Studenten in dieselben Uniformen gesteckt, wie sie die Studenten der altrussischen Universitäten trugen. Nicht ganz so rasch ging man in Finnland ins Zeug. Noch unter Alexander III. wehrte der finnische Landtag sich mit einigem Erfolg gegen die Russifizierungspolitik, und am 6. November 1894 bestätigte der neue Zar von Livadia aus die „Religion und die Grundgesetze" des Großfürstentums. Aber die Freude war kurz: im Oktober 1898 erklärte der neue Generalgouverneur Bobrikow beim Empfang der finnländischen Behörden, daß der Zar wisse, daß im Lande eine falsche Auslegung der Grundsätze verbreitet sei, auf denen die Beziehungen Finnlands zum Reiche beruhten, und deutete sehr verständlich an, daß die kaiserliche Gewalt „die weitere Verbreitung dessen nicht gestatten

werde, was die feste Verbindung des großen Reiches hindern könne": was nun folgen mußte und seither zu folgen begonnen hat, kann man sich denken. Ein kaiserliches Manifest vom 15. Februar 1899 hob die wesentlichen Grundbestimmungen der Sonderstellung Finnlands auf und beschränkte die gesetzgeberischen Rechte des finnischen Landtags auf eine wertlose Begutachtuug der Gesetzesentwürfe der Regierung. Daß Petitionen und Kundgebungen gegen diesen Akt der Gewalt vergeblich waren, bedarf keiner Darlegung. Die Massenaustreibungen der Juden dauerten fort, wenn auch Bestechungen im kleinen nach russischer Art häufig linderten und gelegentlich einmal die großen Geldfürsten Westeuropas für ihre Glaubensgenossen mit einigem Erfolg eintraten, im Jahre 1891 z. B. das Pariser Haus Rothschild bei einer Finanzoperation, einem Anleihekonvertierungsvertrag, dieser Judenverfolgung wegen seine Mitwirkung wieder zurückzog. Nichtsdestoweniger las man in einem Rechenschaftsbericht des heiligen Synod vom Jahre 1892, daß nirgends in Europa die „fremden Konfessionen" sich einer so weitgehenden Freiheit erfreuten, wie in Rußland. Der Übertritt aber zu einer dieser fremden Konfessionen war den Russen verboten, und die hessische Prinzessin, mit welcher Nikolaus II. sich vermählte, mußte zuvor, wie sich hier von selbst verstand, ehe sie die große Partie machen konnte, zur orthodoxen Kirche übertreten.

Von einem stetigen Fortschritt im europäischen Sinn und im großen kann also in diesem Reich keine Rede sein, wenn auch im einzelnen auf seinem unermeßlichen Raume viel Gutes und Verständiges getan wird. Daß seine Finanzen in diesem letzten Jahrzehnt geordnet wurden und demgemäß auch die wirtschaftlichen Zustände sich etwas gehoben haben müssen, lehrt der Kurszettel der europäischen Börsen, dessen Sprache für keinen Zeitungsleser am Ende des 19. Jahrhunderts mehr ganz unverständlich ist. Ein vorübergehender kleiner, übrigens in guten Formen geführter Zollkrieg mit Deutschland, dessen Einfuhr im Jahre 1893 mit einem Zuschlag von 50 % auf die Sätze des Maximaltarifs belegt wurde, wurde schon im Jahre 1894 durch einen russisch-deutschen Handelsvertrag beendigt. Besonders ließ die russische Regierung sich die Ausdehnung ihres Eisenbahnnetzes angelegen sein, bei den ungeheuern Entfernungen mit denen dies Reich zu rechnen hat, ein ebenso gewaltiges, wie von der Notwendigkeit gebotenes Werk. Im Jahre 1893 wurde die russische Hauptbahn vom Staate angekauft. Am 4. August 1896 kam der erste Zug der transsibirischen Eisenbahn in Tomsk am Ob an, und im November desselben Jahres wurde ein Vertrag mit China geschlossen, welcher die Weiterführung dieser zukunftreichen Bahn durch chinesisches Gebiet, die Mandschurei, gestattete: ein Vertrag, dem im Jahre 1899 die fast naive Forderung

folgte, von der Hauptlinie dieser Bahn aus einen Arm unmittelbar nach Peking zu legen.

Daß ein so gleichförmiges, in sich geschlossenes, durch keine politische Parteiung im großen zerrüttetes Reich, dessen Regierung durch keinen parlamentarischen Hemmschuh in seiner auswärtigen Politik gehindert ist, seine imposante Macht nach allen Seiten fühlbar machen wird, versteht sich; ebensosehr aber, daß sie dies nicht zu gleicher Zeit und mit gleicher Stärke nach allen Seiten tun kann. In den Jahren 1888 und 1889 erregten die gewaltigen Truppenverschiebungen nach den westlichen Grenzen hin Besorgnisse: in seiner berühmten großen Rede vom 6. Februar 1888 führte Bismarck sie auf ihr richtiges Maß zurück, indem er, als erprobter Kenner russischer Dinge und der politischen Wetterkunde überhaupt in Abrede stellte, daß sie einer unmittelbar kriegerischen Absicht Rußlands dienten. Dies bewahrheitete sich seitdem: auch die russisch-französische Freundschaft oder Allianz, wie erwähnt, führte zu keinerlei Aktion, wie sie die Gerngetäuschten und Leichtgläubigen unter den Franzosen erhofften. Trotz dieser Freundschaft erhielt sich auch ein gutes Verhältnis zu den Dreibundstaaten Deutschland, Österreich und Italien: in allen diesen Dingen spürte man die feste Hand und den genialen Geist des deutschen Staatsmannes; und bei jeder Zusammenkunft beteuerten die Regierenden ihre Friedensliebe, die denn ihren Gipfel erreichte in dem berühmten Augustzirkular (1898) des Grafen Murawiew an alle in Petersburg beglaubigten Gesandten, in welchem mit Gründen, die man sonst nur von demokratischer und sozialistischer Seite zu vernehmen gewohnt war, eine Konferenz vorgeschlagen wurde, die sich mit der „Herabsetzung der übermäßigen Rüstungen, welche auf allen Nationen lasten", beschäftigen sollte. Sie trat, wie erwähnt, im Jahre 1899 im Haag zusammen und war auch nicht ganz unfruchtbar: man erkannte oder vermutete in dem wortreichen Aktenstück des Ministers und der ganzen Aktion nur einen Schachzug, mit dem Rußland den Westen beschwichtigen wolle, bis es sich für seine großen Aufgaben im Osten hinlänglich eingerichtet habe — gegenüber den unwirtlichen Gegenden und der Unermeßlichkeit der Räume eine ungeheure Aufgabe. Wie dem sei, das Verhältnis zu Deutschland insbesondere war gut und blieb es, da es hier keine widerstreitenden Interessen gab. Weder hatte Rußland ein Bedürfnis, sich nach Westen, noch Deutschland ein solches, sich nach Osten auszudehnen; auch bestand ein traditionelles gutes Verhältnis zwischen den Herrscherhäusern, und im Zusammenhang damit wirkten mannigfache gegenseitige Beziehungen in der hohen Gesellschaft beider Länder sowie das besondere Vertrauen, das sich Bismarck während seines Aufenthalts als Gesandter in Petersburg bei der russischen Kaiserfamilie erworben hatte und das ihn u. a. in den

Stand setzte, Alexander III. bei dessen Besuch in Berlin über ein niederträchtiges diplomatisches Fälschungs- und Lügengewebe, mit dem man ihn umstrickt hatte, aufzuklären. Auch mit Italien, das nirgends an russisches Gebiet grenzt, gab es keine Punkte feindseliger Berührung oder Verstimmung. Empfindlicherer Art ist notwendigerweise das Verhältnis zu Österreich, wo zugleich das Verhältnis der Balkanstaaten und der Türkei, also das, was man seither vorzugsweise die orientalische Frage genannt hat, in Betracht kommt.

Fügen wir also hier ein, was für die letzten zehn Jahre Bemerkenswertes über diese Länder, die für die Geschichte und das gesamteuropäische Interesse allerdings eine größere Bedeutung als jemals früher gewonnen haben, zu verzeichnen ist.

6. Die Balkanstaaten.

Von den Staaten der Balkanhalbinsel, wie man die östlichste der drei großen Halbinseln, welche Europa nach dem Süden vorstreckt, zu nennen sich gewöhnt hat, bietet Rumänien den erfreulichsten Anblick dar. An Kabinettswechseln, Kammerauflösungen, Wahlen, Neuwahlen fehlte es auch hier nicht, doch gingen sie ohne allzu große Aufregung und Tumulte vor sich und störten die gedeihliche Entwicklung des Königreichs wenig. Das Land, 131000 Quadratkilometer groß, mit einer Bevölkerung von 5800000 Einwohnern, ist fruchtbar und nimmt sich, zwischen den siebenbürgischen Alpen, Schwarzem Meer, Donau und Pruth gelagert, auf der Karte stattlich genug aus. In musterhafter Weise waltete der König Karol seines in diesem neugeformten Staatswesen doppelt heilsamen Amtes, und mit großer Befriedigung konnte er und mit ihm das Land am 22. Mai 1891 auf die 25 Jahre seiner Regierung zurückblicken. Da seine Ehe ohne männliche Nachkommen war, so wurde 1889 sein Neffe Ferdinand von Hohenzollern zum Thronfolger bestimmt, der im Mai feierlich in der Hauptstadt einzog, im Januar 1893 sich mit einer englischen, also protestantischen Prinzessin vermählte, und als ihm ein Sohn geboren wurde, diesen ohne Umwege und Anfrage beim Papst nach griechischem Ritus, der Konfession von fünf Sechsteln der Bevölkerung gemäß, taufen ließ. Die auswärtige Politik wurde mit Besonnenheit geleitet, Irrungen, welche durch eine großrumänische Agitation mit Österreich-Ungarn drohten, wurden ohne Schwierigkeit beigelegt, panslawistische Anfechtungen, die auch hier ansetzten, ohne viel Aufsehen abgewehrt und die Ungnade des Zaren Alexanders III., der das Jubiläum des Königs geflissentlich ignorierte und kein Mann von besonders feiner Lebensart war, mit Ruhe getragen. Ohne dem Dreibund förmlich beizutreten, ließ doch die Regierung keinen Zweifel über ihre Sympathien für dieses Friedensbündnis, für dessen Zwecke



Nikolaus II., Kaiser von Russland.

Nach einer Photographie.

gegebenenfalls das wohlorganisierte rumänische Heer einen sehr wertvollen Machtzuwachs bedeuten konnte. Die rumänische Regierung trug durch ihre besonnene Haltung wesentlich dazu bei, daß aus den türkisch-griechischen Verwicklungen wegen Kretas, die wir kennen lernen werden, keine weitergreifende Verstörung der Verhältnisse in den Balkanstaaten erwuchs. Dabei fanden die wirtschaftlichen Interessen einsichtige und ersprießliche Pflege: Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat Juni 1889, Einführung der Goldwährung, Handelsverträge mit Deutschland, Österreich-Ungarn (1894), der Türkei (1897), gute Finanzen, die schon 1890 die Umwandlung 6prozentiger Rente in 4prozentige gestattete. Im Mai 1894 eröffnete der König den Donaumündungskanal, im September die Brücke zwischen Czernawoda und Fetesci, legte Oktober 1896 den Grundstein zum Ausbau des Hafens von Costanza am Schwarzen Meer, und nahm im September des gleichen Jahres Teil an der Eröffnung des Kanals am Eisernen Tor, an die sich einige Tage später ein Besuch des Kaisers Franz Josef in Bukarest anschloß.

Von geringerem Interesse war die Entwickelung der Dinge in dem Bauernlande Serbien, mit seinen 2300000 Einwohnern auf 48000 Quadratkilometer. Hier stand eine dem Westen zugewandte, auf Fortschritt im Sinne der allgemeinen europäischen Kultur gerichtete Partei der Masse der bäuerlichen, altserbischen Bevölkerung und einer Partei der Radikalen, der wie die Bauern überwiegend russisch und panslawistisch gesinnten, gegenüber: diese Radikalen waren also in ihrer Art konservativ, und die Masse war es vor allem in dem Sinne, daß sie die Kehrseite der Zivilisation, das Bezahlen, scheute. An der Spitze jener stand der König, Milan, der von der westeuropäischen Zivilisation wenigstens den Schaum oder den Abschaum genügend gekostet hatte. Die russischen Sympathien dagegen teilte die Königin Natalie, die Tochter eines russischen Obersten, und so mischte sich in den Streit der Parteien ein höchst widerlicher häuslicher Zwist, der bald zu einer Trennung der beiden Ehegatten führte. Im Jahre 1889 entsagte Milan zugunsten seines noch minderjährigen Sohnes Alexander der Regierung, fand sich aber ab und zu wieder im Lande ein, namentlich wenn er Geld nötig hatte; einmal, im Jahre 1891, war die Regentschaft in der Lage, die Königin Natalie, die von der entgegengesetzten Seite her intrigierte, mit Gewalt über die Grenze schaffen zu lassen. Gelegentlich, 1893, versöhnten sich auch wohl die beiden hadernden Ehegatten. Das Land wird vertreten durch eine, wie bei allen diesen jungeuropäischen Staaten, nach sehr „freisinnigem" Gesetz erwählte Volkskammer, hierzuland Skuptschina genannt: die Wahlen jenes Jahres ergaben fast gleich viele liberale und radikale Mitglieder. Im Sinne der letzteren vollführte am 14. April 1893 der junge König Alexander einen Staats-

streich, indem er sich für großjährig erklärte, die Mitglieder der Regentschaft verhaftete, ein neues Ministerium bildete und die Skuptschina auflöste. Die Neuwahlen ergaben dann, wie nach einem Staatsstreich sich denken läßt, eine überwältigende Mehrheit für die Radikalen. Aber im folgenden Jahre kam Milan, der im Jahre 1891 dem serbischen Staatsverband förmlich entsagt hatte, zurück. Das Verhältnis zur radikalen Partei, in deren Interesse der Staatsstreich erfolgt war, änderte sich wieder, da diese keineswegs unbedingt dynastisch gesinnt war, und am 21. Mai 1893 hob König Alexander durch einen neuen Staatsstreich die von Milan im Jahre 1888 verliehene Verfassung auf und führte die alte von 1867 wieder ein. Ein liberales Ministerium kam ans Ruder, an dessen Spitze im Oktober Nikola Christitsch (einer der früheren Regenten) trat, und der sich auf Heer und Beamtenschaft stützte. Die Radikalen blieben in schroffer Opposition. Übrigens kam es doch zu keinen gewaltsamen Auseinandersetzungen. Der König konferierte mit den Führern der verschiedenen Parteien über eine Revision der Verfassung, zu welchem Zwecke 1897 eine Kommission aus Mitgliedern aller Parteien niedergesetzt wurde.

In Bulgarien, das nach seiner Vereinigung mit Ostrumelien 96660 Quadratkilometer mit 3300000 Einwohnern umfaßte, regierte Fürst Ferdinand (seit August 1887) einstweilen weiter, ohne von Rußland, der Pforte oder irgendwem anerkannt zu sein: selbst das bulgarische Kondolenztelegramm bei Gelegenheit von Kaiser Wilhelms Tode wurde von Bismarck nicht angenommen. Der energische Staatsmann, der dem Fürsten in diesen Jahren zur Seite stand, Stambulow, ließ sich dies nicht anfechten, und als man im Jahre 1890 einer von der russischen Partei angestifteten Verschwörung auf die Spur kam, wurde deren Haupt, Major Paniza, vor ein Kriegsgericht gestellt, von diesem zum Tode verurteilt, zugleich der Gnade des Fürsten empfohlen, gleichwohl aber an demselben Tage, an welchem der Fürst eine Reise antrat und Stambulow als Regenten zurückließ, ohne Gnade erschossen. Im folgenden Jahre wurde (März 1891) ein Attentat auf den allmächtigen Minister selbst gemacht, dem dieser entging, während sein Begleiter, der Finanzminister, dabei getötet wurde. Die Mörder wurden im Juli 1892 in Sofia hingerichtet. Im August jenes Jahres erschien Stambulow in Konstantinopel, wo er vom Sultan sehr ehrenvoll empfangen wurde, ebenso im folgenden Jahre in Wien; die Aussichten besserten sich allmählich. Im April 1893 vermählte sich der Fürst mit einer Prinzessin von Parma, und 1894 wurde ein Thronerbe geboren, der zwar den gut bulgarischen Namen Boris, dabei aber die Taufe nicht nach griechisch-orthodoxem, sondern nach römisch-katholischem Ritus empfing. Sollte aber das Land zur Ruhe kommen, so mußte die russische Freundschaft wieder aufgesucht und

es mußten ihr die nötigen Opfer gebracht werden. Das erste dieser Opfer war die Beseitigung des von Rußland und der russischen Partei grimmig gehaßten Stambulow. Sie erfolgte im Mai 1894; ein russenfreundlicher Staatsmann, Stoilow, ersetzte ihn. Im November starb Zar Alexander III., der ein guter Hasser gewesen war. Auf sein Beileidstelegramm erhielt Fürst Ferdinand diesmal von dem neuen Zaren wenigstens eine freundliche Antwort: „Ich danke Ihnen aufrichtig." Daß auf diesem Boden der Haß, der reichlich ausgesät war, sich nicht mit dem Sturze Stambulows zufrieden geben würde, war zu erwarten. Im Jahre 1895 wurde eine parlamentarische Untersuchungskommission gegen diesen niedergesetzt, und als der früher allmächtige Minister zum Zweck einer Badekur einen Paß zu einer Reise ins Ausland nachsuchte, ward ihm dieser verweigert. Auf seinen Mörder brauchte er nun nicht mehr lange zu warten. Am 15. Juli 1895 wurde er in Sofia überfallen, schwer verwundet, starb am 18.: die Täter waren entkommen, obgleich die Tat am hellen Tage und keineswegs im Winkel geschehen war, und sie wurden sehr lässig verfolgt. Noch erheischte die Aussöhnung mit Rußland ein weiteres Opfer: der kleine Thronfolger mußte der orthodoxen Kirche, der Kirche Rußlands und der ungeheuern Mehrheit der christlichen Bevölkerung Bulgariens zugeführt werden. Daß der Papst sich nicht herbeiließ, die Umtaufe zu gestatten oder zu billigen, verstand sich, und die Verhandlungen mit der Kurie waren vergeblich, wie für die Außenstehenden beinahe lächerlich: wer den Wahn teilt, daß nur wer einer bestimmten Kirche angehöre, selig werden könne, muß die Folgen dieses Wahnes auf sich nehmen. Auch die streng römisch-katholische Gemahlin des Fürsten konnte sich nicht entschließen, und ihr Vater protestierte sogar und erinnerte damit die Welt daran, daß es einmal einen Herzog von Parma gegeben hatte: die Fürstin konnte den Greuel nicht mit ansehen und reiste ab, an demselben Tage, an welchem der Zar seinen Glückwunsch zu dem gefaßten Entschlusse sandte. Am 14. Februar 1896 erfolgte dann das große Ereignis, der Zar selbst hatte eine Patenstelle übernommen, und nunmehr im Mai überreichten die Vertreter Österreich-Ungarns, Deutschlands, Italiens, Griechenlands in Sofia ihre Beglaubigungsschreiben. So war für das Land ein gewisser Abschluß erreicht, im Juni 1898 machte das fürstliche Paar sogar einen Besuch in Petersburg. Gern liest man, daß die Sobranje, die Versammlung der Volksvertreter, ihrem ersten Fürsten, dem Sieger von Slivnitza, der in Wien in bescheidenen Verhältnissen lebte, eine Jahrespension von 50000 Frank zuerkannte, und, als er noch in blühendem Mannesalter 17. November 1893 starb, diese Pension auf seine Witwe und seine Kinder übertrug. Seine Leiche wurde in Sofia beigesetzt.

7. Türkei; Griechenland.

Die große Quelle der Verlegenheiten für das Europa des 19. Jahrhunderts, die sogenannte orientalische Frage — die brutale Tatsache eines mohammedanischen Reiches auf europäischem Boden — hörte auch in diesem letzten Jahrzehnt des Jahrhunderts nicht auf zu fließen. Die verhältnismäßig einfache Gewalttat, mit der man im vorigen Jahrhundert einem Reiche, das mindestens die Mißwirtschaft mit dem heutigen türkischen gemein hatte, dem polnischen, ein Ende machte, war hier nicht angebracht. Ein Fortschritt gegenüber diesem Fremdkörper, der in vergangenen Jahrhunderten in den Organismus des christlichen Europa eingesprengt worden, war nur insofern gemacht, als ihm eine Anzahl Außenglieder amputiert und zu selbständigen Gemeinwesen Griechenland, Rumänien, Serbien, Bulgarien gemacht worden waren: auch die Sorge um Bosnien, Cypern, Tunesien, Ägypten war ihm abgenommen: allein sein Rumpf lag noch immer breit ausgestreckt in Europa und Asien, und das Schlimme war, daß allenthalben, in Makedonien, Armenien, Syrien, Kreta u. s. w. Christen und Moslems zusammenwohnten und daß diese, die Mohammedaner, wenn auch keine Kraft zum Siege, doch die Macht und Möglichkeit noch immer hatten, einen Rassenkampf und Religionskampf zu entzünden, dessen Opfer nach Hunderttausenden zählen konnten, ganz abgesehen von der anderen Möglichkeit, daß wenn die Erbschaft des „kranken Mannes" wirklich aufging, um dieses Erbe gerade ein großer Krieg der europäischen Mächte selbst sich entzünden konnte. Schon im Jahre 1889 erregten wieder Unruhen auf Kreta, wo einer mohammedanischen Bevölkerung von 88000 Seelen eine griechisch-christliche von etwa 285000 gegenübersteht, die besorgte Aufmerksamkeit der Pforte und die begehrliche des Königreichs Griechenland. Sie wurden diesmal wieder notdürftig beigelegt durch einen kaiserlichen Ferman im Dezember, der aber wie alle türkischen Reformen und Reformversprechungen wenig wert war. Ernstliche Reformen in stetigem Fortschritt, davon hatte man sich in Europa in diesem Jahrhundert reichlich überzeugen können, waren in diesem seltsamen Staatswesen, einer Theokratie mit einem Despoten an der Spitze, der aber wie alles an ein heiliges Buch von großer Unbestimmtheit und Deutbarkeit, den Koran, gebunden ist, bei einem Kriegervolk, das von dem dummen Hochmut der Gläubigkeit und des Barbarentums beherrscht wird, nicht möglich.

Im folgenden Jahre brannte es an einem anderen Punkt. Im Juni 1890 gab es in Erzerum einen Zusammenstoß zwischen der armenischen Bevölkerung und dem türkischen Militär, dem im Juli ein Tumult in Konstantinopel folgte, wo eine fanatische Menge den Patriarchen angriff. In den nächsten Jahren vernahm man nichts

Besonderes; im April 1893 wurde eine Amnestie für alle Armenier, die wegen aufrührerischer Plakate verdächtig oder in Untersuchung waren, erlassen, bald darauf zwei zum Tode verurteilte armenische Professoren begnadigt. Allein im November und Dezember drangen aufs neue Nachrichten von Grausamkeiten türkischer Truppen, an Armeniern verübt, nach Westen. England und Rußland wurden aufmerksam, im Mai 1895 forderten beide Mächte und Frankreich Reformen für die Regierung der armenischen Vilajets und im Juli, als die Pforte sich zunächst nach ihrer Weise ablehnend verhielt, wurden diese Mächte dringender. Auf erneute Mahnung der Botschafter versprach die Pforte die Reformen, lehnte aber die verlangte Überwachung ihrer Ausführung durch die Mächte ab. Nach neuen Straßenkämpfen in Konstantinopel, wo unter 875000 Einwohnern etwa 150000 Armenier leben und sich, wie auch sonst überall, keines besonderen Rufes erfreuen, neuen Metzeleien in Trapezunt, Erzerum und an anderen Orten verständigte man sich unter den Mächten im Oktober über die einzuführenden Reformen, und während die Pforte 128 Bataillone Reserve zur Unterdrückung aufständischer Regungen in Anatolien einberief, beschieden die Großmächte Teile ihrer Flotten in die türkischen Gewässer. Die Sache dauerte lange genug, um überall in Europa und namentlich in England einiges christliche Gemeingefühl wachzurufen: im August 1896 erfolgte dann in Konstantinopel selbst die Katastrophe, welche den ganzen Westen mit Entrüstung und Schauder erfüllte. Die Armenier allerdings, von einem geheimen Komitee geleitet, scheinen begonnen zu haben: eine bewaffnete Schar derselben überfiel am Mittag des 12. August die ottomanische Bank und machte die bewachenden Beamten nieder. Nun aber wüteten Truppen, fanatisiertes Volk und Polizei von Stambul mit unzähmbarem Grimm, und die Mächte hatten große Mühe, ihre eigenen Angehörigen gegen das, was ein beredter Geschichtschreiber die Rüsselschläge des Barbarentums genannt hat, zu schützen. Der Sultan selbst tat nichts und konnte vermutlich auch nicht viel tun, um dem Morden Einhalt zu gebieten: und die große Politik vergißt und verzeiht leicht, er empfing im Jahre 1899 nichtsdestoweniger den Besuch des deutschen Kaiserpaares auf dessen Reise nach Palästina, und wurde von ihnen als guter Freund behandelt.

Unterdessen waren längst wieder auf Kreta Kämpfe zwischen Mohammedanern und Christen im Gange, und im Laufe des Sommers 1896 verschlimmerte sich die Lage. Die Botschafter der Mächte bedrängten die Pforte, die Feindseligkeiten gegen die Aufständischen, die Christen, einzustellen. Von beiden Seiten wurde der Kampf mit großer Wildheit geführt, und sehr wenig bewährte sich das Christentum bei diesen seinen Bekennern: die Sache wurde aber

bedenklich, weil diese Insurgenten unumwunden wie längst die Vereinigung der Insel mit dem griechischen Königreich forderten, und man in Griechenland sich anschickte, diesem Wunsche, den hier, wie natürlich, alles teilte, mit der Tat entgegenzukommen. Daraus konnte eine große Konflagration, ein großer Balkanbrand entstehen. Diese Besorgnis und das Gefühl der Verantwortung, das die Macht und der in diesen Dingen in der Tat stärker gewordene sittliche und humane Sinn der Zeit den Regierenden auferlegte, bestimmte die großen Mächte, an deren Seite diesmal auch Italien erschien, zum Einschreiten. Die Lösung der Schwierigkeiten fanden sie darin, daß die Insel autonom sein solle — ein Tributärstaat der Pforte mit eigener Verwaltung und einem christlichen Gouverneur, über den sich die Mächte untereinander und etwa auch mit der Pforte verständigen würden. Am 15. Februar 1897 besetzte eine mäßige Truppenkraft, Russen, Franzosen, Engländer, Italiener, Österreicher Kanea im Nordwesten der langgestreckten Insel, die von ihren Schiffen blockiert und umkreist wurde: am 21. ankerte auch ein deutsches Kriegsschiff, die Aurora, und setzte 95 Mann zu Kanea ans Land. Die Aktion der Mächte indes war ohne besondere Energie, und namentlich den Engländern war es nicht einmal sehr ernst mit der Befriedung der Insel. Man war in England längst von jeder Sympathie mit der Türkei zurückgekommen und hätte nicht viel einzuwenden gehabt, wenn die orientalische Frage sich etwas verwickelte und die Russen vom fernen Osten abhielt, indem sie ihnen hier vor ihrer Türe zu schaffen machte. Die Bewegung, die, wie sich denken läßt, in Griechenland zugunsten der Stammes- und Glaubensgenossen und mehr noch zugunsten der Angliederung Kretas an und für sich selbst im Gange war, erhitzte sich mehr und mehr und brach sich in lärmenden Demonstrationen Bahn: einen Tag nach der Besetzung der Insel durch europäische Truppen landete keck der griechische Oberst Vassos bei Kloster Gonia eine griechische Truppenmacht und operierte im Vertrauen auf die Uneinigkeit der Großmächte auf eigene Hand mit seinen aufständischen Glaubensgenossen zusammen. Daraufhin verständigten sich diese Mächte, und die Pforte stimmte ihrem Vorschlag, daß Kreta eine autonome Stellung unter der Suzeränität des Sultans erhalten solle, alsbald zu: allein in Athen trotzte man und versprach sich außer der eigenen Tapferkeit und Begeisterung noch weitere Wunder von zuströmenden Freiwilligen aus dem Westen. Die Worte und Zahlen stellten sich bereitwillig ein, Hunderttausende würden sich den Türken entgegenwerfen, und die nationale Hetairia, sagte man sich, habe längst für die nötigen Waffen gesorgt. Die Note der Großmächte vom 2. März 1897, welche die Zurückziehung der griechischen Truppen und Schiffe aus Kreta verlangten, beantwortete der griechische Minister des Aus-

wärtigen deshalb mit einem langen Schriftstücke, dessen kurzer Sinn war, daß man die Kreter selbst darüber entscheiden lassen möge oder müsse, welchem Lande sie angehören wollten. Das ging denn doch über den Spaß: das kleine Land widersetzte sich dem Willen Europas und erwartete schließlich dessen Unterstützung oder mindestens dessen Nachsicht bei den Wechselfällen eines Krieges mit der Türkei, der unter solchen Umständen unmittelbar bevorstand. Denn von beiden Seiten stand man sich schon an der thessalischen Grenze mehr oder weniger gut gerüstet gegenüber. Wollte man diesen Krieg, der verhängnisvolle Folgen haben konnte, verhüten, so gab es ein sicheres Mittel, das die deutsche Regierung, deren auswärtige Politik in sehr guten Händen war, vorschlug: sofortige Blokade der griechischen Häfen. Es geschah nicht, und am 18. April erklärte dann die türkische Regierung, die den Herausforderungen von griechischer Seite eine wohlberechnete Langmut entgegengesetzt hatte, an Griechenland den Krieg, den übrigens griechische „Irreguläre" gelegentlich über die Grenze brechend längst begonnen hatten. Das türkische Heer, das, wie sich zeigte, in überraschend gutem Stande war, befehligte Edhem Pascha, das griechische der Kronprinz. Der Feldzug, dessen Schauplätze Epirus und Thessalien waren, war kurz. Die Türken geboten über etwa 80000 Mann, und es zeigte sich, daß die deutschen Offiziere, die an ihrer Organisation und Schulung arbeiteten, ihre Sache gut gemacht hatten: auch die Genügsamkeit, Zuverlässigkeit, Lenksamkeit des mohammedanischen Soldaten machte sich ehrenvoll bemerklich. Die Griechen verfügten über etwa 50000 Mann, die Entscheidung lag in Thessalien. Am 19. April gewannen die Türken den Melunapaß, und damit die Straße nach der thessalischen Ebene; sie operierten vorsichtig; am 25. besetzten sie Larissa, das die Griechen, beim ersten Zusammentreffen zwei Tage zuvor geschlagen, aufgegeben hatten: ihr Rückzug war zur Flucht geworden und kam erst südlich von Larissa zum Stehen. Schon war für sie keine Aussicht auf Sieg mehr; die Aufstände in Makedonien, Serbien, Bulgarien, auf die man leichtgläubig gehofft, blieben aus, und auch die neue Stellung, die das wiedergesammelte griechische Heer bezogen hatte, bei Pharsalos und fünf Meilen weiter östlich bei Velestino, ging am 5. Mai nach einigen Stunden Fechtens verloren; einige Tage später zogen die Türken in Volo, am Golf gleichen Namens ein. In Epirus geschah außer kleinen Gefechten nichts, und auch die griechische Flotte, auf die man bei der wohlbekannten Unbrauchbarkeit der türkischen große Hoffnungen setzte, erreichte nichts — ein griechisches Geschwader beschoß Prevesa, das den Eingang zum Golf von Arta im Westen hütete, und da und dort wurde ein Küstenplatz bombardiert: das Spiel war verloren. In Athen hatte bei so bewandten Umständen die Kampflust nachgelassen, dem Ministerium wurde von der Kammer ein Mißtrauens-

votum gegeben, und der Führer der Opposition, Ralli, bildete eine neue Regierung, die am 3. Mai, noch vor der Niederlage bei Pharsalos den Obersten Vassos von Kreta abberief, und nach dieser Niederlage Griechenland bedingungslos unter den Schutz der Mächte stellte. Sie wußte, daß sie dabei leidlich davonkam, denn der Türkei gegenüber machte das europäische Völker- und Kriegsrecht Halt, und dies auch nicht ganz mit Unrecht. Waffenruhe trat ein, und in Konstantinopel begannen die Unterhandlungen, die sich, wo zwei solche Gegner sich gegenüberstanden, und so viele und so große Vermittler beteiligt waren, lange hinzogen: erst am 4. Dezember konnte der Friede unterzeichnet werden. Die Türkei, welche die Rückgabe von Thessalien, das sie erst bei der letzten Abrechnung (1879) verloren hatte, forderte, und unter gewöhnlichen Umständen zu fordern das Recht gehabt hätte, mußte sich mit einer Grenzberichtigung begnügen, die ihr die wichtigsten Pässe überlieferte, und also ihre militärische Stellung dem bösen Nachbar gegenüber verbesserte. Ihre Kriegskostenentschädigung belief sich auf etwa 74 Millionen Mark, und bis deren Bezahlung gesichert war, blieben ihre Truppen in Thessalien: sie zogen ab, nachdem die Mächte den Besiegten auch diesen letzten Liebesdienst erwiesen und die nötigen Gelder durch eine von ihnen garantierte Anleihe aufgebracht hatten. Die deutsche Politik benutzte die Gelegenheit auch zum Frommen der übrigen Gläubiger Griechenlands, und setzte es durch, daß eine internationale Kommission zur Überwachung der griechischen Finanzgebarung gebildet, der kleine Staat also — 65000 Quadratkilometer mit $2^1/_2$ Millionen — unter Kuratell gestellt wurde: auch England, das am längsten dem widerstanden hatte, willigte ein, und nichts kann deutlicher sein, als daß man damit dem Lande selbst und nicht bloß seinen Gläubigern den allerbesten Dienst erwiesen hatte. Die kretensische Frage blieb davon unberührt. Die Autonomie der Insel stand fest, und man suchte nach einem passenden christlichen Gouverneur: nach einiger Zeit nannte Rußland ohne Umschweif einen griechischen Prinzen, Georg, einen Sohn des Königs, der einst dem Zaren als Großfürsten bei einem Mordanfall auf seiner Reise in Japan das Leben gerettet hatte. Vergebens hatte sich der Sultan gegen diese beleidigende Lösung gewehrt, und bei den verschiedenen Höfen Beistand gesucht: er mußte dem gebieterischen Willen des übermächtigen Nachbars sich fügen. Im Dezember 1898 erschien der Prinz als Kommissar der Mächte auf der Insel, dem Sultan blieb nur ein einziges kümmerliches Symbol seiner Suzeränität: von einem der festen Plätze der Insel durfte das Zeichen türkischer Oberhoheit, die rote Fahne mit dem Halbmond wehen. So war die Frage auf einem Umweg nun doch zugunsten der Griechen entschieden worden: Denn daß dem griechischen Prinzen bei nächster Gelegenheit die

Vereinigung der Insel mit Griechenland folgen würde, ist unzweifelhaft.

Im Grunde hatte die russische Politik gesiegt, sie hatte den Dingen den Gang bestimmt. Rußland hatte, mit Arbeit im fernen Osten, wie wir sehen werden, sattsam beschäftigt, der Türkei gegenüber in diesem Jahrzehnt eine verhältnismäßig loyale und freundnachbarliche Haltung gezeigt, weil es jetzt nicht an der Zeit fand, die orientalische Frage — die Frage nach dem Fortbestand oder der Teilung des türkischen Reichs — aufzurollen: es gewährte der Türkei etwas von der Gnade, die der Unhold des griechischen Gedichts dem Odysseus gewährte, daß er erst zuletzt von allen seinen Gefährten von ihm verspeist werden solle. Es lag eine grausame Ironie in dem Geschenk, mit dem in einem dieser Jahre der Zar den Sultan erfreute, — einem kostbaren Album mit den Photographien der Kriegsschiffe, die Rußland im Schwarzen Meere hielt. Im Jahre 1891 tauchte wieder einmal eine Dardanellenfrage an diesem niemals ganz klaren Horizonte auf und ward ziemlich zu Rußlands Gunsten entschieden. Ein russisches Transportschiff, die „Nishnei-Nowgorod", wurde von den türkischen Behörden an der Durchfahrt durch die Dardanellen gehindert, weil man vermutete oder wußte, daß sie russische Soldaten, für Ostasien bestimmt, an Bord habe. Im August wiederholte sich der Vorgang mit der „Moskwa", die ebenso die Handelsflagge führte, aber auch ebenso russische Soldaten an Bord hatte, und im September wurde dann ein Abkommen getroffen, nach welchem in solchem Falle die russische Gesandtschaft der türkischen Regierung Anzeige machen mußte, worauf denn die Durchfahrt durch einen kaiserlichen Befehl oder Irade gestattet werden würde. Rußland verlor nichts, indem es wartete. Seine Macht wurde immer stärker, die Türkei immer schwächer, und es saß in unmittelbarer Nähe der großen Beute, von der ihm ein ansehnliches oder das ansehnlichste Stück in keinem Fall entgehen konnte. Im übrigen konnte Abd ul Hamid im Jahre 1900 sein 25jähriges Regierungsjubiläum feiern und sich dabei von der europäischen Presse die bei solchen Gelegenheiten üblichen Komplimente machen lassen: daß er einer der fähigeren und von gutem Willen beseelten osmanischen Herrscher ist, läßt sich nicht bezweifeln.

Mittlerweile aber gingen im fernen Osten Dinge vor, die Rußlands Aufmerksamkeit in besonderer Weise erregen mußten. Es gab eine zweite orientalische — die ostasiatische Frage, bei der seit lange, und nach und nach härter und drohender, die russischen Interessen mit den englischen, die russische Macht mit der von Großbritannien zusammenstieß.

8. Großbritannien.

Die Geschichte Großbritanniens ist für den kontinentalen Leser stets von besonderem Interesse, weil die insulare Lage seiner Verfassung, seiner Verwaltung, seiner ganzen Entwickelung eine wesentlich andere Gestalt verleiht, als den Festlandstaaten: sie gibt dem Volk etwas Sprödes, das auf den ersten Blick allem abgewendet scheint, was das europäische Leben im Innersten bewegt, sie erzeugt einen nationalen Egoismus, der durch die rücksichtslose und oft zynische Weise, mit der er sich äußert, und in dieser letzten Zeit mehr als je, abstößt. Aber gleichzeitig zeigt dieses Inselvolk, indem es sich in sich selbst abschließt, eine ungeheure Expansivkraft, von mehreren hundert Millionen Menschen wird seine Sprache gesprochen, und zu keiner Zeit hat es diese Kraft augenfälliger geltend gemacht, als in diesem letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts. Sein Einfluß auf das europäische Leben ist geringer, ist zum mindesten ein sehr mittelbarer geworden. Seit 1856 hat es in keiner der großen europäischen Fragen mehr das Schwert gezogen. Auch hat, seitdem Italien und Deutschland sich geeinigt haben und zu Nationen im politischen Sinn geworden sind, jene blinde Bewunderung aufgehört, die namentlich der deutsche doktrinäre Liberalismus so lange den englischen Institutionen als dem Muster einer konstitutionellen Monarchie gezollt hat.

Das monarchische Element, seit 1688 schwach, hat hier fast nur noch die Bedeutung eines Ornaments, der mehr oder weniger anmutigen Verzierung am Giebel eines Gebäudes, obgleich man sehr sorgfältig darauf hält, das altmonarchische Zeremoniell bei Parlamentseröffnungen und sonstigen feierlichen Gelegenheiten mit allen überlieferten unterwürfigen Formen beizubehalten. Der Jubel, das Gepränge, die Lobpreisungen und Leitartikel der Zeitungen, mit denen im Jahre 1897 das 60jährige Regierungsjubiläum der Königin Viktoria gefeiert wurde, ließen in dieser Hinsicht nichts zu wünschen übrig. In Wahrheit herrscht hier das Parlament und in erster Linie das Unterhaus. Es bestimmt souverän die Richtung, in welcher die Staatsgeschäfte geführt werden sollen; es ist keine Rede davon, daß die Königin etwa ihre Räte, ihr Ministerium sich frei wählen könnte, die Abstimmungen im Unterhause legen es ihr auf: der bedeutendste Mann der siegreichen Partei wird berufen und stellt die Liste seiner Mitarbeiter zusammen, die der Souverän dann genehmigt. Das Kabinett regiert dann durch ein ständiges, aber in subalterner Stellung gehaltenes Beamtentum, die clerks, welche die häufigen Wechsel der Ministerien überdauern. Das Parlament war nun, wie wir gesehen, bis 1832 das Organ der herrschenden Aristokratie gewesen: das Oberhaus ward von dieser Aristokratie

unmittelbar, das Unterhaus mittelbar beherrscht, indem tatsächlich das Recht, Abgeordnete zu wählen, zu einer Domäne einer Anzahl großer Familien und städtischer Korperationen geworden war. Seit 1832, der ersten Reformbill, änderte sich dies, aber sehr langsam: noch drei andere Reformbills waren seitdem gefolgt, und allmählich verwandelte sich wirklich der Anblick: neben den Mitgliedern des alten Landadels drangen die bürgerlichen nichtadeligen Elemente vor, die großen Kaufleute, Bankdirektoren, Eisenbahndirektoren, und im Jahre 1893 schlug Gladstone, ganz gegen den altenglischen Brauch, der für den Dienst im Parlamente jede direkte Bezahlung der Mitglieder ablehnte, wenn diese auch, wie einst die römische Aristokratie, die indirekte nicht verschmähten, Tagegelder für die Mitglieder des Unterhauses vor. Und auch die Sozialdemokratie begann schon an die Pforten des Hauses zu pochen: indes ergaben die Wahlen im Juli 1895 doch nur zwei von dieser Farbe unter den 672 Gewählten. Die alten Parteinamen sind im Verschwinden begriffen. Sie bezeichneten die beiden großen Adelsparteien oder Koterien, die sich in der Regierung des Landes ablösten, ohne daß ein so sehr großer Unterschied der Prinzipien zwischen beiden bestanden hätte; wie auf dem Festlande spricht man jetzt auch von Liberalen und Konservativen. Sehr möglich ist es aber, daß dem englischen Staatswesen noch lange das aristokratische Gepräge bleibt, da diese englische Aristokratie bis jetzt gleich der altrömischen es verstanden hat, neue Elemente, welche die fortschreitende Zeit in die Höhe treibt, sich anzugliedern und anzugleichen. Eine Kaste ist sie niemals gewesen, hat vielmehr immer den Zusammenhang mit der Masse des Volks auf wirksame und nachahmungswürdige Weise zu wahren verstanden.

Die wichtigste innere Frage während dieses Jahrzehnts war die noch immer ungelöste und vielleicht unlösbare irische, die wir kennen. Sie war in ein neues Stadium dadurch getreten, daß der bedeutendste Staatsmann der Epoche, Gladstone, sich ihre Lösung als Aufgabe gestellt hatte — er hatte das Wort vom Home-rule, den Gedanken einer weitgehenden Selbstregierung Irlands mit eigenem Parlament und entsprechender eigener Gesetzgebung aufgenommen und seiner Homerulebill zugrunde gelegt. Diese Bill war im Jahre 1886 mit 343 gegen 313 Stimmen im Unterhause gefallen; Gladstone appellierte an die Nation, indem er das Parlament auflöste. Allein die Neuwahlen ergaben 393 Konservative und liberale Unionisten, d. h. Gegner des Homerule, gegen nur 275 Radikale und Homerulers und an die Stelle des liberalen Kabinetts trat infolgedessen ein konservatives mit Lord Salisbury an der Spitze. In Irland gingen die Dinge wie seither, man hielt die Bewegung, soweit dies nötig war, im Zug durch große Volksversammlungen und durch jenes seitdem vielgebrauchte Wort und Mittel, zu dem

ein englischer Agent eines der großen Landlords, ein Kapitän Boycott, den Namen geliefert hatte: er hatte, weil niemand für ihn arbeiten wollte oder durfte, die Feld- und Hausarbeit mit seiner Frau allein tun müssen. Die Iren selbst führte wie seither mit geschickter und sicherer Hand ein englischer Protestant, Charles Stewart Parnell. Nichts verfing dagegen: als im Jahre 1888 eine päpstliche Enzyklika sich gegen die Ausschreitungen der irischen Nationalpartei und gegen das Boykottieren erklärte, fielen ihre Worte auf steinigen Boden. Man behandelte sie als ein von der Gutsherrenpartei durch Lüge und Verleumdung erschlichenes Schriftstück, und die Führer katholischen Glaubens waren wie die Männer des Zentrums in Deutschland rasch mit der Phrase bei der Hand, daß man sich zwar seine Theologie, aber nicht seine Politik von Rom hole. Eine plumpe Intrige gegen den bedeutendsten staatsmännischen Führer der „irischen Brigade", wie man die irischen Parlamentsmitglieder nannte — ein angeblicher Brief Parnells, den das größte der englischen Tagesblätter, die „Times", veröffentlichte und der beweisen sollte, daß Parnell die Mordtat im Dubliner Phönixpark im Jahre 1882 gutgeheißen habe, endigte mit dem Selbstmord des Fälschers, nachdem eine Untersuchung unwiderleglich dargetan hatte, was im Grunde schon der erste Einblick in das Original zeigte, daß der Brief das Produkt eines Betrügers gewesen: Parnell, in dem kein Tropfen irischen Blutes war, der aber die Lösung der irischen Frage zum Inhalt seines staatsmännischen Lebens gemacht hatte, konnte mit Wahrheit erklären, daß er überhaupt niemals in Verbindung mit dem sogenannten Fenierbunde gestanden habe. Die Frage selbst rückte nicht von der Stelle. Die Unruhen in Irland dauerten fort, und die konservative Verwaltung regierte mit Zwangsgesetzen oder mit kleinen Maßregeln wie einer Lokalverwaltungsbill, die sich den in England neuerdings eingeführten Prinzipien anschloß (1892). Ein bedenklicher sittlicher Flecken, der bei Gelegenheit eines Ehescheidungsprozesses auf Parnell fiel, zerrüttete auf einen Augenblick die irische Partei: die irische Geistlichkeit ebenso wie Gladstone, der nicht wie der vornehme und geringe Pöbel in der Welt strenge Lebensführung bei einem Staatsmann für gleichgültig hielt, sagten sich von Parnell los, der bald darauf, 6. Oktober 1891, nachdem er sich in Rede und Agitation noch einmal das Äußerste zugemutet hatte, starb. Die Wahlen im Juli 1892 brachten Gladstone eine Mehrheit von 40 Stimmen, und diese Mehrheit, 350 gegen 310 Stimmen, gab dem Ministerium des Lords Salisbury ein Mißtrauensvotum. Salisbury trat zurück, Gladstone bildete die neue Verwaltung und brachte nun, Februar 1893, die längst erwartete Homerulebill ein, die er, einer der größten Redner Englands im 19. Jahrhundert, in einer großen Rede rechtfertigte. Die Exekutivgewalt sollte für Irland wie

seither ein Vizekönig verwalten, von der Krone auf sechs Jahre ernannt und durch sie jederzeit absetzbar, dem aber ein Exekutivkomitee des Geheimen Rates in Irland zur Seite stehen werde; die gesetzgebende Gewalt besteht aus der Krone und zwei Häusern, nämlich dem gesetzgebenden Rat von 48 und einer gesetzgebenden Versammlung von 103 Mitgliedern; Wähler ist jeder, der als Grundbesitzer oder Pächter eine Steuer von mehr als 20 Pfund zahlt. Der Umkreis, auf den sich diese Gesetzgebung zu erstrecken gehabt hätte, war allerdings nicht sehr ausgedehnt. Regentschaftsfragen, Krieg und Friede, auswärtige Politik überhaupt, Handel mit außeririschen Plätzen, Münzwesen, Patentwesen, freie Ausübung der Religion und vieles andere waren ihr entzogen, ihre Befugnisse also kraft eines auch wohl nicht ganz ungerechtfertigten Mißtrauens mit starken Schranken eingehegt. Daneben aber sollte Irland wie bisher im Reichsparlament vertreten sein, mit 80 anstatt der bisherigen 103 Mitglieder: indes durfte ein solches irisches Mitglied des Unterhauses, oder ein irischer Repräsentativpeer im Hause der Lords nicht mitstimmen und nicht mitberaten, wo es sich um gesetzliche Regelung von Steuer- und anderen Angelegenheiten, Geldbewilligungen u. s. w. handelte, deren Wirksamkeit sich nur auf Großbritannien oder einen seiner nicht-irischen Teile beziehe. Mit 347 gegen 304 Stimmen nach erregten Debatten wurde am 21. April die zweite Lesung beschlossen, und als die Opposition Miene machte, das Mittel anzuwenden, das sie von den irischen Abgeordneten gelernt hatte, und das seither auch sonst in der Welt der Parlamente seine Nachahmer gefunden hat und zum groben Unfug geworden ist, die Obstruktion — die Verhinderung der parlamentarischen Arbeit durch endloses Reden —, da setzte die Regierung ein Gesetz oder eine Geschäftsordnung durch (28. Juni), die man als Guillotinegesetz bezeichnete, weil sie kurzerhand einen Termin setzte, bis zu dem die Paragraphen der betreffenden Bill durchberaten sein mußten — für den etwaigen Rest gelte sofortige Abstimmung ohne voraufgehende Debatte. In der Tat wurde die Bill nunmehr, nachdem Gladstone noch einige Änderungen zugestanden hatte, u. a. die, daß die irischen Mitglieder des Reichsparlaments in allen Fragen stimmberechtigt sein sollten, in dritter Lesung im Unterhause mit 301 gegen 267 Stimmen angenommen. Allein sie war noch nicht im Hafen. Am 2. September gelangte sie an das Oberhaus, wurde am 7. von einem Mitglied der Regierung, dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Lord Rosebery, matt verteidigt, von dem Führer der Opposition, Lord Salisbury, nachdrücklich angegriffen: mit 419 gegen 41 Stimmen, denn hier stand dem, was man liberal nannte, eine überwältigende konservative Mehrheit gegenüber, wurde die zweite Lesung verworfen. Und diesmal rief der Beschluß des Oberhauses nicht wie sonst den Ruf nach

Abschaffung oder Reform des Oberhauses im Lande hervor, mit dem die radikale Partei sonst so leicht bei der Hand war, oder er fand keinen Widerhall. Die Bedenken gegen die Bill im Lande waren sehr stark und ohne Zweifel auch sehr berechtigt. In Irland selbst drohte eine der vier Provinzen, das überwiegend von Protestanten bewohnte Ulster, sehr unverhüllt und mit größtem Nachdruck, daß sie einem solchen Gesetz sich mit gewaffneter Hand widersetzen werde, und sie traf auch schon ernstliche Anstalten dazu. Es wurde bald deutlich, daß die Regierung eine so kühne Politik, wie das Homerulegesetz sie verlangte, nicht würde durchführen können, und so wurde zu Anfang des folgenden Jahres 1894 das Land durch die Nachricht überrascht, daß Gladstone sich vom öffentlichen Leben zurückzuziehen gedenke. Es geschah so, am 1. März hörte man zum letzten Male im Unterhause, der Stätte seines Ruhmes, das unvergleichliche Organ des großen Redners, und damit war auch die Homerulefrage auf einige Zeit begraben. Lord Rosebery, Gladstones Nachfolger, erklärte im Oberhause, daß in nächster Zeit keine neue Bill der Art zu erwarten sei, die sozialen Probleme seien jetzt die wichtigsten. Er nahm den Kampf gegen das Oberhaus auf und kündigte eine Bill gegen dessen Vetorecht an, mit dem es jederzeit die Gesetzgebung lähmen und stillestellen konnte. Aber so weit war der demokratische Gedanke in England noch nicht vorgeschritten, und die Regierung war durch den Rücktritt des großen Greises, wie sie Gladstone nannten, geschwächt. Sie wagte die Parlamentsauflösung nicht, die bei der Adressedebatte im Januar 1895 das Haupt der liberalen Unionisten, Chamberlain, verlangte. Ihre Mehrheit aber ging bei dieser Gelegenheit auf 14 Stimmen zurück, sie wurde schwächer und schwächer, und am 21. Juni benutzte sie eine Niederlage, die sie in einer Bagatellfrage — dem Gehalt des Kriegsministers — erlitt, um zurückzutreten. Wieder einmal war die Stunde für die Konservativen gekommen. Lord Salisbury wurde berufen, der nunmehr durch Auflösung des Parlaments an das Land appellierte (8. Juli 1895). Er errang einen glänzenden Sieg, nicht weniger als 338 Konservative, 73 in der irischen Frage mit ihnen verbündete Unionisten, gegen nur 177 Liberale, 82 von der irischen Nationalistenpartei und 2 Sozialisten wurden gewählt, und die irische Frage spielte in den nächsten Jahren in den Debatten des Parlaments und im Interesse des englischen Volks nur eine mäßige Rolle. Bei der großen Zurschaustellung aller Macht und Herrlichkeit des großbritannischen Reichs, die bei der 60. Wiederkehr des Tages, an dem Königin Viktoria den Thron bestiegen hatte, die Vertreter der überseeischen Besitzungen und Kolonien in all ihrer bunten Pracht im Lande zusammenführte, war Irland unvertreten. Man kann es begreifen: die Königin hatte während

dieser ganzen langen Zeit nur einige wenige Wochen auf irischem Boden zugebracht.

Hier also war kein Fortschritt gemacht, und es bleibt auch fraglich, ob die Auflösung der Union mit England oder die Herstellung einer „heimischen Regierung" im Sinne von Gladstones Bill einen solchen gebracht oder möglich gemacht und nicht vielmehr Land und Volk von Irland dem überwiegenden Einfluß der römisch-katholischen Priesterschaft überliefert haben würde, unter dem nach den Erfahrungen von drei Jahrhunderten ein stetiges und vernunftgemäßes Fortschreiten überhaupt in keinem Lande denkbar ist. Sonst aber, von dieser wunden Stelle abgesehen, bot England auch im Innern in diesem Jahrzehnt den Anblick eines überaus blühenden, Anhänglichkeit an das geschichtlich Überlieferte mit rüstigem Vorwärtsschreiten auf neuen Bahnen verbindenden Gemeinwesens. Die Versuche, die Hochburg der herrschenden Aristokratie, das Haus der Lords, abzuschaffen oder in seinen Machtbefugnissen erheblich zu schwächen, wurden, wie erwähnt, noch nicht von einer übermächtigen Strömung im Volk getragen und scheiterten: dagegen erlitt das Prinzip der Selbstverwaltung mehrere Modifikationen im Sinn einer Schmälerung des Einflusses der Aristokratie. Ein großer Teil der laufenden Verwaltung auf dem flachen Lande geschah seit alter Zeit durch Friedensrichter. Es war eine Ehrensache für den Mann von Adel, wenn er seine Erziehung vollendet hatte, sich zu diesem Ehrenamte darzubieten, das beiden Parteien gleich zugänglich, vom Wechsel der Ministerien unberührt, unentgeltlich verwaltet, eine gute Schule für den Dienst des Landes in Parlament und Regierung bildete. Durch die Lokalverwaltungsbill von 1888 wurden statt der 52 alten Grafschaften, in die England und Wales zerfiel, 122 neue gebildet und für diese kleine Grafschaftsräte bestellt, die dann die Verwaltungsgeschäfte durch besoldete Berufsbeamte besorgen ließen: eine Einrichtung, bei der der Mittelstand bald den überwiegenden Einfluß erlangen mußte. In derselben Richtung bewegte sich das Gesetz über die Kirchspielräte vom Jahre 1894. Alle Orte mit über 300 Einwohnern wählten nach diesem Gesetz eine Gemeindevertretung, der sehr wichtige Zweige der Verwaltung, die Kirchen- und Schulangelegenheiten, Gemeindesteuern, Armenwesen, Altersversorgung und Lokalpolizei, übertragen waren: und dabei besaßen, sehr mit Recht, auch selbständige Frauen das Wahl- und Stimmrecht. Diese wichtige Frage des Frauenstimmrechts beschäftigte auch sonst die Gesetzgebung: das große Problem, wie der großen Zahl der Frauen, die nicht heiraten, würdige anderweitige Lebensberufe eröffnet und die dafür notwendige höhere Bildung beschafft — wie in unmittelbarerer Weise als seither die Frauen zur Mitarbeit im Kampf mit der vielgestaltigen Lüge dieses Lebens, mit der die Männer allein nicht fertig

werden, herangezogen werden können — diese Frauenfrage war hier in England zuerst aufgenommen worden, während sie in Deutschland eben erst in ein Stadium ernsthaften Erwägens und Handelns tritt.

Daß in einem Lande, in dem von 40 Millionen etwa drei Viertel von Handel und Industrie leben, auch das, was überall als „soziale Frage" eine so große Rolle spielt, nicht feierte, läßt sich ermessen. Die charakteristische Erscheinung der Massenausstände der Fabrikarbeiter, denen dies Land ihren ersten Namen, Strikes, gegeben hat, zieht sich auch hier durch das ganze Jahrzehnt, und da auf diesem Boden das Vereinsrecht schrankenlos waltet und die Industrie sich in den großartigsten Verhältnissen bewegt, so trifft man auf gewaltige Zahlen: August und September 1889 Streik der Arbeiter in den Docks, 180000, der durch die Vermittelung des Lordmayors und des Bischofs von London und des Kardinals Manning, eines der hervorragendsten Männer in dem England der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts, beigelegt wurde. Desgleichen war das Jahr 1890 voll von Streiks; 1892 Februar und März Massenkündigung von Arbeitern in den Kohlenbergwerken, 320000; wiederum 1893, wo sich Lord Rosebery das Verdienst des Vermittlers erwarb; im Jahr 1895 beschäftigte sich ein Untersuchungsausschuß des Unterhauses mit der Lage der Arbeitlosen. Im allgemeinen ging es, ein günstiges Zeichen für den Fortschritt, bei diesen Massenarbeitseinstellungen wenn nicht ohne Zwang und Rohheiten gegen die Arbeitswilligen, doch ohne Blutvergießen ab. Anders als in Deutschland, wo sich die Sozialdemokratie in blasierter Verhöhnung des nationalen Patriotismus gefällt, hielt und hält sich hier die soziale Bewegung weit mehr auf dem nationalen Boden, auch erhitzten sich die englischen Arbeiter weniger mit Schlagworten und bloßen Phrasen als die deutschen oder französischen. Es hat sich für ihre obere Schicht — denn auch hier gibt es, allen Gleichheitsphrasen zum Trotz, Abstufungen und etwas wie Rangverschiedenheit — eine sehr wirksame und mächtige Organisation gebildet in den sogenannten Gewerkvereinen oder Trade unions, die den Großunternehmern gegenüber sich als eine Macht fühlen, deren Leiter aber auch im ganzen einsichtig genug waren, um zu erkennen, daß da, wo die Arbeiter Unmögliches verlangen, sie sich selber schädigen, wenn sie die Arbeitgeber durch Arbeitseinstellung zu diesem Unmöglichen zwingen wollen. Eine Hauptrolle spielt bei diesen Bewegungen neben dem Verlangen nach höherem Lohn die Forderung, daß die tägliche Arbeit einschließlich der Erholungspausen nicht länger als acht Stunden dauern dürfe. Im Jahre 1894 wurde mitgeteilt, daß in den Werkstätten des Kriegsministeriums dieser achtstündige Arbeitstag eingeführt sei daß es nicht allgemein und überall sein kann, leuchtet ein, da zwischen

Arbeit und Arbeit große Unterschiede sind. In den Gewerkvereinen selbst stritt, wie bei den deutschen Sozialdemokraten, das vernünftige mit dem radikal-sozialistischen Element: auf einem Kongreß der Gewerkvereine im September wurde im letzteren Sinn eine Resolution gefaßt, die nach den Prinzipien des „Kollektivismus" unter anderem auch die Verstaatlichung aller Mittel zur Erzeugung, Verteilung und dem Austausch von Gütern verlangte, während der Kongreß des folgenden Jahres die Erklärung wieder umstieß. Die Gesetzgebung beschäftigte sich mehrfach mit der Lage der sogenannten arbeitenden Klasse, und 1894 ging eine Novelle zum Fabrikgesetz durch, die einigen schweren Mißständen oder möglichen Mißbräuchen entgegentrat. Im allgemeinen aber stand diese englische Sozialgesetzgebung doch hinter dem in Deutschland Erreichten zurück. Das innere Verhältnis der beiden Nationen hat sich insofern verändert, als Deutschland in England nicht mehr das nachzuahmende Musterland sieht: doch stehen sich beide Völker von germanischem Stamm näher als irgendwelche andere, und wären in vielfacher Hinsicht berufen sich in ihren Tugenden gegenseitig zu ergänzen: der Austausch auf geistigem Gebiet, in Literatur und Wissenschaft, ist rege geblieben.

Nach außen sind diese zehn Jahre für Großbritannien im ganzen gesprochen sehr erfolgreich gewesen, doch ward noch in den letzten Monaten des scheidenden Jahrhunderts dafür gesorgt, daß seine Bäume nicht in den Himmel wuchsen. Neben den 314628 Quadratkilometern seines europäischen Bodens hat England heute in den vier übrigen Weltteilen Besitzungen im Betrage von 28—29 Millionen Quadratkilometern mit einer Bevölkerung, die man auf 334 Millionen schätzt. Die nationale Waffe und der Stolz der Nation ist mithin die Flotte. Die Landmacht spielt daneben eine bescheidenere Rolle: sie besteht aus Geworbenen und hat mithin wenig oder gar nichts von dem Werte, den der Heeresdienst in Deutschland, in Italien, in Österreich und Frankreich und selbst in Rußland für die Volkserziehung besitzt. Englands auswärtige Politik erstreckt sich mithin auf alle Erdteile, und seine Beziehungen zu den einzelnen europäischen Ländern und Mächten werden zunächst und zumeist dadurch bestimmt, wie diese Mächte sich zu den überseeischen Interessen Großbritanniens verhalten. So ist hier eine Gelegenheit, noch einen Blick auf die außereuropäische Welt zu werfen, die uns durch die vervollkommneten Mittel des menschlichen Verkehrs, durch welche Gedanke und Wort binnen wenigen Minuten sich auf jede Entfernung hin geltend machen können, unendlich viel näher gerückt ist als jeder früheren Generation. Für den Augenblick tritt dem Blicke des Menschen überwiegend nur die äußere Seite dieser Veränderung ins Bewußtsein: es kann aber nicht ausbleiben, daß

diese so sichtbar sich vollziehende Erweiterung des Gesichtskreises auch bedeutende Wirkung auf das ganze Fühlen und Denken des Menschen ausüben wird.

9. Die außereuropäische Welt.

Die überlieferte Einteilung, die, geschichtlich entstanden, das Recht der Verjährung genießt, ohne sich wissenschaftlich erst rechtfertigen zu müssen, unterscheidet fünf Weltteile — Europa, Asien, Afrika, Amerika, Australien, die man nach wechselnden Gesichtspunkten beliebig ordnen mag. In Australien ist die ursprünglich schon dünne Urbevölkerung vor den eingewanderten Europäern fast ganz geschwunden, und das Leben ist durchaus dem europäischen ähnlich geworden. Der Weltteil ist englisch: ein kleines Stück an der Nordküste von Neuguinea und die ihr vorliegenden Inseln sind von Deutschland in Besitz genommen, als Kaiser-Wilhelmsland und Bismarckarchipel: ein Besitz, der im Jahre 1899 durch die Erwerbung der Karolineninseln, die man durch einen Gelegenheitskauf von Spanien erwarb, und weiterhin durch die beiden Hauptinseln der Samoagruppe eine sehr erwünschte Ergänzung fand. Diese mit einem vortrefflichen Hafen ausgestattete und sehr wohlgelegene Inselgruppe machte in den Jahren 1888 und 1889 und neuerdings 1898 und 1899 von sich reden. Die Vereinigten Staaten, England und namentlich Deutschland hatten ein Interesse an der Ruhe dieser von etwa 35—36 000 Menschen bewohnten Inseln und an der Beilegung des Zwistes zweier Häuptlinge oder Könige, Mataafe und Malietoa, der diese Ruhe störte. Die drei Mächte hielten eine Konferenz in Berlin, erkannten Malietoa als den richtigen König an, dem dann ein aus Angehörigen der drei Mächte bestehender Rat an die Seite gestellt wurde sowie ein von dem König von Schweden ernannter Oberrichter (1890). Aber im Jahre 1899 erneuerte sich der Hader der Eingeborenen, in den, wie natürlich, die drei beteiligten Mächte mit hineingezogen wurden: das Königtum, um welches der neue Streit entbrannt war, wurde abgeschafft, und am 14. November 1899 wurde zwischen England und Deutschland ein Abkommen getroffen, dem die Vereinigten Staaten beitraten und nach dem die beiden Hauptinseln der Gruppe, Upolu und Sawaii, an Deutschland, Tutuila an die Vereinigten Staaten kommen und England mit einigen anderen der unzähligen Inseln dieser Vielinselwelt und Polynesien schadlos gehalten werden sollte. Von Zeit zu Zeit war von Plänen die Rede, nach denen die verschiedenen englischen Kolonien dieses Erdteils, Neusüdwales, Victoria, Queensland, Südaustralien, Westaustralien, Tasmanien und Neuseeland, sich zu einer Föderation mit einer Verfassung wie die Vereinigten Staaten

von Nordamerika vereinigen sollten, und an solchen, die hier und an anderen Punkten des britischen Reichs mit diesen Ähnlichkeiten spielten, fehlte es nicht: bis jetzt haben diese Gedanken nirgends einen die Einheit dieses Reichs bedrohenden Charakter, da die Autonomie der Kolonien in ihren inneren Angelegenheiten von der englischen Regierung nirgends angetastet wird und das Mutterland selbst für alle draußen wohnenden Angehörigen dieses Reichs ein bequemes und vornehmes Absteigequartier bildet: bei der jüngsten Großtat Englands, der Vergewaltigung der beiden südafrikanischen Republiken, haben die Kolonien rührigen und werktätigen Beistand geleistet und willig Ehre und Schande dieses Krieges mit dem Mutterlande geteilt — eine starke Strömung in England, eine imperialistische, geht auf ein strafferes Zusammenfassen der über die Welt zerstreuten Stärke des britischen Imperiums.

Hier in Australien hat England keine rivalisierende Macht zu bekämpfen: in Afrika hat es sich mindestens die wertvollsten Stücke rechtzeitig zu sichern gewußt. Dieser Erdteil mit seinen 29 Millionen Quadratkilometern Flächeninhalt und etwa 200 Millionen Bewohnern, bis vor wenigen Menschenaltern nur an seinen Rändern von dem geschichtlichen Leben etwas tiefer berührt, ist rasch Gegenstand eines sehr regen Wettbewerbs der europäischen Völker und Mächte geworden, von denen nur Rußland und Österreich-Ungarn ihrer geographischen Lage wegen nicht unmittelbar beteiligt sind. Die wichtigste Position der Engländer ist Ägypten, dessen Vizekönig, dem Namen nach ein Vasall der Pforte, gleich einem indischen Raja von einem englischen Residenten beraten und bewacht wird. Als im Jahre 1892 der Khedive Tewfik starb, erhielt der neue Khedive Abbas im April den Ferman von Konstantinopel, in dem ihm auferlegt und mitgeteilt war, daß die Einkünfte des Landes im Namen des Sultans erhoben würden, sein Tribut 750000 türkische Pfund (à 18,44 Mark) betrage und er nicht über 18000 Mann Truppen halten, auch keine Kriegsschiffe bauen dürfe. Mit dem Verhältnis zu England befaßte sich dieser Ferman nicht: wo aber der Khedive Miene machte, sich seiner Herrenrechte zu erinnern, wie etwa im Jahre 1894, wo er sich erlaubte, einen Tadel über die von englischen Offizieren geführten Truppen auszusprechen, da wurde er alsbald sehr rauh daran gemahnt, wer hier in Wahrheit regierte. Ursprünglich hatte man der Welt und auch einer radikalen Partei in England selbst, die mit dieser Ausdehnung des britischen Imperiums ins Grenzenlose, dieser „imperialistischen" Politik keineswegs einverstanden war, vorgespiegelt, daß Ägypten nur auf eine beschränkte Zeit, acht Jahre etwa, bis seine Finanzen geordnet sein würden, besetzt werden solle — aber man hatte damit niemanden getäuscht: auch Gladstone, der jene Politik der Besetzung Ägyptens

gemißbilligt hatte, mußte, als er ans Ruder kam, erklären (Mai 1893), daß die sofortige Räumung nicht möglich und nicht zu erwarten sei: deutlicher ging Lord Salisbury mit der Sprache heraus (28. März 1895), als es sich um die Besitzverhältnisse am oberen Nil handelte: es sei zweifellos, daß die Ansprüche Ägyptens und Englands sich auf das ganze Niltal erstreckten. Hier war dann Arbeit für Jahrzehnte und mehr: die Länder westlich vom oberen Nil, die man unter dem sehr dehnbaren Namen des Sudan zusammenfaßt, ungeheure Strecken mit unbestimmten Grenzen, gehörten zu Ägypten, ohne daß man nach dem Wieso? viel zu fragen und zu forschen brauchte, und hier trieb der islamitische Prophet, der Mahdi, und eine fanatische mohammedanische Partei, die Derwische, ihr Wesen; außerdem gab es hier Sklavenhandel auszurotten — Gründe genug und mehr als genug, um es als eine sittliche Notwendigkeit und heilige Verpflichtung für England anzusehen und darzustellen, daß man dort bleiben müsse, seinen Posten nicht verlassen dürfe. Wir haben schon erwähnt, wie in diesem bei der natürlichen Beschaffenheit des Kriegsschauplatzes lange währenden Krieg bei Omdurman der entscheidende Sieg erfochten wurde, und der sehr zur Unzeit erfolgende Versuch der Franzosen, sich hier an den Nil vorzuschieben und in Faschoda ihre Fahne aufzupflanzen, auf den entschlossenen Widerstand Großbritanniens stieß und mit einer äußerst empfindlichen Demütigung Frankreichs endigte. In England ersah man die Gelegenheit, die Maske etwas zu lüften, indem gelegentlich von den Männern am Staatsruder im Parlament ein Wort davon geredet wurde, daß man vielleicht bald in die Lage kommen dürfte, die englische Schutzherrschaft über Ägypten zu proklamieren — die man tatsächlich schon seit langen Jahren übte und von allem Anfang an auch nicht wieder aufzugeben entschlossen gewesen war. Im März 1899 verständigten sich dann die beiden Mächte in einem Abkommen, das ihre „Interessensphären" im südwestlichen Teile der Landschaften, die man unter dem Namen des Sudan zusammenfaßt, abgrenzte und den Franzosen die Landschaften Wadai, Bagirmi und das Gebiet im Osten und Norden des Tschadsees überließ.

An anderen Orten verständigte man sich leichter. Der Besitzergreifung von Madagaskar durch die Franzosen widersetzte England sich nicht. Das letzte Ziel des englischen Imperialismus an dieser Stelle ist die unmittelbare Verbindung zwischen Ägypten im Norden und dem Kapland im Süden: mit Deutschland kam, wie wir gesehen, ein Abkommen zustande, welches die englische Machtsphäre im Norden, die deutsche südlich vom Äquator etwa bis zum 10. Grad südlicher Breite fest abgrenzte und den Engländern die Schutzherrschaft über das Sultanat Sansibar gab. Ein Vertrag Englands mit dem Kongostaat, kraft dessen ein Landstrich von 25 Kilometern

Breite, der westlich von der deutschen Grenze am Tanganjikasee entlang lag, an England in Pacht gegeben werden sollte, kam nicht zustande, weil er einem früheren Abkommen Deutschlands mit dem Kongostaat widersprach: ein Blick auf die Karte zeigt, wie diese Verträge und Versuche und noch ein Abkommen mit Deutschland im Jahre 1899 Glieder in der Kette des englischen Hauptplans, Verbindung des südlichen und nördlichen Besitzes, waren. Im November 1888 wurde die erste Sektion der Eisenbahn eröffnet, welche den stolzen Namen Royal Transafrican Railway führt und zunächst zum Zambesifluß gehen soll, im November 1897 dann die Strecke von Voyburg in der Kapkolonie bis Buluwayo im Matabelereich.

Einen besonderen Gang nahmen die Dinge im Süden, wo der englischen Machterweiterung die von holländischen Einwanderern gegründeten Staatswesen, die Burenstaaten, der Oranjefreistaat und die Transvaalrepublik, im Wege standen. Der letztgenannte dieser eigenartigen Staaten, die südafrikanische Republik, ein Land von 308 000 Quadratkilometern, also mehr als halb so groß als Deutschland, hatte sich, wie wir gesehen, nachdem England vom Kapland aus im Jahre 1877 seine Hoheitsrechte eigenmächtig auch über Transvaal ausgedehnt hatte, im Jahre 1881 dieser Einverleibungspolitik soweit erwehrt, daß es bloß in seinen Beziehungen zu auswärtigen Mächten an englischen Rat und englische Zustimmung gebunden war: im Innern konnten diese Holländer — es sind etwa 245 000 Weiße neben einer Eingeborenenbevölkerung von 622 000 — nach alter Weise leben. Ein Bauernvolk nach der Weise alter Zeiten, vielleicht 60 000 an der Zahl unter der drei- bis vierfachen Zahl von Kaffern, Betschuanas und Basutos, die ihnen als Sklaven dienten, betrieben sie auf einsamer Farm den Ackerbau, die Viehzucht, die Jagd, lasen ihren Morgen- und Abendsegen inmitten ihrer zahlreichen Familie, erbauten sich aus der alten Familienbibel, gingen zuweilen, zwei-, dreimal im Jahre in einer der wenigen Städte oder größeren Dörfer mit ihren Nachbarn zum Tische des Herrn, um dann, nachdem sie die wenigen Gegenstände ihres häuslichen Bedarfs, die sie nicht selbst herzustellen imstande waren, eingekauft hatten, auf dem von Ochsen gezogenen Wagen wieder zu dem bescheidenen Haus und Besitztum zurückzukehren, das, von lebendigen Hecken von Granat- oder Feigenbäumen oder stachlichtem Kaktus und Aloe eingeschlossen, fünf, sechs Morgen des fruchtbaren Landes umschloß, aus dem der Bur neben dem, was die draußen liegende Weide oder die Jagd ergab, seine Nahrung zog. Die Hauptstadt des Landes war das im Jahre 1853 gegründete Pretoria, das noch in den achtziger Jahren nur etwa 1500 Einwohner zählte, jetzt deren etwa 12 000 beherbergte. Dort lebte ihr Präsident, tagte ihr gesetzgebender Körper, der Volksraad. Das gewalttätige Vorgehen der Engländer, denen diese unabhängigen

Staaten an der Grenze ihrer südafrikanischen, von einer zu gutem Teil holländischen Bevölkerung bewohnten Kapkolonie ein Dorn im Auge waren, und die Erfolge, welche die Tapferkeit der Buren im Jahre 1880 und 1881 über die englische Streitkraft davongetragen hatte, hatten sie mit einer Art von romantischem Nimbus umgeben und ihnen und dem klugen, zielbewußten Mann an der Spitze, ihrem Präsidenten Paul Krüger, warme Sympathien in der außerenglischen europäischen Welt gewonnen: das englische Kabinett Gladstone schloß auf glimpfliche Bedingungen Frieden mit ihrer Republik. Allein ihrem selbstgenügsamen Leben erwuchs ein furchtbarer Feind durch den Goldreichtum ihres Landes, der, seit 1879 entdeckt, wie natürlich rasch eine Menge neuer Bevölkerungselemente, Schatzgräber aller Art, Unternehmer, Kaufleute, Gesindel, Abenteurer und, wie gleichfalls natürlich, unter diesen vorwiegend Engländer herbeizog. Der Hauptsitz dieser neuen Elemente, der Ausländer, Uitlanders, wie die Buren sie nannten, wurde die inmitten der „Goldfelder des Witwatersrands" rasch bis zu einer Menge von 100 000 anwachsende, in einer Entfernung von etwa 50 Kilometern südlich von Pretoria gelegene Stadt Johannesburg. Diese Ausländer oder ein großer Teil von ihnen begann sich im Lande nicht bloß seßhaft zu machen, sondern auch seßhaft zu fühlen und verlangte politische Rechte, Anteil an dem Staate, der ihnen, wie sie glaubten, seinen Aufschwung verdanke: die Buren, eine an Alleinherrschaft gewöhnte Bauernaristokratie von zähem niedersächsischen Stamm, konservativ, spröde, waren nicht gewillt und nicht geschmeidig genug, diesen ihren Staat auf seine neuen Verhältnisse und neuen Bestandteile einzurichten. Dazu kam der britische Hochmut und der Ehrgeiz oder auch die Erwerbgier einzelner Männer, in denen der fremde Boden und die noch unfertigen Verhältnisse verführerische Bilder eines britischen oder unabhängigen großafrikanischen Reiches erweckten, und von denen Cecil Rhodes, ein genialer Abenteurer im großen Stil, Gründer einer Gesellschaft mit königlichem Freibrief (Chartered Company), bald Premierminister in der Kapkolonie, der bedeutendste war: er und Paul Krüger verkörperten in sich die Gegensätze, die hier bald zusammenstoßen mußten. An Elementen, die geneigt waren, einen Handstreich gegen die Burenrepublik zu wagen, fehlte es nicht, und Ende 1895 machte ein Beamter der Chartered Company, ein Dr. Jameson, der eine kleine Streitmacht gesammelt hatte und sich auf geheime Einverständnisse in Johannesburg, der Hauptstadt des Ausländertums, und auf schließliche Billigung der englischen Regierung, die ohne Zweifel um diese Pläne wußte, verließ, einen Einbruch in transvaalsches Gebiet, der aber sehr übel geriet. Oom Paul, wie sie den klaren und charakterfesten Führer der Buren nannten, war nicht der Mann, sich überraschen zu lassen: die Buren waren gute

Reiter und nie fehlende Schützen: schnell waren sie in genügender Zahl beisammen und ohne wirkliche Taten ausgeführt zu haben, kamen die Eingedrungenen alsbald in die Lage, sich bedingungslos ergeben zu müssen. Alle Welt freute sich, daß der freche Streich mißlungen war, und ein rasches Glückwunschtelegramm des Deutschen Kaisers an den Präsidenten Krüger gab dem zu nicht geringem Ärger der Engländer Ausdruck. Die Regierung in Transvaal erwies sich klug und gemäßigt. Sie dürstete nicht nach dem Blute der Abenteurer, das ihr verfallen war. Sie lieferte deren Führer Jameson nach England, damit er dort abgeurteilt werde, aus, und man kann sich denken, daß er hier vom Volk von England, das hier einige Tage lang ziemlich natürlich die Rolle eines Pöbels spielte, mit großem Enthusiasmus als Heros und Märtyrer des imperialistischen Gedankens empfangen wurde. Er wurde nach einem Prozesse, der eine elende Komödie war, zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt und verschwand dann wieder im dunkeln. Für die Buren und ihr klugverständiges Haupt aber war die Lehre, die in diesem Flibustierzug und seiner Aufnahme in England lag, nicht verloren. Sie sahen jetzt, wenn sie es nicht schon aus ihrer eigenen früheren Geschichte sowie der des benachbarten Oranjefreistaats und des längst von England annektierten dritten Bundesstaats Natal wußten, mit voller Deutlichkeit, daß der unabänderliche Plan der Engländer auf die Unterdrückung ihrer Unabhängigkeit, auf ein afrikanisches Bundesreich unter englischer Oberhoheit, auf Einverleibung gerichtet war, und da sie entschlossen waren, sich dem nicht gutwillig zu fügen, so trafen sie für den unvermeidlichen Zusammenstoß ganz insgeheim mit großer Umsicht ihre Vorbereitungen und Rüstungen, deren Ergebnis wenige Jahre später die Welt in Erstaunen setzen sollte. Die wichtige Frage nach der künftigen Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse der südafrikanischen Republik war nicht gelöst: sie hätte sich, glaubt man, in einigen Jahrzehnten oder einem Menschenalter durch das tatsächliche Überwiegen des ausländischen und englischen Elements von selbst zugunsten dieser Elemente gelöst: allein man war in England ungeduldig, und hinter dem politischen Imperialismus stand die Begehrlichkeit der Abenteurer und Aktionäre. Im Jahre 1899 spitzten sich die Verhandlungen über die den Uitlanders zu gewährenden politischen Rechte mehr und mehr zu: und im Oktober stellte die transvaalsche Regierung, die sich klug und fest zeigte, mit einer die Welt verblüffenden Kühnheit der Regierung der großbritannischen Weltmacht ein Ultimatum, in welchem sie die Zurückziehung der englischen Truppen von der transvaalschen Grenze und Einstellung weiterer Truppensendungen nach Südafrika binnen 48 Stunden verlangte. Damit brach der Krieg zwischen den beiden seit 1889 verbündeten Burenstaaten Transvaal und Oranjefreistaat mit ihrer eine Million

nicht erreichenden holländischen Bevölkerung und dem britischen Weltreich aus: und bald vernahm man von der kühnen Initiative der Buren, welche mannhaft ihren Verteidigungskrieg angriffsweise führten, den Kampf auf britischem Gebiet, dem nördlichen Teil von Natal, eröffneten, ehe die britischen Verstärkungen eingetroffen waren. Die Engländer fanden einen zunächst mehr als ebenbürtigen Gegner: in der ganzen Welt freute man sich und hatte auch vielen Grund, sich zu freuen, daß es am Ende des 19. Jahrhunderts noch ein gottesfürchtiges und freies Volk auf der Welt gab, das, wo es sich um seine Unabhängigkeit und nationale Freiheit handelte, seine Feinde nicht zählte und nicht fürchtete. Die englischen Truppen erwiesen sich, wie immer, tapfer, aber die Leitung und vor allem die oberste Leitung ließ zu wünschen übrig, die Kräfte wurden an mehreren Punkten verzettelt, und nachdem sie sich schon hinreichend überzeugt hatten, daß hier kein leichter Sieg zu holen war, ereignete es sich, daß, während schon englische Gefangene in nicht ganz geringer Zahl in den Händen der Buren waren, in drei Tagen des Dezember, am 10., 11. und 15., drei englische Generale nacheinander empfindliche Niederlagen erlitten: Gatacre bei Stormberg, wobei 9 Offiziere und 672 Mann gefangen wurden, Lord Methuen am Modderfluß bei Maggersfontein mit einem Verlust von 963 Mann und General Buller bei Colenso am Tugelafluß mit einem Verlust von 1097 Mann und 11 Geschützen. Seit den Tagen des griechischen Freiheitskampfes gegen die Perser hat die Welt kein gleiches Schauspiel erlebt. Freilich der Krieg konnte nur einen Ausgang haben. Nachdem er beinahe ein Jahr gedauert hatte, traten die Reste der burischen Kriegsmacht und der alte Krüger, der Präsident der ehemaligen Republik Transvaal, die wie der Oranjefreistaat von dem englischen Oberbefehlshaber Lord Roberts nunmehr als Teile des britischen Reichs erklärt wurden, auf portugiesisches Gebiet über, und nur einzelne Haufen setzten den Krieg als Guerillakrieg fort: die Engländer hatten nach und nach eine Truppenmacht von mehr als 200000 Mann zur Verfügung, während die Zahl der Buren und der auf ihrer Seite streitenden, nicht sehr zahlreichen Freiwilligen aus allerlei Land nicht mehr als höchstens 50000 betrug. Die Verluste der Engländer an im Kampf Getöteten, Verwundeten, an Krankheit Gestorbenen überstieg die Zahl von 40000. Der Ruhm dieses Krieges bleibt dem Burenvolk, obgleich wie überall auf der Welt der erste Enthusiasmus, mit dem man den heroischen Widerstand in ganz Europa und Amerika begrüßte, allmählich einer nüchterneren Stimmung wich und man nicht mehr alles auf dieser Seite gut finden konnte: für die englische Seite aber ist das erste Urteil auch das letzte. Ohne einen ehrlichen Kriegsgrund, mit dem plumpen Hochmut hundertfach überlegener Stärke wirft sich ein auf sein protestantisches Christentum eingebildetes Volk

auf einen unendlich schwächeren Feind, sicher, ihn zuletzt zu erdrücken: kaum je ist nackte Machtgier und nationaler Egoismus in der Weltgeschichte in abstoßenderer Gestalt aufgetreten.

Außer England haben an Afrika, das rasch aus einem geschichtlosen zu einem hervorragend geschichtlich wichtigen Weltteil geworden ist, noch Anteil Frankreich, Deutschland, Italien, Portugal, Belgien, Türkei, und wir haben dieser Beziehungen, soweit sie noch oder schon von Wichtigkeit für die allgemeine Geschichte sind, bei den einzelnen Ländern gedacht oder haben ihrer noch zu gedenken. Die Nordküste, einst ein Besitztum der christlichen Bildungswelt, wird mit Mühe dem mohammedanischen Barbarentum streitig gemacht, das in Marokko noch ungebändigt schaltet und gelegentlich durch einen Mord oder Piratenstreich mit dieser oder jener europäischen Macht zusammenstößt; in Ägypten, Tripolis, Tunis, Algerien wird dies Barbarentum durch die überlegene Macht europäischer Waffen und europäischer Kultur hier mit mehr, dort mit weniger Glück gezähmt oder niedergehalten. An der Westküste folgen sich in bunter Reihe von Norden nach Süden ein Strich spanischen Besitzes, den Kanarischen Inseln gegenüber, ohne besondere Bedeutung; die Landschaften am Senegal und Niger französischer und britischer Besitz und zuweilen Gegenstand von Eifersucht und Streit; die Negerrepublik Liberia, weitere kleinere Reiche von Barbaren, von denen das der Aschantis im Jahre 1895 die schwere Rächerhand Englands, Dahomey, wie erwähnt, die Frankreichs zu fühlen bekam; zwischen beiden das deutsche Land Togo; das Mündungsgebiet des mächtigen Nigerstroms, britischer Besitz, daran grenzend die wichtigste der westafrikanischen deutschen Besitzungen, Kamerun, mit seinem bis zum Südufer des Tsadsees reichenden Hinterlande, fast den Umfang des Deutschen Reichs umfassend; Französisch-Kongo; Kongostaat mit schmal zugespitztem Ausgang zum Meere, aber gewaltig ausgedehntem Hinterland; angrenzend ein großes Stück portugiesischen Landes, Angola, mehr als doppelt so viel Boden als das Deutsche Reich; daran stoßend Deutsch-Südwestafrika, dem aber das Beste, der Hafen der Walfischbai, fehlt, der auch in dem Abkommen mit England vom Jahre 1890 in englischem Besitz geblieben ist; jenseits des Oranjeflusses beginnt die älteste, am meisten in europäischer Gesittung vorgeschrittene Kapkolonie. Noch ist die Geschichte dieses Erdteils wesentlich Geschichte Europas — Geschichte wissenschaftlicher oder Handelsexpeditionen. Man lernt allmählich, dem unwiderstehlichen Drange folgend, der die Menschen treibt, sich der Güter der Erde zu bemächtigen, an denen Afrika nicht arm ist, diese unermeßlichen Räume kennen, und allmählich auch dringt die christliche Gesittung, deren Träger doch neben Erwerbs- und Betätigungstrieb auch selbstlosere Werkzeuge,

die christlichen Missionare sind, gegen die Barbarenwelt Islam und Heidentum siegreich vor, und gegen den schwersten Fluch dieser Völkerwelt, den scheußlichen Sklavenhandel, an welchem die stumpfe Moral des Islam keinen Anstoß nimmt, hat sie auch schon einige Erfolge errungen. Im November 1889 trat eine Konferenz zu Brüssel zusammen, um über die wirksamsten Mittel zur Bekämpfung dieses Handels zu beraten. Man kam über die Grundsätze, nach denen zu verfahren sei, überein, und im März 1890 trat auch ein afrikanischer Souverän, der neue König oder Negus von Abessinien, Menelik (seit 1889), ihren Beschlüssen bei.

In Asien ist das weltgeschichtlich wichtigste Ereignis der letzten Jahrzehnte der überaus merkwürdige Aufschwung der östlichsten der asiatischen Mächte, des Reichs der aufgehenden Sonne, wie es sich selbst mit Stolz nennt, des Reichs der Inseln, Japan mit seinen 382000 Quadratkilometern Umfang und seinen 42 Millionen Einwohnern — des ersten Volkes, das mit entschiedenem Glück und angeborener Begabung die Errungenschaften der europäischen Kultur sich angeeignet und dabei doch seine Eigenart nicht verleugnet, also sich nicht lächerlich gemacht hat. Im Jahre 1889 gab sich das Land eine Verfassung nach europäischem Muster: mit Herrenhaus, Haus der Abgeordneten von 300 Mitgliedern, Recht der Gesetzgebung und Finanzkontrolle; mit Religionsfreiheit, Redefreiheit, Versammlungsrecht; im gleichen Jahre wurde die allgemeine Wehrpflicht einschließlich des Instituts der Einjährig-Freiwilligen eingeführt, das Heer wesentlich nach preußischem Vorbild organisiert; das folgende Jahr (März 1890) brachte die ersten Wahlen, die erste Thronrede des nunmehr konstitutionellen Mikado Mutsuhito (seit 1867) und auch eine Kammerauflösung; Neuwahlen, Ministerkrisen stellten sich ein. Allein die Maschine funktionierte gut, mindestens nicht schlechter als in so manchem europäischen Staat, und all diese Herrlichkeit war verhältnismäßig billig, ohne Revolutionen und ohne Terrorismus erkauft. Die Zeit kam jetzt, wo der neue ostasiatische Großstaat zeigen konnte, was er in der europäischen Schule gelernt hatte. Es handelte sich um die von etwa 10 Millionen bewohnte Halbinsel Korea, die fast, möchte man beim Blick auf die Karte sagen, ein natürliches Streitobjekt zwischen China und Japan bildete. Dies Reich war ein Vasallenstaat von China, aber ein Teil der Bevölkerung, und derer, die sie regierten, neigte zu Japan und, gegenüber dem irreformabeln Chinesentum, zu Reformen. Als nun im Mai 1894 Unruhen ausbrachen, intervenierten beide Mächte, die Japaner aber zogen, als die Ruhe hergestellt war, nicht, wie China verlangte, ab und besetzten die Hauptstadt von Korea, Söul. Zusammenstöße blieben nicht aus, und schon im August erklärte die japanische Regierung, der wie ihrem Volke die Gelegenheit, ihre Kraft zu zeigen,

willkommen war, an China den Krieg, zu dem die Unabhängigkeit Koreas die Fahne oder Fahnenaufschrift geben mußte. Die Probe fiel dem altersschwachen, geistlosen, von einem korrupten Mandarinentum verwalteten Chinesentum gegenüber glänzend aus: hier war ein Volk, einem ideenlosen Aberglauben ohne wirkliche Religiosität und Sittlichkeit ergeben, in den Banden einer alten Tradition, den Blick rückwärts in die Vergangenheit, nicht wie in Japan vorwärts in die Zukunft gerichtet: eben seine Regierenden, das Beamtentum, sind jedem Fortschritt abhold, und geduldig erträgt das Volk schwere Mißbräuche, die wenigstens den Vorzug haben, oder zum mindesten den Trost mit sich führen, daß sie schon von ihren Ahnen in ungezählten Generationen getragen worden sind. Flotte und Landheer der Japaner schritt von Sieg zu Sieg, und sie rühmten sich selbst, ein asiatisches Meisterseitenstück zu dem allerwärts berühmten Krieg von 1870 geliefert zu haben, das ihnen freilich minder schwer gemacht wurde, als den Deutschen ihr europäisches. Im Oktober überschritt ihr General Yamagata den Grenzfluß zwischen Korea und China, den Yalu; am 21. November nahmen sie das wichtige Port Arthur an der Spitze der nach dem Golf von Petschili vorspringenden Halbinsel Liautung, einen Platz, der dieses wichtige Meer beherrscht. Die Chinesen hatten schon genug: weder ihre Landmacht noch ihre Flotte kam gegen die japanische auf und so boten sie im Dezember Frieden. Die Verhandlungen begannen, aber der Krieg wurde von den Japanern sehr vernünftigerweise während derselben fortgesetzt, mit neuen Siegen das Jahr 1895 eröffnet, am 13. Februar Wei-hai-wei, also auch der südliche Zugang zum Gelben Meer genommen, von wo aus sie die Hauptstadt Peking unmittelbar bedrohten. Die Lage erweckte die Aufmerksamkeit der europäischen Mächte, denen doch mit einer so ausgesprochenen Übermacht Japans in Ostasien nicht gedient war: zahlreich erschienen ihre Schiffe in den ostasiatischen Gewässern. Von chinesischer Seite führte die Friedensunterhandlungen der kluge Li-Hung-Tschang, und am 31. März kam Waffenstillstand zustande, dem am 17. April der Friede, Friede von Simonoseki, folgte. Er war für Japan sehr vorteilhaft: Unabhängigkeit Koreas, Abtretung der Halbinsel Liautung, der großen Insel Formosa (Taiwan 35 000 Quadratkilometer), der Pescadores oder Fischerinseln, ansehnliche Kriegskostenentschädigung. Nun aber erfolgte Einspruch von seiten Rußlands, Deutschlands und Frankreichs gegen die Bedingung der Abtretung der Halbinsel Liautung, weil deren Besitz die Japaner zu Herren des Gelben Meeres gemacht und Peking beständig bedroht haben würde. Die Japaner waren klug genug, den Wink zu verstehen, den freundschaftlichen Rat — als solcher wurde er bezeichnet — anzunehmen und sich mit dem sicheren Gewinn, Formosa und einer ermäßigten Kriegskosten-

entschädigung, zu begnügen. Ein Aufstand in dem abgetretenen Formosa, Unruhen in Korea machten ihnen noch zu schaffen, und klug benutzten sie den erworbenen Ruhm, um ihr Heer und ihre Flotte noch zu verstärken.

Dagegen schwand die Erwartung oder Hoffnung, die sanguinische Gemüter hegten, daß der unglücklich verlaufene Krieg auch in China eine eifrige Reformtätigkeit und Hinwendung zu europäischem Fortschritt hervorrufen werde, sehr bald wieder Diese Welt blieb wie sie war und sollte bald ganz andere Bilder zeigen. Wir haben schon gesehen, wie die verschiedenen Mächte die jetzt ganz hilflose Lage dieses ungeheuerlichen Reiches dazu benutzten, sich den Zugang, den der mongolische Hochmut ihnen seither verweigert oder nur halb und widerwillig zugestanden hatte, nunmehr einfach zu nehmen: Rußland vom Norden in der Mandschurei, England im Jantsekiangtale und vom Osten, Frankreich vom Süden her nahmen ihre Vorteile war: auch Deutschland, 1899 auch Italien, nahmen ihren bescheidenen Teil, wozu jenem China, durch ein hier nicht gerade seltenes Ereignis, die Ermordung einiger katholischer Missionare, Anlaß oder Vorwand gegeben hatte.

Gegenüber diesem wichtigsten Ereignis, dem chinesisch-japanischen Krieg und seinen Folgen, traten die übrigen Vorgänge auf dem gewaltigen Raum des größten der fünf Weltteile in den Hintergrund. Den Streithandel der Franzosen mit dem Königreich Siam haben wir erwähnt: im Juli 1893 setzten sich französische Schiffe den Menangstrom aufwärts in Bewegung: daß dabei von beiden Seiten Schüsse fielen, ist nicht zu verwundern. Von französischer Seite ergriff man begierig die Gelegenheit, nach Franzosenweise dem Schwachen gegenüber Energie zu zeigen, und stellte alsbald ein Ultimatum, das der siamesische Gesandte in Paris anzunehmen sich beeilte. Gleichwohl wurden die Forderungen des angeblichen Zögerns wegen noch verschärft, und am 2. Oktober wurde dann der Friede unter für Siam sehr drückenden Bedingungen geschlossen. Siam trat das linke an das französische Vasallenland Annam grenzende Mekongufer ab und verpflichtete sich, den Strom nicht mit bewaffneten Fahrzeugen zu befahren. Außerdem mußte es noch eine Zone von 25 Kilometern Breite am rechten Mekongufer zugestehen, auf dem von siamesischer Seite kein Posten aufgestellt und keine militärischen Niederlassungen eingerichtet werden durften. Das Reich, immerhin ein Gebiet von der Größe des Deutschen Reichs, bewahrt seine Selbständigkeit, weil es, zwischen englischem und französischem Besitz gelegen, unmittelbare Zusammenstöße der beiden großen Mächte an dieser Stelle verhindert, also dasjenige vorstellt, was die politische Kunstsprache einen Pufferstaat nennt. Einen stehenden Artikel in der Konjektural- und Zukunftspolitik bildet seit mancher Generation der

drohende Zusammenstoß der beiden Großreiche, die neben der chinesischen Welt das Schicksal des Erdteils bestimmen, Rußlands und Englands, ein Zusammenstoß, für welchen der in Persien und Afghanistan, in Ispahan und Kabul sich bekämpfende Einfluß beider Mächte das Vorspiel bildet. Die Russen hatten ihre Macht bis zum Pamirplateau vorgeschoben, das die Orientalen als das „Dach der Welt" bezeichnen, und das, wie ein Blick auf die Karte zeigt, allerdings bei einem solchen Zusammenstoß eine große Wichtigkeit haben würde. Im November 1894 verglichen sich aber beide Mächte, zwischen ihrem beiderseitigen Einflußgebiet eine neutrale Zone einzurichten, und mit jenem gewaltigen Zusammenstoß wird es wohl ebensowenig Eile haben, wie mit so vielen weltumspannenden Kriegen, die man leichthin zu weissagen oder sich auszumalen liebt, und den Weissagenden ist einigermaßen das Konzept verrückt worden dadurch, daß ein ganz neuer weltgeschichtlicher Faktor neben Japan, dessen Bedeutung man auch vor einigen Jahrzehnten nicht geahnt hätte, auf dem Platze erschienen ist in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die unerwartet über ihr „Amerika für die Amerikaner" hinausschreitend in die asiatische und dadurch in die europäische Sphäre hinübergegriffen haben.

Der Verkehr der europäischen Nationen mit Amerika hat sich im Vergleich mit dem Anfang unseres Jahrhunderts verhundertfacht, indes kann man nicht sagen, daß die Einwirkung der neuen Welt auf die alte dem entsprochen und namentlich nicht, daß sie in der letzten Generation wesentlich zugenommen haben. Im Gegenteil: die republikanischen Ideen z. B., welche vor 1870 einen gewissen Reiz auf die Oppositionsparteien in Deutschland und sonst ausübten, haben wenig zur Nachahmung Verlockendes mehr, seitdem hier und in Italien der Hauptgrund der Unzufriedenheit und nicht wenige Nebengründe gefallen sind und die republikanischen Ideen sich entweder in der abschreckenden Gestalt der sozialdemokratischen Tyrannei oder der in anderer Art wenigstens nicht anziehenden der französischen Pseudorepublik darstellten. Es ist beachtenswert, daß zwar amerikanische Technik, nicht aber amerikanische Literatur und Kunst irgendwelche wirkliche Bedeutung für Europa gewonnen hat — so wenig als einst die römische Kunst und Literatur irgendwelche Rückwirkung auf die Griechenwelt gehabt hat.

In Südamerika erlebte das republikanische Prinzip, wie man absehend von dem, was diesen sogenannten Prinzipien an Leidenschaft und Eigennutz anzuhängen pflegt, sich ausdrückt, einen Sieg, der das letzte monarchische Staatswesen vom Boden der neuen Welt wegfegte. Eine im ganzen unblutig und rasch verlaufende Umwälzung machte im November 1889 in Brasilien dem Kaisertum ein Ende und verwandelte diese letzte Monarchie mit ihren 15 Mil-

lionen Menschen auf 8 Millionen Quadratkilometern Raum in eine Republik der Vereinigten Staaten von Brasilien. Die Sklaverei war schon vorher abgeschafft und die Kultusfreiheit proklamiert worden (1888): jetzt gab es weiter in dieser freisinnigen Richtung Zivilehe, Säkularisierung der Friedhöfe, Trennung von Kirche und Staat, freisinnige Einwanderungsgesetze: im April 1890 wurde sogar der Religionsunterricht in den Staatsschulen Brasiliens abgeschafft. Der Kaiser, Dom Pedro, eine Gelehrtennatur und krank, hatte keinen Widerstand versucht, und nahm ruhig Entschädigung und Ruhegehalt an, die ihm die neue Föderativrepublik anzubieten anständig genug war. Er starb schon im folgenden Jahr zu Paris. Zunächst wenigstens hatte er das bessere Los gezogen, denn im ganzen gibt bis jetzt diese Republik Brasilien der Geschichte ungefähr dasselbe zu erzählen oder zu übergehen, was die übrigen Republiken Süd- und Mittelamerikas auch: endlose Revolutionen, deren eigentlicher Sinn und Zweck keinem Europäer verständlich ist, — gelegentliche Grenzstreitigkeiten zwischen Argentinien und der verhältnismäßig bestverwalteten der südamerikanischen Republiken, Chile (1895), oder Versuche der zentralamerikanischen Staaten, sich zu einer größeren Föderation zusammenzuschließen, die aber vorläufig noch nicht glückten, so wenig wie die Resolutionen des panamerikanischen Kongresses, der 1889 und 1890 in Philadelphia tagte, ihre großen Ideen — gemeinsame Schiedsgerichte, Zoll- und Sanitätseinrichtungen u. s. w. für ganz Amerika — verwirklicht haben.

Der mächtigste und führende Staat der neuen Welt ist das wesentlich germanische Staatswesen der nordamerikanischen Union, welche die letzten Jahre unseres Jahrhunderts unerwartet vor eine bedeutungsvolle Frage und vielleicht einen Wendepunkt ihrer Geschicke gestellt haben. Eine Heroengeschichte gibt es hier nicht zu erzählen: es handelt sich auf diesem Boden allenthalben um sehr praktische und sehr handgreifliche Interessen, die man freilich nicht geringschätzen darf. Die Parteigegensätze zeigen nicht die im ganzen doch klaren und scharfen Umrisse wie im Leben der europäischen Staaten, und es ist für den europäischen Politiker einigermaßen schwierig, sich den Unterschied klar zu machen, der in Nordamerika zwischen Republikanern und Demokraten besteht. Im allgemeinen wird man sagen dürfen, daß jene den Blick auf die Union als Ganzes richten, deren Machtbetätigung nach außen wünschen oder nicht ablehnen, daher Vermehrung der Kriegsmittel, Abwehr der auswärtigen Konkurrenz und Hebung der eigenen Industrie vermittelst hoher Schutzzölle begünstigen, — während diese, die demokratische Partei, von den einzelnen Bundesstaaten und ihrer Souveränität ausgeht, Schutzzölle nur soweit zuläßt, als sie notwendige Volksbedürfnisse nicht übermäßig verteuern, Ausbeutung

durch die großen Vereinigungen der Großindustriellen und Großkapitalisten, die Ringe oder Trusts, nicht befördert und gegen auswärtige Machtbetätigungen, Erwerbungen, Eroberungen mißtrauisch ist. Im Jahre 1889 trat der Kandidat der republikanischen Partei, Harrison, als Präsident an Clevelands Stelle. Unter ihm wurde ein Schutzzolltarif von exorbitanter Höhe, die sogenannte Mac-Kinley-bill, eingeführt (1890) und eine Anzahl Territorien in Staaten verwandelt, so daß das Banner der Union, das mit 13 Sternen begonnen hatte, nunmehr deren 42 zeigte. Bei den Wahlen von 1892 aber siegte die demokratische Partei, und am 4. März 1893 trat ihr Kandidat, Cleveland, zum zweitenmal die Präsidentschaft an. Er kündigte in seiner ersten Botschaft an den Kongreß ein wohltätiges Werk an, die Reform des Beamtenwesens und verwirklichte auch ein Stück davon, indem er im Jahre 1896, dem letzten Jahr seiner Amtsführung, nicht weniger als 29000 Beamtenstellen in den sogenannten „klassifizierten Zivildienst" einschrieb — also zu solchen machte, die nicht mit jedem Präsidentschaftswechsel ihre Inhaber wechselten und der siegenden Partei als Beute zufielen. Am 1. Mai 1893 eröffnete er die Weltausstellung in der großen Binnenstadt Chicago, durch die Amerika zeigen wollte und auch zum Teil zeigte, wie weit es in seinen Fortschritten der alten Welt gleichgekommen war oder sie überholt hatte. Auch wurde unter ihm im Jahre 1894 ein neuer Zolltarif mit mäßigen Sätzen angenommen und im Februar 1895 ein Bundesschiedsgericht für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern beschlossen: denn auch diesem Lande, dessen Fabrikbetriebe sich in den zehn Jahren von 1880—1890 von 250000 mit 2700000 Arbeitern auf 350000 mit 4700000 Personen vermehrt hatten, fehlte die Plage der hochentwickelten Industriestaaten, die Lohnstreitigkeiten und Arbeitseinstellungen nicht, und sie nahmen, wie alles hier auf großem Fuße betrieben wurde, gewaltige Erstreckungen an, wie z. B. im Jahre 1894 der Streik der Grubenarbeiter über sechs Staaten sich ausdehnte. Im Jahre 1896 schlug die Agitation um die Präsidentenwahl hohe Wellen: der republikanische Kandidat war Mac Kinley, dessen Name in Europa als der des Urhebers der übeln Bill wohlbekannt war, der demokratische ein Advokat Bryan aus Nebraska. Bei der Entscheidung spielte eine Hauptrolle die sogenannte Währungsfrage, welche alle die Jahre her schon die Menschen in Aufregung erhalten hatte, und wie bekannt, auch im alten Europa einen Gegenstand eifriger Erörterung und gelegentlicher Agitation bildete. Man versteht unter Währung dasjenige Gut, nach welchem der Wert aller übrigen Güter gemessen wird, und dieser Wertmesser sind wie bekannt, seit lange bei den Völkern europäischer und europäisch gearteter Zivilisation die Edelmetalle Silber und Gold. Mehr und mehr aber ist

als der sicherste und allgemeinste Wertmesser seiner besonderen Eigenschaften wegen das Gold anerkannt. Man war, solange das Silber neben ihm seinen Rang als Wertmesser behauptete, gewohnt, das Verhältnis beider Metalle zueinander wie 16 : 1 anzunehmen. Allein dies Verhältnis wurde allmählich unmöglich, da weit größere Mengen Silbers an den zahlreichen und ergiebigen Fundorten zutage gefördert wurden, als zu Münzzwecken erforderlich waren: mit der zunehmenden Häufigkeit sank das „weiße Metall" im Preise, wurde also zur Ware, deren Wert dem Golde, dem allgemeinen Wertmesser gegenüber ebenso schwankend wurde, wie die aller anderen Waren. Nun liegt auf der Hand, daß viele und daß namentlich die Silberproduzenten, die Besitzer großer Silberbergwerke, wünschen mußten, daß der alte Stand der Dinge wiederhergestellt wurde: und ebenso, daß wenn ein Land mit Gold- und Silberwährung, ein bimetallistisches, in geschäftlich notwendiger Berührung steht mit einem Lande reiner Goldwährung, die Waren, die das letztere dem ersteren liefert, von diesem mit Gold bezahlt werden müssen, und mithin das Gold aus diesem in jenes abzufließen beginnt: eine Bewegung, die eine Reihe von Übeln im Geschäftsleben zur Folge hat. England hatte längst die Goldwährung, Deutschland hatte sie im Jahre 1873 eingeführt, Österreich, Rußland strebten nach diesem Ziele und begannen im Jahre 1893 zu dem Zwecke Gold zu sammeln. Das Gold begann also in besorgniserregender Weise aus dem Vereinigten Staatengebiet auszuwandern, und verbunden mit anderen Umständen führte dies zu einer schweren wirtschaftlichen Krisis und zu zahlreichen Bankerotten. Wir können den einzelnen Stadien dieses Prozesses — den Versuchen, die oft gemacht und immer gescheitert sind —, von Staats wegen in diese Verhältnisse einzugreifen, den Preis des Silbers oder sein Verhältnis zum Gold gesetzlich, also mit Zwangskraft, zu fixieren, nicht folgen: wir erwähnen nur, was auf den ersten Blick für den europäischen Laien ein Rätsel war, daß die Finanzen der Union bis zum Jahre 1893 an Massen überschießenden Geldes litten, man demnach allerlei rasche, nötige oder weniger nötige Ausgaben machte, dann aber von 1894 an ebenso mit schweren jährlichen Fehlbeträgen zu kämpfen hatte. Ernsthafte Übel ohne Zweifel, die aber das Selbstgefühl und die Zukunftsfreudigkeit einer so gewaltigen Nation nicht lähmten. Dieses berechtigte Selbstgefühl hatte längst seinen Ausdruck gefunden in jener Erklärung des Präsidenten Monroe (1817—1825), daß die Ära der europäischen Reichsgründungen und Kolonisationen auf amerikanischem Boden geschlossen, daß „Amerika für die Amerikaner" die Losung sei, und diese „Monroedoktrin", die ursprünglich von Georg Canning gegenüber den Velleitäten der heiligen Allianz nach Zurückgewinnung der südamerikanischen Kolonien für das legitime Herrenland Spanien aus-

gesprochen worden war, bildete das Kredo jedes Amerikaners. Dieses Gefühl zeigte sich sehr reizbar im Jahre 1888, als der englische Gesandte Lord Sackville in einem Briefe sich mit der bevorstehenden Präsidentenwahl zu schaffen machte; seine Abberufung wurde verlangt und durchgesetzt; es zeigte sich in den Maßregeln, welche die Einwanderung erschwerten, bei der künftighin eine Auswahl getroffen werden sollte (1891): man wollte nicht mehr — und man hatte recht — das Gebiet der Vereinigten Staaten als die Ablagerungsstätte aller zweifelhaften Elemente, deren europäische Staaten sich zu entledigen wünschten, angesehen wissen. Noch nachdrücklicher als dieser europäischen erwehrte man sich der chinesischen Einwanderung, die vom Westen her im Gange war und bei der unglaublichen schmutzigen Bedürfnislosigkeit der chinesischen Händler und Arbeiter in der Tat eine schlimme Konkurrenz machte und eine ernste Gefahr bildete. Ein sehr bemerkenswertes Symptom, wie weit man mit hochfahrender Auslegung dieser Monroedoktrin gelangen konnte, zeigte sich im Jahre 1895. England hatte eine Differenz mit dem südamerkanischen Staate Venezuela, wobei es sich um einen Grenzstrich Land handelte, der zwischen Britisch-Guinea und der Republik Venezuela lag, und auf den England, wie es scheint mit Recht, Anspruch machte. Dies benutzte der Präsident Cleveland, um in seiner Botschaft an den Kongreß vom 17. Dezember der Monroedoktrin eine neue Auslegung und Ausdehnung zu geben. Er verlangte vom Kongreß eine Geldsumme für die Kosten einer Kommission, welche die zwischen Großbritannien und Venezuela streitige Frage studieren und darüber berichten sollte, und die dann auch im Januar des folgenden Jahres von ihm ernannt wurde. „Wenn dieser Bericht erstattet sein wird, wird es die Pflicht der Vereinigten Staaten sein, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln sich einem vorsätzlichen Angriff auf ihre Rechte und Interessen, der Aneignung irgendwelcher Landstrecke durch Großbritannien zu widersetzen, welche wir nach vorgenommener Untersuchung als von Rechts wegen Venezuela gehörig erkennen mögen." Es kam aber bei diesem herausfordernden und anmaßenden Schritt nichts heraus, da die beiden streitenden Staaten im Jahre 1897 sich auf ein Schiedsgericht einigten, dem die Sache zu übertragen sei: und im gleichen Jahre verhandelte Mac Kinley sogar selbst über einen umfassenden Schiedsgerichtsvertrag mit Großbritannien, der vorläufig auf fünf Jahre geschlossen, einen gemeinsamen Gerichtshof für Streitigkeiten über Dinge bestimmte, bei denen es sich um Werte von mehr als 100000 Pfund Sterling handle und solchen, die Gebietsansprüche in sich schließen würden: einen Vertrag, den man in englischen radikalen Kreisen für ein großes weltgeschichtliches Ereignis anzusehen geneigt war. Allein schon waren Ereignisse im Gang, die, indem sie die Vereinigten Staaten über die Grenzen, die

sie sich seither gesteckt hatten, hinausführten, der Monroedoktrin selbst den Boden wegzogen. Schon längst gab es hier Politiker genug, welche die Insel Kuba und, einmal im Zuge, auch die Insel Portoriko, das einzige im Antillenmeer was den Spaniern geblieben war, für eine natürliche Erbschaft oder Beute ihrer Republik ansahen. Die Zustände, wie sie sich seit 1895 auf Kuba gestalteten, schienen zu mahnen, die Gelegenheit nicht ungenützt zu lassen. Die Insel, mit ihren zahlreichen kleinen Nebeninseln etwa 118000 Quadratkilometer groß, nährt eine sehr gemischte Bevölkerung von über $1^1/_2$ Millonen, könnte aber — so herrlich ist sie von der Natur ausgestattet — deren 10 ernähren. Die Spanier konnten die Gefahr, die dieser Perle der Antillen drohte, längst voraussehen. Allein wenn schon in Spanien selbst zwar seit Alfonsos XII. Tod (1885) eine verhältnismäßig ruhige Zeit gewesen war, keine Militärverschwörungen, keine republikanischen oder karlistischen Pronunziamientos vorgekommen waren, von einem wirklichen stetigen Fortschreiten aber, einer streng redlichen Verwaltung, einer Hebung des Volks durch Unterricht und Befreiung von dumpfer Tradition und Vorurteil nicht die Rede sein konnte: so läßt sich wohl denken, wie in den Kolonien regiert wurde, in denen alle Beamtenstellen den Spaniern vorbehalten waren und für die Einheimischen, Kreolen und Farbige nichts übrig blieb. Diese Mißregierung führte im Februar 1895 nicht zum erstenmal zu Unruhen, zur Verhängung des Belagerungszustands, zu einem Aufstand der Kreolen und Farbigen, der sich über die ganze Insel ausbreitete, und dessen die hinübergesandten Truppen und der sehr befähigte General, der im April an ihre Spitze trat, Martinez Campos, nicht Herr werden konnten. Die spanische Regierung beklagte sich, daß die Aufständischen, für die Raum und Klima stritt, von den Amerikanern unterstützt würden, und der Präsident Cleveland verbot jede Verletzung der Neutralität. Aber schon im Jahre 1896 wurde im Kongreß zu Washington, Senat und Repräsentantenhaus, die Frage aufgeworfen, ob die Aufständischen auf Kuba als „kriegführende Macht" anzuerkennen seien, und sie wurde hier bejaht. Aber erst seitdem Mac Kinley zum Präsidenten gewählt war, und die grausame Art, mit der General Weyler, der im Januar 1896 den menschlicheren Martinez Campos ersetzt hatte, den Krieg führte, den Kriegseifrigen, den „Jingos", unter der amerikanischen Gesellschaft zu den Geschäftsinteressen noch die nötigen schönen Worte von Humanität und Gesittung lieferte, nahmen die Dinge einen entschiedeneren Gang. Im Jahre 1897 wurde die neue Politik der außereuropäischen Erwerbungen zunächst durch die Annexion der mitten im Stillen Ozean als bequeme Station zwischen Amerika und Asien gelegenen Hawaischen Inseln eröffnet, unter dem vergeblichen Protest der japanischen Regierung. Im Oktober jenes

Jahres riefen die Spanier Weyler ab und ernannten General Blanco zu seinem Nachfolger. Sie hofften die Insel halten zu können und dem greulichen Zerstörungskrieg — Vernichtung der Ernten in den vom Aufstand berührten Provinzen z. B. — ein Ende zu machen, indem sie die Zauberformel, die man um diese Zeit auch zur Beruhigung Kretas angerufen hatte, von der Autonomie der Insel unter spanischer Oberhoheit aussprach. Und schon war am anderen Ende der Welt, auf der großen Inselgruppe der Philippinen im Indischen Meer — es sind 1400 Inseln mit einem Gesamtareal von 295 000 Quadratkilometern und 8 Millionen Menschen — gleichfalls eine Empörung ausgebrochen, die hier sich gegen die allmächtige Geistlichkeit, die Mönchsregierung, den alten Fluch Spaniens, richtete und die dem wachsenden Tatendrang der Amerikaner ein neues Angriffsziel und vielleicht ein weiteres Beutestück zeigte. Es reizte diese Kiegslust nur, als am 1. Januar 1898 jene kubanische Selbstregierung ins Leben trat und sich, da der Aufstand matter brannte und zahlreiche Gruppen der Aufständischen ihre Unterwerfung anzeigten, die Möglichkeit einer Befriedung der unglücklichen Insel unter spanischem Szepter zeigte. Von amerikanischer Seite spielte man ein niederträchtiges Doppelspiel. Auf der einen Seite drang und drängte man auf baldige Beendigung der Kämpfe auf Kuba, bei denen verschiedene amerikanische Interessen Not litten, auf der anderen unterstützte derselbe nicht zu fassende „Man" die Aufständischen und forderte sie damit zum Beharren auf. Ein nordamerikanisches Kriegsschiff, die Maine, erschien im Hafen von Havanna: am Abend des 15. Februar, an dem durch einen glücklichen Zufall seine Offiziere der Einladung eines amerikanischen Handelschiffs gefolgt waren, flog es mit 200 Menschen in die Luft, und man glaubte, oder machte glauben, daß dies nicht Wirkung eines Zufalls, sondern Wirkung eines spanischen Attentats gewesen sei: während der Umstand, daß von amerikanischer Seite die von Spanien angebotene Untersuchung durch eine internationale Kommission abgelehnt wurde, den Gegenverdacht hervorrief, daß die Amerikaner selbst das Unheil veranlaßt hätten, um rascher den Kriegsvorwand zu finden. Daß man, d. h. die tonangebenden Kreise und die republikanische Partei, den Krieg wollte, war längst klar, und man war wohl in Spanien resigniert, schließlich zu verlieren, glaubte es aber der Ehre einer alten und stolzen Nation schuldig zu sein, wenigstens zu kämpfen, ehe man nachgab. Jenes anderen und besseren Prinzips, daß die Ehre einer alten und stolzen Nation verlangt, vorwärts zu schreiten, Regierung, Verwaltung, Kriegswesen, Seewesen, Volkserziehung in stetiger Arbeit zu bessern, solange es Zeit ist, dieses Prinzips war diese Nation freilich nur sehr wenig eingedenk gewesen. Ehe Blut floß, machte der Papst in Rom noch einen Friedenstiftungsversuch,

indem er am 6. April 1898 an „die Gefühle der Menschlichkeit und der Mäßigung des Präsidenten der Vereinigten Staaten und des amerikanischen Volkes" appellierte: darüber ging man in diesem protestantischen und praktischen Volke mit geringschätzigem Schweigen zur Tagesordnung über. Und in der Tat, der Papst konnte einem Volke jetzt wenig mehr helfen, an dessen Niedergang vor allem anderen eben jenes System schuldig war, dessen Schlußstein das unfehlbare Papsttum bildete. Ebensowenig halfen matte Schritte der übrigen Mächte oder die widerwillige Sympathie, die man in Rußland oder Frankreich oder Deutschland mit dem Schwächeren, und die Antipathie, die man gegen den brutalen Stärkeren hegte. Die Amerikaner gingen unbekümmert um diese überhaupt nicht tiefgehenden Stimmungen, unbekümmert auch um die ähnlichen Regungen unter ihrer eigenen Bevölkerung vor. Ihr Präsident verlangte vom Kongreß die Ermächtigung, mit Gewalt einzugreifen. Am 19. April wurde sie ihm, im Senat mit 42 gegen 25, im Repräsentantenhaus aber mit 311 gegen 6 Stimmen erteilt, und mit dem 23. April begann der Kriegszustand. Auf beiden Kriegsschauplätzen, dem asiatischen und dem amerikanischen, den Philippinen und den Antillen, zeigte sich die große Überlegenheit des amerikanischen Schiffsmaterials und der amerikanischen Schiffstechnik. Tapferkeit fehlte weder den spanischen Berufssoldaten noch den raschangeworbenen Freiwilligen und Söldnern der Amerikaner, fand aber nicht viel Gelegenheit sich zu betätigen. In Asien setzten sich die Amerikaner in Cavite, der prächtigen Hafenbucht von Manila an der Südwestküste der Hauptinsel Luzon fest, zerstörten fast ohne eigenen Verlust in wenigen Stunden das ostasiatische aus lauter alten Schiffen bestehende Geschwader der Spanier, der Aufstand gegen die Mönchsregierung belebte sich hier unter seinem Führer Aquinaldo aufs neue: erst am 13. August aber ergab sich Manila, welches der Hauptplatz und Sammelplatz aller Verwaltungsstellen und kaufmännischen Unternehmungen war. Auch auf den Hauptschauplätzen dieses Kriegs, Kuba und dem Antillenmeer, erfolgte die Entscheidung nicht rasch. Am 20. Mai erreichte ungehindert durch die Amerikaner das spanische Kreuzergeschwader unter dem Admiral Cervera den Hafen im Süden der Insel, Santiago. Hier kam der Krieg zum Stehen und schließlich zur Entscheidung. Am 4. Juni gelang den Amerikanern, durch Versenkung eines Kriegsschiffs, des Merimax, den Eingang zum Hafen und folglich auch seinen Ausgang, wo nicht ganz zu sperren, so doch zu verengen und schwer passierbar zu machen, hinter dem tatenlos, wie in einer Falle gefangen, das spanische Geschwader lag. Am 21. Juni landeten die Amerikaner an ungehüteter Stelle ihre Landmacht, etwa 15000 Mann, und drangen unter schwerer Ungunst des Klimas bei mangelhafter Verpflegung allmählich gegen die Stadt

vor, die von den spanischen Truppen tapfer verteidigt wurde. Der schwere Fehler, den die spanische Flotte — freilich notgedrungen, da ihr die Kohlen knapp wurden — begangen hatte, sich in den Hafen einsperren zu lassen, war nicht wieder gutzumachen. Es mußte gleichwohl gewagt werden, die freie See zu gewinnen, und der spanische Admiral erhielt den Befehl, das Wagnis zu versuchen; am 3. Juli morgens begann diese verzweifelte Operation. Es war kaum ein Kampf zu nennen, da die spanischen Schiffe, in übelster Lage, an freier Bewegung gehindert, zum großen Teil schwerfällig gebaut, fast hilflos dem überlegenen Feuer vorzüglich ausgerüsteter und sehr gut bedienter Kriegsschiffe ausgesetzt waren. Die Mannschaften und Offiziere mußten sich in Gefangenschaft geben, und konnten noch zusehen, wie ihre brennenden Schiffe an den Felsen der Klippe strandeten und vollends verbrannten. Am 16. Juli ergab sich auch Santiago: die Sache war damit entschieden. Unter französischer Vermittelung oder Hilfeleistung begannen zehn Tage später zu Washington die Friedensverhandlungen. Am 1. Oktober sollte eine Friedenskommission zur Feststellung der Einzelheiten in Paris zusammentreten. Die Grundlage war die Abtretung von Kuba und Portoriko: von den Philippinen war dabei nicht die Rede, und nach europäischem Recht und Brauch hätte es bei der ersten Bedingung sein Bewenden gehabt. Allein die Amerikaner maßen mit ihrer eigenen Elle und traten nun plötzlich mit der Forderung der Abtretung auch der Philippinen hervor. Es blieb den Spaniern nichts anderes übrig, als auch dies niederzuschlucken, denn die amerikanischen Delegierten drohten mit Abbruch der Unterhandlungen, und so ward man einig, wobei die Amerikaner in ihrer brutalen Weise keinerlei Rücksichten, wie sie sonst der Sieger dem Besiegten bei Ausführung drückender Friedensbedingungen gewährt, walten ließen. Für Spanien war, so wie die Dinge einmal liegen, das Unglück nicht allzu groß. Der Staat konnte auch diesen Rest seines Kolonialbesitzes nicht halten, sowenig er zu Anfang des Jahrhunderts den Abfall der Hauptmasse hatte hindern können, und die Demütigung war zu ertragen — man hatte wenigstens tapfer gekämpft, ehe man sich dem Schicksal unterwarf. Auch zog weder der armselige Prätendent Don Carlos, dessen Emporkommen nur die sichere Vollendung des Ruins bedeuten konnte, noch die republikanische Partei Vorteil aus der Niederlage: es war allzudeutlich, daß die Nation selbst, nicht Sagasta oder irgendwelcher der leitenden Staatsmänner dieses jüngsten Jahrzehnts diese Niederlage verschuldet hatte. Helfen, retten, wiederaufrichten könnte hier nur eine tiefgehende innere Reform und energische Arbeit innerhalb der enger gezogenen Grenzen, wie in Preußen nach dem Tilsiter Frieden, und Ansätze oder Anläufe zu solchen Reformen fehlten nicht ganz, aber ihre Durchführung ist nicht wahrscheinlich, ja nicht mög-

lich auf einem Boden, wo sogenannte Glaubenseinheit, das heißt in Wahrheit die gedankenlos weitergetragene Tradition herrscht, die sich, um in ihrer trägen Ruhe nicht aufgestört zu werden, gegen alles, nicht bloß gegen religiöses, Denken richtet und damit notwendigerweise auch die Kraft des vernünftigen Handelns lähmt.

Was die Vereinigten Staaten mit ihren Eroberungen, von denen übrigens wenigstens die Philippinen noch keineswegs sicher eingebracht, sondern noch lange Schauplatz eines sehr hartnäckigen Kampfes der eingeborenen Malaienbevölkerung mit den neuen Herren waren, beginnen werden, ist noch ungewiß, und nur soviel deutlich, daß jetzt erst die wahren und ernsten Schwierigkeiten beginnen werden, daß eine tiefe Rückwirkung dieser neuen auswärtigen Politik auf die innere nicht ausbleiben kann und auch von vielen und besonnenen Staatsmännern der Union befürchtet wird. Ganz klar und sehr bedeutungsvoll für die Zukunft ist es, daß der Monroedoktrin mit dieser Eroberungspolitik der moralische Rechtsboden entzogen ist. Amerika für die Amerikaner kann nur verlangen, wer nicht mehr will: im anderen Fall stellt er sich den alten Mächten gleich und nimmt Teil an dem großen Würfelspiel um den Besitz der Barbarenwelt, wie man kurz mit dem altgriechischen Worte sagen könnte, ein Würfelspiel, das wohl den Hauptgegenstand geschichtlicher Entwickelungen oder Verwickelungen in nächster Zeit abgeben wird. — So wenig Bewunderung aber auch die Art einflößen wird, wie die Vereinigten Staaten diesen Krieg begonnen, geführt und ausgenutzt haben — vom weltgeschichtlichen Standpunkt ist es immerhin als ein Fortschritt zu begrüßen, daß ein weiteres Stück Erde den trägen Stillstand und dem Rückschritt entrissen und unter den Einfluß einer lebendigen, rührigen, fortschreitenden Nation gestellt worden ist.

10. Die Gruppen der pyrenäischen und der skandinavischen Staaten; die Niederlande, die Schweiz und Belgien.

Es bleibt uns noch übrig, einen Blick auf diejenigen europäischen Staaten zu werfen, die, abseits von den großen geschichtlichen Strömungen und von diesen schwächer berührt, ein gewissermaßen privates Dasein führen, das ihnen nicht so sehr die eigene Kraft, als das Interesse und die Konvenienz der großen Mächte gewährleistet, — die man entweder als das Völkerrecht oder als die gegenseitige Eifersucht dieser Mächte bezeichnen kann.

Spanien, haben wir gesehen, scheint gezwungen, auf absehbare Zeit in diese Reihe zurückzutreten, nachdem es sein „Indien", seinen einst so großartigen Kolonialbesitz bis auf geringe Reste verloren hat. Etwas kräftigere Lebenszeichen, mindestens in dieser Hinsicht, gibt

Portugal von sich, wo im Oktober 1889 auf Dom Luis sein Sohn Carlos folgte. Seine innere Geschichte interessiert vornehmlich seine auswärtigen Gläubiger, denen im Jahre 1892 die unliebsame Kunde von einer Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auf ein Drittel des Nominalbetrages zuteil wurde. In Afrika besitzt der Staat noch an drei Stellen ein sehr ansehnliches Kolonialgebiet, 2746000 Quadratkilometer Flächeninhalt mit 19 Millionen, das er auch festzuhalten entschlossen scheint. Über dieses oder dessen wichtigsten Teil im Zambesigebiet in Südostafrika kam es mehrmals zu Verdrießlichkeiten mit England, 1890 und 1894, auch einmal zu Auseinandersetzungen mit Frankreich und mit Deutschland. Daß jene schließlich immer zu seinen Ungunsten ausgingen, läßt sich denken, und das britische Ultimatum vom Januar 1890 beantwortete die portugiesische Regierung mit den verdrießlichen Worten, daß „sie dem Gouverneur von Mozambique die von Großbritannien erzwungenen Befehle senden werde". Die Ministerwechsel und Handelsverträge und Wahlreform haben keine über das Land hinausreichende allgemein geschichtliche Bedeutung.

Mehr Anteil an dem gesamteuropäischen Leben nahmen die skandinavischen Länder, Dänemark, Schweden, Norwegen, und es ist anzunehmen, daß der immer leichter werdende Verkehr dorthin eine immer regere, auf geistige und wissenschaftliche Eigenart und zugleich Gleichartigkeit gegründete Verbindung herbeiführen werde, wozu auch die wiederholten Reisen des Deutschen Kaisers, der für diese Gegenden eine besondere Vorliebe zeigte, beitragen: die kühne Nordpolfahrt, von der der Norweger Fritjof Nansen im August 1896 zurückkehrte, war das Gespräch und erweckte die Bewunderung von ganz Europa. Am 9. Dezember 1894 feierte man in Schweden 400 Jahre nach der Geburt Gustav Adolfs, des weltgeschichtlich bedeutendsten Mannes, den Schweden hervorgebracht, am 18. September 1897 das 25jährige Jubiläum der Regierung des Königs Oskar. Jene stolze Stellung als Vormacht des Protestantismus, als Retterin der Geistesfreiheit im Herzen Europas besaß Schweden nicht mehr, aber es war, wenn auch etwas in altlutherischer Gebundenheit, ein gut protestantisches Land geblieben, und Ursache genug zu freudigem Danke war vorhanden: gute Finanzen, ruhiger Gang der Staatsgeschäfte in den konstitutionellen Formen, die von dem einsichtigen, hochgebildeten König gewissenhaft gehandhabt und durch Reformen — eine Wahlreform mit Verminderung der Mitgliederzahl in den beiden Häusern des Reichstags — noch verbessert wurden, Bau von Eisenbahnen. Bei den Wahlen spielte die Frage Freihandel oder Schutzzölle die Hauptrolle, und die Anhänger der letzteren waren im Vordringen. Mit Norwegen zog sich der Streit um Ausdehnung oder Beschränkung des Unionsverhältnisses alle die Jahre ohne rechte Entscheidung, aber auch ohne südliche

Leidenschaft hin. Die Vorbedingung für einen engeren Zusammenschluß der drei oder auch nur zweier der nordischen Reiche fehlt, wie wir bei mehreren Gelegenheiten gesehen, durchaus: zwischen den Bevölkerungen, der schwedischen und der norwegischen, bestand das gerade Gegenteil von Sympathie. In Norwegen, wo die kurzsichtige Politik eines beschränkten, für Ideen und Opfer unzugänglichen Bauerntums das große Wort führte, verlangte das Storthing und der größere Teil des Volks die völlige diplomatische Unabhängigkeit ihres Königreichs, eigene norwegische Konsulate und sonstige eigene Vertretung im Ausland: indes wurde im Jahre 1896 der Antrag im Storthing, alle Unionsabzeichen von der Flagge zu entfernen, doch nur mit 41 gegen 40 Stimmen angenommen, und es gelang der Besonnenheit und Geschicklichkeit des Königs, längere Zeit ein gemäßigtes Ministerium am Ruder und den Streit in ruhigen Bahnen zu halten. In Dänemark wurde der langandauernde Verfassungsstreit in diesem Zeitraum beendigt (1892). Zum ersten Male seit 1885 wurde jetzt, nachdem die Regierung seither mit provisorischen Finanzgesetzen die Geschäfte geführt hatte, das Budget von der Volkskammer, dem Folkething, genehmigt, in welcher eine gemäßigte Partei die radikale Opposition zurückgedrängt und in eine Minderheit von 26 Stimmen gebracht hatte: im August erhielt dann der Minister der Konfliktszeit, Estrup, die erbetene Entlassung, womit der Friede hergestellt war. Die sozialdemokratische Bewegung — Ausstände — spielte auch hier ihre Rolle. Es tauchte einmal die Idee auf, den kleinen Staat durch eine europäische Akte für neutral erklären zu lassen: noch aber hatte das dänische Volk seine frühere Stellung nicht soweit vergessen, um diesen Gedanken annehmbar zu finden, und eine Partei gefiel sich immer noch darin, den nördlichen Teil des ehemaligen Herzogtums Schleswig als Südjütland zu bezeichnen und dort eine unfruchtbare Agitation zu betreiben, bei der schließlich (1898) der deutschen Regierung die Geduld ausging.

Ein verhältnismäßig sehr bequemes und behagliches Leben führt das Königreich der Niederlande, wo die Erinnerung an die stolze Vergangenheit nur noch die großen Worte und sinnigen Symbole für festliche Gelegenheiten abgibt. Im März 1888 machte das liberale Ministerium Hemskerk einem konservativen Platz, im November 1890 trat ein Thronwechsel ein. König Wilhelm war 1889 erkrankt, und man gab ihn verloren. Eine Regentschaft wurde eingesetzt, höchst unerwartet erholte er sich und konnte sogar, unter den üblichen Schmeicheleien und Huldigungen, die bei solchen Gelegenheiten aus dem mittelmäßigsten Menschen einen Heros machen, sein 40jähriges Regierungsjubelfest feiern; allein im November des folgenden Jahres (1890) starb er nun endgültig, und es folgte ihm im Königreich seine einzige, noch unmündige Tochter Wilhelmine unter der Regentschaft

der Königin-Witwe Emma, einer geborenen Prinzessin von Waldeck: im Großherzogtum Luxemburg, das nunmehr aus der Verbindung mit dem Königreich der Niederlande ausschied, folgte der frühere Herzog Adolf von Nassau als Großherzog, der schon zuvor im früheren Stadium der Krankheit des Königs einige Monate die Regentschaft geführt hatte. Aufsehen erregte, daß sein Kronprinz sich mit einer katholischen Prinzessin von Braganza vermählte (1893) und dabei das Versprechen katholischer Erziehung der zu hoffenden Nachkommen geben mußte: freilich kam so viel nicht darauf an, ob dieser Zweig des Hauses Nassau-Oranien, der seine Rolle in der Welt ausgespielt hatte, katholisch oder protestantisch war. Seit 1891, wo die Wahlen für die Kammer in Holland eine liberale Mehrheit von 54 gegen 45 Stimmen und ein liberales Ministerium brachten, kam etwas Reformtätigkeit in Gang, eine Steuer- und eine Armeereform ward eingeleitet, 1896 ein Wahlreformgesetz angenommen, das die Zahl der Wahlberechtigten von etwa 280000 auf 6—700000 erhöhte. Im Jahre 1898 erreichte die junge Königin, an deren anmutiger Erscheinung ihr Volk seine loyale Freude hatte, das Alter der Mündigkeit und leistete den Eid auf die Verfassung. Eine wichtige Neuerung, die Einführung der persönlichen Dienstpflicht, die man auch hier einer ultramontanen Partei hatte abringen müssen, fand sie schon vor.

Zwei Gemeinwesen hat unser Weltteil, denen die Neutralität gewissermaßen als amtlicher europäischer Charakter aufgeprägt ist, die Schweiz und Belgien.

Die Schweiz bietet ihren Bewohnern und den Massen ihrer Besucher aus aller Herren Ländern vielleicht die angenehmsten Lebensformen: überall machte und macht sie den Eindruck wohlregierter und nicht zu viel regierter Gemeinwesen und einer richtigen Mischung des zentralistischen und des föderalistischen Elements. Die konfessionellen Gegensätze — 58% Protestanten, 40% Katholiken, auch ein nicht ganz bedeutungsloses altkatholisches Kontingent — stören die Ruhe wenig, da der Protestantismus doch überwiegt und ultramontane Herrschgelüste für ihre Hintertreppenpolitik bei den demokratischen Lebensformen keinen Boden finden. Nur im Kanton Tessin, wo der Gegensatz Liberal und Klerikal schon lange überaus gespannt und der gegenseitige Haß sehr groß war, kam es im September 1890 zu einem Aufstand der Liberalen und dabei zu einem politischen Mord — der Ermordung eines klerikalen Staatsrats Rossi. Die Bundesgewalt schritt mit einer mäßigen Zahl eidgenössischer Truppen ein, und dem Bundeskommissar Obersten Künzli gelang es, ein vorläufiges Einverständnis der Parteien zu erzielen. Eine Regierung, aus drei klerikalen und zwei liberalen Mitgliedern bestehend, ward eingesetzt, eine neue Verfassung 1891 durch Volksabstimmung mit

geringer Mehrheit angenommen, revidiert, und im März 1893 siegte die liberale Partei bei den Wahlen; die Ruhe ward nicht weiter gestört. Mit Takt und Festigkeit wahrt die Schweizer Regierung Pflichten und Rechte der Neutralität, was nicht immer leicht ist. Auf ihrem Boden tagten die verschiedenen Kongresse, internationaler Arbeiterkongreß (1893), Zionistenkongreß (1897) — denn auch die Juden empfanden das Bedürfnis, vor der breitesten Öffentlichkeit ihre Sache zu vertreten — und andere: 1894 ward ein ziemlich strenges Anarchistengesetz angenommen, das freilich das niederträchtige und sinnlose Bubenstück nicht hindern konnte, dem im September 1898 die Kaiserin Elisabeth von Österreich, das unschuldigste aller Opfer, zu Genf erlag. Verdrießlichkeiten, die aus dem Asylrecht und dessen Konsequenzen gelegentlich sich ergaben, wie ein Verdruß mit Deutschland in den Jahren 1888 und 1889 wurden ohne große Schwierigkeiten beigelegt. Etwas ernstere Verstimmung und Repressivmaßregeln in einem Zollkrieg rief es hervor, daß im Dezember 1892 der französisch-schweizerische Handelsvertrag in der französischen Deputiertenkammer verworfen wurde. Zu loben war, daß man hier die Anstalten zur Verteidigung des Landes für die äußersten Fälle nicht verabsäumte und für die Befestigungen am Gotthard und bei St. Maurice wie für Anschaffung neuer Gewehre nicht kargte. Reformen auf militärischem Gebiet, wie sie von der Sachkunde der eidgenössischen Offiziere gegenüber der kantonalen Beschränktheit verlangt wurden, fanden freilich bei der Masse der Bevölkerung wenig Gnade, die sich überhaupt auf gut demokratisch nützlichen und vernünftigen Reformvorschlägen der Bundesregierung gegenüber, selbst wenn sie vom National- und Ständerat befürwortet und getragen waren, nicht selten ablehnend verhielt. So ward im November 1895 das Militärgesetz, so Februar 1897 die eidgenössische Staatsbank durch Volksabstimmung verworfen. Erwähnenswert ist, daß auch die Einfügung des „Rechts auf Arbeit" in die Verfassung im Jahre 1894 in diesem demokratischen Lande mit der gewaltigen Mehrheit von 290 000 gegen 71 000 Stimmen verworfen wurde. Die Sozialdemokratie machte auf diesem Boden wie überall viel Lärm, hier aber so gut wie gar keine Fortschritte.

Anders war dies in Belgien, dem modernen und einigermaßen künstlich zurechtgemachten Staatswesen, in welchem der Katholizismus, die Religion oder Konfession von so gut wie sämtlichen $6^1/_2$ Millionen seiner Bevölkerung, den Beweis des Geistes und der Kraft hätte liefern, jene staatsbauende oder staatserhaltende Kraft, die ihm seine Organe gelegentlich nachrühmen, hätte bewähren können. Die Signatur dieser letzten Jahre eines rücksichtslosen klerikalen Parteiregiments ist, daß der Liberalismus zurückgeht, der Radikalismus und die Sozialdemokratie, diese zum Teil unter gefährlichen, bis an die



Elisabeth, Kaiserin von Oesterreich.

Grenze des Aufruhrs gehenden Ausständen vordringt, der Klerikalismus aber einstweilen seine Herrschaft über die Masse noch festhielt und wie überall mit Hilfe scheinbarer demokratischer Erweiterung des Wahlrechts noch ausdehnte. Die Wahlen im Juni 1892 ergaben für die Deputiertenkammer 60 Liberale gegen 92 Klerikale, für den Senat 30 gegen 46: im Jahre 1894 kam eine Verfassungsrevision mit neuem Wahlgesetz zustande, und das letztere war ein interessantes staatsrechtliches Experiment, da es jedem Familienvater, jedem Besitzer einer Liegenschaft oder eines Sparkassenbuchs von 2000 Frank, und jedem, der sich über den Besitz höherer Bildung ausweisen konnte, ein Mehrstimmenrecht, zwei und drei Stimmen, zuwies. Bei den Neuwahlen im Oktober 1894 zählte das Land 853000 Wähler mit einfacher, 293000 mit zwei, 223000 mit drei Wahlstimmen: das Ergebnis aber war zunächst ein großer klerikaler Sieg mit 104 klerikalen, 20 liberalen und 28 sozialistischen Deputierten. Daß bei diesem Überwiegen der Klerikalen die Volksbildung zurückging, ein Viertel der Bevölkerung nicht lesen und schreiben konnte und aus der allgemeinen Wehrpflicht, für die der König Leopold II. sich lebhaft interessierte, nichts wurde, bedarf keiner Auseinandersetzung: es ist eine Anerkennung der volkserziehenden Kraft dieser Einrichtung, daß allerorten der Klerikalismus ihr entgegenstrebt. Im Januar 1895 trat König Leopold als Souverän des Kongostaats diesen großen und vermutlich zukunftsreichen Besitz an den belgischen Staat ab; das Jahr 1898 brachte die gesetzliche Gleichberechtigung der flämischen mit der französischen Sprache. Dagegen führten die Experimente mit der Auffindung des richtigen Wahlsystems auch noch im Jahre 1899 nicht zum Ziele. Der ungesunde Charakter des Systems zeigte sich unter anderem auch darin, daß bei den letzten Wahlen im ganzen 1930000 Stimmen abgegeben wurden, diese fast zu gleichen Hälften aus 994000 klerikalen und 936000 nichtklerikalen bestanden, die Wahlen aber gleichwohl nur 40 nichtklerikale neben 152 klerikalen Abgeordneten ergaben. Noch versuchte die klerikale Regierung, an deren Spitze der Kriegsminister Vandenpeereboom, durch ein neues, sehr plump zugeschnittenes Wahlgesetz der Partei die Herrschaft zu sichern: dies hatte nur die Vereinigung der nichtklerikalen Parteien, stürmische Szenen in der Deputiertenkammer und Unruhen auf den Straßen und demgemäß im August ein neues Ministerium Smet de Naeyer und eine neue Wahlrechtsreformvorlage zur Folge, die dann auch noch vor Jahresschluß in Deputiertenkammer und Senat angenommen wurde. Es beruhte auf dem Prinzip verhältnismäßiger Vertretung: jede Partei, die eine bestimmte Anzahl von Stimmen aufbrachte, hatte Anspruch auf Vertretung: die sozialdemokratische Partei hielt an der Forderung des allgemeinen gleichen und geheimen Stimmrechts fest.

Allen diesen Einzelfragen gegenüber, deren jedes Land in seiner besonderen Art nicht wenige zu lösen hat, zeigt die Menschengeschichte doch am Ende des 19. Jahrhunderts mehr als je einen großen und mehr und mehr alles, was Mensch heißt, in die geschichtliche, d. h. die Fortschrittsbewegung hineinreißenden Zug, und das 20. Jahrhundert muß die neue Erweiterung des weltgeschichtlichen Schauplatzes annehmen, welche durch die gemeinsame Aktion der europäischen und europäisch-zivilisierten Staaten gegen die mongolische Welt, das chinesische Reich, erfolgt ist. Der Krieg, der in diesem Augenblick im fernen Ostasien zwischen Rußland und Japan begonnen hat, eröffnet eine neue Kette von Verwickelungen und geschichtlichen Prozessen, und der ungeheure Ozean, welcher zwischen der Ostküste Asiens und der Westküste Amerikas sich ausdehnt und dessen Beherrschung einen Siegespreis für vier oder fünf große Mächte bildet, wird nicht länger, wie man ihn bis jetzt genannt, der stille oder pazifische heißen können, sondern wie früher das Mittelmeer mit der ihn umschließenden Welt der Tummelplatz großer Interessen mächtiger Völker sein.

Rückblick.

Der Leser, der unserer Darstellung und dem gesamten Werke, von dem unsere Darstellung der Zeit von 1815 bis 1900 einen Teil bildet, bis hierher, bis zum Schlusse des 19. Jahrhunderts, gefolgt ist, hat damit gewissermaßen eine Anhöhe erreicht, von der aus er gerne und mit Gewinn sich rückwärts wendend den Weg überschauen kann, den der Strom der Geschichte bis dahin, bis an den Fuß dieses Aussichtspunktes, um bei dem Bilde zu bleiben, genommen hat; die Geschichte — das heißt die Menschen als Gesamtheit gedacht, die Menschheit: denn das verstehen wir unter dem durch Verjährung geheiligten Worte Weltgeschichte. Es leuchtet ein, daß es geschichtliche Darstellungen in vollem Sinn erst geben kann, seitdem unter Menschen dieser Begriff der Menschheit zuerst gefaßt — seitdem geahnt und weiterhin erkannt worden ist, daß alle Menschen und Menschengeschlechter, die unseren Planeten bewohnt haben, bewohnen und bewohnen werden, ein ideal-reales Ganze bilden, das die vom Schöpfer gesetzte Aufgabe hat, immer vollkommener die in die menschliche Natur gelegten Kräfte zu entfalten, mit diesen Kräften in immer höherem Maße die Natur, das Wort im weitesten Sinne genommen, in seinen Dienst zu zwingen und diese Natur, von der auch der Mensch einen Teil bildet, für des Menschen oder der Menschheit höhere Zwecke zuzubereiten. Die Menschheit wird also von diesem Standpunkte aus als ein sittliches Ganze gedacht, während die Naturwissenschaft sie nur als Gattung ohne Rücksicht auf den sittlichen Wert oder Unwert der einzelnen oder auch ganzer Völker betrachtet. Daß Geschichte nur auf jenem Standpunkt fruchtbar dargestellt werden kann, ja überhaupt erst denkbar ist, leuchtet ein. Der Begriff Menschheit in jenem ethischen Sinne setzt den der Gottheit notwendig voraus, wie immer man sich Gott denken möge, ob theistisch oder pantheistisch, und dieser wie jener Begriff ist ein Glaube, ein Hoffen, eine Wahrscheinlichkeit, aber kann kein Wissen im strengen Sinne sein, wie wir einen Naturvorgang oder ein auf tausend solcher Naturvorgänge gegründetes sogenanntes Naturgesetz wissen: wir hoffen oder glauben,

daß das Gute schließlich siegen, die Menschheit jene Ziele wirklich erreichen werde: aber wir wissen es nicht.

Am Ende des vorigen Jahrhunderts hat Schiller dieser Menschheit, an die er glaubte, den berühmten Glückwunsch zugerufen:

Wie schön, o Mensch, mit deinem Palmenzweige
Stehst du an des Jahrhunderts Neige —

er glaubte sie in das Zeitalter ernster stolzer Männlichkeit eingetreten und preist sie um der Fülle der Schätze willen, die sie besitze — derer, die sie der Natur abgewonnen, wie derer, die sie in ihrem Innern gehegt habe und die ihr nunmehr zum Bewußtsein gekommen seien. Wer die Dinge in dichterischer Verklärung sieht, wird heute, ein Jahrhundert später, dies Lob nicht zurücknehmen wollen, und auch ein nüchterner Betrachter wird es nicht ganz zurückweisen dürfen: der Gesamtreichtum der Menschheit, sowohl sofern er in der Ausbeutung und Beherrschung der Natur, als sofern er in Entwickelung und Darbietung der Ideen des Guten, Schönen, Wahren besteht, hat seitdem noch außerordentlich zugenommen, und was mehr ist, er hat sich über einen viel größeren Teil der Menschen als jemals früher verbreitet. Und auch die Menschheitsidee selbst, der Gedanke von der Solidarität des Menschengeschlechts ist lebendiger, wirksamer, realer geworden und zieht immer neue Völker in seine Kreise.

Nehmen wir die Entwickelung dieser Idee, also den Humanitätsgedanken, als den leitenden Faden bei einem nochmaligen raschen Gang durch das Labyrinth der Menschengeschichte und eignen wir uns das fromme und weise Wort an, das einst Lessing von der „Erziehung des Menschengeschlechts" gesprochen hat. Man kann diese Begriffe überhaupt erst aufnehmen in dem verhältnismäßig sehr späten Zeitpunkt oder Zeitraum, wo uns staatliche Gemeinschaften von Menschen entgegentreten, über deren allmähliche Ausgestaltung wir keine wirkliche Kunde haben, sondern nur unsichere Schlüsse ziehen können aus der Betrachtung der noch in der Gegenwart lebenden oder vegetierenden Naturvölker. In den ältesten uns bekannten Staaten, Ägypten, Babylonien, auf die etwa 3000 bis 4000 Jahre vor unserer Zeitrechnung ein erster Lichtstrahl fällt, haben wir schon die Ergebnisse einer viele Jahrhunderte und selbst Jahrtausende alten Entwickelung, die wir nicht weiter rückwärts verfolgen können.

Ein Herkommen, das sich etwa seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts gebildet hat und dem seitdem jede sogenannte Weltgeschichte folgt, zerlegt die Geschichte in drei große Zeiträume, die sie als Altertum, Mittelalter und Neuzeit bezeichnet und mit den Zahlen 476 und 1517 n. Chr. abgrenzt. Sie tut, unwissenschaftlich wie sie ist, ihren Dienst, weil sie, allgemein angenommen, auf dem ungeheuern Raum die ersten orientierenden Zeichen aufrichtet.

I. Geschichte des Altertums.

Von ersten Staatenbildungen bis 476 n. Chr.

Die Geschichte des Altertums bewegt sich um das wichtigste aller Meere, das Mittelländische, das man als das eigentliche Kulturmeer bezeichnen kann, und sie führt uns eine orientalische, griechische, römische Epoche vor. Der gemeinsame Zug der orientalischen Staaten, der Großreiche und selbst der Kleinstaaten, ist der theokratische, — daß die Staatsgemeinschaft gipfelt und gewissermaßen Person geworden ist in einem König, der als ein übermenschliches Wesen aufgefaßt wird und dem zur Seite eine Priesterschaft steht, die sich dem Dienst des Nationalgotts oder der Nationalgötter widmet und darin ihre einzige Aufgabe hat. Es kann sein, wie bei dem israelitischen Volke, daß der König fehlt: dann ist der Volksgott selbst der König, und es leuchtet ein, daß auf dieser Stufe jedes Volk sich als das im Grunde allein berechtigte betrachtet, in ungeheuerm Egoismus die übrigen, so viele es erreichen kann, zu unterwerfen, sich dienstbar zu machen und wo der Zusammenstoß heftiger und der Gegensatz schroffer ist, zu vertilgen, zu „verbannen" trachtet, wie das grausame Gebot Jahves den Kanaanitern gegenüber verlangte. Gleichwohl war es eben dieses israelitische Volk, in dem zuerst die Keime zu einer Religionsanschauung gelegt wurden, für die es nur Einen wahren Gott gab und bei dem eben damit auch der erste Keim der Idee einer Menschheit im ethischen Sinn in den Boden gesenkt wurde.

Ein erster großer Fortschritt kam durch die Errichtung der persischen Monarchie unter Cyrus und ihre Organisation durch seinen zweiten Nachfolger Darius im 6. Jahrhundert v. Chr. Die Nation, welche dieses Reich zusammenerobert hatte und die in ihm vereinigten Völker beherrschte und regierte, besaß unzweifelhaft reinere Religionsvorstellungen, als die gestürzten Völker, Ägypter, Babylonier, Assyrier sie besaßen: eine Religion, die einen höchsten guten Gott und gegenüber einen bösen Geist annahm und allen Persern als Dienern jenes guten, Ormuzds, die Verpflichtung auferlegte, dessen Reich zu fördern und das Ahrimans, des bösen Geistes, zu bekämpfen und zu verstören und die somit auch vor allem dem König als dem ersten Diener Ormuzds Pflichten auferlegte, die sich auf die Werke der Kultur, und da eine solche ohne eine feste Staatsordnung nicht gedeihen kann, auch auf Regierung und Verwaltung eines großen Reichs bezogen. Auch das war eine große Errungenschaft, daß diese Religion zuerst unter den Menschen, soviel man sieht, die Pflicht des Wahrheitsprechens, der Wahrhaftigkeit mit höchstem Nachdruck einschärfte: darum zeigt sich hier auch zum ersten Male ein bewußter Stolz auf die Monarchie, der man angehört; mit Stolz betonten es die persischen Großen gegenüber den Griechen, mit denen irgendeine Gelegenheit sie zusammenführte, wie ruhig es in ihrem

Reiche zugehe, wo der Wille eines einzigen herrsche, im Gegensatze gegen die seltsamen Leute auf der anderen Seite des Meeres, wo jedermanns Hand wider die andere und nirgends Friede sei.

Nichtsdestoweniger erlitt diese gewaltige Monarchie mit ihren ungeheuern Machtmitteln zu Wasser und zu Lande kaum ein halbes Jahrhundert nach ihrem Gründer und wenige Jahre nach dem Tode ihres Wiederherstellers eine vollkommene Niederlage durch diese vielgeteilte Welt von Stamm- und Stadtstaaten, die sich auf der östlichsten der drei Halbinseln, die der europäische Kontinent nach dem Mittelmeer vorstreckt, und auf den Inseln um sie her gebildet hatte, und diese Besiegung des Perserreichs durch die Hellenen ist in Wahrheit das erste große weltgeschichtliche Ereignis in vollem Sinn. Hier in Griechenland, dem vielgegliederten Gebirgsland mit seinen Bergzügen und Talgründen, seinen Buchten, Halbinseln, Inseln, hatte sich im Lauf einiger Jahrhunderte eine Welt kleiner Gemeinwesen gebildet, die, als sie im 6. Jahrhundert v. Chr. mit dem persischen Reiche zusammenstieß, sich schon in ihrer ganzen Eigenart und Mannigfaltigkeit entfaltet hatte, einer Eigenart, die bestimmt war, dem ganzen Kulturleben des Westens sein Gepräge zu geben. Was sie von der orientalischen Welt im Innersten unterschied, läßt sich mit dem einen Worte der Freiheit bezeichnen, dem in den orientalischen Sprachen allen kein Wort entspricht und welche bis auf diesen Tag in der orientalischen Welt ein beinahe völlig unfaßbarer Begriff geblieben ist. Die Besitzergreifung und Besiedelung des griechischen Landes erfolgte durch von Asien her einwandernde Scharen oder Schwärme: die Auswanderung selbst mit ihren Abenteuern, die Natur des in viele eigenartige, natürlich abgegrenzte Gaue zerfallenden Landes, die Kämpfe um deren Besitz stellten die Menschen auf sich selbst, hinderten die Bildung größerer Staaten und damit auch eines despotischen, mit dem Nimbus der Göttlichkeit oder Halbgöttlichkeit umgebenen Königtums: um die Zeit des Zusammenstoßes mit den Persern war infolge der Entwickelungen in dem weltgeschichtlich ungemein wichtigen 6. vorchristlichen Jahrhundert in fast allen griechischen Staaten die Monarchie, selbst in ihrer zweiten Form, der Tyrannis, beseitigt, und in dem bedeutendsten Staatswesen des mittleren Griechenlands, Athen, war man sogar schon zu einer eigentlichen Demokratie — einer gesetzlich geordneten Regierung des Volks durch das Volk, einem auf Wahl und jährlichem Wechsel beruhenden Beamtentum unter der Aufsicht von Volksversammlungen vorgeschritten, Dingen, die wir in dieser organischen Gestalt mindestens im Orient nirgends gewahren. Es gibt in der moralischen Welt große Kräfte wie in der physischen, die lange Zeit unentdeckt schlummern, dann, gefunden, ihrer selbst gleichsam bewußt geworden, eine ungeheure umgestaltende Macht entwickeln. Sie sind schwer mit einem Wort zu bezeichnen,

wohl aber in ihren Symptomen und Wirkungen leicht faßbar. Die Griechen nannten diese ihnen eigentümliche Kraft ihre Eleutherie — es war die Kraft des einzelnen, die Kraft der Individualität, die sich auf diesem Boden zuerst in ihrer vollen Stärke und Wirksamkeit erfaßte. Diese neue Energie der Freiheit machte sich gewaltig Raum in den Stadtgründungen und Volkspflanzungen, den Kolonien, mit denen sich in dem kurzen Zeitraum zweier Jahrhunderte alle Ränder der am Mittelmeer gelegenen Länder bedeckten. Es ist in der Tat nicht zufällig, daß uns in den Quellen der orientalischen Geschichte nur sehr wenige Menschen entgegentreten, bei denen wir eine ausgeprägte Individualität feststellen könnten, auch die Könige, die ragenden Häupter der Welt, gleichen sich, zeigen nur etwa ein Mehr oder Weniger an Tatkraft, Scharfblick, Grausamkeit: auf diesem griechischen Boden ist alles individuell, die Menschen und auch die Staaten oder Städte, Sparta, Athen, Theben, Argos, schon die Helden der homerischen Gedichte wie die geschichtlichen Gestalten, Pisistratus, Solon, Hippias; die Vergnügungen des Volks, die Wettkämpfe deuten auf denselben Zug, und alle Anregungen, welche dies Volk von den in äußeren Dingen schon weiter fortgeschrittenen Völkern, Phöniziern, Babyloniern, Ägyptern erhielt, bildete es in ganz neuem Geiste aus. Die Göttertempel und die Götterbilder erhielten ein höheres künstlerisches Leben, und insbesondere die Kunst des Wortes, die öffentliche Rede und die Dichtung tritt uns früh in den homerischen Gedichten in einer wunderbaren Vollendung entgegen und schuf sich immer neue Formen und Weisen, von denen wir in der orientalischen Literatur nur sehr wenig gewahren. Diese Keime alle, längst über den Boden hervorragend, entfalteten sich nach dem lange gefürchteten Zusammenstoße, der mit einem unerwarteten, über alle Maßen rühmlichen Sieg geendigt hatte und dem ein großer Aufschwung des Erwerbslebens folgte, sehr rasch zu einer Blüte, mit der sich an Tiefe und Vielseitigkeit und schnellem Wachstum in der ganzen späteren Geschichte unseres Geschlechtes nichts vergleichen läßt. Der Herd dieser Entwickelung, die in 50 Jahren auf den wichtigsten Gebieten des Geistes, Poesie, Kunst, Wissenschaft, der Menschheit die Bahn freigemacht hat, war die Stadt Athen, Mittelpunkt eines ansehnlichen Bundesreichs, die, nach allen Seiten ihr Licht verbreitend, doch nie zu einer das ganze griechische Land beherrschenden Stellung gelangte und also auch keinen dauernden Friedenszustand in diesem Lande schaffen konnte. Es war eben die Überfülle individueller Kraft, das reichere Leben, die höheren Ansprüche, was einen friedlosen Zustand, ewigen Hader und Streit hervorrief, während sie in kraft ihres inwohnenden Gesetzes eine ungemein vielseitige Kultur entfaltete, die sie von den übrigen Völkern unterschied und ihnen diese, von ihnen, den Hellenen, in der Tat weit überholten, als Barbaren erscheinen

ließ. Das Wort, das ein zweifelhafter Besitz, aber eine unzweifelhafte Macht in der Kulturwelt geworden ist und eine bedeutungsvolle Geschichte hat, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist, bezeichnete ursprünglich nur den Fremden, andern, dessen Sprache man nicht verstand: im Munde der Griechen nach den Perserkriegen war es der Ausdruck des ungemessenen Stolzes, mit dem der Grieche auf die Völker herabsah, die jenes unfaßbaren Gutes der Eleutheria und derer, die aus dieser Wunderquelle flossen, nicht teilhaftig waren. Und in gewissem Sinne also bezeichnete es einen bedenklichen Rückschritt oder Umweg, der weitab vom Begriffe einer alle umfassenden Menschheit führte. Ein Fortschritt war hier nur insofern, als, indem als Mensch in vollem Sinne nur der Hellene galt, im Hellenentum ein Ideal menschlichen Wesens aufgestellt wurde. Im allgemeinen wird auch von den erkorensten Geistern des Volks das Wort „Menschengeschlecht" (*γένος ἀνθρώπινον*) nur eben im Gegensatz zur Tier- und Pflanzenwelt im philosophischen, physiologischen oder naturhistorischen Sinne gebraucht, und erst verhältnismäßig spät und vereinzelt finden wir die Ansicht ausgesprochen, die auf den richtigen Weg hinlenkte, — daß nicht die Abstammung sowohl, als die Teilnahme an der eigentümlichen griechischen Bildung (*παιδεία*) den Hellenen mache.

Es war Alexander der Große, der — im 4. Jahrhundert v. Chr. — dieser freieren und höheren Anschauung Bahn brach, indem er, das Werk seines Vaters Philippos vollendend, die griechische Kleinstaatenwelt sich unterwarf, die Kräfte seines Stammlands Makedonien und des vielgeteilten Griechenlands vereinigte, in wenigen Jahren den ungeheuern Länderraum vom Ägäischen Meer bis über den Indus, vom Kaspischen See bis zum Nil und seine bunte Völkerwelt zu einem Reiche verband und, sehr entgegen dem harten aber sehr bezeichnenden Wort seines Lehrers Aristoteles, „daß der Barbar von Natur Sklave des Hellenen sei", wichtige und leitende Stellungen in seinem Staate ägyptischen und persischen, also barbarischen Großen neben makedonischen und griechischen vertraute, und wo und wie es irgend möglich war, Hellenen und Barbaren vergesellschaftete. Darin hauptsächlich liegt die welthistorische Bedeutung dieses höchst außerordentlichen Menschenlebens, dem in frühem Mannesalter sein Ziel gesetzt war, das aber dennoch ein Erbe reichster Art hinterließ. Es war doppelter Art: auch als das einheitliche Reich, das er geschaffen, auseinanderbrach, blieb doch die Monarchie, das monarchische Prinzip, das wenigstens dem endlosen Kleinkrieg der republikanischen Griechenwelt ein Ziel setzte und einigermaßen seinen größten Vorzug, seinen parteilosen Charakter, bewährte; Untertanen verschiedener Nationalität und verschiedener Geistes- und Bildungsart sind doch in dem einen gleich, Untertanen zu sein: und zweitens und vornehmlich: die griechische Sprache und die von ihr vertretene Bildung verbreitete sich

über die ganze mediterraneische Welt und tief nach Asien und schuf sich neue Herde und Brennpunkte. Mit Recht nennt man diese Zeit nach dem großen Mann und nach der Stadt, der er zuerst seinen Namen aufprägte, das alexandrinische Zeitalter; was die republikanische Zeit des griechischen Volkes mit ihren Kolonisationen begonnen hatte, vollendete diese Zeit; die helleniſtische Bildung legte sich, eine stärkere oder dünnere Schicht, über alle diese Völker, deren Verkehr die neue und erste Weltsprache, die griechische, vermittelte.

Dieser Verkehr war der Natur der Dinge nach überwiegend äußerlich-geschäftlicher Art, aber er war es nicht allein. Es war an dem, daß ein größerer Teil der Menschheit sich innerlich näher rückte und sich mehr als jemals geschehen, auch in den tieferen Beziehungen zu verstehen und zu begegnen anfing. Indes vermochte das Griechentum doch nicht die Völker des Ostens, die Perser, Assyrer, Ägypter, Inder innerlich umzugestalten und sich zu assimilieren, und das neue Königtum in diesen Reichen trug vielmehr wenn nicht ganz, so doch überwiegend den orientalischen Charakter: anders als das, welches Alexander selbst der Welt gezeigt hatte, das aber an seine große Persönlichkeit geknüpft und nicht vererbbar war. Sein Erbe, die große Aufgabe, die er ungelöst hinterließ, wurde anderswo angetreten. Eine Stadt in der mittleren der drei mediterraneischen Halbinseln, jenseits des Adriatischen Meeres kaum erst genannt, Roma, an unvergleichlich günstiger Stelle gelegen, hatte eben in den Jahren, in denen Alexander seine Siege erfocht, im Kampf mit stammverwandten Völkern Italiens eine festgegründete und beinahe schon die herrschende Stellung in Italien errungen. Wir brauchen hier nicht die wunderbare Geschichte dieses Volks zu wiederholen — wie die latinische Gaustadt am Tiber zum Vorort des Latinerbunds, dann zur Vorkämpferin Italiens gegen die Gallier, Siegerin über die übrigen italischen Stämme, Hauptstadt eines stets wachsenden Bundesreichs wurde; — wie ihrem Volke, während die sozial-politischen Gegensätze in seinem Innern in hartem Ringen allmählich sich ausglichen und diese inneren Kämpfe eine Staatsverfassung und einen Rechtsstaat von unzerbrechlicher Festigkeit schufen, die Stellung als Hauptstadt Italiens vom Geschick aufgedrungen und allmählich auch bewußt wurde; — wie dieses Volk diese Stellung zuerst gegen Pyrrhus, dann in einem heroischen Kampf, einem Kampf auf Leben und Tod gegen die Karthager und das Genie Hannibals betätigte und behauptete, — wie dieser Staat in gerechter Verteidigung seines sehr ausgesetzten Landes mehr und mehr in die Bahn des Eroberns geriet und zwei Jahrhunderte nach Alexander dem Großen ein Reich beisammen hatte, das alle Länder um das Mittelmeer her umfaßte, auf der einen Seite tief ins innere Asien, auf der anderen weit nach dem Norden Europas ausgriff und die verschiedensten Völker in einem politischen Organismus vereinigte. Hier erst,

bei diesem Volk, in diesem Reich ist der Gedanke der Menschheit, der Begriff eines genus humanum geboren. Eine ursprüngliche Volksanlage und die eigenümliche Zusammensetzung der Bevölkerung dieser Grenzstadt und dieses Grenzgaus schuf hier das Bedürfnis, überall die Verhältnisse rechtlich, vertragsmäßig, in bestimmteste Formen zu binden, und so erscheint denn auch bei diesem römischen Volke, dem die gedankenlos weitergetragene Meinung eine unersättliche „Eroberungssucht" zuschreibt, vielmehr die unverbrüchliche Sitte, das Verhältnis zu den überwundenen Völkern rechtlich genau festzustellen und sie, wo dies durch den Ausgang des Kampfes gefordert wird, nach einem bestimmten Vertrage ihrem Reich einzuverleiben. Neu war das freilich nicht: seitdem man sich in der Welt geschlagen hat, hat man sich auch vertragen, das aber ist unzweifelhaft, daß bei dem römischen Volke zum ersten Male der Gedanke sich durchgerungen hat, daß das herrschende Volk dem überwundenen gegenüber sittliche Pflichten zu erfüllen hat, und jedermann kennt die schwungvollen Verse Virgils, in denen der Dichter den Unterschied der beiden großen Kulturvölker des Altertums und die eigentümliche Bestimmung seiner Nation beschreibt:

Andere werden dem Erz weichatmendes Leben verleihen,
Aus dem Marmor des Menschen lebendiges Antlitz gestalten,
Besser zu reden verstehn, mit dem Stab des Himmels Bewegung
Messend verfolgen und künden aufgehender Sterne Gesetze,
Du, o Römer, gedenke die Völker mit Macht zu regieren,
Dies ist römische Kunst — des Friedens Sitte gebieten,
Überwundne zu schonen und niederzukämpfen die Stolzen.

Das Wort Barbar hat hier schon einen wesentlich anderen Sinn als bei den Griechen. Es bezeichnet den Landeseingeborenen eines noch nicht in den Kreis der griechisch-römischen Zivilisation eingetretenen Landes und wird nicht mit dem Hochmut der Griechen ausgesprochen, die es, wie bekannt, noch bei einem ersten Zusammenstoß mit den Römern, im tarentinischen Kriege, auf diese selbst anwendeten. Sieghaft hatte sich bei diesem Volke der Gedanke des Rechts durchgerungen, dessen Ausbildung und Wertschätzung vielleicht das kostbarste ist, was ihm die Menschheit verdankt. Ein jahrhundertelanger friedlicher Kampf um das Recht, wie er die innere Geschichte dieser Stadtbevölkerung bestimmte, ist einzig in der Geschichte: und weiterhin zwang die Notwendigkeit, mit verhältnismäßig sehr wenig zahlreichen Menschenkräften weite Gebiete mit großen und stammfremden Bevölkerungen zu beherrschen, vor allem zur Ausbildung rechtlicher Formen. Ein promptes Rechtsprechen selbst auf die Gefahr hin, daß es zuweilen ein promptes Unrechtsprechen war, bildete die größte Wohltat, welche die Sieger den Unterworfenen erweisen konnten, und so lernten diese römischen Großen, in der Schule eines unvergleichlichen öffentlichen Lebens erzogen und in einer Körperschaft, derengleichen es nicht wieder auf Erden gegeben hat, dem Senat zusammengefaßt, große

fremde Gebiete wirklich regieren. So erwuchs, langsam, jener große ethische Begriff des genus humanum, der sich allmählich verfeinerte und vertiefte, die große Kluft aber gleichwohl nicht überbrückte, nicht in der Theorie und nicht in der Praxis, welche die Welt der Freien von der Welt der Sklaven schied.

Von größter Bedeutung war nun, daß dieses römische Volk, gelehrig, praktisch, aber nicht schöpferisch und nicht mit gestaltenschaffender Phantasie begabt, für die feineren Bedürfnisse des menschlichen Geistes von früh an auf die Hilfe des griechischen Genius sich angewiesen sah: in Dichtung, Kunst, Wissenschaft, Religion. Es ist charakteristisch, daß Rom wie die meisten übrigen Städte der Italiker sich ihre Ursprungsgeschichten gleichsam von den Griechen erbaten: irgend ein Gott oder Heros der griechischen Legende mußte dabei die Hand im Spiele gehabt haben, und mehr und mehr nahmen auch die nationalen Gottheiten des italischen Bodens die Züge der griechischen Götter an, denen die gestaltenschaffende Phantasie der Griechen festere Umrisse gegeben hatte. Daß Religionsvorstellungen eines Volkes in die eines anderen überfließen, ist oft wahrzunehmen: eine so völlige Verschmelzung der Götterwelt des einen Volks mit der des anderen, oder vielmehr eine so völlige Aneignung des fremden Olymps durch ein Volk von doch so eigener Art und Kraft, wie das römische war, ist eine Erscheinung von besonderer Art. Der eine höchste Gott, den das religiöse Bedürfnis der Menschen neben und über der bunten Vielheit der Götter und Geister suchte, waltete als olympischer Zeus der Griechen und als der große gute Jupiter der Römer wenigstens über der römischen und der griechischen Welt, die zugleich durch eine Kultur- und Gedankenwelt vereinigt waren, in der Geist und Vorzüge beider Völker sich auf wirksame Weise ergänzten. In die leitenden Kreise Roms drang die freiere und feinere Weltauffassung des Griechentums ein, die griechische Welt verspürte etwas von dem Ernst und der Strenge des römischen Staatsgedankens.

Im 1. Jahrhundert v. Chr. waren die Eroberungen durch Pompejus auf der einen, durch Cäsar auf der anderen Seite so ziemlich vollendet, ein guter Teil der Menschheit in einem gewaltigen Reiche zusammengefaßt, und aus den unfruchtbaren Kampfspielen der Bürgerkriege ging — mit besserem Glück als einst aus den Kämpfen der Diadochen nach Alexanders Tode — eine neue Monarchie, der Prinzipat, hervor, für welche die Schlacht bei Actium 31 v. Chr. den einen unzweifelhaft bezeichnet hatte. Jetzt erst entfaltete das Imperium Romanum seine Bedeutung für die Welt. Augustus schloß die große Revolution der Bürgerkriege, brachte dem herrschenden Volke den Frieden, und dadurch auch die Möglichkeit, ihn auch den Provinzen der unterworfenen Völker zu schaffen, denen zunächst die

Wohltat einer im Vergleich zu den bisherigen Zuständen sehr viel besseren, weil ernsthaft beaufsichtigten Verwaltung zuteil wurde. Dieser Prinzipat, das Kaisertum, hatte auf der einen Seite den Vorzug einer geglaubten göttlichen Einsetzung: es war ein gegebenes, in langer Entwickelung gewordenes, nicht mehr zu entbehrendes: getragen von dem angeborenen Autoritätssinn des römischen Volkes und durch die willfährigen Formen einer biegsamen Religion mit einem Nimbus umgeben; auf der anderen Seite war es aus einer verantwortlichen Amtsstellung hervorgewachsen, in der sich eine ganze Reihe wichtiger republikanischer Amtsrechte und Amtspflichten vereinigten. Niemals verleugnete sich dieser Doppelcharakter des Prinzipats, obgleich bald die eine und bald die andere Seite besonders hervortrat. Despotische Naturen mochten seine ungeheure Macht mißbrauchen, der unermeßlichen Versuchung und Gefahr einer solchen Stellung erliegen, die zuweilen und namentlich später einige der Züge altorientalischer Monarchien annahm, — immer aber blieb ihr etwas von dem Ernst und dem sittlichen Charakter einer den Regierten verantwortlichen Magistratur, und die vielen trefflichen Männer in der langen Reihe der römischen Cäsaren sind Vorbilder echt monarchischen, wahrhaft königlichen Regiments gewesen. Die Provinzialen, welche durch die bloße Tatsache eines Monarchen, den sie mit dem herrschenden Volke teilten, diesem herrschenden Volke sehr viel näher gerückt waren, und die im 3. Jahrhundert durch Caracalla durch Verleihung des römischen Bürgerrechts die völlige Gleichstellung erlangten, wußten sehr wohl, was sie der neuen Ordnung verdankten, die ihnen wirklich gab und gewährleistete, was in der Idee schon in der republikanischen Zeit als das eigentliche Ziel und die Rechtfertigung der römischen Herrschaft erkannt worden war, — Friede und Ordnung, pacem sempiternam atque otium, wie Cicero an seinen Bruder Quintus schrieb. Bei der großen nationalen Verschwörung oder Erhebung Galliens im Jahre 69 n. Chr. machte die Friedenspartei eben dies mit großem Nachdruck geltend — nimmt man das römische Imperium weg, so bleibt nichts als der Krieg aller gegen alle auf dem ganzen Erdkreise. Handel und Erwerb gedieh auf dem ganzen großen Raume, der die von der Natur gesegnetsten Länder umfaßte; die Waren und die Gedanken kreisten frei und befruchteten sich, und es schien wohl eine Zeitlang, als wenn hier eine friedliche Entwicklung zu immer höheren Zielen der Menschheit gesichert sei: mit einigem Recht konnte ein deutscher Geschichtschreiber, nach der glücklichsten Zeit im Leben der Menschheit befragt, die Zeit von 96—180 n. Chr., das Zeitalter Nervas, Trajans, Hadrians, der Antonine, als solche bezeichnen. Und so ist in der Tat die Erinnerung an dieses römische Reich und seinen weit sich erstreckenden und verhältnismäßig lange dauernden Frieden eine Macht im Leben der Völker geworden, die

sich auf viele Jahrhunderte erstreckte und im gewissen Sinne noch bis auf den heutigen Tag erstreckt.

Schon sehr früh haben denkende Betrachter eine besondere göttliche Fügung darin erkannt, daß das unzweifelhaft wichtigste Ereignis der Menschengeschichte, das Leben, Wirken, Sterben Jesu, in die Zeit des Augustus, den Beginn des Prinzipats, gefallen sei: ums Jahr 170 nennt ein christlicher Bischof, Melito von Sardes, das Christentum eine mit dem Kaisertum — der Basileia, wie er sich ausdrückt — zugleich aufgenährte Philosophie. Allerdings war es ein höchst bedeutungsvolles Zusammentreffen: die verschiedenen Völker waren sich näher gerückt, ihre denkende Geister zehrten von den Errungenschaften einer sehr langen und sehr vielseitigen Kulturarbeit, und das Interesse auch der Menge wandte sich von kriegerischen und staatlichen Dingen ab, den tieferen Fragen der menschlichen Seele zu. Noch bestand die bunte Vielheit der Nationalgötter mit all dem dazugehörigen Aberglauben, zusamt der tiefen Kluft, die sich ebendadurch zwischen den Gebildeten und der Masse des Volks auftat. Eine große und eine wachsende Zahl erkannte — und wie konnte dies anders sein — die Nichtwirklichkeit dieser Gebilde einer kindlichen oder ungezügelten Phantasie, suchte in der Philosophie einen Ersatz für eine Religion, die sie nur noch als Phrase, als Redeblume, als Staatsnotwendigkeit anerkannten und anwendeten, und diese Scheidung war weit bedenklicher als die Unterschiede der Nationen und ihrer verschiedenen Götterverehrung. Sie war sehr bedenklich auch für den Menschheitsgedanken. Denn dieser ist in seinem tiefsten Grunde ein religiöser: nur eine Religion, ein Glaube, eine geglaubte Religion kann die Menschen wirklich zu einer Einheit verbinden. Eine solche geglaubte Religion aber, und die zugleich einen unmittelbaren Zusammenhang mit dem Sittengesetz lehrte oder zum mindesten suchte, war eigentlich nur das Judentum, dem sich deshalb — ein Beweis, wie tief in der Menschenbrust dieses Bedürfnis des Glaubens ist — auch nicht wenige heidnische Männer und Frauen in der Stille zuwandten, obgleich der Hochmut des sich als das auserwählte der Völker betrachtenden Volkes solche Zutritte gar nicht begünstigte, und obgleich auf der anderen Seite das heidnische Gemeingefühl diesem Volk und seinem „verwerflich-verkehrten Aberglauben" (prava superstitio) einen instinktiven Haß und eine grimmige Verachtung widmete.

Der ungeheure Fortschritt, den nunmehr das Christentum brachte, war, daß es, und mit Recht und mit Siegesgewißheit, den Anspruch machte, alleinige, allgemeine, Weltreligion zu sein. Es leuchtet ein, daß damit, damit erst, auch der Begriff der Menschheit, des genus humanum, eine Wahrheit wurde, und daß mit diesem Begriff zugleich auch noch viele andere Ideen entbunden wurden. Auch war

es von großem Werte, daß diese Religion von einem verachteten Land und Volk ihren Ausgang nahm, um so mehr wurde der Blick auf ihren inneren Wert und Gehalt gelenkt: die ersten Bekenner, auch die seit des Paulus Predigt aus den Heiden zahlreicher zutretenden, waren Männer und Frauen aus den mittleren, arbeitenden Klassen, dem eigentlichen Volke — diesen, den Mühseligen, auf mannigfache Weise Beladenen vor allem galt die frohe Botschaft und ward von ihnen ergriffen. Man kann viele, mehr oder weniger äußere Umstände anführen, die der Verbreitung dieser neuen Lehre förderlich waren, die Hauptursache bleibt aber doch innerlicher Art — daß diese Religion die tiefsten Bedürfnisse des menschlichen Herzens stillte. Die Anschauung von einem allgemeinen, die ganze Welt regierenden und durchdringenden Gotte, einem allwaltenden und allliebenden Vater, den alle edleren Geister der griechisch-römischen Welt geahnt, ersehnt, im Stillen vielleicht geglaubt hatten; ein großer Prophet und Lehrer, der seine Lehre mit einem martervollen Tod besiegelt hatte, und der seinen ersten Jüngern als der geweissagte Menschensohn, als der verheißene Messias ihres Volks schon immer mehr als ein gewöhnliches menschliches Wesen bedeutet hatte, nach seinem Opfertod und wunderbaren Erscheinung nach diesem Tod als der auferstandene Gottessohn erkannt immer höher stieg, und bei Paulus, der ihn nicht von Angesicht gekannt hatte, ganz in eine über alles Irdische erhabene geheimnisvolle Höhe rückte, ohne deshalb aufzuhören, seinen Gläubigen unmittelbar nahe zu sein: diese Anschauung machte das höchste Ziel, das dem Menschen gesteckt ist, ein Leben in Gott, erst möglich. Die jüdischen Hoffnungen auf eine Wiederaufrichtung des Reiches Israel, des jüdischen Nationalstaats, vergeistigten sich mehr und mehr zur Erwartung einer baldigen sieghaften Wiederkunft des Herrn — einer Wiederkunft in Herrlichkeit, aber zugleich zum Gericht, und dies gab den sittlichen Vorschriften und Mahnungen, die der lebende Meister gegeben, Mahnungen von einer seither nie gekannten Reinheit und Tiefe etwas unendlich Dringendes: das Herrlichste aber war, daß dieser neue Glaube der mannigfach geknechteten Welt eine neue Freiheit brachte, die „herrliche Freiheit der Kinder Gottes", an der alle gleichmäßig Teil hatten. Denn hier war nicht Jude noch Grieche, nicht Mann noch Weib, nicht Sklave noch Freier. Nicht gerade auffallend rasch, aber stetig mehrten sich die Anhänger, die Gemeinden; ein Band neuer Art, unabhängig von jedem Unterschied der Sprache, der Nationalität, des Standes oder Berufs schlang sich um die Glaubenden aller Orten, und bald ergriff dieses Neue auch aus den höheren Schichten der Gesellschaft erst einzelne, dann viele und immer mehrere. Auch die Gelehrten, die Philosophen, die anfangs skeptisch beiseite gestanden hatten, fanden sich angezogen durch den Tiefsinn der neuen

Lehre, die sich leicht mit dem Besten, was die Weisheit früherer Zeiten gefunden hatte, verbinden ließ, ja darin vorgebildet schien. So gab das Christentum den geistig Armen, den gewöhnlichen Menschen etwas, das sie den Geistreichen und Vornehmen gleichstellte, und diese Geistreichen und Vornehmen lehrte es eine neue Tugend, die Demut, da sie das Höchste mit den gewöhnlichen Menschen zu teilen hatten.

Bald, schon im 1. Jahrhundert n. Chr. begann man in den regierenden Kreisen zu ahnen, daß hier dem ganzen Organismus des römischen Reichs eine Gefahr drohe. Während seither die Nationen gleichgültig sich ihre verschiedenen Götter gelassen oder sie gastlich bei sich aufgenommen und angeeignet hatten, wurde hier auf einmal Ernst gemacht mit dem ausschließlich Einen, dessen Bekenner die seither verehrten vielen Götter zwar nicht oder wenigstens nicht allgemein als unwirkliche Phantasiegeschöpfe, aber noch schlimmer, als Dämonen, als unheimliche, böse, widergöttliche Mächte bezeichneten, die zu bekämpfen dem Christen Pflicht sei. So kam es bald zu Zusammenstößen, zu Verfolgungen durch die Staatsgewalt, aber ohne Folgerichtigkeit und im großen ohne Erfolg, ja mit dem Gegenteil des beabsichtigten Erfolges — das Bewußtsein, einer höheren Welt anzugehören, in die man mit dem Tode eingehe, stählte die Mehrheit der Verfolgten gegen die Drohung wie gegen die Lockung, gegen Marter und Tod, und jeder Fall standhaft erlittenen Todes brachte neue Bürger in das Gottesreich, das sich immer sichtbarer und durchgreifender dem Reiche dieser Welt entgegenstellte.

In etwas über 300 Jahren war der Sieg über den ganzen Raum des römisches Reichs hin erfochten und die christliche Religion die die Zeit beherrschende Macht geworden. Auf dem Boden des gesamten römischen Reichs verschwand allmählich der alte Götterglaube und Götterdienst, oder er lebte nur, ins Dunkel zurückgedrängt, als vielgestaltiger Aberglaube weiter. Mittlerweile aber war freilich aus der Religion Jesu Christi eine christliche Theologie und aus der urchristlichen Gemeinde eine christliche Kirche herausgewachsen. Die Erwartungen der ersten Christen von der nahen Wiederkunft Christi hatten sich nicht erfüllt; man mußte sich in die Zeit finden, und auf ein Wirken in der Welt wie sie war einrichten, und diese Welt konnte ihrerseits nicht ohne Wirkung auf die Gestalt und Entwickelung des Christentums sein, das, indem es sich auch gegen die heidnische Gelehrten- und Priesterwelt zu behaupten und zugleich dem niederen Volk etwas von dem Farbenspiel der polytheistischen Kulte ersetzen mußte, die ursprüngliche Schlichtheit und Einfachheit nicht bewahren konnte. Die immer wachsende Zahl der Christen und ihrer Gemeinden aber machte eine Organisation, eine Gliederung notwendig, drängte das demokratische Element in den Hintergrund, hob dagegen die

aristokratischen und monarchischen Elemente in den Vordergrund; von dem Volk, den Laien, schied sich das Priestertum als ein besonderer Stand, als Klerus, und gliederte sich, wie dies auch auf weltlichem Gebiet in der Zeit lag nach Rangstufen: der Ehrtrieb, die Ruhmsucht, die Eitelkeit fanden jetzt zusamt anderen weltlichen Leidenschaften auf diesem Boden ihre Befriedigung, und während der politische Organismus oder Mechanismus erschlaffte, bildete sich, und glücklicherweise, dieser neue geistliche Organismus, der als katholische Kirche sich durchsetzte und jenen weit überlebte. Denn in diesen gleichen Jahrhunderten, dem 3., 4., 5., erfüllten sich die Geschicke des Reichs. Jene zahlreichen Stämme jenseits des Rheins und der Donau, die Germanenwelt, auf deren durch ihre Fruchtbarkeit furchtbare Volkskraft denkende Staatsmänner und Geschichtschreiber längst mit schwerer Sorge gegenüber dem Stillstand und Sinken der eigenen romanischen Rasse geblickt hatten, hatten schon im Lauf des 3. Jahrhunderts die schwachen Dämme, die man gegen sie aufgerichtet, überflutet, und gründeten, durch den aus Asien hervorrasenden hunnischen Völkersturm aufs neue in Bewegung gesetzt, im Laufe des 5. Jahrhunderts überall auf römischem Reichsboden ihre Herrschaften. Allenthalben, in Gallien, Spanien, Britannien, Afrika, legten sie sich als die kräftigere, erobernde, siegreiche Schicht über die römischen oder romanisierten Bevölkerungen. Im Jahre 476 n. Chr. geschah dies auch in dem Lande der Mitte, von dem die Hoheit des Imperiums ausgegangen war, in Italien: zunächst in einer nicht ungewöhnlichen Form durch Landanweisung an die Soldtruppen germanischer Abkunft, an deren Spitze ein germanischer Heerfürst Odoaker stand. Er nahm den Königstitel an und beseitigte den letzten Kaiser der Westhälfte des Reichs, und indem er in äußeren Dingen dem zu Konstantinopel residierenden oströmischen Kaiser huldigend zum Scheine die Einheit des Reichs wiederherstellte, machte er diesem Reiche, dem alten Imperium Romanum, tatsächlich ein Ende.

Mit diesem Ereignis pflegt man und nicht ohne Recht den ersten der drei großen Hauptteile weltgeschichtlicher Darstellung, die Geschichte des Altertums, abzugrenzen. Ein großes Ergebnis zeigt diese lange Entwickelung: eine ideale Einheit, die christliche Kirche, in die alle Menschen, alle Völker einzutreten berufen sind, wölbt sich über allen wie immer gearteten Verschiedenheiten: der Gedanke der Menschheit zugleich mit dem Gedanken der einen, allgemeinen Gottheit ist errungen.

II. Das Mittelalter.

Man nennt die zehn Jahrhunderte von jenem Vorgang des Jahres 476 an bis zu einem in seinen äußeren Formen noch viel

unscheinbareren Ereignis, den Thesen Martin Luthers wider die Kraft des Ablasses, 1517, mit einem Namen, der, an sich sehr unzutreffend, seit lange das Recht der Verjährung genießt, das Mittelalter. Was diesen Zeitraum der Menschengeschichte zunächst und augenfällig von dem Altertum scheidet, ist, daß nunmehr die Völker des Nordens, insonderheit von germanischem Stamme, in den Vordergrund treten, den ganzen Westen des römischen Reichs in einer großen Kolonisation, in neuen Volkspflanzungen, die man unter dem Namen der Völkerwanderung zusammenfaßt, erfüllen, in Italien, Gallien, Spanien, Nordafrika, Britannien die obere und herrschende Schicht bilden, zugleich aber von den romanisierten Bevölkerungen römische Kultur mit deren Tugenden und Lastern annehmen, und damit endgültig in die geschichtliche Bewegung, wie man sagt — also in die Bahn der fortschreitenden Entwicklung eintreten. Die Herde dieser Fortschrittsbewegung sind nicht mehr ausschließlich, bald auch nicht mehr vorzugsweise die Mittelmeerländer, der „Schauplatz der Geschichte" rückt nach Norden, das oströmische Reich besteht noch und besteht noch lange, ist aber im Stillstand oder Rückschreiten. Das militärische Königtum Odoakers war von kurzer Dauer: an seine Stelle trat die Okkupation Italiens durch das kraftvolle Germanenvolk der Ostgoten (493). Es hatte den Anschein, als wenn der Träger ihres lebensvollen Königtums, Theoderich, eine hegemonische Stellung über die Germanenreiche und so eine Art Ordnung und Staatensystem im Westen aufrichten würde. Unglücklicherweise wurde gerade das, was Sieger und Besiegte — den waffentragenden gotischen Kriegeradel und die der Waffen entwöhnte romanische Bevölkerung — hätte einigen und ihre Verbindung hätte fruchtbar machen können, die Religion, ein Haupthindernis der Verschmelzung. Im Laufe von zwei Jahrhunderten war das Christentum bei der Mehrzahl der germanischen Stämme durchgedrungen: ihre Religionsvorstellungen, weder durch Tempel, Götterbilder, Kunst gestützt, noch von einem mächtigen Priesterstand getragen, ohne eigentliche gestaltenschaffende Mythologie, wurde leicht überwältigt oder zurückgedrängt durch einen Glauben, in dem alles bestimmt, einfach, sicher in einem Buche niedergelegt war und von tief überzeugten und geistig überlegenen Männern verteidigt, ausgelegt und empfohlen wurde. Es kam zu ihnen in der verhältnismäßig einfachen Form, der Lehre von dem Einen allmächtigen Gott und seinem ihm wesensähnlichen, also von ihm geschaffenen Sohn, in der Form, die dem christlichen Dogma im Anfang des 4. Jahrhunderts der Presbyter Arius von Antiochia gegeben hatte. Allein dieser arianischen Lehre stand — denn längst schon hatte sich die theologische Spekulation der überlieferten christlichen Lehre bemächtigt — eine andere tiefsinnigere, mit dem Zauber geheimnisvoller Tiefe umgebene gegenüber, die, von dem

Bischof Alexander und weiterhin einem noch jugendlichen, aber bedeutenden Mann, dem Diakonus Athanasius, vertreten, den Sohn dem Vater wesensgleich dachte. Dieser Streit erfüllte das ganze 4., 5., 6. Jahrhundert; abwechselnd war bald die eine, bald die andere Auffassung obenauf; die Bekehrung der Goten aber war durch einen arianisch gesinnten Bischof, Ulfilas, bewirkt, und die neue Religion teilte sich in dieser Form nach und nach auch den übrigen Germanenstämmen mit, während in Ostrom und unter den romanischen Bevölkerungen des Westens die athanasianische Auffassung siegte und zu einer kirchlichen Orthodoxie wurde. Hier zeigte sich ein wesentlich Neues, dem Altertum in dieser Gestalt Fremdes — die verhängnisvolle Erscheinung, daß die Menschen, denen der Begriff einer einzigen, wirklichen, wahren Religion aufgegangen ist, indem dieser Gedanke von ihnen Besitz ergreift, nunmehr innerhalb dieser Religion keine Abweichung, keine Meinungsverschiedenheit dulden wollen, und daß somit da, wo solche verschiedenen Meinungen auftreten, deren Anhänger sich gegenseitig hassen und, wo sie können, verfolgen, Kämpfe, bei denen auf lange Zeit keine Zugeständnisse gemacht und kein Friede geschlossen wird. Dieser Gegensatz des Arianismus und Athanasianismus wurde für die Herrschaft der Vandalen in Nordafrika, der Westgoten in Spanien, der Ostgoten in Italien verhängnisvoll. Das kraftvolle Volk, ohnehin nicht übermäßig zahlreich, schlug nicht Wurzel im Lande, und als im 6. Jahrhundert von Ostrom aus der große Versuch der Zurückeroberung des Westens gemacht wurde, bildete (534) dieser Glaubensgegensatz ein wesentliches Kriegsmittel — die Vandalenherrschaft in Afrika, die der Ostgoten in Italien, diese nach einem langen, an tragischen Momenten reichen Kampfe erlagen, und keine Spur ist von dem tapferen Volke zurückgeblieben (553). Glücklicher war das fränkische Volk, die Germanenstämme, die unter dem Gesamtnamen der Franken vom Niederrhein her in Gallien vorgedrungen waren und die im Jahre 481 in dem noch jugendlichen Chlodwig den Herrscher fanden, welcher dem kümmerlichen Rest des römischen Imperiums auf gallischem Boden vollends ein Ende machte und, ein Barbar von nicht gewöhnlicher Klugheit und Energie, mit Gewalt und List das Volk der Franken zu einem Reich vereinigte. Indem er nach seinem Sieg über die Alemannen (496) das Christentum in seiner athanasianischen Fassung, die sich längst den hochmütigen Namen der allgemeinen, der katholischen beigelegt hatte, annahm, er, sein Rittergefolge und weiterhin sein Volk, vermied er, in dieses Reich den Zwiespalt und Krankheitskeim zu legen, der schon zweien dieser Germanenreiche verderblich geworden war. Das Verhältnis der erobernden und der eingesessenen Bevölkerung gestaltete sich hier günstig, der Beistand der Kirche, das hieß der sehr einflußreichen Bischöfe,

war diesem Staat und seinem Königtum sicher, mit dessen Hilfe sich die Katholizität, die Alleinherrschaft der Rechtgläubigkeit durchsetzen ließ. Niemals ist ein fruchtbareres, für beide Teile nützlicheres Bündnis geschlossen worden, dessen Wirkungen selbst in dem heutigen republikanischen Frankreich noch sichtbar sind. Und nicht bloß im Innern. Schon hatte der Bischof von Rom eine große Stellung, wenn auch bei weitem noch nicht die eines unzweifelhaften Kirchenoberhauptes erlangt: gegenüber den Arianern erkannte die romanische Bevölkerung allenthalben in ihm den Hort und Mittelpunkt ihres Glaubens und mithin ihrer Nationalität, deren wertvollsten Teil jetzt dieser Glaube bildete. Diese Bischöfe von Rom selbst waren es zwar sehr zufrieden, daß die ketzerischen Ostgoten vertilgt waren, trugen aber ungern die erneuerte Herrschaft des Kaisers in Konstantinopel, das Exarchat, das an jener Stelle getreten war: in den orthodoxen Frankenkönigen fanden sie jetzt einen Rückhalt. Sie bedurften dessen aufs neue, als im Jahre 568 die letzte Flutwelle der Völkerwanderung Italien überschwemmte, — die Longobarden, auch sie Arianer, in Oberitalien sich festsetzten und gelegentlich den Anspruch auf das ganze Italien erhoben, den sie unter günstigen Umständen und fähigen Herrschern auch durchsetzen konnten. Das Los dieses schönen Landes aber, die Zersplitterung, war nun auf mehr als ein Jahrtausend entschieden.

Merkwürdig ist nun, daß die Frankenherrschaft sich hielt und sogar im Süden — Burgund — und im Lande jenseits des Rheins — Thüringen — Eroberungen machen konnte, obgleich Chlodwig bei seinem Tode das Reich wie ein großes Landgut unter seine Söhne verteilte und auch seine Nachfolger nach demselben Prinzip verfuhren, wodurch endloser Krieg und Verwirrung aller Art entstand. Unzweifelhaft hat es kaum eine Zeit und ein Land gegeben, deren sittlicher Zustand uns mehr anwidert als diese fränkischen Reiche während des 6. und der ersten Jahrzehnte des 7. Jahrhunderts. Die Laster einer überfeinerten Zivilisation mischten sich mit den unbändigen Leidenschaften des Barbarentums und verdarben geistliche und weltliche Große; das Christentum hatte sich dem Frankenvolke nicht in Kraft einer religiösen Erhebung mitgeteilt, und wenn man auch nicht leugnen kann, daß der Klerus oder ein großer Teil des Klerus nicht ganz der Pflicht vergaß, an der religiösen und sittlichen Hebung des Volkes zu arbeiten, so zeigt sich doch nur äußerst geringer Erfolg, und auch der Eifer kann deshalb nur mäßig gewesen sein: die Pflicht, das Christentum weiter in die Heidenwelt zu tragen, seine welthistorische gottgewollte Aufgabe, verabsäumte die fränkische Geistlichkeit und überließ diesen schweren Kampf mit den Göttern und Geistern des Heidentums, den Dämonen in der Sprache der Zeit, britischen und angelsächsischen Mönchen. Eine große politische Bedeutung und dadurch

auch wenigstens mittelbar einen sittlichen Einfluß hatten die Bischöfe dadurch, daß sie für die auseinanderstrebenden fränkischen Teilreiche ein Einheitsband bildeten und damit den Gehalt oder einiges von dem Gehalt des römischen Reichsgedankens retteten: neben ihnen, mit ihnen die Städte, denen noch der staatsbauende Trieb und Gedanke der alten Römerzeit innewohnte. Inzwischen sanken die Könige aus Chlodwigs Geschlecht tiefer und tiefer: sie besaßen bald nicht mehr die Kraft, die weltlichen Magnaten, den seit der Eroberung reichen Adel, zu bändigen. Aus diesem Adel des nördlichen Teils des Frankenlands, des überwiegend germanischen Austrasiens selbst erhob sich dann ein kraftvolles Haus, das allmählich sich an die Spitze des königlichen Haushalts und des Adels schwang und neben Schattenkönigen aus dem alten Hause und für sie die königlichen Pflichten übte, aus denen der Natur der Dinge nach allmählich königliche Rechte wurden. Gleichwohl würde auch dieses Haus der Pippiniden schwerlich den sittlichen Verfall des Westens aufgehalten haben, wenn nicht ein neuer Feind dieser germanisch-romanischen christlichen Welt entgegengetreten wäre, der, mit ungeheuern Ansprüchen, inneren und äußeren, auftretend die Kräfte dieser christlichen Welt wachrief und, indem er sie zwang, diese Kräfte zu brauchen, ihrer Versumpfung wehrte.

Dies Auftreten einer neuen Weltreligion, des Islam (622), der Eintritt der seither geschichtslosen arabischen Nation in die weltgeschichtliche Entwickelung, der ungeheuer rasche Siegeszug dieses Volkes, der sie in weniger als 70 Jahren nach Osten bis an den Indus, nach Westen bis zu der Meerenge, die Europa und Afrika trennt, führte, war das wichtigste Ereignis des 7. Jahrhunderts. Die Offenbarungen ihres Propheten lehrten im Geist des Orients einen strengen Monotheismus, einen unnahbar großen Einen Gott, von dem seine Bekenner sich wie die Juden kein Bild noch Gleichnis machten, nahmen Abraham, Moses, Jesus unter ihre Propheten auf und gaben damit ihrer sehr einfachen und äußerlichen Moral einigen Inhalt; sie verhießen den Gläubigen für den Kampf im Dienst des Islam in einem jenseitigen Leben einen überschwenglichen Lohn, bei dessen Ausmalung sich die Phantasie des sinnlichen Semitenvolks in aufregenden Bildern gütlich tat, die ihm sein Gottesbegriff verweigerte; stählten ihre Kraft durch eine streng deterministische Lehre von einer unbedingten Vorherbestimmung und faßten den ganzen Glaubensschatz, den sie ihm zu bieten hatten, in den einzigen Satz zusammen, der wie ein Schlachtruf klang: Allah ist groß, und Mohammed ist sein Prophet. Diese Religion, ganz anders als die christliche, die in den 20 Jahrhunderten ihres Bestehens nicht aufgehört hat, immer neue Ideen zu erzeugen, entbehrt aller tieferen Lebenskeime, wenn sie auch bei ihren Bekennern gewisse Tugenden

pflegt und in ihrer Einfachheit eine gewisse Größe zeigt. Sie regelt das religiöse Leben ungeheurer Völkermassen durch die Unbedingtheit ihrer äußeren Gebote — der regelmäßigen Gebete z. B., die sie anordnete und die ihre Bekenner, wo immer sie sein mögen, jeden Tag zu bestimmten Zeiten an den Zusammenhang des Menschen mit dem Ewigen erinnern: und dies Volk, das noch am ehesten unter den morgenländischen etwas besitzt, was der Freiheit im europäischen Sinne gleicht, zeigte auch eine gewisse Fähigkeit der Aneignung gegenüber jener Bildung, die das Altertum geschaffen und der damaligen christlichen Welt hinterlassen hatte. Die Gefahr war groß: in dem ewigen Kampf des Orients und des Okzidents, der sich durch die ganze Weltgeschichte zieht, hatte jener wieder die Offensive ergriffen. Von Süden her wälzte sich unwiderstehlich die Flut, überdeckte Spanien, überstieg die Pyrenäen und drang bis zur Mitte der gallischen Lande vor: ein unermeßliches Verdienst war hier zu erwerben. Der dritte aus dem großen austrasischen Hause, Karl Martell, erwarb es sich durch einen der großen weltgeschichtlichen Siege (732), die wie die von Salamis, Sena, Leipzig, Sedan das Schicksal der Nationen auf lange hin bestimmen. Dieser Sieg vereinigter deutscher Stämme, die schon einen wertvollen Besitz zu verteidigen hatten, warf die Araber über die Pyrenäen zurück, wenn man auch noch eine Zeitlang mit ihnen um das südliche Frankreich zu ringen hatte. In Spanien aber behielten sie vorläufig die Herrschaft: in dieser Gestalt erscheint zuerst dem romanisch-germanisch gewordenen Europa gegenüber das, was man heute die orientalische Frage nennt.

Dies Ereignis und seine Folgen ist das für dies 8. Jahrhundert bezeichnende. Die Frucht dieser Siege, ein neues Königtum, pflückte der Sohn Karl Martells, der sich 751 zu Soissons auf den Schild heben ließ und den letzten König der alten Dynastie in ein Kloster schickte. Ein neues Königtum bedarf der moralischen Sanktion durch eine schon bestehende Autorität: sie ward ihm zuteil durch den damaligen Bischof von Rom, Zacharias, der in einem Gutachten, mit dem er eine im Orakelstil gehaltene Anfrage beantwortete, den Schritt Pippins billigte. Die beiden Mächte, das neue fränkische Königtum und das Papsttum, wuchsen miteinander. Der Bischof von Rom hatte immer eine Ausnahmestellung eingenommen, dem Zauber des Namens der alten Reichshauptstadt half die geschäftige Legende nach, die den Apostel Petrus zum Stifter der dortigen Christengemeinde machte; die theologischen Streitigkeiten des Ostens hatten diesen bischöflichen Lehrstuhl nicht unmittelbar berührt, und so konnte er gelegentlich als eine Art Schiedsgericht oder Schiedsrichter angerufen werden. In den verworrenen Zeiten der Völkerwanderung hatten die römischen Bischöfe reiche Gelegenheit, moralische Autorität zu zeigen, und wo sie erfolgreich oder scheinbar erfolgreich

sich zeigte, wie im Jahre 452 Leo I. dem Hunnenkönig gegenüber, da wob die Legende rasch ein neues Wunder, mit dem sie den schon vorhandenen Vorrat vermehrte. Wo einmal ein Kristallisationspunkt für eine neue Macht gegeben ist, kommt ihr leicht alles zustatten. Die Zerrüttung des Westens, die Losreißung großer Provinzen vom Reiche beraubte vielleicht den römischen Bischof einer schützenden Macht, befreite ihn aber zugleich von der unmittelbaren Einwirkung der kaiserlichen Gewalt: er ward nicht wie der Patriarch in Konstantinopel durch die kaiserliche Autorität in Schatten gestellt und vom Hofe abhängig. Das scheinbar größte Unheil, das die Kirche heimsuchte, die Spaltung in Anhänger des athanasianischen und in solche des arianischen Bekenntnisses, und der tödliche Haß, mit dem sie sich gegenseitig verfolgten — ihm kam es zu gut: der Stuhl von Rom wurde zum Mittel- und Sammelpunkt für alles, was rechtgläubig war, zum geistigen Haupt aller unter germanisch-barbarisch-ketzerischer Herrschaft stehenden Romanen, denen sich bald zahlreiche Übergetretene aus den Reihen dieser Germanen selbst gesellten. Die oströmischen Restaurationsversuche hielten diese Entwickelung nur wenig auf. Das Reich der Kirche hatte sich mittlerweile erweitert. Die britischen Inseln waren im Lauf des 6. und 7. Jahrhunderts christlich geworden: am frühesten das entlegenste Land Europas, Irland; unter Gregor dem Großen im 7. England; es war das im 6. Jahrhundert aus dem Osten herübergekommene Mönchtum, das hier sein erstes großes Eroberungswerk vollbrachte. Nur langsam löste sich Gegensatz und Spannung zwischen der selbständigen britischen und der unter den Auspizien Roms gegründeten angelsächsischen Kirche, doch war sie nie so stark wie zwischen Arianern und Athanasianern, und die Bekehrungen in Germanien, die von Mönchen der britischen Kirche begonnen waren, wurden von Männern der angelsächsischen fortgesetzt und ihre Erfolge überboten. Derselbe Mann, Bonifatius, der seine kirchlichen Neugründungen in Deutschland in die engste Verbindung mit Rom brachte, war nicht unbeteiligt bei der großen politischen Änderung im Frankenreiche. Die Interessen der Kirche, die in Rom ihren Mittelpunkt und eine neue Orakelstätte der Menschheit aufgeschlagen hatte, gingen mit denen des neuen Königtums im Frankenreiche Hand in Hand.

Da geschah im Jahre 768, daß der Sohn Pippins diesem folgte, anfangs zugleich mit seinem Bruder, nach dessen baldigem Tode alleiniger König in Frankenland wurde und daß dieser Fürst ein Mann von höchst außerordentlicher Art war: Karl der Große. Er machte dem Longobardenreich in Norditalien ein Ende, bändigte in einem von 772—804 sich hinziehenden Kampf das große, noch heidnische Germanenvolk der Sachsen, sicherte die Ostgrenze durch Überwindung des Bayernherzogs Tassilo, die Niederwerfung der Avaren,

die Zurückwerfung der Slawen an der Elbe, die Nordgrenze gegen die Dänen, und richtete im Süden die wichtigste seiner Marken gegen den bösesten Feind, die Araber, ein, die spanische, das Land zwischen Pyrenäen und Ebro, eine zukunftsvolle Schöpfung. Dennoch wäre dies große Reich nur eine vorübergehende Verbindung so vieler verschiedenartiger Völker gewesen, wenn Karl nicht die richtige Form für die Erfolge seiner Siege gefunden hätte. Ein denkwürdiges, hochbedeutungsvolles Ereignis schloß das 8. Jahrhundert und eine lange Entwickelung von 400 Jahren: auf dem Boden der alten Stadt, mit nachdrücklicher Einwirkung des Papstes wurde das Imperium Romanum erneuert, und seine Krone trug, der 69. seit Augustus wie die Gelehrten vermerkten, ein germanischer Fürst (800).

Damit ging die Welt in das neue Jahrhundert hinüber. Karl ließ sich von allen Erwachsenen seines Reichs einen neuen Eid leisten, und es ist kein Zweifel, daß der Zauber, der diesen Namen des Imperium Romanum in der Erinnerung der Völker umgab, noch nicht seine Kraft eingebüßt hatte, als es neue Lebenskraft durch eine Persönlichkeit von so imposanter Art erhielt. Der Imperator erwies diesen neugeeinigten Völkern die für jene Zeit unschätzbare Wohltat einer einheitlichen und einfachen Organisation in Gaue, die in der Erinnerung des Volks sich erhalten hat: und jetzt erst wurde auch die Einheit des Glaubens und der Kirche recht wirksam und fruchtbar, weil sie bei ihm selbst und in seiner Umgebung mit literarischen, künstlerischen und wirklichen Bildungsbestrebungen sich verband. Ein belebender Antrieb ging von dem Herrscher aus, der selbst den Drang hatte, sich zu bilden, nach dem Woher und Wohin der Dinge zu fragen, — zu wissen. Für Germanien war das bedeutendste Ereignis, daß durch ihn, also noch im Anfange des 9. Jahrhunderts, das große Volk der Sachsen, also das nördliche Deutschland, dem Christentum und dem Reiche gewonnen wurde, sie also mit den übrigen deutschen Stämmen, den Franken, Friesen, Burgundern, Longobarden, in einem politischen Körper sich zusammenfanden: was in der altrömischen Geschichte die Samniterkriege und der römische Sieg bedeuteten, das bedeutete dieser Sachsenkrieg und der Sieg Karls für Deutschland.

So boten das letzte Viertel des 8. und die ersten Jahrzehnte des 9. Jahrhunderts einen verheißungsvollen Anblick. Nach allen Seiten dehnte das Christentum und mit ihm höhere Kultur sich aus. Überall in den Marken wurden Bistümer gegründet, die spanische Mark wehrte einem ferneren Vordringen des Islam, in Sachsen, gegen die Avaren, an der Slawen- und Dänengrenze senkten sich Keime höheren Lebens in den Boden, mit dem Kalifat von Bagdad wie mit Ostrom bestanden freundliche Beziehungen, die sehr wohl einen längeren Friedenszustand hätten herbeiführen können, und überall zeigte sich ein rüstiges Erwerbs- und Kulturleben. Allein der fernere Verlauf

dieses Jahrhunderts entsprach diesen glücklichen Anfängen nicht. Schon unter Karls Nachfolger, dem der freie und weite Blick wie der starke und folgerichtige Wille des Vaters fehlte, begann die Zerrüttung. Die Einheit des Reichs löste sich mehr und mehr, wenn auch diese Reichs- und Einheitsidee selbst noch keineswegs ihre Kraft verlor und 884 z. B. auf kurze Zeit sogar die Einheit wiederhergestellt erscheint: dauernd wurde die Trennung zwischen dem Ost- und Westfrankenreich schon seit der Teilung von 843, und sie war begründet und für die Bildung zweier großen Nationen bedeutungsvoll, da in jenem das germanische, in diesem wie in dem seit 879 losgetrennten eigenen burgundischen Reich das romanische Element überwog. Über diesen Teilungen und der Erschlaffung der zentralen Gewalt ging vor allem die Sicherung des Reichs gegen die angrenzenden Völker in die Brüche: von allen Seiten drangen die Raubvölker vor. Mit den Slawen stand es in alten Rechten; vom Norden her drängten die Normannen, die skandinavischen Seeräubergeschwader, tief im Binnenlande wurden die Städte Paris, Lüttich, Aachen, Köln, Trier von ihnen, zum Teil wiederholt, geplündert; in Italien ersahen sich die Araber die gute Gelegenheit, 846 plünderten sie die Vorstädte von Rom, und das Jahrhundert war nicht zu Ende, als ein neuer, der furchtbarste Feind von Osten her drohte, die Magyaren, welche unsere Quellen in Erinnerung früherer ähnlicher Heimsuchungen wohl mit dem Namen der Hunnen bezeichnen. Diese vielgestaltige Not kam einer Macht zu gute, der Kirche. Not lehrt beten, sie hielt die Roheit, das Laster, die Gewalttat wenigstens einigermaßen im Zaum, und man erbaut sich noch heute an dem Prophetenzorn, mit dem der Papst Nikolaus I. dem Westfrankenkönig Lothar II. in einer ernsten Frage der Sittlichkeit, mit deren Geboten diese Großen es sehr leicht nahmen, entgegentrat; auch hatte sie das große Verdienst, jetzt, wo das politische mehr und mehr versagte, ein anderes wirksames Band der Einheit um die auseinanderstrebenden Glieder des Reichs zu schlingen, und sie milderte so den Gegensatz der Nationalitäten und bis auf einen gewissen Grad auch der Stände. Mit ihrem Einfluß aber stieg das Selbstgefühl ihrer Diener und namentlich ihrer Häupter, und neben der naiven und ehrlichen Frömmigkeit erhob sich die Herrschgier und die List: sie tritt plump, aber für ein unkritisches Zeitalter sehr wirksam zutage in der pseudoisidorischen Dekretaliensammlung, einer groben Fälschung, die zwischen 829 und 845 entstanden ist. Sehr verhängnisvoll machte sich die an Schroffheit zunehmende unwahre Scheidung zwischen weltlichen und geistlichen Interessen geltend und aus dem eben durch seine ungeheure Oberflächlichkeit einleuchtenden Satze, daß diese höher, wichtiger seien als jene, zog das Priestertum und an seiner Spitze der römische Stuhl deutlicher und deutlicher den vorteilhaften Schluß, daß eben darum dem

Priestertum, welchem die himmlischen Dinge anvertraut seien, der höhere Rang und die größere Macht zukomme: eine Anschauung, aus der schon Nikolaus I. die äußersten Konsequenzen zog. Überall kam der allgemeine derbe Wunderglaube der Macht der Priester und der Mönche entgegen. Und schon erhob sich auch im Dogma ein mächtiger Pfeiler dieser Priestermacht — die Lehre von der Transsubstantiation, die eine bildliche Redeweise und einen rührenden und feierlichen symbolischen Akt in ein großes Unbegreifliche, ein Wunder, ein Wunder aller Wunder, verwandelte — Verwandlung des Brots und Weins beim Abendmahl in Leib und Blut Christi, wozu Gott — das war der Nebengewinn, der hier zu holen war — sich der Worte und Hände der Priester bediente.

Früh im 10. Jahrhundert erlosch im Ostfrankenlande der karolingische Stamm (918). Die Gefahr aber, die sehr dringend war, daß dieses Land, dieser sich bildende Großstaat sich wieder in seine Teile auflöse, an die Stelle des Königtums die Herzogtümer und damit der Streit aller gegen alle trete, ward abgewandt, und ein Chronist des Jahrhunderts schreibt das Verdienst davon ganz richtig dem großen Karl und der Macht des christlichen Glaubens, der Erinnerung an das Reich Karls des Großen und der Organisation und dem Ansehen der Kirche also zu. Dies Jahrhundert zeigt einen reicheren Charakter als die bisherigen. Vor allem gelang es, die Raubvölker zurückzuwerfen — das große Verdienst des neuen Hauses, das mit Heinrich I. in Ostfrankenland an die Spitze trat, und des norddeutschen Germanenstamms, der Sachsen, der jetzt seine große weltgeschichtliche Rolle antritt. Heinrich brachte den Slawenvölkern zwischen Elbe und Oder 929 bei Lukini eine entscheidende, den Magyaren in Thüringen 933 eine erste Niederlage bei; sein erster Nachfolger, Otto I., 955 auf dem Lechfeld die entscheidende; die Normannen hatten sich im Nordwesten von Gallien seßhaft gemacht, und nur in England wogte noch der wilde Kampf zwischen Dänen und Angelsachsen hin und her; gegen die Araber erfocht Otto II. tief im Süden einen Sieg und erlitt ebendort eine Niederlage: ihre Vertreibung aus ganz Italien aber wurde ernstlich als Ziel ins Auge gefaßt, und wenigstens drangen sie hier nicht weiter vor; in Spanien sammelte sich die Kraft der Christen in dem Gebirgsland des Nordens, um bald von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Die lange Regierung Ottos I. (936—973) kam der inneren Festigung des Reichs zugute, bedrohlicher Aufstände wurde er Herr, es gelang, den Herzogtümern Glieder des herrschenden Hauses als Häupter zu geben und die monarchische Spitze wieder aller Welt augenfällig zu machen durch die Erneuerung des römischen Imperiums (962), also in die Bahnen Karls des Großen einzulenken. Die Verbindung mit Italien erneuerte sich, und ihre Kultur-

wirkungen ergänzten sich durch die Beziehungen der Dynastie zum griechischen Reich: eine Tochter von Byzanz war mit Otto II. vermählt. In demselben Jahrhundert, seit 987, kam im Westfrankenreich eine neue Dynastie empor, die Kapetinger, der es beschieden war, durch lange Regierung und unangefochtene Sukzession der Herrscher einen monarchisch disponierten Einheitsstaat zu schaffen.

Die Verbindung mit Italien ist freilich in mancher Hinsicht für Deutschland verhängnisvoll geworden: eine Notwendigkeit und ein Verdienst war sie gleichwohl. Die Stadt Rom und das Papsttum hatte für die damalige Welt eine ungeheure Bedeutung, und es war ein schweres Unheil, daß diese große Orakelstätte der Christenheit seit geraumer Zeit zum Tummelplatz wüster Parteien, der Frevel und Ränke lasterhafter Männer und Weiber geworden war. Dem wurde, wenigstens auf einige Zeit durch den Imperator ein Ende gemacht, und eine Zeitlang schienen Papsttum und Kaisertum in Eintracht hohen Zielen zuzustreben. Otto III. schloß sich enge der asketischen Richtung an, die durch den Gegensatz der Strenge des christlichen Weltentsagungsgedankens gegen die arge, breit am Wege gelagerte Fleischeslust hervorgerufen war. Indes war Rom nicht bloß als kirchlicher Mittelpunkt wichtig, sondern seine wie des ganzen Italiens Bedeutung lag darin, daß hier niemals der Faden der Verbindung mit dem Altertum und dessen Errungenschaften höherer Kultur ganz abgerissen war. Dazu kam der griechische Einfluß — ein höheres geistiges Leben, für welches der Bruder Ottos des Großen, der „große Bischof" von Köln, sein Bruder Bruno und, in einer minder gesunden Weise, Otto III. und der im Jahre 999 zum Papst beförderte Franzose Gerbert von Rheims typisch sind, regte seine Schwingen.

Noch aber war das, was wir höhere Bildung nennen, durchaus Privilegium des Klerus, und von diesem ihrem Besitz, der letzten Quelle ihrer gewaltigen Macht, teilten sie sehr wenig an die Laienwelt mit, der es auch nicht besonders darum zu tun war: von Otto I. wird es als etwas Besonderes erwähnt, daß er nach dem Tode seiner ersten Gemahlin das Schreiben gelernt und Bücher gut habe lesen und verstehen können. Indem nun das Bedürfnis, regiert, geleitet, verwaltet zu werden, stieg, mußte sich das Kaisertum auf die Häupter dieses geistlichen Standes stützen, der im Besitze dieser Waffe oder dieses Werkzeugs war. Die Verbindung des kirchlichen Christentums mit dem gesamten Kultur- und Wirtschaftsleben wurde immer enger; die Klöster, zahlreicher und zahlreicher, waren nicht bloß Schulen für künftige Kleriker und wenige Auserwählte aus der vornehmen Laienwelt, sondern auch Musterwirtschaften, die Residenzen der Bischöfe Kulturmittelpunkte. Immer mehr steigerte sich Bedeutung und Selbstgefühl dieses Standes, und da überall in Gutem und Bösem dieses irdische Leben mit einem jenseitigen höheren im

Glauben der Zeit unzertrennlich zusammenhing, so bot sich auch dem Ehrgeiz und der Eifersucht dieser geistlichen Fürsten als bequemer Deckmantel Name und Ehre des Heiligen, dem ihr Kloster oder Bistum geweiht war.

Die ganze Kraft dieser Richtung der Geister kam im folgenden 11. Jahrhundert zur Geltung. Mit Heinrich II., dem Heiligen, war das sächsische Haus in Deutschland erloschen (1024). Bei seinem Tode war nicht mehr, wie 100 Jahre früher, Gefahr, daß in Deutschland, dem Lande der Mitte und durch seine Verbindung mit Rom und Kaisertum dem hegemonischen Lande, das Königtum wieder beseitigt werde: eine imposante Wahlversammlung in der Ebene von Mainz kürte den neuen König aus salischem Stamm. Dieser, Konrad II., befestigte die königliche Autorität, indem er sie zu einer Schutzmacht und Zufluchtsstätte für die Vasallen der Großen gegen ihre Lehensherren zu machen strebte, die ihrerseits dem Königtum gegenüber allzu mächtig geworden waren und diese Macht eben darauf stützten, daß sie über eine stattliche Zahl von Lehensdienstpflichtigen verfügten, und indem er zugleich die Macht des Reiches nach Osten ausdehnte. Der zweite des Hauses, Heinrich III., hatte eine in der Tat große Stellung: Burgund war dem Reiche zugewachsen, in Polen und Ungarn, wo seit 955 das Volk der Magyaren auf seinem Boden blieb und ihn allmählich zu seiner Heimat machte, machte er sich gefürchtet und geachtet: und vor allem in die kirchliche Bewegung griff er ein. Denn diese, eine Reformbewegung, wurde mehr und mehr die große Angelegenheit des Jahrhunderts. Sie ging von dem aquitanischen Kloster Clugny aus, das im Jahr 910 gegründet worden war, eines von zahllosen. In großartigem Idealismus, der von seinem Ziele noch heute unendlich fern ist, gedachte die Geistlichkeit in Aquitanien mit ihren geistlichen Mitteln und Kräften Frieden auf dieser von unaufhörlichem Kampf und Blutvergießen erfüllten Erde aufzurichten: man traf, als es mit dem ganzen Frieden nicht gelingen konnte, die naive, aber sehr wohltätige Auskunft, wenigstens einen Waffenstillstand im Namen Gottes, eine treuga Dei festzusetzen, welcher das Blutvergießen auf einen Teil der Woche beschränkte. Heinrich III. selbst lebte in diesen Ideen, er erwarb sich das Verdienst, in Rom selbst, wo wieder heillose Zustände Platz gegriffen hatten, einen würdigen Papst einzusetzen und damit der Reform der Kirche, wie sie die Kongregation von Clugny erstrebte, den Weg zu bahnen. Mit innerer Mission aber, mit bloßen Reformen begnügte sich der geistliche Stand, dessen Macht und Bedeutung noch immer im Wachsen war, nicht. Ihr Radikalismus, von mystischen Ideen getragen, setzte den Gewohnheiten oder Mißbräuchen, die sie mit biblischen Worten Nikolaismus und Simonie nannten, den fleischlichen Sünden der Geistlichen und

dem Kauf und Verkauf kirchlicher Ämter zwei radikal-idealistische Forderungen entgegen — Ehelosigkeit der Priester und Beseitigung jeden Laieneinflusses auf die Besetzung kirchlicher Stellen. Im Geist eines Mannes von großen Eigenschaften, Hildebrand, steigerte sich diese Richtung bis hart an die Grenze des Wahnsinns: mit romanischer Logik vindizierte er dem Priestertum und mithin seiner Spitze, dem römischen Papste, das Recht Könige ein- und abzusetzen, überhaupt das letzte Machtwort in allen menschlichen Angelegenheiten, über alle Reiche und Völker zu sprechen. Er fand damit das Losungswort in dem großen Kampfe, der in allerlei Formen und Wandlungen die fernere Geschichte der abendländischen Welt bestimmte und noch heute bestimmt; er selbst, wie sein scharfsichtiger, tapferer, unglücklicher Gegner Heinrich IV. fielen als Opfer dieses ersten Aktes der großen weltgeschichtlichen Tragödie des Kampfes zwischen Kirche und Staat. Eine üble Folge der Überspannung der kirchlichen Idee trat sehr deutlich in dieser unglücklichen Zeit hervor — daß sich mehr noch als vorher die geistlichen oder geistlich scheinenden Interessen mit den weltlichen verschlingen, Päpste, Bischöfe, Geistliche jeder Art und Stufe Partei nehmen, Politik treiben, Allianzen schließen, in Diplomatie machen mußten. Am bezeichnendsten vielleicht für diesen, in dieser Ausdehnung zum mindesten neuen Zug ist die Verbindung des Papstes mit den Normannen, die in Italien einen neuen Staat auf Eroberung gründeten und deren Hauptstamm zugleich mit päpstlicher Zustimmung im Jahre 1066 seine Herrschaft in England aufrichtete.

Diese Vereinigung geistlicher und weltlicher Antriebe, diese Verbindung weltlicher Erwerbgier und physischen Kraftgefühls mit kirchlichem Eifer führte, noch ehe das Jahrhundert ganz zu Ende war, die höchst charakteristische und überaus folgenreiche Bewegung der Kreuzzüge herbei, die zwei volle Jahrhunderte hindurch die Gemüter der Menschen beschäftigten und zeitweilig vollständig beherrschten. Auch sie sind ein Glied in der Kette jener Entwickelung, die sich durch die ganze Weltgeschichte zieht — im Kampfe zwischen Orient und Okzident, bei dem jetzt die Offensive vom Abendland ergriffen wurde. Die ersten beiden Züge nach herkömmlicher Zählung 1096 und 1147 zeigen eine Fülle unvergorener Kraft, ungezügelte religiöse Leidenschaft, der kein Wissen, keine Sachkenntnis, keine verständige Überlegung die Wage hält: wunderbare Taten der Tapferkeit, wie der Kampf um Antiochia und die Erstürmung von Jerusalem, neben großer Unfähigkeit der Leitung und einem wahrhaft ungeheuerlichen Menschenverbrauch bei doch nur sehr mäßigen Ergebnissen. Das Papsttum, die Geistlichkeit überhaupt nimmt klug ihren Vorteil wahr: das Papsttum läßt für sich kämpfen, hütet sich aber wohl, selbst bei einer dieser Unternehmungen die Führung unmittelbar zu übernehmen: mißlingt sie, so sind die Sünden der Kreuzfahrer daran schuld, an denen es auch

freilich nicht fehlte. Das konnte aber nicht hindern, daß schon um die Mitte des Jahrhunderts bei vielen eine Art Ernüchterung eingetreten war, etwas von Kritik sich einstellte. Das weltliche Element, die Politik, gewann allmählich die Oberhand. Im dritten Kreuzzug (1188—1192) waren es die Landesherren, die großen Häupter, Friedrich I., die Könige von Frankreich und von England, welche die Leitung übernahmen, und der sogenannte vierte (1204) schlug ganz und gar in ein weltliches Unternehmen um. Überhaupt aber: nicht nur die kirchliche, auch die Staatsidee schreitet fort: in Deutschland und Italien durch die kraftvolle, echt königliche Persönlichkeit Friedrich Barbarossas, in Frankreich durch die langen Regierungen Philipps I., Ludwigs VI. und des VII., Philipps II. aus dem kapetingischen Hause, das Studium des römischen Rechts erneuerte sich und bei den Regenten selbst hob sich das monarchische Bewußtsein. Hier im Bunde mit den Fürsten, dort im Kampfe mit ihnen strebte allenthalben kräftig das städtische Leben empor, während zugleich die dem Mittelalter eigentümliche politisch-soziale Gliederung, der Lehensstaat, zum Abschluß kam. Auch der wissenschaftliche Trieb erwachte lebhafter und hielt sich schon nicht mehr völlig innerhalb der Schranken, die ihm die Kirche zog: der kecke Geist des Franzosen Abälard stößt mit dem großen Heiligen der Zeit, Bernhard von Clairvaux, zusammen. Auch das war von Wichtigkeit, daß die Kolonialstaaten des Ostens, die Volkspflanzungen im heiligen Lande der Regierungs- und Organisationskunst immer neue Probleme stellten, und daß dann im Jahre 1187 die Rückeroberung Jerusalems durch Saladin noch einmal das europäisch-christliche Gemeingefühl in großer Stärke wachrief.

Die päpstliche und die kaiserliche Macht waren durch diese Ereignisse und die bei ihnen wirksamen Kräfte zugleich gewachsen, und es konnte nicht fehlen, daß der Streit zwischen den beiden Mächten, Kaisertum und Papsttum — was man jetzt Staat und Kirche nennt — mehr und mehr sich wieder schärfte und nach und nach mit voller prinzipieller Klarheit geführt wurde. Jenes war dem Siege nahe, als ein unerwartetes Ereignis, das noch dem 12. Jahrhundert angehört, dem Kampf der Gegensätze eine Wendung zu seinen Ungunsten gab: der unzeitige Tod des zweiten Staufers, Heinrichs VI., eben in dem Augenblick, wo er von seiner zentralen Stellung in Sizilien aus (1197) durch einen wohlvorbereiteten Kreuzzug das altrömische Reich wiederherzustellen im Begriff war. Damit war es nichts: die Unternehmung, mit der das neue, 13. Jahrhundert begann, der vierte Kreuzzug, brachte nur eine kurzlebige Schöpfung, das lateinische Kaisertum auf altgriechischem Boden, das schon ehe das Jahrhundert zu Ende ging, wieder in Trümmern lag. Die einheitliche Führung und Leitung des Kampfes gegen die Sarazenen hinderten die Wirren im Westen: der Kampf zwischen dem welfischen und staufischen Hause

in Deutschland, die Kriege zwischen England und Frankreich, der Krieg, den die christlichen Reiche Spaniens gegen die Araber zu führen hatten, und vor allem der mit neuer Heftigkeit entbrennende, einer Entscheidung zudrängende Streit zwischen „Kirche und Staat". Beide waren durch bedeutende Persönlichkeiten in dieser ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts vertreten — jene durch die großen Päpste Innozenz III. und IV., dieser durch den genialsten des staufischen Hauses, Friedrich II. Vor allem die Kreuzzugsidee wurde durch diesen Streit gefälscht, in dessen Verlauf ein neues und sehr bedeutsames Element weiterer Entwickelungen an die Oberfläche trat, die Ketzerei, eine radikale und eine religiöse und eine gemeinschaftbildende Opposition gegen die herrschende Kirche, die weit abgeirrt war von der Religion Jesu Christi. Es gelang noch, ihren Herd im südlichen Frankreich in dem scheußlichen Kreuzzug gegen die Albigenser auszutreten (1209), während in dem sogenannten fünften, den der gebannte Friedrich unternahm, zu großem Verdruß der Kirche kein Blut vergossen, sondern ein Vertrag mit den Mohammedanern geschlossen wurde. Nicht in Deutschland allein spitzte sich der Streit zwischen Königtum und Priestertum zu: auch in England hatte er schon im 12. Jahrhundert die Regierung eines seiner fähigsten Herrscher, Heinrichs III., bestimmt, und im 13. kam es durch einen elenden Nachfolger zu dem merkwürdigen Akt, der England zu einem päpstlichen Lehen machte. Zum Glück aber wurde demselben armseligen Herrscher das große Blatt der englischen Freiheiten, die magna charta, abgewonnen (1215), welches die Fundamente eines Bollwerks auch gegen kirchliche Unterdrückung künftiger Zeiten in den Boden senkte. In der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts hatte die Kreuzzugsidee ihre begeisternde Kraft vollständig verloren. Ein frommer König der Franzosen, Ludwig der Heilige, einer ihrer besten Herrscher, versuchte sie noch einmal anzufachen: aber der von ihm geführte sechste Zug (1248) scheiterte kläglich, und der siebente (1270) setzte in sehr weiter Entfernung von seinem eigentlichen Ziele an, kam nicht über einen allerersten Anfang hinaus und trägt nur sehr uneigentlich noch den vornehmen Namen. Die Bewegung, in einer natürlich-unnatürlich gesteigerten Begeisterung empfangen und geboren, endigte mit einer großen und wenn nicht allgemeinen, doch sehr weitverbreiteten Ernüchterung und Enttäuschung. Scheinbar und auch wirklich hatten diese Unternehmungen der Kirche gute Zinsen getragen. Auf ihr Wort hatten sich große Heere in Bewegung gesetzt, in den Ritterorden hatten sich die beiden Elemente, welche die Gesellschaft beherrschten, die Geistlichkeit und das Rittertum, unter den Auspizien des ersten vereinigt, und im Anfang dieses 13. Jahrhunderts hatte der fruchtbare kirchliche Boden noch eine neue Ernte gegeben in den beiden Bettelorden, einer neuen zeitgemäßen Erfrischung des Mönchtums, und einer noch brauchbareren Miliz im

Dienste des hierarchischen Gedankens als die früheren Orden gewesen waren. Außerordentlich fruchtbar an Schöpfungen auf dem kirchlichen oder religiösen Gebiet war diese Zeit: die erste stärkere Regung des menschlichen Geistes, mit der er es unternahm, die bestehenden kirchlichen Mächte einer Prüfung auf ihre Übereinstimmung mit dem ursprünglich und urkundlich Christlichen zu unterziehen, die Ketzerei, rief eine kirchliche Gegenwirkung hervor in der Inquisition, der Einrichtung eines Glaubensgerichts, jener abscheulichsten Verkehrung der Religion Jesu Christi — einer Einrichtung, mit der man wohl einigermaßen der Ketzerei, keineswegs aber des Unglaubens einzelner und der Freidenker Herr wurde, deren erste Spuren man um diese Zeit findet. Aus jenen Orden gingen auch die großen Theologen hervor, welche die kirchliche Wissenschaft, die Scholastik, die alles noch mäßige Wissen dieser Zeit in die Formen eines dogmatischen oder, wenn man will, philosophischen Systems goß, zu einem Abschluß brachten, über den die katholische Wissenschaft bis heute noch nicht hinausgekommen ist. Bezeichnend für Macht und Stellung des Priestertums ist, daß 1264 das Fronleichnamsfest als ein allgemeines Kirchenfest proklamiert wurde — es ist bis auf diesen Tag vor allem das Fest der Priestermacht, die das Wunder der Substanzverwandlung, des Brotes und Weines in Leib und Blut Christi vollbringt, und das noch größere, sich selbst und einem großen Teil der Menschheit dies als den wahren Sinn und Gehalt jener tiefergreifenden, rührenden, großen Szene des Abschieds Jesu von seinen Jüngern aufzureden.

Unmerklich indes vollzog sich doch eben infolge der Kreuzzüge eine große Veränderung in der westeuropäischen Menschheit. Es ist ganz wahr, daß diese Expeditionen, die während zweier Jahrhunderte so viele in die Ferne trieben und alle beschäftigten, auf das Leben der beteiligten Völker eine ähnliche Wirkung ausgeübt haben, wie eine große Reise auf das Leben des einzelnen sie übt. In jugendlicher Unbefangenheit tritt er sie an und kehrt mit neuen Anschauungen, Vorstellungen, Kenntnissen, vor allem mit einer erstmals erworbenen oder sehr bereicherten wirklichen Kenntnis der Menschen und der Dinge und einem Hang, zu vergleichen, Kritik zu üben, zurück. So war es hier gegangen. Der geistige Horizont hatte sich mächtig erweitert, die verschiedenen Nationen hatten sich in einer Menge gegenseitiger Berührungen kennen, in ihrer Eigenart schätzen und doch zugleich in ihrer Einheit, ihrem gemeinsamen Besitze fühlen gelernt. Eine große gesellschaftliche Änderung war die Folge. Ein weltlicher Stand, der Ritterstand, gewann jetzt jenen gesamteuropäischen Charakter, den seither der Klerus wie ein wertvolles Privilegium besessen hatte. Die Ritterssitte, nicht bloß Religion, Glaube und Kirche, verband jetzt die obere Schicht. Dies gab dem ganzen Leben

ein feineres, heitereres, weltlicheres Gepräge und veränderte auch die Literatur, die aufgehört hatte, die ausschließliche Domäne der Geistlichkeit und der lateinischen Sprache zu sein.

In Deutschland erlag, wie bekannt, das gewaltig wollende Geschlecht der Staufer in dem großen Kampf zwischen Imperium und Sazerdotium, und das eine Ziel, die Zerrüttung Deutschlands und die Schwächung und nahezu Vernichtung der kaiserlichen Autorität, hatte die Kurie erreicht: nicht zu ihrem eigenen Heile. Denn indem die Idee der zentralen Monarchie, des römischen Reichs und Kaisertums, sich verflüchtigte, traten um so mehr die Nationalstaaten, die sich aus denselben gebildet hatten, hervor, und wie sehr dieser Gedanke des nationalen Staates erstarkt war, davon sollte die Kurie alsbald die Erfahrung machen.

Das neue Jahrhundert, das 14., eröffnete sich mit einem schweren Zusammenstoß der päpstlichen und der Königsgewalt, Kirche und Staat in Frankreich. Hier in Frankreich setzte ein energischer König, Philipp der Schöne (1285—1314), mit rücksichtsloser Gewalttat und, gestützt auf das schon starke Staatsgefühl der werdenden französischen Nation, seinen Willen gegenüber einem hoch daherfahrenden Papste durch, der im Jahre 1302 die Bulle Unam sanctam mit ihrer maß- und sinnlosen Vergötterung der Priestermacht erlassen hatte und 1304 infolge der an ihm verübten Gewalttat, mit welcher der König seine Eingriffe erwiderte, starb: das gedemütigte Papsttum mußte zu weiterer Demütigung dem König als Werkzeug bei der Vernichtung des Templerordens dienen, der doch einer der Pfeiler der Kirchenmacht gewesen war. Die Abhängigkeit, in welche das Papsttum nun für lange Zeit von der französischen Krone geriet (1305—1377), führte zu allerlei Schwierigkeiten und neuen Konflikten, in deren Verlauf auch Deutschland seit 1338 sich der päpstlichen Mitregierung zu erwehren begann und dabei sogar den einen der beiden Bettelorden, die Franziskaner, zu Verbündeten hatte. Die Menschen hatten angefangen, ernstlich über die Grenzen des geistlichen und weltlichen Gebiets nachzudenken, modern ausgedrückt, zwischen ultramontan und katholisch zu unterscheiden, und in England fand sich der kühne und scharfe Geist, der Oxforder Professor John Wycliffe, der den ersten umfassenden Angriff auf das ganze System der bestehenden Kirche und auf einige ihrer fundamentalen Dogmen richtete (1324—1384). Mit besonderer Heftigkeit griff er das Dogma von der Transsubstantiation an, auf dem in den Augen der kritiklosen Menge und in den Augen des geistlichen Hochmuts selbst die Priestermacht vorzugsweise beruhte; er befehdete das Papsttum, das eben jetzt, wo mit der zwiespältigen Papstwahl von 1378 das große Schisma begann, dem Angriff immer mehr Blößen darbot, und mit besonderer Erbitterung dessen Miliz, die Bettelorden; vor allem

aber war er der erste, der einen Angriff gegen die Grundlage der unchristlichen Stellung des Klerus richtete. Die Stellung des Pfarrers ist nach seiner und seiner Anhänger Anschauung von der Gemeinde abhängig, die Kompetenzen der Geistlichen sind ein Almosen, das die Gemeinde dem unwürdigen Priester entziehen kann: und allenthalben strebt er, in Theorie und Praxis, nach dem urchristlichen Vorbild zurück. Wer aber soll diese Reformation der Kirche Christi ins Werk setzen, die notwendig ist und deren Notwendigkeit dem denkenden Teil der Zeitgenossen mit jedem Tage mehr einleuchtete? Es sind die domini temporales, die weltlichen Herren, der Laienstand, der Staat also — denn die geistlichen Potenzen, Papst, Bischöfe, Konzilien können es nicht, weil eben sie am meisten dieser Reformation bedürfen. Mit dieser Forderung war unmittelbar ein anderes Wichtige gegeben. Sollte die weltliche Macht die Kirche reformieren, so war damit auch zugleich die Nationalisierung der Kirche ausgesprochen: von allen Seiten dringen die Ideen hervor, die im 16. Jahrhundert das religiöse Leben neu gestalteten, und mit Recht gilt der Oxforder Professor für den vornehmsten unter den Vorläufern der deutschen Reformation.

Die Entwickelung der Nationalgeister machte in diesem Jahrhundert große Fortschritte. Der Erbfolgestreit, der nach dem Tode Karls IV. von Frankreich (1328) zwischen England und Frankreich ausbrach, vollendete, im allgemeinen den Engländern günstig, den Zusammenschluß des normannischen und des angelsächsischen Elements auf der Insel und damit die englische Nation in ihrer Eigenart; die parlamentarische Verfassung bildete sich aus und wurde unentbehrlich; was sonst der Entfaltung parlamentarischen Wesens zu widerstreben scheint, ein energischer König und erfolgreiche Kriege, wirkte hier günstig, weil man Geld brauchte und die zunehmende Geldwirtschaft gegenüber der Naturalwirtschaft Bewilligung von Geld durch die Vertretung des Volks nötig machte. In Frankreich, von dem in dem Frieden von Bretigny (1360) fast ein Drittel an die englische Krone kam, befestigte sich aber gegenüber diesem Fremden in den Tiefen des Volks das nationale Bewußtsein. In Deutschland allerdings, dem Lande der Mitte, dessen Königen wie ein Nessushemd die römische Kaiserwürde oder das Verlangen nach ihr anklebte, gelang es keinem der rivalisierenden Häuser, Habsburg, Wittelsbach, Luxemburg, das Königtum erblich zu machen — man mußte sich mit dem Fortschreiten der Nation und ihrer Glieder und mit Abweisung der päpstlichen Einmischung begnügen, und dies letztere gelang jetzt einigermaßen, weil die päpstlichen Ansprüche nunmehr mit den Interessen ihrer eigenen früheren Verbündeten gegen die kaiserliche Macht, der Landesfürsten und insbesondere der größten dieser Landesherren, der Kurfürsten, in Kollision kamen. Etwas

wie eine Verfassung, wie ein Staats- oder Reichsgrundgesetz kam unter dem zweiten Luxemburger, Karl IV., in der goldenen Bulle (1356) zustande. Sonst aber vollzog sich der wirtschaftliche wie der politische Fortschritt in den Einzelstaaten — so erstand durch Kraft und Klugheit des Landesherrn ein wohlgeordnetes Böhmen, so die großartige Schöpfung freien Assoziationsgeistes, die Städtebündnisse, die Hansa im Norden, die Verbindung der Städte der Schweiz zur Eidgenossenschaft, der rheinische, der schwäbische Städtebund. Friede war hier nicht; ein hartes Ringen der fürstlichen, ritterlichen und städtischen Macht charakterisiert die Epoche; mühselig zustande gekommene Landfriedenseinungen leisteten nur einen kleinen Teil von dem, was in England oder Frankreich der Staat oder das Königtum leistete. Mit Nachdruck wurde der Ausbreitung des Deutschtums im Norden Halt geboten. Während im Anfang des Jahrhunderts der Deutschritterorden den Sitz seines Hochmeisters nach der Marienburg verlegt (1309) und mit Glück und Kraft seinen Staat dort im Weichsellande aufgerichtet hatte, erfolgte gegen seinen Schluß ein Ereignis, das die Machtverhältnisse im Nordosten in bedenklicher Weise zuungunsten des Deutschtums zu verschieben drohte — die Vereinigung Polens und Litauens durch eine Heirat des Großfürsten Jagello von Litauen, die Errichtung eines slawischen Großreichs also in unmittelbarer Nachbarschaft jener echtdeutschen Volkspflanzung (1386). Und wenige Jahre später einigten sich auch die drei skandinavischen Reiche Dänemark, Schweden, Norwegen in der kalmarischen Union (1397). Allenthalben trat so mit großer Stärke der nationale Egoismus hervor, während der Gedanke, der einst die Völker als Glieder oder Zugewandte des Imperium Romanum ihre Gemeinschaft hatte empfinden lassen, mehr und mehr verblaßte und das andere einigende Band, der christliche Glaube, der sich im Organismus der Kirche mit ihrem Einen Oberhaupt seinen Körper geschaffen hatte, in seiner Wirksamkeit durch das große Schisma, die zwei und bald drei sich bekämpfenden Hohepriester, gestört und gehemmt war. Und dies geschah zu einer Zeit, wo im Südosten des Weltteils dieselbe Gefahr, die einst im 8. Jahrhundert mit Mühe abgewendet war, drohend sich erneuerte — ein Ansturm des Islam, die erobernd vordringende Macht der osmanischen Türken, die im Jahre 1396 einem christlichen Heere unter dem König von Ungarn, dem Luxemburger Sigismund, eine schwere Niederlage beibrachte.

Dieses letzte Viertel des 14. und das erste des 15. Jahrhunderts waren eine für die fernere Entwickelung der Menschheit überaus wichtige Zeit. Die Verwirrung in der Kirche, die Zunahme ihrer Mißstände, die Überhandnahme dessen, was einst die Reformpartei als Simonie bekämpft hatte, trieb solche, die wirkliche Religion und

ein innerliches Christentum suchten, in besondere Vereine und Genossenschaften, die zwar in der Kirche blieben, aber doch ihre eigenen Wege gingen: vor allem aber waren es die Hochsitze der Wissenschaft, die Universitäten, die sich in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts in rascher Folge vermehrt hatten, allen voran die beiden alten Leuchten Paris und Oxford, die hier zum ersten Male eingriffen und von deren großen Lehrern nun auch das Stichwort ausging, das die nächsten Generationen bewegte, das Wort von der Reformation der Kirche an Haupt und Gliedern, die nötig sei. Das Organ, eine solche zu beschließen und durchzuführen, konnte nur ein allgemeines Konzil sein, und so ist das 15. Jahrhundert in seiner ersten Hälfte die Zeit der großen Kirchenversammlungen, deren erste zu Pisa in Jahre 1409 eröffnet ward, und von denen der Rest der dritten im Jahre 1449 sich auflöste. Das mittlere, das Konzil, das zu Konstanz im Jahre 1414 eröffnet wurde, ist das weltgeschichtlich wichtigste. Größere Momente hat die katholische Kirche, die man noch als die christliche schlechtweg bezeichnen durfte, schwerlich erlebt, als die 39. und 40. Sitzung dieser Versammlung im Oktober des Jahres 1417. Ihre Beschlüsse bedeuteten eine friedliche Reform der Kirche ohne Bruch mit ihrer Vergangenheit, durch ihre rechtmäßigen Organe ausgeführt oder auszuführen; Abschaffung zahlreicher Mißbräuche; regelmäßiger Zusammentritt zu einem Konzil, also Vereinigung der kirchlichen Vertreter aller abendländischen Nationen und stetige Fortentwickelung der Kirche in Aussicht; die Päpste auf diese kirchliche Ordnung verpflichtet; im Falle einer zwiespältigen Wahl, eines drohenden Schisma sofortiges Zusammentreten und souveräne Entscheidung des Konzils. Welch eine Aussicht, welch eine Fernsicht eröffnete sich hier dem christlichen Gedanken! Unglücklicherweise aber stieß diese Kirche in dieser ihrer glorreichsten Entfaltung mit einem sich selbst noch wenig klaren Neuen zusammen, das in der sehr demütigen Gestalt des böhmischen Predigers Johannes Hus ihr gegenübertrat. Der Mann, ein ernster Bußprediger, wykliffitischer Ketzereien und des Ungehorsams gegen seine geistlichen Oberen angeklagt, sollte — und zwar eben durch die Männer der Reformpartei, welche die Mehrheit in Konzil bildeten — zum Widerruf jener Ketzereien gebracht werden. Er weigerte sich und blieb fest, weil er die wykliffitischen Sätze nie bekannt habe: eine andere aber, die Ketzerei aller Ketzereien, hielt er aufrecht, weil er sie gar nicht als solche erkannte. Es war die: wer von Gott den Auftrag erhalten hat, zu predigen, der muß dies tun trotz Verbot und Bann und ein neues, das protestantische Prinzip sprach er aus, indem er vor der glänzenden Versammlung, der Inhaberin höchster und unbedingter Autorität in Glaubenssachen, in aller Einfalt erklärte, wenn auch der Geringste des Konzils ihn von seinem Irrtum überzeuge, wolle er gerne

widerrufen, und dann, unter dem Gelächter der Konzilsväter, vom Konzil an Christus — also von der äußeren und zufälligen Erscheinung der Kirche an ihren ewigen Gedanken, an ihren unsichtbaren Herrn und Meister appellierte. Dieser Appell wurde nach bestehendem Recht mit seiner Verurteilung und dem Feuertode beantwortet: man mußte den Leib töten, den Geist zu bezwingen war mißlungen (1415).

Die Reform aber an Haupt und Gliedern, die Neugestaltung der Kirche mißlang. Die erste Begeisterung, die der Bewegung und dem Konzil anfangs eine so gewaltige Kraft gegeben hatte, verrauchte bald; der Papst, in dem die Einheit und die überlieferte Ordnung der Kirche verkörpert war, verließ als Sieger den Kampfplatz. In Böhmen aber, dem Vaterlande des ersten Märtyrers einer neuen, ihm selbst nur erst dämmernden Wahrheit, erhob sich nun ein wilder Aufruhr, mit einem im Grunde sehr bescheidenen, aber klaren und deutlichen Symbole, dem Laienkelch, der Kommunion sub utraque, und die Notwendigkeit mit dieser furchtbarsten Erhebung wider die Eine Kirche und die von ihr getragene Gesellschaftsordnung fertig zu werden, rief ein neues Konzil, zu Basel, ins Leben, das mit größter Entschiedenheit die Konstanzer Beschlüsse aufnahm, noch weiter ausdehnte und sogar, ein unerhörtes, ein dogmatisches Zugeständnis an die gemäßigtere Partei der Böhmen machte, denen sie die Kommunion sub utraque zugestand. Die Versammlung geriet mit dem Papst Eugen IV. (1437) in einen langen und heftigen Konflikt. Dieser Konflikt, bei dem es sich nicht wie vordem um die Grenzen der geistlichen und weltlichen Macht handelte, sondern um einen Grenzstreit innerhalb jener geistlichen Macht selbst, endigte, wie vorauszusehen war, mit einem schließlichen Siege des Papsttums. Die große Reformbewegung scheiterte; das ewig Gestrige nahm sein Recht zurück; die offizielle Welt, wie wir jetzt sagen, voran der traurige Fürst, der damals die römische Kaiserkrone trug, der Habsburger Friedrich III., bequemte sich in die alte Ordnung, und die übelste Folge der Niederlage, welche die tiefere Auffassung der Kirche Christi durch das Scheitern der Reformbewegung erlitten hatte, war das Zurücktreten der Ideale, wogegen die materiellen Interessen, Erwerbsleben, Genußsucht, Üppigkeit, weltlicher Sinn und Gleichgültigkeit gegen religiöse Dinge, dabei aber zugleich ein rüstiges Fortschreiten im Weltlichen, wissenschaftliche und technische Entdeckungen in bedeutungsvoller Folge uns entgegentreten. Keine Genien ersten Ranges, aber viele fleißige, nützliche, gescheite Männer zweiten und dritten Ranges: als Typus kann der bescheidene Mann gelten, der um 1450 die folgenreichste aller Erfindungen, den Bücherdruck vermittelst beweglicher Lettern, machte oder vollendete. Eine gemeinsame begeisternde Idee fehlte diesem vielgestaltigen Leben. Nur vergebens versuchte

Pius II. durch große Worte und zierliche Rede eine allgemeine Waffnung gegen die gemeinsame Gefahr, die drohender und immer drohender vordringende Türkenmacht, einen neuen Kreuzzug hervorzurufen. Die erste Bedingung in den Augen kirchlicher Beschränktheit, Vereinigung der getrennten Kirchen, der orientalischen und der römischen — Einigung über so wichtige Fragen wie gesäuertes und ungesäuertes Brot im Abendmahl, Ausgehen des heiligen Geistes vom Vater oder vom Vater und vom Sohne — scheiterte an der unverbesserlichen Sprödigkeit theologischer und namentlich unverstandener und unfruchtbarer theologischer Sätze. So geschah das Gefürchtete: im Jahre 1453 fiel Konstantinopel in die Hände der Osmanen, und die Hagia Sophia wurde ein Tempel des Islam, eine türkische Moschee. Die „orientalische Frage" war in ein neues Stadium getreten: der Angriff war jetzt wieder in vollem Maße an den Orient übergegangen, und die Gefahr, im Westen, in Spanien, beschworen, drohte jetzt von Osten her und hing länger als zwei Jahrhunderte wie ein schweres Gewölk über dem europäischen Leben.

Man hat häufig mit diesem Ereignis von 1453, der Eroberung von Konstantinopel durch die osmanischen Türken die Darstellung des Zeitraums begonnen, den ein altes Herkommen als „neuere Geschichte" der des Mittelalters folgen läßt. Man bezieht sich dabei auf den doch nur sehr nebensächlichen Punkt, daß griechische Flüchtlinge, Gelehrte und Gebildete, jetzt von ihrem Heimatsboden losgerissen und nach den westlichen Ländern übersiedelnd, ihre Bildung und ihre Manuskripte mithinübergetragen und dort jene geistige Bewegung hervorgerufen hätten, die man als Humanismus bezeichnet. Kein Zweifel, daß diese Bewegung dadurch bedeutende Förderung erfahren hat: allein im Gange war sie schon lange vorher, und überaus wichtig und folgenreich, wie diese Wiederbelebung der antiken, weltfreudigen, vom Kirchentum und seiner verschnörkelten Dogmatik abgekehrten Bildung war, hätte sie doch kein neues, die Massen ergreifendes, mit unmittelbarer Gewalt auf das Volk wirkendes Lebensprinzip aufgestellt. Dieser Humanismus und seine Träger hätten sich ohne Zweifel in das Alte geschickt, das nun einmal das Mächtige, Bestehende, Herkömmliche, Bequeme war, und für den Zwang, den diese herrschende Macht, die offizielle Kirchen- und Staatswelt, auferlegte, wußten sie sich durch heitere oder giftige Satire zu rächen und schadlos zu halten, mit der sich bekanntlich ein bequemer Kompromiß mit dem Bestehenden sehr wohl vereinigen läßt.

Einen besseren Ausgangspunkt für diese neuere Zeit oder neuere Geschichte glaubte man mit dem Jahre 1492 gefunden, das die Aufdeckung seither den geschichtlichen Völkern unbekannter Erdräume mit einem größten Erfolge krönte: am 12. Oktober jenes Jahres lagen die drei Schiffe des Cristoforo Colon, lagen europäische Schiffe zum

erstenmal oder zum erstenmal wieder im Angesicht eines neuen Erdteils, — einer neuen Welt, wie seine Grabschrift sagte. Allerdings ist es ein sehr bedeutungsvolles Stück der den Menschen gestellten Aufgaben und Arbeit, das hier in diesem 15. Jahrhundert, der Natur der Dinge nach von den südlichen Nationen Europas, Portugal, Spanien, Seefahrern italienischer Abstammung, wie Kolumbus und die beiden Cabot waren, geleistet worden ist, seit im 14. der Atlantische Ozean und sein Gestadeland Portugal in ihrer Bedeutung nach und nach erkannt worden waren und nun immer tiefer stoßend die portugiesische Schiffahrt an der Westküste Afrikas südwärts vordrang, 1486 Bartholomäus Diaz das „Kap der Stürme", dem sein König den besseren Namen Kap der guten Hoffnung schuf, und damit die Umschiffbarkeit Afrikas entdeckte, 1492 dann Kolumbus das große Problem, Ostasien zur See zu erreichen, durch den kühnen Plan einer Durchquerung des Atlantischen Ozeans zu lösen unternahm und gelöst zu haben glaubte; einige Jahre später (1498) die Portugiesen, zu neuem Wetteifer aufgerufen, durch Vasco da Gama auf dem wirklichen Seeweg Indien erreichten, 1513 das neuentdeckte Land im Westen als großer Kontinent erkannt und der Stille oder „Große" Ozean zum erstenmal vom Auge eines Europäers erblickt, und endlich 1521 die erste Fahrt um die Erde durch einen Portugiesen in spanischen Diensten, Magalhaens, vollführt wurde. Gewiß auch ist es im höchsten Grade bedeutsam gewesen, daß zur selben Zeit, wo eine neue innere Welt, ein neuer geistiger Horizont sich vor den Menschen aufzutun begann und dem Licht entgegendrängte, auch neue, seither unbekannte Erdräume und Völker sich dem Blicke der Menschen des zentralen Erdteils erschlossen. Allein von tieferer Bedeutung wurden diese Entdeckungen doch erst, als andere Völker, die Völker germanischen Stammes, die mittlerweile eine große Befreiungstat sehr innerlichen Charakters an sich erfahren hatten, da kolonisierten, zivilisierten, Freiheit und Menschenrechte da pflanzten, wo jene romanischen Völker nichts gesucht hatten als Gold und Sklaven, und nichts gepflanzt und geschaffen hatten als eine gebundene, äußerlich aufgeputzte, innerlich unwahre Religiosität — ein Kirchentum, das ihnen selbst keine „rechtschaffene Früchte der Buße" mehr trug. Einen neuen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit beginnt das Jahr 1492 nicht.

III. Vier Jahrhunderte der neueren Geschichte.

Eine Darstellung dieser neuen oder neueren Zeit — mit allem Nachdruck muß es dieser Rückblick hervorheben — muß vielmehr an-

setzen mit einem nach den äußeren Formen, in denen es sich vollzog, sehr unansehnlichen Ereignis — den 95 Thesen wider die Kraft der Ablässe, die ein Mönch in einer kleinen deutschen Universitätsstadt in der üblichen Form einer Aufforderung zu einer Disputation mittels Anschlags an einer Kirchentür veröffentlichte. Der Mann wußte nicht, daß er damit eine Bewegung der Geister zwar nicht hervorrief — denn sie war längst und auf mancherlei Weise vorbereitet — aber ihr Luft machte und sie in einen unwiderstehlichen Gang brachte, eine Bewegung, die in Wahrheit die Geschichte Europas seit diesem 31. Oktober 1517 bis auf den heutigen Tag wesentlich bestimmt hat. Was damals begonnen ward, hat, und vielleicht lebhafter als jemals seit dem 16. Jahrhundert, auch die jüngste Zeit, die zweite Hälfte des 19. Jahrhunders, beschäftigt und wer dies nunmehr zur Rüste gegangene Jahrhundert verstehen will, muß jenem Ausgangspunkte sich zuwenden. Der religiöse und theologische Kampf verschlingt sich freilich und natürlicherweise mit wirtschaftlichen, gesellschaftlichen, politischen Interessen und Interessengegensätzen, aber es wäre verkehrt, ihm seine zentrale Stellung abzusprechen und irgendeines jener Nebenmomente als Haupteinteilungsprinzip aufzustellen.

Es gibt, erinnern wir uns, nicht bloß in der physischen, sondern auch in der Welt des Geistes epochemachende Entdeckungen — Auffindung, Entbindung neuer Kräfte, mit deren Nennung man eine Periode kurz bezeichnen kann, wie man etwa unsere Zeit als die Periode des Dampfes oder der Elektrizität bezeichnet hat. Im Altertum, im griechischen Volke, haben wir gesehen, ist eine solche neue Kraft entbunden worden, die Freiheit — im Christentum eine andere, die jene Errungenschaft der Freiheit mit neuem Inhalt erfüllte und ihr erst ihre wahre Stärke gab und ihre höheren Ziele wies, das Leben in Gott, sagen wir kurz, die Religion: und hier durch Martin Luthers mannhaften Widerstand und durch jenes im Jahre 1521 in Worms angesichts der ganzen Herrlichkeit des römischen Reichs und der katholischen Kirche und ihrer großen Herren von ihm gesprochene Wort „hier stehe ich, ich kann nicht anders" ist abermals eine solche Kraft frei geworden — die Kraft der Überzeugung. Die voraufgegangenen Geschlechter hatten eine Überlieferung, die sie ohne weitere Kritik sich aneigneten, einen Glauben, der ihnen fertig geboten wurde, und in dessen Kraft sie den Kampf des Lebens bestanden und oft rühmlich bestanden: aber eine Überzeugung hatten sie nicht. Mit Luthers befreiender Tat aber mußten die Menschen, wer immer eine führende Stellung einnehmen, überhaupt etwas auch nur in seinen eigenen Augen bedeuten wollte, eine solche Überzeugung suchen, sich bilden, in schwerem Kampfe mit den Mächten der Welt und seines eigenen Innern sich erringen.

Eine über die Maßen kleinliche und verächtliche Geschichtschreibung führt die große Befreiungs- und Erneuerungstat, die damit geschah, bei Luther und denen, die der neuen Lehre folgten, auf allerlei äußerliche und persönliche Motive zurück: doch wäre ebenso unrichtig zu leugnen, daß die Bewegung nur darum so allgemein und so unwiderstehlich wurde, weil sich von Anfang an und immer mehr auch Interessen weltlicher und äußerer Art, Interessen der Macht und des Wirtschaftslebens, mit ihr verbanden. Das Fruchtbare ist aber gerade das gewesen, daß sie, ihrer ungeheuern Tragweite unbewußt dem Gewissen eines einzigen wahrhaftigen und gottesfürchtigen Mannes, dem Zorn über große Lügen und Lügner, wie er hoffentlich auch wieder einmal in unserer Zeit der feigen Anbequemungen aufbrennen wird, entsprang, und daß sie etwas von der Reinheit ihres Ursprungs auch auf alle die Schöpfungen, die ihr entwuchsen, übertragen hat. Und nur die mit sehenden Augen nichts sehen, erkennen auch heute noch nicht, was doch klar wie der Tag ist — daß alles höhere Streben in Philosophie, Theologie, Wissenschaft jeder Art, jedes Fortschreiten selbst in materiellen Dingen mit jener ersten Auflehnung gegen jene seltsame Ordnung zusammenhängt, bei der an der Spitze der christlichen Geistergemeinschaft eine gänzlich verweltlichte, häufig genug in diesen letzten Zeiten von ganz unwürdigen Trägern gehaltene Macht stand.

Ein ungeheurer Gegensatz tat sich auf zwischen dieser Anschauung, die in unserem Jahrhundert mit der Dekretierung der Unfehlbarkeit des römischen Papstes ihren Gipfelpunkt und Abschluß erreicht hat, und jener anderen neuen, welche den Menschen unmittelbar, ohne Priester, ohne Heilige, ohne Fürsprache einer zur Muttergottes erhobenen Sterblichen, der Gottheit gegenüber — ihn auf die göttliche Offenbarung in Jesus Christus und deren biblische Urkunden stellt, und indem sie diese, in die Landessprachen übersetzt, den Gläubigen in die Hände legt, zu ihrer selbständigen Prüfung und Aneignung herausfordert. Indes die tiefen Gegensätze und Abgründe in der geschichtlichen Welt tun sich nicht mit einem Male auf oder werden zum mindesten nicht mit einem Male fühlbar, und ein neues Prinzip entfaltet nicht mit einem Schlage seine Folgen: soviel aber ist heute klar, daß das fernere Schicksal der Völker, ihre Bedeutung für die Menschheit, ganz besonders davon abhängt, wie sie sich zu dieser grundlegenden Frage, die in diesem 16. Jahrhundert verständlich formuliert ward, der religiösen, gestellt haben.

Die Ehre und die Pein, der Hauptkampfplatz des großen Krieges zwischen dem neuen und dem alten Geist zu sein, wurde Deutschland zuteil. Hier dauerte das Ringen von 1517, dem Mönchshader um Luthers Thesen, wie die oberflächliche Tagesmeinung sie auffaßte, mit wechselndem Auf und Ab, bis es 1555 mit dem Augsburger Reli-

gionsfrieden und Reichsgesetz zu einem vorläufigen Abschlusse kam. Sehr wichtige politische Interessen hatten sich von vornherein dem religiösen gesellt und hätten es vielleicht ganz in den Hintergrund gedrängt, wenn nicht glücklicherweise der Führergeist selbst, Luther, für diese weltlichen Interessen keinen Sinn gehabt hätte. Der große Streit der Häuser Habsburg und Valois, der scheinbar alles überragende Machtbesitz des österreichischen Hauses und seines Hauptes, des römischen Kaisers Karl V., die Furcht der deutschen Territorialherren, des Papstes, der Franzosen vor dieser Macht, führte zu den seltsamsten politischen Konstellationen, geheimer Bundesgenossenschaft der Protestanten bald mit dem Kaiser gegen den Papst, bald mit dem Papste wider den Kaiser, lutherisch gesinnte Landsknechte im kaiserlichen Sold treiben ihre Possen in dem für den Kaiser eroberten Rom (1527); dazu die von Osten her gefährlicher drohende Türkengefahr, die mehr als einmal den Kaiser zwingt, das schon wider die Protestanten gezückte Schwert niederzusenken: das alles greift mit der Ausbreitung der neuen Meinungen zusammen, und so kommt es zuletzt zu einem sehr wunderbaren Schlußakte: der Kaiser hat die protestantische bündische Macht im Schmalkaldischen Kriege niedergeworfen und diktiert dem tiefgebeugten Deutschland 1548 das Religionsgesetz, sein Interim; seine Macht scheint unbegrenzt; aber wenige Jahre später scheucht ein kluger Politiker von geringer Macht den weltlichen Herrn der Christenheit flüchtig vor sich her und erzwingt so einen Vertrag, dem 1555 ein undisputierlicher Friede zwischen den beiden Religionsparteien, der *Augsburger Religionsfriede*, folgt. Soweit also war man in den vier Jahrzehnten gekommen, daß man erkannte, wie bis auf weiteres die Anhänger der Papstkirche und die Bekenner der Augsburgischen Konfession die von dem Papst und einigen grundlegenden Dogmen, auf denen diese Papstkirche ruhte, nichts mehr wissen wollte, sich vertragen mußten. Aber keine der zwei Parteien, deren jede gewiß war, die christliche Wahrheit und zwar allein und ausschließlich zu haben, verzichtete deswegen schon darauf, ihre Anschauung zur alleinherrschenden zu machen. Aus sich selbst heraus — das ist die Natur religiöser Meinungen — wird keine Kirche sich zu der Erkenntnis aufschwingen, daß sie die allein wahre nicht etwa *ist*, sondern nur zu sein meint und darum zu *werden* strebt, bis dahin aber andere neben sich dulden muß. Also blieb Kampf die Losung, bei welchem Aussichten und Kräfte ziemlich gleich gewogen waren. Die katholische Kirche, von ihrer Betäubung sich erholend, schritt bald wieder zum Angriff vor, und wie jede große Wendung im christlichen Europa im Laufe der Jahrhunderte einen Orden hervorgerufen hat, Benediktiner, Cluniazenser, Ritterorden, Bettelorden, so fand das 16. Jahrhundert die führende Heerschar des Katholizismus in dem neuen Orden der *Jesuiten* (1543).

Im ganzen aber war der Protestantismus in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts noch im Vordringen, freilich schon gehemmt durch die verhängnisvolle Spaltung in seinem Innern, den Gegensatz des Luthertums und des Calvinismus, während der Katholizismus sich eben der Neuerung gegenüber um so fester zusammenschloß und den vielen Bekenntnisschriften der Evangelischen gegenüber in den Satzungen des Tridentiner Konzils sein dogmatisches System ein für allemal abschloß. Er besaß an diesen Beschlüssen einen dogmatischen Kodex, in welchem über alle anders Lehrenden und anders Denkenden das „Anathema sit", „er sei im Banne" ausgesprochen war.

Der Riß ging mitten durch Deutschland; im Süden unseres Erdteils behauptete der Katholizismus seinen alten Boden und gewann einen guten Teil des ihm halb entrissenen zurück, im Norden überwog der Protestantismus; doch waren überall protestantische und katholische Gebiete größeren oder kleineren Umfangs im Gemenge, und also die Geschichte namentlich unseres Vaterlandes auf lange Zeit hin auf Haß und Streit, Gegensatz, Auflösung angelegt. Furchtbar wie diese Wirkung einer so schön begonnenen, so groß angelegten Bewegung war — man darf sie nicht beklagen. Die Losreißung eines großen Teils der Nation — und durch ihn einer Reihe von Nationen von der ihnen zur Lüge gewordenen Zwangskirche, die Zurückgewinnung eines reineren Christentums und der Möglichkeit einer unmittelbaren Berührung mit dem Göttlichen, die Versenkung in die ersten Urkunden der christlichen Religion, ihrer Aufrichtung als des allein maßgebenden Gotteswort — sie waren ein für keinen Preis zu teuer erkauftes Gut. Die entbundenen Gegensätze selbst, nicht bloß der große zwischen Katholiken und Protestanten, sondern auch die im Schoße des Protestantismus selbst, erzeugten durch ihre Reibung Licht, zwangen zu literarischem Kampf, zu etwas wie wissenschaftlicher Auseinandersetzung und namentlich zur Belebung und Besserung des Schulwesens, an welchem der Protestantismus, indem er dem Volke ein Buch in die Hand gab, ein unmittelbares Interesse besaß und das die alte Kirche nur wenig gepflegt hatte. Es konnte nicht ausbleiben, daß auf diesen Gebieten und dadurch nach und nach auf fast allen Gebieten des geistigen und bald auch des materiellen Lebens der Protestantismus das Übergewicht und die Führung erhielt. Zunächst freilich und noch lange lastete auf beiden Parteien der Wahn, als wenn das Christentum in ein System von Sätzen gefaßt sei, das dann als die reine oder wahre Lehre zur Seligkeit notwendig und also zu glauben sei, und daß dieses Glauben oder dieser Glaube, wie man weiter folgerte, mithin erzwungen werden müsse. Daß es in Gottes reicher Welt mehrere sogenannte Kirchen geben kann und geben muß und mithin die eine die andere, die Anhänger der einen die Anhänger der anderen dulden, anerkennen

sollten, daß sie beide oder wie viele es sein mögen, in allem guten Werke wetteifern und in vielem guten Werk zusammenwirken können — von diesem Gedanken war man noch weit entfernt. Es folgte eine Zeit schlimmen Vermengens geistlicher und weltlicher Dinge, die Zeit der Theologenwut, wie der sterbende Melanchthon gesagt, die Zeit der lutherischen oder calvinistischen Hofprediger und der jesuitischen Beichtväter, der abscheulichen gewaltsamen Religionswechsel in den Territorien nach dem jeweiligen Bekenntnis ihrer Landesfürsten, denen der augsburgische Religionsfriede die Religion ihrer Untertanen zu bestimmen anheimgegeben hatte. Immerhin aber: es war Friede und eine Zeit materiellen Gedeihens: und indem die Reformation die Landesfürsten mit einer kirchlichen Oberaufsicht, einem Summepiskopat, ausgestattet hatte, schärfte sie ihnen doch auch das Gewissen, brachte sie in eine unmittelbare Beziehung zu den religiösen Interessen ihrer Untertanen und vollendete überhaupt die Landeshoheit und mit ihr den mannigfaltigen selbstsüchtigen Interessen der Stände und Bevölkerungsklassen gegenüber die Einheit und den Nachdruck der Verwaltung und Regierung. Ein zweites, Wichtiges und Bleibendes und einer der Gründe der bald zutage tretenden geistigen Überlegenheit der protestantischen Bevölkerungen war die veränderte Stellung der Geistlichen zum Volke. Der protestantische Geistliche, der als Familienvater die ernsthaften Pflichten und Sorgen des Familienlebens mit den Gliedern seiner Herde teilte, seiner Gemeinde die Bibel auslegte, genötigt, nach Abschaffung der bunten Pracht der Zeremonien den Gläubigen in der Predigt dafür einen Ersatz zu bieten, war tatsächlich seiner Gemeinde sehr viel mehr, als der katholische Priester der seinigen gewesen war und hatte sein können. Vor allem aber: in diesen evangelischen Pfarrhäusern bildete sich eine Tradition der Frömmigkeit und der Bildung, ein geistiges Kapital, das sich vererbte und vermehrte: der katholische Priester, wie hoch er persönlich stehen mochte an Geist und Bildung nach seiner Weise, hinterließ keine natürlichen Erben dieser Güter, und die Folgen dieser Unfruchtbarkeit, die Wirkungen des Priesterzölibats, liegen jetzt, nach 400 Jahren, aller Welt sichtbar zutage.

Auch in den übrigen Ländern entschied sich noch im Laufe dieses Jahrhunderts das Verhältnis der alten Kirche und des neuen Glaubens. In Italien und Spanien behauptete sich, und ohne Kampf, die alte Kirche, dort ein buntes und fröhliches, hier ein düsteres und fanatisches Christentum — Glaube und Aberglaube. Philipp II. von Spanien, der Sohn Karls V., ohne die universelle Stellung seines Vaters, war das gefürchtete Parteihaupt des Katholizismus und zertrat unerbittlich und leicht die sehr spärlichen Keime protestantischen Denkens, die irgend ein Zufall über die Pyrenäen getragen hatte, während die deutsche Linie des habsburgischen Hauses, Ferdinand I.,

Maximilian II., Rudolf II., teils freiwillig, teils notgedrungen mit dem protestantischen Element paktierten. Einen schweren Kampf kämpften die beiden Parteien in Frankreich. Hier hatte das Evangelium, und zwar in der strengen Form und Fassung, die ihm der Pikarde Jean Chauvin gegeben, Eingang unter dem Adel und einem Teil des Bürgertums gefunden, und der politische Gegensatz gegen das Haus Habsburg, Österreich und Spanien, machte nicht selten deutsche Protestanten, ja in gewissem Sinne den ganzen deutschen Protestantismus zum Verbündeten der französischen Krone. Allein wenn es hier vor allem angezeigt schien, daß sich die Parteien unter bestimmten gesetzlichen Bedingungen vertrugen, so war doch von einem solchen zu dauerndem Frieden Sichvertragen hier noch weniger als in Deutschland die Rede. In mehr als 30jährigem heftigem Ringen um die Herrschaft, in einer Kette von Religions- und Bürgerkriegen unter Heinrich II., Franz II., Karl IX. und Heinrich III. erhitzten sich die Leidenschaften, und ein Zustand trat ein, den ein unbeteiligter Zuschauer mit den Worten bezeichnet, daß jedermann in einer Art von Wut sich befunden habe, und bei dem die sittlichen Begriffe sich dergestalt verdüsterten und verwirrten, daß der Meuchelmord wie ein erlaubtes Regierungsmittel oder selbst wie eine religiöse Großtat erschien. Ein Glück war, daß in diesem Lande neben dem geistlichen Fanatismus, der sich Religion nannte, noch eine andere Religion in den Tiefen des Volks lebendig war, die des Königtums. Ein Hugenotte, Heinrich IV., war, als der letzte Valois ein Opfer der Parteiwut geworden war (1589), der rechtmäßige König, und als er im rechten Augenblick zur alten Kirche zurücktrat, wurde es ihm leicht, zu seinem Recht zu gelangen und eine Politik der Wiederherstellung und Heilung in dem schwer heimgesuchten Lande zu beginnen. Das Edikt von Nantes (1598), in demselben Jahre erlassen, in dem Philipp II. sein verderbliches Leben schloß, bezeichnet einen großen Erfolg des Toleranz- und Staatsgedankens. Mehr als in Deutschland war erreicht: in einem großen in sich abgeschlossenen Lande war eine erste Bresche gelegt in den verkehrten Grundsatz der Glaubenseinerleiheit aller Untertanen.

Und schon war, zehn Jahre früher, an anderer und höchst wichtiger Stelle Europas ein großer Sieg des protestantischen Gedankens gewonnen: zwei große Staaten auf den Protestantismus gegründet, England und die Republik der Vereinigten Niederlande, so daß nunmehr, da in Skandinavien das Evangelium längst gesiegt hatte, der ganze Norden protestantisch war. Hier in den skandinavischen Ländern siegte die neue Lehre ziemlich rasch, in Dänemark mit Norwegen seit 1527, in Schweden im gleichen Jahre auf dem Reichstag zu Westerås: in beiden Ländern verband sie sich mit dem Interesse einer neuen Dynastie. Gegen Ende des Jahr-

hunderts ward hier ein Versuch von Polen her, den katholischen Zweig der Wasa auf den schwedischen Thron zu bringen und so dem Katholizismus zurückzugewinnen, vereitelt, und es waren somit die Länder der einstigen kalmarischen Union zwar nicht wieder vereinigt, aber alle drei dauernd dem Luthertum gewonnen. Ein überaus großer Verlust für den Katholizismus war die Losreißung der nördlichen Niederlande von ihrer Verbindung mit der spanischen Krone. Hier machte in der Tat die Torheit politischen und kirchlichen Hochmuts ihr Meisterstück. Das Regiment des Herzogs Alba in diesem Lande von 1567 bis 1573 ist beinahe typisch geworden für die Art, wie man es angreifen muß, um ein großes Land zu verlieren. 1581 endlich sagten die sieben nördlichen Provinzen ihrem hispanischen Tyrannen förmlich den Gehorsam auf, und mittlerweile war auch in England die Los-von-Rom-Bewegung zu einem vollen Siege gelangt. Sie begann auf sehr wenig ehrenvolle Weise durch einen König von nicht geringen Fähigkeiten, aber ungewöhnlicher Niederträchtigkeit des Charakters, Heinrich VIII. Er erreichte, was er wollte, das Weib, nach dem er begehrte, die Unabhängigkeit seiner Krone vom Papst und die Konfiskation eines reichen Kirchenguts. Beim zweiten hatte er sein Volk in großer Mehrheit, beim dritten seinen Adel für sich, mit dem er die Beute teilte: zunächst aber trat ein abscheulicher Zustand ein, der glücklicherweise nahezu ein Einzelfall im Leben der europäischen Völker ist und den ein englischer Geschichtschreiber treffend mit den Worten ausdrückt, daß an denselben von diesem Tyrannen aufgerichteten Galgen Protestanten und Katholiken hingen, jene, wenn sie die Transsubstantiation, diese, wenn sie die Suprematie des Königs über die Kirche von England leugneten. Die elf Jahre nach seinem Tode (1547) wurden durch einen zweimaligen jähen Wechsel bezeichnet: das Land wurde protestantisch unter dem minderjährigen Eduard VI. und fiel 1553 unter der Königin Maria wieder in den Katholizismus zurück. Auch diese Heimsuchung ging vorüber, und die Nachfolgerin der Frau, die aus ihrer in jeder Hinsicht unfruchtbaren Ehe mit dem spanischen Philipp keine Kinder hatte, ihre Halbschwester Elisabeth, traf das Rechte: ein Kirchentum, dessen Glaubensgrundlage evangelisch war, dessen Verfassung und Kultus aber die alten, der Menge wie der vornehmen Welt imponierenden Namen und Formen, die Bischöfe und Erzbischöfe, die Kreuze und die Kerzen und die Kniebeugungen beibehielt. Das Los-von-Rom aber war und blieb eine unwiderrufliche Tatsache, und es traf sich glücklich, daß die Feindschaft gegen Rom und mithin gegen Spanien dieser Königin gewissermaßen in der Wiege mitgegeben war. Sie war Königin nur nach dem neuen, dem protestantischen Recht, denn nach katholischem war die Ehe, der sie entsprossen, illegitim und verbrecherisch: nach dieser katholischen Rechtsanschauung war Maria Stuart, die Königin

der Schotten, die rechtmäßige Königin. Ein widriges Geschick und eignes Verschulden lieferte diese in Elisabeths Hände: in ihrem Gewahrsam war sie der Mittelpunkt spanisch-papistischer Verschwörungen und 18 Jahre lang, selbst als Gefangene, war sie eine stete Gefahr für Elisabeth, bis endlich in demselben Jahrzehnt, in dem der Prinz von Oranien (1584), die beiden guisischen Brüder (1588) und König Heinrich III. von Frankreich ermordet wurden, das Volk von England selbst seine Königin als zu einer notwendigen Kriegs- und Selbsterhaltungsmaßregel drängte, der Gegnerin den Prozeß zu machen, in deren Namen abermals eine Mordverschwörung die Ruhe des Landes gestört hatte, und dem Rechte — es war das Kriegsrecht — seinen Lauf zu lassen (1587). Ein letzter großartiger Versuch, die beiden von Rom gelösten Staaten zu überwältigen, wurde, mit jener Hinrichtung einer katholischen Königin oder Prätendentin im Zusammenhange, ein Jahr später von Philipp II. mit dem Segen des Papstes Sixtus V. unternommen. Er scheiterte, ohne daß es zu einer eigentlichen Schlacht gekommen wäre, und dieses gesegnete Jahr 1588 gab den beiden auf die Freiheit und den Protestantismus gegründeten Staaten, England, England mit Schottland, und den Niederlanden, das Gefühl der Sicherheit und der Unbesiegbarkeit, unter dem sie aufblühten. Rasch entfaltete sich auf geistigem wie auf materiellem Gebiet ihre Überlegenheit, und auf allen Meeren fanden Engländer wie Niederländer die Schauplätze wirksamer Bekämpfung der spanischen Macht.

Mit diesem großen Siege des neuen Glaubens und der neuen Prinzipien, einem mittleren und halben in Frankreich, einem vollen und ganzen in den Niederlanden und in England, ging dieses 16. Jahrhundert, das, wenn man die Jahrhunderte wie Berghöhen messen und bezeichnen dürfte, zu den Hochgipfeln gerechnet werden müßte, zu Ende. Es zeigt eine ungewöhnliche Zahl bedeutender Menschen auf den verschiedensten Gebieten, vornehmlich doch deswegen, weil die religiöse Bewegung die Völker und die Seelen der einzelnen in ihren Tiefen ergriffen hatte. Es war eine Zeit, in der es mit dem ganzen oder halben Verleugnen, der Gleichgültigkeit, dem feigen Sichschicken und Bequemen nicht mehr ging, wo der Mann und wo auch die Frauen eine Überzeugung haben und für sie einstehen mußten nicht bloß mit Worten, sondern mit Leib und Leben, mit Haus und Gemach — mit Gut, Ehr, Kind und Weib, wie es in Luthers mächtigem Kriegslied aus dem Jahre 1530 heißt — und mit dem Bewußtsein voller Verantwortlichkeit vor Gott für Zeit und Ewigkeit. So war diese Zeit mit ihren großen ethischen Kräften in Wahrheit eine Zeit der Wiedergeburt des europäischen Lebens, an deren Betrachtung man sich erbauen darf, wie furchtbar sie auch im einzelnen durch die schreckliche Energie ihrer Einseitigkeiten uns

Späteren erscheinen mag. Vergessen wir übrigens nicht, daß auch in solchen Zeiten das Tages- und Werktagsleben sein Recht behält — daß gesät und geerntet, geschaffen, erworben wird, daß das Leben der Menschheit in stillen Tiefen weit unter der wallenden Oberfläche fortschreitet, und daß die bei weitem größte Zahl der Menschen von den großen Kämpfen, selbst denen der Waffen, geschweige denen des Geistes, nur mittelbar berührt wird.

Sehr im Gegensatze zu dem an schaffenden Kräften so reichen 16. Jahrhundert stellt sich das 17. dar. Im 16. Jahrhundert hatte es sich wirklich um Fragen der Religion gehandelt: im 17. war, was damals in lebendigem Fluß gewesen, bei vielen und vor allem in den Kreisen, welche die Führung hatten, zu einer unfruchtbaren und deshalb zank- und verfolgungssüchtigen Orthodoxie erstarrt; Luthertum und Calvinismus standen sich gegenüber, als wenn das Heil jeder Menschenseele davon abhinge, welche Formel, verstanden oder unverstanden, einer sogenannten Lehre vom Abendmahl man nachspreche. Im Katholizismus aber war der große Zug, der früher die allgemeine Kirche als die große Heilsanstalt auf Erden geadelt hatte, mehr und mehr verschwunden, und der Jesuitismus mit seiner auf den Kampf gestellten wirksam aber geistlos militärischen Organisation, seiner unfreien Afterwissenschaft, seiner dem Geist des Christentums gänzlich entfremdeten Sittenlehre überwog: beiden Bekenntnissen gemeinsam aber war der greuliche Hexenwahn — wohl die schrecklichste Verirrung der nachchristlichen Zeit — der seine Opfer nach Tausenden zählte und dessen Scheußlichkeiten so zum Himmel schrien, daß sich endlich auch auf der Erde die Bekämpfer fanden. Das Unglückslos in diesem Jahrhundert zog Deutschland. 30 Jahre lang war es Schauplatz und zum guten Teile Kampfpreis eines Krieges, der in Wahrheit ein verworrener Knäuel von Kriegen, zugleich Bürgerkrieg, Religionskrieg, internationaler Krieg war. Er vernichtete den materiellen Wohlstand, den Deutschland in den 60 Friedensjahren zwischen 1555 und 1618 gesammelt hatte, gründlich, und vielleicht niemals ist die bloß zerstörende Seite des Krieges furchtbarer in die Erscheinung getreten. Dieser materielle Schaden aber, den auszuheilen zwei Jahrhunderte erfordert hat, war aber gleichwohl der geringste: ganz unheilbar erschien auf den ersten Blick der moralische und der politische. Die politische Einheit, der Charakter als Staat, war dem römischen Reich deutscher Nation in diesem Kriege vollends abhanden gekommen, das Kaisertum nur noch ein Name und eine Geschäftsstelle für gewisse Rechtsakte; der Reichstag, schwerfällig an sich, nunmehr doppelt gelähmt durch die beinahe vollständig gewordene Souveränität der Territorialstaaten, denen das fast unbedingte Recht, Bündnisse zu schließen, in demselben Augenblicke eingeräumt wurde, in dem fremde Mächte, Frankreich und Schweden, in den Reichs-

körper sich eingedrängt hatten: wozu dann die Bestimmung kam, daß in Religionsfragen der Reichstag überhaupt keinen Beschluß mehr fassen und keine Mehrheit bilden konnte, weil in diesen Fragen zwei corpora, eine katholische und eine evangelische Körperschaft, sich gegenüberstanden, zwischen denen nur eine nicht gerade leicht zu erreichende Verständigung, nicht aber eine klare Entscheidung durch Mehrheitsbeschlüsse möglich war. Gleichwohl lag in diesem Westfälischen Frieden (1648) ein großer Fortschritt besiegelt, wie traurig immer seine Festsetzungen dem späteren Betrachter erscheinen mögen. Einmal: es war nicht gelungen, eine der beiden sich befehdenden Konfessionen oder Kirchen zur alleinherrschenden zu machen, und dies bedeutete naturgemäß eine schwere Niederlage eben für diejenige Religionspartei oder Kirche, bei welcher der Anspruch, die allgemeine Eine katholische nicht bloß zu heißen oder zu werden, sondern zu sein, am hochmütigsten aufgetreten und am längsten festgehalten worden war. Man mußte wohl oder übel zusammenleben, die religiösen Leidenschaften hatten sich doch bis zu einem gewissen Grade ausgetobt, und man wendete sich notgedrungen — denn der Krieg, sagt der alte Geschichtschreiber, ist ein gewaltsamer Lehrer — fruchtbarerer Tätigkeit zu. Und vor allem: eine ganze Anzahl jener sterilen geistlichen Territorien, Bistümer, Abteien, unter denen schon die Reformation des 16. Jahrhunderts stark aufgeräumt hatte, war dem wie eine Art Naturgesetz wirkenden geschichtlichen Gesetz, dessen Krönung wir in unserem Jahrhundert in der Beseitigung des Kirchenstaates gewahren, anheimgefallen und war verschwunden. Endlich aber war die Übermacht des Hauses Habsburg endgültig gebrochen, und damit für gesundere Staatsbildungen auf deutschem Boden Luft und Licht geschaffen. Das Kaisertum in diesem Hause, dessen letzte Sprossen ganz dem jesuitischen Geiste verfallen waren, bedeutete das Gegenteil wirklichen Fortschritts: je machtloser das Kaisertum in diesem Hause war, desto besser. Das Heil konnte nur von den Territorialstaaten kommen.

Von diesen Territorialstaaten war der umfangreichste und kraftvollste das Kurfürstentum Brandenburg, und dieser Staat, dessen Fürsten außer seinem Kernland, den Marken, noch mehr oder minder ansehnliche Stücke im Osten, Westen und Süden Deutschlands und wertvolle Ansprüche an weitere Gebiete für die Zukunft besaßen, hatte das Glück, seit dem Jahre 1640 von einem charaktervollen, geistig bedeutenden Mann regiert zu werden, den sie mit Recht den großen Kurfürsten nennen. Dieser Staat war vor allem protestantisch und war es seit 1613 in einem besonderen Sinne: in diesem Jahre war sein Kurfürst Johann Sigismund aus innerer Überzeugung dem reformierten Bekenntnis beigetreten, derjenigen Form des protestantischen Christentums, die dem starr gewordenen und äußerst

beschränkten Luthertum gegenüber dem evangelischen Geiste und der Religion der ältesten Gemeinde, der Religion Jesu Christi, verhältnismäßig näher und treuer geblieben war. Er machte einen großen Fortschritt, indem er von vornherein auf den Versuch verzichtete, seinen lutherisch gesinnten Untertanen gegenüber, welche die Mehrheit bildeten, den Grundsatz, daß der Landesherr über die Religion seines Landes bestimmen dürfe, zur Geltung zu bringen. Dagegen verkaufte das sächsische Haus kurz vor dem Jahrhundertschlusse sein protestantisches Erstgeburtsrecht um ein Linsengericht: um König von Polen werden zu können, trat Kurfürst Friedrich August zum Katholizismus über, und die Führerstelle im corpus Evangelicorum gelangte an Brandenburg. Dieser Staat, dem so immer größere Aufgaben zuwuchsen, war stark, aber er befand sich in sehr ausgesetzter Lage und war von Gefahren umringt, die ihn zwangen, seine Kräfte zusammenzunehmen — für Menschen und Staaten das beste, was ihnen die Vorsehung gewähren kann.

Dies, die Schöpfung des brandenburgisch-preußischen Staates, der mit dem Jahre 1657 das lästige Vasallenverhältnis, in welchem das Land Preußen zur Krone Polen stand, abschüttelte, war der eine große Erfolg der zweiten Hälfte des Jahrhunderts: der andere war die endgültige Zurückwerfung der osmanischen Türken, das große Verdienst des habsburgischen Hauses oder des habsburgischen Staates. Im Jahre 1683 erschien zum letztenmal ein Türkenheer vor Wien, und der 12. September war der denkwürdige Tag, an dem dem Islam sein „Bis hierher und nicht weiter" gesprochen wurde. Das westliche Europa war endgültig befreit, ein glücklicher Feldzug folgte dem anderen, und im vorletzten Jahre des Jahrhunderts wurde der Friede von Carlowitz geschlossen, welcher der orientalischen Frage eine andere Gestalt gab (1699). Die Offensivkraft des Islam war auch hier im Osten gebrochen.

Dagegen minderte sich für Deutschland die Verteidigungskraft gegen Westen, da die kaiserliche Politik diese ganze Zeit her genötigt gewesen war, nach zwei Seiten, gegen die Türken und gegen die Franzosen Front zu machen.

Hier im Westen zeigte sich vor allem, daß das Weltalter Spaniens vorüber war. Die spanische Linie des habsburgischen Hauses verlor 1640 Portugal wieder, das ihm 1581 zugefallen war und in den westfälischen Friedensschlüssen mußten die Vereinigten Niederlande als unabhängiger Staat ausdrücklich anerkannt werden. Der große Krieg verschwendete hier seine Lehren vergebens: die Nation verstrickte sich nur immer mehr in ihrer religiös-politischen Borniertheit: als bei einer diplomatischen Verhandlung im Jahre 1654 der Mann an der Spitze der englischen Regierung für die in den spanischen Kolonien handeltreibenden Engländer Nichtbelästigung durch

die Inquisition verlangte, antwortete ihm der Gesandte Philipps IV., daß er ebensogut seines Königs beide Augen würde verlangen können. Der gefährlichste Gegner Spaniens wurde Frankreich, das knapp zwei Generationen früher durch die in seinen Eingeweiden wütenden Religionskriege in Gefahr gewesen war, eine spanische Sekundogenitur zu werden. Den richtigen Weg für die französische Politik hatte Heinrich IV. gewiesen, der, um seine Königspflicht erfüllen zu können, zur Kirche der großen Mehrheit seiner Untertanen übergetreten war, und sein Nachfolger Ludwig XIII. fand an einem Kardinal der römischen Kirche, Richelieu, den vorurteilslos-genialen Staatsmann, der mit kraftvoller Hand den Staat im Staate, die hugenottische Korporation, niederwarf und niederhielt, ihnen aber zugleich die Ausübung ihrer Religion als Untertanenrecht beließ und mit gleich starker und gerechter Hand auch jeden anderen Widerstand gegen die königliche Vollgewalt, das hieß die Staatsgewalt, brach, mochte dieser Widerstand sich auch noch so katholisch gebärden. Im Dreißigjährigen Kriege nahm Frankreich zuerst mittelbar durch die Verbindung mit Schweden, seit 1635 unmittelbar am Kampfe teil und erntete 1648 die Früchte. Seitdem lag ihm in Deutschland die Beute bereit.

Die zweite Hälfte des 17. Jahrhunderts pflegt man das Zeitalter Ludwigs XIV. zu nennen: mit Recht. Seine Bedeutung für Frankreich zunächst lag darin, daß er den monarchischen, auf durchgreifend wirkende Staatseinheit gerichteten Trieb und Drang, der durch die ganze französische Geschichte geht, zum Abschluß führte. Er gab dem königlichen Regiment Bedeutung durch seine Persönlichkeit. Er war fleißig und hatte Freude nicht bloß am königlichen Schein, sondern auch an der königlichen Arbeit; er machte Frankreich zu einem wohlverwalteten, stets schlagfertigen Staat, schuf ein Heer und eine Verwaltung, die im damaligen Europa nicht ihresgleichen hatten, eine Justiz, die jeden Untertan, auch den höchststehenden, erreichte, förderte von genialem Rate unterstützt durch eine wohlberechnete Handelspolitik und Anlegung von Land- und Wasserstraßen die erwerbende Tätigkeit des Volkes. Diesem System, dem alles Widerstrebende sich beugen mußte oder sich freiwillig einfügen ließ, wußte er auch die Kunst und die Wissenschaft dienstbar zu machen, obwohl er selbst in dieser Richtung ein durchaus gebundener Geist war: er bewies dies letztere durch die Aufhebung des Edikts von Nantes (1685), das die weisere Staatskunst Richelieus hatte bestehen lassen. Zum Glanze dieses Königtums, eines französischen, romanischen, gehörten auswärtige Kriege, in denen es sich gewaltig Raum machte. Die Friedensschlüsse von 1659, 1668, 1678/79, 1697, Pyrenäen, Aachen, Nymwegen, Ryswick, beschlossen meist glücklich durchgeführte Kriege, die, gegen Spanien, den Kaiser, die Niederlande, England gerichtet, ihn allen diesen Staaten furchtbar und zum beherrschenden

Mann der Epoche machten. Um 1680 stand er auf der Höhe seiner Macht und Unwiderstehlichkeit. Aber schon der letzte Friedensschluß, den er annahm, nachdem er neun Jahre lang mit den Machtmitteln des von ihm zu höchster Wirkung gebrachten Einheitsstaats gegen eine furchtbare Koalition gekämpft hatte, zeigte, daß andere, unabhängige Kräfte in der Welt sich mittlerweile auf ihre Weise Bahn gebrochen hatten und auch ihrerseits zu einer Art Abschluß gekommen waren.

In derselben Zeit, wo sich auf dem Festland die absolute Fürstengewalt, der fürstliche Absolutismus, vollendete, das Beispiel Ludwigs XIV. allenthalben Nachahmer fand und auch ohne dieses Beispiel sich wie von selbst die Staatsallmacht, der Staatsgedanke in der Person eines Fürsten oder leitenden Ministers gleichsam verkörperte — in derselben Zeit endigte in England der Ringkampf zwischen den Prärogativen der Krone und den Privilegien des Parlaments mit einem vollen Siege des letzteren. Das Ereignis vollzog sich in zwei Revolutionen, unter dem Zweiten und dem Vierten des Hauses Stuart, 1649 und 1688.

Die erste dieser Revolutionen oder der erste Teil der einen Revolution vollzog sich durch einen langen und schweren Kampf, wie er einem Volke, das zur Freiheit erzogen werden soll, selten erspart wird, und er wurde von beiden Seiten in schwerem Ernst und mit vollem Bewußtsein der Siegespreise durchgefochten. Aus diesem Kampfe, der vom Regierungsantritte Karls I., 1625, bis zu seiner Enthauptung 1649 dauerte, ging England als Großbritannien, in Vereinigung der drei Reiche, als Republik und vor allem erst als ein wirklich und unanfechtbar protestantischer Staat hervor, dessen besonderes Glück es war, daß er in Oliver Cromwell einen Mann an die Spitze zu stellen hatte, der seinen Herrscherberuf, seine echte Gottesfurcht und seinen wahrhaft königlichen Geist zunächst dadurch bewies, daß er, der Mann des Schwertes, der militärischen Macht, die ihn erhoben hatte, die bürgerlich-parlamentarische zur Seite stellte, diese durch jene, jene durch diese in gutem Geleise zu halten suchte; und zum andern dadurch, daß er, der Landedelmann von Huntingdonshire, die von seinem dritten Parlament ihm angebotene Königskrone ablehnte: eine Krone, die jeden gemeinen Ehrgeiz unwiderstehlich angelockt, ihm aber seine große Aufgabe nur erschwert hätte. Unter ihm fand Großbritannien seine wahre Bestimmung: gewaltig zur See sich aufschwingend befolgte das Reich unter ihm die ihm von der Vorsehung gewiesene Politik des protestantischen Führerstaats, bekämpfte, mit Frankreich verbündet, die Spanier, überholte die niederländische Republik, mit der es in energischen Wettbewerb zur See trat, da der kühne Gedanke Cromwells, die beiden auf Freiheit und Protestantismus gegründeten Staaten

zu einem Gemeinwesen zu verschmelzen, an der Sprödigkeit scheiterte, mit der die Völker, kleine und große, ihren Staat in seiner Selbständigkeit festzuhalten pflegen, auch wo eine Verbindung mit einem anderen gleichgearteten die größten Vorteile verhieße. Dieser große Mensch ferner war der erste, der, obwohl selbst ein Mann von sehr ernster und eifriger Religiosität und von sehr bestimmten Glaubensüberzeugungen, doch grundsätzlich Toleranz übte. „Ich will nicht, weder mittelbar noch unmittelbar, irgend eine Person belästigen, die an Christus zu glauben erklärt," lautete eine Stelle im Eid des Gouverneurs einer der englischen Kolonien in Nordamerika, eine neue Weisheit, und die in Europa bis auf diesen Tag noch und wie oft vergeblich gepredigt werden muß — Cromwell übte sie tatsächlich, nicht bloß in Worten. Und dies war um so höher anzuschlagen, als es ihm durch keinerlei Schwäche, Furcht oder politische Hintergedanken diktiert war, wie dies später unter dem dritten und vierten Stuart geschah, und als er sehr klar zu unterscheiden wußte, was Religion — Bedürfnis und Verlangen der einzelnen Menschenseele nach einem unmittelbaren Verhältnis zu Gott — und was Trübung und Fälschung der Religion durch Politik und Leidenschaft war. Als eine Art Programm, dessen Richtigkeit jedes der letzten Jahrhunderte bestätigt hat, sprach er es vor seinem Parlament aus: „Die blanke Wahrheit ist — schließet einen Vertrag mit einer papistischen Macht, so seid ihr gebunden, und sie sind frei."

Er hatte zunächst keinen ihm ebenbürtigen Nachfolger. Der rechtmäßige König kehrte zurück, und eine frivole Restaurationsregierung folgte, unter der die große Stellung, die Oliver dem Lande gegeben, wieder verloren ging. Aber während der König zum heimlichen Pensionär Ludwigs XIV. herabsank und für eine Handvoll Silberlinge für die Rekatholisierung seines Landes zu wirken übernahm, behauptete und betätigte sich mächtig der protestantische Geist, allerdings in der Gebundenheit der anglikanischen Kirche, die aber doch dem Papismus gegenüber ihre Macht und ihr eigentümliches Leben mit Nachdruck aufrecht hielt. Karls II. Nachfolger, Jakob II., war, im Gegensatz zu seinem Bruder, der erst, als es zum Sterben ging, nach einem römischen Priester verlangte oder sich ihn gefallen ließ, ein ehrlicher, offener, beschränkter Katholik, und er ging geradenwegs darauf los, mit Hilfe seines Verbündeten und Versorgers, Ludwigs XIV., England wieder der alleinseligmachenden Kirche zuzuführen. Er war aber ein so vollendeter Tor, daß er über dem überaus ungeschickt angelegten Versuche die Krone verlor. Ohne daß er es merkte oder glauben wollte, bildete sich unter den Großen der beiden Parteien im Lande eine Verbindung, die seinen Eidam, den großen Gegner Ludwigs und Vorkämpfer der europäischen Koalition, die sich wider diesen bildete, Wilhelm von Oranien, an

der Spitze einer protestantischen Kriegsmacht vom Festland herüberrief, und dieser, ein würdiger Nachfolger der Elisabeth und Cromwells, vereinbarte mit den zu einem Notparlament, einer Konvention, zusammenberufenen Mitgliedern früherer Parlamente das neue Königtum, das nunmehr der Grundstein und Schlußstein der englischen Verfassung wurde. Die Engländer nennen diese Verfassung, die nicht aus einem geschriebenen Blatte, sondern aus einer Reihe großer historischer Akte besteht, deren Ergebnisse in einigen bedeutungsvollen Urkunden niedergelegt sind, ihre „glückliche Verfassung", und diese letzte Umwälzung, bei der kein Blut vergossen wurde, ihre „glorreiche" Revolution: und so schloß dieses Jahrhundert, in dem auf dem Festlande allenthalben die strengmonarchische Regierungsweise sich vollendete, an diesem einen Punkte, auf dieser Insel, mit einem großen Erfolg der Freiheit. Im Frieden von Ryswik mußte Ludwig XIV., der höchste Vertreter des absoluten Königtums, seinen großen Gegner als den rechtmäßigen König von Großbritannien anerkennen.

In jenem gleichen wichtigen Jahre 1689, in dem jene glorreiche Revolution und die parlamentarische Verfassung Englands zum Abschluß kam, geschah am entgegengesetzten, östlichen Ende Europas ein weltgeschichtliches Ereignis von größter Tragweite: der Antritt der Regierung im Russenreich durch Peter den Großen und damit der Eintritt dieses russischen Slawenreichs in die Geschichte Europas. Der Riesenkörper dieses Reichs war seither der Schauplatz einer Geschichte gewesen, die im Grunde nur uneigentlich diesen Namen führt: hier ist nichts von Entwickelung und wirklichem Fortschritt. Die Namen von vier Städten: Nowgorod, Kiew, Moskau, Petersburg, bezeichnen ungefähr den Weg, den die Nation in einem Jahrtausend zurückgelegt hat. Als im 10. Jahrhundert, ähnlich wie heute in Japan, die große Frage auftauchte und verständig erwogen wurde, ob das Volk statt seines bisherigen Heidentums das Christentum oder den Islam annehmen solle und diese Frage zugunsten des Christentums entschieden war, das berauschende Getränke nicht so unbedingt wie der Islam verbietet, da war es die griechische Kirche, welcher das Volk beitrat, und dadurch schloß es sich bis auf diesen Tag von der lebendigen Berührung mit dem westeuropäischen Geistesleben aus, wie es denn z. B. an der so folgenreichen Bewegung der Kreuzzüge ebensowenig wie an der Reformation des sechzehnten Jahrhunderts Anteil hatte. Im dreizehnten Jahrhundert wurde das Land durch das furchtbare Unheil des Mongolensturms heimgesucht, der seine Fürsten zinsbar machte und eine lange Knechtschaft heraufführte, die ihre tiefen Spuren im Charakter des Volks, und fast möchte man sagen, des Landes selbst zurückließ. Für die Freiheit im westeuropäischen Sinn ist dieser ungeheure Raum

mit seiner zahlreichen Bevölkerung also verloren; der Begriff des Gesetzes fehlt ihr, die nur den Willen des Zaren kennt. Die Kirche hat sich in eine noch unfruchtbarere Orthodoxie als die römische festgefahren, und auch der Herrscher dieser neuen Zeit, Peter Alexiewitsch, den man allerdings insofern mit Recht den Großen nennt, als er selbst der Bildungseifrigste wo nicht allein Bildungseifrige unter seinem Volke war, auch Peter der Große konnte aus dem Westen nur Fertigkeiten, Bedürfnisse, äußerliche Werte, nicht aber befruchtende Ideen einführen.

Und doch hatte eben in dieser zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts im Westen auf den Gebieten des Wissens und Denkens emsige und fruchtbare Arbeit aufs neue angesetzt. Die Philosophie, die Rechtfertigung des Denkens vor sich selbst, begann aufs neue höheren Flug und fing sehr ernstlich an, sich von der Kirche zu befreien, wenn auch die Philosophen selbst, Cartesius, Leibniz, sich mit den Mächten und Mächtigen der Kirche und des Staates zu stellen wußten. Völlig unabhängig von Gunst und Furcht baute in dem Lande, das am frühesten den Ruhm besaß, freie Meinungen zu dulden, in Holland, der tiefdenkende Jude Baruch Spinoza sein pantheistisches System. Zwei Wissenszweige aber wurden erst in diesem Jahrhundert recht in Angriff genommen, die Naturwissenschaften und die Wissenschaft vom Staate. Das Jahrhundert zählte noch nicht viele Jahre, als in Holland das Fernrohr erfunden wurde, und zwei große Astronomen, der Pisaner Galilei und der Deutsche Kepler, konnten schon über den mundus Jovialis, die Jupiterwelt, und über den von der Sonne entferntesten Planeten Saturn miteinander korrespondieren. Es ist bekannt genug, daß jener im Jahre 1632 die ketzerische Ansicht von der Bewegung der Erde um die Sonne und damit zusammenhängende Ketzereien abschwören mußte. Aber die geistige Welt bewegte sich doch, und sie bewegte sich nicht mehr in den Geleisen, welche die Kirche vorschrieb; zum Glück gab es deren mehrere, nicht mehr bloß die eine der Scholastik. 1625 schrieb der englische Arzt Herwey über die Bewegung des Herzens und des Blutes, im Todesjahr Galileis (1642) ward Isaak Newton geboren, der noch in jungen Jahren die Gravitationslehre entdeckte und im Jahre 1687 die mathematischen Grundzüge der Naturphilosophie erscheinen ließ. Schon fehlten die Fürsten nicht, die sich, tiefer oder seichter, für diesen Fortschritt interessierten. Akademien entstanden: in London 1660 die Royal Society, die von dem Dilettantismus Karls II. begünstigt wurde und schon den stolzen Wahlspruch führte, der das Programm der wissenschaftlichen Forschung gegenüber der Oberflächlichkeit und dem Unfehlbarkeitsdünkel der verschiedenen Orthodoxien bildet — Nullius in verba, auf niemands Worte zu schwören verpflichtet; im gleichen Jahre, dem ersten der selbständigen

Regierung Ludwigs XIV., zu Paris die Academie des Sciences, der eine Reihe andere folgten. Nicht minder richteten sich denkende Geister auf Wesen und Ursprung des Staates, was notwendig zur geschichtlichen Forschung führen mußte, die eine noch bessere und wirksamere Waffe gegen den Obskurantismus ist als selbst die Naturerkenntnis. Es waren Engländer, Deutsche, Niederländer, die in engem Zusammenhang mit den wechselnden Geschicken ihrer Länder die ersten Hammerschläge oder Spatenstiche taten, Milton, Hobbes, Locke, Pufendorf, Philipp von Chemnitz, Hugo Grotius. Doch war die Wirkung dieser Werke langsam und wenig augenfällig. Sie wurden weit überstrahlt durch den Glanz und Schimmer der literarischen Größen, die sich am Throne Ludwigs XIV. versammelten. Alle diese Größen aber, die Dramatiker und die Kanzelredner, die Satiriker und die Fabeldichter, vielleicht und kaum mit Ausnahme Molières, haben keine unmittelbare Bedeutung für die Gegenwart mehr. Man liest oder man studiert sie nicht um ihrer selbst willen, wie man Shakespeare und selbst Milton liest: aber sie haben, verbunden mit anderen, der französischen Sprache ihr abschließendes Gepräge gegeben und sind nicht bloß für die Höfe, sondern für die leitenden Kreise der Gesellschaft überhaupt die Vorbilder hinsichtlich der Ausdrucks- und vielfach auch der Denkweise geworden. Ohne Zweifel hat diese Literatur nach dieser Seite, der Seite der guten Formen und des guten Tons, ihre großen Verdienste gehabt, aber sie war unfrei und unwahr wie der Monarch, dessen Glanz und Verherrlichung sie diente: und eben dieser in einigem echten und viel falschem Ruhm erstrahlende Monarch war es, der den Geist ruhigen Fortschreitens und allmählicher Befreiung von den zur Lüge gewordenen Traditionen auf diesem Boden für lange Zeit und in gewissem Sinn für immer knickte. Er vertilgte das protestantische Element in Frankreich und selbst die schwache Pflanze der jansenistischen Bewegung, die sich in Frankreich selbst in elfter Stunde noch der Verweltlichung und Fälschung des Christentums durch die Jesuiten entgegenwarf.

Fragt man sich, wie es mit dem geistigen Leben in dieser Zeit in Deutschland stand, dem Lande, in welchem ein Jahrhundert zuvor der erste und entscheidende Sieg des nach Befreiung verlangenden Geistes erfochten worden war, so wird dem ersten Blick nur wenig Erfreuliches begegnen. Dieses Jahrhundert ist für unsere Literatur und unser gesamtes Geistesleben die unfruchtbarste Periode gewesen. Der Dreißigjährige Krieg, auf unserem Boden, mit unseren Kräften und auf unsere Kosten geführt, hatte in dem halbzerstörten politischen Körper der Nation eine tiefe Schwäche und den Keim eines langen Siechtums hinterlassen, ihren Wohlstand vernichtet, und darunter hatte das schon unter dem einseitigen Ueberwiegen der theologischen

Interessen stehende geistige Leben kaum weniger als das materielle gelitten. Die Sprache war roh geworden und zugleich geschraubt und verschnörkelt, sie richtete sich mühsam und ungeschickt an den zierlichen italienischen und französischen Vorbildern wieder empor, ehe sie wieder den Weg zur Natur und zur Antike fand. Im geistlichen Lied, im Sinngedicht, in der humoristischen Erzählung gedieh noch diese und jene edlere Frucht, an der auch die Nachwelt sich noch erfreut oder erbaut: für die große Menge unserer Nation lebt diese Literatur nur in den geistlichen Liedern der evangelischen Kirche, von Flemming und von Paul Gerhard, von den Katholiken Fr. v. Spee und Joh. Scheffler fort. Die matte Opposition gegen die Übermacht des Franzosentums, seiner Sprache und Sitte, die ehrlichen Bemühungen, der deutschen Sprache wieder emporzuhelfen, hatten vorläufig nur geringen Erfolg, und nirgends gewahrt man einen frischen, fröhlichen Geist, wenn auch eine Gottesgabe, der Humor, den Deutschen selbst in dieser trübsten Zeit nicht völlig verließ. Und stille stand überhaupt die Geistesarbeit doch nicht. Die weltliche Dichtung, wie wenig sie uns jetzt mehr bedeuten mag, diente doch mit dazu, die Gedanken von der unseligen theologischen Klopffechterei abzulenken, und das Ende des Jahrhunderts sah doch noch den edeln Versuch, das protestantische Christentum wieder zu einer Herzens- und Gemütssache zu machen, und sah den ersten Angriff auf den greulichsten Auswuchs des religiösen Wahns, die Hexenprozesse: den Pietismus und die keimende Aufklärung — Spener und Thomasius. Im Jahre 1699 erschien Arnolds Kirchen- und Ketzergeschichte, die uns den ersten Versuch zeigt, die Welt von einem der heillosesten und verderblichsten Begriffe, dem der Ketzerei, zu befreien.

Diese Bewegung, mehr und mehr erstarkend, sich ausbreitend, sich klärend, setzte sich im 18. Jahrhundert fort. Die kirchlichen Interessen waren mehr und mehr in den Hintergrund getreten, und der weltliche Staat, dessen Kraft sich zusammenfaßte in den Persönlichkeiten bedeutender Fürsten oder Minister, machte sein Recht energisch und zuweilen sehr gewalttätig geltend. Das Jahrhundert eröffnete sich mit zwei großen Kriegen, deren einer, der um die spanische Erbfolge (1701—1714), die Übermacht Ludwigs XIV. in ihre Schranken wies, während der andere, nordische (1700—1721), die unnatürliche Großmachtstellung Schwedens brach. Seine ersten 40 Jahre bieten sonst keine äußeren Ereignisse von tieferem weltgeschichtlichen Interesse, und erst mit der Thronbesteigung Friedrichs II. von Preußen nehmen die äußeren und inneren Entwickelungen einen entschiedeneren Gang. In drei Kriegen schuf und behauptete er eine Großmachtstellung für den kraftvollen, ganz auf protestantischer Grundlage ruhenden Staat: dem Grundsatz absoluten Königtums, „Der Staat bin ich", den einst Ludwig XIV. einer

Deputation gegenüber ausgesprochen haben soll, gab er seine wahre und heilsame Fassung, daß er, der Fürst, nur der erste Diener des Staates sei, und während Ludwig XIV. sowohl wie Friedrichs Gegnerin, Maria Theresia, einem dumpfen, ohne Prüfung hingenommenen Kirchen- und Köhlerglauben verhaftet blieben und dessen Konsequenzen in einer dummen und selbstmörderischen Verfolgung andersgläubiger Untertanen gezogen hatten, hatte Friedrich sich oder war selbst von vornherein von jedem Autoritätsglauben losgelöst und proklamierte mehr noch durch seine Persönlichkeit und seine Handlungen als mit ausdrücklichen Worten den Grundsatz absoluter Toleranz — daß in seinem Staate jeder nach seiner eigenen Fasson selig werden könne. Der kraftvolle Ausdruck, der Nachdruck, den er durch seine ganze Persönlichkeit dem Programm der Aufklärung gab und bei dessen Betätigung er in einem mächtigen französischen Schriftsteller, Voltaire, und in gleichzeitiger englischer Literatur Verbündete besaß, fand weithin Widerhall. Josef II., der Herr der österreichisch-ungarischen Völkerwelt und römischer Kaiser seit 1765, folgte seinen Spuren, und so mächtig ist, was man den Geist einer Zeit nennt, daß diese Aufklärungsideen an den entgegengesetzten Enden, in Rußland durch Kaiserin Katharina II. und in den romanischen Staaten, in Spanien, Portugal, Neapel, Toskana, Frankreich, Wurzel schlugen oder vielmehr ihren Samen streuten, der auch rasch aufging, dieweil er nicht tiefe Wurzel hatte. Diese Bewegungen richteten sich namentlich gegen den Jesuitenorden und fanden ihren prägnantesten Ausdruck und Gipfelpunkt in der päpstlichen Bulle vom 21. Juli 1773, Dominus ac redemptor noster, welche diesen Orden aufhob. Allein in diesen verspäteten, vereinzelten, in den Köpfen leitender Geister lebenden, aber nicht in den Massen der Bevölkerung verbreiteten Ideen wohnte keine befreiende Kraft. Die Versäumnisse von Jahrhunderten, die Wirkungen der geistlosen Glaubenseinerleiheit und der Pfaffenherrschaft in Spanien und Italien konnten sie nicht aufheben. Es waren die germanischen und protestantischen Nationen, in denen der Geist des Forschens und Suchens, langsam und stetig fortschreitend, oft zurückgedrängt, nie besiegt, seine immer neues Licht und Leben erzeugende Macht bewährte. Vor allem in Deutschland, wo die politische Zersplitterung eine große Anzahl verschiedenartiger und also der Kulturentwickelung förderlicher Mittelpunkte schuf, zunächst aber allerdings die führenden Geister der Nation von der unmittelbaren Beteiligung am Staate, von dem, was wir jetzt die Politik nennen, weitabführte. Allmählich wachsend und in seiner Bedeutung deshalb nur erst von wenigen erkannt, hatte sich hier ein protestantischer Großstaat, Preußen, der katholischen Großmacht Oesterreich zur Seite gestellt und diese Macht, wie im Siebenjährigen Kriege einleuchtend sich gezeigt hatte, in Kraft der großen

Persönlichkeit Friedrichs und der straffen Einheit und Einsicht seiner Verwaltung schon sichtbar überflügelt. Ein Staatsgefühl von großer Stärke, der Stolz auf den preußischen Namen, hatte sich in den letzten Kriegen gebildet, und an ihn schloß sich an, was noch von Nationalgefühl in den Bevölkerungen Deutschlands lebte. Der Versuch Josefs II., dem altersschwachen Reichskörper neues Leben einzuflößen, scheiterte — entwicklungsfähig, in höherem oder minderem Grade, waren bloß die Glieder. Es ist fast ein Glück zu nennen, daß Friedrich der Große, der dieser Nation wieder ein Selbstgefühl eingeflößt hatte, das ihr in den Nöten des Dreißigjährigen Krieges und unter den Niederlagen der Kriege gegen Ludwig XIV. abhanden gekommen war, selbst dem in der Literatur sich offenbarenden Neuen fremd blieb, dank der verkehrten Erziehung, die er empfangen hatte: diese Literatur entging dadurch von vornherein der Versuchung, eine höfische zu werden. Das erste Werk, in welchem der neue Geist deutlich für uns Nachgeborene zutage tritt, war Klopstocks Messias, dessen drei ersten Gesänge im Jahre 1748 erschienen sind: von da an bringt jedes Jahr bis zum Ende des Jahrhunderts und darüber hinaus auf den verschiedensten Gebieten, Poesie, Ästhetik, Philosophie, Pädagogik, Archäologie, Philologie, bahnbrechende Werke und neue Offenbarungen des Genius; Kritik und schaffender Geist verbinden sich; ein unermeßlicher Reichtum neuer fruchtbarer Ideen breitet sich aus: es ist die Geisteswelt, auf der die deutsche und in weitem Umfang überhaupt die Bildung des 19. Jahrhunderts beruht; man darf sie, da sie alles Menschliche, auch das längst Vergangene zu umfassen, zu erklären, sich anzueignen strebt, mit Recht als die humane — denn nichts Menschliches ist ihr fremd — bezeichnen.

Die große Zukunft, die Friedrich II. in einer vielgenannten Schrift, de la littérature allemande (1780), prophezeite — Klopstock und Wieland, Lessing und Herder, Goethe und Schiller, Winckelmann und Kant — sie war längst, ohne daß der König es merkte, Gegenwart geworden. Es muß namentlich im Hinblick auf die Lügen und Fälschungen unserer Zeit hervorgehoben werden, daß alle diese führenden Geister und auch von den ihren Spuren folgenden zweiten Ranges weitaus die meisten dem protestantischen Boden entsprossen sind. Und dies ging mit sehr natürlichen Dingen zu. Eine menschliche Gemeinschaft, die katholische Kirche, die für alle Zeiten, schon vor mehr als $1\,^1/_2$ Jahrtausenden, abgeschlossen zu haben beansprucht, zieht dem forschenden und nach Erkenntnis dürstenden Menschengeist enge Schranken, da er doch keine anderen Schranken kennen darf, als die er sich selbst, die ihm die gottgegebene Vernunft setzt, und sie, diese Kirche, fühlt sich unbehaglich, sobald dieser Geist der Forschung sich lebhafter regt. Mit Verfolgungen der Personen aber war in diesem Jahrhundert diesem Geiste der Forschung wenigstens

in Deutschland nicht mehr beizukommen. Wir haben die Gründe dieses immer sichtbarer werdenden Zurückbleibens der römisch-katholischen Welt auf dem Gebiete der Wissenschaft und alles dessen, was von geistigem Leben in diesem Wort liegt, schon dargelegt: dieses Zurückbleiben des katholischen Teils unserer Nation beschränkte sich aber keineswegs bloß auf die geistigen Güter und Gaben. Auch im Erwerbsleben überflügelten die Staaten und Landschaften, in denen das protestantische Element überwog, die katholischen mehr und mehr, wobei denn, von den romanischen Ländern ganz abgesehen, auch in Deutschland, neben anderem, die übergroße Zahl der kirchlichen Feier- und Faulenzertage von Einfluß war.

In derselben Zeit wurde die römisch-katholische Welt auch an anderer wichtiger Stelle, in ihrem überseeischen Machtbereich, von der germanischen überflügelt. Die Spanier und die Portugiesen hatten einst im 15. und 16. Jahrhundert die neue Welt, Ostasien und Amerika, zuerst entdeckt oder erreicht, und der Papst Alexander VI. hatte diese Welt, indem er den Globus durch einen Meridian in zwei Hälften spaltete, unter die beiden Völker verteilt: einen unermeßlichen Landbesitz besaßen sie in Süd- und Mittelamerika. Allein es war kein in höherem Sinn fruchtbarer Besitz, und Spanien, einigermaßen dem König der alten Legende vergleichbar, dem alles, was er berührt, zu Gold wird und der inmitten dieses Reichtums von Hunger und Durst verzehrt wird, sank immer tiefer trotz der vermeintlichen Reichtümer, welche ihm seine amerikanischen Länder auf ihren Silberflotten herübersandten. Der Kampf wurde jetzt zwischen den zwei lebenskräftigsten Mächten, Großbritannien und Frankreich, das seit Ludwigs XIV. und Colberts Zeiten nachdrücklicher in die koloniale Tätigkeit eingetreten war, auf zwei Hauptschauplätzen, Ostindien und Nordamerika, ausgefochten. In Ostindien entschied sich dieser Wettkampf in der Zeit, wo auf dem europäischen Festland der heroische Kampf Friedrichs des Großen sich seinem Ende und endgültigen Erfolge nahte, zugunsten der Engländer, und noch ein Jahr vor der Schlacht bei Plassey, die man hier als Markstein setzen kann (1757), geschah auch auf amerikanischem Boden bei Quebec der Schlag, der Großbritanniens Übergewicht entschied. Hier aber, in Nordamerika, nahmen die Dinge eine eigentümliche Wendung. Der französische Befehlshaber, der wie sein britischer Besieger am Tage von Quebec fiel, hatte richtig gesehen, für wen die Engländer ihre Erfolge über die Franzosen davontrugen — sie befreiten ihre 13 Kolonialstaaten von der Furcht vor Frankreich und machten ihnen die Kraft frei, mit der sie nun sich von dem Mutterlande emanzipierten, das sie seither durch seine Handelsgesetze tributpflichtig gehalten hatte. Das Bewußtsein der Freiheit hatten die Ansiedler einst aus diesem ihrem Mutterlande, das den großen Verjüngungs-

prozeß des 16. Jahrhunderts eben durchmachte, mitgebracht, und sie wendeten sich nun gegen dieses, als seine Regierung von jenem System mittelbarer Besteuerung zu dem unmittelbarer übergehen wollte, in einem Kampf, in dem keine großen Heldentaten geschahen, in dem aber die ungeheuern Räume und der Ozean, der sie von Großbritannien und der dessen Kampfmittel von ihnen trennte, für sie stritten. Mit einiger Hilfe des mit England rivalisierenden Frankreichs erlangten die Kolonien ihre Unabhängigkeit und deren Anerkennung im Frieden von Versailles (1783), und eine neue große Macht, eine neue weltgeschichtliche Potenz erwuchs unter den Menschen: die große Republik der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Ein Staat mit einer Anwartschaft auf eine unermeßliche Zukunft und nicht wie die europäische Welt belastet mit den Rücksichten, den Vorurteilen, den Gebundenheiten tausendjähriger Vergangenheit: er begann seine Existenz mit einer Proklamation der Menschenrechte, und in Kraft eines zwar nicht neuen, aber doch noch niemals bei Staatsgründungen im großen unter Menschen durchgeführten Prinzips, der Souveränität des Volks, gab er sich eine Konstitution (1787), an deren Spitze das Programm einer neuen Zeit stand.

Am 4. März 1789 trat dieses Staatsgrundgesetz ins Leben. Wenige Tage später traten zu Versailles, seit 1614 zum erstenmal wieder berufen, die allgemeinen Stände, die Etats généraux des französischen Reiches zusammen, ein Ereignis, mit dem man herkömmlicher- und berechtigterweise die Geschichte der französischen Revolution und mit ihr die dritte der großen Perioden neuerer Geschichte, in die man die Darstellung dieses Abschnitts zu zerlegen pflegt, beginnt. Und dies allerdings, daß nunmehr die Nation selbst, daß die vielen, die immer mehreren — daß das Volk sich immer unmittelbarer am Leben des Staats beteiligt, daß nicht mehr oder nicht allein mehr der Wille mächtiger Monarchen oder Minister, nicht mehr die Intrige an den Höfen und die Klugheit in den Kabinetten den Gang der Dinge beherrscht, scheidet diese Zeit sehr bestimmt von dem Zeitalter des Absolutismus, das man im allgemeinen durch die Jahre 1648 und 1789 abgrenzen darf, und dessen hervorragendste Typen wir in Ludwig XIV. von Frankreich und Friedrich II. von Preußen erkannt haben. Man spricht von den Ursachen der französischen Revolution, die sehr verwickelt sind: ein sehr abstrakter und radikaler Geist, von großen Schriftstellern wie Voltaire und Rousseau beredt und wirksam in Wort und Schrift gefaßt, von einer Menge kleinerer Geister verarbeitet und auch der Menge mundgerecht gemacht, wirft die alte Kirche und ihre Voraussetzungen, ja die ganze übersinnliche Welt und überhaupt alles geschichtlich Gewordene über Bord, breitet sich als Mode unter den herrschenden Klassen, den Privilegierten des Adels und hohen Klerus aus und gibt dem vorwärts-

drängenden Bürgertum, dem dritten Stande, seine Metaphysik, die Ideen und Phrasen, mit denen er erobernd vorschreitet; zugleich aber war infolge langer Mißregierung die Not der Massen, des eigentlichen Volks, auf eine Höhe gestiegen, die zu umfassender Reform nötigte — einer Reform, die, indem sie zu bessern versuchte, nur das Bewußtsein von der Unhaltbarkeit des Bestehenden, die Empfindlichkeit für die tausend Schäden, an denen der Staat krankte, erweckte und damit von selbst zur Revolution führte. Denn diese Schäden bildeten ein ganzes System ineinander verflochtener Interessen, Zustände und Mißstände, die sich nicht mit dem gewöhnlichen Maß von Energie und Klugheit an höchster Stelle und nicht mit noch so wohl ausgesonnenen Einzelmaßregeln entwirren und heilen ließen. Man kann zweifeln, ob die über ganz Europa hingebreitete veraltete Welt ohne die Gewaltsamkeiten der Revolution, die allerdings bald an sinnloser Grausamkeit und triumphierender Gemeinheit alles überboten, wovon sonst die Geschichte meldet, hätte erschüttert und für ein besseres Neue hätte freigemacht werden können: so viel aber ist sicher, daß dieser wilde Ausbruch der guten Sache der Freiheit und der Aufklärung, die in England, Deutschland, selbst Rußland und überall in gutem Fortschreiten war, zugleich unendlich, auf lange und vielleicht für immer geschadet hat, und einleuchtend ist, daß Frankreich, als es die Elemente einer maßvollen Freiheit und sicheren Fortschreitens, die Hugenotten, die Jansenisten ausstieß und unterdrückte, mittelbar die Nation den radikalen Doktrinen und der Wildheit ihrer Bekenner überliefert hatte, und daß so in dem Lande ein Zustand herbeigeführt wurde, der nach zehn Jahren abwechselnder barbarischer Grausamkeit und kläglicher Schwäche des Regiments neun Zehnteln seiner Bevölkerung einen härtesten militärischen Despotismus, einen „aufgeklärten Despotismus" von sehr besonderer Art als eine Erlösung erscheinen ließ.

Dieser militärische Despot, Napoleon Bonaparte, trat nun, mit dem Staatsstreich vom 18. Brumaire des Jahres IX, 10. November 1799 der christlichen Ära, an der Wende der beiden Jahrhunderte zunächst in den Vordergrund.

Neunzehntes Jahrhundert.

Ein sehr natürliches Verlangen wird jeden, der nicht bloß von Tag zu Tag, von Feiertag zu Feiertag lebt, ergreifen, wenn er, wie wir soeben, die Schwelle eines neuen Jahrhunderts überschreitet, sich ein Gesamtbild des von der Menschheit jüngst zurückgelegten Jahrhunderts zu entwerfen oder entwerfen zu lassen — gleichsam die Bilanz des abgelaufenen Zeitraums zu ziehen, wie man in unserer

kaufmännisch rechnenden Zeit sagt: es handelt sich um eine alte Firma, über deren Geschäft wir uns, weit aufwärts am Strome der Zeit gehend, einen Überblick zu verschaffen gesucht haben. Nun sind zwar Krieg und Politik keineswegs das Wichtigste im Leben der Menschheit, noch auch sind die Fürsten und sonstigen Großen der Erde die alleinigen Träger ihrer Geschichte — die Werktagstätigkeit der Millionen Namenloser, die man jetzt mit dem Namen Wirtschaftsgeschichte, Volkswirtschaft charakterisiert, bildet einen nicht minder wichtigen und würdigen Gegenstand historischer Betrachtung; jene wenigen sind um dieser vielen, nicht diese um jener willen da. Gleichwohl müssen wir, wo wir Geschichte schreiben, von den politischen Veränderungen und Gestaltungen ausgehen. Sie geben den Rahmen für alles übrige, und sie bilden jederzeit und vielleicht in diesem letztvergangenen Jahrhundert mehr noch als sonst ein wichtigstes Moment bei allem, was in dieser Zeit gelebt und gestrebt, getan und gelitten, erfunden und errungen und erarbeitet worden ist.

Unter diesem Gesichtspunkte haben wir vier Abschnitte unterschieden, welche durch die Zahlen 1801, 1815, 1848, 1866, 1871, 1900 abgegrenzt sind und von denen die drei von 1815 an den besonderen Gegenstand dieses Werkes, des Schlußsteins in dem, das Schlosser einst in kühnem Wurfe als Weltgeschichte für das deutsche Volk bezeichnet hat, gebildet haben. Der erste dieser vier Abschnitte umfaßt die Eroberlaufbahn Napoleons, die Aufrichtung seiner Universalmonarchie und den Einsturz der gigantischen Pläne dieses dämonischen Mannes durch die von ihm brutal mißachteten Nationalgeister. Diese ersten 15 Jahre unseres Jahrhunderts, vielleicht diejenige Zeit der Menschengeschichte, in der in verhältnismäßig kurzer Zeit die größte Summe an Menschenglück und Menschenleben zerstört worden ist, waren gleichwohl keine unfruchtbare Zeit. Vielleicht waren sie es am meisten für Frankreich: kraft eines ungeheuerlichen Egoismus fälschte Napoleon mehr das Werk der Revolution, als daß er es, wie man oft hat konstruieren wollen, vollendet hätte; er stützte dort seine Herrschaft beinahe ausschließlich auf materielle Interessen und auf Kräfte äußerlicher Art, mechanisierte den Unterricht, entwürdigte die Religion, die ihm Knechtsdienst leisten sollte, wie alles übrige, und er hinterließ seiner Nation bei seinem Sturze nur zwei Besitztümer dauernder Art, von denen nur das eine von unzweifelhaftem Wert war. Dieses eine war eine gutgeregelte, leicht zu handhabende Verwaltung, die unter den Stürmen, die weiterhin über dies Land hingingen, nie versagt hat — das andre war ein Phantom oder ein Götzenbild kriegerischen Ruhmes, dessen Kultus den Charakter des französischen Volkes in Wahrheit tief geschädigt hat. Für die übrigen Nationen aber, für das gesamteuropäische Leben waren

diese Jahre heilsam, sie waren es vor allem für Deutschland. Dem alten römischen Reich, das zur häßlichen Ruine geworden war, einer gänzlich verschobenen und verfaulten Ordnung der Dinge, die nicht mehr lebensfähig war und doch auch nicht sterben konnte, ward ein Ende gemacht, und wie sehr Napoleons Tyrannennatur göttliches und menschliches Recht mit Füßen trat, er war doch eine Größe, in vielem Betracht in der Tat ein wirklich großer Mann, an dem leidenschaftliche Begeisterung und leidenschaftlicher Haß, große Kräfte im Völkerleben, sich entzünden konnten und wirklich entzündeten. Und weiter: dieser Übermensch war der Sohn einer neuen Zeit, vor dessen durchdringendem Blick und harter Energie nichts bestehen konnte, was bloß sein Alter als Legitimation hatte. Diese Zeit war erfüllt von Kämpfen, in denen der Krieg, der „große Beweger des Menschengeschicks" nach des Dichters Wort die Kraft erscheinen ließ — und was ihm der Dichter rühmend zuschreibt, „alles erhebt er zum Ungemeinen", ward zu einer Wahrheit, wie durch die ganze Kette der Ereignisse, so ganz besonders durch die Katastrophe von Moskau (1812) und das, was ihr folgte.

Man nennt die Kämpfe von 1813—1815, bei denen Preußen die rühmlichste, weil gefahr- und opfervollste Rolle spielte, die Freiheitskriege. Auf den ersten Blick mit wenig Recht; denn nur die Unabhängigkeit der verschiedenen Völker von der französischen Herrschaft und die Herstellung ihrer früheren Grenzen war gewonnen und im ganzen, hier mehr, dort weniger vollständig gesichert: und doch mit Fug. Denn dieser Begriff und dieses Wort der Freiheit, dessen erste Voraussetzung allerdings die Befreiung vom Joche des Auslands war, ward nun zum Stich- und Losungswort für die ganze Folgezeit und ist es bis heute geblieben. Und dabei gewahrten wir eine gedoppelte, für das ganze Jahrhundert bezeichnende Wirkung. Durch die Abmachungen des Wiener Kongresses, wie sehr sie dort noch um Land und „Seelen" nach alter Weise feilschten, wurden die Nationalstaaten, wie sie sich im Lauf der Jahrhunderte gebildet hatten, gewissermaßen neu bestätigt, und wie mangelhaft diese Festsetzungen sein mochten, in jedem Fall war durch den vorausgegangenen Krieg, der alle europäischen Völker, Briten, Spanier, Russen, Deutsche, Schweden, Italiener, auf seine Kampfplätze gerufen hatte, das Nationalbewußtsein dieser Völkerindividuen mächtig gestärkt worden — zugleich aber hatten diese Kämpfe und die große Allianz zum Sturze Napoleons, die mit einem gesamteuropäischen Kongresse schlossen, ein europäisches Gesamtgefühl von ungemeiner Stärke, das höchstens etwa in den Kreuzzügen sein Vorbild findet, hervorgerufen. Diesmal ward auch Rußland, dessen Kaiser eine führende Rolle gespielt hatte, in diesen Gedankenkreis einigermaßen mit hineingezogen.

Als der lange Kampf zu Ende und das Friedenswerk im Gange war, setzte man einen Augenblick große Hoffnungen auf dieses zu Wien versammelte Europa, aber mit Unrecht. Diese Versammlung konnte nur ein mühseliges Werk äußerer Ordnung und Machtverteilung nach Quadratmeilen- und Seelenzahl schaffen, und diese Neuordnung blieb denn auch im wesentlichen bis weit über die Mitte des Jahrhunderts wenn nicht unerschüttert, so doch ohne bedeutende Änderungen in Kraft: fünf Großmächte, eine Anzahl Staaten zweiten Ranges, Spanien, Portugal, Schweden-Norwegen, Dänemark, Holland-Belgien, das Mißgebilde des deutschen Staatenbundes, die neutrale Schweiz, das in einige große und mehrere kleine Stücke zerrissene Italien und das außerhalb der übrigen, christlichen Staaten stehende osmanische Reich mit seinen Dependentien.

Der zweite große Abschnitt, der von diesem Werk europäischer Staatskunst oder Staatsnotwendigkeit seinen Ausgang nimmt, reicht bis zum Jahre 1848, das eine große Krisis im Leben Europas genau in der Mitte des Jahrhunderts heraufführte und einen der bedeutsamsten Einschnitte in der ganzen Geschichte unseres Erdteils bildete.

Man hat diesen Zeitraum 1815—1848 wohl als das Zeitalter des Fürsten Metternich bezeichnet, nicht mit Unrecht, weil die Ermattung nach den Stürmen der Revolutions- und der Kriegszeiten diesem ideenarmen und in Wahrheit weniger als mittelmäßigen Staatsmann die Möglichkeit gab, den Machthabern eine Politik beifallswert zu machen, deren erstes, letztes und einziges Ziel er selbst mit dem armseligsten aller politischen Stichworte „Erhaltung des Bestehenden" charakterisierte. Zunächst, 15 Jahre lang, gelang es auch, dieses Bestehende gut oder schlecht zu erhalten und die revolutionären Auflehnungen gegen bestehende oder wiederhergestellte Staatsordnungen in Italien, Spanien, Portugal mit Gewalt niederzuschlagen, verwandte Regungen in den obigen Ländern niederzuhalten. An einer Stelle aber gelang dies nicht: die Erhebung der Griechen gegen die osmanische Barbarenherrschaft, eines christlichen Volkes gegen die kulturfeindliche mohammedanische Macht mußte man gewähren lassen, und weiterhin, von dem mit Macht sich regenden christlichen Gemeingefühl und allen liberalen Kräften Europas vorwärtsgedrängt sogar unterstützen. Nach neunjährigem Kampfe wurde ein unabhängiges Königreich Griechenland geschaffen, und damit begann ein geschichtlicher Prozeß, der zu den wichtigsten Problemen gehört, die der gesamteuropäischen Staatskunst des 19. Jahrhunderts gestellt wurden und der noch weit entfernt ist, entschieden zu sein, ein Problem, weit weniger einfach als das polnische Problem im 18. Jahrhundert: der Erstling aller politischen Fragen, die orientalische, die jetzt verwickelter war als anderthalbhundert Jahre früher, weil sie eine

Erbschafts- oder Erbfolgefrage für den Fall eines raschen Auseinanderfallens des todkranken türkischen Reiches war. Im gleichen Jahre aber, wo dies griechische Trauerspiel seinen Abschluß fand und damit die erste der Teilungen der Türkei von den Mächten verhängt ward, erfolgte in einem der Zentralpunkte europäischen Lebens, in Paris, eine Explosion, welche das System der Erhaltung des Bestehenden an wichtigster Stelle durchriß — es war die Revolution der großen Woche, die Pariser Julirevolution (1830), die das sehr legitime und von beschränkten Köpfen überspannte kontrerevolutionäre Regiment Karls X. in Frankreich in einem Straßenkampf von drei Tagen über den Haufen warf, und die dann noch glimpflich genug mit einem Thron- und halben Dynastiewechsel, der Erhebung der jüngeren Linie des französischen Königshauses, der Orleans, mit dem Königtum Ludwig Philipps, endigte. Er hatte die schwierige Aufgabe, sich auf die liberalen Ideen zu stützen, ohne doch die legitimistisch gesinnten Herren, Rußland, Oesterreich, Preußen, vor den Kopf zu stoßen. Jener revolutionäre Stoß pflanzte sich fort und brachte eine andere Schöpfung des Wiener Kongresses, das Königreich der Niederlande, mit zum Einsturz, das nunmehr, nach längerem Schwanken, in seine zwei natürlichen, in Wien widernatürlich zusammengejochten Bestandteile, das germanische und überwiegend protestantische Holland und das ganz katholische, französischredende und überwiegend wallonische Belgien auseinanderfiel: wenigstens das monarchische Prinzip ward hier gerettet, dem neuen Staat ein König von Europas Gnaden und nach dem Willen des belgischen Volkes gegeben. Die Erhebung Polens dagegen, auch sie ein mit dem Pariser Ereignis zusammenhängender Versuch, mißlang. Nach blutigem, für die Polen rühmlichem Kampf erlag der Aufstand der russischen Übermacht. Ganz ohne Wirkung war er gleichwohl nicht: seine Opfer trugen den Haß gegen die Teilungsmächte, die sich zugleich als Feinde jeden Fortschritts im liberalen Sinn zeigten, über ganz Europa hin, und man fand sie von jetzt an in allen Lagern, wo gegen diese Mächte gekämpft wurde.

Einen reineren Sieg als in Frankreich errang um dieselbe Zeit, unabhängig von den Pariser Vorgängen, das liberale Prinzip in England — die Reform des Unterhauses, ein Gesetz, das im Juli 1832 ins Leben trat und das, indem es mit einem fundamentalen Mißstand aufräumte, die Bahn frei oder wenigstens freier machte für eine Reformarbeit im einzelnen, die hier auf englischem Boden vielleicht nötiger war als irgendwo, weil in diesem Lande im 18. Jahrhundert kein aufgeklärter Despotismus ausgefegt hatte. Eine Bill zur Erleichterung der Lage der Katholiken war ihr vorangegangen, Frucht einer geschickt geleiteten Agitation unter dem Volke von Irland und der Einsicht englischer Staatsmänner, und nützliche Reformen

folgten nun langsam, aber ununterbrochen: — das Wichtigste aber war das gewesen, daß jene grundlegende Reform, die Verbesserung des Wahlgesetzes für die Gemeinen von England, auf durchaus verfassungsmäßigem Wege unter sehr lebhafter und entschlossener Beteiligung der Mittelklassen des englischen Volks, aber ohne revolutionäre Durchbrechung des Rechtszustandes durchgesetzt worden war. Auch hatte sich England, obwohl dort die konservative Partei, die Tories am Ruder waren, der Theorie der heiligen Allianz und den Versuchen, sie in die Praxis umzusetzen, versagt; seine Regierung war die erste, welche die Emanzipationen in Amerika, die neuen Republiken, anerkannte, die, das am Ende des 18. Jahrhunderts gegebene Beispiel nachahmend, aus Spaniens einstigem Machtgebiet sich gebildet hatten. Das Wesen der Freiheit war hier in England sicher gewonnen, obgleich es an Gebundenheiten keineswegs fehlte: kein Geist der Forschung in religiösen Dingen, wenig Berührung mit anderer Völker Leben, gegen das man sich mit insularem Hochmut wie mit berechtigtem Stolze auf eine Verfassung ohne gleichen abschloß. Nichtsdestoweniger und vielleicht eben deswegen übte England einen großen Einfluß auf die Völker des Festlandes und namentlich das deutsche aus, der sich vorläufig allerdings auf dessen höhere Schichten beschränkte. Während dort, in England, nur wenige der Höchstgebildeten von den Größen der deutschen Literatur Kenntnis nahmen und fremdes Geistesleben nur in sehr beschränktem Maße auf sich wirken ließen, wurden die hervorragenden Schriftsteller Englands, Shakespeare vor allen, Lord Byron, Walter Scott, in Deutschland fast ebensoviel, vielleicht mehr gelesen als in England selbst.

In politischen Dingen machte dieser Einfluß sich noch wenig geltend. Dagegen wirkte in dieser Richtung die Pariser Julirevolution auf Deutschland, das die Freiheitskriege in einem, was das Leben im Staat und für den Staat, also die Politik betrifft, äußerst unbefriedigenden Zustande gelassen hatten. Heute, am Ende des Jahrhunderts, macht man sich nicht leicht eine Vorstellung von diesem Zustande. Zu Einem Körper waren hier 38 Staaten aller Größe, von den beiden Großmächten bis zu lächerlichen Zwergstaaten hinab, vereinigt; einige wie Österreich, Preußen, Dänemark, Niederlande gehörten nur mit einem Teil ihrer Länder diesem Deutschen Bunde an, dessen Verfassung und einziges Organ, die Versammlung von Delegierten ohne Vollmacht zu Frankfurt a. M. jede Art von Entwickelung ausschloß und nur etwa auf kurze Zeit ein Werkzeug engherziger polizeilicher Bewachung werden konnte und wurde, so oft die bedeutenderen Regierungen es nötig fanden, in allen deutschen Staaten eine gleichmäßige Verfolgung unbequemer politischer Bestrebungen oder Regungen eintreten zu lassen. Die politische Entwickelung blieb also, da die Gesamtheit keiner Bewegung fähig war, den Einzelstaaten

überlassen und drehte sich nun längere Zeit um Wiederherstellung, Umbildung, Neueinführung geschriebener Landesverfassungen, gemäß dem einen, was von den großen Hoffnungen der Freiheitskriege übriggeblieben war, dem § 13 der Bundesakte, der verhieß, daß in allen deutschen Staaten eine landständische Verfassung stattfinden werde. Es ging damit langsam: in Österreich, in Preußen, also den Staaten, welche die Führerstaaten hätten sein sollen, und von denen Österreich in der Tat diese Rolle sich anmaßte, fand bis zum Jahre der großen Krisis keine landständische Verfassung statt; und in den kleinen Staaten hatte das Verfassungsleben und die Kammerverhandlungen keinen großen Schnitt, wenn auch da und dort wie in der badischen Kammer der Wellenschlag des an rednerischen Talenten reichen französischen Parlamentarismus sich fühlbar machte. Auch kann man nicht sagen, daß bis gegen das Jahr 1840 hier eine lebhaftere Bewegung im Volke dem Enthusiasmus der Professoren und Studenten und einiger wenigen staatsmännisch angelegten Männer zur Seite gegangen sei. Sonst aber stand das Leben hier nicht still und pulsierte lebhafter auf zwei Gebieten, dem literarischen und dem wirtschaftlichen. Tief unter den Boden senkten sich auf deutscher Erde die Wurzeln der Freiheit. Die Arbeit der Befreiung des Geistes von der mittelalterlich engbegrenzten Denkweise ging unausgesetzt auch in dem traurigen ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts ihren Gang weiter, und Goethe, noch in der Vollkraft seiner Jahre, übte seinen tiefgehenden Einfluß, obgleich er, typisch für den größeren Teil der gebildetsten Gesellschaft, von Staat und staatlichen Dingen abgewendet blieb. Von den Dramen Schillers, der mittelbar in dieser Hinsicht einen sehr großen Einfluß ausgeübt hat, fallen Maria Stuart (1800) und Wilhelm Tell (1805) in diese Zeit; im Jahre 1806, dem Todesjahr des Deutschen Reichs, dem Jahre der Schlacht bei Jena, erschien, sehr charakteristisch für unser Volk in dieser Zeit, das grundlegende Werk der bald ganz die Geisterwelt beherrschenden Philosophie Hegels, die Phänomenologie des Geistes; im Jahre 1808 der erste Teil von Goethes Faust, der auf alle Höhen und in alle Tiefen menschlichen Denkens, Sinnens und Begehrens führt, nichts aber — unmittelbar mindestens nichts — ahnen läßt von dem Zusammenhang und Zusammenstoß des Menschen mit den Kräften und Gegensätzen des Gemeinschaftslebens in Kirche, Staat und dem, was man die Gesellschaft nennt; im Jahre 1811 der erste Teil von Dichtung und Wahrheit, ein Buch, bei dessen in ruhiger Klarheit dahinwallendem Strom man die furchtbare Zeit vergißt, in der es entstanden ist. Aber eben in jenen Jahren vollendete sich der Umschwung. Durch das Übermaß der Schmach und der Knechtschaft, das sie durch einen, ihrem besten Wesen widerwärtigen Fremdling und seine Schergen erduldete, wurde die Nation aus ihrem literarischen Schwelgen und

Träumen aufgerüttelt, und Fichtes Reden an die deutsche Nation (1807), Kleists Hermannsschlacht (1809) und Niebuhrs römische Geschichte (1811) zeigen, daß ihre führenden Geister auch wieder mit dem handelnden Leben Fühlung suchten und fanden. Eine echte und mächtige vaterländische Begeisterung erwachte, wenigstens über den größten Teil der deutschen Erde hin, als das Gottesgericht von 1812 die Völker zur Freiheit aufrief, und rief eine Lyrik patriotischen Gehalts, Theodor Körner, Schenkendorf, Rückert, Uhland ins Leben, denen man Schiller beigesellen muß, obgleich er diese Zeiten nicht mehr erlebt hat: den begeisterten Schwung, der in der Rede Stauffachers in der Rütliszene des Tell sich offenbart, hat keiner dieser Dichter erreicht. Diese Dichtungen, die die Lesebücher unserer Jugendjahre und auch die der jetzt lebenden Generation füllen, haben den nationalen Geist weitergetragen und die Bedeutung jener Zeit den späteren Generationen gegenwärtig gehalten. Dazu war ein anderes gekommen: die deutsche Sprache hatte sich unter dem Einfluß der Geistesgewaltigen seit 1748 zu ihrer vollen Höhe und Kraft erhoben und den ganzen in ihr lebenden Reichtum entfaltet. Sie stand keiner der großen Kultursprachen mehr nach und erwies sich nunmehr als Wirkung zugleich und Schöpferin eines geistigen Lebens, dem bald an Mannigfaltigkeit und Tiefe kein anderes irgend einer Nation gleichkam. In den Friedensjahren von 1815 an entwickelte sich ein reges wissenschaftliches Forschen namentlich auf den deutschen Hochschulen, die noch um zwei, Berlin 1810, Bonn 1818, vermehrt wurden und von denen diese in dem geistig ungemein zurückgebliebenen oder zurückgegangenen, jetzt preußisch gewordenen Rheinland neues Leben weckte. Man bringt wohl die verschiedenen Richtungen dieser literarischen Welt unter die Begriffe oder Namen des Klassizismus und der Romantik, je wie die Leser und die Schriftsteller ihre Ideale vorzugsweise in der griechischen und griechisch-römischen Menschen- und Heidenwelt oder im christlichen Mittelalter mit seinen Heiligen und Rittern und frommen Frauen suchten: dergleichen Bezeichnungen können doch immer nur sehr im allgemeinen orientieren: die Werke der Häupter dieser Romantik Eichendorff, die beiden Schlegel, Arnim, Brentano, Ludwig Tieck, Novalis, de la Motte-Fouqué werden in unseren Tagen, deren Charakter ein so ganz anderer ist, wenig mehr gelesen. Sie haben aber dem bloß verstandesmäßigen und begrifflichen Denken gegenüber der Phantasie und der Unmittelbarkeit poetischen Empfindens ihr Recht gewahrt, und Männer gesunder Art wie Ludwig Uhland, Justinus Kerner, Eduard Mörike und wie viele andere eigneten sich den poetischen und volksmäßigen Gehalt der neuerschlossenen Gebiete an, während ihr gesunder Sinn und frischer Humor sie davor bewahrte, sich den Abgeschmacktheiten und Unwahrheiten der romantischen Richtung wie z. B. der Glorifizierung des mittelalterlichen Katholi-

zismus gefangen zu geben. Friedrich Rückert (und die seinen Spuren folgten) hob den deutschen Geist über diese immerhin beschränkte Sphäre hinaus, indem er, auf dem von Herder betretenen Wege fortschreitend, mit genialer Anempfindung und genialer Handhabung der Sprache arabische, persische, altindische Dichtung ins Deutsche übertrug und unsere Sprache fähig fand und zum guten Teil erst fähig machte, in Übertragungen, wie sie keine andere europäische Sprache zu schaffen vermag, den Geist der verschiedensten Zeiten und Völker in Formen, die den Originalien so nahe kommen, als überhaupt eine Sprache der anderen nahezukommen und gerecht zu werden vermag, festzuhalten und weiterzugeben. Dies bildete ein sehr bedeutungsvolles Moment für die Bildung der Nation und bewahrte ihre führenden Klassen vor einseitiger Schätzung des Eigenen, wenn es auch zuweilen zur Überschätzung des Fremden geführt hat. Die Alleinherrschaft hatte die Romantik in Deutschland nie, und der genialische Libertinismus, der sich zuweilen in diesem Rahmen breit machte und dem genialen oder sich genial dünkenden Individuum, namentlich wenn es kirchlich oder philosophisch schwärmte, vieles nachsah, drang nicht tiefer. Sie übte eine heilsame Gegenwirkung gegen den etwas dürren Rationalismus, den die Aufklärungsperiode hinterlassen hatte; deren Arbeit nahm nun die Wissenschaft, von dem romantischen Antriebe belebt, auf und setzte sie in tieferem Sinne fort. Hier in Deutschland nimmt man alles ernst: man darf nur einige Büchertitel anführen, um daran zu erinnern, wie hier eine Arbeit ansetzte, die, von Erfolg zu Erfolg schreitend, die verschiedenen Wissenschaften zu gegenseitiger Handreichung verbindend, mit ihren Ergebnissen immer weitere Kreise ergreifend, unserem Jahrhundert wie unserer Nation zu besonderem Ruhme gereicht, — Eichhorns Deutsche Staats- und Rechtsgeschichte 1808, Ritters Erdkunde 1817; J. Grimms Deutsche Grammatik 1819; „Der christliche Glaube" von Schleiermacher 1821; geschichtliche Werke von tieferer Wirkung und, für damalige Zeit, weiter Verbreitung: Fr. Raumers Geschichte der Hohenstaufen, Schlossers Geschichte des 18. Jahrhunderts, 1824 die ersten Arbeiten von Leopold Ranke, die eine geistvolle, in ihrer Forschungsgrundlage wie in ihrer Darstellungskunst jedem Besten gleich, was an Geschichtschreibung die Jahrhunderte hervorgebracht haben, doch freilich nur auf eine auserwählte Schar Hochgebildeter unmittelbar, eben dadurch aber mittelbar sehr stark auch auf die Nation im großen gewirkt haben. Zu besonderem Dank wurde die Nation zwei Brüderpaaren verpflichtet, Jakob und Wilhelm Grimm, deren tiefgründige Forschung ihr die Anfänge und Grundzüge ihrer Sprache und ihrer Religions- und Rechtsanschauung erklärte, und Wilhelm und Alexander von Humboldt, vornehmen Naturen, und die doch dessen eingedenk blieben, daß man die Höhen der Wissenschaft

nicht darum bloß ersteigt, um von da aus eine möglichst umfassende und schöne Aussicht auf die unten liegende Welt zu genießen, sondern daß man, je höher man steht, um so mehr auch an Verbesserung und Veredelung dieser niederen Welt mitzuarbeiten berufen und verpflichtet ist. Sehr bedeutungsvoll war das Jahr 1835, in welchem das „Leben Jesu" von D. Fr. Strauß erschien, in dem sich die Kritik, das Werk Lessings und des Rationalismus auf besserer Grundlage wieder aufnehmend, auch an die Voraussetzungen der christlichen Weltanschauung heranwagte. Auch dieser höchste aller Gegenstände überlieferten Glaubens wurde nun zum Objekt strengwissenschaftlichen Forschens, die Entstehung des Kanons der alt- und neutestamentlichen Schriften in den Kreis reingeschichtlichen Studiums gezogen. 1840, 19 Jahre nach Schleiermachers „Der christliche Glaube" erschien die Dogmatik von Strauß, ein Werk, das, indem es unbarmherzig zerstörte, zugleich nötigte, auf tieferem Grunde in einer Arbeit voll schweren Ernstes den Neubau für ein geläutertes christliches Bewußtsein zu unternehmen. Daß alle diese Bewegungen sich auch irgendwie in der Welt der Dichtung, der lyrischen und der Romanliteratur geltend machten oder spiegelten, bedarf keiner weiteren Erinnerung: der wirkungsvollste und noch jetzt von vielen bestaunte und bewunderte dieser Lyriker, war Heinrich Heine, dessen Dichtungen aber kein Besitztum der Nation bilden, an dem sie sich rein erfreuen, geschweige in dem Sinn, den man bei weltlicher Dichtung so gut wie bei geistlicher anwenden kann, erbauen könnte.

An allen diesen Bestrebungen und Bewegungen nahm Österreich so gut wie gar keinen, der katholische Teil des deutschen Volkes nur einen sehr mäßigen aktiven Anteil: von bedeutenderen Werken theologischer Wissenschaft ist nur etwa Möhlers Symbolik (1832) zu nennen. Übrigens war das Verhältnis beider Konfessionen in den ersten 30 Jahren des Jahrhunderts sehr im Gegensatz zu seinen letzten Jahrzehnten ein freundliches und beinahe ein harmlos-naives zu nennen. Dies war eine Nachwirkung der Aufklärungstendenzen und der Toleranz der Friederizianischen Zeit, verstärkt durch die wilden Anläufe der Revolution gegen das Gemeinsamchristliche und durch die romantische Richtung in der Literatur, die auch dem Protestanten den Katholizismus in einer poetischen Beleuchtung und Verklärung erscheinen ließ. Allein allmählich änderte sich dies, und die Zeiten wurden weniger harmlos. Es kamen die Tage des Streits über die gemischten Ehen in den katholischen Landesteilen Preußens, die brutale Unterdrückung des für lange Zeit letzten Versuchs, Wissenschaft und katholische Dogmatik zu versöhnen, des Hermesianismus in den 30er Jahren (1835), wobei die preußische Regierung ebenso mithalf wie später bei der Preisgebung der Altkatholiken; der Konflikt — nicht wie die gedankenlose Phrase es bezeichnet — zwischen Staat

und Kirche, sondern zwischen der preußischen Regierung und einer der vielen Kirchen in Gottes Welt, der römisch-katholischen, das leichte Martyrium des Erzbischofs von Köln und das noch leichtere des Erzbischofs von Gnesen. Dieser Konflikt, immer wieder und mit Notwendigkeit sich erneuernd, bildet fortan ein überaus wichtiges Moment in der Geschichte des 19. Jahrhunderts.

Ein bedeutungsvolles Ereignis war der Tod Friedrich Wilhelms III. von Preußen (1840): man fühlte in ganz Deutschland, daß mit ihm die alte Zeit zu Grabe ging. Deutlich trat der große Fortschritt zutage, den das europäische Leben in den Friedensjahren seit 1815 gemacht hatte. In Deutschland zeigte er sich namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet, dessen enger Zusammenhang mit dem politischen freilich nur erst dunkel empfunden und von wenigen klar erkannt wurde. Mit Recht hebt man die Schöpfung des Deutschen Zollvereins (seit 1829) als eine Großtat des preußischen Beamtentums und auch Friedrich Wilhelms III. hervor: unzweifelhaft bewährte sich hier Preußen als Führerstaat für Deutschland, während der noch sehr doktrinäre und sehr unreife Liberalismus der Mittel- und Kleinstaaten sich gegen diese weise Wirtschaftspolitik sträubte und längere Zeit keine Ahnung davon hatte, daß hier die Keime des künftigen deutschen Nationalstaates in den Boden gesenkt wurden. Im Jahre 1836, sahen wir, umfaßte dieser Handelsbund 8232 Quadratmeilen mit 25 Millionen Deutschen, und schon im Jahre zuvor hatte das neue Verkehrsmittel, das bestimmt war, die Grundbedingungen des Lebens auf unserm Planeten zu verändern, die Eisenbahn, auch in Deutschland seinen Siegeszug begonnen. Während Friedrich Wilhelms III. sonstige Politik noch ganz am Gängelbande Metternichs ging, bereitete sich hier auch die Trennung von Österreich vor, die unerläßlich war, wenn aus Deutschland wieder ein Staat werden sollte. Eines war in Preußen gelungen, eine gute und einheitliche Verwaltung der sehr mannigfaltigen Bestandteile, aus denen dieser Staat seit 1815 zusammengefügt war: aber der § 13 der Bundesakte und die früheren Verheißungen und Vertröstungen auf eine Reichsverfassung waren nicht eingelöst, und der schamlose Rechtsbruch des neuen Königs von Hannover, Ernst August (1837), vollzog sich ohne Widerspruch von seiten des preußischen Königs, dem man sonst eine Aristidesnatur nachrühmte. Aber immerhin war damit die reaktionäre Störung an einem Äußersten angelangt. Es zeigte sich doch, daß das politische Selbstgefühl in Deutschland sich gehoben hatte und daß gewisse praktische Freiheitsbegriffe, andere, klarere, realistischere, als die der Burschenschaft gewesen, auch in die tieferen Schichten des Volkes gedrungen waren: zum Teil durch die Rückwirkung, welche die nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika Ausgewanderten, deren mehrere und immer

mehrere wurden, auf die in der Heimat Zurückgebliebenen ausübten.

Der Regierungswechsel in Preußen brachte im Jahre 1840 an die wichtigste Stelle Deutschlands einen geistreichen, vielfach angeregten und anregenden, aber unklaren, unstaatsmännischen, eigenwilligen und doch unentschlossenen Herrscher, der, indem er seine sehr besonderen Wege ging, den Widerspruch herausforderte. Indem er ohne jeden vernünftigen Grund der Verleihung einer Verfassung für Preußen, an der man nun schon mehr als ein Menschenalter beriet und die man von ihm erwartete und forderte, mit schwungvoller Rednerei aus dem Wege ging, reizte er diese liberalen Bestrebungen und machte das Durchsetzen des Verlangens nach einer konstitutionellen Verfassung für Preußen den leitenden Kreisen und Männern gewissermaßen zu einer Ehrensache. Mehr und mehr ging in ganz Deutschland das Leben der Nation in höheren Wogen: und wie so oft waren es Strömungen auf dem religiösen Gebiet, welche die Aufregung auch in sonst stille Kreise trugen. Auf protestantischem Boden rief die kirchliche Überklugheit und die orthodoxe Romantik des Königs und seiner unweisen Berater die Bewegung der Lichtfreunde und der freien Gemeinden hervor; auf katholischem führte in demselben Jahre 1844, wo von einem sächsischen Pfarrer die Frage „ob Schrift, ob Geist die Norm unseres Glaubens" aufgeworfen wurde, die Ausstellung einer Reliquie von höchst unzweifelhafter Unechtheit, des heiligen Rockes in Trier, und der Massenzulauf der Bevölkerung mit allerlei vermeintlichen Wundern die deutsch-katholische Bewegung herauf, eine Opposition innerhalb der katholischen Kirche selbst, die anfangs sehr populär, aber doch nur von oberflächlicher und mehr negativer und kritischer als positiver und schöpferischer Art sich bald in das allgemeine politische und gesellschaftliche Mißbehagen verlor. Diese Regungen alle deuteten und drängten in diesem ersten Jahrzehnt der Regierung Friedrich Wilhelms IV. nach einem nahen großen Umschwung der Dinge. Religiöse Fragen können in Deutschland niemals ganz ruhen, während es in England und Skandinavien wohl zu mehr oder weniger unfruchtbaren Sektenbildungen kam, die herrschenden Klassen aber in den alten Geleisen dahinlebten und in fast römisch-katholischer Weise das ganze Gebiet religiösen Denkens und Forschens als ein Noli me tangere beiseite schoben. In den romanischen Ländern, selbst in Frankreich, war von solchen Interessen, bei denen es sich nur um Wahrheit auf geistigen Gebieten und die jenseits aller Erkenntnis, alles Wissens und Wägens zu liegen schienen, handelte, wenig die Rede. Hier wie auch in Belgien stand überall dem Aberglauben der Masse der Unglaube einer Minderheit gegenüber, der da und dort in ein blödes Zähnefletschen des Materialismus gegen jede Art von Religion und ein

freches Verhöhnen auch des ernsten religiösen Suchens und Forschens ausartete. Mehr und mehr aber wurden diese Fragen auch politisch: am bestimmtesten in der Schweiz, wo der Gegensatz zwischen Radikalen und Jesuiten schon einen Austrag mit den Waffen forderte, während sie in Italien und Deutschland von dem nunmehr stärker erwachenden Drang nach nationaler Einheit in den Hintergrund gedrängt wurden. In beiden Ländern war dieses Nationalgefühl rege geworden. In Italien benutzte es geschickt den Regierungsantritt eines neuen Papstes und die Flitterwochen seines neuen Regiments (1847) und richtete sich mit der Kraft tiefgewurzelten Hasses gegen die österreichische Fremdherrschaft; in Deutschland richtete es sich seit 1846 in der schleswig-holsteinischen Erbfolgefrage in die Höhe. In ihr noch ganz oder halb verhüllt lag das große Problem der Zukunft unserer Nation. Die Rechtsfrage, wissen wir, war streitig; die Unrechtsfrage war es weniger. Das Unrecht war auf seiten des dänischen Königs und des dänischen Volkes; sehr deutlich aber gestaltete sich sehr bald die Macht- und Ohnmachtsfrage — es zeigte sich, daß Deutschland in seiner dermaligen Verfassung, daß das Deutschland des Bundestags nicht imstande war, eine große — die erste große nationale Frage, die diesem Volke wieder gestellt war, gegenüber dem kleinen Staate Dänemark zu lösen. An kleineren Bewegungen und Aufregungen hatte es auch seither nicht gefehlt: hier aber gewahrte man zum ersten Male wieder eine große Bewegung politischen Charakters im deutschen Volke.

Eine große Katastrophe war nahe. Eigentlich doch ein Zufall war es, der im Februar 1848 in Paris das Königtum Ludwig Philipps über den Haufen warf, und nicht das französische Volk, sondern eine Volksmasse vom Pariser Straßenpflaster war es, die hier eine Republik improvisierte, an die noch am Morgen des verhängnisvollen Tages niemand gedacht hatte. Aber dies hinderte nicht, daß das Ereignis alsbald über den ganzen Erdteil hin seine Wirkungen erstreckte, Frankreich selbst, Deutschland, Österreich, Italien in eine mehrjährige Krisis warf, die man genau als die Mitte des Jahrhunderts, 1848—1852, bezeichnen darf, und der sich in der ganzen Geschichte Europas nichts vergleichen läßt. Nur wenig von ihr berührt wurden England, die Niederlande, Schweden und Norwegen, Rußland, die Türkei — selbst Spanien und Portugal, wo man an politische Stürme und Unwetter lange gewöhnt war und sich also diesmal nicht besonders erhitzte. In allen seinen Fugen krachte der große Donaustaat, der Staat der Habsburger, Österreich-Ungarn, wo nunmehr die Strafe dafür begann, daß seine geistlose Regierung mit dem armseligen Höfling an der Spitze und mit ihr die Bevölkerung, die ein bitteres Epigramm als das Volk der Phäaken bezeichnete, die Gnadenzeit seit 1815, in welcher andere Staaten

geistig und wirtschaftlich, in Gesetzgebung, Wissenschaft, Schulbildung, Verwaltung mächtig fortgeschritten waren, schlechthin vergeudet hatte: sie stand nun dem entfesselten Orkan hilflos und steuerlos gegenüber. Indes noch einmal wurde um teuren Preis dieser Staat gerettet. Von seinen drei Weltstellungen, die alle drei zugleich bedroht waren, der italienischen, deutschen und Donaustellung, wurde diese, Ungarn, durch russische Hilfe, Italien durch einen rühmlichen Krieg, Deutschland durch die unsägliche Schwäche Friedrich Wilhelms IV. behauptet oder zurückgewonnen, und das Reich war 1852 scheinbar mächtiger als zuvor. In Frankreich vollendete sich binnen kurzem der Kreislauf von zuchtloser Freiheit zur Tyrannis, den das Land nicht zum ersten Male durchlief. Auf dem Boden und mit den Mitteln der Republik richtete der Neffe Napoleons I. das zweite Kaiserreich auf, das der Nation genehm war (1852): geschehen aber war die Revolution von 1848 recht eigentlich für die zwei Länder, die man bis dahin mit einem frivolen Worte Metternichs als einen „geographischen Begriff" bezeichnen durfte, Italien und Deutschland.

In Italien war längst die, stets und überall verhältnismäßig kleine, Schar der führenden Geister und Patrioten darüber im reinen, daß das Ziel alles Strebens die Beseitigung der österreichischen Fremdherrschaft sein müsse. Schon vor der Februarrevolution ließ sich diese Herrschaft, gegen welche die Nation mit jedem Atemzug protestierte, nur durch Waffengewalt, nicht einmal mehr durch Polizeikünste und Brutalitäten niederhalten. Jetzt war die Zeit gekommen, die Stunde da, und sie wurde ergriffen: aber in einem zweimaligen Waffengang ward die nationale Erhebung niedergeschlagen, der frühere Zustand wiederhergestellt, einschließlich des Papsttums, das die liberalistischen Allüren, mit denen Pius IX. seine Regierung begonnen, nunmehr beiseite setzte und seine natürliche Stellung auf der Seite der Reaktion wieder einnahm. Auch in Deutschland scheiterte die Erhebung, die einem seit Jahrhunderten zersplitterten, in zwei Gefolgschaften geteilten, in zwei Konfessionen zerspaltenen, durch alle möglichen Gegensätze auseinandergehaltenen Volke die ungeheure Aufgabe stellte, in kurzer Stunde für diese verschrobene Staatenwelt die richtige Form und Fassung zu finden — eine gesamtdeutsche Verfassung zu schaffen, und zwar eine solche, in der Freiheit der Glieder und Macht des Ganzen zugleich gewahrt wäre. In der Tat kam eine Nationalversammlung zusammen, eine Zentralgewalt wurde aufgerichtet, eine magna charta libertatum, die „Grundrechte des deutschen Volkes" und eine Reichsverfassung durchberaten und angenommen, die Papiere fertiggestellt und jene „Professorenversammlung" fand sogar, zu ihrem dauernden Ruhme, mit einer kleinen Mehrheit den richtigen Ausweg aus diesem Wirrsal durch die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum Deutschen Kaiser — Zusammenschluß um Preußen und Ausschluß

Österreichs. Allein der Mann selbst, kein Friedrich der Große, versagte sich der Aufgabe, demütigte sich und seinen Staat unter Österreich, dessen Klientel und dessen großmütigen Verbündeten, Rußland: und Deutschland mußte die ungeheure Schmach auf sich nehmen, noch einmal unter das Joch der elendesten aller Verfassungsformen, den Fürstenkonvent zu Frankfurt, zurückzukehren (1852). Allein nur scheinbar war das Alte hergestellt und nur für kurze Zeit hatte Österreich in Italien und in Deutschland gesiegt. In Italien bohrte sich der Haß gegen die österreichische Herrschaft noch tiefer in die Gemüter als zuvor — es war hier so wenig mehr von einer Versöhnung die Rede, als einst im 16. Jahrhundert in den Niederlanden nach Albas Regiment. Das deutsche Volk aber war in diesen vier Jahren in der Tat ein anderes geworden. Es hatte begonnen, wiederum ein Volk im politischen Sinne, eine Nation zu sein. Parteien hatten sich gebildet, eine Presse war aufgesproßt, die, wie immer gehudelt und im einzelnen gebeugt, doch dank eben der Klein- und Vielstaaterei nicht mehr zu unterdrücken war; es gab ein öffentliches Leben trotz der Polizeikünste, mit denen man es niederhielt; eine Menge politischer und gesellschaftlicher Probleme war aufgetaucht, welche die Geister beschäftigten — und vor allem eines: der mächtigste der deutschen Staaten, Preußen, war ein Verfassungsstaat mit parlamentarischen Formen geworden, während in Österreich, nachdem seine Staatsmänner das äußerste Maß von Trug und kecken Vorspiegelungen erschöpft hatten, der Absolutismus hergestellt und, da Ungarn durch die große Rebellion seine selbständige Verfassung verwirkt habe, sogar das vielsprachige Staatsgebiet, auf dem zehnerlei Nationalitäten sich begegneten, als eine einzige unteilbare Monarchie proklamiert worden war.

Die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, die Zeit nach der großen Krisis in seiner Mitte bis zu seinem Ende, zeigt wiederum drei Stadien und zerlegt sich in drei Abschnitte, welche durch die Zahlen 1852, 1863, 1871 und 1900 bezeichnet werden können: der mittlere dieser Zeiträume 1863—1871 war die Zeit, in welcher die großen Entscheidungen fielen.

Der aufgeregten Revolutionszeit folgte eine Periode unfruchtbarer Reaktion, die hier mit mehr, dort mit weniger Grausamkeit und Tücke sich für die Angst und Feigheit schadlos hielt, welche die Regierenden und ihre Subalternen in den Tagen der 48iger Revolution bewiesen hatten — vor allem in Deutschland, wo jetzt die politische Reaktion neben der weltlichen die geistliche Polizei zu Hilfe rief und wenigstens in der evangelischen Pastorenwelt bereitwillige Verbündete fand, während die katholische Hierarchie ihre eigenen Wege ging, die Gunst der Zeit auf ihre Weise benutzte, und was ihr von staatlichen Einrichtungen unbequem war, in beinahe offener Rebellion ablehnte.

Läppische Wundererscheinungen wie 1853 in Frankreich die der heiligen Jungfrau von La Salette leiteten einen Feldzug ein, der erst im Jahre 1870 mit einem vollen Siege des römischen Katholizismus über den deutschen endigte. Zunächst mit dem Dogma von der unbefleckten Empfängnis, das 1854 der Welt enthüllt wurde, sondierte der Jesuitismus, was sich die Welt des 19. Jahrhunderts würde bieten lassen, und das Ergebnis war günstig. In Frankreich lastete die neue, sehr geschickt auf- und eingerichtete Tyrannis Napoleons III. zwar nicht schwer auf der Masse des Volks, der vielmehr geschmeichelt wurde, desto schwerer aber auf den wirklichen Freunden der Freiheit und einer höheren Auffassung vom Wesen des Staats; in Italien stand es wieder in alten Rechten, — Despotismus der einheimischen Fürsten und österreichische Fremdherrschaft, und gegenüber ein haßerfülltes Volk: und nur ein Trost war, aber er war nicht schlecht, daß wenigstens das zweimal besiegte Königreich Sardinien sich der Reaktion versagte und seiner Mission treu blieb. Selbst in der neuen Welt, den Vereinigten Staaten war die Reaktionspartei von amerikanischem Schnitt, die der Sklavenstaaten, im Vordringen, und was das traurigste war, der große Mann der Epoche neben Ludwig Napoleon war der Kaiser Nikolaus, Herrscher des dem europäischen Leben am meisten abgewendeten russischen Reichs, und überdem ein Mann von unbegrenztem Hochmut und also großer Beschränktheit. Den Beweis für beides lieferte er, indem er einen Krieg gegen die Türken vom Zaune brach (1853), dadurch eine Koalition England-Frankreich-Türkei, sowie den Undank vom Hause Habsburg hervorrief, und so nun selbst die neue heilige Allianz der Revolutionsjahre, Rußland-Österreich-Preußen zerstörte. Zugleich brach die Art, wie Rußland den Krieg geführt hatte, den Zauber russischer Übermacht, und zugleich begannen die liberalen Kräfte von ihrer schweren Niederlage einigermaßen aufzuatmen. In diese moralische Niederlage Rußlands ward in anderer Weise auch die zweite Macht der Reaktion, Österreich, verstrickt, das in Sardinien einen überaus klugen Gegner an dem Minister Cavour gefunden hatte. Aufs neue ward jetzt die italienische Frage erst halb, dann ganz aufgerollt: die Bonapartes verbanden sich durch eine dynastische Heirat mit dem alten Hause Savoyen, und im Jahre 1859 kam es zu dem entscheidenden Kriege, den Frankreich und Italien verbündet gegen das isolierte Österreich führten. Von gewaltiger Tragweite aber waren die Folgen dieses Zusammenstoßes, der nach zwei Niederlagen der Österreicher unerwartet rasch, aber aus guten Gründen, von den beiden Hauptgegnern abgebrochen wurde. Die Entwickelung der Dinge in Italien, die unwiderstehlich zum Einheits- und Nationalstaat hindrängten, ließ sich aber nicht aufhalten: von selbst waren diese Großherzogtümer, Herzogtümer, Fürstentümer, auch ein Teil des Kirchenstaats zusammen-

gestürzt und jetzt, mitten im Frieden, folgte dieser Einsturzbewegung das Königreich Neapel; mühsam und nur durch die fremden Bajonette gestützt, hielt sich der Rest des Kirchenstaats und das österreichisch gebliebene Venetien. Und so mächtig war in diesem Zeitalter der großen Volksbewegungen dieser Sturm, daß kein Einschreiten Europas diese Herrentümer wieder aufzurichten unternehmen oder wagen konnte. Zu den Neuschöpfungen seit 1815, dem Königreich Belgien, Königreich Griechenland kam jetzt ein viel mehr bedeutendes Gebilde — das Königreich Italien (1860).

Eine noch wichtigere Folge des italienisch-französischen Krieges aber war, daß nunmehr auch in Deutschland die Einheits- und Freiheitsbestrebungen, die von Österreich, Rußland und den deutschen Mittelstaaten niedergeschlagen worden waren und niedergehalten wurden, jetzt von neuem ansetzten. Ein Doppeltes kam hier zu Hilfe. Das eine war die sehr augenfällige Niederlage Österreichs in diesem letzten Kriege, wobei die moralische noch viel schwerer wog, als die der Waffen — ein völliger Bankrott, der hier von selber zwang, das, was man seither das System genannt, zu ändern, und der in diesem vielstämmigen, vielsprachigen, vielländrigen und sehr zurückgebliebenen Reiche eine unabsehbare Kette von Wirren hervorrufen und die Kraft des Reiches nach außen lähmen mußte. Das zweite war der Regierungswechsel in Preußen, wo schon 1858 an die Stelle des erkrankten Friedrich Wilhelm IV. ein Mann trat, dem das Größte vorbehalten war, weil er sich im Kleinen und Nächstvorliegenden treu und verständig erwies, sein Bruder Wilhelm, seit 1861 König Wilhelm I. Diesem Manne, der das 60. Lebensjahr bereits überschritten hatte, sollte der ungeheure Wurf gelingen — die Lösung der deutschen Einheitsfrage, die Herstellung jenes deutschen Nationalstaats, der im Jahre 1813 einzelnen gewissermaßen im Traume erschienen, und der dann im Jahre 1848 eine kurze Zeit eine doch auch nur schattenhafte Wirklichkeit gewesen war. Scharfsichtige Augen, wie die von Cavour oder Thiers, sahen allerdings, daß die Erringung der italienischen Einheit die der deutschen bald zur Folge haben müsse: zunächst aber ließen sich die Dinge keineswegs sehr hoffnungsvoll an. Gerade jetzt, wo die deutsche Verfassungsfrage wieder Gegenstand ernsthafter Erörterung und mehr oder weniger ernsthafter Verhandlungen zwischen den Regierungen wurde — denn die Jämmerlichkeit der Bundesverfassung hatte sich bei den letzten großen Problemen, dem österreichisch-französischen Kriege allzudeutlich gezeigt — traten die Schwierigkeiten, ja Unmöglichkeiten einer Lösung d. h. einer friedlichen Verständigung ins Licht. Die Erkenntnis allerdings, daß Preußen an die Spitze eines neuen Deutschlands treten und Österreich aus dessen engerem Verbande ausscheiden müsse, — diese Erkenntnis hatte sich durchgerungen und eine über ganz Deutsch-

land sich verbreitende Parteiorganisation, den Nationalverein, hervorgerufen. Aber in Preußen selbst gestalteten sich die Dinge nach einem glücklichen Anfang sehr trübe. Aus einer von der liberalen Partei, die unter der Regentschaft des Prinzen von Preußen zu einer sehr einflußreichen Stellung gelangt war, sehr ungeschickt geführten Behandlung der Heeresreformfrage entstand ein mit steigender Heftigkeit aufbrennender Verfassungskonflikt, der jene Lösung der deutschen Frage wieder ganz und gar unmöglich zu machen schien, und der vielmehr die dieser doch allein möglichen Lösung feindlichen Parteien einlud, die gute Gelegenheit zu benutzen, um ihr für immer den Riegel vorzuschieben. Unter diesen Wirren geschah, daß ein Politiker, der nach seinem Auftreten im vereinigten Landtag und in den Jahren der Revolution der urteilslosen Menge und den tonangebenden Blättern als die Verkörperung der wildesten Reaktion galt und dargestellt wurde, von König Wilhelm an die Spitze des preußischen Ministeriums gerufen ward und damit die Nation, ohne es zu wissen, einen ungeheueren Glückswurf tat: das Zeitalter Bismarcks brach an.

1863 bis 1871. (1900).

In diesem kurzen Zeitraum von acht Jahren drängten sich die gewaltigsten Ereignisse und Entscheidungen. Wir brauchen in diesem raschen Überblick nur daran zu erinnern, wie dieses Jahr im Verfolg des großen Kampfes der Nord- und Südstaaten in Nordamerika mit einer Botschaft des Präsidenten der Vereinigten Staaten begann, in welcher die Emanzipation der Sklaven als eine gebotene Maßregel in dem um die große Sklavenfrage entbrannten Bürgerkriege proklamiert wurde; wie im Laufe desselben Jahres das schwerkranke Österreich den großen Theatercoup ausführte, im Flug und Sturm durch die deutschen Fürsten eine neue Bundesverfassung in seinem Sinne zu schaffen, die, wenn dies möglich war, noch schlechter gewesen wäre als die bestehende; wie dieser dreiste Versuch an dem ruhigen Nein der von Bismarck geleiteten preußischen Regierung scheiterte; wie gegen Ende des Jahres durch den Tod Friedrichs VII. von Dänemark die schleswig-holsteinische Frage brennend wurde und hinter ihr, unaufhaltsam, die große deutsche Frage in ihrer ganzen Mächtigkeit und Furchtbarkeit heraufstieg. Es waren Tage, deren sich die, die das erlebt haben, noch mit Furcht und Zittern erinnern: für dieses große deutsche Land eine Krisis auf Leben und Tod. Auf eherner Wage wurden aufs neue die Völker gewogen: Leib an Leib, die tödliche Waffe schwingend, traten sich das alte Deutschland und das neue gegenüber. Der erste Waffengang, der um Schleswig-Holstein gelang, schwere Schmach ward rühmlich gesühnt, die Lande wurden deutsch. Aber über der Frage, in welcher

Gestalt und Fassung sie es werden sollten, kam es zur Entscheidung über das ganze große weltgeschichtliche Problem der Neugestaltung Deutschlands: und hier fügte es Gott, daß diese unsere Nation, die so lange vom Unglück verfolgt war, das Glück hatte, diesmal wie einst Griechenland in gleich kritischer Lage in Themistokles in Bismarck den mutigen Mann an der rechten Stelle zu besitzen, der, nicht anders als Friedrich der Große im Jahre 1756, einer feindlichen Welt und ihren Scheinkräften gegenüber ruhig und fest die wirkliche Kraft eines festgefügten Staates und Heeres, den eigenen genialen Verstand und stählernen Willen und, möchte man sagen, den dynastischen Instinkt eines mannhaften Herrschers aus Hohenzollernblut einsetzte. Österreich erlag und mit ihm das alte Deutschland; es schied aus seiner italienischen wie seiner deutschen Weltstellung aus; ein ungeheurer Umschwung der Dinge nicht allein, sondern auch der Gemüter trat ein. Die Karte von Deutschland vereinfachte sich; einige landesverräterische Dynastien, verdorrte Äste am Baume der Nation, Hannover, Kurhessen, Nassau, waren durch ein Wetter Gottes abgesplittert, und zunächst das nördliche, dann durch zeitgemäße Erneuerung des Zollvereins und Umgestaltung seiner Verfassung auch das südliche Deutschland wurde durch eine überaus verständige und in ihrer Einfachheit fast genial zu nennende Verfassung geeinigt. Noch größer war der Umschwung in den Gemütern: König Wilhelm von Preußen nebst seinem ersten Berater plötzlich als der vom Schicksal erkorene Mann erkannt, rasch populär selbst im Lager derer, die soeben noch Feinde gewesen; der Verfassungskonflikt in Preußen im Prinzip beseitigt, da die Heeresorganisation des Königs sich glänzend bewährt, dieses Heer und dieser Staatsmann in Wahrheit das Programm des nationalen Liberalismus, der Erbkaiserlichen, der Gothaer, des Nationalvereins ausgeführt hatte, und der Sieger in der Fülle seiner Macht mit hochherzigem Entschlusse die verfassungsmäßigen Rechte des Landtags anerkannte, indem er für die ohne Budget geleisteten Ausgaben Indemnität nachsuchte; der sinnlose Preußenhaß verschwunden oder gemildert, seitdem man die wirklichen Preußen im Krieg und in den Quartieren kennen gelernt hatte; — das nationale Gerechtigkeitsgefühl befriedigt durch das Strafgericht, das über den Tyrannen von Hessen, den blinden, von dynastischem Hochmut trunkenen König von Hannover, den von Armseligen beratenen und umgarnten Satelliten Österreichs, den Herzog von Nassau, ergangen war. Aber nicht Deutschland allein hatte sich verwandelt. Für Österreich war es ein Glück, daß seine unnatürliche Verbindung mit Deutschland und mit Italien zugleich mit einem scharfen Schnitte sich löste. Mit dem Absolutismus war es jetzt ohnehin auch hier vorbei. Die beiden mächtigsten seiner Völker, die deutsche und die ungarische Hälfte, beide verfassungsmäßig regiert, schlossen einen Ausgleich, welcher dem

Gesamtreich eine friedliche Weiterentwickelung verhieß. Italien hatte Venetien erhalten, und es fehlte dem Königreich zu seinem vollen rechtmäßigen Besitz nur noch der Kirchenstaat. England war mit der Veränderung der politischen Gestalt im ganzen wohlzufrieden, da das neue Deutschland eher als das alte Frankreich im Schach halten und z. B. die Neutralität Belgiens verbürgen konnte, ohne daß England sich zu bemühen brauchte. In den Staaten vom zweiten Range, Schweden-Norwegen, Holland, Belgien, Schweiz, war man allerdings ärgerlich über den ungeheuern Erfolg des kleinen Preußens, um so mehr, als überall die blinde Überweisheit vielmehr dessen Niederlage erwartet hatte, aber wer einige Einsicht besaß, mußte doch auch hier froh sein, daß es so und nicht anders gekommen war. Allein freilich: jedermann fühlte, daß die Dinge noch nicht endgültig abgeschlossen waren, und ein neues Gewebe von Ränken wurde alsbald gesponnen. Zwei Mächte waren, denen ein sicherer Instinkt des Hasses innewohnte und welche die Niederlagen Österreichs als eigene empfanden — Frankreich und das Papsttum. Jenes, das zweite Kaiserreich, hatte sich zu den inneren Schwierigkeiten, denen dies eigenartige persönliche Regiment naturgemäß ausgesetzt war, um dieselbe Zeit, wo die Ereignisse in Deutschland sich vorbereiteten, eine wirkliche und schwere Demütigung jenseits des Ozeans geholt, wo seine Truppen ruhmlos vor dem bloßen drohenden Wort der Vereinigten Staaten von ihrem Abenteuer in Mexiko ablassen und den unglücklichen Habsburger, dem sie dort einen Thron aufrichten sollten, seinem Schicksal überlassen mußten; das Papsttum aber hatte nicht übersehen, daß in dem Kriege gegen Österreich der preußische Staatsmann ohne Zaudern mit dem revolutionären Königreich Italien sich verbündet hatte, und sah den Augenblick herankommen, wo das, was sie dort die Revolution nannten, auch den letzten Rest des Kirchenstaats verschlingen und das heilige Rom als die natürliche Hauptstadt des „subalpinen Königreichs", wie sie in ohnmächtigem Grimm das wiedererstandene Italien nannten, reklamieren würde. Schlimmer vielleicht noch war, daß im Herzen Europas, in Deutschland, jetzt die protestantische Macht überwog und rasch sich befestigte.

Merkwürdig, wie nun diesen deutschen Landen plötzlich alle Glückessterne im Bunde lachten. Ein neues Leben durchdrang diesen großen Körper, der an geistigen und materiellen Kräften so reich war: der Zollverein ward auf besserer, nun auch politisch wirksamer Grundlage erneuert, und Bündnisse zu Schutz und Trutz, anfangs geheim, dann rechtzeitig veröffentlicht, verbanden die Südstaaten mit dem neugeschaffenen norddeutschen Bunde. Noch aber war, wie sehr natürlich, viel Groll vom letzten Kriege her übrig, und noch war das Werk der Einigung nur halb vollbracht und also noch immer gefährdet. Da fügte es sich, daß Frankreich — die Regierung, die Masse der

Bevölkerung und die sie beherrschenden Redner und Journalisten, der Kaiser, der sein Prestige zugleich mit dem der Nation schwinden sah, und die Kaiserin, eine hochmütige, oberflächliche und von dummem spanischem Ketzerhasse erfüllte Frau eine Revolution in Spanien und die bevorstehende Wahl eines Prinzen aus der Nebenlinie des Hohenzollernschen Hauses dazu benutzten, einen Krieg gegen Deutschland vom Zaune zu brechen — einen Krieg, bei welchem von Anfang alles Unrecht auf französischer, alles Recht und gute Gewissen auf deutscher Seite war und wo glücklicherweise dem besseren Recht auch die größere Kraft zur Seite stand.

Dieser Krieg und sein Ergebnis, die Wiederaufrichtung einer politischen Macht ersten Ranges in der Mitte des Erdteils, des Deutschen Reichs, ist, bis vor kurzem wenigstens, das letzte große Ereignis gewesen, dem man weltgeschichtliche Bedeutung im höchsten Sinne, d. h. tiefgreifenden Einfluß auf das Gesamtleben der Menschheit zusprechen kann. Es bedeutete, da die hochmütigen Prätentionen des französischen Volkes auf eine hegemonische Stellung gründlich gebrochen waren und da im Gefolge der Schlacht von Sedan zugleich auch Italien seine Hauptstadt gewann und seinen Zusammenschluß zu einem Nationalstaat vollendete, die Herstellung einer gesünderen Gestalt der Machtverhältnisse in Europa, und die ihm folgenden 30 Jahre haben diese Gesundung bewiesen. Sie trugen, einige Male durch mehr oder weniger lokale Kriege, den russisch-türkischen, den türkisch-griechischen und die zwei exotischen, den chinesisch-japanischen und den spanisch-amerikanischen, unterbrochen, einen wesentlich friedlichen Charakter und ließen dem außerordentlich reich gewordenen europäischen Kulurleben volle Zeit, sich nach allen Seiten hin zu entfalten und auszudehnen. Fast alle Erdräume sind zur Teilnahme an diesem Kulturleben von europäischem Gepräge berufen oder ihm unterworfen. Auch in Deutschland, das lange in einer gewissen Zurückgezogenheit an der Vollendung dieser europäischen Kultur gearbeitet hatte, hat man erkannt, daß ein großes Volk sich der Pflicht, dieser Kultur auch in entlegenen Räumen Bahn zu machen, nicht entziehen darf. Es ist nicht nötig, dieses letzte Viertel unseres Jahrhunderts, dessen Geschichte dieser letzte Band unseres Werkes enthält, noch einmal zu überblicken: jeder Tag, jedes Zeitungsblatt bringt uns die mannigfaltigen Kräfte dieser so hochentwickelten Kulturwelt, ihre Triumphe und ihre Niederlagen zum Bewußtsein. Sie zeigen uns das Ringen großer Gegensätze — kühnes Vordringen wissenschaftlicher Forschung und Aufklärung und stupiden Aberglauben und Köhlerglauben; ein öffentliches Leben von nie zuvor erlebter Stärke und Ausdehnung und eine Fülle von Freiheiten, und daneben alte und neue Ketten, welche die Menschen sich schmieden: und wenn wir als Frucht der gemeinsamen Abwehr gegen den napoleonischen Despotismus

zu Anfang des Jahrhunderts gewahrt haben, daß gleichzeitig die Eigenart der verschiedenen Nationen und das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit, die Nationalitäts- und die Menschheitsidee mit stärkerer Kraft aus diesen Kämpfen hervorgingen, so können wir am Schlusse des Jahrhunderts wahrnehmen, wie diese beiden Kräfte miteinander gewachsen sind. Die Religion Jesu Christi hat vor 1900 Jahren die Idee der Menschheit zu einer Wahrheit und einer an alle gerichteten sittlichen Forderung gemacht: Einer ist euer Vater, der im Himmel, ihr aber seid alle Brüder: und damit läßt sich die Nationalitätsidee aufs beste vereinigen, ja sie geht unmittelbar aus ihr hervor. Je nach ihrer Eigentümlichkeit sind kraft dieser Anschauung alle Nationen berufen, an der Verwirklichung dieses Ideals der Menschheit als eines ethischen Ganzen zu arbeiten. Auch hat die christliche Kirche oder es haben die verschiedenen kirchlichen Gemeinschaften in der Theorie an dieser Idee immer festgehalten, wenngleich ihre Organe sich oft genug mit allen schlechten und egoistischen Trieben der verschiedenen Nationen verbündet haben und eine dieser Kirchen, die römische, durch ihren hochmütigen Anspruch, die allein berechtigte zu sein, zu barscher Verneinung aller übrigen und zu blutiger Verfolgung dieser übrigen abgeirrt ist. Immer aber bricht doch der Gedanke siegreich durch, daß ein Band der Liebe, wie Jesus Christus sie geübt und gelehrt hat, alle Menschen und also auch die Nationen umschlingen sollte: immer besser doch als die Doktrin einer Partei, die in unserem Jahrhundert zu Macht gelangt ist und ihre Genossen und Angehörigen aus den verschiedenen Nationalitäten nur durch die Gemeinsamkeit des Hasses gegen die Träger der bestehenden Gesellschaftsordnung zusammenbindet.

So ist also der große christliche Gedanke noch immer ein hoch in den Wolken aufgerichtetes Ideal und ruft wohl den Spott einer Zeit hervor, die sich und auch nicht mit Unrecht ihres Realismus, des festen Erfassens der Wirklichkeiten und Möglichkeiten, rühmt: er ist gleichwohl in Wirklichkeit eine Macht, ohne die man sich unser Leben, das des einzelnen wie das Völkerleben, nicht denken möchte. Vielleicht zeigt eben das letzte Jahr der Menschengeschichte, das hinter uns liegt, deutlicher als je zuvor, wie nahe schon und wie ferne noch jenes höchste Ziel der weltgeschichtlichen Entwickelung liegt. Einen Zug des rohesten nationalen Egoismus zeigt der zu Ende gehende und mit dem Sieg des Unrechts endigende Krieg, den Großbritannien gegen die südafrikanischen Republiken geführt hat: tröstlichere Momente treten in den Begebenheiten zutage, die eben (1900) in China im Gange sind und in ihrer Gesamtheit das jüngste weltgeschichtliche Ereignis — ein weltgeschichtliches Ereignis allerersten Ranges darstellen. Es ist der Zusammenstoß zweier Welten — des mongolischen Riesenreichs mit der europäischen christlichen und der von christlichen

und europäischen Anschauungen bestimmten und getragenen Kultur: — ein Ereignis, dem wir noch einige orientierende Worte widmen müssen. Durch den Verlauf und Ausgang des chinesisch-japanischen Kriegs war, wie wir gesehen, die Gefahr nahe gerückt, daß dieses seit vielen Jahrhunderten starr- und stillstehende chinesische Volk und sein Mandarinentum gewaltsam in die europäische Kulturbewegung hineingezogen würde, die schon länger, wenn auch langsam eingedrungen war und sichtbar und jetzt nur augenfälliger vordrang: die europäischen Nationen gingen dabei sehr unbedacht und ohne Kenntnis dieses eigenartigen Reichs, seiner Bevölkerungen und seiner Beamtenkaste vor und sind von der Schuld nicht freizusprechen, selbst das Unheil heraufbeschworen zu haben. Die ganze Welt von Gebräuchen und Mißbräuchen in diesem Reiche kam in Bewegung und setzte sich zur Wehre. Eine Verbindung der „Männer der starken Faust", von den Engländern als Bund der Boxer bezeichnet, bildete sich zur Vertilgung der Fremden und warf sich, von der Regierung matt bekämpft und heimlich unterstützt, auf die christlichen Missionare und die zerstreut in den Städten wohnenden Fremden, auf die Beamten an den im Bau begriffenen Eisenbahnen und mit besonderem Grimm auf die christlich gewordenen Chinesen, die sie als die „Teufel zweiter Klasse" bezeichneten. Man hatte, selbst unwissend, die Bevölkerungen über die Macht und die Absichten dieser okzidentalischen Barbaren in Unwissenheit gehalten, die Verlegenheiten Frankreichs in Faschoda, die der Engländer in Transvaal sich als Beweise schwindender Macht ausgelegt und glaubte jetzt die Stunde gekommen, wo man die lästigen fremden Einflüsse und Einrichtungen wieder würde loswerden können. Es wurde nötig, zum Schutze der fremden Gesandten in Peking Schutzwachen, mäßige Militärkräfte, etwa 340 Mann im ganzen, Briten, Japaner, Amerikaner, Franzosen, Italiener, Deutsche, Russen, dorthin zu ziehen. Seit Anfang Juni wurde für diese die Lage bedenklich, und am 21. Juni 1900 wurde der Gesandte des Deutschen Reichs auf dem Wege nach dem Tsungliyamen, dem Auswärtigen Ministerium, ermordet. Und nun trat ein Großes, in der Geschichte nie Dagewesenes ein, dessen weltgeschichtliche Bedeutung sofort einleuchtet: die Gesandtschaften jener Mächte bestanden mit jener geringen Truppenmacht, vereinigt inmitten der ungeheuern Hauptstadt dieses ungeheuern Reichs, zwei Monate lang eine Belagerung und Beschießung durch eine chinesische Übermacht, hinter der die ganze Tücke einer verlogenen Regierung stand, bis sie am 12. August durch die vereinigte Truppenmacht der europäischen Mächte, an deren Seite die der Vereinigten Staaten von Nordamerika und die der europäischer Kultur gewonnenen asiatischen Macht, Japan, befreit wurden. Von allen Seiten hatten diese mittlerweile sich zusammengefunden, und nachdem sie die Takuforts, welche den Unterlauf des

Peihoflusses beherrschen, erobert hatten, von Tientsin aus nach Überwindung großer Schwierigkeiten den Marsch angetreten, der sie noch rechtzeitig nach Peking brachte, um die Eingeschlossenen aus ihrer beinahe schon verzweifelten Lage zu retten.

Diese Ereignisse lehren, daß die Zeit vorüber ist, auch für unser Vaterland, da man auf Kämpfe in weiter Ferne mit spießbürgerlichem Behagen blicken darf: was dort, was irgendwo in der weiten Welt vorgeht, berührt unmittelbar unser eigenes Leben, und wo man sich einen Augenblick an der Idee erquicken darf, daß die Nationen hier eine gute Tat in Eintracht vollführt haben, so tritt doch auch hier die Besorgnis dazwischen, daß der nationale Egoismus bei der Ausbeutung des errungenen Sieges demnächst wieder seine Netze ausspannen werde.

Allein eine Wanderung durch die Geschichte menschlicher Strebungen und Führungen darf nicht mit einem Worte pessimistischer Art schließen, und wer sich bei einer solchen als Führer dargeboten hat, muß sich insbesondere bei der Vorführung jüngst vergangener Zeit bescheiden, allgemeine Urteile und allgemeine Prophezeiungen auszusprechen. Gelegentlich ist wohl schon der verwegene Gedanke ausgesprochen worden, daß wer die Geschichte der Menschen und Völker genau kenne, die in ihr wirksamen Kräfte erwäge und deren Spiel bis herab zur Gegenwart verfolge, imstande sein werde, die Zukunft unseres Geschlechts zu berechnen: und für das beginnende neue Jahrhundert hat es an solchen zuversichtlichen Prophezeiungen nicht gefehlt. Dies ist ein großer Irrtum: ein solches Maß von Erkenntnis ist keinem Sterblichen und keiner noch so gelehrten Zunft oder Körperschaft von Sterblichen verliehen, und nicht diesen Gewinn dürfen wir vom Studium der Geschichte erhoffen. Wohl aber einen anderen und wichtigeren: daß wir erkennen, wie unser Einzeldasein durch tausend Fäden mit einem Ganzen verknüpft ist, — einer Nation, einer sittlichen Gemeinschaft irgendwelcher Art, und mit der größten dieser Gemeinschaften, der Menschheit. In ihr und durch sie bekommt unser flüchtiges Leben einen höheren Wert und Gehalt: in ihr und durch sie erhält dieses Leben des einzelnen erst eine wirkliche Bestimmung, die er mit Recht als eine unmittelbar von Gott ihm auferlegte Pflicht ansehen darf. Um diese Bestimmung zu erfüllen, bedarf es der Kräfte der Erkenntnis und der Kraft des Willens: beide stärken sich dem Menschen aus der Betrachtung vergangener Geschlechter und Zeiten, die ihn über sich selbst und seine egoistischen Triebe und Interessen hinaushebt.

Zeittafel

über

die Ereignisse seit 1814.

1814 30. Mai. Erster Pariser Friede.
3. Nov. Eröffnung des Wiener Kongresses.
1815 16. Febr. Ausbruch Napoleons von Elba.
13. März. Achtserklärung der Mächte.
1. April. Otto von Bismarck-Schönhausen geboren.
8. Juni. Deutsche Bundesakte.
9. Juni. Schlußakte des Wiener Kongresses.
18. Juni. Schlacht bei Waterloo.
9. Juli. Ludwig XVIII. wieder in Paris.
26. Sept. Vertrag der Heiligen Allianz durch die Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen unterzeichnet.
16. Okt. Napoleon landet auf St. Helena.
1816 3. Jan. Preußen: Rheinischer Merkur verboten; 6. Jan. Tugendbund aufgehoben.
15. Mai. Verfassung in Weimar.
5. Sept. Frankreich: Unfindbare Kammer aufgelöst.
30. Oktober. Verfassungswirren in Württemberg; Regierungsantritt Wilhelms I.
5. Nov. Eröffnung des Deutschen Bundestags zu Frankfurt a. M.
Mißwachs und Hungersnot.
2. Dez. Unruhen in London; Reformagitation.
1817 — James Monroe, Präsident der Vereinigten Staaten: „Monroe-Doktrin".
18. Okt. Deutschland: Wartburgfest; wachsende Reaktion.
1818 5. Febr. Schweden und Norwegen: Karls XIII. Tod; Karl XIV. Johann (Bernadotte) König.
27. März. Polen: erster Reichstag zu Warschau.
26. Mai. Bayrische Verfassung.
22. Aug. Badische Verfassung.
5. Sept. Orient: die Wechabiten in der Schlacht von Dejareh durch Mehemed Ali besiegt.
29. Sept. bis 21. Nov. Kongreß zu Aachen; Stourdzas Denkschrift über die deutschen Angelegenheiten. — Abzug der Occupationstruppen aus Frankreich.
1819 23. März. Deutschland: Kotzebues Ermordung durch Sand.
16. Aug. England: Blutbad von Manchester.
20. Sept. Deutschland: Bundestag verkündet Karlsbader Beschlüsse.
25. Sept. Deutschland: Verfassung in Württemberg.
1. Nov. Deutschland: Centraluntersuchungskommission in Mainz.
25. Nov. Ministerialkonferenzen in Wien.
1820 1. Januar. Spanien: Oberst Riego proklamiert Verfassung von 1812; Aufstand in der Isla de Leon.
17. Jan. Preußen: k. Verordnung, daß neue Anleihen nur unter Mitwirkung der Reichsstände abgeschlossen werden dürfen.
29. Jan. England: Georgs III. Tod; Georg IV. König.
13. Febr. Frankreich: Ermordung des Herzogs von Berry.

1820 7. März. Spanien: Aufstand siegreich; Ferdinand VII. beschwört Verfassung von 1812.
25. März. Rußland und Polen: Jesuitenorden aufgehoben.
15. Mai. Wiener Schlußakte: der Deutsche Bund ein „völkerrechtlicher unauflöslicher Verein".
6. Juni. England: Königin Karoline kehrt zurück; Skandalprozeß.
7. Juli. Italien: Aufstand in Neapel; spanische Konstitution von 1812 eingeführt.
15. Juli. Italien: Aufstand in Palermo.
24. August. Portugal: Erhebung gegen Lord Beresford.
29. Sept. Frankreich: Herzog von Bordeaux geboren.
20. Okt. bis 20. Nov. Kongreß zu Troppau.
17. Dez. Deutschland: Verfassung im Großherzogtum Hessen.

1821 6. Jan. bis 12. Mai. Kongreß zu Laibach; Intervention in Neapel beschlossen.
7. März. Griechenland: Alexander Ypsilanti in den Donaufürstentümern; Proklamation v. Jassy; Beginn des griechischen Freiheitskampfes.
7. März. Italien: Kampf bei Rieti; 24. Einzug der Österreicher in Neapel.
11. März. Italien: Erhebung in Turin.
6. April. Griechenland: Ausbruch des Aufstands im Peloponnes.
10. April. Italien: Einzug der königlichen Truppen in Turin; 11. der Österreicher in Alessandria.
5. Mai. Napoleons Tod auf St. Helena.
19. Juni. Türkei: Kampf bei Dragatschan endigt den Aufstand in den Donaufürstentümern.
4. Juli. Portugal: Dom Johann VI. landet, beschwört die Verfassung.
15. Juli. Türkei: Rußland stellt ein Ultimatum an die Pforte.
17. Okt. Italien: Reaktion in Piemont; König Karl Felix zieht in Turin ein.

1822 1. Jan. Griechenland: Nationalkongreß von Piada proklamiert die Unabhängigkeit.
5. Febr. Türkei: Ali Pascha von Janina unterworfen.
14. April. Türkei: Verheerung von Chios.
16. Juli. Griechenland: Niederlage der griechischen Streitmacht bei Peta.
12. Aug. England: Lord Castlereaghs Tod; Georg Canning Minister des Auswärtigen.
12. Okt. Dom Pedro Kaiser von Brasilien; Trennung Brasiliens und Portugals.
20. Okt. bis 14. Dez. Kongreß zu Verona.

1823 12. April. Frankreich u. Spanien: Herzog von Angouleme überschreitet die spanische Grenze.
24. April. Spanische Intervention; Franzosen ziehen in Madrid ein.
3. Juni. Portugal: Herstellung des Absolutismus.
5. Juni. Preußen: Einführung von Provinzialständen.
27. Sept. Leo XII. Papst.
1. Okt. Spanien: Cadiz ergiebt sich an die Franzosen.
13. Nov. Ferdinand VII. wieder in Madrid.

1824 5. Jan. Griechenland: Lord Byron in Missolunghi.
30. April. Portugal: Empörung Dom Miguels; 9. Mai: Unterwerfung.
16. Septbr. Frankreich: Ludwigs XVIII. Tod; Karl X. König.

1825 1. Jan. England erkennt die Unabhängigkeit der südamerikanischen Staaten an.
Febr. Griechenland: Ibrahim Pascha landet im Peloponnes.
April. Frankreich: Sakrilegiumsgesetz (Ministerium Villèle).
Mai. Griechenland: Belagerung von Missolunghi.
17. Aug. Preußen: Kabinettsorder in betreff der gemischten Ehen in Rheinland und Westfalen.
13. Okt. Deutschland: Regierungsantritt Ludwigs I. von Bayern.
1. Dez. Rußland: Alexanders I. Tod; Nikolaus I. Zar; 26. Aufruhr in St. Petersburg.

1826 10. März. Portugal: Johanns VI. Tod.
4. April. Rußland und England einigen sich über die griechische Frage.

1826 22. April. Griechenland: Missolunghi fällt.
25. April. Portugal: Dom Pedro von Brasilien giebt Verfassung für Portugal; Regentschaft im Namen Marias da Gloria.
15. Juni. Türkei: Vertilgung der Janitscharen in Konstantinopel.
7. Okt. Vertrag von Akjerman zwischen Rußland und Pforte.
12. Dez. England: Rede Cannings über die Notwendigkeit einer Intervention in Portugal.
1827 1. Jan. Portugal: Engländer unter Clinton landen in Lissabon.
Febr. Abzug der Österreicher aus Neapel; Abzug der Franzosen aus Spanien.
30. April. Frankreich: Nationalgarde aufgelöst.
6. Juli. Griechenland: Londoner Vertrag zwischen England, Rußland u. Frankreich zum Zwecke der Pazifikation Griechenlands.
8. Aug. England: Cannings Tod.
20. Okt. Griechenland: Seeschlacht bei Navarino.
5. Nov. Türkei: die Pforte erklärt die Verträge mit den europäischen Staaten für aufgehoben.
1828 4. Jan. Frankreich: Ministerium Villèle entlassen; Ministerium Martignac.
10. Jan. England: Ministerium Wellington.
18. Jan. Deutschland: Zollbund zwischen Bayern und Württemberg.
4 Febr. Johann Kapodistrias Kybernetes von Griechenland.
10. Febr. Friede zwischen Rußland und Persien zu Turkmantschai.
28. April. Rußland erklärt Krieg an die Pforte.
3. Mai. Portugal: Usurpation Dom Miguels; 8. Aug. Protest Dom Pedros.
29. Aug. Ibrahim Pascha räumt den Peloponnes; Franzosen in Morea.
1829 31. März. Papst Pius VIII.
13. April. England: Katholikenemancipationsbill vom König bestätigt.
27. Mai. Deutschland: Vereinigung des preußischen u. des süddeutschen Handelssystems; Anfänge des deutschen Zollvereins.
1829 9. Juli. Russisch-Türkischer Krieg: Erzerum eingenommen; 29. Aug. Diebitsch vor Adrianopel.
8. Aug. Frankreich: Ministerium Polignac.
14. Sept. Friede von Adrianopel.
10. Dez. Spanien: Ferdinand VII. heiratet Marie Christine von Neapel.
1830 3. Febr. Protokoll der Mächte erklärt Griechenland für einen unabhängigen Staat.
20. April. Frankreich erklärt Krieg an den Dei von Algier.
26. Juni. England: Georgs IV. Tod; Wilhelm IV. König.
25. Juli. Frankreich: die Juliordonnanzen.
26., 27., 28. Juli. Frankreich: die 3 Tage; Aufstand siegreich; Karl X. dankt ab; Ludwig Philipp Generalstatthalter.
9. Aug. Julirevolution vollendet; Ludwig Philipp König der Franzosen.
25. Aug. Niederlande: Aufstand in Brüssel.
6., 7. Sept. Deutschland: Revolution in Braunschweig.
14. Sept. Deutschland: Aufstand in Kassel.
4. Nov. Londoner Konferenz in Sachen Belgien-Holland.
10. Nov. Belgien: Nationalkongreß in Brüssel.
29. Nov. Polen: Aufstand in Warschau.
1831 Jan. Bewegungen in der Schweiz.
5. Jan. Deutschland: kurhessische Verfassung.
8. Jan. Deutschland: Aufstand in Göttingen.
20. Jan. Belgiens Unabhängigkeit in London anerkannt.
2. Febr. Italien: Papst Gregor XVI.; Aufstand in Modena, Parma.
19. Februar. Polen: Schlacht bei Grochow.
26. Febr. Italien: Aufstand in Bologna.
1. März. England: Ministerium Grey legt Reformbill vor.
12. März. Frankreich: Casimir Périer Minister.
21. März. Italien: Österreicher im Kirchenstaate.
27. April. Italien: Karl Albert in Piemont König.

1831 26. Mai. Rußland-Polen: Schlacht bei Ostrolenka.
4. Juni. Belgien: Leopold von Koburg zum König gewählt.
21. Juli. Belgien: Leopold I. beschwört die belgische Verfassung; holländisch-belgischer Krieg.
8. Sept. Rußland-Polen: Kapitulation von Warschau.
9. Okt. Griechenland: Kapodistrias ermordet.
21. Nov. Frankreich: Arbeiteraufstand in Lyon.
1832 23. Februar. Frankreich-Italien: Franzosen in Ancona.
26. Febr. Rußland: „Organisches Statut" für Polen.
8. März. Prinz Otto v. Bayern zum König von Griechenland bestimmt.
17. März. Schweiz: Siebenerkonkordat zum Schutze der liberalen Verfassungen.
22. März. Deutschland: Goethes Tod.
24. April. Frankreich: legitimistischer Aufstand der Herzogin v. Berry.
16. Mai. Frankreich: Casimir Périers Tod.
27. Mai. Deutschland: Hambacher Fest.
7. Juni. England: Reformbill Gesetz.
5. Juli. Deutschland: reaktionäre Beschlüsse des Bundestages.
14. Nov. Schweiz: Sarner Bündnis der konservativen Kantone.
21. Dez. Türkei: Ibrahim Pascha besiegt die Truppen des Sultans bei Konia.
23. Dez. Belgien: holländischer General Chassé übergiebt die Citadelle von Antwerpen.
1833 21. Jan. Türkei: Sultan Mahmud ruft russische Hilfe an.
30. Jan. Griechenland: König Otto landet in Nauplia.
3. April. Deutschland: Frankfurter Putsch gegen den Bundestag.
5. Mai. Türkei: Friede zu Kjutahia zwischen dem Sultan und Mehemed Ali.
5. Juli. Portugal: Dom Miguels Flotte bei Kap St. Vincent besiegt.
8. Juli. Rußland-Türkei: Vertrag von Hunkiar-Iskelessi.
29. Juli. Dom Pedro in Lissabon; Maria da Gloria Königin.
26. Sept. Deutschland: hannöversche Verfassung v. König Wilhelm IV. bestätigt.
1833 29. Sept. Spanien: Ferdinands VII. Tod; Königin Isabella; Gegenkönig Don Karlos V.
1834 Jan. bis Juni. Deutschland: Ministerkonferenzen in Wien.
15. Jan. Spanien: neue Verfassung.
2. April. Quadrupelallianz: Portugal, Spanien, England, Frankreich (gegen Dom Miguel und Don Karlos).
1. Mai. Deutschland: hannöverscher Steuerverein gegen den deutschen Zollverein.
1. Aug. England: Aufhebung der Sklaverei in Westindien.
1835 2. März. Österreich: Franz' I. Tod; Kaiser Ferdinand I.; Metternich bleibt.
11. März. Frankreich: Ministerium des Herzogs von Broglie.
8. April. England: Whigministerium Melbourne.
April. Spanien: Karlisten und Christinos; Karlisten (Zumalacarregui) siegreich.
26. Juli. Frankreich: Algier, Erhebung Abd el Kaders.
28. Juli. Frankreich: Fieschis Höllenmaschine (gegen Ludwig Philipp).
1836 22. Febr. Frankreich: Thiers Ministerpräsident.
25. Aug. Ministerium Molé.
29. Okt. Frankreich: Louis Napoleon in Straßburg.
1837 30. Mai. Frankreich: Friede mit Abd el Kader an der Tafna.
18. Juni. Spanien: Verfassung von 1812 von der Regentin Königin Christine beschworen.
20. Juni. England: Wilhelms IV. Tod; Viktoria Königin.
28. Juni. Deutschland: Ernst August König von Hannover; Umsturz der Verfassung.
4. Nov. Deutschland: Ministerium Abel in Bayern.
21. Nov. Preußen: Erzbischof von Köln nach Minden abgeführt.
In Österreich 400 Zillerthaler aus Tirol ausgewiesen.
1838 7. Jan. Deutschland: hannöversche Stände nach der Verfassung von 1819 berufen.
30. Jan. Preußen: Erzbischof Martin von Posen beginnt Konflikt mit der Regierung.

1838 14. Aug. Deutschland: Kniebeugungsorder in Bayern.
3. Dez. Italien: Franzosen räumen Ancona.
1839 29. April. Definitiver Friede zwischen Holland und Belgien.
12. Mai. Frankreich: republikanischer Aufstand in Paris.
8. Juni. Türkei: Sultan Mahmud erklärt Ibrahim Pascha und Mehemed Ali in die Acht; 24. Sieg Ibrahim Paschas bei Nisib.
30. Juni. Sultan Mahmuds II. Tod; Abd ul Medschid.
25. Aug. Spanien: Vertrag von Vergara (Espartero u. Maroto); Ende des Span. Bürgerkrieges.
3. Nov. Türkei: Hattischerif von Gülhane (Reformen).
1840 Englisch-chinesischer Opiumstreit.
1. März. Frankreich: Ministerium Thiers.
13. Mai. Russische Kämpfe im Kaukasus; Schamyl.
7. Juni. Deutschland: Friedrich Wilhelms III. von Preußen Tod; Friedrich Wilhelm IV.
15. Juli. Orientalische Frage: England, Rußland, Österreich, Preußen gegen Mehemed Ali; Frankreich isoliert; Befestigung von Paris; Beckers Rheinlied.
6. Aug. Frankreich: Louis Napoleon in Boulogne.
6. Aug. Deutschland: neue hannöversche Verfassung.
12. Okt. Frankreich: Ministerium Soult-Guizot.
12. Okt. Spanien: Königin Christine legt Regentschaft nieder; Espartero.
27. Nov. Türkei: Mehemed Ali giebt nach.
15. Dez. Frankreich: Napoleons Asche im Invalidendom.
1841 13. Febr. Türkei: Mehemed Ali unterwirft sich.
8. Mai. Spanien: Espartero Regent.
29. Juni. Deutschland: Versammlung der Lichtfreunde in Köthen.
13. Juli. Türkei: Vertrag über Schließung der Dardanellen.
30. Aug. England: Ministerium Robert Peel.
21. Dez. Fünfmächtevertrag, Durchsuchungsrecht betreffend.
1842 11. Jan. Niederlage englischer Truppen in den Khyberpässen (Afghanistan).
1. April. Deutschland: Luxemburg im Zollverein.
5. Mai. Deutschland: Brand von Hamburg.
13. Juli. Frankreich: Tod des Herzogs von Orleans.
29. Aug. Friede zu Nanking zwischen England und China.
4. Sept. Deutschland: Kölner Dombaufest.
16. Sept. Deutschland: Anfänge des Gustav-Adolf-Vereins.
18. Okt. Preußen: Ausschüsse der Provinziallandtage nach Berlin berufen.
1843 1. Jan. Deutschland: Braunschweig im Zollverein.
30. Juli. Spanien: Espartero legt die Regentschaft nieder.
8. Aug. Spanien: Königin Isabella für volljährig erklärt.
13. Okt. England: Prozeß O'Connells.
1844 26. Februar. Spanien: Königin Christine wieder in Madrid.
März. England und Frankreich: Beilegung der Streitfrage wegen Otahaiti.
8. März. Schweden und Norwegen: Karls XIV. Johanns Tod; Oskar I. König.
30. März. Griechenland: Verfassung von König Otto angenommen.
4. Sept. England: O'Connells Verurteilung vom Oberhause kassiert.
26. Juli. Preußen: Attentat (Tschech) auf Friedrich Wilhelm IV.
14. Aug. Frankreich: die Marokkaner durch Marschall Bugeaud am Isly geschlagen.
18. Aug. Deutschland: der heilige Rock zu Trier ausgestellt.
16. Okt. Deutschland: Ronges Schreiben an den Bischof Arnoldi; Anfänge des Deutschkatholizismus.
1845 31. März. Schweiz: Jesuiten und Radikale; Freischarenzug gegen Luzern.
12. Aug. Deutschland: Unruhen in Leipzig gegen Prinz Johann.
1846 3. Jan. Deutschland: evang. Konferenz in Berlin.
18. Febr. Polnischer Aufstand in Krakau.
28. Mai. Frankreich: Prinz Napoleon entweicht aus Ham.

1846 18. Juni. Papst Pius IX.
26. Juni. England: Kornzölle abgeschafft. — Rücktritt Peels; Ministerium Russell.
16. Juli. Deutsch-dänischer Streit; offener Brief König Christians VIII. von Dänemark.
17. Sept. Erste Erklärung des deutschen Bundestages in Sachen Schleswig-Holsteins.
10. Okt. Frankreich-Spanien: spanische Heiraten.
6. November. Rußland, Österreich, Preußen: Einverleibung der Republick Krakau in Österreich.

1847 3. Febr. Preußen: königliches Patent beruft den vereinigten Landtag nach Berlin.
13. Februar. Jesuiten in Bayern (Ministerium Abel) durch Lola Montez gestürzt.
11. April. Preußen: Eröffnung des vereinigten Landtages.
20. Juli. Schweiz: Sonderbund von der Tagsatzung für aufgehoben erklärt.
1. Sept. Italien: Aufstand in Messina; 2. Sept.: auf dem Festlande von Neapel.
8. Sept. Italien: Tumult in Mailand.
12. Sept. Italien: Verfassungsfest in Florenz; evviva Pio IX.!
14. Sept. Amerika: Mexiko von den Unionstruppen unter General Scott eingenommen.
19. Sept. Frankreich: Guizot Ministerpräsident; Reformbankette.
23. Nov. Schweiz: Sonderbundskrieg; Schlacht bei Gieslikon.
27. Nov. Deutschland: Brotkrawalle; liberales Ministerium in Bayern.

1848 1. Jan. Italien: Rauchtumulte.
12. Jan. Italien: Ausbruch der Revolution in Palermo.
20. Jan. Dänemark: Friedrich VII. König.
11. Febr. Deutschland: Aufstand in München (Lola Montez).
11. Febr. Italien: Verfassung in Neapel proklamiert.
17. Febr. Italien: Verfassung in Florenz proklamiert.
20. Febr. Italien: im Lombardisch-Venezianischen Königreich Standrecht verkündigt.
21. Febr. Frankreich: Reformbankett in Paris abbestellt.

1848 23. Febr. Emeute in Paris.
24. Febr. Ludwig Philipps Abdankung; Republik und provisorische Regierung; Bewegungen in Deutschland; Unruhen in vielen Städten.
1. März. Deutschland: Ansprache des Deutschen Bundestags an das deutsche Volk.
2. März. Frankreich: Cirkular Lamartines.
5. März. Italien: sardinische Verfassung.
6. März. England: Karlistendemonstration in London.
9. März. Bundestag nimmt die „deutschen Farben" als Bundesfarben an.
14. März. Österreich: Metternich flüchtig. 15. Proklamation Kaiser Ferdinands.
14. März. Preußen: vereinigter Landtag berufen.
17. März. Deputation der Ungarn in Wien. Forderungen gewährt.
18. März. Preußen: Proklamation des Königs: Volksforderungen gewährt; Aufruhr in Berlin.
18. März. Verfassung im Kirchenstaate; Aufstand in Mailand.
19. März. Preußen: „An meine lieben Berliner" und liberales Ministerium.
20. März. Abdankung Ludwigs I. von Bayern; „Märzministerien" in Stuttgart, München, Dresden, Hannover u. s. w.
21. März. Preußen: Umritt des Königs in Berlin.
22. März. Italien: Erhebung Venedigs.
23. März. Italien: Sardinien erklärt Krieg an Österreich.
24. März. Schleswig-Holstein: provisorische Regierung in Kiel.
26. März. Rußland: Manifest des Kaisers Nikolaus.
29. März. Preußen: Ministerium Camphausen.
31. März. Deutschland: „Vorparlament" in Frankfurt.
2. April. Preußen: vereinigter Landtag in Berlin.
6. April. Preußische Truppen überschreiten die Eider.
7. April. Italien: König v. Neapel erklärt Krieg an Österreich; päpstliche Truppen an die Grenze.

1848 9. April. Schleswig-Holstein: Kampf bei Flensburg.
12. April. Deutschland: Beginn des badischen Aufstands (Hecker und Struve).
19. April. General von Gagern erschossen; 27. Gefecht bei Dossenbach.
23. April. Österreich: konstitutionelle Verfassung proklamiert.
28. April. Deutsches Parlament vom Bundestag ausgeschrieben.
Ende April. Polenaufstand in Posen.
2. Mai. Deutschland: Bundestruppen unter General Wrangel überschreiten die jütische Grenze.
4. Mai. Frankreich: Nationalversammlung eröffnet.
15. Mai. Österreich: der Kaiser verläßt Wien, geht nach Innsbruck.
15. Mai. Italien: Aufstand in Neapel niedergeschlagen.
15. Mai. Frankreich: Socialisten auf dem Stadthause.
18. Mai. Deutsches Parlament in Frankfurt eröffnet.
22. Mai. Preußische Nationalversammlung in Berlin.
25. Mai. Rückzug Wrangels aus Jütland.
26. Mai. Aufstand in Wien.
29. Mai. Provisorische Regierung in Prag.
31. Mai. Slawenkongreß in Prag.
5. Juni. Sieg der Bundestruppen bei Düppel.
12. Juni. Österreich: Aufstand in Prag.
14. Juni. Preußen: Zeughaussturm in Berlin.
22.—26. Juni. Paris: Junischlacht: Aufhebung der Nationalwerkstätten; General Cavaignac, Präsident der Regierung.
29. Juni. Frankfurter Parlament wählt den Erzherzog Johann zum Reichsverweser.
7. Juli. Preußen: die Truppen ziehen wieder in Berlin ein.
22. Juli. Der Reichsverweser eröffnet den österreichischen konstituierenden Reichstag in Wien.
25. Juli. Italien: Piemontesen bei Custozza geschlagen.
6. Aug. Radetzky zieht wieder in Mailand ein; 9. Waffenstillstand.
6. Aug. Huldigung der deutschen Truppen an den Reichsverweser.

1848 9. Aug. Frankfurt: Reichsministerium Fürst Leiningen.
12. Aug. Österreich: Kaiser kehrt nach Wien zurück.
14. Aug. Dombaufest zu Köln.
26. Aug. Preußen u. Dänemark: Waffenstillstand zu Malmö.
4. Sept. Österreich: ungarische Deputation in Schönbrunn; Bruch mit Ungarn beginnt.
8. Sept. Preußen: Ministerium Pfuel.
11. Sept. Österreich: Banus Jellachich gegen die Ungarn, geht über die Drau.
12. Sept. Schweiz: neue Bundesverfassung, von der Tagsatzung angenommen.
18. Sept. Deutschland: Aufstand in Frankfurt wegen Malmöer Waffenstillstands; Ermordung von Auerswald und Lichnowski.
21. Sept. Deutschland: zweiter badischer Aufstand (Struve).
24. Sept. Frankfurt: Reichsministerium Schmerling hergestellt; badischer Aufstand niedergeschlagen.
26. Sept. Frankreich: Bürger Louis Napoleon Bonaparte in der Nationalversammlung.
28. Sept. Österreich: Graf Lamberg in Budapest ermordet.
28. Sept. Republik Sigmaringen.
3. Okt. Österreich: Manifest des Kaisers löst den ungarischen Reichstag auf.
6. Okt. Aufstand in Wien; Ermordung Latours: Kaiser entweicht nach Olmütz.
10. Okt. Österreich: der ungarische Reichstag an den Wiener Reichstag; Kossuth Diktator.
16. Okt. Kaiser Ferdinands Manifest; Heere ziehen sich gegen Wien zusammen.
27. Okt. Kampf um Wien: Fürst Windischgrätz; 28. Wien genommen.
1. Nov. Österreich: Jellachich gegen die Ungarn.
4. Nov. Frankreich: Verfassung der Französischen Republik in der Nationalversammlung angenommen.
8. Nov. Preußen: Ministerium Graf Brandenburg.
9. Nov. Preußische Nationalver-

sammlung nach Brandenburg verlegt; Widerstand.

1848 9. Nov. Österreich: Robert Blum erschossen.

13. Nov. Berlin: Proklamation der Nationalversammlung an das Volk; 15. Steuerverweigerungsbeschluß.

15. Nov. Italien: Kirchenstaat; Minister Rossi ermordet; 16. Aufstand in Rom; 25. Flucht des Papstes.

20. Nov. Österreich: Ministerium Schwarzenberg; 22. Reichstag in Kremsier eröffnet.

27. Nov. Preußen: Nationalversammlung in Brandenburg eröffnet.

29. Nov. Deutschland: Forderungen der Bischofskonferenz zu Würzburg.

2. Dez. Österreich: Kaiser Ferdinand dankt ab: Franz Joseph I.

5. Dez. Preußen: Nationalversammlung aufgelöst; der König octroyiert eine Verfassung.

10. Dez. Frankreich: Louis Napoleon Bonaparte zum Präsidenten gewählt.

15. Dez. Ungarischer Reichstag erklärt Abdankung Kaiser Ferdinands für Ungarn unverpflichtend.

17. Dezember. Frankfurt: Rücktritt Schmerlings; Reichsministerium Gagern.

28. Dez. Frankfurt: „Grundrechte des deutschen Volkes" verkündet.

30. Dez. Österreich-Ungarn: Krieg; ungarischer Reichstag nach Debreczin.

1849 1. Jan. Reichstag in Kremsier beginnt die Beratung der österreichischen Grundrechte.

5. Jan. Einrücken der Österreicher in Budapest.

25. Jan. Frankfurt: Verfassungsberatung; Kaisertitel angenommen.

1. Febr. Einrücken der Russen in Siebenbürgen.

9. Febr. Römische Konstituante erklärt Republik Rom.

18. Febr. Italien: Republik in Toscana.

26. Febr. Preußen: Kammern eröffnet.

26. Febr. Dänemark kündigt den Waffenstillstand.

1849 7. März. Österreichischer Reichstag in Kremsier unterdrückt; Österreichische Gesamtstaatsverfassung Olmütz d. 4. März verkündigt.

12. März. Frankfurter Parlament, Antrag Welcker abgelehnt.

13. März. Italien: Sardinien kündigt den Waffenstillstand.

23. März. Italien: Schlacht bei Novara, Abdankung Karl Alberts; Viktor Emanuel II. König; 26. Waffenstillstand.

28. März. Friedrich Wilhelm IV. von Preußen zum deutschen Kaiser gewählt.

3. April. Deputation des Frankfurter Parlaments in Berlin empfangen.

5. April. Schleswig-Holstein: Treffen bei Eckernförde.

9. April. Ungarn: Österreicher bei Gödöllö geschlagen.

14. April. Deutsche Reichsverfassung von 28 Regierungen anerkannt; Widerstand der Mittelstaaten.

14. April. Ungarn: Haus Habsburg in Debreczin abgesetzt.

19. April. Österreich: russische Hilfe gegen Ungarn angerufen.

20. April. Deutsche Bundestruppen rücken in Jütland ein.

21. April. Berlin: Antrag Rodbertus (deutsche Reichsverfassung) in der Kammer angenommen.

23. April. Ungarn; Österreicher räumen Budapest.

23. April. Italien: Palermo kapituliert.

25. April. Franzosen unter Oudinot landen im Kirchenstaat.

27. April. Preußen: Zweite Kammer aufgelöst. 28. Definitive Ablehnung der Kaiserwürde.

30. April. Franzosen vor Rom geschlagen.

3. Mai. Aufstand in Dresden (Reichsverfassung); 9. Mai mit preußischer Hilfe niedergeschlagen.

8. Mai. Aufstand in Elberfeld; 9. in Düsseldorf. Beginn des badischen Aufstands.

10. Mai. Frankfurt: Rücktritt des Ministeriums Gagern.

14. Mai. Aufruhr in Karlsruhe; 17. Bündnis der revolutionären Gewalten in der Pfalz und Baden.

16. Mai. Frankfurt: Ministerium Gräwell.

1849 18. Mai. Preußen übernimmt Leitung des Krieges und der Unterhandlungen mit Dänemark.
21. Mai. Ungarn: Görgey erstürmt Ofen.
26. Mai. Dreikönigsbündnis (Preußen, Hannover, Sachsen).
26. Mai. Frankreich: letzte Sitzung der konstituierenden Versammlung.
3. Juni. Ungarn: Russen in Preßburg.
6. Juni. Deutsches Parlament in Stuttgart. 18. Juni. Ende des deutschen Parlaments.
25. Juni. Die Preußen in Karlsruhe.
26. Juni. Zusammenkunft der erbkaiserlichen Partei in Gotha.
29. Juni. Die Franzosen rücken in Rom ein.
5. Juli. Niederlage der Schleswig-Holsteiner vor Fridericia.
10. Juli. Preußen: Waffenstillstand mit Dänemark.
23. Juli. Baden: Festung Rastatt ergiebt sich; Ende des bad. Aufstandes.
6. Aug. Österreich-Sardinien: Friede von Mailand.
11. Aug. Ungarn: Kossuth legt die Diktatur nieder. 13. Aug. Görgey streckt vor den Russen die Waffen bei Vilagos.
22. Aug. Österreich: Venedig kapituliert.
30. Sept. Deutschland: österreich.-preußisches Interim.
9. Okt. Deutschland: preußisch-deutsche Union: Unionsreichstag nach Erfurt ausgeschrieben.
7. Dez. Die Fürstentümer Hohenzollern preußisch.
20. Dez. Deutschland: Erzherzog Johann legt die Reichsverweserschaft nieder.

1850 6. Febr. Preußen: Friedrich Wilhelm IV. beschwört die preußische Verfassung.
20. März. Reichstag zu Erfurt.
4. April. Italien: Rückkehr des Papstes nach Rom.
31. Mai. Frankreich: Wahlgesetz durch die Nationalversammlung geändert.
2. Juli. Preußen und Dänemark schließen Frieden; schleswig-holsteinische Armee.
24., 25. Juli. Schleswig-Holsteiner bei Idstedt geschlagen.
2. Sept. Frankfurt: Bundestag von Österreich wieder eröffnet.
2. Sept. Hassenpflug in Hessen: Auflösung der Ständeversammlung.
11. Sept. Mecklenburgische liberale Verfassung aufgehoben.
12. Sept. Kurfürst von Hessen flieht nach Frankfurt.
26. Sept. Preußen: Ministerium Radowitz.
10.—14. Okt. Zusammenkunft zu Bregenz (Kaiser von Österreich, Könige von Bayern und von Württemberg).
26.—28. Okt. Kaiser von Rußland und von Österreich und preußischer Minister von Brandenburg in Warschau.
2. Nov. Berlin: Politik Radowitz aufgegeben; Manteuffel Ministerpräsident.
8. Nov. Deutschland: Zusammenstoß bei Bronzell.
29. Nov. Olmützer Punktationen; Preußens Niederlage.
23. Dez. Deutschland: Dresdener Konferenzen.
27. Dez. Kurfürst und Österreicher in Kassel.

1851 11. Jan. Österreicher auf dem Marsch nach dem Norden; schleswig-holsteinische Landesversammlung fügt sich.
7. Febr. Die Österreicher pazifizieren die Elbherzogtümer.
1. Mai. England: Weltausstellung zu London.
30. Mai. Deutscher Bundestag wieder vollzählig.
7. Sept. Zollverein mit Hannover.
2. Dez. Frankreich: Staatsstreich des Präsidenten.
20., 21. Dez. Frankreich: Plebiszit sanktioniert den Staatsstreich.
31. Dez. Österreichische Gesamtstaatsverfassung aufgehoben; absolutistischer Einheitsstaat hergestellt.

1852 2. Jan. Zollvereinskonferenz in Wien.
14. Jan. Frankreich: neue Verfassung.
27. März. Deutschland: Bundestag hebt die kurhessische Verfassung auf.

1852 3. April. Österreich; Schwarzenbergs Tod.
8. Mai. Londoner Protokoll der Mächte reguliert die dänische Erbfolge.
18. Aug. Deutsche Flotte versteigert.
2. Dez. Frankreich: Herstellung des Kaisertums; Napoleon III.
1853 9. Jan. Rußland: Unterredung des Kaisers Nikolaus mit dem englischen Gesandten Seymour.
30. Jan. Napoleons Heirat.
30. Jan. Österreich: Sendung des Fürsten Leiningen nach Konstantinopel.
18. Febr. Libenyis Attentat auf Kaiser Franz Joseph.
28. Febr. Türkei: Fürst Menschikow in Konstantinopel; Frage der Heiligen Stätten.
4. April. Zollvereinskrisis beendigt; deutscher Zollverein erneuert; erster Sieg Preußens.
9. Juni. Russisches Ultimatum an die Pforte. 2. Juli. Russen über den Pruth.
20. Juli. Preußen und Oldenburg; Vertrag über Gebietsabtretung an der Jade.
24. Juli. Orientalische Krisis; Konferenzen in Wien; England, Frankreich, Österreich, Preußen; Rußland isoliert.
4. Okt. Pforte erklärt Krieg an Rußland. 4. Nov. Kampf bei Oltenizza.
14. Nov. Badischer Kirchenstreit; der Erzbischof von Freiburg exkommuniziert den badischen Kirchenrat.
30. Nov, Türkische Flotte bei Sinope zerstört.
5. Dez. 4 Punkte von der Wiener Konferenz als Friedensbasis aufgestellt.
1854 12. März. Bündnis der Westmächte mit der Pforte.
28. März. England und Frankreich erklären Krieg an Rußland.
10. April. Allianz-Vertrag zwischen England und Frankreich.
20. April. Österreichisch-preußisches Schutz- und Trutzbündnis.
14. Juni. Vertrag zwischen Österreich und der Pforte über die Besetzung der Donaufürstentümer.
20. Juli. Deutschland: Konferenz der Mittelstaaten zu Bamberg.
1854 16. Aug. Krieg: Operation der Flotte in der Ostsee; Zerstörung von Bomarsund.
14. Sept. Krieg: Landung der Verbündeten zu Eupatoria (Krim); 20. Sept. Schlacht an der Alma.
17. Okt. Verbündete vor Sebastopol; 26. Schlacht bei Balaklawa; 5. Nov. bei Inkjerman.
2. Dez. Österreichisch-französisch-englisches Bündnis.
8. Dez. Rom: Dogma von der unbefleckten Empfängnis.
1855 26. Jan. Italien: Bündnisvertrag Sardiniens mit England und Frankreich; Graf Cavour.
8. Febr. England: Ministerium Aberdeen tritt ab; Ministerium Palmerston.
2. März. Rußland: Nikolaus' Tod; Kaiser Alexander II.
15. Mai. Pariser Weltausstellung
9., 10. Aug. Krieg: Bombardement von Sweaborg (Ostsee).
16. Aug. Schlacht an der Tschernaja (Sardinier).
18. Aug. Österreichisches Konkordat.
8. Sept. Sebastopol erstürmt.
7. Okt. Deutschland: Hassenpflug entlassen.
28. Nov. Asiatischer Kriegsschauplatz: Kars fällt.
22. Dez. Friedensunterhandlungen.
1856 26. Jan. Türkische Reformakte (Hattihumajum).
25. Febr. Friedenskonferenzen in Paris eröffnet ohne Preußen.
10. März. Berlin: Polizeipräsident Hinckeldey erschossen; Junkerregiment.
16. März. Frankreich: Thronerbe geboren. — Friedenskonferenz: Cavour regt italienische, Manteuffel Neuenburger Frage an.
30. März. Pariser Friede.
18. Mai. Österreich und Sardinien: Streit beginnt wieder.
23. Mai. Rußland: Alexander II. in Warschau.
2. Sept. Schweiz-Preußen: Erhebung der Royalisten in Neuchatel.
20. Okt. England und Frankreich brechen diplomatische Beziehungen zu Neapel ab.
4. Nov. Vereinigte Staaten Amerika: Buchanan, Kandidat der Sklavenhalterpartei, zum Präsidenten gewählt.

1856 Ende Dez. Reise des österreichischen Kaiserpaares in Lombardo-Venezien.
1857 Febr. Englische und französische Truppen verlassen Griechenland; Abzug der Österreicher aus den Donaufürstentümern.
4. März. England und Persien schließen Frieden unter Napoleons Vermittelung.
5. März. Napoleon vermittelt in der Neuchateler Sache; Konferenz in Paris.
28. März. Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Wien und Turin.
9. Mai. England: Beginn des Aufstandes der Sipoys in Ostindien.
20. Sept. Delhi erstürmt.
25. Sept. Zusammenkunft Napoleons III. und Alexanders II. in Stuttgart.
2. Dez. Rußland: Aufhebung der Leibeigenschaft in Angriff genommen.
29. Dez. Engländer und Franzosen in China; Kanton eingenommen.
1858 14. Jan. Frankreich: Attentat Orsinis auf Kaiser Napoleon.
20. Jan. Note des französischen Kabinetts an England; Prätorianeradressen.
8. Febr. Frankreich: General Espinasse Minister; Sicherheitsgesetze.
11. Febr. Frankreich: Brief Orsinis an den Kaiser.
20. Febr. England: Fall Palmerstons.
26. Juni. China: Friede zu Tientsin.
1. Sept. Ostindische Kompagnie aufgehoben.
9. Okt. Preußen: Prinz von Preußen Regent für den erkrankten König, Wechsel des Regierungssystems.
1859 1. Jan. Napoleons Neujahrsanrede an den Baron v. Hübner.
13. Jan. Italien: Prinz Napoleon mit der Tochter Viktor Emanuels vermählt.
17. Jan. Donaufürstentümer: Cusa in Moldau und Walachei zum Hospodar gewählt.
18. März. Vermittelungsversuch Rußlands; 17. April. Preußisch-englische Vermittelung.
17. April. Österreichisches Ultimatum an Piemont.
26. April. Franzosen landen in Genua; Krieg.
20. Mai. Italien: Kampf bei Montebello.
4. Juni. Italien: Schlacht bei Magenta; 8. Juni. Napoleon und Viktor Emanuel in Mailand.
11. Juni. Deutschland: Preußische Armee mobil gemacht.
17. Juni. Italien: Franz Joseph Oberbefehlshaber.
20. Juni. Päpstliches Blutbad in Perugia.
24. Juni. Schlacht bei Solferino.
28. Juni. Badisches Konkordat mit Rom.
5. Juli. Preußisches Observationscorps am Rhein.
8. Juli. Italien: Waffenstillstand; 11. Juli: Friedenspräliminarien von Villafranca.
12. Juli. Cavours Rücktritt.
17. Juli. Deutschland: Anfänge des deutschen Nationalvereins.
15. Aug. Frankreich: Einzug der Armee in Paris.
20. Aug. Italien: Einheitsbewegung dauert fort; Mittelitalische Liga: Toscana, Modena, Parma, Romagna.
1. Sept. Österreich: Protestantenpatent für Ungarn.
4. Sept. Deutschland: österreichische Note gegen den Nationalverein.
7. Sept. Rußland: Schamyl gefangen.
10. Nov. Züricher Friede (Frankreich, Österreich, Sardinien).
Nov. Spanisch-Marokkanischer Krieg.
22. Nov. Neuer Englisch-Französischer Krieg gegen China.
24. Dez. Italienische Fragen; der Papst und der Kongreß.
1860 8. Jan. Rom: Antwort des Papstes auf Napoleons Brief; Non possumus.
17. Jan. Cavour wieder Minister.
24. Jan. England: Freiwilligenbewegung; englisch-französischer Handelsvertrag.
10. Febr. Preußen: Militärreorganisationsvorlagen vor den Kammern.
23. Febr. Österreich: v. Eynatten verhaftet.

1860 1. März. Frankreich: Napoleon kündigt die Einverleibung von Savoyen u. Nizza an. Schweiz: nordsavoyische Frage.
5. März. Wien: Anfang einer Systemsänderung; verstärkter Reichsrat; Gärung in Ungarn.
März. Italien: Anschluß Toscanas und der Emilia an Sardinien.
4. April. Italien: Aufstand in Palermo im unitarischen Sinne; 6. Unruhen in Neapel.
15. April. Frankreich: Plebiszit in Nizza; 22. Plebiszit in Savoyen.
19. April. Österreich: erste Zugeständnisse an Ungarn.
23. April. Selbstmord des österreichischen Finanzministers v. Bruck.
26. April. Spanien-Marokko: Friede von Tetuan.
11. Mai. Italien: Garibaldi landet bei Marsala; 31. erscheint vor Palermo; Waffenstillstand.
31. Mai. Österreich: Kaiser Franz Joseph eröffnet den verstärkten Reichsrat.
1. Juni. Deutschland: kurhessische Verfassungswirren.
6. Juni. Italien: die neapolitanischen Truppen räumen Palermo.
15.—18. Juni. Napoleon und der Prinzregent von Preußen mit den deutschen Fürsten in Baden-Baden.
25. Juni. Neapel: Verfassung; 28. Belagerungszustand verkündigt.
3. Aug. Konvention der 4 Großmächte behufs Einschreitens in Syrien, wo Christenermordungen.
19. Aug. Italien: Garibaldi betritt das Festland.
6. Sept. Franz II. verläßt Neapel. 7. Garibaldi zieht ein.
11. Sept. Sardinische Truppen rücken in den Kirchenstaat ein.
14. Sept. Französischer Gesandter von Turin abgerufen. 18. Päpstliche Truppen unter General Lamoricière bei Castelfidardo zersprengt.
21. Sept. China: englisch-französische Truppen siegen bei Pali-ka-o; 13. Okt. ziehen in Peking ein.
18. Okt. Russischer Gesandter von Turin abgerufen.
1860 20. Okt. Österreich: kaiserliches Diplom giebt Grundzüge einer Verfassung.
21. Okt. Neapel und Sizilien: Volksabstimmung für Italien.
22. Okt. Kaiser Alexander, Franz Joseph und Prinzregent von Preußen Zusammenkunft in Warschau.
27. Okt. Sardinische Flotte vor Gaeta.
4., 5. Nov. Abstimmung in Umbrien und den Marken.
6. Nov. Vereinigte Staaten: Abraham Lincoln Präsident.
7. Nov. Viktor Emanuel zieht mit Garibaldi in Neapel ein.
7. Nov. Friede in Peking.
7. Dez. Österreich: Ministerium Schmerling.
Ende Dez. Vereinigte Staaten: Rebellion der Südstaaten.
1861 2. Jan. Preußen: Friedrich Wilhelms IV. Tod; Wilhelm I.
6. Febr. Preußen: Zweite Kammer Erklärung für Italien (v. Vincke).
13. Febr. Italien: Gaeta kapituliert. 11. Italienisches Parlament zu Turin.
26. Febr. Österreich: neue Gesamtstaatsverfassung.
14. März. Vereinigte Staaten: Lincolns Amtsantritt.
14. März. Viktor Emanuel König von Italien.
16. März. Deutschland: württembergische Kammer verwirft Konkordat mit Rom.
30. März. Königreich Italien von England und der Schweiz anerkannt.
1. Mai. Österreich: Eröffnung des (engeren) Reichsrates.
6. Juni. Italien: Cavours Tod.
25. Juni. Napoleon erkennt Königreich Italien an.
25. Juni. Sultan Abd ul Medschids Tod; Abd ul Asis.
14. Juli. Attentat auf den König von Preußen in Baden.
17. Juli. Mexikanischer Kongreß suspendiert Zahlungen an Ausländer.
12. Aug. Österreich: ungarischer Reichstag aufgelöst; Zwiespalt.
14. Okt. Rußland: Kriegszustand über Königreich Polen verhängt.

1861 18. Okt. Preußen: Krönung Wilhelms I. in Königsberg.
31. Okt. England, Frankreich, Spanien: Konvention zu gemeinsamem Einschreiten in Mexiko.
31. Okt. Deutschland: hannöverscher Flottenantrag am Bunde; unfruchtbare Korrespondenzen in der deutschen Bundesreformfrage.
5. Nov. Österreich: Militärgerichte in Ungarn.
8. Nov. Amerika-England: südstaatliche Kommissare auf dem englischen Postschiffe „Trent" verhaftet.
7. Dez. Türkei: Pforte gestattet Vereinigung der Donaufürstentümer.
1862 8. Jan. Deutschland: kurhessische Ständeversammlung abermals aufgelöst.
22. Jan. Amerika: Jefferson Davis Präsident der Südstaaten.
2. Febr. Deutschland: identische Noten der österreichischen Gefolgschaft gegen Preußen.
19. Febr. Mexiko: Konvention von Soledad.
8. März. Deutschland: österreich.-preußischer Antrag am Bunde auf Wiederherstellung der kurhessischen Verfassung von 1831.
11. März. Preußen: Auflösung des Abgeordnetenhauses.
18. März. Preußen: konservatives Ministerium v. d. Heydt.
19. April. Zollverein: sächsische Regierung für den französisch-preußischen Handelsvertrag.
1. Mai. Mexiko: englische und spanische Truppen ziehen ab.
1. Mai. Weltindustrieausstellung in London.
5. Mai. Gefecht zwischen Franzosen und Mexikanern bei Puebla.
22. Juni. Deutschland: Kurfürst von Hessen muß die Verfassung von 1831 wiederherstellen.
10. Juli. Österreich verlangt Eintritt in den deutschen Zollverein.
10. Juli. Anerkennung des Königreichs Italien durch Rußland; 18. durch Preußen.
1. Aug. Italien: neuer Freischarenzug Garibaldis.
29. Aug. Königliche Truppen gegen Garibaldi; Garibaldi bei Aspromonte verwundet.
1862 22. Sept. Frankreich-Mexiko: General Forey landet bei Veracruz.
23. Sept. Preußen: Armeereorganisationskosten durch Zweite Kammer gestrichen; 24. Rücktritt v. d. Heydts.
9. Okt. Minister Otto v. Bismarck-Schönhausen: Verfassungskonflikt.
19. Okt. Griechenland: Revolution.
29. Okt. Deutschland: Gründung des großdeutschen Reformvereins.
20. Nov. Kurfürst von Hessen vertagt seine Stände; 24. drohende Note Preußens.
Nov. Rekrutenaushebung in Polen; Beginn der Insurrektion.
1863 1. Jan. Lincolns Sklavenemancipations-Proklamation.
14. Jan. Schweden: königliche Proposition bringt Reform des Reichstags in Anregung.
30. März. Griechenland: Prinz Wilhelm von Dänemark zum König gewählt.
17. April. England, Frankreich, Österreich: erste Note an Rußland zu Gunsten Polens.
27. Mai. Preußen: Verfassungskonflikt; Session geschlossen.
1. Juni. Preußen: Preßordonnanz.
10. Juli. Mexiko: Notabelnversammlung proklamiert Kaisertum und wählt Erzherzog Maximilian von Österreich zum Kaiser.
15. Aug. bis 1. Sept. Deutscher Fürstentag unter Vorsitz des Kaisers von Österreich berät Reformakte zu Frankfurt a. M.
20., 21. Aug. Deutscher Abgeordnetentag zu Frankfurt.
4. Sept. Preußen: Auflösung des Abgeordnetenhauses.
1. Okt. Schleswig-holsteinische Angelegenheit: Bundestag beschließt Exekution in Holstein.
23. Okt. Preußische Antwort auf die österreichisch-deutsche Reformakte.
30. Okt. Georgios I. von Griechenland landet im Piräeus.
2. Nov. Frankreich: Eröffnung des gesetzgebenden Körpers; Kongreß angekündigt.
13. Nov. Dänemark: neue Verfassung für Dänemark und Schleswig angenommen.
15. Nov. Dänemark: Friedrichs VII. Tod; 16. Christian IX. proklamiert.

1863 16. Nov. Manifest des Herzogs von Augustenburg.
21. Nov. Preußen: Preßordonnanz aufgehoben; Konflikt bauert fort.
25. Nov. Kongreßvorschlag von England abgelehnt.
28. Nov. Deutsch-dänischer Streit: dänische (holsteinisch-lauenburgische) Stimme am Bundestage suspendiert; Volksbewegung in Deutschland.
7. Dez. Deutscher Bund beschließt sofortige Exekution in Holstein, 8 gegen 7 (Occupation); 24. Einrücken der Truppen in Holstein.
21. Dezbr. Abgeordnetentag zu Frankfurt; Sechsunddreißiger-Ausschuß.
24. Dez. Dänemark: Ministerium Monrad.
29. Dez. Österreichisch-preußischer Antrag, betreffend Schleswig, vom Bunde abgelehnt.
30. Dez. Herzog Friedrich in Kiel.
1864 18. Jan. Österreichisch-preußische Sommation von Dänemark abgelehnt.
19. Jan. Österreichisch-preußische Erklärung am Bunde.
22. Jan. Preußisches Abgeordnetenhaus lehnt Anleihe ab.
1. Febr. Verbündete überschreiten die Eider.
2. Febr. Schleswig-Holstein: erste Kämpfe, Missunde und Oberselk.
6. Febr. Die Dänen räumen die Stellung des Danewirkes.
15. Febr. Altona, Neumünster und Kiel von den Preußen besetzt.
10. März. Maximilians II. von Bayern Tod; Ludwig II.
18. April. Sturm auf die Düppeler Schanzen; Österreicher in Jütland.
25. April. Verhandlungen der Londoner Konferenz über die schleswig-holsteinische Sache.
9. Mai. Waffenruhe beginnt; keine Verständigung.
1. Juni. Unterredung des Herzogs von Augustenburg mit Bismarck.
26. Juni. Wiederbeginn der Feindseligkeiten; 29. Übergang der Preußen auf Alsen.
11.—14. Juli. Übergang der Verbündeten über den Limfjord.
21. Juli. Preußen drängen die Hannoveraner aus Rendsburg.
1864 26. Juli. Friedensunterhandlungen beginnen.
21. Aug. Genfer Konvention zur Linderung der Leiden des Krieges.
15. Sept. Frankreich-Italien: Konvention in betreff Roms und der Reste des Kirchenstaates.
12. Okt. Zollvereinskrisis beendet; vollständiger Sieg Preußens.
5. Dez. Bundesexekution erlischt; Österreich neigt sich zur Augustenburgischen Lösung; Preußen zur Annexion entschlossen.
22. Dez. Rom: päpstliche Encyklika nebst Syllabus veröffentlicht.
1865 14. Jan. Preußen: Landtag eröffnet; keine Versöhnung.
22. Febr. Bismarck formuliert seine Forderungen in Beziehung auf die Herzogtümer.
4. März. Vereinigte Staaten: Lincoln zum zweitenmal Präsident tritt sein Amt an.
3. April. Bundestruppen nehmen Richmond; 9. Lee kapituliert.
7. April. Amerika-England: Seward verlangt von England Entschädigungen für den von südstaatlichen Kapern angerichteten Schaden (Alabamafrage); Fenier in Irland.
14. April. Lincoln ermordet; Vicepräsident Johnson.
21. Juli. Preußischer Ministerrat in Regensburg.
27. Juli. Österreich: Ministerium Schmerling entlassen; Ministerium Graf Belcredi.
14. Aug. Österreich-Preußen: Gasteiner Vertrag; Kondominat in den Herzogtümern aufgehoben; Lauenburg preußisch.
29. Aug. Französische, 14. Sept. englische Note über den Gasteiner Vertrag.
15. Sept. Preußen ergreift Besitz von Lauenburg.
17. Sept. Österreich: ungarischer Reichstag berufen.
20. Sept. Österreich: kaiserliches Manifest sistiert die Verfassung.
3. Okt. Mexiko: barbarisches Dekret Maximilians gegen die republikanischen Banden.
18. Okt. England: Lord Palmerstons Tod.
10. Dez. Belgien: König Leopolds I. Tod.

1865 16. Dez. Vereinigte Staaten: drohende Note Sewards an Frankreich wegen Mexikos.
31. Dez. Deutschland-Italien: Handelsvertrag zwischen Zollverein und Italien.
1866 17. Febr. Rußland: Kriegszustand in Polen aufgehoben.
23. Febr. Donaufürstentümer: Fürst Cusa gestürzt.
26. Febr. Note Bismarcks klagt über Begünstigung der Augustenburgischen Agitation durch Österreich.
16. März. Österreichs vertrauliche Note an seine deutschen Verbündeten.
8. April. Preußisch-italienisches Bündnis; 4. Mai. Österreichs Anerbietungen an Frankreich (Venezien-Schlesien).
9. April. Preußens Reformantrag am Bunde.
4. Mai. Preußen: Mobilmachung beginnt; Vermittelungsversuche.
7. Mai. Attentat auf Bismarck.
20. Mai. Rumänien: der gewählte Fürst Karl von Hohenzollern erscheint auf rumänischem Boden; 12. Juli, leistet den Eid auf die Verfassung.
1. Juni. Österreich überträgt die Entscheidung in der Herzogtümerfrage dem Bunde.
2. Juni. Österreich beruft die holsteinischen Stände nach Itzehoe.
3. Juni. Preußen erklärt Gasteiner Vertrag für zerrissen.
11. Juni. Brief Napoleons an Drouyn de l'Huys.
12. Juni. Abzug der österreichischen Truppen aus den Herzogtümern.
14. Juni. Entscheidung am Bunde; Preußen erklärt seinen Austritt.
14. Juni. Österreichisch-bayrische Konvention zu Olmütz.
16. Juni. Preußische Noten in Kassel, Hannover, Dresden abgelehnt; Krieg.
17. Juni. Hannover, 18. Dresden, 19. Kassel in preußischen Händen.
24. Juni. Krieg; Niederlage der Italiener bei Custozza.
27. Juni. Gefecht bei Langensalza; 29. Kapitulation der hannöverschen Armee.
26.—29. Juni. Schlachten in Böhmen.
1866 3. Juli. Schlacht von Königgrätz.
4. Juli. Kaiser von Österreich tritt Venezien an den Kaiser der Franzosen ab.
4. Juli. Deutscher Kriegsschauplatz: Gefecht bei Dermbach; 10. bei Kissingen; 14. bei Aschaffenburg.
16. Juli. Einzug der Preußen in Frankfurt.
22. Juli. Gefecht bei Blumenau durch Waffenstillstand unterbrochen.
24. Juli. Deutscher Kriegsschauplatz: Gefecht bei Tauberbischofsheim.
26. Juli. Präliminarfriede von Nikolsburg.
5. Aug. Preußischer Landtag eröffnet; Indemnität.
6. Aug. Frankreich: Benedetti fordert Mainz und droht Krieg.
23. Aug. Definitivfriede zu Prag; Annexionen.
13. Aug. bis 3. Septbr. Friedensschlüsse mit den süddeutschen Staaten zu Berlin (Schutz- und Trutzbündnisse).
16. Sept. Frankreich: Schreiben des Kaisers an Lavalette.
3. Okt. Friede zwischen Österreich und Italien.
30. Okt. Österreich: von Beust Minister.
7. Nov. Viktor Emanuel zieht in Venedig ein.
1867 4. Febr. Österreich: Ministerium Belcredi entlassen; Ausgleichspolitik v. Beusts.
24. Febr. Deutschland: erster Reichstag des Norddeutschen Bundes eröffnet.
6. März. Mexiko: Abzug der Franzosen; 19. Juarez' Sieg; Maximilian I. erschossen.
1. April. Frankreich: Weltausstellung eröffnet; fürstliche Besuche; Attentat auf den Kaiser von Rußland.
17. April. Deutschland: norddeutsche Bundesverfassung fertig.
18. April. Serbische Festungen von türkischen Truppen geräumt.
11. Mai. Luxemburger Handel beigelegt.
8. Juni. Österreich: Ausgleich mit Ungarn; Kaiser Franz Joseph als König von Ungarn gekrönt.
8. Juli. Deutschland: Zollbundsverträge mit den süddeutschen Staaten.

1867 15. Aug. England: Parlamentsreformbill (Disraeli) Gesetz.
18.—23. Aug. Österreich-Frankreich: das französische Kaiserpaar besucht das österreichische zu Salzburg; Bismarcks Depesche.
3. Nov. Garibaldi im Kirchenstaat; Franzosen landen; Wunder von Mentana.
15. Nov. Landtag des vergrößerten Preußens eröffnet.
21. Dez. Österreich: Staatsgrundgesetze sanktioniert; Ausgleich vollendet.

1868 1. Jan. Österreich: Bürgerministerium.
14. Jan. Frankreich: neue Heeresorganisation im gesetzgebenden Körper angenommen.
13. April. Spanien: Narvaez' Tod.
27. April. Deutschland: erstes Zollparlament.
22. Juni. Rom: der Papst erklärt die österreichischen Staatsgrundgesetze für nichtig.
23. Aug. Österreich: böhmische Deklarantenpartei; Kampf zwischen Föderalismus und Centralismus in Cisleithanien.
18. Sept. Spanien: Aufstand; Junta in Cadiz; 28. Die königlichen Truppen bei Alcolea geschlagen; 30. Junta in Madrid erklärt Absetzung der Bourbonen.
3. Okt. Protest der geflüchteten Königin Isabella.
1. Dez. England: erste Parlamentswahlen nach dem neuen Wahlgesetze; Ministerium Gladstone.
12. Dez. Österreichisch-Ungarische Monarchie: Franz Joseph, Kaiser von Österreich, König von Ungarn.

1869 9. Jan. Konferenz in Paris zur Beilegung des griechisch-türkischen Streites (Aufstand in Kreta).
11. Febr. Spanien: konstituierende Cortes.
1. März. England: Gladstone schlägt Abschaffung der anglikanischen Staatskirche in Irland vor; Ende Juli Gesetz.
23. Mai. Frankreich: Neuwahlen zum gesetzgebenden Körper.
17. Nov. Türkei-Ägypten: Suezkanal eröffnet.
8. Dez. Rom: ökumenisches Konzil nach Rom berufen.

1870 2. Jan. Frankreich: Ministerium Ollivier.
11. Jan. Österreich-Cisleithanien: Mehrheits- und Minderheitsgutachten der Minister dem Kaiser vorgelegt.
19. Jan. Döllinger gegen die Unfehlbarkeit.
1. Febr. Österreich: Ministerium Hasner.
15. Febr. Deutschland: Ministerwechsel in Bayern; Graf Bray.
24. März. Ministerwechsel in Württemberg.
24. März. Frankreich: Sicherheitsgesetz aufgehoben.
2. April. Frankreich: Kaiser verlangt Plebiszit für die liberalen Verfassungsänderungen.
12. April. Österreich: Ministerium Potocki.
22. April. Griechenland: einige Engländer fallen bei Marathon unter die Mörder.
8. Mai. Frankreich: Plebiszit. 15. Mai. Herzog von Gramont Auswärtiges.
2. Juni. Schweiz: Verfassungsrevisionsentwurf des Bundesrates.
20. Juni. König v. Preußen nach Ems. 30. Olliviers Friedensrede im gesetzgebenden Körper.
3. Juli. Mitteilung des spanischen Gesandten, daß Erbprinz von Hohenzollern für Spanien zum König ausersehen.
6. Juli. Frankreich: Erklärung der Minister im gesetzgebenden Körper.
12. Juli. Freiwilliger Rücktritt des Erbprinzen von der Kandidatur.
13. Juli. Französischer Gesandter sucht den König von Preußen in Ems zu brüskieren.
15. Juli. Gesetzgebender Körper in Paris; Krieg angekündigt; Rückkehr des Königs von Preußen nach Berlin; Mobilmachungsorder.
18. Juli. Rom: Konzil beschließt die päpstliche Unfehlbarkeit.
19. Juli. Französische Kriegserklärung dem deutschen Reichstage mitgeteilt.
19. Juli. Sieg der deutschen Sache in der bayrischen Kammer; 22. in der württembergischen.

1870 25. Juli. Veröffentlichungen des norddeutschen Bundeskanzlers.
27. Juli. Kronprinz von Preußen Oberbefehlshaber der III. Armee.
30. Juli. Österreich: Konkordat aufgegeben; Franzosen verlassen Rom.
2. Aug. Kaiser Napoleon in Saarbrücken; drei preußische Kompanieen besiegt.
4. Aug. Erster deutscher Sieg bei Weißenburg.
6. Aug. Schlachten von Wörth und von Spichern.
9. Aug. Paris: Ministerium Palikao.
14. Aug. Erste Schlacht bei Metz (Colombey-Nouilly); 16. 2. (Mars la Tour); 18. 3. (Gravelotte); Bazaine (Rheinarmee) nach Metz gedrängt; General Trochu Gouverneur von Paris.
21. Aug. Armee von Chalons (Mac Mahon) nach Reims.
30. Aug. Schlacht bei Beaumont.
1. Sept. Schlacht bei Sedan; Ausbruchsversuch Bazaines; Schlacht bei Noisseville.
2. Sept. Kapitulation; Kaiser und Heer gefangen.
4. Sept. Sturz des Kaisertums in Paris; Regierung der Nationalverteidigung.
12. Sept. Thiers tritt seine Rundreise an.
19. Sept. Umschließung von Paris; 20. Zusammenkunft Jules Favres mit Bismarck.
20. Sept. Die italienischen Truppen ziehen in Rom ein.
28. Sept. Straßburg kapituliert.
2. Okt. Italien: Plebiszit in Rom.
5. Okt. Deutsches Hauptquartier in Versailles.
9. Okt. Gambetta in Tours.
11. Okt. Deutsche (v. d. Tann) in Orleans.
16. Okt. Spanien: Herzog von Aosta zum König gewählt.
27. Okt. Kapitulation von Metz.
28. Okt. Ausfall von Paris (le Bourget). 31. Aufstandsversuch in Paris; Thiers und Bismarck; Unterhandlungen scheitern.
31. Okt. Rußland erklärt sich nicht mehr an die Pariser Festsetzungen (1856) in Beziehung auf die Neutralisation des Schwarzen Meeres gebunden.

1870 9. Nov. V. d. Tann räumt Orleans vor der Loirearmee; Schlacht bei Coulmiers.
25. Nov. Versailler Verträge zur Einigung Deutschlands.
27. Nov. Manteuffel besiegt die französische Nordarmee bei Amiens.
28. Nov. Prinz Friedrich Karl Loirearmee bei Beaune la Rolande.
3. Dez. Pariser Ausfall (Champigny) scheitert.
1. bis 4. Dez. Zweite Schlacht bei Orleans; Orleans besetzt.
9. Dez. Delegation siedelt von Tours nach Bordeaux über.
10. Dez. Norddeutscher Reichstag; Kaiser und Reich. 19. Kaiserdeputation in Versailles.
23. Dez. Manteuffels Sieg an der Hallue.
25. Dez. Mont-Cenis-Tunnel vollendet.
27. Dez. Spanien: Marschall Prim tödlich verwundet.
27. Dez. Vor Paris: Mont Avron genommen; Bombardement beginnt.
30. Dez. Spanien: König Amadeo I. betritt spanischen Boden.
1871 3. Jan. Schlacht bei Bapaume.
11. Jan. Kämpfe im Westen; General Chanzy erliegt bei le Mans.
16. bis 18. Jan. Französische Ostarmee von General von Werder an der Lisaine zurückgeworfen.
17. Jan. Londoner Konferenz in der Pontusfrage.
18. Jan. Deutsches Kaisertum in Versailles proklamiert.
19. Jan. General Faidherbe bei St.-Quentin geschlagen; letzter Ausfall von Paris scheitert.
22. Jan. Versuch der Roten in Paris, sich der Gewalt zu bemächtigen. — Unterhandlungen beginnen. 26. Bombardement eingestellt.
28. Jan. Kapitulation von Paris und Waffenstillstand.
1. Febr. Die französische Ostarmee auf Schweizer Gebiet gedrängt.
6. Febr. Gambetta dankt ab.
7. Febr. Österreich: Ministerium Potocki entlassen; Ministerium Hohenwart.
13. Febr. Frankreich: Nationalversammlung in Bordeaux.

1871 16. Febr. Belfort kapituliert.
18. Febr. Thiers Chef der Exekutive; Pakt von Bordeaux.
26. Febr. Friedenspräliminarien; 1. März in Bordeaux genehmigt.
1. März. Dynastie Bonaparte in Bordeaux abgesetzt; deutsche Truppen in Paris; Anfänge der Commune.
8. März. England und Vereinigte Staaten: Kommission in Washington.
10. März. Französische Nationalversammlung nach Versailles.
13. März. Londoner Schlußprotokoll in der Pontusfrage.
17. März. Paris: Commune siegreich; Paris und Versailles.
21. März. Deutschland: erster deutscher Reichstag in Berlin eröffnet.
28. März. Deutschland: Erklärung Döllingers; Altkatholiken.
10. Mai. Frankfurter Friede.
21. Mai. Paris: die Versailler dringen ein; die „Leichenfeier der Commune". 28. Aufstand beendigt.
16. Juni. Siegeseinzug der Truppen in Berlin.
1. Juli. Einzug Viktor Emanuels in Rom.
5. Juli. Frankreich: Manifest des Grafen Chambord. Royalistische Bestrebungen.
8. Juli. Kirchenstreit in Deutschland; kath. Abteilung im preußischen Kultusministerium aufgehoben.
11. Aug. Zusammenkunft der Kaiser von Deutschland und Österreich zu Ischl.
22.—24. Sept. Altkatholikenkongreß in München.
18. Okt. Österreich: böhmische Fundamentalartikel.
26. Oktober. Österreich: Sturz des Ministeriums Hohenwart.
13. Nov. Österreich: Graf Andrássy an von Beusts Stelle.
25. Nov. Österreich: Ministerium Fürst Adolf Auersperg.
28. Nov. Deutschland: Reichstag genehmigt den „Kanzelparagraphen".
17. Dez. England-Amerika: Genfer Schiedsgericht.

1872 17. Jan. Preußen: Kultusminister von Mühler entlassen.
2. Febr. Frankreich: Kündigung des englisch-französischen Handelsvertrages.
8. März. Preußen: Schulaufsichtsgesetz.
1. April. Holland: dritte Säkularfeier des Tages von Brielle.
25. April. Spanien: Marschall Serrano Generalissimus gegen die Karlisten.
1. Mai. Deutschland: Eröffnung der Universität Straßburg.
2. Mai. Rom: Papst lehnt den Kardinal Hohenlohe als deutschen Botschafter ab.
15. Mai. Deutschland: Jesuitenorden im Deutschen Reiche verboten (5. Juli Gesetz).
29. Juli. Frankreich: Erfolg der Drei-Milliarden-Anleihe.
4. Sept. Zusammenkunft der Kaiser von Rußland, Österreich und Deutschland in Berlin.
26. Sept. Kirche und Staat in der Schweiz; Konflikt in Solothurn und in Genf.
13. Nov. Frankreich: Thiers' Botschaft für die Republik an die Nationalversammlung.
4. Dez. Vereinigte Staaten: Grant zum zweitenmal Präsident.
13. Dez. Preußen: neue Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen.

1873 9. Jan. Napoleons III. Tod.
28. Jan. Rußland: Expedition gegen Chiwa beschlossen.
9., 12. Febr. Spanien: König Amadeo dankt ab; Spanien Republik.
13. März. Deutschland-Frankreich: letzte Konvention betreffs der Kriegsschuld.
3. April. Österreich: Wahlreformgesetz (direkte Wahlen durch die Bevölkerung) vom Kaiser genehmigt.
1. Mai. Weltausstellung zu Wien.
11. Mai. Preußen: die Kirchengesetze vom König genehmigt.
17. Mai. Italien: römische Klöster aufgehoben.
24. Mai. Frankreich: Thiers gestürzt; Marschall Mac Mahon Präsident; Regierung der moralischen Ordnung.
31. Mai. Preußen: Auflehnung der preußischen Bischöfe gegen die vier Kirchengesetze beginnt.

1873 1. Juni. Spanien: konstituierende Cortes; Föderativ-Republik.
4. Juni. Erster altkatholischer Bischof gewählt.
7. Juli. Frankreich: Armeeorganisation vollendet.
25. Juli. Spanien: Communistenherrschaft in Cartagena.
5. Aug. Frankreich: Fusion der jüngeren und der älteren Linie des Hauses Frankreich.
3. Sept. Briefwechsel zwischen Papst und Kaiser von Deutschland.
9. Sept. Spanien: Präsident Castelar.
16. Sept. Räumung des französischen Gebiets durch die deutschen Truppen vollendet.
22. Sept. Viktor Emanuel in Wien; 26. in Berlin.
30. Okt. Frankreich: Restauration Heinrichs V. scheitert.
4. Nov. Preußen: allgemeine Landtagswahlen.
9. Nov. Spanien: Niederlagen gegen die Karlisten.
19. Nov. Frankreich: Verlängerung der Gewalten des Präsidenten auf sieben Jahre.

1874 2. Jan. Cortes in Spanien gesprengt.
10. Jan. Deutschland: Reichstagswahlen.
23. Jan. Schweiz: der päpstliche Nuntius erhält seine Pässe.
1. Febr. Erste Reichstagswahl in Elsaß-Lothringen.
16. Febr. England: Ministerium Disraeli.
17.—20. April. Deutschland: Militärgesetz (Kompromiß) im Reichstag angenommen.
19. April. Schweiz: die neue Bundesverfassung wird durch Volksabstimmung angenommen.
25. April. Deutschland; Vertrag mit Griechenland über Ausgrabungen in Olympia.
7. Mai. Österreich: zwei konfess. Gesetze vom Kaiser genehmigt.
22. Mai. Frankreich: Ministerium Ciffey.
18. Juli. Attentat auf Bismarck zu Kissingen.
25. Juli. Deutsche Kriegsschiffe an der spanischen Küste (gegen Karlisten).

1874 27. Juli. Konferenz in Brüssel, wegen Ergänzung der Genfer Konvention.
11. Aug. Deutschland: Bezirkstage in Elsaß-Lothringen.
27. Aug. Deutsche Bischöfe gegen die Sedanfeier.
15. Sept. Weltpostkongreß zu Bern.
1. Okt. Preußen: Civilehegesetz tritt in Kraft.
13. Okt. Frankreich: das französische Kriegsschiff L'Orénoque von Civita Vecchia zurückgerufen.
9.—19. Dez. Deutschland: Prozeß Arnim.
29. Dez. Spanien: Pronunciamiento für Prinz Alfons.

1875 14. Jan. König Alfons in Madrid.
22. Jan. Deutschland: Landsturmgesetz im Reichstag angenommen.
25. Jan. Civilehegesetz im Reichstag angenommen.
5. Febr. Rom: päpstliche Encyklika erklärt preußische Maigesetze für ungültig.
24. Febr. Frankreich: Ministerium Buffet.
28. Febr. Ungarn: Ministerium Tisza.
5. April. Italien: Besuch des Kaisers von Österreich in Venedig.
6. April. Preußen: Sperrgesetz im Abgeordnetenhause angenommen.
19. April. Preußen: Aufhebung der Verfassungsartikel 15, 16, 18.
3. Mai. Bern: Weltpostverein ratifiziert.
8. Mai. Preußen: Klosteraufhebungsgesetz angenommen.
16. Juni. Frankreich dem Herzen Jesu geweiht.
17. Juni. Deutschland: Landesausschuß in Elsaß-Lothringen.
30. Juni. Belgisch-deutsche Korrespondenz über Fall Duchesme erledigt.
15. Juli. Türkei: Aufstand in der Herzegowina.
3. Aug. Türkei: Pazifikationsversuch der Konsuln in Mostar (Herzegowina) scheitert.
20. Aug. Russischer General Kaufmann zieht in Chokand ein.
18. Okt. Der deutsche Kaiser in Mailand.
19. Nov. Frankreich: katholische Universität in Lille eröffnet.

1875 25. Nov. England: die Regierung kauft die Suezkanalaktien des Vicekönigs von Ägypten.
29. Nov. Preußen: Zusammentritt der Generalsynode.
31. Dez. Die drei Ostmächte stellen ihre Forderungen an die Pforte (Note Andrássy).
31. Dez. Frankreich: Schluß der Nationalversammlung.
1876 13. Jan. Protestantische Gemeinden in Tirol.
21. Jan. Italien: Ankauf der Eisenbahnen durch den Staat.
29. Jan. Ungarn: Deáks Tod.
13. Febr. Türkei: Andrássysche Note von der Pforte angenommen.
20. Febr. Frankreich: Deputiertenwahl. Sieg der Republik. Ministerium Dufaure.
28. Febr. Spanien: Ende des Karlistenkriegs. Don Karlos in Frankreich.
18. März. Italien: Ministerium Depretis.
8. April. Königin von England, Kaiserin von Indien.
April. Wiederbeginn der Insurrektion in Bosnien und Herzegowina.
4. Mai. Aufstand in Bulgarien.
7. Mai. Schweiz: altkatholischer Bischof gewählt.
11. Mai. Prinz von Wales aus Ostindien zurück.
12. Mai. Russischer General Tschernajew in Serbien.
13. Mai. Berliner Memorandum über türkische Reformen.
20. Mai. Englische Flotte in der Besikabai.
20. Mai. Türkei: Midhat Pascha Minister: lehnt Berliner Memorandum ab.
30. Mai. Preußen: sechs preußische Diöcesen ohne Bischöfe.
30. Mai. Türkei: Abd ul Asis entthront. Murad V.
14. Juni. Bulgarischer Aufstand zu Ende: „bulgarische Greuel".
15. Juni. Ministermord in Konstantinopel.
1. Juli. Serbien und Montenegro bekriegen die Pforte.
27. Juli. Antitürkische Entrüstungsmeetings in England.
19.—27. Aug. Türken vor Alexinatz (Serbien).
1876 31. Aug. Sultan Murad V. abgesetzt; Abd ul Hamid.
4. Sept. Sieg der Türken vor Alexinatz. 10. Waffenruhe.
21. Sept. Kaiser Wilhelm in Stuttgart. 25. im Elsaß.
5. Okt. Deutschland: v. Arnim verurteilt.
27. Okt. Preußen: Landtagswahlen.
30. Okt. Serbien ruft Rußland an: Türken in Alexinatz. Waffenstillstand.
15. Nov. Sechs russische Armeecorps mobil.
12. Dez. Frankreich: Ministerium Jules Simon.
12. Dez. Konstantinopel: Beginn der Vorkonferenzen.
21. Dez. Deutschland: Justizgesetze im Reichstag angenommen.
24. Dez. Türkische Verfassung proklamiert. Beginn der Konferenzen.
1877 10. Jan. Deutschland: Reichstagswahlen.
21. Jan. Letzte Sitzung der Konferenz in Konstantinopel ergebnislos.
5. Febr. Midhat Pascha verbannt.
19. März. Türkisches Parlament eröffnet.
16. April. Rumänien schließt Durchzugskonvention mit Rußland ab.
24. April. Deutschland: Reichsgericht in Leipzig.
24. April. Rußland: Kriegsmanifest gegen die Türkei.
1. Mai. Kaiser Wilhelm im Reichsland.
13. Mai. Rumänien erklärt Krieg an die Türkei.
16. Mai. Frankreich: Sturz des Ministeriums Simon; 18. Ministerium der Reaktion Herzog v. Broglie.
21. Mai. Rumänien: Unabhängigkeitserklärung.
21. Juni. Donauübergang der Russen beginnt.
25. Juni. Frankreich: Deputiertenkammer aufgelöst.
27. Juni. Russen ziehen sich von Erzerum zurück.
5. Juli. Russen heben die Belagerung von Kars auf.
13. Juli. General Gurko über den Balkan.
19. Juli. Osman Pascha in Plewna.
31. Juli. Russische Niederlage vor Plewna.

1877 21.—28. Aug. Suleiman gegen den Schipkapaß.
3. Sept. Russen und Rumänier vor Plewna. — Thiers' Tod.
7.—14. Sept. Niederlage vor Plewna.
8. Sept. Montenegriner nehmen Nikſik.
11. Sept. Kaiſer Wilhelm am Rhein.
1. Okt. General Totleben vor Plewna.
4. Okt. Spanien: Cuba unterworfen.
15. Okt. Niederlage Mukhtar Paſchas in Armenien. 24. Russen wieder vor Kars. 2. Nov. vor Erzerum.
15. Okt. Frankreich: Wahlen zur Deputiertenkammer.
16. Nov. Frankreich: Sturz des Miniſteriums Broglie.
18. Nov. Russen erſtürmen Kars.
10. Dez. Osman Paſcha in Plewna kapituliert.
13. Dez. Frankreich: Miniſterium Dufaure.
14. Dez. Serbien erneuert den Krieg gegen die Türkei.
1878 9. Jan. Italien: Viktor Emanuels Tod. Thronbeſteigung Humberts I.
20. Jan. Russen in Adrianopel.
24. Jan. Frankreich: Amneſtiegeſetz.
2. Febr. Einmarſch griechiſcher Truppen in Theſſalien. 7. Wieder zurück.
7. Febr. Papſt Pius' IX. Tod.
13. Febr. Engliſche Flotte im Marmara-Meer.
20. Febr. Papſt Leo XIII.
3. März. Friedenspräliminarien von San Stefano.
21. März. Italien: Miniſterium Cairoli.
23. März. Preußen: Rücktritt des Finanzminiſters v. Camphauſen.
17. April. Papſt Leo an Kaiſer Wilhelm.
6. Mai. Preußen: Präſident Hermann (Oberkirchenrat) entlaſſen.
11. Mai. Attentat Hödels auf den deutſchen Kaiſer.
24. Mai. Socialiſtengeſetz in dem Reichstag abgelehnt.
31. Mai. Untergang des deutſchen Kriegsſchiffs „Großer Kurfürſt".
2. Juni. Deutſchland: Attentat Nobilings.
4. Juni. Deutſchland: Kronprinz Stellvertreter.
10. Juni. Deutſchland: Schreiben des Kronprinzen an Papſt Leo.
1878 11. Juni. Belgien: Wahlen. Sieg der Liberalen; Miniſterium Frère-Orban.
11. Juni. Deutſchland: Reichstag aufgelöſt.
12. Juni. Tod des Exkönigs von Hannover in Paris.
13. Juni. Eröffnung des Berliner Kongreſſes.
17. Juni. Öſterreich: Kaiſer Franz Joſeph genehmigt die Ausgleichsgeſetze.
13. Juli. Schluß des Berliner Kongreſſes: Berliner Friede.
13. Juli. England nimmt Beſitz von Cypern.
29. Juli. Nuntius Maſella bei Bismarck in Kiſſingen.
30. Juli. Deutſchland: Reichstagswahlen.
5. Aug. Deutſchland: Finanzminiſterzuſammenkunft in Heidelberg.
16. Aug. Rußland: General Meſenzew ermordet.
19. Aug. Öſterreicher in Bosnien. Erſtürmung von Serajewo.
9. Sept. Deutſchland: Reichstag eröffnet.
21. Sept. Engliſch-afghaniſcher Konflikt.
11. Okt. Preußen-Öſterreich: Konvention über Nordſchleswig.
19. Okt. Deutſchland: Socialiſtengeſetz angenommen.
19.—25. Okt. Korreſpondenz Bismarck-Varnbüler über Reviſion des Zolltarifs.
22. Okt. Spanien: Attentat auf König Alfons.
17. Nov. Italien: Attentat auf König Humbert.
21. Nov. England: Einmarſch der britiſchen Armee in Afghaniſtan.
5. Dez. Deutſchland: Rückkehr des Kaiſers nach Berlin.
13. Dez. Deutſchland: Schreiben Bismarcks an die Bundesrats-Tarifkommiſſion.
19. Dez. Italien: Miniſterium Depretis.
1879 5. Jan. Frankreich: republikaniſche Mehrheit im Senat.
24. Jan. Deutſchland: Vertrag zwiſchen dem Deutſchen Reich u. den Samoainſeln. (Südſee.)
30. Jan. Frankreich: Rücktritt Mac Mahons.

1879 31. Jan. Grévy Präsident der Republik, Gambetta Präsident der Deputiertenkammer.
4. Febr. Frankreich: Rücktritt des Ministeriums Dufaure; Ministerium Waddington (antiklerikal).
8. Febr. Rußland-Türkei: Friedensvertrag unterzeichnet.
12. Febr. Deutschland: Kaiser Wilhelm eröffnet den Reichstag.
12. Febr. Österreich: Ministerkrisis.
15. Febr. Deutschland: braunschweigischer Landtag nimmt Regentschaftsgesetz (für den Fall des Ablebens des Landesherrn) an.
23. Febr. Deutschland: v. Roons Tod.
Ende Febr. Türkei: ostrumelisches Verwaltungsstatut fertig und Aleko Pascha Generalgouverneur.
3. März. Spanien: Ministerium Canovas del Castillo entlassen, ersetzt durch Martinez Campos.
4. März. Türkei: Reuf Pascha rückt in Adrianopel ein.
11. März. Österreich-Ungarn: Untergang der Stadt Szegedin durch Überschwemmung.
April. Rußland: politische Morde.
14. April. Mordanfall des Nihilisten Solowieff auf Kaiser Alexander II. in St. Petersburg.
29. April. Bulgarien: Prinz Battenberg von der Nationalversammlung zum Fürsten gewählt: Alexander I.
21. Mai. Deutschland: Änderung im Präsidium des Reichstags: v. Seydewitz (Schutzzoll) anstatt v. Forckenbeck (Freihandel).
25. Mai. England: Frieden mit Shir Alis Sohn Jakub Chan (Afghanistan).
1. Juni. Prinz Louis Napoleon im Zululand getötet.
11. Juni. Deutschland: goldene Hochzeit des Kaiserpaares.
15. Juni. Frankreich: Kongreß in Versailles beschließt die Rückkehr nach Paris.
22. Juni. Frankreich: Beratung des neuen Unterrichtsgesetzes (Ferry) beginnt.
25. Juni. Deutschland: Antrag Frankenstein (Verwendung der Zollüberschüsse) im Reichstag angenommen.

1879 26. Juni. Türkei, Ägypten: der Chedive Ismail dankt ab; sein Sohn Tewfik folgt.
1. Juli. Deutschland: preußische Minister Falk und Friedenthal entlassen.
2. Juli. Italien: Ministerwechsel, Sturz Depretis'.
5. Juli. Preußen: konservative Minister, von Puttkamer Kultusminister.
10. Juli. Frankreich: Unterrichtsgesetz Ferry in der Deputiertenkammer angenommen.
12. Juli. Deutschland: Zolltarifgesetz (mit Antrag Frankenstein) im Reichstag angenommen.
17. Juli. Italien: Ministerium Cairoli.
10. August. Österreich: Ministerkrisis beendigt, Graf Taaffe Minister.
28. August. England: Kaffernkönig Cetewayo in englischer Gefangenschaft.
Sept. England: britische Gesandtschaft in Kabul ermordet.
4. Sept. Symptome einer Spannung zwischen Rußland und Deutschland. Kaiser Wilhelm begrüßt Kaiser Alexander II. zu Alexandrowo.
9. Sept. Rußland: Niederlage des russischen Expeditionscorps gegen die Tekke-Turkmenen.
10. Sept. Österreich-Türkei: österreichische Truppen im Sandschak Novibazar.
1. Okt. Deutschland: Justizeinheit tritt ins Leben.
1. Okt. Elsaß-Lothringen: neue Verfassung (Statthalter).
7. Okt. Deutschland: Landtagswahlen in Preußen, Niederlage der Liberalen.
10. Okt. Österreich-Ungarn: Graf Andrássy tritt zurück; Baron Haymerle gemeinsamer Minister für das Auswärtige.
12. Okt. England: General Roberts zieht in Kabul ein.
15. Okt. Österreich-Ungarn-Deutschland: Schutzbündnis.
Mitte Nov. Besuch des dänischen Königspaars in Berlin.
24. Nov. Italien: Ministerkrisis, Ministerium Cairoli renoviert.
29. Nov. Spanien: Vermählung

des Königs mit einer österreichischen Erzherzogin.

1879 1. Dez. Rußland: Fortdauer der nihilistischen Mordverschwörungen; abermaliger Mordanschlag gegen den Kaiser.
9. Dez. Spanien: Ministerium Martinez Campos entlassen, ersetzt durch Canovas del Castillo.
25. Dez. Italien: Krawall der Italia irredenta zu Rom.
26. Dez. Frankreich: Ministerwechsel: Freycinet (gambettistisch) anstatt Waddington.
30. Dez. Spanien: Mordanfall (ohne politische Bedeutung) auf d. König.

1880 2. Febr. Frankreich: antiklerikales Gesetz über den Unterrichtsrat vom Senat angenommen.
10. Febr. Deutschland: Baden: friedl. Wendung im Kirchenstreit.
17. Febr. Rußland: nihilistisches Komplott; Dynamitexplosion im Winterpalast zu Petersburg. 24. Loris-Melikow zur Diktatur gegen Nihilismus berufen.
29. Febr. Durchstechung des Gotthards vollendet.
2. März. Rußland: 25jähriges Regierungsjubiläum Alexanders II.
6. März. Frankreich-Rußland: Nihilist Hartmann nicht ausgeliefert. 20. Der russische Gesandte reist von Paris ab.
15. März. Frankreich: Unterrichtsgesetz im Senat angenommen, ohne Artikel 7 (gegen die Kongregationen). 30. Regierungsdekrete gegen d. Kongregationen.
16. April. Deutschland: Reichsmilitärgesetz im Reichstag angenommen.
22. April. Deutschland: Einverleibung Altonas und der hamburgischen Vorstadt St. Pauli in den Zollverein angeregt.
24. April. England: Wahlniederlage Beaconsfields, Ministerium Gladstone.
2. Mai. Italien: Kammer aufgelöst.
4. Mai. Deutschland: Verlängerung des Socialistengesetzes im Reichstag angenommen.
20. Mai. Deutschland: Preußen: Kirchengesetz von der preußischen Regierung vorgelegt. 22. Vom Papst mißbilligt.

1880 9. Juni. Belgien: Abberufung des Gesandten beim Vatikan.
12. Juni. Österreich: Protest der Tiroler Bischöfe gegen evangelische Gemeinden.
15. Juni. Belgien: Unabhängigkeitsjubiläum.
26. Juni. Österreich-Ungarn: föderalistisches Ministerium in Cisleithanien.
9. Juli. Frankreich: Amnestiegesetz im Senat angenommen.
14. Juli. Deutschland-Preußen: Kaiser Wilhelm sanktioniert das (verbesserte) Kirchengesetz.
22. Juli. England: Afghanistan. Emir Abd er Rahman eingesetzt.
27. Juli. England: Niederlage bei Kandahar (Afghanistan).
4. Aug. Vatikan: der Heilige Thomas, Schutzpatron der Universitäten.
9. Aug. Frankreich: die drei Präsidenten in Cherbourg; Gambetta allmächtig.
25. Aug. Deutschland: 700jährige Verbindung Bayern-Wittelsbach gefeiert.
1. Sept. England: Sieg bei Kandahar (Afghanistan).
15. Sept. Österreich-Ungarn: Budapester Gemeinderat verweigert Konzession für deutsches Theater.
20. Sept. Türkei: Montenegro und die Albanesenliga: europ. Flottendemonstration vor Dulcigno.
23. Sept. Frankreich: Kabinett Freycinet durch Kabinett Ferry ersetzt.
25. Sept. England: agrarische Morde und wachsende Anarchie in Irland (Landliga).
15. Okt. Deutschland: Kölner Dom vollendet; Nationalfest ohne Klerikale.
22. Okt. Amerika: Friedenskonferenz Chili-Peru-Bolivia. Krieg dauert fort. Chilenen siegreich.
Okt.-Nov. Frankreich: energische Ausführung der Märzdekrete; Tumulte der Ultramontanen.
14. Nov. Österreich: deutsch-österreichischer Parteitag zu Wien.
17. Nov. Deutschland: preußischer Volkswirtschaftsrat angeordnet; 22. Antisemitenliga; Judenfrage im preußischen Abgeordnetenhaus verhandelt.

1880 26. Nov. Türkei: Dulcigno von den Montenegrinern besetzt; die europäische Flottendemonstration zu Ende.
14. Dez. Türkei = Griechenland: griechische Rüstungen; türkische Noten.
14. Dez. England: Erhebung der Boers in Transvaal (Südafrika); 20. Erster Sieg über britische Truppenabteilung.
1881 28. Jan., 9., 17. Febr. England: Niederlagen in Transvaal (Südafrika).
11. März. Deutschland = Preußen: v. Puttkamer Minister des Innern.
13. März. Rußland: Ermordung Alexanders II. Alexander III.
6. April. Deutschland = Bayern: Zweite Kammer beschließt Herabsetzung der Schulpflichtigkeitsdauer.
19. April England: Lord Beaconsfield (Disraeli) stirbt.
11. Mai. Rußland: absolutistisches Manifest des neuen Kaisers.
12. Mai. Frankreich-Tunesien: Bardovertrag.
14. Mai. Italien: Rücktritt des Ministeriums Cairoli.
16. Mai. Rußland: Ignatiew Minister.
22. Mai. Türkei-Griechenland: Konvention über die neue Grenze.
22. Mai. Königreich Rumänien: Krönung Karls I.
15. Juni. Deutschland: Anschluß Hamburgs an den Zollverein.
22. August. England: irische Landbill Gesetz.
19. Sept. Amerika, Vereinigte Staaten: Präsident Garfield stirbt.
23. Sept. England-Transvaal: Konvention.
26. Okt. Frankreich-Tunesien: Franzosen in Kahiruan.
14. Nov. Frankreich: Ministerium Gambetta.
17. Nov. Deutschland: kaiserliche Botschaft an den Reichstag über Wirtschaftspolitik und Socialgesetzgebung.
1882 21. Jan. Deutschland: Zollanschluß Hamburgs vom Reichstag genehmigt.
26. Jan. Frankreich: Listenwahl verworfen; Sturz des Ministeriums Gambetta. 31. Kabinett Freycinet.
1882 10. Febr. Österreichisch = tschechische und deutsche Universität in Prag.
6. März. Serbien Königreich. König Milan.
9. März. Deutschland: Eisenbahnverstaatlichung fortgesetzt.
23. März. Frankreich: Senat genehmigt Schulzwang des weltlichen Unterrichts.
9. April. Rußland: v. Giers Minister des Auswärtigen.
18. April. Amerika, Ver. Staaten: Chineseneinwanderung auf 10 Jahre verboten.
2. Mai. England: Verhandlung zwischen Gladstone und Parnell; 6. Ermordung der Regierungsbeamten Cavendish und Bourke in Dublin.
16. Mai. Österreich: Ministerium Taaffe ernennt neue Pairs; föderalistische Mehrheit in Herren- und Abgeordnetenhaus.
21. Mai. Eröffnung der Gotthardsbahn.
29. Mai. Türkei-Ägypten: Übermacht Arabis und der Nationalpartei.
2. Juni. Italien: Garibaldis Tod.
11. Juni. Ägypten: Massakre unter den Europäern in Alexandrien.
15. Juni. Deutschland: Tabaksmonopol im Reichstag verworfen.
11. Juli. England-Ägypten: englische Flotte bombardiert Alexandrien.
28. Juli. England-Frankreich: Kredit für Intervention in Ägypten vom Parlament in London angenommen, — in Paris abgelehnt.
8. Aug. Frankreich: Freycinets Rücktritt; Ministerium Duclerc.
13. Aug. England-Ägypten: Wolseleys Sieg über Arabi bei Tel el Kebir; das Land in Englands Gewalt.
17. Okt. England: Nationalliga (Parnell) in Irland.
29. Okt. Italien: Deputiertenwahlen nach neuem Wahlgesetz: Mehrheit für Ministerium Depretis.
6. Dez. Deutschland: deutscher Kolonialverein in Frankfurt a. M.
31. Dez. Frankreich: Gambetta stirbt.
1883 4. Jan. Frankreich: General Chanzy stirbt.

1883 15. Jan. Deutschland-Elsaß-Lothringen: deutsche Sprache ausschließlich Geschäftssprache im Landesausschuß.
31. Jan. Frankreich: ehrenwortbrüchiger Offizier (Thibaudin) Kriegsminister.
17. Febr. Ägypten: Fortschritte des Mahdi im Sudan.
23. Febr. Frankreich: Ministerium Ferry.
1. März. Italien: Finanzen geordnet; Zwangskurs aufgehoben.
12. März. Rußland: Fürst Gortschakow stirbt.
12. März. England: Dynamitexplosion in London.
2. Mai. Österreich: Rückschritte im Schulwesen (beschränktere Schulpflichtigkeitsdauer).
18. Mai. Norwegen: Verfassungsstreit über das königliche Veto; Prozeß der Minister.
25. Mai. Frankreich-Asien: Admiral General Rivière in Tongking getötet.
13. Juni. Frankreich-Afrika: Unternehmung auf Madagaskar.
25. Juni. Deutschland-Preußen: klerikal-konservatives Bündnis; neues Kirchengesetz im Abgeordnetenhause angenommen; fortgesetzter Rückzug der Regierung.
12. Aug. Ungarn-Kroatien: Unruhen in Agram.
24. Aug. Frankreich: Tod des Grafen v. Chambord, Heinrichs V.
4., 6. Sept. Ägypten: Niederlagen ägyptischer Truppen unter englischer Führung gegen die Streitkräfte des Mahdi.
19., 20. Sept. Bulgarien: Entlassung der russischen Minister und Herstellung der veränderten Verfassung von Tirnowa.
29. Sept. Spanien-Frankreich: Beschimpfung des Königs Alfons durch den Pariser Pöbel.
10. Nov. Deutschland: Gedächtnistag Martin Luthers.
23. Nov. Deutschland-Spanien: der deutsche Kronprinz in Madrid.
2. Dez. Ägypten: neue Niederlage der ägyptischen Truppen.
17. Dez. Deutschland-Italien: der deutsche Kronprinz in Rom; 18. im Vatikan.

1884 18. Jan. Spanien: konservatives Ministerium (Canovas del Castillo).
29. Jan. Österreich: Abgeordnetenhaus lehnt Antrag Wurmbrand (Deutsch als Staatssprache) ab.
30. Jan. Italien: Konvertierung der Güter der Propaganda.
12. Febr. Rußland-Asien: Merw russisch.
15. Febr. Rußland: Ausnahmeverfügungen gegen Anarchisten.
18. Febr. England-Ägypten: General Gordon in Chartum.
27. Febr. England-Afrika: Abkommen mit Transvaal.
5. März. Deutschland: deutsch-freisinnige Partei; 23. Heidelberger Programm der Nationalliberalen.
11. Mai. Frankreich-China: Vertrag von Tien-tsin.
12. Mai. Deutschland: Verlängerung des Socialistengesetzes.
14. Mai. England-Frankreich: Unterhaus lehnt den Kanaltunnel ab.
8. Juni. Deutschland-Afrika: Gesandtschaft der Boers (Transvaal) in Berlin.
10. Juni. Belgien: Wahlen; Sieg der Klerikalen; 16. Ministerium Malou.
24. Juni. Frankreich-Tongking: Verluste vor Langson.
27. Juni. Deutschland: Unfallversicherungsgesetz im Reichstag angenommen.
1. Aug. Holland: Regentschaftsgesetz.
5. Aug. Frankreich-China: Beschießung von Kelung (Insel Formosa).
13. Aug. Frankreich: Modifikation der Verfassung vom Kongreß genehmigt.
15. Sept. Deutschland-Österreich-Rußland: Zusammenkunft der Kaiser in Skierniewize.
18. Okt. Deutschland: Herzog Wilhelm von Braunschweig stirbt.
26. Okt. Belgien: Modifikation des Ministeriums.
15. Nov. Europa-Afrika: Kongokonferenz in Berlin.
1. Dez. Deutschland: Krankenkassengesetz in Kraft.
1885 10., 13. Jan. Deutschland-Afrika: Kamerunebatten im Reichstag.
20. Jan. Deutschland-England: Korrespondenz über Neuguinea.

1885 24. Jan. England: Dynamitexplosion im Tower.
26. Jan. England: Chartum fällt; Tod Gordons.
5. Febr. Italien-Afrika: Massaua besetzt.
12. Febr. Frankreich-China: französischer Sieg bei Langson.
23. Febr. Europa-Afrika: Berlin, Generalakte der Congokonferenz.
17. März. England-Rußland: Übereinkommen in Afghanistan.
23. März. Frankreich-China: Niederlage der Franzosen bei Langson.
23. März. Deutschland: Reichstag genehmigt Dampfervorlage und Kolonialpolitik.
30. März. Frankreich: Rücktritt Ferrys.
1. April. Deutschland: Bismarckfeier.
3. April. Frankreich-China: Friedenspräliminarien.
6. April. Frankreich: Ministerium Brisson.
28. April. Afrika: König Leopold II. von Belgien Souverän des Congostaats.
23. Mai. Frankreich: Listenwahl.
1. Juni. Frankreich: Victor Hugo im Pantheon.
9. Juni. England: Rücktritt des Ministeriums Gladstone; Torykabinett (Salisbury).
1. Juli. Italien: Ministerium Depretis erneuert.
23., 24. Aug. Deutschland-Spanien: Anfang des Karolinenstreits.
18. Sept. Bulgarien-Ostrumelien: Revolution in Philippopel; Fürst Alexander stellt sich an die Spitze.
4. Okt. Frankreich: Deputiertenwahlen.
21. Okt. Deutschland: Prinz Albrecht von Preußen als Regent in Braunschweig gewählt.
5. Nov. Deutschland: Elsaß-Lothringen, Fürst Hohenlohe Statthalter.
14. Nov. Serbien bekriegt Bulgarien; Griechenland beginnt zu rüsten.
19. Nov. Serbien-Bulgarien: Niederlage der Serben bei Slivnitza.
25. Nov. Spanien: Alfons XII. stirbt.
1. Dez. Deutschland: Polenausweisungsdebatte im Reichstage.
15. Dez. Preußen, Vatikan: Erzbischof Krementz in Köln.
1885 20. Dez. Deutschland-Afrika: Handelsvertrag mit Sansibar.
21. Dez. Serbien-Bulgarien: Waffenstillstand.
24. Dez. Deutschland-Spanien: Papst Leo XIII. vermittelt den Karolinenstreit.
28. Dez. Frankreich: Präsident Grévy wieder gewählt.
1886 3. Febr. England: Rücktritt Salisburys. Ministerium Gladstone.
26. Febr. Deutschland: Bayrische Reichsratskammer verwirft reaktionären Schulantrag.
3. März Serbien-Bulgarien: Friede durch Abkommen von Bukarest.
März. Belgien: Arbeiterunruhen.
31. März. Frankreich: Senat genehmigt Volksschulgesetz.
2. April. Deutschland: Reichstag genehmigt Verlängerung des Socialistengesetzes.
25. April. Bulgarien: Fürst Alexander von der Pforte als Generalgouverneur von Ostrumelien anerkannt.
4. Mai. Amerika: Arbeiterunruhen in Chicago.
17. Mai. Spanien: König Alfons XIII geboren.
7. Juni. England: Gladstones Home-rule-Bill vom Unterhaus verworfen.
10. Juni. Deutschland: Bayern: Prinz Luitpold Regent. 13. Tod König Ludwigs II.
23. Juni. Frankreich: Ausweisung der Prinzen.
23. Juni. Rußland: Aufhebung des Freihafens Batum.
30. Juni. Deutschland: Postdampferlinie Ostasien eröffnet.
11. Juli. Deutschland: erster Erfolg in Elsaß-Lothringen (Gemeinderatswahlen).
20. Juli. England: Rücktritt Gladstones. Ministerium Salisbury.
3. August. Deutschland: Heidelberger Universitätsjubiläum.
21. August. Bulgarien: Militärrevolution. Fürst Alexander in Sofia gestürzt. 24. Gegenrevolution.
3. Sept. Bulgarien: Rückkehr des Fürsten nach Sofia. 5. Abdankung.
20. Sept. Deutschland: Reichstag genehmigt spanisch-deutschen Handelsvertrag.

1886 25. Sept. Bulgarien: russischer General Kaulbars in Sofia.
1887 11. Jan. Deutschland: Militärvorvorlage. 14. Reichstag aufgelöst.
26. Jan. Italien: Unfall der italienischen Truppen in Afrika (Dogali).
21. Febr. Deutschland: Reichstagswahlen.
11. März. Deutschland: Militärvorlage im Reichstag angenommen. 22. Kaiser Wilhelm I. 90jährig.
28. März Deutschland: Aufhissung der deutschen Flagge in Kamerun (Afrika).
28. April. Deutschland-Frankreich: Fall Schnäbele.
29. April. Deutschland: Kirchennovelle, endgültige Beilegung des Kirchenkonflikts.
3. Juni. Deutschland: Nordostseekanal, Grundsteinlegung.
17. Juni. Deutschland: Arbeiterschutzgesetz im Reichstag angenommen.
21. Juni. England: Jubiläum der Königin Viktoria.
5. Juli. Schweiz: Katastrophe von Zug.
7. Juli. Bulgarien: Sobranje wählt Prinz Ferdinand von Koburg zum Fürsten.
8. Juli. Frankreich: General Boulanger tritt auf.
21. Juli. Deutschland: Der erste deutschgesinnte Elsässer als Reichstags-Abgeordneter in Straßburg gewählt.
29 Juli. Italien: Ministerpräsident Depretis stirbt.
14. Aug. Rußland-Frankreich: Deroulède-Schwindel.
20. Aug. Bulgarien: Ferdinands Einzug in Sofia.
18. Okt. Deutschland: orientalisches Seminar in Berlin eröffnet.
3. Nov. Deutschland: der deutsche Kronprinz in San Remo. 14. Hoffnungslose Nachrichten.
11. Nov. Amerika: 4 Dynamithelden in Chicago hingerichtet.
17. Nov. Frankreich: Skandal Wilson beginnt.
18. Nov. Rußland: Alexander III. in Berlin.
1887 1. Dez. Frankreich: Abdankung Grévys. 3. Carnot gewählt.
31. Dez. Italien: Leos XIII. Priesterjubiläum.
1888 3. Febr. Deutschland: der deutsch-österreichische Bündnisvertrag vom 7. Okt. 1879 veröffentlicht.
6. Febr. Deutschland: Rede Bismarcks über das Wehrgesetz. 8. Wehrvorlage genehmigt. 17. Verlängerung des Socialistengesetzes.
9. März. Deutschland: Tod Kaiser Wilhelms I.
12. März. Deutschland: Proklamation Kaiser Friedrichs.
3. April. Rumänien: Ministerwechsel. Rücktritt Bratianus.
3. April. Frankreich: Ministerwechsel. Kabinett Floquet.
4. April. Deutschland: Krisis. Vermählungsprojekt Prinz von Battenberg.
20. April. Päpstliche Bulle gegen System der irischen Nationalliga.
4. Juni. Frankreich: Exgeneral Boulanger verlangt Verfassungsrevision.
7. Juni. Deutschland: Verlängerung der Reichstagsperioden auf 5 Jahre vom Kaiser genehmigt.
8. Juni. Preußen: Rücktritt des Ministers von Puttkamer.
15. Juni. Deutschland: Kaiser Friedrich stirbt.
25. Juni. Eröffnung des Reichstags durch Kaiser Wilhelm II.
19. Juli. Kaiser Wilhelm II. in Petersburg, 26. in Stockholm, 30. in Kopenhagen.
21. August. Italien-Deutschland: Ministerpräsident Crispi in Friedrichsruhe.
29. August. Deutschland: Bennigsen Oberpräsident von Hannover.
27. Sept. Kaiser Wilhelm II. in Stuttgart, 1. Okt. in München, 3. in Wien, 11. in Rom, 12. Besuch im Vatikan.
31. Okt. Griechenland: Regierungsjubiläum König Georgs.
6. Nov. Vereinigte Staaten: Präsidentenwahl; Sieg der republikanischen Partei.
1889 12. Febr. Frankreich: Wahlen nach Arrondissements hergestellt.

1889 6. März. Serbien: König Milan dankt ab.
8. April. Frankreich: Ende des Abenteurers Boulanger. Der General flüchtig.
21. April. Deutschland: Verdruß mit der Schweiz (Affäre Wohlgemuth).
Mai. Deutschland: Der große Streik im Ruhr- u. Saargebiet.
6. Mai. Frankreich: Pariser Weltausstellung eröffnet.
23. Mai. Deutschland: Altersversorgungs- und Invaliditätsgesetz im Reichstag angenommen.
9. Juni. Italien: Giordano Bruno-Denkmal in Rom enthüllt.
15. Nov. Brasilien: Revolution, Kaisertum gestürzt.
16. Dez. Deutschland-Ostafrika. Aufstand beendigt, Buschiri gefangen, hingerichtet.

1890 25. Juni. Deutschland: Reichstag verwirft Socialistengesetz.
11. Febr. Deutschland-Preußen: der Staatsrat verhandelt unter kaiserlichem Vorsitz über Arbeiterschutz.
20. Febr. Deutschland: Reichstagswahlen, Cartellparteien unterliegen.
13. März. Ungarn: Tisza entlassen.
15. März. Deutschland-Bayern: Altkatholiken preisgegeben.
15.—29. März. Deutschland: Internationale Arbeiterschutzkonferenz in Berlin.
20. März. Deutsches Reich: Entlassung Bismarcks, Caprivi Reichskanzler.
31. Mai. Deutschland-Schweiz: Verdruß beendigt: Niederlassungsvertrag
17. Juni. Großbritannien-Deutsches Reich: Abkommen über Afrika und Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären.
20. Juni. Deutschland: Gesetz über Friedens-Präsenzstärke vom Reichstag angenommen.
5. Aug. Großbritannien-Frankreich-Portugal: Abkommen über afrikanischen Besitz.
9. Aug. Deutschland: Helgoland deutsch.

1890 11. Sept. Schweiz: Revolution in Tessin.
23. Nov. Niederlande: König Wilhelm III. stirbt.
Dez. Frankreich-Rom: Päpstliche Ermahnung an die Katholiken, sich der republikanischen Ordnung anzubequemen.

1891 1. Jan. Deutsches Reich-Ostafrika: Deutsche Herrschaft an der ostafrikanischen Küste ausgerufen.
31. Jan. Italien: Entlassung Crispis (Ministerium Rubini).
18.—19. Febr. Deutschland-Frankreich: Verunglückter Besuch der Kaiserin Friedrich in Paris.
23. Febr. Vereinigte Staaten: Einwanderung erschwert.
13. März. Preußen: Kultusminister v. Goßler entlassen. v. Zedlitz-Trützschler Nachfolger.
14. März. Deutschland: Windthorst stirbt.
25. April. Deutschland: Moltke stirbt.
11. Mai. Japan: Attentat auf den Großfürsten-Thronfolger von Rußland.
15. Mai. Rom: Encyklika des Papstes über die sociale Frage.
22. Mai. Rumänien: 25jähriges Regierungsjubiläum des Königs Karl.
31. Mai. Rußland: sibirische Eisenbahn eröffnet.
23. Juni. Luxemburg: Einzug des neuen Großherzogs.
Ende Juni. Frankreich-Rußland: Besuch der französischen Flotte in Kronstadt.
20. Aug. Deutschland: Heilige-Rock-ausstellung zu Trier eröffnet.
30. Sept. Frankreich: General Boulanger † zu Brüssel.
6. Okt. England: Der Führer der irischen Opposition Parnell †.
18. Dez. Deutsches Reich: Die Handelsverträge im Reichstag angenommen.

1892 Jan. Deutsches Reich: Stablewski Erzbischof von Posen.
14. März. Deutsches Reich: Volksschulgesetz: v. Zedlitz entlassen.
31. März. Deutsches Reich: Welfenfonds aufgehoben.

1892 Juni. Österreich-Ungarn: Krönungsjubiläum in Pest gefeiert.
18.—23. Juni. Bismarck in Wien.
Aug.-Sept. Columbusfeier.
16. Aug. Großbritannien: Ministerium Gladstone.
31. Okt. Deutsches Reich: Wittenberger Schloßkirche eingeweiht.
5. Dez. Deutsches Reich: Ahlwardt Abgeordneter.

1893 Januar. Deutsches Reich: agrarische Bewegung.
9. Febr. Frankreich: Verurteilungen im Panamaprozeß.
4. März. Vereinigte Staaten: Amtsantritt des Präsidenten Cleveland.
14. April. Serbien: Staatsstreich. Alexander erklärt sich großjährig
20. April. Bulgarien: Vermählung des Fürsten mit einer Prinzessin von Parma.
26. April. Ungarn: kirchenpolitische Vorlagen.
1. Mai. Vereinigte Staaten: Weltausstellung von Chicago.
6. Mai Deutsches Reich: Reichstag aufgelöst (Militärvorlage). 4. Juni neuer Reichstag eröffnet.
13. Juli. Frankreich-Siam: 29. Siam nimmt französisches Ultimatum an.
15. Juli. Deutsches Reich: Militärvorlage im Reichstag angenommen.
19. Juli. Norwegen: Streit mit Schweden dauert fort. Storthing beschließt Aufhebung der gemeinsamen Konsulate.
13. Sept. Österreich-Ungarn: über Prag und einen Teil Böhmens Ausnahmezustand verhängt.
13. Okt. Siam-Frankreich: Friedensschluß.
13.—28. Okt. Frankreich-Rußland: Russisches Geschwader in Toulon.
16.—29. Okt. England-Italien: Englische Flotte besucht italienische Häfen.
17. Okt. Frankreich: Mac Mahon †.
28. Okt. Österreich-Ungarn: Graf Taaffe entlassen.
9. Dez. Frankreich: Dynamitattentat in der Kammer.
10. Dez. Italien: Ministerium Crispi.

1893 Dez. Griechenland: Staatsbankerott. Italien: Proletarierunruhen Sicilien, Romagna, Calabrien.

1894 10. Jan. Frankreich-Afrika. Timbuktu von den Franzosen besetzt.
26. Jan. Deutschland: Bismarcks Besuch in Berlin, 19. Febr. der Kaiser in Friedrichsruh.
3. Febr. Großbritannien: Rücktritt Gladstones.
16. Febr. Deutsches Reich: russischer Handelsvertrag im Reichstag angenommen.
20. Febr. Kossuth †.
1. April. Dänemark: Verfassungskonflikt beendigt.
29. Mai. Bulgarien: Entlassung Stambulows. Stoilow.
22. Juni. Ungarn: das Oberhaus nimmt Civilehegesetz an.
24. Juni. Frankreich: Präsident Carnot ermordet, ersetzt durch Casimir Perier.
1. Aug. Ostasien: Krieg von Japan an China erklärt.
26. Okt. Deutsches Reich: Caprivi (und Eulenburg) entlassen. 29. Fürst Hohenlohe Reichskanzler.
1. Nov. Rußland: Alexander III. † Nicolaus II.
21. Nov. Ostasien: Japaner nehmen Port Arthur.
Türkei: Auftauchen der Armenischen Frage.
10. Dez. Ungarn: Die ungarischen Kirchengesetze (Civilehe) vom Kaiser sanktioniert.

1895 11. Jan. Belgien: König Leopold tritt den Congostaat an den Staat Belgien ab.
15. Jan. Frankreich: Präsident Casimir Perier tritt zurück, 17. ersetzt durch Faure.
29. Jan. Rußland: Autokratische Erklärung des Czaren: keine Verfassung.
4. März. Deutschland-Frankreich: Frankreich nimmt die Einladung zur Eröffnung des Nordostseekanals an.
23. März. Deutschland: die Mehrheit des Reichstags lehnt eine Beglückwünschung Bismarcks ab. 26. der Kaiser in Friedrichsruh.
17. April. Ostasien: Friede zwischen

China und Japan hergestellt zu Shimonoseki.

1895 23. April. Ostasien: Deutschland, Rußland, Frankreich intervenieren.
15. Mai. Österreich-Ungarn: Rücktritt Kalnockys.
18. Juni. Österreich-Ungarn: Die Coalitionsregierung tritt zurück.
19.—21. Juni. Deutschland: Nordostseekanal eröffnet.
26. Juni. Großbritannien: Cabinet Salisbury.
18. Juli. Bulgarien: Stambulow ermordet.
16. Aug. Belgien: klerikales Schulgesetz angenommen.
20. Sept. Italien: Einzug in Rom (1870) gefeiert.
1. Okt. Frankreich-Afrika. Französische Schutzherrschaft in Madagascar aufgerichtet.
2. Okt. Österreich-Ungarn: Ministerium Badeni.
10. Dez. Paris: Internationaler bimetallistischer Kongreß.
17. Dez. Vereinigte Staaten: Botschaft des Präsidenten Cleveland an den Kongreß über den britisch-venezuelischen Streit (Monroedoktrin).
30. Dez. Afrika: Einfall der Bande Jamesons in Transvaal.

1896 18. Jan. Deutsches Reich: Feier seines 25jährigen Bestehens.
11. Febr. Bulgarien: Fürst vom Sultan anerkannt.
14. Febr. Bulgarien: Thronfolger orthodox getauft.
1. März. Italien: Niederlage bei Abua.
1. Mai. Persien: Schah ermordet.
2. Mai. Österreich-Ungarn: Ungarische Milleniumsfeier beginnt.
7. Mai. Österreich: Wahlreform.
20. Juni. Frankreich: Madagaskar französische Kolonie.
29. Juni. Spanien: Aufstand in Cuba: neue Verstärkungen.
7. Juli. Deutschland: Bürgerliches Gesetzbuch im Reichstag angenommen.
23. Juli. Deutschland: Kanonenboot Iltis untergegangen.
August. Afrika: Zanzibar. Thronwechsel, englisches Bombardement.

1896 27./28. Sept. Österreich-Ungarn-Rumänien: Eröffnung des Kanals am eisernen Thor, Besuch des Kaisers Franz Josef in Bukarest.
5./9. Okt. Rußland-Frankreich: Besuch des russischen Kaiserpaars.
26. Okt. Italien-Abessinien: Friede geschlossen.
Nov. Deutschland: Strike der Hafenarbeiter in Hamburg.
2. Dez. Vereinigte Staaten: M'Kinley Präsident.

1897 Januar. Türkei: Aufstand u. Krieg auf der Insel Kreta.
16. Febr. General Vassos landet mit griechischen Truppen auf Kreta.
März. Türkei-Griechenland: Die Großmächte schreiten ein.
18. März. Türkei: Die Pforte gesteht Kreta die Autonomie zu.
5. April. Österreich-Ungarn: Sprachenverordnungen für Böhmen und Mähren.
18. April. Türkei: Erklärt Krieg an Griechenland.
6. Mai. Türkei-Griechenland: Niederlage der Griechen in Thessalien.
19. Mai. Waffenstillstand.
19. Juni. Großbritannien: Die Jubelfeier der Königin beginnt.
24. Juli. Deutsches Reich: Vereinsgesetznovelle (Preußen) abgelehnt.
8. Aug. Spanien: Ministerpräsident Canovas ermordet.
23. Aug. Rußland-Frankreich: Besuch des Präsidenten Faure in Petersburg.
18. Sept. Türkei-Griechenland: Präliminarfriede unterzeichnet.
26. Oktbr. Spanien-Vereinigte Staaten: die kubanische Frage.
14. Nov. Deutsches Reich-China: Kiautschou besetzt.
28. Nov. Österreich-Ungarn: Rücktritt Badenis.
4. Dez. Türkei-Griechenland: Friede unterzeichnet.
6. Dez. Deutsches Reich: Flottenvorlage vor dem Reichstag.
18. Dez. Rußland-China: Russische Flotte in Port Arthur.
25. Dez. Afrika: Cassala durch die Ägypter besetzt
Ende Dezember. Deutsches Reich-China: Vertrag über Kiautschou.

1898 Frankreich: Prozeß Dreyfus.
26. März. Deutschland: Flottenvorlage im Reichstag angenommen.
20. April. Krieg um Kuba zwischen Spanien und den Vereinigten Staaten.
25. April. Rußland-Japan: Vertrag über Korea.
1. Mai. Seeschlacht bei Cavite (Philippinen).
7—9. Mai. Italien: Unruhen in Mailand.
6. Juni. Türkei: Die türkischen Truppen räumen Thessalien.
3. Juli. Spanien - Vereinigte Staaten: Spanische Flotte bei Santjago (Kuba) vernichtet. 14. Santjago genommen.
10. Juli. Frankreich - Ägypten: Marchand besetzt Fachoda.
30. Juli. Deutschland: Tod des Fürsten Bismarck.
13. Aug. Manila (Philippinen) fällt.
29. Aug. Russischer Vorschlag allgemeiner Abrüstung.
31. Aug. Niederlande: Thronbesteigung der Königin Wilhelmina.
3. Sept. Ägypten (England): Kitchener siegt bei Omdurman.
10. Sept. Kaiserin Elisabeth von Österreich in Genf ermordet.
Oktober. China: Europäische Truppen zum Schutz der Gesandtschaften in Peking.
12. Okt. Deutsches Reich-Türkei: Orientreise des Kaisers und der Kaiserin.
21. Nov. Frankreich-Italien: Abschluß eines Handelsvertrages.
26. Nov. Türkei - Griechenland: Prinz Georg Gouverneur von Kreta.
2. Dez. Österreich: 50. Jahrestag der Thronbesteigung des Kaisers Franz Joseph.
10. Dez. Vereinigte Staaten-Spanien: Friedensschluß.
19. Dez. Großbritannien-Frankreich: Die Franzosen räumen Fachoda.

1899 12. Febr. Deutschland-Spanien: Die Karolinen für Deutschland erworben.
18. Febr. Frankreich: Loubet Präsident.
21. März. Großbritannien-Frankreich: Vertrag über die Abgrenzung des beiderseitigen Interessengebiets im Sudan und Nigergebiet.
18. Mai. Holland: Friedenskonferenz im Haag.
Juni. Großbritannien-Südafrika: Britische Truppensendungen beginnen.
7. Aug. Frankreich: Dreyfusprozeß wiederaufgenommen.
19. Aug. Deutsches Reich, Preußen: Kanalvorlage im Abgeordnetenhause abgelehnt.
10. Okt. Großbritannien - Südafrika: Ultimatum der Buren, von England abgelehnt: Krieg.
November u. Dezember. Wiederholte Niederlagen der Engländer gegen die Buren des Transvaal und des Oraniefreistaats am Modderriver, bei Stormberg, Magersfontein und am Tugela.
2. Dez. Großbritannien-Deutschland-Vereinigte Staaten: Vertrag über die Samoainseln.

1900 25. Jan. Deutsches Reich: Neue Flottenvorlage im Reichstag vorgelegt.
5. Febr. Großbritannien - Vereinigte Staaten: Vertrag über den Nicaragua-Kanal.
27. Febr. Südafrika: Niederlage der Buren, Kapitulation Cronjes.
März. China: Boxeraufstand breitet sich aus.
14. April. Frankreich: Weltausstellung in Paris eröffnet.
28. Mai. Großbritannien: Annexion des Oranie-Freistaats.
5. Juni. Südafrika: Engländer unter Lord Roberts in Prätoria.
12. Juni. Deutschland: Annahme der Flottenvorlage.
18. Juni. Ermordung des deutschen Gesandten in Peking. Die

Gesandten der Mächte in Peking belagert.

1900 Juni. China: Koalition der Mächte. Beschießung der Takuforts.

29. Juli. Italien: König Humbert in Monza ermordet.

15. Aug. China: Einrücken der gemeinsamen internationalen Truppen in Peking. Befreiung der Gesandten.

3. Sept. Großbritannien: Annexion der Südafrikanischen Republik.

4. Sept. Haager Friedenskonferenz geschlossen.

16. Okt. Großbritannien-Deutschland: Vertrag über China.

17. Okt. Deutsches Reich: von Bülow Reichskanzler.

1901 7. Jan. England: Königin Viktoria †. Eduard VII.

23. Febr. Großbritannien-Deutsches Reich: Abgrenzungsvertrag über Ostafrika.

30. März. Frankreich: Vereinsgesetz in der Kammer angenommen.

27. Mai. China bewilligt die Forderungen der Mächte.

8. Aug. Heimkehr Waldersees.

11. Aug. Italien: Crispi †.

4. Sept. Deutschland-China: Prinz Tschun in Berlin.

7. Sept. Chinesisches Friedensprotokoll unterzeichnet.

14. Sept. Vereinigte Staaten: Präsident M'Kinley (Attentat auf ihn am 6.) †. Roosevelt Präsident.

18./21. Sept. Rußland-Frankreich: Der Zar in Paris.

21. Okt.: Panamerikanischer Kongreß in Mexiko.

12. Nov. Frankreich-Türkei: Konflikt beigelegt.

Dezember. England: Krieg in Südafrika dauert fort, englische Niederlagen.

1902 13. Jan. Preußen: Bülows Programmrede über Polenpolitik.

30. Jan. England-Japan: Bündnisvertrag über ostasiatische Politik.

1902 23. Febr. Deutschland-Vereinigte Staaten: Besuch des Prinzen Heinrich von Preußen.

8. April. Rußland-China: Russen in der Mandschurei.

23. April. Vereinigte Staaten: Vertrag mit Kolumbien über den Panamakanal.

8. Mai. Mittelamerika: Erdbeben auf Martinique.

17. Mai. Spanien: König Alfons XIII. mündig.

20./23. Mai. Rußland-Frankreich: Präsident Loubets Besuch in Petersburg.

31. Mai. England und Transvaal: Friede.

7. Juni. Deutsches Reich: Diktaturparagraph für Elsaß-Lothringen aufgehoben.

13. Juni. Rußland: Sprachverordnungen für Finnland.

28. Juni. Deutsches Reich, Österreich-Ungarn, Italien: Dreibund erneuert.

10./11. Aug. Bayern: Zentrum streicht am Kultusetat. Telegramm des Kaisers an den Prinzregenten.

27./31. Aug. Besuch des Königs von Italien in Berlin.

September. Türkei: russische Torpedoboote passieren die Dardanellen.

23. Sept. Kundgebung d. Papstes über christliche Demokratie.

Oktober. Türkei: Unruhen und Kämpfe in Makedonien.

14. Okt. Südsee: Schiedsspruch des Königs von Schweden über Samoa.

November. Afrika: Aufstand in Marokko.

23. Nov. Deutschland und England gegen Venezuela.

5. Dez. Deutschland: Vertrag mit Kurie über katholisch-theologische Fakultät in Straßburg.

14. Dez. Deutschland: der Zolltarif im Reichstag angenommen.

1903 Februar. Wendung im Streit europäischer Mächte (Deutschland, England, Italien) mit Venezuela.

1903 18. Febr. Deutschland: Ministerwechsel in Bayern.
18. Febr. Türkei: Unruhen in Makedonien.
März. Türkei: Bulgarische Banden in Makedonien.
6./10. April. Niederlande: Großer Ausstand der Eisenbahnbediensteten.
19. April. Rußland: Judenverfolgung in Kischinew.
15. Mai. Großbritannien: Chamberlain, neue Zollpolitik angekündigt.
11. Juni. Serbien: Königspaar ermordet.
15. Juni. Serbien: Königswahl.
6./9. Juli. Frankreich-England: Präsident Loubets Besuch in England.

1903 20. Juli. Papst Leo XIII. †.
4. Aug. Pius X. gewählt.
15./17. Sept. Großbritannien: Ministerwechsel.
3. Okt. Pius X. erste Enzyklika.
5./22. Okt. Österreich-Ungarn, Rußland: Reformverlangen an Pforte.
14. Okt. Großbritannien-Frankreich: Schiedsgerichtsvertrag.
30. Okt. Ungarn: Kabinett Tisza.
November. Amerika: Panama los von Kolumbien.
18. Nov. Amerika: Vertrag über den Kanal: der Vereinigten Staaten mit Panama.
25. Dez. Frankreich-Italien Schiedsgerichtsvertrag.

Register

zu der

Geschichte der neuesten Zeit.

Band I—IV.

Von 1815 bis zur Gegenwart.

(Band XVI—XIX von Schlossers Weltgeschichte.)

Zur gefälligen Beachtung

In dieser Abteilung geben die römischen Bandziffern den betreffenden Band der „Geschichte der neuesten Zeit" an, so daß

I	bedeutet: „Geschichte der neuesten Zeit"			Bd. I =	Weltgeschichte	Bd.	XVI.
II	„	—	—	—	II =	—	„ XVII.
III	„	—	—	—	III =	—	„ XVIII.
IV	„	—	—	—	IV =	—	„ XIX.

A

Die römiſche Ziffer gibt den Band, die arabiſche die Seitenzahl an. Alle Jahreszahlen ſtehen in Klammern.

Aachen, der Kongreß zu (1818) I, 45. 51. 61. 74 f. Friede (1668) IV, 320.
Abälard 299.
Abbas Paſcha, Vizekönig von Ägypten (1848) II, 174. IV, 247.
Abchaſen, die, Gebirgsvolk am Schwarzen Meere II, 208 f.
Abdallah Paſcha, Satrap von Syrien (1831) I, 403.
Abdel Kader, Emir von Maskara, Marabut in Algier, Gegner der Franzoſen (1835—1847) I, 463. 470 f. 541. 561. 563 f. 572 f. In Syrien II, 423.
Abd er Rahman, Sultan von Marokko (—1859) II, 407.
Abd ul Aſis, Sultan der Osmanen (1861—1876) II, 422 f. 425. III, 73. 178 f. Sein Tod (1876) IV, 123. 125.
Abd ul Hamid, desgl. (ſeit 1876) IV, 126. 143—148. 192. 237.
Abd ul Kerim, türkiſcher General (1876) IV, 126. 129. 131.
Abd ul Medſchid, Sultan der Osmanen (1839—1861) I, 529 bis 535. 558. II, 174—177. 192 f. 206. 209. 212. 332. 422 f.
Abel, von, bayriſcher Miniſter (1837—1847) I, 350 f. 506 f. Legationsrat, Regent in Griechenland (1833) 386.
Aberdeen, Lord, engl. Miniſter (1830—1855) I, 171. 308. 486. 518. II, 194 f. 197. 206. 238 f.
Abeſſinien, Land in Afrika II, 547. Die engliſche Expedition (1868) III, 166—168.
Abgeordnetenhaus, das preußiſche. Entſtehen (1850) II, 296.
Abgeordnetentag, deutſcher (1862) II, 515.
Abispal, Graf von, ſ. O'Donnell.
Ablis, Überfall von (1870) III, 390.
Abolitioniſtiſche Partei, die, in Nordamerika (1860) II, 569 f.
Abrahamowitſch, Präſident des öſterreichiſchen Reichsrats IV, 198.
Achmed-Schah, Herrſcher von Afghaniſtan (1747) I, 526 f.
— Paſcha, Gouverneur von Damaskus (1860) II, 423.
Acoſta, ſpan. Kriegsminiſter (1873) IV, 94.
Actium, Schlacht bei (31 v. Chr.) IV, 281.
Adalbert, Prinz von Bayern, Bruder König Ottos von Griechenland II, 178.
— Prinz von Preußen, Admiral der preuß. Flotte (1862) II, 521.
Adams, Geſandter der Vereinigten Staaten in London (1867) III, 168.
Adighe, die, ſ. Tſcherkeſſen.
Adolf, letzter Herzog von Naſſau (—1866) II, 365. 462. 477 f. III, 33. 220. IV, 269.
Adrianopel. Im ruſſiſch-türkiſchen Kriege (1828) I, 164. 166 f. Friede zu A. (1829) 169—172. 408.
Aeterni patris, päpſtliche Bulle (1868) III, 211.
Affre, Erzbiſchof von Paris (1848) II, 99 f.
Afghaniſtan. Engliſcher und ruſſiſcher Einfluß (1837—1843) I, 526 f. II, 240. III, 168. Sieg der Engländer in A. (1885) IV, 164.
Afrika, Zuſtände in (1859—1863) II, 545—548. (1888—1900) IV, 247. 248.

Agende, die preußische (1822) I, 339.
Agliardi, päpstlicher Nuntius in Wien IV, 201.
Agnozzi, Monsignore, päpstlicher Nuntius in der Schweiz IV, 113.
Agram, kroatischer Landtag zu (1861) II, 456 f.
Agrarier in Deutschland IV, 177 bis 178.
Aguinaldo, Führer der Aufständischen auf Luzon IV, 264.
Ägypten. Zur Zeit Mehemed-Alis und des türkisch-griechischen Krieges (1823—1825) I, 145—148. 170 f. Krieg mit der Türkei (1831—1841) 402—410. 528—532. 558. Stellung zur Pforte (1848) II, 174 f. Die Durchstechung der Landenge von Suez (1859) 547. Verhältnis zur Türkei (Eröffnung des Suezkanals) (1866—1869) III, 74. 176—178. IV, 89. 115. 121. Die ägyptische Frage (1882—1885) IV, 146—148. Ferner 164. 165. (1888 bis 1900) IV, 222. 232. 247. 253.
Akademie, die ionische, auf der Insel Korfu (647te Olympiade 1809) I, 134.
Akhbar, Sohn des Chan Dost Mohammed von Kabul (1841) I, 527.
Akjerman, Vertrag von (1826) I, 156 f. 162. 169.
Akka (St.-Jean d'Acre), im türkisch-ägyptischen Kriege (1831—1833) I, 403—407.
Alabamafrage, die, zwischen England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1867) III, 168 f. IV, 87.
Alacoque, Marie, Nonne IV, 58. 103.
Alba, Herzog, IV, 315.
Albani, Kardinal (1831) I, 422 f.
Albanien und die Albanesen IV, 144 f.
Albert, Prinz von Sachsen-Koburg, Gatte der Königin Viktoria von England (1840—1861) I, 517. II, 9 f. 246. 269. Sein Tod (1861) 539.
— Kronprinz von Sachsen (1866) III, 119. Befehlshaber des 12. deutschen Armeekorps (1870) 303. Oberfeldherr der Maas-Armee 331. 342 f. 377.
Albert, Arbeiter, Mitglied der provisorischen Regierung Frankreichs (1848) II, 87, 96.
Albert Amadeus, Herzog von Genua, designierter König von Sizilien, Bruder Viktor Emanuels (1848) II, 143.
Albert Eduard, Prinz von Wales, englischer Thronfolger (geb. 1841) I, 517. III, 254. IV, 84. 87. 88.
Albigenser IV, 300.
Albrecht, preußischer Prinz, Regent von Braunschweig (1886) IV, 158.
— österr. Erzherzog, Feldmarschall (1849—1866) II, 156. Zivil- und Militärgouverneur von Ungarn 343. 359. 367. Feldherr in Italien (1866) III, 112 f., in Böhmen 134 f. 187.
— Professor in Göttingen (1837) I, 330.
Alcolea, Gefecht bei der Brücke von, in Spanien (1868) III, 270.
Aleko Pascha, Fürst Alexander Vogorides, christl. Gouverneur von Ostrumelien (1879) IV, 192.
Alemannen IV, 288.
Alessandria, die sardinische Festung, im österreichisch-italienisch-französischen Kriege (1859) II, 360 f.
Alexander der Große IV, 278. 279.
Alexander I., Kaiser von Rußland (1801—1825). Zur Zeit des Wiener Kongresses I, 13. 24. 69. 74., der Restauration 100—106., der Revolutionen und Reaktionen 117 f. 121. 134—137., der Griechenfrage 140. Sein Tod (1825) 148 f. Ferner 150 f. 154 f. 163. 172. 387. 390. II. 335. 430. 442.
— II., desgl. (1855—1881). Zur Zeit des Krimkrieges II, 207. 210. Zusammenkunft mit Napoleon III. in Stuttgart 230. Seine Reformen, Aufhebung der Leibeigenschaft 334 bis 339. Warschauer Zusammenkunft (1860) 400. 429 f. In der Polenfrage 430—440. 441 f. Russifizierung Polens III, 74—77. Bauernemanzipation 77 f. 108. 172. 198. Attentat in Paris (1867) 170. 254. 317. 408. Dreikaiserbündnis (1872) IV, 38. 63. 81—84. Die orientalische Frage und der russisch-türkische Krieg (1875—1878) IV, 120. 126. 132. 133.

135. Zusammenkunft zu Alexandrowo (1879) III, 150. Sein Tod (1881) IV, 151.
Alexander III., Kaiser von Rußland (1881—1894) IV, 151. 224. 225. 228.
Alexander, König von Serbien (1889—1903) IV, 229. 230.
— Prinz von Battenberg, Fürst von Bulgarien (1879—1886) IV, 142. 149.
— Prinz von Hessen, Feldherr des deutschen 8. Bundesarmeekorps (1866) III, 116 f. 139.
Alexander VI., Papst IV, 329.
Alexander, Bischof IV, 288.
Alexandra Feodorowna, Prinzessin Charlotte von Preußen, Kaiserin von Rußland (1817) I, 149. II, 263.
Alexandrien, Bombardement von (1882) IV, 147.
Alexandrowo, Zusammenkunft zu (1879) IV, 150.
Alexinatz, Gefechte bei der serbischen Festung (1876) IV, 126.
Alfons XII., König von Spanien (1875 bis 1885), als Prinz von Asturien II, 267. IV, 168. 262.
— spanischer Infant, Karlist (1874) IV, 77. 99, als König 97. 154. 168.
Alfred, Sohn der Königin Viktoria von England II, 428.
Algier. Wird von Frankreich erobert (1830) I, 254. 260—265. Zur Zeit Abd el Kaders (1835—1837) 463. 471. 560 f. 572 f. Kolonisationswerk der Franzosen II, 235. 546 f. (1881) IV, 146, 253.
Algreen-Ussing, Bürgermeister von Kopenhagen (1844) I, 511.
Alhama, span. Protestant (1861) II, 408.
Ali, Pascha von Janina. (1812 bis 1822) I, 133. 135. 142 f.
— Pascha, Großwesir, türkischer Bevollmächtigter auf dem Kongreß zu Paris (1856) II, 211.
Alibaud [Attentat auf Ludwig Philipp in Paris (1836)] I, 465.
Allianz, die Heilige, zwischen den Monarchen von Rußland, Österreich und Preußen (1815) I, 23 f. 29. 59. 61. 74 f. 85. 100—109. 128. 132 f. 152. 172 f. 179. 326. 409. 463. 476. 539. II, 3.
Alma, Schlacht an der (1854) II, 203.
Almonte, mexikanischer Gesandter in Paris, General (1862—1864) II, 557—561.
Alnor, Gefecht bei (1864) III, 19.
Alsen, Übergang der Preußen nach der Insel (1864) III, 19 f. 22 f.
Altenstein, Freiherr Karl v., preußischer Minister (1817—1840) I, 341. 347. 492.
Althorp, Lord, englischer Minister (1830—1833) I, 353. 364. 367.
Altkatholizismus, der, in Deutschland (1871) IV, 12—14. 17—20. 24. 34. 36. 85. 107. 188. 201. Das Altkatholikengesetz (1871—1875) IV, 31. Kongreß zu Olten (1873) IV, 112, Staatskatholizismus (1874 bis 1876) 113.
Alttschechen IV, 196.
Alvensleben, v., preußischer Bevollmächtigter in Wien (1834) I, 326.
— I., v., Befehlshaber des 4. deutschen Armeekorps (1870) III, 303. 386.
— II., v., Befehlshaber des 3. deutschen Armeekorps (1870) III, 303. 323 f. 401.
Amadeus, Ferdinand, Herzog von Aosta, span. Kronprätendent (1870) III, 272. König Amadeo I. von Spanien (1870—1873) IV, 89—93.
Amalie, Prinzessin von Oldenburg, Königin von Griechenland (1837) I, 387.
Amarante, Graf, Marquis von Chaves, portugiesischer General (1820—1827) I, 89. 129 f. 225—227.
Amerika IV, 257—266. Entdeckung 307. 308.
Amiens, Einnahme von (1870) III, 406 f.
Amorevieta, Konvention von (1872) IV, 92.
Anam, das Reich, in Hinterindien, fällt an Frankreich (1862) II, 548. (1893) IV, 256. Krieg mit Frankreich (1883) IV, 163.
Anarchisten IV, 181.
Anaya, Präsident von Mexiko (1847) II, 554.
Ancillon, preußischer Legationsrat (1817) I, 61. Minister (1834) 326.
Ancona, die Franzosen in (1832 bis 1838) I, 423. 425. 450. 473.

Anderson, nordamerikan. Major (1861) II, 570 f.
Andrássy, Graf Julius, ungarischer Magnat (1860) II, 447. Ungarischer Ministerpräsident (1867) III, 190. 195. 205. Österreichischer Reichskanzler (1871—1879) IV, 73 f. 77. 80. Die Andrássysche Note (1876) IV, 123. Das Berliner Memorandum IV, 123.
Andrian, Frhr. v., österreichischer Schriftsteller (1841) I, 498 f.
Anethan, d', Baron, belgischer Minister (1870—1871) III, 182. IV, 108.
Angelsachsen IV, 295.
Angola IV, 253.
Angoulême, Herzog von, Sohn Karls X. von Frankreich (1815 bis 1830) I, 68. 77. 122. 124—127. 130. 277. 288—291.
— Herzogin von, Tochter Ludwigs XVI. von Frankreich, Gattin des vorigen (1815—1830) I, 68. 72. 274. 281. 288.
Antietam, Schlacht am (1862) II, 577.
Antivari, der Seehafen, fällt an Montenegro (1878) IV, 135.
Anton, König von Sachsen (1827 bis 1836) I, 204. 317.
— Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen I, 503 f. S. a. Karl Anton.
— Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen (1866) III, 131.
— Herzog von Montpensier, siehe Montpensier.
Antonelli, Jakob, Kardinal, Staatssekretär Papst Pius' IX. (1849 bis 1876) II, 159. 254. 384. 396. III, 100. 210. Sein Tod (1876) IV, 103.
Antwerpen, die Festung, im Kriege zwischen Holland und Belgien (1832) I, 312 f. 455.
Anviti, Oberst in Parma II, 377.
Aosta, Herzog von, s. Amadeus.
Apollon, griechische Zeitung (1830) I, 381.
Appel, österreichischer General (1849) II, 156.
Appomattox Courthouse, Kapitulation von (1865) III, 147.
Apponyi, Graf, österreichischer Gesandter in Paris I, 437.
— Graf, ungarischer Magnat II, 447.
Aquila, Graf von, Bruder Ferdinands II. von Neapel (1848) I, 553.
Araber in Italien IV, 294. 295.
Arabi Bei, ägyptischer Oberst (1881) IV, 147.
Arago, Emanuel, französischer Deputierter, Mitglied der französischen Regierung (1870) III, 276. 278. 337. 363. 399. 426.
— Etienne, Astronom (1830) I, 270. Mitglied der provisorischen Regierung zu Paris (1848) 575. 583 f. II, 87. 92. 94. 98.
Arbeiterschutzkonferenz (1890) IV, 179.
Arbeiterwelt, Agitationen unter der, (1868) III, 241. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein (1875 u. 1876) 475. S. a. Sozialdemokratie.
Arbues, Pedro v., spanischer Inquisitor, Ketzerrichter in Saragossa (1483), kononisiert (1867) III, 211.
Arcos de la Frontera, Überfall von (1819) I, 86.
Argentinien IV, 258.
Argos, Natonalversammlung zu (1829) I, 170 f., ferner 382—384.
Argout, Graf d', französischer Pair (1830) I, 273 f. 277 f. Minister (1832) 454. 459. 464.
Arguelles, spanischer Minister (1821) I, 115.
Aristoteles IV, 278.
Arius, Presbyter von Antiochien IV, 287.
Armansperg, Graf, griechischer Regentschaftsrat (1833) I, 386.
Armeereorganisation, die, in Preußen (1860) II, 483 f.
Armenien, fällt an Rußland (1827) I, 162. 167. (1877) IV, 130. (1888 bis 1890) IV, 232.
Armenwesen, das englische (1832 bis 1837) I, 365 f. 378.
Arnaud, Jacques Leroy de Saint-, s. Saint-Arnaud.
Arndt, Ernst Moritz, deutscher Dichter und Patriot (1769—1860) I, 42. 64. Professor in Bonn 479. 502.
Arnim, Heinrich Alex. Frhr. v., preußischer Minister (1848) II, 19.
Arnim, v., deutscher Romantiker IV, 338.

Arnim, Graf Harry v., preußischer Gesandter in Rom und Paris (1870 bis 1876) III, 372. IV, 38.
Arnim-Boitzenburg, Graf, preuß. Abgeordneter (1862) II, 505 f. III, 26.
Arnold, Kirchenhistoriker IV, 326.
Arnoldi, Bischof von Trier, und der heilige Rock (1844) I, 496.
Arteaga, mexikanischer General (1865) III, 154.
Artenay, Schlacht bei (1870) III, 389.
Artois, Graf v., Bruder Ludwigs XVI. von Frankreich, siehe Karl X.
Ärzte, die Wanderversammlungen der deutschen, und Naturforscher (1828) I, 219. In Italien (1839 bis 1844) 547.
Aschaffenburg, Gefecht bei (1866) III, 140.
Aschantis, Kampf der, in Afrika, mit den Engländern (1873) IV, 88. 253.
Asien, der russisch-türkische Krieg in (1828) I, 164. 168. 169. Zustände (1859—1863) II, 548—551. Zur Zeit des russisch-türkischen Krieges (1875—1878) III, 572. 574. 577 f. IV, 130. 132. 135. 254—256.
Aspre, d', österreichischer General (1849) II, 142. 156. 162.
Aspromonte, Gefecht bei (1862) II, 406.
Asseiceira, Schlacht auf den Höhen von (1834) I, 430.
Assoziation, die katholische, in Irland (1823) I, 190 f. Die internationale A., europäischer Arbeiterbund (1864) III, 163.
Athanasius, Diakon IV, 288.
Athen und die Akropolis zur Zeit des türkisch-griechischen Krieges (1822—1825) I, 143—145. Hauptstadt des neuen griechischen Königreichs (1834) 386. IV, 276. 277.
Atlanta, Waffenplatz im nordamerikanischen Bürgerkriege (1864) II, 581.
Atschin, das malaiische Königreich auf Sumatra und der Krieg mit Holland (1873 u. 1874) IV, 107 f.
Attwood, englisches Parlamentsmitglied (1839) I, 376.
Atwell, englischer Offizier in Kars (1855) II, 209.
Auckland, Lord, Generalgouverneur von Ostindien (1839) I, 572.
Auersperg, Graf, österreichischer General (1848) II, 42.
— Fürst Adolf, cisleithanisch-österreichischer Ministerpräsident (1872 bis 1878) IV, 74. 153.
— Fürst Karlos, österreichischer Ministerpräsident (1868—1869) III, 196. 201.
Auerswald, Rudolf v., preußischer Edelmann (1847) I, 480. 488. Minister (1848) II, 19. 48. (1858 bis 1862) 329. 496.
— v., preußischer General, Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 32.
Augsburger Allgemeine Zeitung, die (1850—1866) II, 342. 345. 358 f. 461. III, 111. 119.
August, Prinz von Württemberg, preußischer General (1866) III, 123. Führer des preußischen Gardekorps (1870) 302 f. 328. 386.
Augustin I. (Iturbide), Kaiser von Mexiko (1822) I, 181. II, 554.
Augustenburg, die Linie Schleswig-Holstein-Sonderburg-, in den Herzogtümern (1846) I, 510 f. (1863) II, 535. Nach dem Tode König Friedrichs VII. von Dänemark bis zum Ausbruche des deutsch-dänischen Krieges (1863—1864) III, 6—17. Stellung des Herzogs von A. zu Preußen, Österreich und dem Deutschen Bunde (1864—1866) 26 f. 30. 35. 41. 45. 52.
Augustus, römischer Kaiser IV, 281. 282. 283. 293.
Aumale, Henri Eugen Louis Philippe, Herzog von, Sohn König Louis Philippes (1841 bis 1848) I, 560 f. 573. II, 88. (1871) IV, 49.
Aupik, französischer General, Gesandter in Konstantinopel (1850) II, 176.
Aurelles de Paladine, französischer General (1870) III, 389. 401. 403 f. 411.
Austrägalinstanz, die, zur Zeit des Deutschen Bundes (1815) I, 40 f. (1864) III, 37.
Australien, Zustände in (1845 bis 1863) II, 544 f. IV, 246.

Auswanderung, die, nach Amerika (1826) I, 187 f., nach Australien (1840) 524.
Avaren IV, 292. 293.
Avellan, russischer Admiral IV, 219.
Avni Hussein Pascha, türkischer Kriegsminister (1876) IV, 125.
Avron, Mont, Erstürmung des, bei Paris (1870) III, 414.
Awliar, Schlacht am Berge (1877) IV, 132.
Aymerich, General, spanischer Minister (1825) I, 222.
Ayuntamientos, die, in Spanien (1841) I, 542.
Azeglio, Massimo d', Marchese, sardinischer Minister (1849) II, 256. 259. Kommissar in der Romagna (1863) 357. 382 f.

B

Baber, die Familie der indischen Großmoguls aus Timurs Hause (1857) II, 244 f.
Bach, Alexander v., österreichischer Minister (1848—1859) II, 36. 46. 180. 341. 444.
Baden, das Großherzogtum. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 19 f., des Deutschen Bundes (1815—1830) 39. 50 f. 65. 205. 218 f. Zur Zeit der neuen (Hochbergschen) Dynastie (1830) 319 f. 327 f. 336 f. Zur Zeit der Revolution (1848 u. 1849) II, 11, 13 f. 21—23. 32 f. 61—66. 74. 110. Zustände (1852—1857) 289 f. 354. (1859—1863) 470—473. 520. (1863 bis 1866) III, 33. Während des deutschen Krieges (1866) 109. 142 bis 144. 185. (1866—1870) 232. 234. 238. 242. 248. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) 295. 302 f. 307. 311. 332. 382. 408 f. 420. IV, 7. 29. 160. 197. 198. 199.
Baden-Baden, Zusammenkunft in (1860) II, 412. 482. III, 280. Aufhebung der Spielpacht (1863) II, 472. Attentat auf König Wilhelm von Preußen zu B. (1861) 493.
Bahadur, letzter Großmogul von Delhi (1857) II, 244.
Baker, englischer Afrikareisender III, 177.
Bakunin, russischer Flüchtling II, 61.
Balaklava, Gefecht bei (1854) II, 204.
Balbo, Prospero, sardinischer Minister (1820) I, 92.
— Graf Cesare, desgl. (1848—1852) II, 131. 259.
Baldasseroni, toskanischer Minister (1855) II, 254.
Ballesteros, spanischer General (1815—1823) I, 86. 126.
Balta Liman, die Akte von (1849) II, 173 f.
Baltischen Provinzen, die, Rußlands (1868—1876) III, 171 f. IV, 82.
Bamberg, Konferenzen zu (1854) II, 200. 277 f. 284 f. (1863) III, 52. (1868) 241.
Bamberger, Ludwig, Schriftsteller und Mitglied des Deutschen Reichstages (seit 1868) II, 508. III, 238. 248.
Bancel, französischer Deputierter (1869) III, 259.
Bandiera, österreichischer General (1840) I. 532.
Banffy, ungarischer Minister IV. 200. 201.
Bankgesetz, das deutsche (1875) und die Reichsbank III, 173. IV, 30.
Bapaume, Schlacht bei (1871) III, 417.
Baraguay d'Hilliers, Graf Achille, französischer Marschall (1859) II, 361. 368.
Baratieri, italienischer General IV, 207.
Barbareskenstaaten, die, in Nordafrika, und ihre Kämpfe mit Frankreich (1830) I, 260—263.
Barbé-Marbois, Graf, französischer Minister (1815) I, 69.
Barbès, Armand, französischer Sozialist (1838—1848) I, 475. II, 91. 95 f.
Barbieri, päpstlicher Oberst (1831) I, 422.
Barcelona, Aufstand zu (1842) I, 542.
Barclay & Perkins, Bierbrauerei in London II, 182.
Bardeleben, Kurt v., preußischer Landrat (1840) I, 480.

Bardeleben, v., preußischer General (1857) II, 327.
Bardoux, französischer Minister (1877) IV, 67.
Barnard, englischer General (1857) II, 244.
Barnum, Amerikaner, Prototyp des Humbugs II, 228.
Baroche, französischer Minister (1850) II, 114. 116. (1870) III, 365.
Barodet, Maire von Lyon, französischer Deputierter (1873) IV, 55.
Barrot, Odilon, französischer Deputierter und Minister (1830—1852) I, 282 f. 289 f. 442. 448. 455. 474. 565. 570. 575. 578 f. 582. II, 94. 105 f. 108 f. 111. 121.
Barthe, französischer Minister (1830) I, 442. 454. 459.
Barthélemy Saint-Hilaire, französischer Kabinettschef (1871) III, 441.
Barukfehis, die Familie, in Kabul I, 527.
Basel, Revolution im Kanton (1831) I, 414—416. Konzil IV, 306.
Basken, die, zur Zeit der spanischen Revolution (1823) I, 125.
Bassano, Herzog von, s. Maret.
Bassermann, Unterstaatssekretär der deutschen Reichsregierung (1848) II, 52.
Bastide, französischer Minister (1848) II, 133. 145.
Basutos IV, 249.
Batbie, französischer Deputierter (1873) IV, 53.
Battenberg, Prinz IV, 174.
Batthyany, Graf Ludwig, ungarischer Minister (1848—1849) II, 34. 182.
Bau, Gefecht bei (1848) II, 29.
Baude, Herausgeber der französischen Zeitung „Temps" (1830) I, 267. 276.
— Pariser Polizeipräfekt (1831) I, 442.
Baudin, französischer Deputierter (1851) II, 122. III, 258.
— Charles, französischer Admiral (1849) II, 144.
Bäuerle, österreichischer Schriftsteller I, 498.
Bauernemanzipation, die russische (1863—1866) III, 77 f.
Baumgarten, Michael, Professor der Theologie zu Rostock (1857) II, 283.
Baur, Ferdinand Christian, deutscher Theolog (1831) I, 342. II, 291.
Baurschmid, hannöverscher Geistlicher II, 480.
Bava, sardinischer General (1848) II, 141.
Bayern, das Königreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 14 f. 19—21., der Restauration (1815 bis 1820) 39 f. 50—52. 63. 94. 113. Zur Zeit Ludwigs I. (1825—1848) 207—210. 219. 318 f. 322 f. 327. 336 f. 350 f. Griechische Angelegenheiten 152. 384—387. Wirren (1846) 506 f. Zur Zeit Maximilians II. (1848—1864) II, 12. 73—75. 80. 83. 86. 279. 284 f. Zur Zeit des französisch-österreichisch-italienisch. Krieges (1859) 358. 366. 399. Zustände (1859—1863) 466 f. 517 f. 520. 523. Zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1864) III, 12. 16. Unter Ludwig II. (1864—1886) 33—35. 93 f. Zur Zeit des deutschen Krieges (1866) 108—110. 116 bis 119. 138—140. 142. 144. Zustände (1866—1870) 229. 232—235. 238. 244 f. 248. Im deutsch-französischen Kriege (1870) 295—297. 302 f. 307—311. 343. 346—351. 378. 386. 389. 402 f. 409. Zustände (1871 bis 1877) IV, 5. 7 f. 13 f. 27. 31. 34. 36. (1880) 160.
Bazaine, französischer General, in Mexiko (1863—1867) II, 560 f. Marschall III, 154. 156. 293. Kommandant des 3. französischen Armeekorps (1870) 300. 314 f. Oberbefehlshaber der französischen Rheinarmee und die drei Schlachten um Metz 321—331. In Metz eingeschlossen 333—338. 340 f. 344. 347. 356—358. 390—395. Sein Prozeß (1873) IV, 57.
Baze, französischer Deputierter (1851) II, 121.
Bazeilles, Kampf um (1870) III, 348 f.
Beaconsfield, Lord, s. Disraeli.
Beaufort d'Hautpoul, französischer General (1860) II, 424.

Beauharnais, Eugen, Vizekönig von Italien, Herzog von Leuchtenberg I, 174. 309. 430.
— Hortense, Königin von Holland, Mutter Kaiser Napoleons III. I, 468. II, 214.
— Josephine, Kaiserin der Franzosen III, 275.
— Stephanie, Großherzogin von Baden III, 275.
Beaumont, Schlacht bei (1870) III, 345. 348.
Beaune la Rolande, Schlacht bei (1870) III, 402.
Beauregard, General der amerikanischen Südstaaten (1861—1863) II, 571 f. 573. 576. 582.
Bebel, Sozialdemokrat und Reichstagsabgeordneter (seit 1871) III, 409. IV, 32. 181.
Becher, württembergischer Advokat (1849) II, 63. Abgeordneter zum deutschen Zollparlament (1870) III, 249.
Becker, Nikolaus, Dichter (1840) I, 502.
— Oskar, Student (1861) II, 493.
Beckerath, Hermann v., Bankier in Krefeld, Mitglied des vereinigten preußischen Landtages (1847) I, 487. 489.
Bedeau, französischer General (1848) I, 579. II, 98 f.
Bedford, das Haus, in England (1831) I, 354 f.
Beecher Stowe, Mrs., amerikanische Schriftstellerin II, 568.
Behanzin, König von Dahomey IV, 221.
Behr, bayrischer Hofrat (1825) I, 208.
Beke, Baron, österreichischer Finanzrat (1864) III, 41. Minister (1866 bis 1868) 193 f.
Belcredi, Graf, Statthalter in Böhmen, österreichischer Staatsminister (1855—1868) III, 40. 187. 190.
Belfort, Belagerung und Einnahme der französischen Festung (1870 bis 1871) III, 419 f. 432 f. 436 f. 440.
Belgien mit Holland im Wiener Kongreß zum Königreich der Vereinigten Niederlande gestaltet (1815) I, 11. 13. 16 f. 30. Zustände, Krieg mit Holland (1815—1830) 301 bis 308. Unabhängigkeitserklärung, Königreich B. (1830—1834) 308 bis 314. 321. 380. 411. 440. 444. 446 f. 473. 527. II, 7 f. 265. Zustände (1852—1859) 268—272. 411. (1863 bis 1866) III, 55. 64—67. (1866 bis 1870) 180—182. 205. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) 291. 304. 317. 342—344. 347 f. Zustände (1870—1877) IV, 108 bis 110. 116 f. 138. 140. (1878 bis 1886) IV, 154. 169—171. 269. 270. 271. 335.
Belgrad, Gründung der Universität (1869) III, 176.
Bellemare, französischer General (1871) III, 423.
Bellevue, Zusammenkunft im Schlößchen, zwischen König Wilhelm von Preußen und Kaiser Napoleon III. nach der Schlacht bei Sedan (1870) III, 354 f.
Belliard, französischer General I, 436.
Belluno, Herzog von, s. Victor.
Bem, polnischer General I, 399., in Ungarn (1849) II, 43. 69. 72. 174.
Bender v. Bienenthal, Baron, Genosse Herzog Karls von Braunschweig (1830) I, 315.
Benedek, Ludwig v., österreichischer General (1846) I, 499. (1849) II, 156. (1859—1862) 365. 368. 446. 449. 457. Feldzeugmeister, Oberbefehlshaber in Böhmen (1866) III, 111. 119 f. 122. 124 f. 128 f. 130 f. 135. 186 f.
Benedetti, Graf, Sekretär auf dem Pariser Kongreß (1856) II, 212., französischer Gesandter in Berlin (1866—1870) III, 134. 144 f. 181 f. Sein Auftreten in Ems (1870) 277 bis 286. 304 f.
Benediktinerorden IV, 311.
Bengalen, Aufstand in (1857) II, 243 f.
Bennigsen, Rudolf v., Stifter des Deutschen Nationalvereins (seit 1859) II, 464. 479. III, 239. IV, 30. 175.
Bentham, Jeremias, englischer Philosoph (1748—1832) I, 33.
Bentheim, österreichischer Feldmarschall (1831) I, 420.
Benvenuti, Kardinal, päpstlicher Legat I, 421.

Béranger, Pierre Jean de, französischer Dichter (1780—1857) I, 76. 242. 254. II, 229 f.
Berard, französischer Deputierter (1830) I, 270 f. 278.
Beresford, Lord, englischer General, Oberbefehlshaber des portugiesischen Heeres (1817) I, 87—89.
Berezowski, Pole, und sein Attentat auf Kaiser Alexander II. in Paris (1867) III, 170. 254.
Berg, Graf, russischer General I, 399. In Polen (1863) II, 436. 438 f. Generalgouverneur von Finnland 440. Diktator in Polen (1864) III, 75.
— dänischer Lehrer und Reichstagsabgeordneter (1877) IV, 105.
Bergami, Diener der Königin Karoline von England (1820) I, 175.
Berger, österreichischer Minister (1868 bis 1870) III, 196. 200. 202.
Berks, bayrischer Staatsrat (1848) I, 508.
Berlin, Generalsynode zu (1846) I, 495. Gewerbeausstellung (1844) 503. Revolution (1848) II, 15—20. Zustände (1849—1850) 47—52. 73. 75 f. Vertrag zu B. (1853) 278. Jubiläum der Universität (1860) 485. Bildung der Fortschrittspartei (1861) 491. Kongreß (1861) 493. Preßordonnanzen (1863) III, 3. Bündnis Preußens mit Italien (1866) 102. Friede (1866) 143 f. Der erste Reichstag des Norddeutschen Bundes (1867) 224. Einzug der Truppen (1871) 445 f. Der erste Deutsche Reichstag IV, 5. Dreikaiserbündnis (1872) IV, 38. Berliner Memorandum (1876) IV, 124. Friede (1878) IV, 135—138. 141 bis 143. 148. 154. Kongreß (1884) IV, 155.
Bermudez de Castro, Zea, spanischer Minister (1824—1858) I, 222 f. 426 f. 542. II, 267.
Bern. Bewegungen (1830—1832) I, 413—415. 466. Weltpostkongreß (1874) IV, 114.
Bernadotte, s. Karl XIV. Johann,
Bernaert, belgischer Minister IV. 170.
Bernard, französischer Kriegsminister (1836) I, 467.
Bernard, Martin, französischer Sozialist (1839—1858) I, 475 II, 249.
Bernhard Erich Freund, Herzog von Sachsen-Meiningen-Hildburghausen (1866) III, 223.
Bernstorff, Graf Christian Günther v., preußischer Minister (1818 bis 1831) I, 64 f. 121. 214 f. 336. 436.
— Graf Albrecht von, desgl. (1861 bis 1862) II, 474. 496. 509. 522 f.
Bernuth, v., preußischer Minister (1860—1862) II, 485. 496.
Berry, Herzog von, Sohn des Grafen Karl Philippe von Artois (1820) I, 72., seine Ermordung 77. 79. 118. 281. 442.
— Herzogin von, s. Karoline.
Berryer, französischer Advokat (1830 bis 1859) I, 292. 562. II, 117. 121. 227. 236.
Berthaut, französischer General (1870) III, 338. Kriegsminister (1877) IV, 65.
Beseler, Wilhelm Hartwig, Advokat in Schleswig (1846) I, 512. Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein (1848 bis 1851) II, 28. 83.
Bessarabien, Grenzregulierung von (1857) II, 331., fällt an Rußland (1878) IV, 135. 143.
Bessières, spanischer Guerillaführer (1823—1825) I, 125. 222.
Bethmann-Hollweg, v., preußischer Minister (1859—1862) II, 327. 329. 496.
Betschuanas IV, 249.
Beulé, französischer Minister (1873) IV, 58.
Beust, Freih. Friedrich Ferdinand v., sächsischer Minister (1848—1866) II, 61. 200. 279. 284 f. 478 f. 521. III, 14. 22 f. 34 f. 124. 175. Österreichischer Ministerpräsident (1866 bis 1872) 187—190. Reichskanzler (1867) 193 f. 197. und Graf (1868) 199 f. 203—205. 222 f. 230. 280 f. 289—291. 303 f. 318. 370. 396. IV, 5. 74. 77. 80. 83.
— Graf Karl Leopold v., Vertreter der sächsischen Herzogtümer am Bundestage (1852) I, 201.
Beyer, v., preußischer General (1866) III, 106. 115. 118., badischer Kriegsminister (1870) 248. 382.

Beyme, v., preußischer Staatsminister (1815—1819) I, 60. 64.
Bialolenka, Schlacht bei (1831) I, 393.
Biarritz, Zusammenkünfte in (1865) III, 93. (1868) 258.
Bibesko, Fürst, Hospodar der Walachei (1848) II, 171. 174.
Bignon, französischer Minister (1830) I, 287. 438. 440. 448.
Billault, französischer Minister (1854—1863) II, 225. 228 f. 233. 415. 421.
Bismarck-Bohlen, Graf v., Generalgouverneur von Elsaß-Lothringen (1870) III, 384.
Bismarck-Schönhausen, Otto v., preußischer Gesandter am Bundestage (1851—1859) II, 300. 306 f. 327. 351. Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen (1862 bis 1870) 475. 502—509. 529 f. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage (1863—1864) III, 10. 15. 25—28., des Verfassungskonfliktes in Preußen (1864—1866) 29—32. Stellung zu den deutschen Staaten in der Bundesreformfrage (1866) 34—38., zu Österreich (Gasteiner Konvention) 41—49. Graf (seit 1865) 43. Attentat auf ihn (1866) 51. Bundesreformvorschläge 53 bis 55. Stellung Napoleon III. und Italien gegenüber (1865) 93. 101 f. Zur Zeit des deutsch-österreichischen Krieges (1866) 107. 113 f. 124. 126. 134. 142—145. Vor dem deutsch-französischen Kriege (1866—1870) 218—221. 224. 228 f. 233. 236 bis 239. 244. 248 f. 254 f. 267. 275. 283. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870 und 1871) 285 bis 287. 293—295. 304 f. 351—353. 372 f. 378—381. 392. 397 f. 409. 413. 421 f. Friedensunterhandlungen zu Versailles (1871) 424 bis 430. 440 f. Beim Frankfurter Frieden (1871) 444 f. Fürst und Reichskanzler (seit 1871) 445. Stellung Rom gegenüber (1872) IV, 16. 18. 24., zum Reichstag IV, 27—30. 34 bis 39. 63. 80. 83—106. Berliner Memorandum (1876) IV, 109. Berliner Friede (1878) IV, 134. 138. Schutzbündnis zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn (1879) IV, 149. 152. 154. 158. 159. Ferner 168. 174. 179. 183. 189. 190. 191. 204. 227. 230. 348. 349.
Bismarckarchipel IV, 246.
Bistritz, Kampf an der, in Böhmen (1866) III, 125—127. 130.
Bitsch im Elsaß, die Festung (1870) III, 332.
Bitto, ungarischer Minister (1874) IV, 78.
Blanc, Louis (1830—1852), französischer Geschichtschreiber und Sozialist I, 278. 281. 438. 568. 575. Mitglied der provisorischen Regierung Frankreichs II, 87 f. 90. 94—98. 101. 126.
Blanco, General IV, 263.
Blanqui, französischer Sozialist (1839—1870) I, 475. II, 91. 95 f. III, 399.
Blenker, Oberst, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65.
Blind, Karl, desgl. (1848) II, 32. III, 51. 292.
— Ferd. (eigentlich Cohen), Stiefsohn des vorigen, und sein Attentat auf den Grafen Bismarck (1866) III, 51.
Bluhme, Graf, dänischer Minister (1864 und 1865) III, 24. 59.
Blum, Robert, deutscher Abgeordneter (1845—1848) I, 506. II, 42. Sein Tod in Wien (1848) 51.
Blumenau, Gefecht bei (1866) III, 142.
Blumenthal, v., Generalstabschef des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen (1870) III, 303. 343. 351.
Board of control, für die indischen Angelegenheiten, in England (1858) II, 249.
Bobrikow, Generalgouverneur von Finnland IV, 225.
Bockum-Dolffs, v., preußischer Abgeordneter (1862) II, 495. 499.
Bodelschwingh, v., preußischer Minister (1847) I, 487—489. II, 18.
Boers, die holländischen, in Südafrika und ihr Krieg mit England (1880 und 1881) IV, 164.
Boghos Bei, ägyptischer Minister (1840) I, 533.
Böhmen. Tschechische Agitation (seit 1845) I, 500 f. II, 35—37.

181. 453 f. 457. III, 190 f. 199. 202. IV, 69. 76. Alt- und jungtschechische Partei IV, 76. 80. 138. 153. Krieg in Böhmen (1866) III, 119—131. 137 f. IV, 196. 204.
Boisdeffre, französischer Generalstabschef IV, 218.
Bolimow, Kriegsrat zu (1831) I, 398.
Bolivar, Simon, von Caracas, und die Republiken Columbia und Bolivia (1820—1826) I, 181.
Bologna, Aufstand in (1831) I, 420. 422 f. (1849) II, 150. 160.
Bomarsund, Einnahme der russischen Festung (1854) II, 201.
Bomba, Re, s. Ferdinand II. von Neapel.
Bonald, Marquis de, und die Pariser Kongregation (1816) I, 71. (1825) 239.
— Erzbischof von Paris (1864) III, 85.
Bonaparte, Jérôme (Hieronymus), König von Westfalen II, 112. 413. III, 355.
— Jérôme, Prinz, Sohn des vorigen, französischer Deputierter (1848) II, 96. 112. Im Krimkriege (1854) 201. Minister für Algier (1858) 235. Seine Heirat 264. 357. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 361. 370. 379 f. Senator (1863) 420 f. Ferner III, 87. 261. (1870) 338. 371.
— Joseph, König von Spanien I, 82.
— Louis, König von Holland, Graf von St. Leu I, 468.
— Ludwig Napoleon, Sohn des vorigen, s. Napoleon III.
— Peter, französischer Deputierter, (1848) II, 96. (1870) III, 263 f.
— s. Napoleon.
Bonapartismus, der, in Frankreich (1848—1870) II, 96 f. 104 bis 127. S. a. unter Napoleon III.
Boncampagni, italienischer Staatsmann (1859) II, 379—382.
Bondi, Journalist IV, 209.
Bonifatius IV, 292.
Bonin, Eduard v., Kommandant der schleswig-holsteinischen Armee (1850) II, 78., preußischer Kriegsminister (1853) 198. 304. 311. (1858) 329. 495.
— Adolf v., preußischer General in Böhmen (1866) III, 122 f.
Bonn, Stiftung der Universität (1818) I, 218. Ferner 337. 343.
Bonnechose, Kardinal, Erzbischof von Rouen (1865) III, 86.
Bonnemain, französischer General (1870) III, 310.
Bonnier, französischer Oberst IV, 221.
Bonomelli, Erzbischof IV, 204.
Booth, Wilkes, Mörder des Präsidenten Lincoln (1865) III, 147.
Borde, Alexander de la, französischer Deputierter (1830) I, 267 f.
Bordeaux, die französische Regierung zu (1870—1871) III, 412. 426 bis 430. 432. 435. Konstituierende Versammlung zu B. 437—439. 441 f. IV, 40. Pakt von B. IV, 46. 51.
— Heinrich, Herzog von, Graf von Chambord, der letzte französische Bourbon, s. unter Heinrich (V.).
Borny, Gefecht von (1870) III, 322.
Borries, Graf, hannöverscher Minister (1862) II, 479 f.
Borunda, Schlacht bei (1834) I, 430.
Bose, Generalleutnant v., Kommandant des 11. deutschen Armeekorps (1870) III, 303. 308—310.
Bosnien, das Fürstentum (1862) II, 426. Zur Zeit der orientalischen Frage und des russisch-türkischen Krieges (1873—1878) IV, 121 bis 124. 125—128. 134. Kommt unter österreichische Verwaltung (1878) IV, 137. 146. 148. 153.
Bosquet, französischer General (1854) II, 203 f.
Bosse, preußischer Kultusminister IV, 184.
Bothmer, Graf, bayrischer General III, 307.
Botsaris, Markos, Führer der Sulioten (1822) I, 143 f.
Böttcher, preußischer Oberpräsident (1849) II, 74.
Bouet-Villaumez, französischer Vizeadmiral (1870) III, 319. 359 f.
Boulanger, französischer General IV, 211. 212.
Boulogne, der Putsch Ludwig Napoleons zu (1840) I, 556 f.
Bourbaki, französischer General (1870 und 1871) III, 300. 322. 400. 406. 411 f. 414. 416. 419 f. 423 f. 432. Katastrophe seiner Armee (1871) 434—436. IV, 110.

Bourbonen, die Restauration der, in Spanien, Neapel und Frankreich (1815) I, 11. 18. 65—89. Zur Zeit der Revolutionen in Italien und Spanien (1820—1830) 105—118. 120—128. 229—265. Zur Zeit der Julirevolution (1830) 265—279. Ferner 299. II, 115—117. Nach dem deutsch-französischen Kriege (1871—1873) IV, 46. 57. 60.
Bourdonnaye, de la, französischer Deputierter I, 237.
Bourgeois, französischer Minister IV, 213.
Bourgeoisie, die französische, zur Zeit der Julirevolution I, 242 f. 299 f.
Bourke, irischer Unterstaatssekretär (1882) IV, 165.
Bourmont, französischer Marschall in Spanien (1824—1833) I, 128. 221 f. 258 f. 263. 428.
Bourqueney, Baron, französischer Gesandter in Wien (1856) II, 211.
Boxeraufstand in China IV, 353. 354.
Boycott, irischer Kapitän IV, 240.
Boyen, v., preußischer Kriegsminister (1815) I, 60. (1840) 479.
Boyer, französischer General (1870) III, 391 f.
Bozelli, neapolitanischer Minister (1848) I, 553.
Braganza, Herzog von, s. Dom Pedro I. von Brasilien.
Braila, Einnahme der Festung (1828) I, 163.
Brandenburg, Graf, preußischer Minister (1849 und 1850) II, 50 f. 62. 81 f.
— Kurfürstentum IV, 318.
Brasilien. Zur Zeit der portugiesischen Revolution (1821) I, 87. 89. 181. 225. 254. Empörung (1831) 428. Ferner II, 551. 553. IV, 257. 258.
Bratiano, rumänischer Minister (1867) III, 174 f. (1881) IV, 143.
Braunschweig. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 16., des Deutschen Bundes 39. 48., des Herzogs Karl (1823—1830) 204. 314—316. (1834) 337. Im Zollverein (1843) 503. 512. Tod des letzten Herzogs Wilhelm (1884). Albrecht, Prinz von Preußen, Regent (seit 1886) IV, 158.
Bravo, Gonzalez, spanischer Minister (1868) III, 269 f.
Bray-Steinburg, Graf, bayrischer Gesandter in Wien, Minister (1870) III, 245. 440.
Brea, französischer General (1848) II, 99.
Breard, französischer General (1881) IV, 146.
Bredow, v., preußischer General (1870) III, 325.
Bregenz, Zusammenkunft in (1849) II, 80.
Bremen, freie Reichsstadt, zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 20. 39.
Brentano, badischer Diktator (1849) II, 62. 65.
— Lugo IV. 338.
Brescia, die Greuel von (1849) II, 165.
Breslau, altlutheranische Generalsynode zu (1841) I, 494. (1872) IV, 20.
Brestel, österreichisch. Minister (1868) III, 196. 200 f.
Bretigny, Friede von (1360) IV, 303.
Briand, französischer General (1870) III, 412. 414.
Brief, der offene, des Königs von Dänemark (1846) I, 511—513.
Briefportos, die Herabsetzung des, in England I, 379 f.
Bright, John, englischer Freihändler II, 412. Minister (1868 und 1869) III, 161—164.
Brisson, französischer Ministerpräsident IV, 213.
Britisch-Guinea IV, 261.
Broglie, Herzog von, französischer Deputierter I, 250. Minister (1830 bis 1836) 438. 440. 454. 459. 461 bis 463. 466. IV, 56.
— Herzog von, französischer Botschafter in London (1871) III, 526. Deputierter und Minister (1873 bis 1874) IV, 56 f. 63. (1877) 65. 102.
Bronzell, Gefecht bei (1850) II, 82.
Brouckère, Henry de, belgischer Minister (1852—1855) II, 270.
Brougham, Lord Henry, englischer Schriftsteller (1818) I, 37. 176. 197 f. Minister (1830) 353. Lordkanzler 360 f.

Bruce, englischer Minister (1868) III, 163.
Bruck, Baron, österreichischer Minister (1848—1860) II, 46. 180. 278. 342. 349. Sein Tod (1860) 443.
Brun, Lucien, französischer Royalist (1873) IV, 59.
Brune, französischer Marschall (1815) I, 70.
Brunneck, v., preußischer Oberstburggraf (1840) I, 480.
Brunnow, Baron, russischer Gesandter (1853) II, 195. (1856) 211.
Bruno, Giordano IV, 205.
Brüssel. Aufstand und Kongreß (1830) I, 305—311. Wohltätigkeits- und Freihandelskongreß (1856) II, 270. Friedenspräliminarien zu B. (1871) III, 445. IV, 10. Kongreß (1874) IV, 254.
Bryan, nordamerikanischer Präsidentschaftskandidat IV, 259.
Bubna, österreichischer General (1821) I, 110 f.
Buchanan, James, Präsident der Nordamerikanischen Union (1856) II, 569 f.
Buchdruckerkunst, Erfindung der IV, 306.
Buchez, Präsident der französischen Nationalversammlung (1848) II, 95.
Budapest (Ofen-Pest). Zur Zeit der ungarischen Revolution (1849) II, 71., des ungarischen Landtages (1861) 450. 456., der Krönung Franz Josephs zum König von Ungarn (1867) III, 192. Hauptstadt von Ungarn 194—196. S. a. Ofen.
Budberg, Baron, russischer Gesandter in Paris (1856) II, 307.
Buenos-Ayres, die Unabhängigkeitserklärung von (1816) I, 181 f., ferner 187. 472 f.
Buffet, französischer Minister (1870) III, 263. 266. Präsident der Nationalversammlung (1873—1876) IV, 55—57. 64.
Bugeaud, Herzog von Isly, französischer Marschall. In Algier (1837 bis 1848) I, 471. 561. 563 f. Oberbefehlshaber von Paris (1848) 578 bis 580. II, 106.
Bukarest, Friede von (1812) I, 133. Zur Zeit des Aufstands (1821) 136 f. 156. Kongreß (1867) III, 174. Eröffnung der Universität (1869) 175.
Bulgarien, zur Zeit der orientalischen Frage und des russisch-türkischen Krieges (1873—1878) IV, 115. 121. 123—128. 130. Wird Fürstentum (1878) IV, 134. 135. 142. 143. 148. (1888—1900) 230 bis 231. 232.
Bulgaris, Demetri, Mitglied der provisorischen Regierung zu Athen (1862) II, 427. III, 69.
Buller, englischer General IV, 252.
Bull Run, Schlachten beim Flusse (1861 und 1862) II, 574. 577.
Bülow, Graf, preußischer Bevollmächtigter in London (1830) I, 308.
— v., Staatssekretär IV, 194.
Bulwer, Sir Edward Lytton, englischer Schriftsteller I, 161. 253. 301. 303. 311. II, 277.
— Sir Henry Lytton, englischer Gesandter in Madrid (1848) II, 166.
Bund, der Deutsche, und die Bundesakte auf dem Wiener Kongreß (1815) I, 22 f. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) 38—40. 46 f. 55—65., der Reaktion (1820 bis 1830) 199 f. Bundeskriegsverfassung 200 f. 202—207. 453. Der deutsche Zollverein 218 f. (1830 bis 1848) 313—331. Verhältnis zu Preußen 336 f., ferner 501—517. Zur Zeit der Revolution und des deutschen Parlaments (1848 und 1849) II, 11—17. 20—25. 28 f. Restauration des Bundestages 57 f. (1850) 73—86. 172. 200. (1852 bis 1863) 274—293. 302. 304. 349. 351. 359. 366. 372. 460. 464. 472—477. 483. 494. 513—533. In der schleswig-holsteinischen Frage (1863 und 1864) III, 6—29. Deutsche Zustände (vor 1866) 34—38. 42 f. 48 bis 55. 91. Zur Zeit des deutschen Krieges, Auflösung des Deutschen Bundes (1866) 104—111. 114—120. 134. 138—141. Norddeutscher Bund (1866—1870) 143—145. 185. 204. 223—241. 247—249. 288. 294. 302 f. 409. Bundesrat (seit 1870) 6 f.
Bund der Landwirte IV, 177.
Bunsen, Ritter Josias v., preußischer Diplomat (1835—1859) I, 346. 350.

482. 486. II, 79. 85. 301. 305. 325. III, 46.
Buol-Schauenstein, Graf Johann Rudolf v., österreichischer Gesandter am Bundestage (1816—1822) I, 46. 62. 201.
— — Graf Karl Ferd. v., österreichischer Minister (1852—1859) II, 194. 203. 211. 262. 341. 358.
Burdett, Francis, englisches Parlamentsmitglied (1819—1825) I, 37 f. 191. 193.
Buren, IV, 249—253.
Burenkrieg, IV, 352.
Bürgerkrieg, der, in Amerika 1861—1865) II, 571—583. III, 146 f. Der französische B. (1871) 482—487.
Bürgerliches Gesetzbuch IV, 176.
Burgersdorf, Gefecht bei (1866) III, 123.
Burgunden, germanischer Volksstamm IV, 293.
Burnside, amerikanischer General (1862) II, 577. 580.
Burschenschaft, die deutsche, in Jena (1815) I, 42—45. 321 f. 324. II, 11.
Butler, amerikanischer General (1861—1863) II, 573 f. 576. 582.
Butt, Dubliner Advokat (1873 und 1874) IV, 86.
Buxton, Sir Thomas Fowel, englisches Parlamentsmitglied (1823 bis 1833) I, 185. 366.
Buzancy, Gefecht bei (1870) III, 343. 346.
Byron, Lord, englischer Dichter († 1824) I, 144. 152 f. IV, 336.

C

(Siehe auch K)

Cabet, französischer Sozialist I, 568. II, 91. 96.
Cabot, Seefahrer IV, 308.
Cabral, Costa, Graf Thomar, portugiesischer Minister (1842) I, 544. (1849—1851) II, 168.
Cabralisten, Partei in Portugal II, 168.
Cabrera, Statthalter der portugiesischen Insel Terceira (1830) I, 229.
— Don Ramon, Graf von Morella, Karlistengeneral in Spanien (1835 bis 1849) I, 433. 435. II, 166 f.
Cadiz, die Konstitution von (1812) I, 79. 83. 87. Beim Aufstand (1819) 85. Eroberung von C. (1823) 126 f. 131. (1868) III, 270.
Cadorna, sardinischer Minister (1849) II, 156 f.
— italienischer General (1870) III, 372.
Caesar IV, 281.
Cairoli, italienischer Minister (1881) IV, 167.
Calatafimi, Gefecht bei (1860) II, 392.
Calatrava, spanischer Minister (1830) I, 425. 434.
Caldieri, die Partei der, in Neapel und Sizilien (1817) I, 97.
Calleja, spanischer General (1819) I, 85 f.
Calomarde, spanischer Minister I, 425 f.
Calvinismus IV, 312.
Cambridge, Herzog von, englischer General im Krimkriege (1854 und 1855) II, 201.
— Herzog von, s. Ernst August.
Cambriels, französischer General (1870) III, 400.
Camp, Maxime de, französischer Schriftsteller IV, 44.
Campbell, Sir Colin, englischer Oberbefehlshaber in Indien (1857) II, 247 f.
Camphausen, Ludolf, Mitglied des vereinigten preußischen Landtages und Minister (1847 u. 1848) I, 488 f. II, 48.
— Otto, preußischer Finanzminister (1869) III, 243.
Campos, Martinez, spanischer General (1873) IV, 95 f. Ministerpräsident IV, 168.
Canaris, Constantin, griechischer Flottenführer (1822) I, 143.
Canino, Fürst von (1848) II, 150 f.
Canisius, Pater IV, 205.
Canning, Lord George, englischer Minister (1815—1827) I, 74. 121. 152 f. 155. 176. 178 f. 182 f. 190 bis 193. 226 f. 353 f. II, 242, IV, 260.
— Graf Charles John, Sohn des vorigen, Generalgouverneur von Indien (1856) II, 242.
— Sir Stratford (Stratford de Red-

cliffe), englischer Gesandter in Konstantinopel (1826) I, 155. (1849) II, 174.
Canovas del Castillo, spanischer Minister (1875) IV, 97. 168.
Canrobert, Marschall von Frankreich, Feldherr in der Krim (1854 bis 1856) II, 204. 207. 210. 218., in Italien (1859) 361. 368. Befehlshaber des 6. französischen Armeekorps (1870) III, 300 f. 320. 322. 324—328. 393.
Capellari, Kardinal, s. Papst Gregor XVI.
Capelle, Baron, französischer Minister (1830) I, 262 f.
Caprera, die Insel, Aufenthalt Garibaldis II, 398.
Caprivi, Lotharv., deutscher Reichskanzler IV, 184. 189. 191.
Caracalla IV, 282.
Caraman, Marquis de, französischer Gesandter in Troppau (1820) I, 105.
Caraffoſa, neapolitanischer General (1821) I, 108—111.
Cardwell, englischer Minister (1869) III, 163.
Carignan, Prinz von, Vetter König Viktor Emanuels II. von Sardinien (1859) II, 381 f. (1866) III, 111.
— Prinz von Savoyen, s. Karl Albert.
Carlotta, Königin von Portugal (1823) I, 129—131.
Carlos, König von Portugal IV, 267.
Carlowitz, Friede von (1699) IV, 319.
Carlyle, Sir Thomas, englischer Geschichtschreiber († 1881) I, 377. III, 289, 405.
Carnot, Lazare Hippolyte, französischer Deputierter und Minister (1848) II, 91. 94. 113. (1858) 230. 234. Präsident der Republik (bis 1894) IV, 213. 220.
Caro, spanischer Hauptmann (1857) II, 267.
Carolyi, Graf Stephan, Administrator des Pester Komitats (1860) II, 449.
Carré de Bellemare, französischer General (1870) III, 353.
Cartagena, Aufruhr zu (1873) IV, 95.
Carteſius IV, 324.
Caſati, Graf, Präsident der Lombardei (1848) II, 133.
Caſtaños, spanischer General (1817) I, 84.
Caſtelar, Emilio, spanischer Minister (1869—1874) III, 272. 388. IV, 90. 94—96.
Caſtelfidardo, Gefecht bei (1860) II, 397.
Caſtelli, österreichischer Schriftsteller († 1862) I, 498.
Caſtilla, Ramon, General, Präsident von Peru (1860) II, 553.
Caſtillo, Canovas del, spanischer Ministerpräsident IV, 168.
Caſtlereagh, Lord, Marquis von Londonderry, englischer Minister (1815—1822) I, 32. 74. 177—180. 190.
Caſtro, Zea Bermudez de, s. Bermudez.
Catania, Gefecht bei (1849) II, 146.
Catargiu, Lafear, rumänischer Minister (1866) III, 73.
Cauſſidière, Pariser Polizeipräfekt (1848) II, 87. 89.
Caux, de, französischer Minister (1828) I, 250.
Cavaignac, Eugen, General, Präsident der französischen Republik (1848) II, 88. Minister 94. 98 f. 100 f. 104—107. (1851) 121. 159. Sein Tod (1857) 230. III, 258.
— Godefroy, französischer Journalist (1833) I, 457 f.
— französischer Kriegsminister IV, 217.
Cave, englischer Finanzmann (1876) IV, 89.
Cavendiſh, Lord, Minister für Irland (1882) IV, 161.
Cavour, Graf Camillo Benso di, sardinischer Minister (1848—1861) I, 554. II, 211. 218. 257—264. 307. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 356—359. 370. 375. 378 f. 384. 387. 392. 395 f. 398 f. Sein Tod (1861) 402 f. Ferner 462. III, 47. 56. 101. 103. 281. IV, 346. 347.
Cawnpoore, das Blutbad zu, in Indien (1855) II, 246 f.
Celle, Versammlung zu (1862) II, 480 f.
Cenis, Mont, der Alpendurchstich durch den (1869) III, 262.

Centralgewalt, die deutsche, Reichsregierung (1848 und 1849) II, 25—27. 52 f. 59.
Centralismus, der, in Österreich II, 448. III, 188.
Central-Untersuchungskommission, die, zu Mainz (1819) I, 63. 199.
Centrumsfraktion, die, im deutschen Reichstage (seit 1871) IV, 6 f. 15 f. 23. 29 f.
Cervera, spanischer Admiral IV, 264.
Cetewayo, König der Zulukaffern (1880) IV, 164.
Chabaud-Latour, Name des Herzogs Ludwig Philipp von Orleans in der Verbannung I, 279.
Chabrol de Crousol, französischer Minister (1820—1830) I, 250. 258 f. 262.
Chalil, türkischer Admiral (1833) I, 406.
Chalons sur Marne, das Lager zu, im deutsch-französischen Krieg (1870) III, 332 f. 336—343.
Chamberlain, englischer Kolonialminister IV, 242.
Chambord, Henri Charles Ferdinand Marie Dieudonné, Graf von, Herzog von Bordeaux, Enkel Karls X. von Frankreich, der letzte französische Bourbon, s. Heinrich (V.).
Changarnier, französischer General (1848—1852) II, 106. 109. 116 f. 121. (1870—1874) III, 392. IV, 50. 53. 56. 61.
Chanoin, Jean, IV, 314.
Chantelauze, französischer Minister (1830) I, 262. 439. 468.
Chanzy, französischer General (1870 und 1871) III, 411 f. 414. 416. 423.
Charlotte, Prinzessin von Belgien, Gattin Kaiser Maximilians von Mexiko II, 560. III, 156.
— Prinzessin von England, Gattin des Prinzen Leopold von Koburg I, 175.
— Prinzessin von Preußen, Gattin Kaiser Nikolaus I. von Rußland (Alexandra Feodorowna) (1817 bis 1858) I, 149. II, 263.
Charras, französischer Oberst (1851) II, 121.
Charta de ley, portugiesische freisinnige Verfassung (1826) I, 225. 544 f.
Charte, die französische. Zur Zeit der Restauration (1814—1820) I, I, 66 f. 74—77. 107. 122. 232. Zur Zeit Karls X. (1824—1830) 235. 237. 242. 249—261. 266—269., Louis Philippes von Orleans (1830 bis 1848) 279. 285. 291 f. 300. 427. 441. 447. 462. 566. 575. Zur Zeit der Fusion Bourbon-Orleans (1873) IV, 59.
Chartismus und die Chartisten in England (1837—1848) I, 375 bis 377. II, 9.
Chartres, Herzog von, und Orleans, Sohn Louis Philippes, s. Ferdinand Philipp.
Chartum, Belagerung von (1884 und 1885) IV, 148.
Chassé, General, Kommandant der Zitadelle von Antwerpen (1830 bis 1832) I, 307. 312.
Chateaubriand, Vikomte de, französischer Schriftsteller und Staatsmann (1820—1830) I, 78. 118. 121 bis 123. 153. 232. 239. 241. 249 f. 253. 293.
Châteaudun, Kampf bei (1870) III, 389 f.
Châteauneuf, Gefecht bei (1870) III, 402.
Chaudordy, Graf, französischer Minister (1870) III, 397.
Chaumont, Vertrag von (1814) I, 74.
Chaves, Marquis v., s. Graf Amarante.
— Schlacht bei (1846) I, 545.
Cherbourg, Besuch des Zaren (1896) IV, 219.
Chesnelong, französischer Royalist (1873) IV, 60.
Chevalier, Michel, französischer Freihändler (1860) II, 412.
Chicago, Weltausstellung (1893) IV, 259.
Chile, die Unabhängigkeitserklärung der Republik (1818) I, 181. Streit mit Spanien (1865) III, 80. IV, 258.
China. Krieg mit England (1840 bis 1842) I, 525 f. (1856—1858) II, 240. 251. Vertrag mit Rußland

(1858) 337. Französische Expedition 420. Zustände (1860) 549—551. (1883 und 1884) IV, 164. 254. 256.
Chinesisch-japanischer Krieg IV, 351. 353.
Chios, die Verwüstung der Insel, durch die Türken (1822) I, 143. 145.
Chiwa, das Chanat von (1839) I, 527. Die russische Expedition gegen Ch. (1873) IV, 83 f. 85.
Chlapowski, polnischer General (1832) I, 396 f.
Chlodwig, König der Franken IV, 288.
Chlopicki, polnischer General und Diktator (1830—1832) I, 389—393.
Chlum, Sturm auf die Höhe von (1866) III, 125—131.
Chokand, das Chanat von (1875) IV, 84.
Chokier, Surlet de, s. Surlet.
Cholera, die, in Europa (1830 bis 1838) I, 362. 365. 396. 423 f. 431. 450. Zur Zeit des Krimkrieges (1854 und 1855) II, 202. 204.
Chosrew Pascha, türkischer Großwesir (1839) I, 529.
Christian VIII., König von Dänemark (1839—1848) I, 510—513. II, 28.
— IX., desgl. (seit 1863). Als Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg II, 85. Seine Thronbesteigung 535. III, 6 f. Zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1863 und 1864) 10. 21—25. (1873) IV, 105.
Christian Friedrich, dänischer Prinz, König von Norwegen (1814) I, 17.
Christiania, das Storthing zu (1864) III, 58.
Christitsch, Nikola, serbischer Minister (1883) IV, 230.
Christina, Königin von Spanien, s. Maria Christina.
Christinos, die Partei der, in Spanien (1832—1845) I, 426. 430 bis 435. 541—543.
Chrzanowski, Pole, Oberbefehlshaber der italienischen Truppen (1849) II, 155 f.
Church, englischer General in Griechenland (1827) I, 158.
Churschid Pascha, türkischer General (1822) I, 143.
Cialdini, italienischer General (1859 bis 1867) II, 363. 387. 396 f. III, 112. 138. 208 f.
Cicero IV, 282.
Cilicien, Provinz in Syrien (1832) I, 404 f. 408.
Cisleithanien, Österreichs Hälfte zur Zeit des Dualismus (1866) III, 189—206. IV, 152.
Ciffey, de, französischer General und Kriegsminister (1873) IV, 57. 63.
Cistowes, Gefecht bei (1866) III, 127. 129.
Civilehe, die obligatorische, II, 323 f. und die weltliche Standesbuchführung in Preußen (1874) IV, 28 f., in Deutschland (1875) IV, 30.
Clam-Gallas, Graf, österreichischer General. In Italien (1859) II, 363. In Böhmen (1866) III, 119. 121. 125. 187.
Clam-Martinitz, Graf, Tschechenführer in Böhmen (1871) IV, 73.
Clarence, Wilhelm, Herzog von, s. Wilhelm IV., König von England.
Clarendon, Lord, englischer Minister (1853—1869) II, 194 f. 211. 261. III, 63. 163. 169.
Claret, Pater, Beichtvater Isabellas II. von Spanien III, 80.
Clarkson, Gegner des Sklavenhandels in England, I, 185.
Clary, Graf, österreichischer Ministerpräsident IV, 199. 202.
Clauzel, französischer Marschall (1835—1837) I, 463. 470.
Clermont-Tonnerre, Erzbischof von Toulouse (1827) I, 253.
Cleveland, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika IV, 259. 261. 262.
Clinchant, General, Kommandant der Armee Bourbakis (1871) III, 435.
Clinton, englischer General (1826) I, 226 f.
Clugny, Kloster IV, 297.
Cluniazenserorden IV, 311.
Cluseret, General, im Aufstand der Kommune (1871) III, 375. IV, 43.
Cobbett, William, englisches Parlamentsmitglied (1816—1820) I, 34 bis 36. 38.

Cobden, Richard, englisches Parlamentsmitglied, Freihändler (1838 bis 1857) I, 377. 524. II, 240. 412.
Cochery, französischer Abgeordneter (1870) III, 275.
Cochrane, Lord, englischer Flottenführer in Griechenland (1827) I, 158.
Codrington, Sir Edward, englischer Admiral in Griechenland (1827) I, 159 f. 170. 312.
— Sir William, Sohn des vorigen, englischer General (1855) II, 208.
Cohary, das fürstliche Haus, in Ungarn I, 430.
Coigny, Herzog von (1830) I, 289 f.
Coimbra, Gefecht bei (1828) I, 228. Aufstand (1846) 544 f.
Colbert, französischer Minister IV, 329.
Colenso, Dr., Bischof von Natal (1868) III, 165.
Coletta, neapolitanischer General (1820) I, 99.
Colley, englischer General (1881) IV, 164.
Colombey-Nouilly, Schlacht bei (1870) III, 322.
Columbia, die Republik (1820) I, 181 f.
Comers, Ritter v., österreichischer Justizminister (1865) III, 40.
Commune, der Aufstand der, in Paris (1871) III, 445. IV, 32. 37. 40—46. 139.
Concha, spanischer General (1868) III, 270.
Congogebiet, das, in Afrika (1884) IV, 155.
Conny, v., französischer Deputierter (1830) I, 291.
Conradi, hannöverscher Abgeordneter (1838) I, 330 f.
Consalvi, Kardinal (1815) I, 94. 96.
Conseil, französischer Unterhändler in der Schweiz (1836) I, 467.
Constant, Benjamin, französischer Schriftsteller und Deputierter (1820 bis 1830) I, 77 f. 230. 246. 250.
Consulta di Stato, Staatsrat im Kirchenstaat (1847) I, 548.
Conti, französischer Deputierter (1871) III, 441 f.
Cooper, englischer General (1857) II, 247.
Corbière, französischer Minister (1820) I, 119 f.
Corboli, päpstlicher Legat (1847) I, 549.
Cornelius, Peter v., Maler in München und Berlin († 1867) I, 209.
Coronini, österreichischer General (1854) II, 200.
Cortes, die spanischen und portugiesischen, s. unter Spanien und Portugal.
Costa Cabral, s. Cabral.
Coulmiers, Schlacht bei (1870) III, 401. 404.
Courvoisier, französischer Minister (1829) I, 258. 262.
Cousin, französischer Professor I, 252. Minister (1840) 556.
Cowley, Lord, englischer Gesandter in Paris (1856) II, 211. 215., in Wien (1859) 356. 539.
Crementz, Bischof von Ermeland (1872) IV, 21.
Cremer, französischer General (1870) III, 393. 414. 419.
Cremieux, französischer Advokat, Deputierter und Minister (1845 bis 1871) I, 569 f. 583 f. II, 94. III, 363. 366. 374. 394. 403.
Cretzulesco, rumänischer General (1866) III, 71.
Crispi, italienischer Ministerpräsident IV, 204. 206. 207—209.
Cromwell, Oliver IV, 321—323.
Cruz, de la, spanischer Minister (1824) I, 222.
Cuba, die Revolte auf der Insel (1850) II, 167. (1874) IV, 96.
Cubières, französischer General und Minister (1840—1846) I, 556. 567.
Cubin-Gridaine, französischer Minister (1839) I, 464. 475.
Cugia, italienischer General (1861) II, 405.
Cullen, Kardinal in Irland (1873) IV, 86.
Cumberland, Herzog von, Sohn Georgs V. von Hannover, und seine Erbansprüche an Braunschweig (1884) IV, 158.
— desgl., s. Ernst August.
Curci, Jesuitenpater (1877) IV, 103.
Curé, französischer Deputierter (1857) II, 230.

Curtatone, Gefecht bei (1848) II, 137.
Cuſa, Alexander, Fürſt von Rumänien (1859—1866) II, 425. III, 71 f.
Cuſtozza, Schlachten bei (1848) II, 127. 140. 143. 147. 149. 153 f. (1866) III, 112. 134. 136. 187.
Cypern, die Inſel, fällt an England (1878) IV, 136. 148. 232.
Cyrus, König von Perſien IV, 275.
Czartoryski, Fürſt Adam Georg. Als Jugendfreund Alexanders I. von Rußland I, 103. Im Polenaufſtande (1830 und 1831) 389 bis 392. 398.
Czerski, Johannes, deutſch-katholiſcher Prediger zu Schneidemühl (1845) I, 496.

D

Daboramida, ſardiniſcher Miniſter (1859) II, 384 f.
Dahlmann, Profeſſor in Göttingen, Mitglied des deutſchen Parlamentes (1819—1850) I, 65. 316. 330. II, 21. 31.
Dahomey IV, 253.
Dalmatien, Aufſtand in (1869) III, 201. IV, 145.
Dalwigk, Freiherr v., heſſiſcher Miniſter (1854—1870) II, 289, 476. III, 145. 244. 255.
Damaskus, türkiſches Paſchalik in Syrien I, 403 f.
Damesme, franzöſiſcher General (1848) II, 98 f.
Dänemark, das Königreich. Verliert Norwegen (1814) I, 16 f. Zur Zeit des Wiener Kongreſſes (1815) 20. 22., der Reſtauration (1815—1830) 30. 32. 39. 173. 201. Die ſchleswig-holſteiniſche Frage (1841—1848) 509—513. II, 6 f. Krieg in den Herzogtümern (1848 bis 1850) 27—30. 77—79. 83—86. Zur Zeit der Reaktion, Stellung zu den Herzogtümern (1852—1863) 302—305. 531—536. 539. III, 4 bis 15. Der däniſch-deutſche Krieg (1864) 15—25. Wiener Friede, Konvention von Gaſtein (1864 und 1865) 25—27. Zuſtände (1864 bis 1866) 56—59. 82 f. 143. (1866 bis 1870) 183 f. Zur Zeit des deutſch-franzöſiſchen Krieges (1870) 291. 319. 359. Zuſtände (1870—1877) IV, 104—106. 168. 169. 267. 268. 314.
Danewirke, Eroberung der (1848) II, 29. Umgehung der D. (1864) III, 15—18. 21. 23.
Danilo, Fürſt von Montenegro (1852) II, 190.
Dannenberg, ruſſiſcher General (1853) II, 194.
Danzig, Zuſammenkunft in (1881) IV. 151.
Darboy, Erzbiſchof von Paris IV, 44.
Dardanellen, die Schließung der (1833) I, 408 f. Vertrag (1841) 534. 536. 558. Zur Zeit des Krimkrieges (1853—1855) II, 195, 212.
Dardanellenfrage IV, 237.
Darimon, franzöſiſcher Deputierter (1858—1867) II, 230. 420. III, 84. 90. 253.
Darius, König von Perſien IV, 275.
Darmſtadt, Konferenzen zu (1854) II, 277 f.
Daru, Graf, franzöſiſcher Miniſter (1870) III, 263—267.
Darwin, Charles, engliſcher Naturforſcher III, 166.
Dauphinee, der Aufſtand in der (1817) I, 71.
David, Jerome, franzöſiſcher Deputierter (1870) III, 283. 286.
Davis, Jefferſon, Präſident der amerikaniſchen Südſtaaten-Konföderation (1861—1865) II, 569. 573. 581. III, 146 f. 150.
Deák, Franz, ungariſcher Staatsmann (1839 bis 1869) I, 333. II, 34. 450 f. 455. III, 189. 191. 195. IV, 78 f.
Debreczin, Reichstag zu (1849) II, 70 f.
Decaen, franzöſiſcher General (1870) III, 322.
Decamiſados, die, ſpaniſche Partei (1821) I, 115 f.
Decazes, Graf, franzöſiſcher Miniſter (1816—1820) I. 68—75. 78. 118. 231.
— Herzog von, desgl. (1873 u. 1874) IV, 62.
Dedecker, belgiſcher Miniſter (1852 bis 1855) II, 270 f.

Degenfeld, österreichischer General (1849) II, 156.
Dehn-Rothfelser, kurhessischer Minister (1862) II, 475.
Dejareh, Schlacht bei (1818) I, 145.
Dekabristen, die, in St. Petersburg (1825) I, 151.
Delangle, französischer Minister (1858) II, 235.
Delbrück, Präsident des Reichskanzleramtes (1877) IV, 34.
Delescruze, französischer Revolutionär (1870 u. 1871) III, 399. IV, 44 f.
Delhi, Eroberung von (1857) II, 244 f.
Deligiorgis, griechischer Minister (1864) III, 69.
Delord, Taxile, französischer Schriftsteller II, 222, 396. III, 128. 130 f. 222 f. 287. 379. 395.
Demagogenverfolgungen, die, zur Zeit der Restauration (1815 bis 1820) I, 62 f.
Dembinski, polnischer General (1831) I, 395—399.
Demokratische Partei, die, in Nordamerika (1868) III, 151.
Denfert, Kommandant von Belfort (1870) III, 437. IV, 50.
Denman, Verteidiger der Königin Karoline von England (1820) I, 176.
Denzler, Schweizer Oberst (1856) II, 309.
Departementalgesetz, das französische (1829) I, 255—257.
Depretis, italienischer Minister (1876—1887) IV, 104. 167.
Derby, Graf, englischer Minister, s. u. Lord Stanley.
Dermbach an der Werra, Gefecht bei (1866) III, 139.
Deroulède, französischer Nationalist IV, 220.
Derwenaki, die Defileen von, in Griechenland (1822) I, 144.
Derwisch Pascha, türkischer Statthalter in der Herzegowina (1875) IV, 122, als Pfortenkommissar in Ägypten (1882) IV, 147.
Dessolles, französischer General und Minister (1818) I, 75.
Detmold, deutscher Reichsminister (1849) II, 63.
Deutscher Bund, Bundestag und Bundesakte, s. Bund.
Deutscher Orden IV, 304.
Deutschkatholiken-Bewegung, die (1844) I, 496 f.
Deutschland. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 11—16, 19—25 IV. 333. Gründung des Deutschen Bundes (1815—1820) 38—65. Zur Zeit der Reaktion (1820—1830) 198—210. 213—219. Der Bundestag und die deutschen Staaten (1830—1840) 313—332. 336 f. Geistiges Leben, kirchliche Streitigkeiten 338—351. Zustände (1840—1848) 476—478. Einheitsbestrebungen und Unruhen (1840 bis 1848) 501—508. IV, 344. Die schleswig-holsteinische Frage 208 bis 513. Zur Zeit der Revolution (1848 u. 1849) II, 4—7. 10—20. Vorparlament, Fünfzigerausschuß, Nationalversammlung, Reichsverweser, Zentralgewalt zu Frankfurt a. M. 20—33. Grundrechte, Verfassungsfrage, deutsche Kaiserwahl 52—57. Restauration des Bundestags, Aufstände, Übersiedelung des Parlaments nach Stuttgart, Ende desselben, Dreikönigsbündnis 58—68. Preußen und Österreich, Union, Wirren in Hessen, Olmützer Punktation, Londoner Protokoll (1850 bis 1852) 73—86. Zur Zeit der Reaktion (1852—1858) 200. 272 bis 293. Zustände (1859—1863) 461 bis 483. Einheitsbestrebungen, Bundesreformen, der deutsche Fürstentag 513—531. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage und des deutsch-dänischen Krieges (1863 u. 1864) III, 3—25. Mittel- und Kleinstaaten, Bundesreformprojekte, Gasteiner Konvention (1865) 32—43. Bis zum Ausbruche des deutschen Krieges (1865 u. 1866) 48—55. Verhältnis zu Frankreich und Italien 90—95. Zur Zeit des deutschen Krieges (1866) 104—145. Zustände (1866—1870), Annexionen Preußens, der Norddeutsche Bund und die luxemburgische Frage 218—229. Schutz- und Trutzbündnisse Preußens mit den Südstaaten 229—232. Gründung des Zollparlaments 233

bis 236. Aufhebung der Spielbanken 237. Wahlen zum Zollparlament, Vereine und Versammlungen 238—242. Zustände in Süddeutschland 243—249. Verhältnis zu Frankreich 250—257. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870 u. 1871) IV, 351. Vorwand und Ausbruch 274—298. Saarbrücken, Weißenburg, Wörth und Spichern 298—314. Die Schlachten um Metz 314—331. Die Katastrophe von Sedan 331—360. Der Kampf um Paris 368 f., 376—382. 384 bis 388. 404—407. Straßburg wird deutsch 382 f. Schlachten um Orleans 388 f. Kapitulation von Metz 390—395. Weitere Schlachten um Orleans 400—403. Friede mit Frankreich, Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches 407—410. Kämpfe in den französischen Departements 410—415. Der Fall von Paris 415 bis 425. Versailler Konvention 426 f. Letzte Kämpfe in Frankreich 427 bis 439. Friedensschluß zu Versailles und zu Frankfurt a. M. (1871) 439 bis 446. Das neue Deutsche Reich unter Kaiser Wilhelm; Reichsverfassung und Reichstag; Elsaß-Lothringen fällt an das Deutsche Reich 4—9, 174—194. Kirchliche Frage, Maigesetze (1873) 11—24. Kirchengesetzgebung, Sozialdemokratie, Militärgesetz, Zivilehe, Sperrgesetz, Bankgesetz 24—30. Der Allgemeine deutsche Arbeiterverein und die sozialdemokratische Partei (1875) 32. 33. Synodalverfassung, Gerichtsorganisation 34. Auswärtige Angelegenheiten, Dreikaiserbündnis 37—39. 79—81. Allianz mit Italien (1872) 100—102. Weltpostkongreß (1874 und 1875) 114. Die Territorialveränderungen 115. Zustände (1878—1886) 137—140. Schutzbündnis mit Österreich-Ungarn (1879) 150 f. Kolonialbestrebungen 156. Ausnahmegesetze 157. Vollendung des Kölner Doms (1880), das Niederwald-Siegesdenkmal (1883) 159. 160. Kirchenstreit 159 bis 160. Differenz mit Spanien wegen der Karolineninseln (1885) 168.

Deutsch-Südwestafrika IV, 253.

Deutz, Agent und Verräter der Herzogin von Berry (1832 und 1833) I, 455.

Deval, französischer Konsul in Algier (1827) I, 261.

Devonshire, Herzog von (1827) I, 192.

Diakos, Athanasios, griechischer Held im griechischen Freiheitskrieg (1821) I, 138.

Diaz, Bartolomeo IV, 308.

— Porfirio, mexikanischer General (1867) III, 157.

Didier, französischer Advokat (1817) I, 71.

Diebitsch, Graf, russischer General. Im Kriege gegen die Türkei (1829) I, 165—169. In Polen (1831) 392 bis 397.

Djemil Bei, türkischer Gesandter in Paris (1856) II, 211.

Diesterweg, A., deutscher Pädagog II, 325.

Digeon, französischer General (1824) I, 222.

Dijon, Gefechte um (1871) III, 433 bis 435. 437.

Dilke, Sir Charles, englischer Baronet (1872) IV, 87.

Disraeli, Benjamin, englischer Minister (1850—1880) II, 9. 238. 249. III, 64. 159—163. 167. IV, 68. 88. Wird Lord Beaconsfield 127 f. IV, 164. Beim Berliner Frieden 134.

Dissenters, die englischen (1834) I, 368 f. 372 f. 520. III, 165.

Doblado, mexikanischer Minister (1862) II, 557.

Doblhoff, österreichischer Minister (1848) II, 36.

Dobre, Schlacht bei (1831) I, 393.

Dobrudscha, die, fällt an Rumänien (1878) IV, 135, 143.

Döllinger, Ignaz, Professor in München, Stiftsprobst (1869) III, 213. und der Altkatholizismus (1871) IV, 11.

Donaufürstentümer, die. Aufstand (1821) I, 135—137. Zur Zeit des russisch-türkischen Krieges (1828 und 1829) 155. 158 f. 163—165. 169 f. Wirren (1848) II, 170 f. 173 f. Zur Zeit des russisch-tür-

kischen Krieges (1853—1855) 194 bis 200. 209—212. 306., nachher 331. 352. 355. Zustände (1858 bis 1863) 423—426. 539. (1866) III, 70—74. 408. S. a. Bulgarien, Moldau, Rumänien, Serbien und Walachei.
Donchery, Zusammenkunft zu (1870) III, 352 f.
Donnadieu, französischer General (1817) I, 71.
Dorian, französischer Deputierter (1870) III, 363.
Dossenbach, Gefecht bei (1848) II, 22.
Dost Mohammed, Chan von Kabul (1839) I, 526 f.
Douay, Abel, französischer General (1870) III, 307 f.
— Felix, Kommandant des 7. französischen Armeekorps (1870) III, 300. 307. 309. 338. 342. 345. 348 f.
Douglas, Mitglied des nordamerikanischen Kongresses (1854) II, 569.
Dowiat, Genosse Ronges (1844) I, 497.
Dragatschan, Schlacht bei (1821) I, 137.
Dreikönigsbündnis, das, zwischen Preußen, Hannover und Sachsen (1848) II, 67 f. 73 bis 76. Das Dreikaiserbündnis [Deutschland, Österreich, Rußland (1872)] IV, 38, 81. 122.
Dreißigjähriger Krieg IV, 317. 320. 325.
Dresden, Vertrag zu (1821). Aufhebung der Elbzölle I, 218. Aufstand (1848) II, 61. Die freien Konferenzen zu D. (1850) 83 f.
Dreux, Gefecht bei (1870) III, 402.
Dreyfus, Alfred, französischer Hauptmann IV, 215. 216. 217. 218.
Drods, französischer General IV, 221.
Droste zu Vischering, Klemens August Freiherr v., Erzbischof von Köln (1835—1837) I, 346—349. 479. IV, 31.
Drouyn de l'Huys, französischer Minister (1851—1864) II, 116, 417. III, 15. 91. 250 f.
Droysen, Joh. Gust., deutscher Geschichtschreiber II, 325.
Drummond, Thomas, englischer Beamter in Irland (1835—1839) I, 378.
Drusen, die, am Libanon (1840) I, 532. 534. II, 423.
Dualismus, der, in Österreich-Ungarn (1866) III, 188 f.
Dub, die Höhen von, in Böhmen (1866) III, 126.
Dubourg, in der Julirevolution (1830) I, 275 f. 286.
Ducatel, Jules, Pariser Bürger (1871) IV, 43.
Duchatel, französischer Minister (1834—1848) I, 460. 467. 470. 475. 558. 575.
Duchesme, Belgier (1874) IV, 109.
Duchesne, französischer General IV, 221.
Duclerc, französischer Minister (1883) IV, 162.
Ducos, französischer Deputierter (1842) I, 569.
Ducrot, französischer General (1870) III. 309. 337. 348 f. 352. 376. 378. 405 f. 423.
Dufaure, französischer Deputierter (1836) I, 464. Minister (1839) 475. (1871 bis 1877) III, 438. IV. 48. 53—56. 65. 67.
Dufour, Schweizer General (1847) I, 516.
Duhamel, russischer Oberst (1833) I, 406. General (1848) II, 171.
Dulce, spanischer General (1868) III, 270.
Dumont, französischer General (1867) III, 208.
Dumoulin, Euariste, Herausgeber der französischen Zeitung „Constitutionel" (1830) I, 275 f.
Dundas, Admiral (1853) II, 195.
Dunin, Martin v., Erzbischof von Posen und Gnesen (1838) I, 350. 479.
Dunoyer, französischer Nationalgardekapitän (1848) I, 583.
Dupanloup, Felix, Bischof von Orleans (1859—1873) II, 415. III, 100. 402. 490. 492 f. 497.
Duperré, französischer Marineminister und Admiral (1839) I, 475.
Dupetit-Thouars, französischer Admiral (1842) I, 562—564.
Dupin der Ältere, Charles, französischer Advokat, Deputierter und Minister (1830—1851) I, 266. 268.

270 f. 281. 285. 288. 438. 440. 456. 460. 473. 581. Präsident der gesetzgebenden Versammlung II, 109. 121.
Duplat, dänischer General (1864) III, 20.
Dupont de l'Eure, französischer Deputierter und Minister (1825—1848) I, 237. 250. 287. 294 f. 438. 440. 442. 447. 583 f.
Düppel, Gefecht bei (1848) II, 30. Erstürmung der Düppeler Schanzen (1849) 78. (1864) III, 18—22. 26.
Dupuy, französischer Minister IV, 213.
Durando, italienischer General (1848—1862) II, 129. 134. 137 f. 156. 406.
Durham, Lord, englischer Minister (1830) I, 353.
Durham Station, Kapitulation von (1865) III, 147.
Durlach, Gefecht bei (1849) II, 65.
Duruy, französischer Unterrichtsminister (1865) III, 87.
Duvergier de Hauranne, französischer Deputierter (1846) I, 465. 571.
Duvernois, Clément, französischer Minister (1870) III, 279. 317. 375.
Duvernoy, württembergischer Minister (1848) II, 12.
Duvivier, französischer General (1848) II, 99.
Dwernicki, polnischer Reitergeneral (1831) I, 393 f.

E

Early, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 582.
Eckernförde, Kampf bei (1849) II, 77.
Edhem Pascha, türkischer Minister (1877) IV, 129. 235.
Eduard VI., König von England IV, 315.
Ehen, die gemischten, in Preußen I, 343—350.
Eichendorff, deutscher Dichter IV, 338.
Eichhorn, preuß. Staatsrat und Minister (1815—1848) I, 60, 336. 492 f. IV, 339.
Eickhoff, österreichischer Minister (1835—1840) I, 332 f.
Eidgenossenschaft, schweizerische IV, 304. (s. Schweiz).
Eidsvold, Reichstag zu (1814) I, 17.
Einsiedel, v., sächsischer Minister (1830) I, 317.
Eisenach, Versammlung zu (1859) II, 464.
Eisenbahnen, die ersten, in England (1820) I, 197., die deutschen (1876) IV, 34. 158.
Eisernes Kreuz, s. Kreuz.
Elba, die Insel, zur Zeit Napoleons I. (1814) I, 10.
Elbarmee, die (1866) III, 118 bis 129. 135 f.
Elbzölle, Aufhebung der (1821) I, 218.
Eldon, Lord, englischer Minister (1812—1820) I, 32. 38. 192.
Elgin, Lord, englischer Gesandter in China (1857) II, 251.
Elio, spanischer General (1814 bis 1819) I, 80. 84.
Elisabeth, Gemahlin des Kaisers Franz Joseph von Österreich-Ungarn (seit 1854) III, 46. 195. Tod (1898) IV, 203. 270.
— Gemahlin König Friedrich Wilhelms IV. von Preußen († 1873) II, 330. III, 46.
— Gemahlin des Fürsten, späteren Königs Karl von Rumänien (1869) III, 175.
— Königin von England (1558 bis 1603) IV, 315. 316. 323.
Ellenborough, Lord, englischer Minister (1841—1846) I, 518. Generalgouverneur von Indien (1858) II, 249 f.
Elliot, englischer Gesandter in Athen (1862) II, 428.
— englischer Kapitän (1840) I, 525.
Elmshorn, Volksversammlung zu (1863) III, 12.
Elphinstone, englischer General in Indien (1841) I, 527.
Elsaß, bleibt (1815) bei Frankreich I, 11. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) III, 307 bis 310. 369 f. 381 f. Fällt an Deutschland (1870) 383 f. 394. 398. 408. 436. 439—442. IV, 4. Wird deutsches Reichsland IV, 9. 27. 29. 34. 115. Verfassung (1879) IV, 157.

Emanzipation, die, in Irland (1800—1829) I, 190. 193—195. 198. 517. Die Sklavenemanzipation in Nordamerika (1863) II, 578 f. III, 3.
Emigranten, die französischen (1815—1820) I, 67. 230 f. 236 f.
Emilia, die, Teil des Kirchenstaates II, 386 f.
Emin Pascha, Kommandant von Kars (1828) I, 164 f.
Emma, Königin-Witwe der Niederlande IV, 269.
Ems, die Badekur König Wilhelms von Preußen zu (1870) III, 249, 275. Das Auftreten des französischen Botschafters Benedetti und der Ausbruch des deutsch-französischen Krieges 277. 281—284.
Enzyklika, die päpstliche (1859) II, 383. (1864) III, 85. 98. f. 210. (1873) IV, 112.
Enfantin, Haupt der St.-Simonisten in Frankreich I, 453.
Engelhardt, russischer General (1849) II, 70.
England. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 9—17. 24 f. Zustände (1815—1830) 32—38. 105—107. 118. 121 f. Griechisch-türkische Angelegenheit 140. 152 f. 155—159. 161. 165. 170 f. Zur Zeit König Georgs IV. 174—198. 203 f. 216. 226—228. 308—312. Zur Zeit Wilhelms IV. (1830—1837) 352 bis 373. Zur Zeit der Königin Viktoria (seit 1837) 373—380. 406 f. 409. 428—430. Zustände (1840—1848) 517—528. Verhältnis zur Türkei und zu Rußland 530—533., zu Italien 551. 554. Zustände (1848 bis 1852) II, 7—10. 79. 85. 132 f. 174 f. Verhältnis zu Griechenland 177 f. Zur Zeit des Krimkrieges (1853—1856) 189. 192—197. 201 bis 213. Zustände (1852—1859) 232. 236—240. Krieg in Indien 240—248., nachher 249—251. Verhältnis zur Türkei und zu Rußland (1852—1859) 331 f. 337., zu Italien und Österreich (1859—1863) 356. 366. 399—401., zu Griechenland 427—429. 439. 534. Zustände (1859—1863) 536—539. Verhältnis zu Australien, Afrika, Asien und Nordamerika 545—552., zu Mexiko 556—558., zur Union und Konföderation im nordamerikanischen Kriege 571 f. Trentaffäre 575. 579. Zustände (1863—1870) III, 14 f. 21. 23. 59—64. 82 f. 152. 155. 158 bis 169. 179 f. 254. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870 und 1871) 288 f. 317 f. 370. 407 f. Verhältnis zu Rußland (1870) IV, 83 f. Zustände (1870—1877) 84 bis 89. Das indische Kaiserreich (1875) 89. Orientalische Frage 121—127. Zur Zeit des Berliner Friedens (1878) 133—138. Zustände (1878 bis 1886) 164. 165. (1888—1900) IV, 222. 238—246. 247. 248. 249. 295. 314. 315. 316. 321. 329. 330. 335.
Enrique, Don, spanischer Infant (1867) III, 269.
Eötvös, Baron, ungarischer Minister (1867) III, 190 f.
Epidauros, das Statut von, in Griechenland (1822) I, 142.
Epirus fällt an Griechenland (1881) IV, 145.
Eraso, Karlistengeneral in Spanien (1835) I, 433.
Erfurt, das Parlament zu (1850) II, 75.
Eriwan, Festung in Armenien (1827) I, 162.
Ernoul, französischer Deputierter (1873) IV, 56.
Ernst II., Herzog von Sachsen-Koburg-Gotha (seit 1848) II, 77. 285 f. 428. 464 f.
— Erzherzog von Österreich (1866) III, 125.
Ernst August, Herzog von Cambridge und Cumberland, König von Hannover (1837—1851) I, 316. 328 bis 332. 372. 374. II, 12 f. 26. 280. IV, 341.
Erzerum, Hauptstadt von Großarmenien (1829) I, 167. (1877) IV, 132.
Escudero, mexikanischer Minister (1864) II, 562.
España, Graf d', spanischer General (1827) I, 223.
Espartero, Baldemero, Herzog de la Bittoria, spanischer General und Regent (1837—1870) I, 434 f. 541 bis 543. II, 166. 168. 266 f. III, 272. IV, 90.

Espinasse, französischer General und Minister (1852—1859) II, 202. 233. 235.
Estatuto real, die spanische Charte (1834) I, 427. 467.
Esterházy, Fürst, österreichischer Gesandter zu London (1830) I, 308.
— Graf Valentin Ladisl. Ferd. v., österr. Gesandter in St. Petersburg (1855 und 1856) II, 210 f.
— Graf Moritz v., ungarischer Minister (1861) II, 455.
— französischer Major IV, 217.
Estrup, dänischer Minister (1876) IV, 105.
Ettenreich, Wiener Bürger (1853) II, 350.
Etzel, v., preußischer General (1866) III, 135.
Eugen IV., Papst (1437) IV, 306.
Eugenie (von Montijo), Kaiserin der Franzosen (1853—1870) II, 216. 220 f. 230—232. III, 88. 178. 255. 258. 280 f. Regentin (1870) 299. 306. 316. 339—341. 362. 364. 392. IV, 10. 351.
Eulenburg, Botho Heinrich, Graf zu, preußischer Kommissar in Schleswig-Holstein (1849) II, 78.
— Friedrich Albrecht, Graf zu, preußischer Minister (1862—1876) II, 506 f. III, 31. 242. IV, 22. 32.
Eupatoria, Schlacht bei (1855) II, 206 f.
Europa, das Junge, Geheimbund (1836) I, 466.
Evans, englischer General (1836) I, 432.
Evora, Kapitulation von (1834) I, 430 f.
Ewald, Göttinger Professor (1837) I, 330. (1870) III, 409.
Exaltados, die, Partei in Spanien I, 114—117.
Exin, Gefecht bei (1849) II, 47.
Eynard, Bankier in Genf (1825) I, 153.
Eynatten, v., österreichischer General (1860) II, 443.
Eyre, Gouverneur von Jamaika (1865) III, 63.

F

Fabbri, Graf, päpstlicher Minister (1849) II, 149.
Faidherbe, französischer General (1870) III, 406. 414. 417 f. 423.
Failly, de, französischer General. In Italien (1867) III, 209. Kommandant des 5. Armeekorps (1870) 300. 309. 314. 337. 341 f. 345. 348.
Fair Oaks, Treffen bei (1862) II, 576 f.
Falk, preußischer Minister (1872 bis 1879) IV, 16. 21—24. 31. 159.
Falliéres, französischer Minister (1884) IV, 162.
Falloux, französischer Minister (1849) II, 113.
Fanti, italienischer General und Minister (1859 und 1860) II, 384. 386 f. 396 f.
Fare, de la, Erzbischof, Kardinal, französischer Minister (1824) I, 233.
Farini, italienischer General und Minister, Diktator von Parma und Modena (1859—1863) II, 377. 386. 403. 406.
Farragut, nordamerikanischer Admiral (1862) II, 576.
Faschoda IV, 222. 223.
Fattihpoore, Schlacht bei (1857) II, 246.
Faure, Felix, Präsident der Republik Frankreich IV, 213. 218.
Favre, Jules, Pariser Advokat (1858) II, 231. Deputierter 234. 418. 420. III, 89. 254. 257. 259. 263 f. 286. 362. Mitglied der französischen Regierung und Minister (1870 und 1871) 363—367. 372. 378 f. 380 f. 385. 399. 412. 422—427. 430. 432. 438. 440. 444 f. IV, 48. 85.
Fazy, James, Genfer Radikaler (1847) I. 515.
Februarrevolution, die französische (1848) I, 576—583.
Felinski, Erzbischof von Warschau (1862) II, 433. 435.
Feliu, Roman, spanischer Minister (1821) I, 115.
Fenierbund, der, in Irland (1865) III, 62 f. 159 f. 164. 168. IV, 240.
Ferdinand I., Kaiser von Österreich (1835—1848) I, 332 f. 425. 497. 503. 551 f. II, 14 f. 34—46. 69. 451. IV, 313.
— III., Großherzog von Toskana (1814—1824) I, 18. 92. 113.

Ferdinand, Erbprinz von Toskana (1859) österreichischer Erzherzog II, 378. 380.
— VII. (Don Fernando), König von Spanien (1808—1833) I, 80—87. 114—118. 121—129. 221—224. 228. 425 f. II, 408.
— I. (IV.), König beider Sizilien (1759—1825) I, 96—100. 106—109. 111. 113. 280. 299.
— II. (Re Bomba), desgl. (1830 bis 1859) I, 424. 426. 553. II, 130. 135 f. 143—147. 154. 160 f. 251. 263. 389. 462.
— Prinz von Dänemark I, 510.
— Herzog von Koburg-Cohary, Gatte der Königin Maria da Gloria von Portugal (1836—1870) I, 430. II, 168. III, 271.
— Fürst von Bulgarien (1887—1893) IV, 205. 230. 231.
— von Hohenzollern, rumänischer Thronerbe (1889) IV, 228.
— Philippe, Herzog von Chartres und Orleans, Sohn Louis Philippes (1830—1842) I, 294. 450. 466. 470. Sein Tod 560 f.
Ferrara, Legation des Kirchenstaates (1815) I, 18. Österreichische Besatzung in F. (1847—1849) 549. 573. II, 149.
Ferrières, Zusammenkunft zu (1870) III, 378 f. 385.
Ferronays, Graf de la, französischer Gesandter in Troppau (1820) I, 105. Minister (1828) 250.
Ferry, Jules, Mitglied der französischen Regierung (1870 u. 1871) III, 363. 399. IV, 162.
Festeticz, österreichischer General (1866) III, 125.
Festungsviereck, das italienische (Peschiera, Mantua, Verona, Legnano), im italienischen Kriege (1848) II, 131. (1859) 367. 369 f.
Feth-Ali, Schah von Persien (1827) I, 162. 167.
Feutrier, Bischof, französischer Minister (1828) I, 251.
Fewzi, Achmed, türkischer Admiral (1839) I, 529.
Fichte (Reden an die deutsche Nation) IV, 338.
Fickler, Führer im badischen Aufstand (1848) II, 22 f.
Ficquelmont, Graf, österreichischer Minister (1848) II, 35. 133.
Fiérek, französischer General (1870) III, 400.
Fieschi, Korse, und sein Attentat auf König Louis Philippe in Paris (1835) I, 461 f. 465.
Figueras, spanischer Ministerpräsident (1873) III, 537 f.
Filangieri, neapolitanischer General, Herzog von Taormina, Statthalter von Sizilien (1848 u. 1849) II, 144—147.
Finnland, fällt (1809) an Rußland I, 13. 17. 538. (1862) II, 440. (1866) III, 78. (1888) IV, 225. 226.
Fischer, Dr. Hannibal, oldenburgischer Staatsrat, Auktionator der deutschen Flotte (1852) II, 85.
Fishers-Hill, Schlacht bei (1864) II, 582.
Fitz-Gerald, Vesey, englisches Parlamentsmitglied (1828) I, 194.
Flandern, Graf von, Bruder König Leopolds II. von Belgien (1866) III, 72. 181.
Flemming, geistlicher Dichter IV, 326.
Fletsas, griechischer Priester (1825) I, 147.
Fleury, französischer General (1851 bis 1859) II, 119. 370.
Fließ, v., preußischer Heerführer (1866) III, 115. 118.
Flocon, französischer Schriftsteller (1848) I, 575.
Floing, Kampf bei (bei Sedan) (1870) III, 348 f.
Floquet, französischer Minister IV, 213.
Florenz, wird Hauptstadt des Königreichs Italien (1865) III, 101.
Flotte, die Auflösung der deutschen (1852) II, 85. Der Anfang der preußischen Fl. (1862) 514. 520 f. III, 30.
Flotte, de, französischer Deputierter (1850) II, 113.
Flottwell, preußischer Minister (1858) II, 329.
Flourens, französischer Revolutionär (1870 und 1871) III, 399. 424.
Föderalismus, der, in Österreich (1860) II, 448 f. III, 188 f. IV, 68.

Foissac-Latour, Graf, französischer General (1823) I, 125 f. 289.
Follen, Karl, Dozent in Jena (1818) I, 45.
Forckenbeck, Max v., Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses (1866) III, 219.
Forey, französischer Marschall (1859 bis 1863) II, 362. 559—561.
Forgach, Graf, ungarischer Minister (1861) II, 455.
Formosa, Insel, Abtretung an Japan (1895) IV, 255. 256.
Forton, französischer General (1870) III, 323. 325.
Fortoul, französischer Minister (1853—1856) II, 228.
Fortschrittspartei, die deutsche (1861) II, 491—499. 508—510. 530. (1866—1870) III, 228. 243.
Fouché Herzog von Otranto, französischer Minister (1815) I, 68 f. 77.
Fould, französischer Bankier und Finanzminister (1849—1870) II, 111. 116. 419. III, 83.
Fourichon, französischer Admiral (1870) III, 360. Minister 366.
Fourier, Charles, französischer Sozialist I, 452. 568.
Fourtou, französischer Minister (1877) IV, 66.
Foy, französischer General und Deputierter (1820—1825) I, 78. 122 f. 230. 232. 237. 242 f.
Frage, orientalische IV, 334. Siehe England, Rußland.
Francia, Diktator von Paraguay († 1840) II, 553.
Francisco, Don, spanischer Infant (1830) I, 224.
— de Assis, s. unter Franz.
Franckh, Buchhändler in Stuttgart (1833) I, 325.
François, v., preußischer General (1870) III, 312.
Frankfurt am Main, freie Reichsstadt. Wiederherstellung durch den Wiener Kongreß (1815) I, 20. Sitz der deutschen Bundesversammlung (1815—1866) 39. Der Putsch (1833) 324 f. Tritt dem Zollverein bei (1836) 336. Zur Zeit der Revolution (1848 und 1849) II, 11. 20 bis 23. Die deutsche Nationalversammlung 24—27. 31—33. 50—55. 58—63. Restauration des Bundestages (1850) 74 f. Volkswirtschaftlicher Kongreß (1859) 465. Fürstentag (1863) 526 f. Versammlung der Landesvertreter (1863) III, 12. Abgeordnetentag (1864) 44. Eroberung der Stadt durch die Preußen (1866) 140 f. 220 f. Friede zu F. (1871) 445 f. IV, 27. 83. 115. 116. 158. 219.
Franken, deutscher Volksstamm IV, 288. 289. 290. 293.
Frankreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 9 bis 12. 24—28. Regierung Ludwigs XVIII. (1815—1824) 65—79. 105—107. 118—128. 229—234. Regierung Karls X. (1824—1830) 158 f. 170 f. 234—279. Sturz der Bourbonen, das Haus Orleans kommt auf den Thron, Regierung Louis Philippes (1830—1848) 279 bis 295. 299 f. 305. 308—314. 405 bis 411. 417—419. 425. 428 f. 435 bis 475. 530 f. 555—584. Londoner Protokoll (1852) II, 85 f. Zur Zeit der Republik (1848—1851). Provisorische Regierung, Nationalversammlung, Junischlacht (1848) 86 bis 104. Louis Napoleons Präsidentschaft (1848—1851) 104—118. Staatsstreich und Kaisertum (1851 und 1852) 118—127. 132 f. 158 bis 161. 164. 175—177. Zur Zeit des russisch-türkischen Krieges (1853 bis 1856) 192—197. 201—214. Zustände (1852—1859) 214—236. Chinesischer Krieg (1857) 251. Verhältnis zu Italien 264 f., zu den Niederlanden 269., zu Rußland und der Türkei 331 f. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859—1862) 355—373. Verhältnis zu Sardinien (Savoyen und Nizza fallen an Frankreich), dem italienischen Königreiche und dem Kirchenstaat 374 f. 380—388. 396. 398. 400 f. Zustände (1859 bis 1863) 410—422. Syrische Expedition (1860) 424 f. Verhältnis zu Griechenland 428 f., zu Rußland 430 f. Handelsvertrag mit Preußen (1862—1864) 500. 515—518. Verhältnis zu England 537—539. Kolonisationspolitik in Algerien 546 f. Kochinchina und Anam 548. Chi-

nesische Expedition (1860) 550 f. Mexikanische Expedition (1860 bis 1864) 556—562. Stellung im nordamerikanischen Kriege (1861) 571 f. 579. Zustände (1863—1866) III, 81—93. 96 f. 102 f. 143—145. Verhältnis zu Mexiko und den Vereinigten Staaten 152—157., zu Belgien 180—182. 222 f., zu Deutschland 184., zu Österreich 202 f. 205., zu Italien 132 f. 206—210. Die luxemburgische Frage (1867) 229 f. Zustände (1866—1870) 250—262. Ministerium Ollivier: Plebiszit 262 bis 268. Der deutsch-französische Krieg (1870 und 1871): Vorwand und Ausbruch 274—298. Bis zur Schlacht bei Sedan 298—331. Die Katastrophe von Sedan 331—360. Ereignisse bis zur Kapitulation von Metz. Republik, Regierung der Nationalverteidigung, Belagerung von Paris, Regierung in Tours, Diktatur Gambettas, Schlachten um Orleans, Kapitulation von Metz 360—394. Kämpfe, Waffenstillstandsunterhandlungen, Aufruhr in Paris, weitere Schlachten um Orleans, Ausfälle von Paris, Kapitulationen 394—407. Kämpfe in den Departements 410—415. Der Fall von Paris 415—424. Konvention von Versailles 425—427. Letzte Kämpfe 427—434. Katastrophe der Armee Bourbakis 434—436. Versammlung zu Bordeaux 437 f. Friedensschluß, Elsaß mit Straßburg und Lothringen mit Metz fallen an Deutschland, Präliminarfrieden von Versailles, Einzug der Deutschen in Paris, der Frankfurter Friede (1871) 439—446. IV, 8 f. 27 f. 37 f. Zustände (1870—1871): Kommune 40—47. Republik, Nationalversammlung, Thiers' Präsidentschaft 49 f. Geistlicher Schwindel 52 f. Tod Napoleons III. (1873) 54. Mac Mahon, Präsident (1873) 56 f. Bourbonen und Orleanisten IV, 59—61. Das Septennat 62—68. Stellung zu Italien 101. Territorialveränderungen 147. In der orientalischen Frage 122. Zur Zeit des Berliner Friedens (1878) 134 bis 140. Besetzung von Tunis (1881) 146. 152. Zustände (1878—1886) 154. 160—162. Expedition nach Tongking IV, 163. 167. (1888 bis 1890) IV, 210—223. Ferner IV, 314. 316. 320. 329.

Fransecky, v., preußischer General (1866) III, 127—130. 135. 142. Als Kommandant des 2. preußischen Armeekorps (1870 und 1871) 303. 319 f. 329. 406. 432. 436.

Fransoni, Erzbischof von Turin (1850) II, 257.

Franz I., Kaiser von Österreich (1806—1835) I, 14 f. 21. 24. 55 bis 57. 62. 74. 90 f. 105. 112 f. 117 f. 210—213. 332. 345. 436. 498. II, 344.

— I., König beider Sizilien (1825 bis 1830) I, 113.

— II., desgl. (1859—1861) II, 389 bis 398. 401. 488.

— II., König von Frankreich IV, 314.

— IV., Herzog von Modena (1814 bis 1846) I, 18 f. 92. 419. 424. 454.

— V., desgl. (1846—1859) I, 549 f. II, 129. 147. 254 f. 377. 463.

— de Assis (Don Francisco), spanischer Infant, Gatte der Königin Isabella von Spanien (1845) I, 544. 565. II, 165. 266.

Franz Joseph I., Kaiser von Österreich (seit 1848) II, 46. 55. 68 bis 71. 80 f. 155. 162. 180 f. 188. 194. 198. 200. 203. 253. 255. 263. 337. Zur Zeit der Reaktion (Konkordat) (1852—1859) 341—347. 350—354. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 357. 359. 366 f. 370—373. Verhältnis zum Königreich Italien 400., zu Österreich 411., zu Rußland 430. Reformen, Reichsrat, Königreich Ungarn (1859—1863) 443—460. Zur Zeit des Frankfurter Fürstentages (1863) 526 f. Ferner III, 9. 25. Bis zur Gasteiner Konvention (1863—1865) 38—43. Stellung zu Preußen (1866) 47. 50., zu Deutschland und Italien 92. 96. 102. Zur Zeit des Krieges mit Preußen (1866) 120. 132—134. 143. Krönung als König von Ungarn (1867) 192. Verhältnis zu Ungarn und Zisleithanien 194—199. 201 f. 205 f. 255. 317. Dreikaiserbündnis (1872) IV, 38. Ferner 68. 70. 72.

75. 80 f. 100. 151. 196. 200. 202. 229.
Franz Karl, österreichischer Erzherzog (1848) II. 46. 451.
Frauenstimmrecht in England IV, 243. 244.
Fredericksburgh, Schlachten bei, in Nordamerika (1862) II, 577. (1863) 580.
Freedmansbureaus, die, in den Vereinigten Staaten (1866) III, 149.
Frehse, preußischer Abgeordneter III, 42.
Freie Gemeinden in Deutschland (1844—1847) I, 495 f.
Freienwalde, der Schiedsspruch von (1850) II, 282.
Freihandel, der, in England I, 186 f.
Freiheitskriege (1813—1815) IV, 333.
Freimaurerorden, der, I, 82. 97.
Fremont, nordamerikanischer General (1861) II, 576. 583.
Freppel, französischer Bischof IV, 212.
Frère-Orban, belgischer Minister (1857—1880) II, 271. III, 182. 611. Ministerpräsident IV, 169.
Frescaty, Zusammenkunft in (1870) III, 393.
Freycinet, französischer Staatsmann (1870—1877) III, 388. IV, 67. 162. 213.
Freydorf, v., badischer Minister (1866) III, 232.
Freyre, spanischer General (1820) I, 86.
— Dom Gomez, portugiesischer General (1817) I, 88.
Freyssinous, Graf, Bischof von Hermopolis, französischer Minister (1824) I, 233.
Friedenthal, preußischer Minister (1879) IV, 159.
Friedericia, Belagerung von (1849) II, 78. (1864) III, 21 f.
Friedrich VI., König von Dänemark (1808—1839) I, 32. 173. 510.
— VII., desgl. (1848—1863) I, 510. II, 6. 28. 85. 301. 303. 355. Sein Tod (1863) 535. III, 5—7. IV, 348.
— II., deutscher König IV, 300.
— III., deutscher König IV, 306.
Friedrich II., der Große, König von Preußen (1740—1786) I, 345. 495. II, 20. 64. 72. 79. 82. 299. 503. III, 28. 72. 105. 121. IV, 326. 327. 328. 329. 330.
— III., Deutscher Kaiser IV, 174.
— I., König von Württemberg (1797 bis 1816) I, 43. 52 f. 206.
— Großherzog von Baden (seit 1852) II, 290. 470—472. III, 232. 234. 248.
— Prinz von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg (1848 bis 1852) II, 28. 86. Als Friedrich VIII., Herzog von Schleswig-Holstein (1863—1866) 535. III, 7. 10. 12 f. 16 f. 19. 22 f. 26 f. 30. 35—37. 42 f. 52.
— Prinz der Niederlande I, 306 f.
Friedrich August, Kurfürst von Sachsen, König von Polen IV, 319.
— — I., König von Sachsen (1807 bis 1827) I, 15 f. 48. 204.
— — II., desgl. (1836—1854) I, 317. 505 f. II, 12. 61. 66 f.
Friedrich Franz II., Großherzog von Mecklenburg-Schwerin (1842 bis 1883) II, 281 f. III, 142. Deutscher Feldherr im französischen Kriege (1870 und 1871) 304. 357. 402 f. 411. 415. 417.
Friedrich Karl, Prinz von Preußen. Feldherr in Schleswig-Holstein (1864) III, 17—19. 23. 34., in Böhmen (1866) 118. 121. 124 bis 126. 128. 130 f. 135. Befehlshaber der 2. Armee im deutsch-französischen Kriege (1870 und 1871) 302 f. 312 f. 325. 327. 331. 355 f. 358. 391 bis 393. Feldmarschall 401—403. 411. 415. IV, 7.
Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst von Brandenburg III, 113. 121.
— — I., König von Preußen II, 299.
— — II., desgl. II, 50.
— — III., desgl. (1797—1840). Zur Zeit des Wiener Kongresses I, 14 f. 24., der Restauration 43. 60—65. 74., der Revolutionen und Reaktionen 105—107. 117. 149. 168 f. 204. 214 f. 334 f. 339. 343. 345. 349 bis 351. 410. 476 f. 539. II, 430. IV, 341.

Friedrich Wilhelm IV., König von Preußen (1840 bis 1861) I, 299. 351. 476 f. 479 bis 497. 501 f. 504 f. 539. 543. Zur Zeit der Berliner Revolution (1848) II, 16—20., des schleswig-holsteinischen Krieges 26—29. Verhältnis zu Deutschland, die deutsche Kaiserkrone 40—60. Dreikönigsbündnis 66 f. Verhältnis zu Österreich 72—75., zu Rußland 81. Die Olmützer Punktation, Stellung zu Kurhessen und Schleswig-Holstein, Londoner Protokoll (1850) 83 bis 86. 172. 275 f. 282. Reaktionszeit (1852—1858) 294—301. 304—311. 317 f. 321—330. 350 f. 353. 372. 482. Sein Tod (1861) 485 f. III, 46.
— — Kronprinz von Preußen II, 328. 511. Feldherr in Böhmen (1866) III, 118—131. 135. 178. 218. 297. Oberbefehlshaber der 3. Armee im deutsch-französischen Kriege (1870 und 1871) 303. 307 f. 310 f. 315. 320. 331—333. 342—344. 351. 355. 377. Feldmarschall 401. Kronprinz des Deutschen Reiches (seit 1870) IV, 7. 38. 154. 175. 342. 344.
— — Herzog von Braunschweig († 1815) I, 204.
— — Kurfürst von Hessen (1847 bis 1866) II, 13. 79. 83. 85. 462. 472 bis 476. 500. 508. 524. III, 33. 115.
Friesen, deutscher Volksstamm IV, 293.
Frijs-Frijsenborg, Graf, dänischer Minister (1865) III, 59.
Frimont, österreichischer General (1821) I, 108. 420.
Fröbel, Julius, Abgesandter der Linken des deutschen Parlamentes in Wien (1848 und 1849) II, 42. 45.
Fröschweiler, Kampf bei (1870) III, 310 f.
Froissard, französischer General, Befehlshaber des 2. Armeekorps (1870) III, 300. 305 f. 311—315. 322. 324. 327.
Frost, John, englischer Chartist (1839) I, 376 f.
Fuad Efendi, türkischer Diplomat (1848—1853) II, 172. 174. 191.
— Pascha, türkischer General (1860) II, 423.
Fueros, die, im Baskenlande I, 125. 426 f. 435.
Fulda, Bischofskonferenzen zu (1869) III, 213 (1872 und 1873) IV, 22. 24.
Fundamentalstatut, das sardinische (1848) I, 554.
Fünfmächtevertrag, der (1841) I, 560.
Fünfzigerausschuß, der (1848) II, 21. 23.
Fusion, die, zwischen Legitimisten und Orleanisten IV, 47.

G

Gablenz, Ludwig v., österreichischer Feldmarschall, in Schleswig-Holstein (1864—1866) III, 16. 23. 43. 45., in Böhmen (1866) 122 f. 125. 132 f.
Gaeta, die neapolitanische Festung, Exil Papst Pius' IX. (1849) II, 154 f. 158 f. Belagerung (1860 und 1861) 396—398.
Gagern, Freiherr Friedrich v., hessischer General in Baden (1848) II, 22.
— Freiherr Heinrich v., Mitglied der hessischen Kammer (1820) I, 152. 327. II, 11. Minister (1848) 22. Präsident des deutschen Parlaments und Ministerpräsident (1848 und 1849) 24—27. 53 f. 62. 464.
Gaisberg, die Erstürmung des, bei Weißenburg (1870) III, 308.
Galilei IV, 324.
Galizien, Aufstand (1845 und 1846) I, 499. 565. II, 35. 367. 454. 457. III, 38. Zustände (1867) 190 f. 198.
Galletti, Advokat, römischer Minister (1848) II, 151.
Gallifet, französischer General IV, 218.
Gallo, Herzog di, neapolitanischer Minister (1820) I, 107.
Gambetta, Leon, französischer Deputierter (1869 und 1870) III, 259. 263. 265. 285. 287. 335 f. Mitglied der französischen Regierung 363. 366 f. 374 f. 379. 381. Diktator von Frankreich während des Krieges (1870 und 1871) 387—389. 394 f. 397. 400. 403 f. 410—412. 419. 422. 428 f. 430 f. 435. 437. Nach dem Kriege (1872—1877) IV, 50 f. 53. 55. 63 f. 67. Wird Minister (1881) und stirbt (1882) IV, 161. 162. 163.

Garcia, Don Martin de, spanischer Finanzminister (1816—1818) I, 82.
— de la Torre, spanischer Justizminister (1820) I, 86.
Garibaldi, Giuseppe, italienischer Freiheitskämpfer (1848—1850) II, 109. 138. 142. In Rom 159—161. Im italienisch-österreichischen Kriege (1859) 262. 264. 361—364. Zur Zeit der Kämpfe in Neapel, Sizilien und Mittelitalien (1859—1863) 381—383. 390—399. 404—406. 416. In England (1864) III, 60. Im Kriege gegen Österreich (1866) 96. 112. 137. Als Gegner des Papsttums (1867) 185. 208. Bei Mentana 319. Im deutsch-französischen Kriege (1870 und 1871) 372. 388. 414. 419. 433 f. 437. 439. Sein Tod (1882) IV 167.
— Menotti, Sohn des vorigen. Vor Messina (1862) II, 405. In Dijon (1871) III, 437.
Garnier-Pagès, französischer Deputierter (1833) I, 458. Mitglied der provisorischen Regierung (1848) 584. Maire von Paris II, 87 f. Minister 90. 93 f. Oppositionsmann (1866) III, 89. (1870) 267. Mitglied der Pariser Regierung (1871) 426.
Gärth, Dr., beim Frankfurter Putsch (1833) I, 325.
Gasparin, französischer Minister (1836) I, 467.
Gasser, v., bayrischer Gesandter in Stuttgart (1872) IV, 18.
Gastein, Konvention von (1865) III, 25. 42 f. 45—48. 52. 61. 83. 89. 102.
Gataine, englischer General IV, 252.
Gautsch, Baron v., österreichischer Ministerpräsident IV, 199.
Gavazzi, Pater, in Livorno (1848) II, 148.
Geismar, russischer General (1831) I, 393.
Generalsynode, die, in Preußen (1846) I, 493.
Genf, der Kanton. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 12. 19. Revolution (1847) 515 f. Die Genfer Konvention in bezug auf die Neutralität des Sanitätswesens im Kriege (1864) II, 369. III, 67. Schiedsgericht (1870 und 1871) 169. Kongreß (1867) 185. 208. (1870) 352. IV, 82. 88. Kirchenstreit (1873) IV, 110—112.
Gent, Sozialistenkongreß zu (1877) IV, 33.
Gentz, Friedrich, deutscher politischer Schriftsteller und Generalsekretär des Wiener Kongresses (1815) I, 57. 65.
Genua, die Republik, fällt an Sardinien (1815) I, 18.
— Herzöge Albert Amadeus und Thomas von, s. Albert Amadeus und Thomas.
Georg III., König von England, Kurfürst von Hannover (1760 bis 1820) I, 32 f. 38. 175. 190. 373.
— IV., König von England und Hannover (1820—1830) I, 32 f. 36. 38. 171. 175—179. 191—196. 204. 352.
— V., König von Hannover (1851 bis 1866) II, 280. 282. 479—481. III, 33. Zur Zeit des deutschen Krieges, seine Entthronung (1866) 114—117. 144. 204. 221—223. 237 f. 242. IV, 349.
— Prinz von Sachsen (1870) III, 386.
— griechischer Prinz, Gouverneur von Kreta (seit 1898) IV, 236.
Georgios I., König von Griechenland (seit 1863), früher Prinz Wilhelm von Dänemark II, 428 f. III, 68—70. 173. 179.
— Patriarch von Konstantinopel (1821) I, 139.
Georgsorden, der Sankt-, in Rußland III, 172.
Gérard, französischer Marschall, Deputierter und Minister (1830 bis 1848) I, 270. 276. 278. 287. 312. 438. 440. 447. 455 f. 460. 580.
Gerchsheim, Gefecht bei (1866) III, 142.
Gerhard, Paul, geistlicher Dichter IV, 326.
Gerichtsorganisation, die einheitliche, in Deutschland (1876) IV, 35 f.
Gerlach, Ludwig v., Appellationsgerichtspräsident, preußischer Abgeordneter (1852—1859) II, 298 f. 305.
— dänischer General (1864) III, 23.

Germanos, Erzbischof von Patras (1821) I, 138.
Gervinus, G. G., Professor in Göttingen, deutscher Geschichtschreiber († 1871) I, 163. 227. 330. 478. 497. II, 292. III, 222.
Gesellschaft der Familien, die, französischer Geheimbund, und die Gesellschaft der Jahreszeiten (1834) I, 474.
Gesellschaftsinseln, die, I, 562 f.
Geßler, v., württembergischer Minister (1870) III, 247.
Gettysburgh, Schlacht bei (1863) II, 580.
Gex, fällt an Genf (1815) I, 11.
Ghika, Demetrius, Minister von Rumänien (1868) III, 175.
— Gregor, Hospodar der Moldau (1850) II, 174.
Ghizy, ungarischer Minister (1874) IV, 78.
Gibraltar, die Festung, in Spanien, bleibt im Besitze Englands I, 12.
Gibson, Milner, englisches Parlamentsmitglied (1858) II, 232.
Gielgud, polnischer General (1831) I, 395—397.
Gioberti, Vincenzo, italienischer Schriftsteller (1843) I, 547 f. Minister von Sardinien (1849) II, 154.
Girardin, Alexander Graf v., Großjägermeister Karls X. (1830) I, 272. 288.
— Emile de, französischer Journalist (1848) I, 580. (1870) III, 277.
Giskra, österreichischer Minister (1868) III, 196. 201— 204.
Gislikon, Schlacht bei (1847) I, 516.
Gitschin, Einnahme der Stadt (1866) III, 120—122.
Gladstone, Eduard, englischer Staatsmann (1841—1886) I, 518. II, 427. III, 60. 63. 161—166. 281. 289. IV, 85. 88. 144. 154. 164—166. 239—243. 247.
Glais-Bizoin, Mitglied der französischen Regierung (1870) III, 363. 374. 394. 403.
Glümer, v., preußischer General (1870) III, 312. 419.
Gneisenau, August, Graf Neidhardt v., preußischer General (1812 bis 1831) I, 60. 479.
— preußischer General (1870) III, 305 f.
Göben, v., preußischer General (1864) III, 34. (1866) 115. 140 f. Befehlshaber des 8. Armeekorps (1870) 302. 313. 417 f. 433.
Goderich, Lord, englischer Minister, s. Robinson.
Gödöllö, Schlacht bei (1849) II, 70.
Goegg, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65.
Goethe, Johann Wolfgang v. (1749 bis 1832) I, 41. 47. 338. IV, 328. 337.
Goito, Schlacht bei (1848) II, 131. 137.
Goldene Bulle IV, 304.
Golesco, rumänischer General (1866) III, 71.
Golther, v., württembergischer Minister (1861—1870) II, 468 f. III, 239. 247.
Goltz, v. d., preußischer General (1870) III, 322. 418.
Goluchowski, Graf, österreichischer Minister, Statthalter in Galizien (1859—1868) II, 444. 448. 451—453. III, 198. IV, 202.
Gomez, karlistischer General (1837) I, 434.
Gondrecourt, Graf, österreichischer General (1864) III, 18.
Goppelt, württembergischer Minister (1848) II, 12.
Gordon, englischer General in Afrika (1884) IV, 148.
Görgey, Arthur, ungarischer General und Diktator (1849) II, 40. 69 bis 72. 161.
Görlitz, Sammelplatz der 1. preußischen Armee (1866) III, 118.
Görres, Jakob Joseph v., deutscher Schriftsteller (1776—1848) I, 42. 61. 65. 209. 349. 508.
Gortschakow, Fürst Alexander, russischer Diplomat und Reichskanzler (1852—1879) II, 211. 230. 366. 381. 429. 437. 442. III, 407. IV, 82. 149.
— Fürst Michael, russischer General, Statthalter in Polen (1852—1861) II, 194. 199. 207 f. 431.
Goschen, englischer Minister (1869) III, 163.
Goßler, v., preußischer Kultusminister (1890) IV, 183.
Gotha, Versammlung zu (1849) II, 68. Sozialistenkongreß (1873) IV,

33 f. Die Partei der Gothaer II, 464.
Göttingen. Der hannöversche Verfassungsstreit und die Vertreibung der sieben Professoren (1838) I, 330. Zur Zeit des deutschen Krieges (1866) III, 114 f.
Goudchaux, französischer Deputierter (1857) II, 230. 234.
Gough, Sir Hugh, englischer General in Indien (1843) I, 527.
Gouin, französischer Deputierter (1836) I, 464. 471.
Goulard, französischer Minister (1873) IV, 56.
Goulbourn, englischer Minister (1841—1846) I, 518.
Govone, italienischer General (1866) III, 47. 101.
Goyon, französischer General (1860) II, 386.
Grabbe, russischer General (1849) II, 173.
Grabow, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses (1862—1866) II, 495. 499. 509. III, 31. 219.
Grach, Oberst, preußischer Instruktor in türkischen Diensten (1854) II, 199.
Graham, Sir James, englischer Minister (1841—1846) I, 353. 518.
Gramont, Herzog von, französischer Minister (1870) III, 267. 275—278. 281. 283. 286—289. 296. 304. 316.
Granier aus Cassagnac, bonapartistischer Deputierter III, 182. 264. 267. 286.
Grant, englischer Minister (1827) I, 192.
— Ulysses, nordamerikanischer General (1862—1864) II, 576. 580 f. Generalissimus der Unionstruppen 582. III, 146 f. 150. Präsident der Vereinigten Staaten (1869) 151 f.
Granville, Lord, englischer Minister (1870) III, 318.
Gravelotte, Schlacht bei (1870) III, 327—331. 337. 342. 358.
Gräwell, Dr., deutscher Reichsminister (1849) II, 62. 78.
Graz, Unruhen zu (1875) IV, 77.
Great Eastern, das englische Riesenschiff II, 538. III, 145 f.
Grégoire, Abbé, französischer Deputierter (1819) I, 76 f.
Gregor XVI. (Kamaldulensergeneral Capellari), Papst (1830—1846) I, 349. 419—422. 538. 546 f. 565.
Gregory, August, englischer Reisender in Australien (1857) II, 545.
Gregr, tschechischer Abgeordneter IV, 196.
Grévy, Jules, französischer Deputierter III, 265. Präsident der Nationalversammlung (1871—1879) 438. IV, 55. 65. 67. Präsident der Republik (1879—1887) IV, 155. 161.
Grey, Earl Charles, englischer Premierminister (1831—1834) I, 353. 357. 359—365. 368 f. 570.
Griechenland. Zur Zeit seiner Befreiungskämpfe (1821—1828) I, 118. 132—148. 152—162. 170 bis 172. 182 f. 254. 308. 310. IV, 334. Zur Zeit Kapodistrias und König Ottos I. (1830—1862) 380—387. 402 f. 527. 535—537. II, 177 bis 179. 198. 330. 334. Revolution (1862), unter König Georgios I. (seit 1863), die Jonischen Inseln kommen an Gr. 426—429. 538. III, 4. 55. Zustände (seit 1863) 68 bis 70. 74. 173 f. 179. IV, 39. 115. 121. 126. 133. 135 f. Thessalien und der südliche Teil von Epirus kommen an Gr. (1881) 144 f. (1888—1890) 232. 234.
Grillparzer, österreichischer Schriftsteller I, 498.
Grimm, die Professoren Jakob und Wilhelm zu Göttingen (1838) I, 330. IV, 339.
Gröben, Graf Karl von der, preußischer General (1849) II, 65. 82.
— Georg von der, desgl. (1870) III, 407.
Grochow, Schlacht bei (1831) I, 393. 396. II, 431.
Grolman, Karl Wilh. Georg v., preußischer General (1819) I, 64.
Grolmann, großherzoglich hessischer Minister (1821) I, 205.
Großbritannien s. England.
Grotius, Hugo IV, 325.
Grün, Anastasius (Graf von Auersperg), österreichischer Dichter I, 498.
Grundrechte, die, des deutschen Volkes (1848) II, 27. 52. 56.
Grünne, Karl Ludw., Graf v., österreichischer Generaladjutant (1859) II, 360. 443.

Gudsö, Gefecht bei (1849) II, 78.
Guerazzi, Demokrat in Livorno (1849) II, 148. 155.
Guericke, Professor in Halle (1830) I, 340.
Guernon-Ranville, Graf, französischer Minister (1830—1836) I, 263 f. 439. 468.
Guerreiro, portugiesischer Jurist, Regent von Portugal (1830) I, 229.
Guilleaume, General, belgischer Kriegsminister (1872) IV, 109.
Guizot, französischer Geschichtschreiber und Staatsmann (1830 bis 1848) I, 242. 252. 270 f. 276. 285—288. 438. 440. 444. 448. 451. 454. 456. 460. 464. 467. 470. 473. 475. 556. 558. 560—563. 566 f. 570. 573. 576—578. II, 15. 115. 124. 228. III, 369 f.
Gülhane, Hattischerif von (1839) s. Hattischerif.
Gunstett, Treffen bei (1870) III, 309.
Gurko, russischer General (1877) IV, 131. 133.
Gustav Adolf, König von Schweden IV, 267.
Gustav-Adolf-Verein, der, in Deutschland I, 495.
Gyulay, Graf Franz, österreichischer General in Italien (1857—1859) II, 255. 360—367.

H

Haag, Friedenskonferenz (1899) IV, 227.
Habeaskorpusakte, die Suspension der, in England (1817 bis 1824) I, 36 f., 191., in Irland (1848) II, 9. (1867) III, 159 f.
Habietinek, österreichischer Minister (1871) IV, 69.
Hafiz Pascha, türkischer General und Seraskier (1839) I, 528.
Hagen, preußischer Abgeordneter (1862) II, 495 f.
Hagios Nikolaos, die Verteidigung des griechischen Klosters (1824) I, 146.
Hake, v., sächsischer General, Kommandant der Bundestruppen in Holstein (1863 und 1864) III, 12, 16. 19. 34.
Halbhuber, v., österreichischer Zivilkommissar in Schleswig-Holstein (1865) III, 41.
Halen, van, Oberst, Führer im belgischen Aufstand (1830) I, 307.
Halil Pascha, Kommandant von Adrianopel (1829) I, 167.
Hall, dänischer Ministerpräsident (1861—1864) II, 533. 535. III, 7. 58.
Halle a. d. Saale, evangelischer Kirchentag zu (1872) IV, 20.
Halleck, nordamerikanischer General (1862) II, 577.
Haller, Karl Ludwig v., Berner Patrizier und Professor (1827) I, 412. II, 298.
Hallesche Jahrbücher (1838) I, 494.
Hallue, Schlacht an der (1870) III, 417.
Hambacher Fest, das (1832) I, 322.
Hamburg, bleibt freie Reichsstadt (1815) I, 20. 39. Der Brand (1842) 508. Zur Zeit der Bundesexekution in Holstein (1864) III, 16. Eintritt in den Zollverein (1882) IV, 157.
Hamelin, französischer Admiral (1854) II, 195.
Hamilton, englischer Flottenkommandant (1825) I, 147.
— englischer General in Indien (1855) II, 247.
Hammer, der Orden vom, in Spanien (1821) I, 115.
— dänischer Kapitän auf Sylt (1864) III, 24.
Hammerstein, hannöverscher Minister (1862) II, 481.
Handelsfreiheit, die, in Preußen (1818) und der mitteldeutsche Handelsverein (1828) I, 218 f.
Handelsverträge, deutsche, IV, 176. 177.
Hannibal IV, 279.
Hannover, Kurfürstentum, zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 12, 16., wird Königreich 19 f. Als Bundesstaat 39. 48 f. Verfassung (1819) 203. Unter Ernst August (1837—1851) 316 f. 328 bis 332. 337. 372. 374. Zur Zeit der Revolution (1848 und 1849) II, 12 f. 59. 63. Im Dreikönigbündnis 67 f. 73. 75. Zur Zeit Georgs V. (1851

bis 1866) 280. 478—481. 517 f. 520 f. 523. Bei der Bundesexekution in Holstein (1863 und 1864) III, 12. 25 f. Zustände (1863—1865) 32—35. Krieg mit Preußen (1866) 105 f. 109—111. 114—118. 139. Wird mit Preußen vereinigt 143 f. 220 f. Ferner 222 f. 237. IV, 116. 158.
Hanoi, Besetzung durch Frankreich IV, 163.
Hansa IV, 304.
Hansard, englischer Buchdrucker (1828) I, 197.
Hansemann, David, preußischer Abgeordneter (1847) I, 489. Minister (1848) II, 48.
Hardenberg, Fürst von, preußischer Staatskanzler (1814—1820) I, 14 f. 44. 60. 62. 64. 490.
Hardinge, Sir Henry, englischer General in Indien (1843) I, 527.
Harleß, bayrischer Konsistorialrat (1870) III, 245.
Harnack, Adolf, Professor IV, 175.
Harnier, v., großherzoglich hessischer Bundestagsgesandter (1821) I, 200.
Harrison, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika IV, 259.
Hartmann, Jakob Freiherr v., bayrischer General (1870) III, 303. 309. 378. 386.
— Julius v., preußischer General (1871) III, 417.
Hartwig, Graf, österreichischer Diplomat (1848) II, 133.
Hasner, österreichischer Minister (1868) III, 196. 201 f.
Hassenpflug, kurhessischer Minister (1850—1857) II, 79. 83. 283. 474.
Hattihumajum, der türkische (1856) II, 332. III, 203.
Hattischerif von Gülhane, türkisches Reformstatut (1839) I, 531. 534. II, 332.
Hatvan, Schlacht bei (1849) II, 70.
Hatzfeld, Graf von, preußischer Gesandter in Paris (1856) II, 211.
Haucke, Graf, polnischer Kriegsminister (1830) I, 389.
Häusser, Ludwig, Geschichtschreiber († 1867) II, 292. 325.
Haussez, d', Baron, französischer Minister (1829) I, 258 f.
Haußmann, Baron, Präfekt des Seinedepartements (1854—1870) II, 220 f. 228. 234 f. III, 86. 257. 263.
Hautpoul, französischer General und Minister (1849) II, 112. S. a. Beaufort.
Havas, die Agence, in Paris II, 225.
Havelock, Henry, englischer General in Indien (1857) II, 246—248.
Hawaiische Inseln IV, 262.
Haynau, Baron, österreichischer Feldmarschall in Italien und Ungarn (1849 und 1850) II, 71 f. 165, 181 f. 283. 449.
Hayti, die Insel, s. San Domingo.
Hecker, Friedrich, badischer Abgeordneter (1845) I, 483. Mitglied des deutschen Vorparlamentes und Führer im badischen Aufstand (1848 und 1849) II, 20. 22 f. 31. 62. 66.
Heckscher, deutscher Reichsminister (1848) II, 25.
Heemskerk, holländischer Minister (1874) III, 550. IV, 107.
Hefele, Bischof von Rottenburg (1870 und 1871) III, 217. IV, 12.
Hegel, Georg Friedrich Wilhelm, deutscher Philosoph (1770—1831) I, 341. 492. IV, 337.
Hegnenberg-Dux, Graf v., bayrischer Ministerpräsident († 1872) IV, 18.
Hegyes, Schlacht bei (1849) II, 71.
Heideck, v., bayrischer General, griechisches Regentschaftsmitglied (1833) I, 386.
Heilige Allianz, die, s. Allianz.
Heine, Heinrich, deutscher Dichter II, 63. IV, 340.
Heinrich I., König von Ostfranken IV, 295.
— II., der Heilige IV, 297. 314.
— III., von England IV, 320.
— III. von Frankreich IV, 297. 314. 316.
— IV. von Frankreich IV, 314. 320.
— IV., deutscher König IV, 298.
— (V.) Herzog von Bordeaux, Graf von Chambord, Enkel Karls X. von Frankreich (1820—1883) I, 79, 234. 244. 281. 288—291. 454. 562. II, 115. 216. 224. III, 318. IV, 47. 49. 53. 60—61. 101. 108. Sein Tod 161.
— VI., deutscher König IV, 299.
— VIII., König von England IV, 315.

Heinrich, Prinz d. Niederlande, Statthalter von Luxemburg (1856) II, 281.
— Prinz von Preußen IV, 194.
Helena, s. Saint (Sankt)-Helena.
Helene von Mecklenburg-Schwerin, Herzogin von Orleans (1837—1848) I, 471. 561. 580—583. II, 88.
Helgoland, die Insel, wird (1814) an England abgetreten I, 17. Seekampf bei H. (1864) III, 22. 60.
Helmstadt, Gefecht bei (1866) III, 142.
Hemskerk, niederländischer Minister IV, 268.
Hengstenberg, Professor der Theologie zu Berlin (1827) I, 494. II, 325.
Henikstein, v., österreichischer Generalstabschef (1866) III, 111. 186.
Henon, französischer Deputierter (1858) II, 230. 420.
Henri, französischer General (1870) III, 325.
Henry, französischer Oberst IV, 217.
Hentze, preußischer Denunziant (1856) II, 283. 317.
Henzi, österreichischer General (1849) II, 71.
Heppenheim, Zusammenkunft in (1847) II, 10.
Herat, Belagerung von (1837) I, 526. (1857) II, 240.
Herbert, Sidney, englischer Minister (1841—1846) I, 518.
Herbst, Professor in Prag, österreichischer Minister (1868—1873) III, 196. 199. 201. IV, 70. 75.
Herder, Johann Gottfried v., deutscher Dichter (1744—1803) I, 41. 338. IV, 328. 339.
Hermes, Georg, katholischer Theolog und Schriftsteller (1775—1831) und der Hermesianismus in den Rheinlanden I, 342 f. 347. III, 212.
Herrenkurie, die preußische I, 484. 488. (1855) II, 296.
Herrera, Präsident von Mexiko II, 554.
Herwarth v. Bittenfeld, preußischer General, Kommandant in Schleswig-Holstein (1864) III, 23. In Böhmen (1866) 118. 125. 135.
Herwegh, Georg, deutscher Dichter, Führer im badischen Aufstand (1848) II, 21—23.
Herwey, englischer Arzt IV, 324.
Herzberg, braunschweigischer General (1830) I, 315.
Herzegowina, die Wirren in der (1861 und 1862) II, 426. (1873 bis 1878) IV, 121—128. 134., kommt unter österreichische Verwaltung (1878) IV, 145. 148. 153.
Herzog, General der eidgenössischen Truppen (1871) III, 436.
— altkatholischer Bischof in der Schweiz (1876) IV, 113.
Hesekiel, Georg, deutscher Schriftsteller II, 524.
Heß, Heinrich v., Maler in München I, 209.
— Baron, österreichischer Feldzeugmeister. In Italien (1848 und 1849) II, 137. 157. 360. 366.
Hessen, Kurfürstentum (1815) I, 16. 19. Zur Zeit des Deutschen Bundes (1816—1848) 39. 48 f. 62 f. 200 f. 204 f. 317 f. 336. Zur Zeit der Revolution (1848 bis 1850) II, 13. 61. 66. 75. 79—85. Zustände (1850—1866) 281. 283. 350 f. 354. 472—476. 517 f. 520. III. 32 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 106. 109 f. 114—116. 139 f. Wird mit Preußen (1866) vereinigt 143 f. 220. 223. IV, 116. 601.
Hessen-Darmstadt, das Großherzogtum (1815) I, 20. Zur Zeit des Deutschen Bundes (1816—1866) 39. 49 f. 200. 205. 219. 318. 327. 336. 504. II, 66. 75. 289. 476. 517 f. 520. 523. III, 32 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 109. 139. 144. 234. 238. 244. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870 und 1871) 302 f. 330. 409. Zustände (1872 bis 1886) IV, 7. 25. 29 f.
Hessen-Homburg, die Landgrafschaft (1815) I, 22. Fällt an Preußen (1866) III, 144. IV, 116.
Hetärie, die, der Musenfreunde, in Paris und Athen (1812—1821) I, 134—138.
Heubner, Haupt des Aufstandes in Dresden (1849) II, 61.
Hexenglaube IV, 317.
Heyden, v., russischer Flottenkommandant (1826) I, 159.
Heydt, v. d., preußischer Minister (1849—1869) II, 50. 329. 496 f. 499—502. III, 242 f.

Hidalgo, spanischer General (1872) IV, 93.
Hildebrand, Papst IV, 298.
Hill, Sir Rowland, Reformator des englischen Postwesens (1837) I, 379 f.
Hiller von Gärtringen, preußischer General (1866) III, 129.
Hinckeldey, v., Polizeipräsident von Berlin (1856) II, 315. 317.
Hirschfeld, v., preußischer General in Baden und Posen (1849) II, 47. 65.
Hobbes IV, 325.
Hobrecht, A., preußischer Minister (1879) IV, 159.
Hochberg, die Grafen von, in Baden I, 50 f. 319. S. a. Leopold.
Hofmann, badischer General (1848) II, 33.
— hessisch. Staatsmann, Präsident des Reichskanzleramtes (1877) IV, 34.
Hohenlohe-Ingelfingen, Prinz von, Präsident des Herrenhauses, preußischer Ministerpräsident (1862) II, 496.
— -Schillingsfürst, Chlodwig, Fürst von, bayrischer Ministerpräsident (1867) III, 203 f. 212. 234 f. Vizepräsident des Zollparlamentes (1868) 339. Entlassung (1870) 244 f. Als Statthalter von Elsaß-Lothringen (1886) IV, 157. Reichskanzler IV, 191. 192.
— Fürst von, Bruder des vorigen, Kardinal (1872) IV, 18.
Hohensolms-Lich, Fürst von, preußischer Landtagsmarschall (1847) I, 487.
Hohenwart, Graf, österreichischer Minister (1871) IV, 71—74. 77.
Hohenzollern, die Fürstentümer (1827) I, 219. 503 f., werden an Preußen abgetreten (1850) II, 81. 184. 294 f. 296. 301. IV, 116. Zur Zeit des deutschen Krieges (1866) III, 139.
— Prinzen von, s. unter Karl I. von Rumänien und Leopold.
Holland (1814 und 1815) mit Belgien, Limburg und Luxemburg zum Königreich der Vereinigten Niederlande verbunden I, 17 f. Zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung Belgiens (1820—1832) 300—313. Zustände (1848—1866) 473. II, 7 f. 269. 411. Kolonien in Afrika 546. Zustände (1866—1870) III, 64 f. 180 f. Die luxemburgische Frage (1867) 229 f. Zustände (1870—1877), Krieg mit Atschin IV, 106 f. 116. 154. Krieg der holländischen Boers in Südafrika mit England (1877 bis 1881) IV, 164. Zustände (1880 bis 1886) IV, 169, 335.
Höllenmaschine, die, Fieschis in Paris (1835) I, 461 f.
Holstein, das Herzogtum, zur Zeit des Deutschen Bundes (1815—1848) I, 32. 39. 173. 201. Die schleswig-holsteinische Frage 508—513. Krieg mit Dänemark (1848—1850) II, 27 bis 30. 77—79. Zustände (1850 bis 1859) 82—85. 172. 301—305. 307. 350 f. Verhältnis zu Dänemark (1859—1863) 531—535. Zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1863 bis 1865) III, 6—28. 30 f. 34—36., österreichisches und preußisches Kondominat 36 f. 41—44. 47 f. 50—57. 61. 74. 82 f. 91 f. 104. 109. Fällt an Preußen (1866) 143. 220. 223. 559. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) 327. 403.
Holstein-Holstenborg, Graf, dänischer Minister (1873) IV, 105.
Homerule-Partei, die, in Irland (1873 und 1874) IV, 86. 166 f. 239. 240. 241. 242.
Homs, Schlacht bei (1832) I, 404.
Hone, William, Londoner Buchhändler (1817) I, 37.
Hongkong, die Insel, in China, fällt an England (1842) I, 525 f.
Hood, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 581 f.
Hooghvorst, Baron v., Präsident der provisorischen Regierung in Belgien (1830) I, 307.
Hooker, nordamerikanischer General (1863) II, 580.
Hope, englischer Admiral (1859) II, 550.
Hopf, Pfarrer, württembergischer Abgeordneter (1870) III, 297.
Horn, v., preußischer General (1866) III, 121. 126.
Hornthal, v., bayrischer Justizrat und Abgeordneter (1825) I, 208.
Horst, schleswig-holsteinischer General (1851) II, 83.

Hortense, s. Beauharnais.
Horton, Wilmot, englisches Parlamentsmitglied (1826) I, 188.
Horvath, ungarischer Minister (1867) III, 191.
Huber, Pariser Republikaner (1848) II, 95.
Hübner, Baron v., österreichischer Gesandter in Paris (1856—1859) II, 211, 265. 354. Polizeiminister 444.
Hudson, englischer Offizier (1857) II, 244.
Huerta del Rey, Schlacht bei (1837) I, 434.
Huesca, Schlacht bei (1837) I, 434.
Hugo, Viktor, französischer Dichter (1852—1871) II, 126. 223. III, 369. 385. 395. 442.
Hühnerwasser, Gefecht bei (1866) III, 121.
Huîne und Sarthe, Gefechte zwischen der (1870) III, 416.
Humanismus IV, 307.
Humann, französischer Minister (1832—1848) I, 454. 460. 463 f. 473. 558 f.
Humbert I., König von Italien IV, 104. 204. 209.
Humboldt, Alexander v., deutscher Gelehrter (1769—1859) I, 443. II, 291 f. 325. IV, 339.
— Wilhelm v., preußischer Minister (1814—1819) I, 21. 60. 64 f. 214 f. 336. IV, 339.
Hume, Joseph, englisches Parlamentsmitglied (1835) I, 371 f.
Hunkiar-Iskelessi, Vertrag von (1833) I, 408 f. 530. II, 173.
Hunt, englischer Demagog (1820) I, 38.
Hus, Johannes IV, 305. 306.
Husein-Bei, Dei von Algier (1827) I, 260—263.
Huskisson, englischer Minister (1820 bis 1830) I, 183. 186 f. 192.
Husseim Avni Pascha, türkischer Kriegsminister (1876) IV, 125.
Hussein Pascha, türkischer Oberfeldherr (1832) I, 404 f.
Hyacinth, Pater (Loyson), Karmelitermönch in Paris (1870) III, 262. Altkatholischer Geistlicher in Genf (1873) IV, 112.
Hyde de Neufville, französisch. Minister (1828—1830) I, 251. 282. 292.
Hydra, griechische Insel (1821) I, 138—141. (1830—1840) 381—384.

J

Jacini, italienischer Minister (1860) II, 387.
Jackson, Andrew, Präsident der Nordamerikanischen Union (1835) I, 461.
— Stonewall, General der nordamerikanischen Südstaaten (1862) II, 577.
Jacoby, Johann, Arzt zu Königsberg, preußischer Abgeordneter (1847 bis 1870) I, 481. II, 50. III, 220. 237. 292. 408.
Jacqueminot, französischer General (1848) I, 578.
Jadegebiet, das, kommt an Preußen (1853) III, 27. Wilhelmshafen (1866) 227. (1870) 360.
Jagel, Gefecht bei (1864) III, 18.
Jagello, Großfürst von Litauen IV, 304.
Jagow, v., preußischer Minister (1862) II, 496.
Jahn, Ludwig, Turnvater (1778 bis 1848) I, 42. 64. 479.
Jakob II., König von England IV, 322.
Jamaika, Suspension der Verfassung von (1839) I, 379. Unruhen (1866) III, 63.
Jameson, Dr. IV, 250. 251.
Janitscharen, Vernichtung der (1826) I, 156 f. 167.
Jansenisten, die, in Frankreich I, 347. III, 212. IV, 20. 24. 107.
Jantra, Gefechte an der (1877) IV, 132.
Janvier de la Motte, Präfekt des Eure-Departements (1870) II, 413.
Japan. Vertrag mit England und Rußland (1857) II, 251. 337. Handelsvertrag mit Preußen (1861) 549. Innere Zustände IV, 254. Krieg mit China IV, 255. 256.
Jarras, französischer General (1870) III, 393.
Jaubert, Graf, französischer Deputierter (1836) I, 464.
Ibell, v., nassauischer Staatsrat (1819) I, 46.

Ibrahim Pascha, Gouverneur von Morea, Feldherr in Griechenland (1823—1841) I, 145—148. 153. 157. 160 f. 170., ägyptischer Feldherr gegen die Türkei 402—408. 528. 532 f. Vizekönig von Ägypten (bis 1848) II, 174.
Idstedt, Schlacht bei (1850) II, 79. 83.
Jecker, französischer Bankier (1862) II, 557.
Jellachich, Banus von Kroatien (1848 u. 1849) II, 39—44. 69—71.
Jena, Schlacht (1806) IV, 337.
— die deutsche Burschenschaft zu (1815) I, 42 f. 45.
Jenikale, Eroberung der russischen Festung (1855) II, 207.
Jerusalem, das Bistum I, 493. Die Frage der heiligen Stätten (1847—1852) II, 175—177. 191 f.
Jeserski, Graf, polnischer Gesandter in St. Petersburg (1830) I, 391.
Jesuiten, Orden der (1814—1848) I, 94 f. 112. 114. 194 f. 241. 248. 251 f. 304. 412. 417 f. 430. 507. 514—517. 565. In Österreich (1852 bis 1859) 342—344. 354. In Italien 392. Verhältnis zu Pius IX. (1864) III, 99., zur Unfehlbarkeitslehre (1869) 210—214., zu den Altkatholiken (1870) IV, 10—15. Unterdrückung in Deutschland (1872) IV, 18 f. 140. 184. 186. 311. 346.
Ignatiew, russischer Diplomat (1876 bis 1881) IV, 124 f. 151.
Jirecek, österreichischer Minister (1871) IV, 69. 73.
Illy, Kampf auf dem Plateau von (1870) III, 348—350.
Indemnität, die, in Preußen (1866) III, 219 f.
Independenten, die, in Frankreich (1815—1820) I, 73. 75.
Indien, Eroberungen der Engländer in (1837—1843) I, 526 f. Krieg mit England (1857—1858) II, 240 bis 250. Das indische Kaiserreich (1876) IV, 89.
Industrie-Ausstellungen: in London (1851) II, 10., in Paris (1867) III, 254. (1878) IV, 67 f., in Wien (1873) IV, 75 f.
Infantado, Herzog von, spanischer Regent (1823) I, 125 f. 223.
Inglis, Sir John, englischer Kommandant von Lucknow in Indien (1857) II, 247.
Inkjerman, Schlacht von (1854) II, 204.
Innozenz III. IV, 300.
— IV. IV, 300.
Inquisition, die, in Spanien (1815 bis 1820) I, 81—83. 87. 114. 222. In Italien (1814) 94 f. IV, 301.
Internationale Assoziation, europäischer Arbeiterbund (1864) III, 163. 185.
Intransigenten, die, in Spanien (1875) IV, 94.
Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz in Deutschland IV, 179.
Jochmus, türkischer Befehlshaber in Asien (1840) I, 532. Reichsminister von Deutschland (1849) II, 63.
Johann, Erzherzog von Österreich (1842) I, 503. Als deutscher Reichsverweser (1848 und 1849) II, 25 bis 27. 30 f. 36. 43. 52. 54. 58. 62. 73 f.
— König von Sachsen (1854—1873) I, 505 f. II, 478. 529. III, 118. 224.
— VI., König von Portugal (1816 bis 1826) I, 87. 89. 129—132. 225.
Johann Sigismund, Kurfürst von Brandenburg IV, 318.
Johannesburg, Goldfunde bei IV, 250.
Johanniterorden, der, und die Insel Malta (1815) I, 12.
John, österreichischer Kriegsminister und Feldmarschall (1866) III, 187. 194.
Johnson, Andrew, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1865—1869) III, 147 bis 151.
— Reverdy, amerikanischer Gesandter in England (1868) III, 168 f.
Johnston, General der amerikanischen Südstaaten (1864) II, 581. III, 147.
Joinville, Prinz von, Sohn König Louis Philippes (1840—1871) I, 556. 561. 563. 572. II, 88. IV, 49.
Jolly, badischer Staatsrat (1871) III, 440.

Jonischen Inseln, die, kommen (1815) zu England I, 12. 171. II, 177., werden (1862) an Griechenland abgetreten 427 f. 538. III, 69. IV, 115.
Jordan, Silvester, Professor in Marburg (1831) I, 318.
Jörg, bayrischer Abgeordneter (1866 bis 1874) III, 245. 296. IV, 30.
Joseph II., Kaiser von Österreich IV, 328. 329.
— Erzherzog von Österreich (1868) III, 195.
Josephine, s. Beauharnais.
Jourdain, griechischer Gesandter in Verona (1823) I, 144.
Jourdan, Marschall von Frankreich (1815) I, 69.
Irland. Verhältnis zu England (1820—1848) I, 188—196. 368 bis 380. 521—524. II, 9. Unruhen, Fenierbund (1863—1866) III, 62 bis 64. Zustände (1866—1870) 158 bis 164. Die Homerule-Partei (1873 und 1874) IV, 85 f. Irische Frage (1878—1886) IV, 165. 166. 239. 240—242.
Irredentisten IV, 167. 207.
Irujo, Marquis Casa, spanischer Minister († 1824) I, 221 f.
Isabella II., Marie Luise, Königin von Spanien (1833—1868). Geburt (1830) I, 224. 425. Unter Vormundschaft ihrer Mutter Maria Christine 426—429. 435. 463. Mündigkeitserklärung (1843) 543 f. 565. Heirat II, 165. Geburt des Thronfolgers und Mordanfall (1852) 167. Regierung 266 f. 384. 408. III, 80 f. 258. Revolution und Sturz (1868) 268—271. (1870) IV, 90.
Isaszeg, Schlacht bei (1849) II, 70.
Ischl, Zusammenkunft zu (1871) IV, 38.
Isenburg, Aufruhr gegen den Fürsten von, in Hessen (1830) I, 318.
Isla de Leon, der Aufstand auf (1820) I, 85 f. 106. 116.
Islam IV, 290. 291. 293. 304.
Isly, Schlacht am Flusse (1844) I, 564.
— Herzog von, s. Bugeaud.
Ismail, Pascha, Vizekönig (Khedive) von Ägypten (1863—1879) III, 176 bis 178. IV, 147.
Isturiz, spanischer Minister (1830 bis 1836) I, 425. 433.
Italien. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 14. 18 bis 20., der Restauration (1815 bis 1820) 79. 90—100., der Revolutionen (1820—1840) 105—113. 118. 120. 210. 410. 417—425. 444—447. (1840 bis 1848) 545—555. 572 f. II, 4. 6. (1848—1852) 34 f. 38 f. 55. 71—74. 79. 106—111. 127—165. IV, 344. Zur Zeit der Reaktion (1852 bis 1859) 251—265., des französisch-österreichischen Krieges (1859) 355 bis 373. Umgestaltung Italiens (1859—1863) 374—386. IV, 347. Savoyen und Nizza werden an Frankreich abgetreten 387 f. Zustände in Neapel 389—398. Das Königreich Italien 398—406. Verhältnis zu Frankreich 410 f. 414 bis 417. 422., zu Preußen und Österreich (1866) III, 45—47. 50 f. 56., zu Frankreich und dem Papste 85 bis 93. Zustände (1863—1866) 93 bis 103. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1866) 104. 106. 111 f. 132—138. 143. 158. 180. 185 f. 205. Zustände (1866—1870) 206—218. 222. 251. 255—257. 280. 290 f. 318 f. 371 f. IV, 5. 38. 62. Rom, Hauptstadt von Italien (1871) IV, 97 f. Allianz mit Deutschland IV, 100 f. Stellung zu Frankreich und zum Papste 101. Zustände (1870 bis 1877) IV, 103 f. 114—116. 122 f. 137—139. 146. 147. 152. 155. 163. (1878—1886) 166—168. (1878 bis 1888) IV, 166—168. (1888—1890) IV, 203—210., ferner IV, 313.
Iturbide (Augustin I.), Kaiser von Mexiko (1822) I, 181. II, 554.
Itzenplitz, Graf, preußischer Minister (1862) II, 496.
Itzstein, Adam v., badischer Abgeordneter I, 319 f. 483. Mitglied des deutschen Parlamentes (1848) II, 11. 25.
Juan de Borbon, Bruder des span. Prätendenten Don Karlos, Grafen von Montemolin (1860) II, 408.
Juan-Frage, die, s. San-Juan.
Juarez, Benito, Präsident von Mexiko (1861—1867) II, 556 f. 560. 562. III, 154—157.

Juden, die. In Kurhessen (1816) I, 49. Im Kirchenstaat (1823) 113. In Württemberg (1828) 207. Beläſtigung derſelben (1830) 314. In Rußland 538. In England, Zulaſſung zum Parlamente II, 9. 251. Verfolgungen der Juden in Rumänien (1867) III, 174 f. Gleichſtellung der Juden mit den Chriſten in Rumänien (1878) IV, 143. Verfolgungen in Rußland IV, 151. In Öſterreich (1882 und 1883) IV, 152.
Julirevolution, die, in Frankreich (1830) I, 220. 265—279. IV, 335. 336.
Jungtſchechen IV, 196.
Juniſchlacht, die Pariſer (1848) II, 98—101.
Juntas, die, in Spanien und Portugal (1815—1830) I, 86—89. 117. 121. 125. 130 f. 221 f.
Jurien de la Gravière, franzöſiſcher Admiral (1862) II, 558.
Juſſuf Paſcha, türkiſcher General (1822—1828) I, 144. 164.
Jütland, Einrücken der Preußen in (1848) II, 29 f. (1849) 78. (1864) III, 21—24.
Izzet Mehemed Paſcha, türkiſcher Feldherr (1828) I, 165 f.
Izzet Mohammed, türkiſcher Kapudan-Paſcha (1828) I, 164.

K

Kabul, das Chanat, in Aſien I, 526 f.
Kachowsky, ruſſiſcher Leutnant (1825) I, 151.
Kaffernkrieg, der, in Afrika (1846 und 1847) I, 527. (1879) IV, 161. 164. 249. S. a. Zulukaffern.
Kaiſertums, Errichtung des neuen deutſchen, zu Verſailles (1871) III, 407—410. 422 f. IV, 4 f.
Kaiſer Wilhelmsland IV, 246.
Kaleb Medina, Schlacht bei (1840) I, 532.
Kalergis, Klephthenführer (1831) I, 381.
Kalifornien wird in die Nordamerikaniſche Union aufgenommen (1848) II, 567 f.
Kalik, öſterreichiſcher General (1864) III, 52. 114.
Kallay, v., Miniſter für Bosnien (1882) IV, 146.
Kalmariſche Union IV, 304. 315.
Kalnoky, öſterreichiſch-ungariſcher Miniſter des Äußern IV, 201.
Kameke, v., preußiſcher General (1870) III, 312.
Kamerun IV, 253.
Kamptz, Kodex der Gendarmerie (1817) I, 44.
Kamram, Fürſt von Herat (1837) I, 526.
Kanaris, Konſtantin, Mitglied der proviſoriſchen Regierung von Griechenland (1862) II, 427. III, 69.
Kandern, Gefecht bei (1848) II, 22.
Kanitz, Graf, Abgeordneter IV, 178.
Kantakuzenos, Fürſt, Hoſpodar der Walachei (1849) II, 172.
Kanton, Erſtürmung von (1857) II, 251.
Kapetinger IV, 296.
Kapland, das, in Südafrika, kommt an England (1815) I, 12. Koloniſation II, 546. IV, 249. 253.
Kapodiſtrias, Graf Johannes, ruſſiſcher Miniſter (1820—1822) I, 134 f. 140. 155. Präſident des griechiſchen Staatenbundes (1826 bis 1831) 158 f. 170—172. 380 bis 382.
— Graf Auguſtin, Bruder des vorigen (1831—1832) I, 382—384.
Kappeyne, holländiſcher Miniſter (1874) IV, 108.
Kapſalis, griechiſcher Primas (1826) I, 154.
Kara-Ali, türkiſcher Kapudan-Paſcha (1822) I, 143. 145.
Kara-Georgewitſch, Fürſt von Serbien III, 176.
Karaiskakis, Klephthenführer (1826) I, 153. 158.
Karataſſo, Adjutant König Ottos von Griechenland (1846) I, 536.
Karbonaria, Geheimbund in Italien (1815—1830) I, 96—100. 107 bis 111. II, 262.
Karl der Große IV, 174. 292. 293. 295.
— IV., deutſcher König IV, 304.
— V., deutſcher König IV, 305.
— Prinz von Bayern, Feldmarſchall (1866) III, 116 f. 139.
— I., Herzog von Braunſchweig (1815—1830) I, 204. 314—316.

Karl IV., König von Frankreich IV, 303.
— IX., König von Frankreich IV, 314.
— X., König von Frankreich (1824 bis 1830) I, 233—294. 305. 363. 418. 436. 439—441. 454. 463. 467 f. II, 99 101. IV, 335. S. a. Karl Philipp, Graf v. Artois.
— I. von England IV, 321.
— V. von England IV, 322. 324.
— III., Herzog von Parma (1850 bis 1854) II, 163. 254.
— I. von Hohenzollern-Sigmaringen, Fürst von Rumänien (seit 1866) III, 72 f. 174 f. 272. König (1881) 143. IV, 129. 132 f.
— XIII., König von Schweden (1809—1818) I, 17. 30.
— XIV. Johann, desgl. (1818—1844) I, 17. 30. f. 173 f. II, 7.
— XV., desgl. (1859—1872) II, 531 f. III, 57—59. IV, 105.
— I., König von Württemberg (seit 1864) III, 33. 234. 246 f. 409.
Karl Albert, Prinz von Savoyen-Carignan, sardinischer Kronprinz (1820—1831) I, 109—111. 126 f. König von Sardinien (1831—1849) 424. 550 f. 554 f. II, 107. 130 bis 143. 154—158.
— Anton, Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen (bis 1849) II, 81., preußischer Ministerpräsident (1858 bis 1862) 329. 488. III, 72. 272. 278.
— August, Großherzog von Sachsen-Weimar (1775—1828) I, 20. 44. 47 f.
— Felix, König von Sardinien (1821—1831) I, 110 f. 117 f.
— Friedrich, Markgraf von Baden (1787) Kurfürst, dann Großherzog (1806—1811) I, 19. 50.
— — Ludwig, Großherzog von Baden (1811—1818) I, 50.
— — II., Herzog von Parma (1847 bis 1849) I, 549. II, 129. 147. 163.
— — österreichischer Erzherzog (1863) II, 460.
— Philipp, Graf von Artois, Bruder des Königs Ludwig XVIII. von Frankreich (1815—1824) I, 67 bis 69. 72 f. 76—79. S. a. Karl X.
Karl Martell IV, 291.
Karlisten, die, in Spanien (1830 bis 1840) I, 426. 430—435. 541. (1870—1877) 90—92. 95—97. 102. IV, 168.
Karlos, Don (Karl V.), spanischer Infant, Prätendent (1820—1830) I, 221—224. Zur Zeit der Kämpfe der Christinos und Karlisten in Spanien (1832—1839) 425—427. 429—431. 433 f. 543. II, 408.
— (Karl VI.), Graf von Montemolin, Sohn des vorigen (1845—1860) I, 543. II, 167. 408. III, 270.
— (Karl VII.), Sohn des vorigen, Herzog von Madrid, spanischer Kronprätendent (1868) III, 270 (1871—1875) 90—92. 96 f. IV, 265.
Karlsbader Beschlüsse, die (1819) I, 62—64. 76. 199. 210. 214. 322.
Karol, König von Rumänien (seit 1866) IV, 228. 229.
Karoline (von Neapel), Herzogin von Berry (1816—1832) I, 72 f. 77. 79. 288. 454 f.
— Königin von Neapel, s. Maria Karoline.
— (von Braunschweig), Königin von England (1795—1821) I, 175—177. 179.
— Fürstin-Regentin von Reuß (1866) III, 223.
Karolineninseln, die (1885) IV, 168. 246.
Karolyi, Graf, österreichischer Gesandter in Berlin (1863—1866) II, 525. III, 45. 48. 50.
Kars, Festung in Armenien (1828) I, 164. Kapitulation (1855) II, 208 bis 210. (1877) IV, 132. 134.
Karthago IV, 279.
Kasa, Fürst von Tigre in Abessinien (1868) III, 167.
Kastilien, Rat von (1823) I, 221 f.
Katakazi, griechischer Minister (1840) I, 536.
Katharina II. von Rußland IV, 327.
Katholikenemanzipation, die, in England (1820—1830) I, 188 bis 196.
Kaufmann, russischer General in Chiwa und Chokand (1873—1876) IV, 84.
Kaulbach, Wilh. v., deutscher Maler II, 320.

Keller, elsässischer Deputierter in der konstituierenden Versammlung zu Bordeaux (1871) III, 439. 442.
Kellersberg, Freiherr v., österreichischer Gesandter in Turin (1859) II, 358.
Kent, Herzog von, Sohn König Georgs III. von England, Vater der Königin Viktoria I, 373.
Kepler, Astronom IV, 324.
Keratry, Auguste Hilarion v., französischer Deputierter (1830) I, 439.
— Emile, Graf v., desgl. (1870) III, 283. 336.
Kerner, Justinus IV, 338.
Kertsch, Erstürmung der Festung (1855) II, 207.
Ketteler, Freiherr v., Erzbischof von Mainz (1850—1871) II, 289. III, 216. 238. IV, 6.
Kettler, v., badischer General (1871) III, 434.
Ketzerei IV, 300. 301.
Kicki, Oberst im polnischen Aufstande (1830) I, 390.
Kiel, Friede von (1814) I, 16 f. Die provisorische schleswig-holsteinische Regierung in K. (1848) II, 28. Österreichisch-preußische Kommission zu K. (1851) 83. (1863) III, 8. Bundeskriegshafen 41. (1867) 227.
Kielmannsegge, v., hannöverscher Minister (1856) II, 280.
Kiew IV, 323.
Kirchbach, v., preußischer General, Befehlshaber des 5. deutschen Armeekorps (1870) III, 303. 308 bis 310. 386. 423.
Kirchenkonferenz, die evangelische, zu Berlin (1846) I, 503.
Kirchenstaat, der, Neugründung desselben durch den Wiener Kongreß (1815) I, 18 f. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) 92—96. 113. Zustände (1830—1840) 418 bis 421. 423. 446 f. 545. (1840 bis 1848) 548 f. 554. (1848—1859) II, 129. 134 f. 148—152. 158—161. 252—254. (1859—1863) 356. 361. 376 f. Verlust der Romagna 382 bis 388. 396 f. 402—406. 430. (1864) III, 97. Ende des Kirchenstaates (1870) 371 f. IV, 115. 350. S. a. unter Rom.
Kisker, preußischer Minister (1848) II, 50.
Kissingen, Gefecht bei (1866) III, 140.
Kitchener, englischer General IV, 222.
Kjutahia, Friede von (1833) I, 408 f. 528.
Klapka, ungarischer General (1849) II, 69. (1866) III, 134.
Kleist IV, 338.
Kleist-Retzow, v., Oberpräsident der Rheinprovinz (1858 II, 329 f.)
Klemens, August, siehe Droste-Vischering.
Klementine, Tochter König Louis Philippes I, 561.
Klenze, Erbauer der Glyptothek in München (1816—1830) I, 209.
Klephthen-Partei, die, in Griechenland (1821) I, 138. 144.
Kliefoth, mecklenburgischer Kirchenrat (1851) II, 282.
Klopp, Onno, Geschichtschreiber (1866) III, 117.
Klopstock IV, 328.
Klöster, die Aufhebung der, im Kirchenstaate (1873) IV, 99.
Klothilde (von Savoyen), Gattin Jerome Napoleons (1859) II, 357.
Knight, Begründer des englischen Pfennigmagazins (1836) I, 373.
Knownothings, die, in Nordamerika (1853) II, 568.
Kochinchina, Besetzung von, durch die Franzosen (1863) II, 422. 548.
Kolb, bayrischer Deputierter (1866) III, 295 f.
Kolberg, das französische Unternehmen gegen (1870) III, 359 f.
Kolding, Schlacht bei (1849) II, 78.
Kolettis, Joannis, Griechenführer (1831—1847) I, 382 f. 386. 536.
Köln, das Kurfürstentum, fällt an Preußen (1814 und 1815) I, 16. Religiöse Wirren (1835—1840) 346 bis 351. Weiterbau des Kölner Domes (1842) 502 f. Altkatholikenkongreß (1872) IV, 20. Vollendung des Domes (1880) IV, 157.
Kolokotronis, Theodor, Griechenführer (1821—1840) I, 138. 146 f. 382.
Kolonien: griechische IV, 277. holländische I, 12., englische 12.

524 f. II, 240—251. 544 f., spanische I, 180 f., französische II, 546 f. 548., deutsche IV, 155. 192.
Kolowrath, Graf, österreichischer Minister (1826) I, 210.
Kolumbus, Christoph IV, 307. 308.
Komitatsverfassung, die, in Ungarn I, 210 f.
Komunduros, griechischer Minister (1857) II, 334. III, 69.
Kondominat, das österreichisch-preußische, in Schleswig-Holstein (1864—1865) III, 35—43.
Konduriotis, Präsident der griech. Regierung (1824—1833) I, 146. 386.
Konföderation, die, der Südstaaten der nordamerikanischen Union (1861—1863) II, 569—583.
Kong, chinesischer Prinzregent (1860) II, 550 f.
Kongostaat IV, 248. 249. 253. 271.
Kongregation, die, zu Paris (1816) I, 71. 241. Provinzial- und Zentral-K. in Italien (1815) 91.
Kongreß, Wiener IV, 333.
Konia, Schlacht bei (1832) I, 405 f.
Königgrätz, Schlacht bei (1866) III, 111. 122. 124—131. 135 f. 138. 210. 218.
Königsberg in Preußen. Universität (1844) I, 493. Krönung König Wilhelms von Preußen (1861) II, 493 f.
— Gefecht beim, in Schleswig (1864) III, 18.
Konkordat, das bayrische (1817) I, 52. 95., das niederländische (1827) 304., das österreichische (1855 bis 1863) II, 344—348. 354. 445. 453. 459. In Württemberg (1860 und 1861) 468., Baden (1860) 470 f., Mexiko (1864) 562. In Österreich (1867) III, 196 f. (1870) IV, 68. 76.
Konrad III., deutscher König IV, 297.
Konstantin, russischer Großfürst, Sohn Pauls I. (1825—1831) I, 149. 151. 387—392. 396.
— desgl., Sohn des Kaisers Nikolaus (1845—1863) I, 535. II, 337. Statthalter von Polen 433—438.
Konstantine, Sturm auf, in Algier (1837) I, 470 f.
Konstantinopel, zur Zeit des griechischen Aufstandes (1820 bis 1829) I, 135—137. 139 f. 167 bis 169. Eroberung durch die Türken (1453) IV, 307.
Konstanz, Konzil IV, 305.
Konvention, die, zwischen Frankreich und Italien (1864) III, 97 bis 100.
Konzilienbewegung (1409 bis 1437) IV, 305. 306.
Kopenhagen, das Bombardement von, durch die Engländer (1807) I, 16. Volksbewegung (1848) II, 28.
Köpenick, Immediatkommission zu, (1823) I, 202.
Körber, österreichisch-ungarischer Ministerpräsident IV, 202.
Korea, Insel IV, 254. 255. 256.
Korfu, die ionische Akademie auf der Insel (1809) I, 134. Kommt an Griechenland (1864) III, 69.
Körner, Theodor IV, 338.
Kornzölle, die, in England (1826) I, 187 f. 377. 517. 519. 523 f.
Korporationsakte, die englische (1828) I, 193.
Kosciuszko, Thaddäus, Polenführer I, 389. 391.
Koseritz, württembergischer Leutnant (1833) I, 325.
Kossuth, Franz IV, 200.
— Ludwig, Diktator von Ungarn (1848 und 1849) I, 333. 500. II, 15. 34 f. 38 f. 42. 70—72. 161. 174. 365. 380. III, 191. IV, 200.
Köthen, Versammlung zu (1844) I, 495.
Kotzebue, russischer Staatsrat, deutscher Schriftsteller I, 44. Seine Ermordung (1819) 45. III, 293.
— von, russischer Generalkonsul in den Donaufürstentümern (1848) II, 171.
Krain, Zustände in (1866—1870) III, 190 f.
Krakau, der Freistaat, Errichtung durch den Wiener Kongreß (1815) I, 13. Okkupation von K (1831) 466. Aufstand und Einverleibung in Österreich (1846) 499 f. 540. 565. IV, 115.
Kraton, Hauptbollwerk der Atschinesen auf Sumatra; seine Erstürmung durch die Holländer (1874) IV, 107.

Krause, preußischer Major (1870) III, 293.
Krauß, österreichischer Minister (1849) II, 46. 180.
Krebs, Institutsvorsteher in Mannheim (1875) II, 23.
Kreise, die Ritter vom goldenen, amerikanischer Geheimbund (1856) II, 569.
Kreisordnung, die preußische IV, 16. 22.
Kremsier, Reichstag zu (1849) II, 46. 68.
Kreta (Kandia), die Insel, zur Zeit des türkisch-griechischen Krieges (1823—1829) I, 145—147. 171. (1866 bis 1870) III, 69 f. 74. 173. 179. IV, 207. 229. 232. 233. 234.
Kreuz, das eiserne. Erneuerung des Ordens in Preußen (1870) III, 295.
Kreuz-Zeitung, Neue Preußische II, 49. Zur Zeit der Reaktion (1852—1858) 298 f.
Krimkrieg, der (1853—1856) II, 189—214. 352 f.
Krismanic, v., österreichischer Generalquartiermeister (1866) III, 111. 186.
Kroatien, Zustände in (1859 bis 1863) II, 451—459. (1866—1877) III, 192. 195. IV, 78. 152.
Krogh, dänischer General (1850) II, 79.
Kronstadt, Besuch der französischen Flotte (1891) IV, 219.
Krüdener, Frau v., Freundin Alexanders I. von Rußland I, 102.
— General im russisch-türkischen Kriege (1877) IV, 131.
Krüger, Paul, Präsident der Transvaal-Republik IV, 192. 250. 251. 252.
Krukowiecki, polnischer General (1830), I, 398 f. 401.
Krumir, der Stamm der, in Tunis (1881) IV, 146.
Kuba, Aufstand (1895) IV, 262. Kämpfe 263. 264. 265.
Kübeck, österreichischer Baron, Kommissar in Frankfurt a. M. (1849) II, 74.
Kühne, preußischer Finanzminister (1848) II, 50. Abgeordneter (1861) II, 488 f.
Kulewtschi, Schlacht bei (1829) I, 166.
Kulmann und sein Mordanfall auf den Fürsten Bismarck (1874) IV, 29.
Kummer, v., preußischer General (1870) III, 357. 391.
Künzli, Oberst, schweiz. Bundeskommissar IV, 269.
Kuranda, österreichischer Abgeordneter (1868) III, 204.

L

Labastida, Erzbischof von Mexiko (1863) II, 560 f.
Labedoyère, französischer Oberst (1815) I, 70.
Labourdonnaye, französischer Deputierter (1823) I, 123 f. Minister (1829) 258 f.
Lachat, Bischof von Basel (1870 bis 1873) IV, 111.
Lacordaire, Pater, Prediger in Paris (1853) II, 226.
Ladenberg, preußischer Minister (1848) II, 50. 311.
Ladendorf, Dr., und der preußische Hochverratsprozeß (1853) II, 318.
Ladmirault, General, Kommandant des 4. französischen Armeekorps (1870) III, 300. 322. 324. 327.
Lafayette, Marquis v., französischer Deputierter (1818—1834) I, 75. 119. 124. 259 f. 270 f. 274—277. 282 bis 289. 291—293. 321. 419. 436 bis 443. 448. 451. 458—460.
La Fère, Kapitulation der französischen Festung III, 406.
Lafitte, Pariser Bankier, zur Zeit der Julirevolution (1830—1832) I, 243. 250. 255. 270 f. 276. 278 f. 281—288. 293. Minister 438. 440. 443 f. 447. 450 f.
Lagrange, französischer Republikaner (1848—1851) I, 575. 577. 580. II, 121.
La Granja, Aufstand zu, in Spanien (1836) I, 434.
Laguéronnière, französischer Publizist (1861) II, 416.
Laharpe, Schweizer, Erzieher Alexanders I. von Rußland I, 101.
Laibach, Kongreß zu (1821) I, 106 f. 113. 115. 117 f.

Lainé, französischer Minister (1816) I, 72 f.
Laity, französischer Publizist (1838) I, 472.
Lake, englischer Offizier in Kars (1855) II, 209.
Lalande, französischer Admiral (1839) I, 529.
Lamarmora, Alexander, sardinischer General (1849) II, 155 f.
— Alfons, italienischer General und Minister (1860—1866) II, 155. 384. 405. III, 101 f. 111 f. 133. 137. 207.
Lamarque, französischer General und Deputierter (1830—1832) I, 444. 448. 451.
Lamartine, französischer Dichter und Deputierter (1847 und 1848) I, 465. 561. 573. 575. 581. 583 f. Mitglied der provisorischen Regierung (1848) II, 87—89. Minister 92—99. 105 f. 133. III, 266.
Lamberg, Graf, österreichischer General († 1848) II, 40. 148.
Lambert, Graf, russischer General, Statthalter von Polen (1861) II, 433.
Lamego, Wiederherstellung der Cortes von, in Portugal (1824) I, 132. 228.
Lamennais, Abbé, französischer Schriftsteller (1792—1854) I, 241. II, 222.
Lamey, badischer Minister (1860) II, 470.
Lamoricière, französischer General (1847 bis 1851) I, 573. II, 98. 100. 109. 121. Oberbefehlshaber der päpstlichen Armee (1859—1863) 396 f.
Landau, die Festung, kommt wieder an Deutschland (1815) I, 11.
Landi, neapolitanischer General (1859) II, 392.
Landratskammer, die preußische (1855 und 1856) II, 312 f.
Landsdowne, Lord, englischer Minister (1830) I, 353.
Landsfeld, Gräfin, s. Lola Montez.
Landtag, der vereinigte preußische (1847 und 1848) I, 484—489. II, 16—19.
Langenhof, Reiterkampf bei (1866) III, 130.
Langensalza, Schlacht bei (1866) III, 115. 139. 144.
Langiewicz, polnischer Insurgentenführer (1863) II, 435.
Langlois, französischer Deputierter (1871) III, 442.
Langrand, Graf, ultramontaner Schwindler (1868) III, 197. IV, 108.
Lanza, neapolitanischer General (1849—1860) II, 160. 392.
— italienischer Minister (1873) IV, 100.
Laon, Kapitulation der französischen Festung (1870) III, 377.
Larisch, Graf, österreichischer Minister (1865) III, 40.
Larochejacquelein, Marquis, französischer Deputierter (1848) I, 582 f.
La Roncière le Noury, französischer Admiral (1870) III, 359.
Lartigue, französischer General (1870) III, 310.
La Salette, die heilige Jungfrau von (1853) II, 227.
Lascy, spanischer General (1817) I, 84.
Lasker, Eduard, preußischer Abgeordneter (1867—1877) III, 231. 241. 248. 458. IV, 15. 33 f.
Lassalle, Ferdinand, Stifter der Sozialdemokratie (1862) II, 507 f. III, 241. IV, 32 f.
Lassaulx, Professor in München (1846) I, 507.
Lasteyrie, Orleanist (1853) II, 224.
Latour, österreichischer Kriegsminister († 1848) II, 35. 41. 148.
— Fürst, französischer Gesandter in Rom (1862) II, 417.
Latour-Foissac, Graf, französischer General (1823—1830) I, 125. 289.
Lauenburg, das Herzogtum, kommt im Wiener Kongreß an Dänemark (1815) I, 16 f. 32. Zur Zeit der schleswig-holsteinischen Frage (1846 bis 1852) 511. II, 85. 302—304. 534. Zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1863 und 1864) III, 7. 9. 13. 25. Wird mit Preußen (1864) vereinigt 31 f. 43. 220. IV, 34. 116.
Lausitz, die Ober-, kommt an Preußen (1815) I, 15.
Lavalette, Graf, französischer Generalpostmeister (1815) I, 70.
— Marquis v., französischer Gesandter in Konstantinopel (1851)

II, 176. 194., in Rom (bis 1862) 417. Minister (1866) III, 251 f.
Lavigerie, Kardinal IV, 212.
Lawrence, Sir Henry, englischer General (1855 und 1856) II, 245 bis 247.
— Sir John, desgleichen (1857) II, 243—245.
Lazareff, russischer Admiral (1833) I, 407.
Lebeau, französischer General (1836) I, 467.
Leboeuf, Marschall von Frankreich, Kriegsminister (1870) III, 298. Befehlshaber des 3. französischen Armeekorps 324. 327. 334.
Le Bourget, Kampf bei (1870) III, 386. 413.
Lebrun, französischer General (1830) I, 270.
— desgleichen, Befehlshaber des 12. französischen Armeekorps (1870) III, 348. 351.
Leca, rumänischer General (1866) III, 71.
Lecomte, französischer General (1871) III, 483.
Ledochowski, Erzbischof von Posen-Gnesen (1874) IV, 28.
Ledru-Rollin, französischer Republikaner (1848—1869) I, 570. 583 f. Minister II, 87. 90. 92. 94. 96., nachher 105. 108 f. 222 f. 397. III, 261.
Lee, General der Südstaaten (1862 bis 1864) II, 577. 580—582. III, 147.
Leflô, französischer General, Gesandter in St. Petersburg (1849) II, 107. Kriegsminister (1870) III, 336.
Lefranc, Viktor, französischer Deputierter (1870) III, 441. Minister (1873) IV, 54.
Legationen, die päpstlichen, im Kirchenstaat I, 95. 422.
Legeditsch, österreichischer General (1849) II, 83.
Legitimität, der Begriff I, 22 f. Die Legitimisten in Frankreich (1816—1830) 65—79. 229—265. 454 f. (1873) IV, 59—62.
Lehmann, Orla, Haupt der Eiderdänen, Minister (1848—1861) II, 28. 533.
Leibeigenschaft, die, in Rußland I, 101—103. Aufhebung derselben (1857) II, 338 f. 440 f.
Leibniz, IV, 324.
Leichhardt, deutscher Reisender in Australien (1847) II, 545.
Leiden, Jubiläum der holländischen Universität (1875) IV, 107.
Leiningen, Fürst von, deutscher Reichsminister (1848) II, 26.
— Graf v., österreichischer Feldmarschalleutnant (1853) II, 190 f.
Leipzig, der Kreis kommt an Preußen (1815) I, 15. Deutschkatholisches Konzil (1845) 496. Unruhen (1845) 505 f. Jubeltag der Schlacht bei Leipzig (1863) II, 515.
Lelewel, Joachim, Führer im polnischen Aufstande (1830 und 1832) I, 390—392.
Le Mans, Kämpfe bei (1870 und 1871) III, 412. 416—418.
Lenau, Nikolaus, Dichter I, 498.
Leo I., Papst IV, 292.
— XII., Papst (1823—1829) I, 113. 253. 304. 417 f.
— XIII. (Kardinal Pecci), desgleichen (seit 1878) IV, 104. 160. 204.
Leo, Heinrich, Professor in Halle II, 322.
Leonhardt, Dr., preußischer Minister (1867—1870) III, 237. 242.
Leopold I., Großherzog von Baden (Graf von Hochberg) (1830—1852) I, 50. 319 f. II, 55. 62. 66. 289 f.
— I. von Sachsen-Koburg, designierter König von Griechenland (1830) I, 171 f. 175. König der Belgier (1831—1865) 310—313. 380. 430. 446. II, 8. 269—271. 411. 560 f. Sein Tod III, 66.
— II., König der Belgier (seit 1865) III, 66 f. 72. 182. 230. 254. IV, 271.
— Erzherzog von Österreich (1860 bis 1866) II, 446. III, 123. 125.
— Prinz von Hohenzollern-Sigmaringen, designierter König von Spanien (1870) III, 272—279. 281 bis 288. 293. IV, 86. 89.
— II., Großherzog von Toskana (1824—1859) I, 113. 554. II. 129. 147 f. 155. 162. 254. 361. 373. 378 f.
Lepel, v., kurhessischer Gesandter am deutschen Bundestage (1821) I, 200.

Lesseps, Ferdinand v., französischer Generalkonsul in Alexandria, und die Durchstechung der Landenge von Suez (1859—1867) II, 547. IV, 215.
Lessing, IV, 274. 328. 340.
Letizia, neapolitanischer General (1860) II, 392.
Leu, Peter, Luzerner (1844 und 1845) I, 514 f.
Leuchtenberg, Herzog August von, Sohn Eugen Beauharnais' (1830 bis 1835) I, 309 f. 430.
— Herzog von, Prätendent von Griechenland (1862) II, 428.
Liautung, Halbinsel IV, 255.
Libenyi, Honved (1853) II, 350.
Liberia, Negerrepublik in Afrika II, 548. IV, 253.
Lichnowski, Fürst, Mitglied des deutschen Parlamentes († 1848) II, 32.
Lichtenberg, hannöverscher Minister (1863) II, 481.
— Festung im Elsaß (1870) III, 332.
Liebenau, Gefecht bei (1866) III, 121.
Liebknecht, Sozialist, Reichstagsabgeordneter (1870) III, 409. (1875) IV, 32.
Liechtenstein, Fürst, österreichischer General (1849) II, 147. 149.
Liestal, Volksversammlung zu (1831) I, 415.
Li-Hung-Tschang, chinesischer Vizekönig IV, 255.
Lima, Kongreß zu (1860) II, 553.
Limburg, das Herzogtum, kommt zu Holland (1815) I, 17. 312 f.
Lincoln, Abraham, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1860—1865) II, 569—583. III, 3. 62. 146. Seine Ermordung (1865) 147 f.
Linden, Freiherr v., württembergischer Minister (1852—1862) II, 279. 469 f.
Lindenau, v., sächsischer Minister (1831) I, 317.
Lindenberg, Emil, preußischer Spion (1853) II, 318.
Lipa, die Höhe von, in der Schlacht bei Königgrätz (1866) III, 125—130.
Lipowski, Pole, Verteidiger von Chateaudun (1870) III, 389 f.
Lippe, Graf zur, preußischer Minister (1862—1867) II, 496. III, 237.
Liprandi, russischer General (1854) II, 204.
Lisaine, Schlacht an der (1871) III, 420.
Lissa, Seeschlacht bei (1866) III, 137.
Lissabon, Aufstand (1820) I, 89. 129. Bei Ankunft Dom Miguels (1828) 227 f. Beim Abzug seiner Truppen (1833) 428. 446. Aufstand (1846) 544. Das gelbe Fieber in Lissabon (1857) II, 268.
List, Friedrich, Professor, Abgeordneter in Württemberg (1821) I, 206.
Litauen. Zur Zeit des polnischen Aufstandes (1830—1832) I, 390 bis 400. Russifizierung (1863—1876) III, 74 f. 171. IV, 82. 304.
Literatur, die deutsche National-, I, 41 f. 477 f. Die romantische Literatur 93. Österreichische Literatur 498.
Littré, französischer Naturforscher (1872) IV, 49.
Liverpool, Lord (Lord Hawksbury), englischer Minister (1812—1827) I, 32 f. 177—179. 192.
Livland, Zustände in (1867—1876) III, 172. IV, 82.
Livorno, Wirren zu (1849) II, 148. 162.
Lobau, Graf, französischer Diplomat (1830) I, 276. 436.
Locke IV, 325.
Loftus, Lord, englischer Botschafter in Berlin (1870) III, 283.
Logothetis, griechischer Führer (1822) I, 143.
Loigny, Gefecht bei (1870) III, 403.
Lointier, Restaurant in Paris (1830) I, 285 f.
Loire-Armee, die französische (1870) III, 389. 401—406. 411 f.
Lombardei, die, kommt an Österreich (1815) I, 14. 90 f. Zustände (1820—1848) 113. 417. 552. 555. Zur Zeit der Revolution (1848 und 1849) II, 128. 131 f. 133—135. 139 bis 142. 152—157. 180. Reaktion (1852—1859) 255. 264. Zur Zeit des französisch-österreichischen Krieges (1859) 358—369. Fällt (1859) an Sardinien 369—373. 429. Im

Prager Frieden (1866) III, 143. 206. IV, 115.
London, Unruhen zu (1816) I, 36 f. Errichtung der Universität (1828) 197. Konferenzen (1830) 170 f. 308 bis 312. 384. (1840) 531. 560. Weltausstellung (1851) II, 10. Konferenzen (1850) 79. Das Londoner Protokoll (1852) 85. 301 f. 535. Weltausstellung (1862) 539. Konvention (1861) 556. Das Londoner Protokoll Dänemarks über Deutschland und Schleswig-Holstein (1863 und 1864) III, 6—10. 13 f. Konferenzen (1864) 21—23. 26. 56. 60. 74. 82. Die internationale Assoziation (1865) 163. Konferenzen (1868 und 1869) 173. Kongreß (1871) 421 f. IV, 84 f. Delegiertenkonferenz der Internationale (1871) IV, 87. Protokoll (1877) IV, 129.
Londonderry, Marquis v., siehe Castlereagh.
Longobarden IV, 289. 293.
Löning, Apotheker (1819) I, 46. 62.
Lonyay, Graf, ungarischer Minister (1867—1872) III, 191. IV, 77.
Lopez, spanischer General (1843) I, 543.
— Flibustiergeneral auf Kuba (1850) II, 167.
— Antonio, Präsident der Republik Paraguay (1840) II, 553.
— mexikanischer General (1867) III, 157.
Lorencez, französischer General (1862) II, 558.
Loris Melikow, russischer Minister (1881) IV, 150.
Lornsen, Uwe Jens, Landvogt von Sylt (1830) I, 509.
Lothar II., König der Westfranken IV, 294.
Lothringen, bleibt im Wiener Kongreß bei Frankreich (1815) I, 11. Im Jahre 1870 III, 299. Von Deutschland zurückerobert (1871) 369 f. 381. 394. 408. 439 f. 442. IV, 4. Reichsland IV, 8 f. 27. 29. 34. 115. Verfassung (1879) IV, 157.
Loubet, Emile, Minister IV, 213. Präsident der französischen Republik IV, 218.
Louis, Abbé, Baron, französischer Minister (1830) I, 287. 438. 445.
Louis Napoleon, s. Napoleon III.
Louis Philippe, König der Franzosen (1830—1848) Als Herzog von Orleans (1814—1830) I, 78. 236. 243. 248. 261. 275. 279—281. Zur Zeit der Julirevolution 281 f. Als Generalstatthalter 283—293. Als König 293—295. 299 f. 309 bis 313. 410 f. 417—419. 424. 429. 432. 435—475. 504. 540. 543 f. Bis zur Februarrevolution (1839—1848) 555—584. Flüchtling in England (Mr. Smith) II, 9. Ferner 88, 94. 99. 101. 109. 124. 165. 193. 216 f. Sein Tod (1850) 115. IV. 335. 343.
— — (II.), Graf von Paris, Enkel des vorigen, (1848) I, 561. 581. (1850) II, 115. (1873) IV, 59. 61. 161.
Loulé, Marquis v., Günstling Johanns VI. von Portugal († 1824) I, 131.
— Marquis, v., portugiesischer Minister (1856) II, 268.
Lourdes, die Erscheinung der heiligen Jungfrau in der Grotte zu (1872) IV, 52 f. 58.
Louvel, Louis Pierre, Mörder des Herzogs von Berry (1820) I, 77. 79.
Lowe, englischer Schatzkanzler (1868) III, 163. 166.
Löwe, Dr. Wilhelm, deutsches Parlamentsmitglied (1849) II, 63 f.
— Ludwig, Mitglied der preußischen. Fortschrittspartei (1877) IV, 36.
Löwen, belgische Universität (1825) I, 303.
Lübeck, freie Reichsstadt (1815) I, 20. 39. Das Appellationsgericht (1877) IV, 34.
Lubecki, Fürst, polnischer Minister (1830—1882) I, 388—391.
Lubienski, polnischer General (1831) I, 398 f.
— Bischof v. Augustowo (1868) III, 171.
Lucca, im Besitze der spanischen Bourbonen (1815) I, 18. 92. Fällt an Toskana (1847) 550.
Lucchesi-Palli, sizilianischer Graf, Gatte der Herzogin von Berry (1833) I, 455.
Lucia, s. Santa Lucia.
Lucknow, Belagerung von, in Indien (1857) II, 245—248.

Lüders, russischer General (1848 bis 1853) II, 70. 173. 194. Statthalter von Polen (1862) 433.
Ludwig, Prinz von Baden (1852) II, 290.
— I., König von Bayern (1825 bis 1848) I, 152. 158. 208 f. 318 f. 327. 350 f. 384. 506—508. 512. II, 12. III, 116.
— II., desgl. (1864—1886) III, 33. 233 f. 245. 295. 297. IV, 31.
— der Heilige, König von Frankreich IV, 300.
— VI. von Frankreich IV, 299.
— VII. von Frankreich IV, 299.
— XIII. von Frankreich IV, 320.
— XIV., König von Frankreich (1643—1715) I, 11. 457. III, 124. 215. 379. 397. IV, 82. 220. 320. 321. 322. 323. 325. 326. 327. 328. 329. 330.
— XVI., desgl. (1774—1793) I, 68. 70. 76. 123. 262. 439. 449.
— XVIII. (Stanislaus Xaver), desgl. (1814—1824), früher Graf von Provence I, 10. 65—79. 120. 122 f. 229 bis 236. 259. 280 f. 292. 435.
— I., Großherzog von Hessen (1790 bis 1830) I, 20. 49 f.
— III., desgl. (1848—1877) II, 476. III, 409.
Ludwig August Wilhelm, Großherzog von Baden (1818—1830) I, 50 f. 205. 319.
Ludwig Philipp, s. Louis Philippe.
Ludwig Viktor, österreichischer Erzherzog III, 40.
Luis, Dom, König von Portugal (seit 1861) II, 409. III, 274. IV, 97. 267.
Luise, Tochter Louis Philippes von Frankreich, Königin der Belgier (1832) I, 313. 470.
— Gattin Napoleons I., Herzogin von Parma, s. Maria Luise.
Luise Ferdinande, Herzogin von Montpensier (1847) I, 544. 565. III, 270.
Lukini, Schlacht (929) IV, 295.
Luneville, Einnahme von (1870) III, 332.
Luther, Martin IV, 190, 201. 287. 309. 310. 311.
Luthers Denkmal in Worms (1868) III, 241.
Luthertum IV, 312.
Lütken, hannöverscher Minister (1853) II, 280.
Lutz, v., bayrischer Minister (1871) IV, 15.
Lützelstein, Festung im Elsaß (1870) III, 332.
Lützen, Säkularfeier der Schlacht bei, und die Gustav-Adolf-Stiftung (1842) I, 495.
Luxemburg, das Großherzogtum im Wiener Kongreß (1815) I, 17, 39. IV, 115. Zur Zeit des belgischen Unabhängigkeitskrieges; bleibt beim Deutschen Bunde (1830) I, 308. 310—313. Tritt in den deutschen Zollverein (1842) 503. II, 281. III, 181. 203. Die Luxemburger Frage (1867) 228—230. 253—255. 304. Im deutsch-französischen Kriege (1870) IV, 106. 169. 269.
Luzern, die Wirren in (1844) I, 514—516.
Luzon, Inseln IV, 264.
Lyndhurst, Lord, englischer Minister (1841—1846) I, 518.
Lyon, Verschwörung zu (1817) I, 71. Aufstand (1830) 449 f. 459. 467. Wirren (1848) II, 110.
Lyons, Lord, englischer Botschafter in Paris (1870) III, 277 f. 288 f.

M

Maager, siebenbürgischer Abgeordneter (1860) II, 448.
Maanen, van, holländischer Minister (1830) I, 303. 306.
Maas-Armee, die deutsche (1870) III, 331 f.
Maassen, preußischer Minister (1830) I, 336.
Maastricht, die holländische Festung (1830) I, 313.
Macaulay, Lord Thomas Babington, englischer Parlamentsredner und Geschichtschreiber (1830—1859) I, 45. 185. 356. II. 292. 536. III, 77.
Maccio, italienischer Generalkonsul in Tunis (1881) IV, 146 f.
Mac Clellan, nordamerikanischer General (1861—1864) II, 573—577. 583.
Macdonald, englischer Oberst (1858) II, 539.

Mac Dougall Stuart, englischer Reisender in Australien (1860) II, 545.
Mac Dowell, nordamerikanischer General (1861—1864) II, 573 f. 577.
Mackintosh, Sir James, englischer Jurist (1830) I, 198.
Mac Mahon, Herzog von Magenta, französischer Marschall. Als Deputierter (1858) II, 233. Im italienischen Kriege (1859) 361. 363 f. 368. Als Gouverneur von Algier 547. Im Kriege gegen Deutschland (1870) III, 300. 307—311. 314 f. 319—322. 332. 337—349. 352. 357. Oberbefehlshaber der Armee gegen die Kommune (1871) IV, 42. Präsident der französischen Republik (1873 bis 1879) IV, 56—67. 107. 139. 161. 259. 261.
Mac Kinley, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (seit 1890) IV, 259. 261. 262.
Madagaskar, die Insel (1861) II, 547 f. IV, 221. 248.
Madai, die Familie, in Toskana (1852) II, 163.
Madrid. Zur Zeit der spanischen Revolution (1822) I, 117. 124—127. Aufstand (1848) II, 166.
— Herzog von, s. Karlos (VII.).
Mafia, die, anarchische Rotten auf Sizilien (1877) IV, 104.
Magalhaens, Seefahrer IV, 308.
Magdala, Erstürmung der abessinischen Feste (1868) III, 167.
Magenta, Schlacht bei (1859) II, 358. 363 f. 366. 370 f. 374 f. III, 250. 308.
Magna charta, IV, 300.
Magnan, französischer General (1851) II, 120.
Magne, französischer Finanzminister (1868) III, 257. IV, 57.
Magnin, französischer Minister (1870) III, 366.
Magyaren IV, 294. 297.
Mahdi, der mohammedanische Prophet im Sudan (1882—1884) IV, 148. 248.
Mahmud II., türkischer Sultan (1808 bis 1839). Im Kampf gegen den Pascha von Janina und die Griechen I, 135 f. 142—145. Vernichtung der Janitscharen (1826) 156 f. Krieg gegen Griechenland und Rußland 160—163. Kampf mit Mehemed Ali 402—410. 528 f.
Mahmud, Pascha von Drama, türkischer General (1822) I, 143.
Mähren. Zur Zeit des slawischen Aufstandes (1848) II, 37. Zustände (1867—1877) III, 190 f. 199. IV, 72. 76.
Maigesetze, die preußischen (1873) IV, 24. 30. 159.
Mailand. Zur Zeit der österreichischen Restauration (1812—1815) I, 91. 112. (1840—1848) 552. II, 36. Revolution (1848 und 1849) 127 bis 132. 139—142. 154. Friede zu M. (1849) 158. 164. Besuch Franz Josephs (1857) 255 f. Aufstandsversuch (1853) 350. Beim Rückzug der Österreicher (1859) 364 f.
Majlath, Graf, Hofkanzler von Ungarn (1865) III, 39.
Main-Armee, die preußische (1866) III, 118. 140 f.
Maine, amerikanisches Kriegsschiff, Explosion IV, 263.
Mainoten, die, in Griechenland (1821) I, 138 f. (1830—1835) 380 bis 387.
Mainz, deutsche Bundesfestung (1815) I, 16. 20. Die Zentraluntersuchungskommission (1819) 63 bis 65. 199. 202.
Majo, Herzog de, Generalstatthalter von Sizilien (1848) I, 553.
Maison, französischer General (1828) I, 170. 254. Marschall und Minister (1830) 289 f. 440. 444. 464.
Majubahügel, Schlacht auf dem, in Südafrika (1881) IV, 164.
Makedonien. Zur Zeit des griechischen Aufstandes (1821) I, 138 f. IV, 232.
Malachowski, polnischer General I, 398.
Malakow, der, Festungsbastion von Sebastopol (1855) II, 206—208. S. a. Péliſſier.
Malcampo, spanischer Minister IV, 91.
Malcetoa, König auf Samoa IV, 246.
Malmö, Waffenstillstand zu (1848) II, 27. 30—33.
Malou, belgischer Minister (1874) IV, 110. 170.

Malta, die Inſel, wird engliſch (1815) I, 12.
Mamiani, italieniſcher Miniſter (1848) II, 135. 148 f. (1860) 387.
Mancheſter, das Blutbad von (1819) I, 38.
Mancheſterpartei, die engliſche, II, 238 f.
Mandelslohe, v., württembergiſcher Miniſter (1820) I, 63.
Manderſtröm, Graf, ſchwediſcher Miniſter (1863) III, 58.
Mandſchu, die chineſiſche Dynaſtie der II, 251.
Manila IV, 264.
Manin, franzöſiſcher Deputierter (1848) I, 582. 584. Miniſter II, 87. 90.
— Daniel, Präſident und Diktator der Republik Venedig (1848 und 1849) II, 129. 139. 154. 162. 262.
Manning, Kardinal, engliſcher Erzbiſchof (1874) IV, 85. 244.
Mansfield, Lord, engliſches Parlamentsmitglied (1831) I, 357.
Manſtein, v., preußiſcher General, Befehlshaber des 9. Armeekorps (1870) III, 303. 401. 403.
Manteuffel, Edwin v., preußiſcher General (1862—1886) II, 489. III, 21. Gouverneur von Schleswig (1865) 43. 47. 52. Feldherr im deutſchen Kriege (1866) 114. 118. 140—142. Befehlshaber des 1. deutſchen Armeekorps (1870) 303. 319 f. 322. 331. 357. 400. 406 f. 412. 415. 417. 432 f. Feldmarſchall, Oberbefehlshaber im Elſaß (1873) IV, 37. Statthalter in den Reichslanden (1879) IV, 157.
— Otto v., preußiſcher Miniſterpräſident (1850—1858) II, 50. 82 f. 188. 211. 295. 298. 300. 303. 306 f. 309. 485.
Mantua, im öſterreichiſch-italien. Kriege (1848) II, 128 f.
Manuel, franzöſiſcher Deputierter (1818—1823) I, 75. 123 f.
Marathon, das Schlachtfeld von (1870) III, 179.
Marcère, franzöſiſcher Miniſter (1877) IV, 65. 67.
Marchand, franzöſiſcher Oberſt IV, 222.
Maret, Herzog von Baſſano, franzöſiſcher Marſchall und Miniſter (1834) I, 460.
Marfori, Günſtling der Königin Iſabella von Spanien (1858) III, 270.
Maria da Gloria, Königin von Portugal (1826—1853) I, 225 f. 428 bis 431. 544 f. II, 168. 268.
— Königin von Neapel (1859—1861) II, 358. 398.
Maria, Königin von England IV, 315.
Maria Amalia, Tochter Ferdinands IV. von Neapel, Gemahlin Louis Philippes von Frankreich (1830—1870) I, 280. 285. 579 f. III, 395.
— Chriſtina, Gemahlin Ferdinands VII. von Spanien (1829 bis 1857) I, 223 f. 425. Als Regentin 426 f. 430—433. 463. 467. 542 f., nachher II, 165 f. 266 f.
— Iſabella, Regentin von Portugal (1826) I, 225—227.
— Karoline, Königin von Neapel († 1814) I, 96. 280.
— Luiſe, Gattin Napoleons I., Herzogin von Parma (1815—1847) I, 18. 92. 420. 550.
— — Herzogin von Parma (1854 bis 1859) II, 254. 361. 364.
— Stuart, Königin von Schottland IV, 315. 316.
— Thereſia, Kaiſerin von Öſterreich IV, 327.
Marianne, die, geheime Geſellſchaft in Frankreich (1855) II, 223.
Marie, Mitglied der Pariſer proviſoriſchen Regierung (1848) II, 94.
Marmont, Herzog von Raguſa, Marſchall von Frankreich (1830) I, 266. 269—274. 277. 288.
Marokko. Krieg mit Frankreich (1844) I, 563 f. 572 f. Krieg mit Spanien (1859 und 1860) II, 407 f. 547. IV, 253.
Maroniten, die, am Libanon und ihre Kämpfe mit den Druſen (1840) I, 532. 534. (1860) II, 423.
Maroto, Karliſtengeneral in Spanien (1837) I, 434 f.
Marraſt, Armand, franzöſiſcher Journaliſt I, 457. Präſident der Nationalverſammlung (1848) II, 103. 105. Sein Tod (1853) 222.

Mars la Tour, Schlacht bei (1870) III, 323—326.
Marſan, der Pavillon, zur Zeit der Reſtauration in Frankreich (1815 bis 1820) I, 68 f. 73—75.
Martignac, Vicomte de, franzöſiſcher Miniſter (1828) I, 250—259. 441 f. 456.
Martinez de la Roſa, ſpaniſcher Miniſter (1820—1857) I, 114. 116 f. 425. 427. 432. 542. II, 167. 267.
Martinez Campos IV, 262, ſiehe Campos.
Maslowed, Sturm auf, in Böhmen (1866) III, 127. 129.
Maſon, Agent der Südſtaaten und die Trentaffäre (1861) II, 574 f.
Mäßigkeitsvereine, die, in Irland (1838) I, 378 f.
Maßmann, Burſchenſchafter, auf dem Wartburgfeſte (1817) I, 44.
Maſtai-Feretti, Graf, Kardinal, ſ. Papſt Pius IX.
Mataaffa, König auf Samoa IV, 246.
Matabelereich IV, 249.
Mataflorida, Marquis v., ſpaniſcher Reaktionär (1814) I, 80.
Matamoros, ſpaniſcher Proteſtant (1861) II, 408.
Mathy, Karl, badiſcher Abgeordneter und Miniſterpräſident (1848 bis 1866) II, 22. 25. 472. III. 232.
Matſuhito, Mikado von Japan IV, 254.
Matthew, Theobald, Kapuzinerpater, Stifter der Mäßigkeitsvereine in Irland (1838) I, 378 f.
Matutſchewitſch, Graf, ruſſiſcher Geſandter in London (1830) I, 308.
Mauguin, franzöſiſcher Deputierter (1830) I, 268. 270. 276. 444. 448.
Maupas, Pariſer Polizeipräfekt (1851) II, 120.
Maurer, v., bayriſcher Profeſſor, griechiſcher Regent (1833) I, 386. Miniſter in Bayern (1847) 507.
Maurokordatos, Fürſt Alexander, Präſident der proviſoriſchen griechiſchen Regierung (1822—1844) I, 142—144. 536.
Mauromichalis, Petros (Petrobey), Mainotenfürſt (1821) I, 138. (1830) 381 f.
Mauromichalis Katſchakos, Bruder des vorigen (1830) I, 381.
— Georg, Sohn Petrobeys, Mörder Kapodiſtrias (1831) I, 381 f.
— Konſtantin, Bruder Petrobeys (1831) I, 382.
Maximilian I. (Max Joſeph, Herzog von Pfalz-Zweibrücken) König von Bayern (1805—1825) I, 51 f. 208.
— II., desgl. (1848—1864) II, 12. 66. 80. 324. 467. III, 16. Sein Tod 33. Ferner IV, 350.
— Erzherzog von Öſterreich, Generalgouverneur des lombardiſch-venezianiſchen Königreichs (1857) II, 255. Kaiſer von Mexiko (1863 bis 1867) 560—562. III, 96. 152—156. Sein Tod (1867) 157. 254. Ferner IV, 350.
May, Redakteur, Agitator in Holſtein (1864) III, 42.
Mayer, Karl, württembergiſcher Demokrat (1868) III, 204. 246 f.
Mazzini, Joſeph (Giuſeppe), italieniſcher Patriot (1832—1872) und der Bund des jungen Italien I, 425. 466. 546. 550. II, 154. Zur Zeit der Revolution in Rom (1849) 158 f. 160. Sein ſpäteres Wirken 231. 260. 262. 357. 361. 375. 383. 391. 397. 406. III, 319. Sein Tod (1872) IV, 98.
Mazzoni, Republikaner zu Florenz II, 155.
Meade, nordamerikaniſcher General (1863) II, 580.
Mecklenburg-Schwerin, das Großherzogtum (1815) I, 20. 39. 48. Reaktion (1852—1859) II, 281 bis 283. (1865) III, 33. Verfaſſungsfrage (1873) IV, 25. 36.
Mediationsakte, die Schweizer (1803) I, 19.
Meglia, Monſignore, päpſtlicher Nuntius in Mexiko (1863) II, 562. III, 153.
Mehemed, Paſcha von Aleppo (1832) I, 404.
Mehemed Ali, Vizekönig von Ägypten (1806—1849) I, 133.-135. Im Kampfe gegen die Griechen 145 f. 160. 170. Beziehung zu Frankreich 260. 262 f. 558. Kampf mit der Türkei 402—410. 528—534.

Mehemed Ali, Pascha, türkischer Großwesir (1861) II, 423.
— — — türkischer General (1877) IV, 131.
— Redschid, Pascha von Widdin, türkischer General (1825) I, 147 f. 157. 166. S. a. Redschid.
Mejia, mexikanischer General (1867) III, 157.
Mekongfluß IV, 256.
Melanchthon IV, 313.
Melbourne, Lord, englischer Minister (1830—1841) I, 353. 368 bis 371. 374 f. 378 f. 518. f.
Melegnano, Gefecht bei (1859) II, 365.
Méline, französisch. Minister IV, 213.
Melito, Bischof von Sardes IV, 283.
Mellinet, französischer General in Brüssel (1830) I, 307.
Menabrea, italienischer Staatsmann (1851—1867) II, 259. III, 209 f.
Mende, Sozialist, Reichstagsabgeordneter (1870) III, 409.
Mendizabal, spanischer Minister (1830—1837) I, 425. 433 f.
Menelik, Negus von Abessinien IV, 205. 208. 254.
Mengen, österreichischer General (1831) I, 421.
Menotti, Ciro, Verschwörer zu Modena (1831) I, 419. 424.
Menschenrechte, Verein der (1833) I, 458. 474. II, 103.
Menschikow, Fürst, russischer Feldherr (1828—1855) I, 163. II, 191 bis 193. 195. 203—206.
Mensdorff-Pouilly, Graf, österreichischer Ministerpräsident (1864) III, 38 f. 48.
Mentana, Kampf bei (1867) III, 209. 255.
Mercier, französischer General IV, 218.
Merck, deutscher Reichsminister (1849) II, 63.
Merilhou, französischer Minister (1830) I, 440. 442.
Merino, spanischer Pfarrer, Guerillaführer (1822—1833) I, 116. 125. 426.
Mermillod, päpstlicher Generalvikar und Bischof in Genf (1864 bis 1873) IV, 112.
Merode, Graf, Mitglied der provisorischen Regierung in Belgien (1830) I, 307.
Messenhauser, Führer beim Wiener Aufstand (1848) II, 43.
Messina, Belagerung und Erstürmung von (1849) II, 144 f. (1860) 392 f. 398. 405.
Metaxas, Graf, griechischer Minister (1823—1844) I, 144. 384 bis 386. 536.
Methuen, Lord, englischer General IV, 252.
Metternich, Klemens Lothar Wenzel, Fürst v., österreichischer Reichskanzler (1814—1848). Auf dem Wiener Kongreß I, 14 f. 21. 56 f. 61—64. Zur Zeit der Restauration 90. 100. 102., der Revolutionen und Reaktionen (1820—1830) 106 f. 113. 121. 131. 136. 140. 152—155. 159. 161. 165. 171. 201. 204. 210—213. 229. 238. Von der Julirevolution bis zur Februarrevolution 326 f. 332 f. 350. 402. 409. 417. 423 f. 436 f. 444. 497 f. 500—503. 539. 543. 547. 549—551. 555. Sein Sturz II, 15. Ferner 35. 67. 84. 127. 169. 181. 337. 342. 344. 457. 524. Ferner IV, 80. 195. 334. 341.
— Fürst Richard, österreichischer Gesandter in Paris (1867—1871) III, 203. 205. 289. 523.
Metz, hessischer Abgeordneter (1862) II, 476.
— französische Festung in Lothringen. Die 3 Schlachten um Metz (1870) III, 314 f. 320—331. Einschließung 331—337. 340—347. 355—358. 360. 374. 379—383. 387. 390 f. Kapitulation 392—395. 400 f. Fällt an Deutschland 439 f.
Meung und Beaugency, Gefecht bei (1870) III, 411.
Meunier (Attentat, 1837) I, 471.
Meuron, v., Oberstleutnant, Royalist in Neuenburg (1856) II, 309.
Meviſſen, Mitglied des vereinigten preußischen Landtages (1847) I, 489.
Mexiko, das Kaiserreich (1822 und 1823) I, 181 f. Republik (1823 bis 1863) 472 f. II, 409. 420. 422. 554 bis 560. Neumexiko fällt an die Nordamerikanische Union (1848) 567 f. Kaiserreich (1863—1867) 561 f.

579. III, 4. 61. 81. 83 f. 86. 89. 96. 146. 152—156. Untergang des Kaiserreichs 157., ferner 252. 254 f. 257. IV, 350.
Meza, de, dänischer General (1864) III, 15. 18. 23.
Mézières, zur Zeit der Katastrophe von Sedan (1870) III, 347. 354.
Miaulis, griechischer Seeheld (1824 bis 1831) I, 146. 381.
Michael, russischer Großfürst, Sohn Alexanders I. (1818) I, 103. (1825) 149. (1877) IV, 132.
— Obrenowitsch, Fürst von Serbien (1861—1868) II, 426. III, 175 f.
Michaud, französischer Gelehrter (1828) I, 252.
Michel, französischer General (1870) III, 310.
Michelet, Jules, französischer Geschichtschreiber (1851) II, 228.
Michelis, Kölner Kaplan (1837) I, 349.
Midhat Pascha, türkischer Minister (1876) IV, 125. 129.
Mieg, v., bayrischer Minister (1834) I, 326.
Mieroslawski, polnischer General (1846) I, 499. Befehlshaber in Posen (1848) II, 46., in Baden (1849) 65. und Sizilien 146., in Polen (1863) 435.
Mignet, F. A., französischer Geschichtschreiber (1830) I, 266.
Miguel, Dom, Sohn Johanns VI. von Portugal (1823) I, 129 f. Sein Usurpationsversuch (1824) 131. 225. Reichsverweser und Regent von Portugal (1827—1834) 227—229. 426—431. 446.
Milan Obrenowitsch, Fürst von Serbien (seit 1868) III, 176. IV, 124. 126. 143. 229. 230.
Milde, preußischer Minister (1848) II, 48.
Mill, Stuart, englisches Parlamentsmitglied (1868) III, 160.
Miller, württembergischer General (1848) II, 23.
Millerand, französischer Handelsminister IV, 215. 218.
Millière, französischer Revolutionär (1870) III, 399. IV, 43.
Miloradowitsch, russischer General (1825) I, 151.
Milosch, Fürst von Serbien (1821) I, 137.
Milton IV, 324. 325.
Mina, spanischer General (1814 bis 1836) I, 84. 86. 117. 126 f. 432 f.
Minghetti, italienischer Ministerpräsident (1859—1876) II, 383. III, 101. IV, 100. 104 f.
Miquel, Mitglied des deutschen Reichstags (1867) III, 231. IV, 35.
Miraflores, spanischer Minister (1863) II, 409.
Miramar, Vertrag von (1864) III, 153 f.
Miramon, mexikanischer General (1862—1867) II, 557. III, 157.
Mir Campillo, Bischof von Almeria, Großinquisitor von Spanien (1814) I, 82.
Missolunghi, die, Belagerungen von (1822) I, 144. (1825) 147 f. 153 f. 157.
Missourikompromiß, das (1819) II, 567.
Missunde (1864) III, 17 f.
Mittermaier, Professor in Heidelberg (1848) II, 20.
Modena. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 18., der Restauration (1815—1820) 92. 110., der Wirren (1830) 418—420. (1847) 550. (1848 und 1849) II, 129. 132. 142. 147. 163. Reaktion (1852 bis 1859) 254 f. 264. Während des italienischen Krieges (1859) 364. 373. 375 f. Vereinigung mit Sardinien 377. 381.
Moderados, die, Partei in Spanien I, 114—117. 542 f.
Mohammed Mirza, Schah von Persien (1834—1837) I, 526.
Mohl, Moritz, württembergischer Abgeordneter (1864—1870) II, 518. III, 36. 49. 235 f. 297.
— Robert v., Staatsrechtslehrer, badischer Gesandter am Bundestage (1863) III, 7 f.
Möhler, Theologe IV, 340.
Moldau, die. Zur Zeit der christlich-mohammedanischen Kämpfe (1820 bis 1830) I, 136 f. 156. 165. 169. Zustände (1848—1861) II, 170 f. 174. 212. 331 f. Mit der Walachei zu Rumänien vereinigt (1861) 424 bis 426. S. a. Rumänien.

Molé, Graf, französischer Pair und Minister (1836—1848) I, 239. 245. 438. 440. 467. 471. 473. 564. 576 bis 578. II, 105.
Möller, v., Oberpräsident, Generalgouverneur von Elsaß-Lothringen (1872) IV, 9.
Moltke, Helmut Graf v. Preußischer Offizier im russisch-türkischen Kriege (1829—1839) I, 168. 410. 528. Chef des preußischen großen Generalstabs (seit 1848) II, 547. Im österreichischen Kriege (1866) III, 47. 113. 123 f. 126. 136. 218. (1867) 227. 229. 254. Im französischen Kriege (1870 und 1871) 302. 329. 345. 351. 354. 412 f. 421. 436. Im Reichstag (1874) IV, 27.
Mommsen, Theodor, deutscher Geschichtschreiber II, 292.
Mondl, österreichischer General (1866) III, 142.
Monk, Viscount, Generalstatthalter der britischen Kolonien in Nordamerika (1867) III, 168.
Monrad, Bischof, dänischer Minister (1863) III, 13. 24.
Monroe, James, Präsident der Nordamerikanischen Union (1817 bis 1825) I, 182. II, 551 f. Monroe-Doktrin 552. 565. III, 152. IV, 260. 261. 266.
Montalembert, Graf, französischer Minister (1848) II, 105. 113. 217. 226., sein Prozeß (1858) 235 f.
Montalivet, Graf, französischer Minister (1830) I, 440. 450.
Montanelli, Gouverneur von Livorno (1848) II, 148. 155.
Montauban, Cousin, Graf v. Palikao, französischer General (1860 bis 1870) II, 420. 550. Kriegsminister III, 316 f. 323. 334—337. 340 f. 344. 346. 362.
Mont Avron, s. Avron.
Montbel, Graf v., französischer Minister (1829) I, 258 f.
Montebello, Herzog von, französischer Gesandter in der Schweiz (1836) I, 467.
— Gefecht bei (1859) II, 358. 362. 389.
Montemolin, Graf v., s. Karlos.
Montenegro. Verhältnis zu Rußland und der Türkei (1852—1878) II, 190 f. 423. 426. III, 74. IV, 122. 136. 142. 144. 148.
Montevideo, Verteidigung von (1842 bis 1847) II, 391.
Montez, Lola, Gräfin v. Landsfeld, Geliebte Ludwigs I. von Bayern (1846—1848) I, 507 f. II, 12.
Montgelas, Graf, bayrischer Minister (1818) I, 51 f.
Montgomery, Konstitution der südstaatlichen Konföderation zu (1861) II, 569.
Montlosier, Graf, französischer Publizist (1826) I, 243.
Montmédy, zur Zeit der Katastrophe von Sedan (1870) III, 341. 343. 347. 350 f. 400. Kapitulation 415.
Montmorency, Vikomte v., französischer Minister (1822 und 1823) I, 118. 120—123.
Montpensier, Anton, Herzog von, Sohn Louis Philippes von Frankreich (1845–1870) I, 544. 565. 580. III, 270—272. 276. 395. Spanischer Kronkandidat (1870) IV, 90.
Mont Valérien, s. Valérien.
Monumenta Germaniae I, 57 f.
Morelli, neapolitanischer Dragonerleutnant (1820) I, 97 f.
Moreno, Karlistengeneral (1835) I, 433.
Möricke, Eduard IV, 338.
Morillo, spanischer General (1823) I, 126.
Moriones, spanischer General (1874) IV, 96.
Morny, Graf, Halbbruder Kaiser Napoleons III. (1848—1865) II, 119. 121. 124. 336. 419. 557. III, 89.
Mortara, Schlacht bei (1849) II, 156.
Mortemart, Herzog von, französischer Minister (1830) I, 273 f. 277 bis 279. 282—285. 288 f.
Mortier, Herzog von Treviso, französischer Marschall und Ministerpräsident (1834) I, 461.
Mosle, deutsches Parlamentsmitglied (1848) II, 43. 52.
Motte, de la, s. Janvier.
Motte-Fouqué, de la, Romantiker IV, 338.
Motterouge, französischer General (1870) III, 389.

Mouſtier, Marquis de, franzöſiſcher Miniſter (1866) III, 251.
Müffling, v., preußiſcher General (1829) I, 168 f.
Muggenſturm, Gefecht bei (1849) II, 65.
Mühler, Heinrich v., preußiſcher Miniſter (1862—1872) II, 496 f. III, 242 f. 459.
Mühlfeldt, öſterreichiſcher Abgeordneter II, 459. III, 193.
Mukhtar Paſcha, türkiſcher General (1875—1877) IV, 123. 130. 132.
Mülbe, von der, preußiſcher General (1864) III, 18.
Muley Abd er Rahman, Kaiſer von Marokko (1844) I, 563 f.
Muley Mahommed, Sohn des vorigen (1844) I, 564.
Müller, Julius, Theologe zu Halle (1854) II, 325.
— Dr. Siegmund, Advokat zu Frankfurt am Main (1868) III, 204.
— Siegwart, Luzerner (1844—1847) I, 514. 516.
— Wilhelm, Dichter der Griechenlieder (1820) I, 152.
— Frankfurter Senator (1866) III, 220 f.
Münch-Bellinghauſen, Freiherr v., öſterreichiſcher Bevollmächtigter am deutſchen Bundestag (1822) I, 201.
München. Die Univerſität (1826). Bauwerke zur Zeit Ludwigs I. (1816 bis 1830) I, 209. Tumult (1846) 507 f. II, 12. Kongreß der Altkatholiken (1871) IV, 13.
Münchengrätz, Fürſtenzuſammenkunft in (1833) I, 326. Gefecht bei M. (1866) III, 121 f.
Munizipalgeſetz, das franzöſiſche (1828) I, 255 f.
Munizipalkommiſſion, die franzöſiſche (1830) I, 276. 282 f. 286 f. 289.
Muñoz, Fernando, Herzog von Rianzares, Gatte der Regentin Maria Chriſtina von Spanien (1833 bis 1844) I, 427. 543.
Münſter, Graf zu, Erblandmarſchall des Königreichs Hannover (1815 bis 1831) I, 203. 316.
Murad V., türkiſcher Sultan (1876) IV, 125.
Murat, Joachim, Exkönig von Neapel (1815) I, 18.
— Lucian, Enkel des vorigen (1860) II, 394.
Murawjew, Nikolai, ruſſiſcher General (1833) I, 406. (1855) II, 209.
— Michael, ruſſiſcher General und Gouverneur von Litauen (1863) II, 437—439. III, 74 f. IV, 227.
Murawjew-Apoſtol, Sergei, ruſſiſcher Oberſtleutnant und Haupt der Dekabriſten in St. Petersburg (1825) I, 151.
Murillo, Bravo, ſpaniſcher Miniſter (1851) II, 167.
Muſtapha Paſcha, türkiſcher Feldherr (1876) III, 70, 173.
Muſurus, türkiſcher Geſchäftsträger in Athen (1846) I, 536.
Mutius, v., preußiſcher General (1866) III, 128.

N

Nachimow, ruſſiſcher Admiral (1854) II, 196.
Nachod, Schlacht bei (1866) III, 123.
Nagato, der japaneſiſche Daimio (Lehnsfürſt) von (1864) II, 549.
Nagy Sarlo, Schlacht bei (1849) II, 70.
Nancy, Einnahme von (1870) III, 332.
Nanking, Friede von (1842) I, 525. Sturm auf N. (1864) II, 551.
Nanſen, Fritjof, Polarforſcher IV, 267.
Nantes, Edikt von (1598) 314. 320.
Napier, Sir Charles, engliſcher Admiral (1833—1854) I, 428. 532 f. II, 201.
— Robert, engliſcher General (1868) III, 167.
Napoleon I., Kaiſer der Franzoſen (nach 1814) I, 9—19. 23. 25. 29. 52 f. 68 f. 74 f. 90—93. 100—103. 105 f. Sein Tod auf St. Helena (1821) 119. Überführung ſeiner Leiche nach Paris 556. 558 f. Ferner IV, 186. 331. 33 . 333.
— II., Sohn des vorigen, König von Rom, Herzog von Reichſtadt († 1832) I, 436. 455. 468.
— III., Ludwig Karl, Kaiſer der Franzoſen, Sohn des Königs Louis

(Bonaparte) von Holland. Sein Putsch in Straßburg (1836) I, 468 f. 472. Putsch in Boulogne (1840) 556 f. Entweichung aus Ham (1846) 565. Zur Zeit der französischen Revolution (1848) II, 86. 96 f. Deputierter 101 f. Präsident der französischen Republik (1848—1851) 104 bis 120. Der Staatsstreich (1851) 120 bis 124. Kaiser der Franzosen (1852 bis 1870) 125—127. 147. 159. 161. 188. 193. 197. 203. 206 f. 209—211. 213—236. 240. 254. 258. 260 f. 263 bis 265. 284. 310 f. 332. 337. 354. Zur Zeit des italienischen Krieges und der Entstehung des Königreichs Italien (1859—1863) 355—375. 378—389. 396 f. 405 f. Seine Politik, Stellung dem Klerus gegenüber (1859—1863) 410—422. 430. 439. 462. 482. 537—539. Kolonisationspolitik in Algerien 547., in Kochinchina und Anam 548. Verhältnis zu China 550 f. Expedition nach Mexiko (1860) 557. 559—561., Verhältnis zu Nordamerika (1863) 579. (1863—1866) III, 4. 15. 66. 72. 79. 81—93. 96. 102. Zur Zeit des deutsch-österreichisch-italienischen Krieges (1866) 132 f. 136. 145. Mexikanische Angelegenheit (1866 und 1867) 155—157. Bis zum Ausbruch des Krieges gegen Deutschland (1867—1870) 170. 202 f. 205 f. 208. 221—223. 229—231. 234. 236. 240. 251—268. 274—281. 287 f. 290 f. Während dieses Krieges 298 f. 300. 306. 309. 315. 317 f. 320—323. 332 bis 341. 344—347. 350 f. Seine Gefangennahme bei Sedan 351—355. Ferner 359. 362. 368. 371. 379. 392. 425. 431. 441 f. IV, 46. 54. 101. 344. 346. 351.

Napoleon, Louis, kaiserlicher Prinz, Sohn des vorigen. Geburt (1856) II, 219. 221. Bei Saarbrücken (1870) III, 299. 306. Tod in Afrika (1879) IV, 161.

— Jerome; Joseph; Louis, s. unter Bonaparte.

Napoleonische Idee, die I, 468 f. II, 214 f.

Narvaez, Pamphilo, Herzog von Valencia, spanischer General und Minister (1837—1868) I, 434. 542 f. II, 166—168. 267. III, 80 f. 268 f.

Nashville, Schlacht bei (1864) II, 582.

Nassr-Eddin, Schah von Persien (1857) II, 240. IV, 38. 84.

Nassau, Herzogtum (1815) 20. Zur Zeit des Deutschen Bundes 39. 50. II, 66. 75. 477 f. 517 f. 520. 523. III, 32 f. Wird mit Preußen vereinigt (1866) 116. 143. 220. IV, 158.

Nassauische Fürstentümer: Dietz, Siegen, Hadamar, Dillenburg, fallen an Preußen (1815) I, 16 f.

Natal IV, 251. 252.

Natalie, Königin von Serbien IV, 229.

Nationalliberale Partei, die deutsche (1866) III, 227.

Nationalverein, der italienische (1857) II, 262 f., der deutsche (1859) 464 f. 482. 514. 520. III, 12. 236.

Nationalwerkstätten, die französischen (1848) II, 90. 97 f. 101.

Navarino, Seeschlacht bei (1826) I, 159—161. 163. 170. 254.

Navas, Graf de las, spanischer Progressistenführer (1835) I, 433.

Navigationsakte, die englischen (1651) I, 186.

Neapel, das Königreich, fällt an die Bourbonen zurück (1814), I, 18. Weiteres s. unter Sizilien.

Nebelthau, kurhessischer Abgeordneter (1862) II, 475.

Nebenius, badischer Staatsrat (1834) I, 218.

Negerhandel, der, wird in Englands amerikanischen Kolonien abgeschafft (1815) I, 23. 366 f. 379. S. a. unter Sklaverei.

Negrier, französischer General (1848) II, 99 f.

Negros, die, Partei in Spanien (1824) I, 128.

Neill, englischer General in Indien (1857) II, 247.

Neipperg, Graf Adam Adalbert v., österreichischer General und Oberhofmeister der Kaiserin Marie Luise, Herzogin von Parma (1814) I, 92.

— Graf Erwin v., österreichischer General (1866) III, 140.

Neisse, Sammelplatz der 2. preußischen Armee im österreichischen Kriege (1866) III, 118. 120.

Nemours, Ludwig, Herzog von, Sohn des Königs Louis Philippe (seit 1830) I, 294. 309. 466. 470. 556. 561. 579—581. 583.
— Herzogin von, Prinzessin von Sachsen-Koburg, Gattin des vorigen I, 556. 580.
Nena Sahib, indischer Rebellenhäuptling (1857) II, 245 f. 248.
Nesselrode, Graf, russischer Reichskanzler (1822—1856) I, 121. 409. 541. II, 193. 196. 199. 211.
Neubreisach, Kapitulation von (1870) III, 407.
Neuenburg (Neufchâtel) und Valengin, preußisches Fürstentum als Schweizer Kanton (1815) I, 19. Der Royalistenputsch und Preußens Verzicht (1856) II, 307—311. 350. 538.
Neuseeland, wird englisch (1840) I, 524.
New-Orleans, Expedition gegen (1862) II, 576.
Newton, Isaak IV, 324.
Ney, Herzog von Elchingen, Fürst von der Moskwa, französischer Marschall (1815) I, 69 f.
— Edgar, Adjutant Napoleons III. (1849) II, 111. 254.
Nicotera, italienischer Minister (1876) IV, 104.
Niebuhr, B. G., deutscher Historiker (1815) I, 43. 477. III, 332. IV, 338.
Niederlande, das Königreich der Vereinigten. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 17 f. 20. Beteiligt am Deutschen Bunde 39. Zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung Belgiens (1830) 300 bis 313. Ferner (1888—1900) 268. 314. 315. 316.
Niedersächsischer Steuerverein (1837) I, 337.
Niederwald bei Wörth, Kampf um den (1870) III, 310.
— am Rhein, Enthüllung des Siegesdenkmals auf dem (1883) IV, 157.
Niel, französischer Marschall (1849 bis 1869) II, 161. 206. 361. 368. III, 252. 256. 261.
Niemcewicz, polnischer Offizier (1830) I, 389.
Niemojewski, Bonaventura, Pole (1831) I, 399.
Nihilismus, der, in Rußland (seit 1879) IV, 139. 150.
Nikita, Fürst von Montenegro (seit 1862) II, 426. IV, 125. 144.
Nikitas, griechischer Klephtenführer (1831) I, 381.
Nikolaus, russischer Großfürst (1820—1825) I, 105. Zar von Rußland (1825—1855) 149—156. 162 bis 165. 168 f. 264. 380. 387—400. 402. 406 f. 409. 436 f. 526. 536 bis 541. II, 29. 70—72. 81. Verhältnis zu der Türkei und den Donaufürstentümern (1848—1850) 169 bis 179. Zur Zeit des Krimkrieges (1853—1855) 189—205. Sein Tod (1855) 201 f., ferner 209 f. 216. 284 f. 301. 304 f. 331. 335 f. 441. IV, 120. 346.
— russischer Großfürst, Sohn des vorigen (1877) IV, 128. 133.
— desgleichen, Sohn Alexanders II. († 1865) III, 76.
— II. (seit 1894) IV, 220. 224. 226.
— I, Papst IV, 294. 295.
Nikolsburg, Friedenspräliminarien von (1866) III, 142—144.
Nisib, Schlacht bei (1839) I, 528.
Nismes, die Unruhen zu (1816) I, 70.
Nizza, Grafschaft, kommt an Sardinien (1815) I, 11 f. 18., wird (1859) an Frankreich abgetreten II, 375. 387. 411. 430. III, 382. IV, 62. 115.
Noir, Viktor, vom Prinzen Peter Bonaparte in Paris getötet (1870) III, 263 f.
Noisseville, Schlacht bei (1870) III, 357 f. 390.
Nordamerikanische Freistaaten s. Vereinigte Staaten.
Norddeutscher Bund, s. Bund.
Normanby, Earl von, Vizekönig von Irland (1835—1839) I, 378.
Normann, v., württembergischer General in Griechenland (1822) I, 142.
Normannen IV, 294. 295.
Norwegen, mit Schweden vereinigt (1814 und 1815) I, 16 f. Das Storthing, Lagthing und Odelsthing (1818) 30 f. 174. II, 7 f. Zustände (1859—1886) 531. III, 57 bis 59. 183. 291. IV, 105. 168. 267. 268. 314.

Notaras, griechischer Parlamentspräsident (1832) I, 385.
Nothomb, Baron, belgischer Minister (1852—1855) II, 270.
Nouart, Gefecht bei (1870) III, 345.
Novaliches, spanischer General (1868) III, 270.
Novalis, deutscher Romantiker IV, 338.
Novara, Schlacht bei (1821) I, 110. Konvention (1821) 111. Schlacht bei N. (1849) II, 156. 159. 162. 165. 256.
Novibazar, das Sandschakat kommt an Österreich (1878) IV, 145.
Nugent, österreichischer General (1848) II, 137.
Nuits, Schlacht bei (1871) III, 419.
Nürnberg, die Kommission für das deutsche Handelsgesetzbuch zu (1861) II, 467.
Nymwegen, Friede (1678—1679) IV, 320.

O

Oberkirchenrat, der preußische (1850) II, 321 f.
Oberselk, Gefecht bei (1864) III, 17 f.
Obrenowitsch, die Familie, in Serbien (seit 1813) II, 426. III, 175 f.
Ochsenbein, Berner Oberst (1845) I, 515.
O'Connell, Daniel, irischer Agitator (1775—1847) I, 190—196. 368 f. 372. 378. 521 f. II, 9.
O'Connor, Feargus, Haupt der Chartisten in England (1838) I 376.
Odoaker, Gotenkönig IV, 286. 287.
O'Donnell, Graf von Abispal, spanischer General (1816—1841) I, 85 f. 126. 542.
— Don Leopoldo, Herzog von Tetuan, Sohn des vorigen, spanischer General und Minister (1854—1866) II, 266 f. 407. 409. III, 80.
— Maximilian, Graf, österreichischer General (1848) II, 127 f.
Odysseus, Klephtenführer (1821) I, 138.
Oetker, Friedrich, kurhessischer Abgeordneter (1862) II, 475.
Ofalia, spanischer Minister (1824) I, 222.
Ofen, der ungarische Krönungshügel zu (1867) III, 192. S. a. Budapest.
Offene Brief, der, des Königs von Dänemark (1846) I, 511—513.
Offensiv- und Defensivtraktat, der, zwischen Österreich, Parma und Modena (1847) I, 549.
Oken, Professor zu München (1826) I, 209. 219.
Oldenburg, das Großherzogtum (1815) I, 20. 39. 48. 512. Zur Zeit des Londoner Protokolls (1852) II, 86. Die Frage der oldenburgischen Sukzession in Schleswig-Holstein (1864) III, 35. 74.
Olga, Tochter Nikolaus' I. von Rußland, Königin von Württemberg (1846) I, 540. II, 285.
— russische Großfürstin, Gemahlin des Königs Georgios von Griechenland III, 179.
Ollivier, Emile, französischer Deputierter und Minister (1857 bis 1870) II, 229 f. 420. III, 84. 90. 253. 256. 259. 262—268. 276—279. 283. 285. 287. 305. 316.
Olmütz, die Punktation von (1850) II, 83. 172. Zusammenkunft (1853) 195. 198. 352. Konvention (1866) III, 116. 138. Im Kriege (1866) 119. 132. 135.
Olózaga, spanischer Diplomat (1868—1871) III, 271. 273. 278. IV, 90.
Olten, Altkatholikenkongreß zu (1873) IV, 112.
Oltenizza, Schlacht bei (1853) II, 196.
Olympia, die Ausgrabungen zu (1874) IV, 139.
Omdurman, Schlacht IV, 248.
Omer Pascha, türkischer General (1848—1866) II, 172. 190. 196. 200. 206. 209. 426. III, 173.
Omladina, Geheimbund IV, 196.
Opiumimport, der, in China (1840) I, 525 f. (1859) II, 550.
Oporto, Aufstand in (1820) I, 88 f. Einzug Dom Miguels (1828) 228. Seine Belagerung von O. (1832) 428. Aufstand in O. (1842) 544 f.
Orangistenlogen, die, in England und Irland (1835) I, 371 f. 378.

Oranien, Prinz von, s. Wilhelm II. König von Holland.
Oranjefreistaat IV, 249. 251. 252.
Ordonnanzen, die, Karls X. zur Zeit der französischen Julirevolution (1830) I, 265—274. 277 f. 282. 289. 324. 418.
Orense, spanischer Revolutionär (1868—1874) III, 270. IV, 95.
Organische Statut, das, in Polen (1832) I, 401.
Orientalische Frage, die (1830 bis 1848) I, 402—410. 475. 528 bis 535. 558. (1853—1863) II, 189 bis 214. 301. 304 f. 330 f. 539. III, 4. 203. 408. IV, 36 f. (1874—1878) 81—84. 89. 120—138. 142. 149. 154.
Orizaba, Konferenz zu (1862) II, 558.
Orleans, die Familie, in Frankreich (1814—1830) I, 236. 254. Zur Zeit der Julirevolution (1830), kommt auf den französischen Thron (1830—1848) 279—295. Die Idee der Fusion zwischen Legitimisten und Orleanisten (1850) II, 115 f. Konfiszierung der Güter (1852) 124. Beim Kriege (1870) III, 318. Unter der Republik IV, 47 f. 59. 64. Siehe auch Ferdinand Philippe, Helene und Louis Philippe.
— Schlachten um (1870) III, 389. 401—403. 411 f. 415 f.
Orlow, Graf, Alexander, russischer General (1833) I, 408.
— Graf Alexis, russischer Diplomat (1856) II, 211. 219.
Ormes, Kampf bei (1870) III, 389.
Orsini, Anstifter des Attentats auf Napoleon III. (1858) II, 231. 249. 263. 269. 272. 412.
Ortega, spanischer Offizier, Karlist (1860) II, 408.
— mexikanischer Kommandant von Puebla (1863) II, 560.
Ortlöpp, Emilie, Gräfin Reichenbach, Mätresse des Kurfürsten Wilhelm II. von Hessen (1821) I, 204. 318.
Oskar I., Vizekönig von Norwegen (1824) I, 174. König von Schweden (1844—1859) II, 7. 210. 531.
— II., König von Schweden (seit 1872) III, 548 f. IV, 267.
Osman Pascha, türkischer General (1877) III, 573—575.
Osmanen IV, 307.
Österreich. Unter Franz I. (bis 1835). Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 9—24., der Restauration (1815—1820) 29. 39 f. 46 f. 51. 55—65. 74. 90—93. 99 f., der Revolutionen und Reaktionen (1820—1835) 105—113. 117 f. 121. 154 f. 165. 200 f. Zustände im Lande 210—213. Verhältnis zu Belgien 308 f., und zu den deutschen Freiheitsregungen (1830) 321 bis 323. Wiener Konferenzen (1834) 326—328. Unter Ferdinand I. (1835—1848) 332—334. 409. 417. 419—425. 446. 450. 473. 497—501. 503 f. 530—532. 539. 545—555. II, 4. 6. Aufstand in Wien (1848) 14—16. Zur Zeit der deutschen Nationalversammlung 26 f. Zustände (1848) 33—46. Unter Franz Joseph I. (seit 1848) 46 f. 52—57. 66 f. Krieg mit Ungarn (1849) 68—72. Zustände (1850—1852) 73 bis 86. Krieg mit Sardinien, Verhältnis zu Italien 128—165. Stellung zu Rußland und den Donaufürstentümern 170. 172. 174. Innere Zustände (1849—1853) 179—183. Zur Zeit des Krimkrieges 1853 bis 1856) 190 f. 194. 197—200. 209 bis 213. Verhältnis zu Italien 252 bis 257. 260—265. Zustände zur Zeit der Reaktion (1852—1859) 273 bis 278. 284 f. 301 f. 330—332. 337. 339—343. Das Konkordat (1855) 344—347. Militärische und volkswirtschaftliche Zustände 348—351. Auswärtige Angelegenheiten 352 bis 354. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 355—373. Verhältnis zu Italien (1859—1863) 374 bis 377. 382. 391. 398—400., zu Rußland und den Donaufürstentümern 424 f. 429—431. 436 f. Innere Zustände (1859—1863) 442 bis 460. Verhältnis zu Deutschland (1859—1863) 461—469. 473 f. 482. 504. 512—531. Schleswigholsteinische Frage 533—535. Verhältnis zu Mexiko (1863) 560 f. Innere Zustände (1863—1866) III, 3—5. Stellung zu Dänemark und

Preußen in der schleswig-holsteinischen Frage zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1863—1865) 6. 9—29. Zustände, Stellung zu Deutschland und Preußen bis zum Ausbruche des Krieges (1865 und 1866) 34—55., zu England, Frankreich und Italien 60. 82 f. 91 bis 93. 96. 102 f. Krieg gegen Preußen und Italien (1866) 104—138. 142 f. 172. 175. Innere Zustände (1866 bis 1870) 185—206. Verhältnis zu Italien 206. 210 f., zu Deutschland 218 f. 222 f. 230 f., zu Frankreich 250 f. 280. 289—291. 303. 318. 370. Zusammenkunft in Ischl (1871) und Berlin [Dreikaiserbündnis (1872)] IV, 38. Innere Zustände (1870—1877) IV, 68—79. Verhältnis zu Deutschland IV, 79—81. zu Italien IV, 100. 102. Territorialveränderungen 115. Zur Zeit des russisch-türkischen Krieges und der orientalischen Frage (1875—1878) 122 f. Im Berliner Frieden kommt Bosnien unter österreichische Verwaltung (1878) 134. 137—138. Verhältnis zu Serbien 144. Zustände (1878—1886) 145. Schutzbündnis mit Deutschland 150. 152—154. 168. (1888—1900) IV, 193—203. 343. Sprachenverordnung (1897) IV, 198.

Ostindien IV 329.

Ostindische Kompanie. Das Aufhören ihres Opiummonopols (1834) I, 525. Aufhebung ihrer Privilegien (1858) II, 250.

Ostrolenka, Schlacht bei (1831) I, 395 f.

Ostrowski, Graf, Mitglied der polnischen Exekutivkommission (1830) I, 390.

Ostseeprovinzen, die russischen, I, 538.

Öttingen-Wallerstein, Fürst von, bayrischer Minister (1837) I, 506. (1847) 507.

Otto (Othon) I., Prinz von Bayern, König von Griechenland (1833 bis 1862) I, 384—387. 535—537. II, 178. 198. 334. Sein Sturz 427.

— I., König der Ostfranken IV, 295. 296.

— II., König der Ostfranken IV, 295. 296.

Otto III. IV, 296.

Ottomanen, Nation der, in der Verfassung der Türkei (1877) IV, 128.

Oudinot, französischer General in Rom (1849) II, 108 f. 111. 122. 159 f.

Outram, englischer General in Indien (1857) II, 246—248.

Ouvrard, französischer Armeelieferant (1823) I, 125.

Översee, Schlacht bei (1848) II, 29. Gefecht (1864) III, 18.

Ozeroff, v., russischer Gesandter in Konstantinopel (1852) II, 177.

P

Pacificbahn, die, in Nordamerika (1869) III, 152.

Pacifico, Don, Gläubiger der griechischen Regierung (1850) II, 178.

Pajol, französischer General (1830) I, 290.

Palacky, Professor in Prag, Tschechenführer (1848—1852) II, 37. 181.

Palermo, Aufstand zu (1848) I, 552 f. Revolution II, 142—146. (1860) 392 f.

Palestrina, Schlacht bei (1849) II, 160.

Palestro, Schlacht bei (1859) II, 363. III, 318.

Palffy, Graf Aloys, Gouverneur von Venedig (1848) II, 129.

— Graf Moritz, Statthalter in Ungarn (1860) II, 456.

Palikao, Schlacht bei (1860) II, 550.

— Graf v., s. Montauban.

Pallavicino, italienischer Oberst (1862) II, 406.

Palmella, Marquis v., portugiesischer Minister (1823—1847) I, 130 f. 228 f. 544.

Palmerston, Lord, englischer Minister (1830—1865) I, 161. 192 f. 253. 264. 301. 303. 308. 310 f. 353. 370 f. 430. 524. 533. 540. 551. 554. 556. 565. II, 29. 145. 152. 160. 166. 178. 188. 206. 213. 215. 232. 238—240. 249 f. 277. 366. 390. 412. 536—538. 579. III, 4. 59 f. Sein Tod (1865) 63. Ferner 167.

Panamaskandal IV, 215.

Paniza, Major IV, 230.

Panslawismus, der II, 37. IV, 225.
Papsttum, das. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 18 f. Zur Zeit Pius' VII. (bis 1823) 92 bis 95., Leo XII. (1823—1829), Pius VIII. (1829—1830) 113. Bewegungen in der katholischen Kirche 343—350. Zur Zeit Gregors XVI. (1830—1846). Wirren im Kirchenstaat (1830—1838) 418—425. Zur Zeit Pius' IX. (1846—1878) 547 f. Das Dogma von der unbefleckten Empfängnis (1854) II, 252 f. Zur Zeit des italienischen Krieges und der Entstehung des Königreichs Italien, Verhältnis zu Kaiser Napoleon III. (1859—1863) II, 382 bis 386. Römische Frage 402 bis 404. Verhältnis zu Frankreich 414 bis 417. Die Enzyklika und der Syllabus (1864) III, 85 f. Stellung dem Königreiche Italien gegenüber, Peterspfennig, Konvention mit Frankreich 95—99. Das ökumenische Konzil zu Rom, Bulle Aeterni patris, Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit (1868—1870) 210—217. 371 f. IV, 10—12. 18. 21. Verhältnis zu den preußischen Maigesetzen (1873) IV, 24—27. 30. Stellung zu Österreich (1870—1874) 68. 77 f. Verhältnis zu Italien (1870—1877) IV, 98. Kirchenstreit mit der Schweiz IV, 111 f. Zur Zeit Leos XIII. (seit 1878) 159 f. 166. Ferner IV, 291—293. 296. 298—303. 306. 307.
Paraguay, Republik in Südamerika II, 553.
Paray le Monial, Wallfahrtsort in Burgund (1873) IV, 58.
Pareja, spanischer Admiral (1865) III, 80.
Paris. Der erste Friede von P. (1814) I, 9. Der zweite Friede (1815) 10 f. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) 71., der Julirevolution (1830) 265—295. Befestigung der Stadt 457. 557—559. Februarrevolution (1848) 574—584. II, 86 bis 94. Mairevolution (1848) 94 bis 98. Junischlacht 98—102. Staatsstreich (1851) Belagerungszustand 120 f. Proklamation des Kaiserreichs (1852) 125 f. Friede von P. (1856) 208. 211—213. 353. 422. 429. III, 70. Weltausstellung (1855) II, 218 f. Verschönerung der Stadt 220 f. 228 f. 234 f. Protokoll (1857) 331. Vertrag (1860) 424. Friedenskonferenzen (1863) III, 52. 72. 81. Konferenz (1869) 174. 179. Weltausstellung (1867) 178. 254 f. Umgestaltung der Stadt durch Baron Haußmann 257. Zur Zeit des Ministeriums Palikao (1870) 316 f. 336—344. Am 4. September 360 bis 369. Belagerung der Stadt 374 bis 387. 397 f. Aufruhr 399. Zernierung der Stadt 404 f. 412 f. Bombardement und Kapitulation 421—427. 429—432. Einzug der Deutschen 443. Zustände zur Zeit der Kommune (1871) IV, 40—45. Befestigung, 63. Kongreß (1872) 101. Besuch des Zaren (1896) IV, 219. Friede von (1898) IV, 265.
— Graf v., Louis Philippe von Orleans, s. Louis Philippe (II.).
Parker, englischer Admiral (1848 bis 1850) II, 144. 178.
Parlament, das deutsche (1848) II, 23—34. 47. 51—67. (seit 1871) IV, 4 f. Das englische (1815 bis 1848) I, 34—38. 184—191. 194 f. 198. 352—380. 517—524. II, 9. 251. (1866—1870) III, 158—167. Das französische I, 68 f.
Parma, das Herzogtum. Unter Marie Luise (1814—1847) I, 18. 92. 420. 424. Karl II. von Lucca 550. Zustände (1848—1859) II, 129. 132. 142. 147. Unter Karl III. 163. Seine Ermordung und Regentschaft seiner Witwe 254. 264. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 361. 364. Im Frieden von Zürich 373. 375 f. Anschluß an Sardinien 377. 381.
Parnell, Führer der irischen Homeruler (1879—1886) IV, 165. 240.
Partington, Frau (1824) I, 361.
Paskewitsch Eriwanski, Fürst von Warschau, russischer Feldmarschall. Erobert Eriwan (1827) I, 162., Kars (1828) 164., Erzerum (1829) 167. In Polen (1831) 397 bis 399. 401. In Ungarn (1849) II, 71 f. Vor Silistria (1854) 199.

Pasolini, italienischer Minister (1862) II, 406.
Pasquier, Graf, französischer Pair (1826) I, 245.
Passy, französischer Minister (1836 bis 1839) I, 464. 473—475.
Patent, das königliche, zur Berufung des vereinigten Landtags in Preußen (1847) I, 484—489.
Paterno, Fürst, und die Kapitulation von Palermo (1820) I, 99.
Patow, v., preußischer Minister (1858—1862) II, 329. 492. 495 f.
Patriotenpartei, die, in Bayern (1866—1870) III, 244 f.
Patriziat, das schweizerische (1815 bis 1830) I, 411—414.
Patrizzi, Kardinal (1865) III, 99.
Patrocinio, spanische Nonne (1865) III, 80.
Pauli, Professor in Tübingen (1867) III, 239.
Paulskirche, die, in Frankfurt a. M. Sitz des deutschen Parlaments (1848) II, 23 f. 31.
Pavia, span. General (1874) IV, 96.
Pecci, Kardinal, s. Papst Leo XIII.
Pedro I., Dom, Regent und Kaiser von Brasilien (1821—1831) I, 89. König von Portugal (IV.) (1826) 225—229. Herzog von Braganza 428—430. 544.
— II. Dom, Kaiser von Brasilien (seit 1831) I, 428. IV, 258.
— V., König von Portugal (1853 bis 1861) II, 168. 268. 409.
Peel, Sir Robert, englischer Minister (1822—1850) I, 183. 192—198. 353. 357. 369—372. 377. 379. 518—520. 522—524. 564. 570. II, 9. Die Peeliten 238. 536.
Peking, Friede zu (1860) II, 550 f.
Pélissier, Herzog von Malakow, französischer Marschall in der Krim (1855) II, 207. 218. 228. Gouverneur von Algier (1860) 547.
Pellé, französischer General (1870) III, 353.
Pelletan, Eugen, französischer Deputierter und Minister (1866 bis 1871) III, 89 f. 259. 334. 363.
Pellico, Silvio, italienischer Schriftsteller (1820—1830) I, 112.
Pelloux, General, italienischer Ministerpräsident IV, 210.
Pepe, Florestan, neapolitanischer General (1820) I, 99.
— Wilhelm, desgl. (1820—1849) I, 97 f. 108 f. 111. II, 136. 162.
Pepinis, Georg, griechischer Seeheld (1822) I, 143.
Peredes, Präsident von Mexiko II, 554.
Pereira, portugiesischer Minister (1871—1877) IV, 97.
Périer, Casimir, französischer Deputierter und Minister (1824 bis 1832) I, 230. 242 f. 250. 267 f. 270 bis 273. 276—279. 287 f. 291. 438. 440. 444—450.
— Casimir, französischer Minister, Sohn des vorigen (1871) IV, 56. 63. 213.
Peronne, französische Festung (1871) III, 417.
Perret, französischer General (1848) II, 100.
Perrone, Professor, Jesuit in Rom (1835) I, 347.
Persano, italienischer Admiral (1860) II, 397. (1866) III, 137. 207.
Perser IV, 275. 276.
— die, reaktionäre Partei in Spanien (1814) I, 80.
Persien. Krieg mit Rußland (1826 und 1827) I, 162. 167. Kampf um Herat (1837) 526. Krieg mit England (1857) II, 240. 246. 337. Der Schah von P. in Europa (1873) IV, 38. 84.
Persigny, Fialin, Herzog von, Freund Napoleons III., französischer Diplomat und Minister (1851 bis 1866) II, 119. 124. 225. 232. 412. 421. III, 92.
Persil, französischer Minister und Generalprokurator (1833—1837) I, 457. 459. 467. 470.
Perthes, Friedrich, deutscher Buchhändler I, 52. 199. 202.
Peru, Unabhängigkeitserklärung der Republik (1824) I, 181. Konflikt mit Spanien (1863) II, 553. (1865) III, 80.
Pescadores (Fischerinseln) IV, 255.
Pestel, Paul, russischer Oberst (1825) I, 150 f.
— v., preußischer Oberstleutnant, Kommandant von Saarbrücken (1870) III, 305—307.

Peta, Schlacht bei (1822) I, 143.
Peter, Großherzog von Oldenburg (1815) I, 20.
— desgl. (1864) III, 74.
— badischer Regierungsdirektor (1848) II, 22.
— der Große, Kaiser von Rußland IV, 223. 323. 324.
Peters, Dr. Karl, Afrikareisender IV, 193.
Petersburg, Hauptstadt von Rußland. Aufstand (1825) I, 150 f. Das Petersburger Protokoll (1826) 158.
Peterspfennig, der, in Rom III, 96 f. 100.
Petroleurs, die, und die Petroleusen in Paris (1871) IV, 44.
Peucker, v., preußischer General Reichsminister (1848) II, 25 f. 65.
Peyronnet, französischer Minister, Siegelbewahrer (1821—1830) I, 120. 233. 245. 247. 262 f. 273 f. 439. 468.
Pfalz, die, fällt an Bayern (1815) I, 19. Aufstand (1849) II, 61—65. 110. Zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) III, 302 f. 307.
Pfalzburg im Elsaß, die Festung (1870) III, 332. 415.
Pfizer, Paul, württembergischer Minister (1838—1848) I, 328. II, 12.
Pfordten, von der, bayrischer Ministerpräsident (1848—1866) II, 12. 76. 200. 279. 284 f. 466. III, 124. 234.
Pfuel, v., preußischer General und Minister (1848) II, 48. 50.
Phalansterien, die, des französischen Sozialisten Charles Fourier I, 452.
Phanarioten, die, in Konstantinopel (1821) I, 136.
Philhellenen, die I, 142 f. 152 f.
Philiker, die, politischer Verein zur Befreiung Griechenlands I, 134 f.
Philipp I., König von Frankreich IV, 299.
— II., König von Frankreich IV, 299.
— II., König von Spanien IV, 313. 314. 316.
— der Schöne von Frankreich IV, 302.
— IV., König von Spanien IV, 320.
— von Chemnitz IV, 325.
— Graf von Flandern (1866) III, 72.
Philippinen IV, 263. 265. 266.
Pia, Königin von Portugal (1862) II, 409. III, 79.
Piacenza wird mit Parma vereinigt unter der französischen Kaiserin Maria Luise (1815) I, 18.
Piada bei Epidauros und die Unabhängigkeitserklärung Griechenlands (1822) I, 142. 154.
Pianori und sein Attentat auf Napoleon III. (1855) II, 223.
Picard, Ernest, französischer Deputierter (1858) II, 234. 420. III, 86. 89. 259. Mitglied der französischen Regierung (1870 und 1871) 363. 366. 399. 412. 430. Minister (1871) 438.
Piccon, französischer Abgeordneter für Nizza (1874) IV, 62.
Picquart, französischer Oberst IV, 216. 217.
Piemont, s. Sardinien.
Pierce, Franklin, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1853) II, 568.
Pieri, Teilnehmer an dem Attentat Orsinis auf Napoleon III. (1858) II, 231.
Pillersdorf, österreichischer Minister (1848) II, 36.
Pippin, deutscher König IV, 291.
Pisa, Konzil (1409) IV, 305.
Pitt, William, der Jüngere, englischer Minister († 1806) I, 178. 189 f. 355. II, 249.
Pittsburgh-Landing, Schlacht bei (1862) II, 576.
Pius II., Papst IV, 307.
— VII., Papst (1800—1823) I, 18. 21. 23. 93—95. 113. 412.
— VIII., desgl. (1829—1830) I, 113. 345—347. 418.
— IX. (Johann Maria Graf Mastai-Feretti), desgl. (1846—1878) I, 538. 547—550. 554 f. 572. Verhältnis zu Louis Napoleon II, 108. 110 f. 123. Zur Zeit der Revolution in Italien (1848 und 1849) 129—131. 134—136. 148—155. 158—163. Zur Zeit der Reaktion (1852—1859) 231. 252—254. 263 f. Verhältnis zu Österreich (1855) 345. Zur Zeit des italienischen Krieges und des Entstehens des Königreichs Italien (1859—1863) 373. 375. 382—387. 391. 396. 401—404. Stellung zu

Napoleon III. 414—417., zum Königreich Italien; Peterspfennig, Enzyklika und Syllabus (1863—1866) III, 95—191. Das ökumenische Konzil und das Dogma der päpstlichen Unfehlbarkeit (1868—1870) 210—217. IV, 10. Bei der Besetzung des Kirchenstaats durch Viktor Emanuel 371 f. Verhältnis zu Deutschland IV, 18 f. 24—26. „Der Gefangene im Vatikan" (1871) IV, 98. Stellung zum Königreich Italien 101—103. Sein Tod (1878) IV, 104. 112. 166.; ferner IV, 344.

Pi y Margall, spanischer Minister (1873) IV, 94.

Plaputas, Mitglied der griechischen Regierung (1832) I, 384.

Plassey, Schlacht bei (1757) IV, 329.

Platen, Graf, hannöverscher Minister (1862—1866) II, 480 f.

Plebiszite, die Napoleonischen (1852) II, 125 f. (1870) III, 265—267. In Italien (1860) II, 387.

Plener, v., österreichischer Minister (1862—1868) II, 457 f. III, 39. 196. 201., ferner IV, 196. 197.

Plewna, Belagerung und Einnahme von (1877) IV, 131—133.

Podol, Gefecht bei (1866) III, 121.

Poerio, Baron Karl, neapolitanischer Minister (1848) I, 553. II, 144.

Polen, Königreich unter russischer Herrschaft (1814 und 1815) I, 13. 16. 100—104. 210. 212. Zur Zeit der Revolution (1830—1832) 387—402. 444—448. 466. (1846) 499. Russische Unterdrückung 537 f. II, 4. Verhältnis zu Frankreich 94—96. 422. (1848) 169 f. (1856) 336. Revolution (1860—1863) 430—440. 538 f. III, 3—5. 15. 38. 57. IV, 335. Russifizierung (1863—1865) 74—77. (1866—1870) 170—172. IV, 82. 115. 121. 304.

Polhès, französischer General (1867 bis 1870) III, 209. 400.

Polignac, Julius Fürst von, französischer Gesandter und Minister (1823—1829) I, 182. 258—263. 267. 269 f. 278. 324. 439. 441. 468. 557. 563.

Polk, James, Präsident der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1847) II, 555.

Pomare, Königin der Gesellschaftsinseln (1842) I, 562—564.

Pommern, kommt zu Preußen (1815) I, 16 f.

Pompejus IV, 281.

Ponari, Schlacht bei (1831) I, 397.

Ponsard, französischer Dichter (1856) II, 220.

Ponsonby, Lord, englischer Gesandter in Konstantinopel (1833) I, 407. 409.

Pont a Mousson, der Moselübergang bei (1870) III, 320 f. 323. 325.

Pontarlier, Angriff auf (1871) III, 436.

Porlier, Don Juan, spanischer Guerillaführer (1815) I, 84.

Portalis, Graf, französischer Minister (1828) I, 250 f. 257 f.

Port Arthur, Einnahme durch die Japaner (1894) IV, 255.

Portoriko, Insel IV, 262. 265.

Portugal. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 18. Unter Johann VI. (1816—1826) 87—89. Dom Miguels Usurpation und Sturz (1824) 129—132. Dom Pedro IV. übernimmt Brasilien und Maria da Gloria wird Königin von P. unter der Regentschaft Maria Isabellas (1826) 225—227. Dom Miguel als Reichsverweser und Regent (1827—1834) 227 bis 229. Seine Vertreibung durch Dom Pedro (1832—1834) 427—431. Unter Maria da Gloria (1834—1853). Aufstand (1842) 544 f. II, 168. 267. Unter Dom Pedro V. (1855 bis 1861) 268. Unter Dom Luis (seit 1861) 409 f. 551. III, 79. IV, 97. 267.

Posada-Herrera, spanischer Minister (1885) IV, 168.

Poschacher, General der österreichischen eisernen Brigade in Schleswig-Holstein und Böhmen (1866) III, 121.

Posen, Großherzogtum, kommt zu Preußen (1815) I, 13. 39. Kirchliche Streitigkeiten (1838—1840) 350 f. Aufstand (1846) 499. 539. (1848) II, 46. 95. Beim Regierungsantritt König Wilhelms (1861) 488. IV, 115.

Potazow, Gouverneur von Litauen (1869) III, 171.
Potocki, Stanislaus, polnischer General (1830) I, 389.
— Graf, österreichischer Minister (1868—1871) III, 196. 202. IV, 68—69.
Potter, de, Mitglied der provisorischen Regierung Belgiens (1830) I, 307.
Pottinger, Sir Henry, englischer General in China (1841) I, 525.
Pourtalès, Graf v., preußischer Gesandter in Konstantinopel (1849) II, 174.
— Graf v., preußischer Major in Neuenburg (1856) II, 309.
Povoas, portugiesischer General (1828) I, 228.
Pozzo di Borgo, Graf, russischer Botschafter in Paris (1830) I, 155. 289. 436.
Prag, Aufstand in (1848) II, 37 bis 39. Friede zu P. (1866) III, 132. 142 f. 183. 231. 250. 277. Zustände (1871) IV, 71. Universität deutsch und tschechisch (1880) IV, 153.
Praga, die Kämpfe um, zur Zeit der polnischen Revolution (1831) I, 392—394. 398. 400.
Pragmatische Sanktion, die, in Spanien (1830) I, 224. 425., in Österreich II, 451.
Prankh, v., bayrischer Kriegsminister (1870) III, 297.
Praslin, Herzog von (1847) I, 567.
Preßburg, Reichstag zu (1848) II, 34. 38.
Presse, die französische, und das Preßgesetz Karls X. (1826) I, 246 f. zur Zeit der Julirevolution (1830) 266 f.
Pretoria IV, 249.
Preußen, Königreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 u. 1815) I, 9 f. 14 f. 20 f. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) 39 f. 43. 59—65. 74. 93., der Reaktion (1820—1830) 105—107. 111. 117. 121. 140. 154. Innere Zustände bis zum Tode Friedrich Wilhelms III. (1820—1840) 213—219. 308—310. 326. 332—351. Unter Friedrich Wilhelm IV.: erste Regierungszeit (1840—1848) 476 bis 497. 512. 530. 532. II, 4. Zur Zeit der Revolution (1848) 16 bis 21. Verhältnis zum Frankfurter Parlament 26 f. Krieg gegen Dänemark 27—31. 33 f. Aufstand in Posen 46 f. Nationalversammlung, Verfassungsoktroyierung und Verhältnis zur deutschen Zentralgewalt; Kaiserkrone (1849) 46—60. Unterdrückung der Aufstände in Dresden und Baden 61—66. Im Dreikönigsbündnis 67 f. Preußens Schmach im Beginn der Reaktionsperiode (1849—1851) 73—86. 172. 182 f. Verhältnis zu Rußland und die Zeit des Krimkrieges (1853 bis 1856) 194. 197—200. 209—213., zu Österreich 273—278. Die Zeit der Reaktion bis zur Erkrankung des Königs (1851—1857) 293—328. Verhältnis zum Auslande 332. 350 bis 354. Unter der Regentschaft des Prinzen Wilhelm (1857—1860) 328—330. 482—485. 371—373. 399 f. 430. Verhältnis zu Österreich und den deutschen Bundesstaaten 461 bis 465. 469. 472—482. Tod Friedrich Wilhelms IV. und Thronbesteigung Wilhelms I. (1861) 485 f. Der Heeresorganisationsplan (1861 und 1862) 486—502. Das Ministerium Bismarck (seit 1862) und der Verfassungskonflikt 502—512. Verhältnis zu den Bundesreformprojekten (1862 u. 1863) 514—531 f., zu Schleswig-Holstein 533 f., zu Japan 549. Zur Zeit des deutsch-dänischen Krieges (1863—1865) III, 6—25. Bis zur Konvention von Gastein (1864 und 1865) 26—38. Stellung zu Österreich 41—49. Preußens Reformantrag am Bunde 49—55. Allianz mit Italien (1866) 102. Krieg gegen Österreich und den Deutschen Bund (1866) 105 bis 145. Annexion von Schleswig-Holstein, Nassau, Hannover, Frankfurt a. M., Kurhessen und Hessen-Homburg 143 f. Stiftung des Norddeutschen Bundes 144 f. Innere Zustände (1866 und 1867) 218—228. Die luxemburgische Frage, Schutz- und Trutzbündnisse mit den Südstaaten und das Zollparlament

229—236. Innere Angelegenheiten 1867—1870) 237—244. Stellung zu Frankreich 250—255. Krieg gegen Frankreich (1870 u. 1871), Vorwand und Ausbruch desselben 274—286. 290—298. Die ersten Schläge des Krieges 298—314. Die Schlachten um Metz 317—331. Die Katastrophe von Sedan 331—360. Der Kampf um Paris und bis zur Kapitulation von Metz 360—394. Bis zur Einnahme von Paris 394—407. Aufrichtung des neuen Deutschen Reiches in Versailles, der König von Preußen erster deutscher Kaiser 407—410. Letzte Kämpfe 410—415. Der Fall von Paris, Konvention von Versailles, Einzug in Paris, Frankfurter Friede (1871) 415—446. Innere Zustände (1871—1886) IV, 4 bis 38. Territorialveränderung IV, 115 f. 327.

Preußer, Schleswig-Holsteiner (1849) II, 77.

Prevotalhöfe, die, in Frankreich (1815—1820) I, 69. 73.

Prim, spanischer General und Minister (1842—1870) I, 542. II, 557. III, 80 f. 270—274. Sein Tod (1870) 533.

Prim und Problus, Kämpfe bei, in Böhmen (1866) III, 125. 127 bis 131.

Pritschard, englischer Missionär und Konsul auf Otahaiti (1842) I, 562—564.

Prittwitz, v., preußischer General (1849) II, 77.

Probst, württembergischer Abgeordneter (1866) III, 240. 247.

Prohibitivsystem, das französische (1836) I, 464.

Prokesch-Osten, v., österreichischer Gesandter in Berlin (1849) II, 73. 351.

Prondzynski, polnischer General (1831) I, 393. 395. 399.

Protestantenverein, der, in Deutschland (1868) III, 241. IV, 20.

Protestantische Gemeinden in Tirol (1875) IV, 77. 153.

Protestantismus, Kampf mit dem Katholizismus IV, 309—313.

Proudhon, französischer Sozialist I, 569. II, 96.

Provinzialstände, die, in Preußen (1823—1847) I, 215 f. 334 f. 482 bis 485. 488.

Pruth, der, die Grenze zwischen Rußland und der Türkei I, 163. 169.

Psara, die griechische Insel (1821) I, 138 f. 146.

Puchner, österreichischer General (1849) II, 69.

Pückler, Graf, preußischer Minister (1862) II, 496.

Puebla, Belagerung und Eroberung von (1862) II, 558—560.

Pufendorf IV, 325.

Pujol, Pariser Demokrat (1848) II, 98.

Pulszky, ungarischer Deputierter I, 333.

Pusey, Dr., englischer Geistlicher (1843) I, 520. Die Puseyiten in England (1868) III, 165.

Puttkamer, v., preußischer Minister (seit 1878) IV, 159. 174.

Puyer-Quertier, französischer Minister (1871) III, 445.

Puyraveau, Audry de, französischer Deputierter (1830) I, 268. 270 f. 276.

Puzta Herkaly, Schlacht bei (1849) II, 71.

Pyat, Felix, französischer Schriftsteller (1848—1871) II, 103. 112. 223. III, 399. 424.

Pyrrhus IV, 279.

Q

Quadrupel-Allianz zwischen Portugal, Spanien, England und Frankreich (1834) I, 430. 468. 473., zwischen England, Österreich, Preußen und Rußland zugunsten der Türkei (1840) 531 f. 557.

Quatrebas, Schlacht bei (1815) I, 204.

Quebec, Schlacht bei (1756) IV, 329.

Quenisset, französischer Arbeiter (1841) I, 560.

Queretaro, die Einnahme von, in Mexiko (1867) III, 157.

Quesado, spanischer General (1834) I, 430.

Quinet, Edgar, französischer Schriftsteller (1848) I, 575.

Quiroga, Antonio, spanischer Oberst (1819) I, 85 f.

R

Rabenhorst, v., sächsischer Minister (1849) II, 61.
Rackebüll, Gefecht bei (1864) III, 19.
Radama II., König von Madagaskar (1861) II, 548.
Radetzky, Graf Joseph, österreichischer Feldmarschall. In Italien (1848) I, 555. II, 43. 128 f. 131. 133 f. 137 f. 140—142. 152 f. (1849) 155—157. Ferner 255. 347 f. 360. 367.
Radowitz, v., preußischer General und Minister (1847—1850) II, 14. 16. 74 f. 80. 82. 298. 311.
Radziwill, Fürst Michael, polnischer General (1830) I, 389. 392 f.
Raglan, Lord, englischer Oberbefehlshaber im Krimkriege (1853 bis 1855) II, 201. 203. 208.
Rainer, österreichischer Erzherzog und Vizekönig des lombardisch-venezianischen Königreichs (1818 bis 1848) I, 91. II, 127.
— österreichischer Erzherzog, Präsident des österreichischen Reichsrats (1860) II, 447. 453. III, 40. IV, 204.
Ralli, griechischer Parlamentarier IV, 236.
Ramming, Baron, österreichischer General (1866) III, 123. 125.
Ramorino, Pole (1831) I, 398 bis 400. 425. General in Italien (1849) II, 156.
Ranke, Leopold v., deutscher Geschichtschreiber († 1886) II, 292. III, 396. IV, 339.
Raspail, französischer Sozialist (1848) II, 91. 105. III, 262.
Rastatt, Belagerung von (1849) II, 65 f.
Rationalismus, der, in Deutschland I, 338—341.
Rattazzi, italienischer Staatsmann und Minister (1852—1867) II, 259. 384. 387. 403. 405. III, 208.
Rau, Führer des württembergischen Aufstandes (1848) II, 32.
Raumer, Friedrich v., deutscher Gesandter in Paris (1848) II, 107.
— Karl v., preußischer Minister (1850 bis 1858) II, 316. 322. IV, 339.
Rauschenplatt, v., Privatdozent zu Göttingen (1831) I, 316. 325.
Rauscher, Joseph Othmar v., Fürsterzbischof von Wien und Kardinal (1853—1870) II, 343 f. III, 215 f.
Ravachol, französischer Anarchist IV, 214.
Raveaux, Franz, Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 21. 63.
Raven, v., preußischer General (1864) III, 20.
Rebekka und ihre Töchter, geheime Gesellschaft in Wales (1842 und 1843) I, 518 f.
Recacho, spanischer Polizeioberintendant (1825) I, 222 f.
Recamier, französischer Gelehrter (1828) I, 252.
Rechbauer, österreichischer Abgeordneter (1869) III, 200.
Rechberg, Graf, österreichischer Minister (1851—1864) II, 351. 465. 474. 516. 525. III, 11. 38.
Redan, der, Festungsbastion von Sebastopol (1855) II, 207 f.
Redif Pascha, türkischer Kriegsminister (1877) IV, 131.
Redschid Mehemed Pascha, türkischer Großwesir (1832) I, 405.
Reformation IV, 313., die dreihundertjährige Jubelfeier der (1817) I, 43 f. 94. 339.
Reformbankette, die, in Frankreich (1847 und 1848) I, 571—576.
Reformbill, die, im englischen Parlamente (1831—1837) I, 354 bis 359. 362—380. (1841 und 1842) 519 f. (1866—1870) III, 162—164.
Reformverein, der großdeutsche (1862) II, 514 f. III, 12.
Regensburg, Ministerrat zu (1865) III, 42.
Regère, französischer Kommunard (1871) IV, 43.
Regis, sardinischer Oberst (1821) I, 110.
Réglement organique, das, in der Moldau (1848) II, 170 f.
Regnault de St.-Jean d'Angely, französischer Marschall (1851) II, 116. (1859) 361.
Regulative, die preußischen (1854) II, 325.
Reichenbach, Gräfin, s. Ortlöpp.
Reichsregentschaft, die deutsche (1849) II, 63 f.

Reichstadt, Herzog von, s. Napoleon II.
Reille, französischer General (1870) III, 351.
Reims, zur Zeit des deutsch-französischen Krieges (1870) III, 341 f.
Reinkens, Professor Joseph Hubert, altkatholischer Bischof (1873) IV, 24. 28. 113.
Rémusat, Graf v., französischer Minister (1840—1846) I, 556. 570 f. II, 224. (1871) IV, 48. 55.
Renan, Ernest, Professor am Collège de France in Paris (1864) III, 85.
Rente, die Konversion der französischen, und das Rentengesetz (1824) I, 230 f. 236—238.
Repeal, Auflösung der englisch-irischen Unionsakte (1824) I, 191. Repealagitation (1842) 521. (1848) II, 9.
Reschid Pascha, türkischer Minister (1833—1855) I, 407. 531. II, 171. 193.
Restauration, die Zeit der (1815 bis 1820) I, 29—104.
Restitutionsedikt, das (1629) I, 213.
Reventlow, Graf, Mitglied der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein (1848—1850) II, 28. 83.
Revolutionen. Die deutsche (1848) II, 10—86. Die französischen: (1789) IV, 171, 331. Julirevolution (1830) I, 218. 265—279. Februarrevolution (1848) 576 f. II, 86—94. Mairevolution (1848) 94 bis 98. Junischlacht 98—102. Kommune (1871) IV, 40—45. Die italienischen: (1848) II, 127 bis 165. (1859) 358—373. (1866) III, 136 f. 206—210. Spanische und portugisische (1820—1830) I, 124—132. 221—229. (1830—1840) 425—435. (1840—1848) 541—545. (1868) III, 270 f. IV, 93—97.
Rezonville, der Kampf um (1870) III, 323 f. 329 f.
Rheinarmee, die französische (1870) III, 298 f.
Rheinbaben, v., preußischer General (1870) III, 323.
Rhigas, griechischer Dichter (1798) I, 134.
Rhodes, Cecil IV, 250.
Ribot, französischer Ministerpräsident IV, 213.
Ricasoli, Baron Bettino, italienischer Minister (1859—1866) II, 379 bis 382. 403—405. 417. III, 111. 133. 208. IV, 99.
Richelieu, Herzog von, französischer zur Zeit der Restauration (1815 bis 1820) I, 68 f. 74 f. 78 f. 119 f., ferner IV, 320.
Richmond, Herzog von, englischer Minister (1831) I, 357.
— Hauptstadt der Südstaatenkonföderation (1861—1864) II, 573 f. Schlachten bei R. (1862) 576 f. (1865) III, 146 f.
Richter, Direktor der Wiener Kreditanstalt (1860) II, 443.
Ricord, russischer Admiral (1831) I, 381—383.
Rieger, tschechischer Abgeordneter (1848—1876) II, 37. III, 202. IV, 73. 196.
Riego, Raphael del, span. Oberst (1819—1823) I, 85 f. 116 f. 128.
Rieti, Schlacht bei (1821) I, 109 f.
Rifaat Pascha, türkischer Minister (1853) II. 191. 193.
Rigault, Raoul, französischer Kommunard (1871) IV, 43.
Rigny, de, französischer Admiral (1826) I, 159. Minister (1830 bis 1834) 287. 454. 459 f.
Rintelen, Abgeordneter IV, 187.
Ristic, serbischer Minister (1876) IV, 124.
Ritualisten, die, in England, III, 165. IV, 86.
Rivet, französischer Deputierter (1871) IV, 48.
Rivière, französischer Kommandant in Anam (1883) IV, 163.
Robert, Wiener Bankdirektor (1860) II, 443.
— Herzog von Parma (1854—1859) II, 254. 373. 377.
Roberts, Lord, Oberkommandant im Burenkriege IV, 252.
Robinson, Lord Goderich, englischer Minister (1820—1830) I, 183. 185. 192. 353.
Robot, Aufhebung des, in Österreich II, 348.
Roche, Auber, Pariser Arzt (1848) I, 581.

Rochebouet, französischer Minister (1877) IV, 67.
Rochefort, französischer Journalist, Deputierter und Minister (1868 bis 1871) III, 258—264. 363. 374. 395. 399. IV, 212.
Rochow-Plessow, v., preußischer Edelmann (1856) II, 315.
Rodbertus, preußischer Minister (1848) II, 48. 59.
Rodic, österreichischer General (1869) III. 201.
Rodil, spanischer General (1834) I, 432.
Roebuck, englisches Parlamentsmitglied (1834—1855) I, 372. II, 239.
Rogeard, französischer Schriftsteller III, 66.
Roggenbach, v., Freiherr, badischer Minister (1861) II, 471, 522.
Rogier, belgischer Minister, (1830 bis 1867) I, 307. II, 271. III, 65. 182.
Rohland, polnischer General (1831) I, 397.
Rolf Krake, dänisches Panzerschiff III, 19.
Rom. Nach der Rückkehr Pius' VII. (1815) I, 93. 95 f. Unter Leo XII. (1823—1829) 113. Die Cholera (1835) 423 f. Bei der Wahl Pius' IX. (1846) 547. Zur Zeit der Revolution (1848 und 1849) II, 129. 134. 148—152. 155. Als Republik 158 f. Französische Intervention und Eroberung der Stadt 108—111. 159—161. Zur Zeit der Reaktion (1852—1859) 252—254. Französische Okkupation (1859) 361. Die römische Frage 402—406. Septemberkonvention in betreff Roms (1864) III, 97 f. 100 f. (1867) 209. Das ökumenische Konzil in Rom (1868—1870) 211—217. 249. 276. Einrücken der italienischen Truppen, Rom, Hauptstadt von Italien (1870) 371 f. IV, 98 f. Einzug Viktor Emanuels und das erste italienische Parlament in Rom (1871) IV, 99 f. 101., ferner IV, 279—289. 296. 311.
Römer, Friedrich, württembergischer Abgeordneter und Minister (1835 bis 1848) I, 327 f. II, 11 f.
Romilly, Sir Samuel, englischer Jurist (1818—1830) I, 37. 198.
Roncière, s. La Roncière le Noury.
Roncourt, Treffen bei (Gravelotte 1870) III, 327—329.
Ronge, Johannes, und der Deutsch-Katholizismus (1844) I, 496 f. 505.
Roon, v., preußischer General und Kriegsminister (1862—1871) II, 495 bis 497. 500. 502. 510. III, 113. 124. 126. 218. 351.
Roothan, Pater, Jesuitengeneral (1847) I, 565.
Rosas, Tyrann von Buenos Aires (1846) II, 138. 391.
Rosebery, Lord IV, 241. 242. 244.
Rosen, russischer General (1831) I, 393. 400.
Roßbrunn, Gefecht bei (1866) III, 142.
Rossel, Kriegsminister der Pariser Kommune (1871) IV, 43.
Rossi, Graf, französischer Gesandter in Rom (1847) I, 549.
— Graf Pellegrino, päpstlicher Justizminister (1848) II, 149—151.
— schweizerischer Staatsrat IV, 269.
Rostolane, französischer General in Rom (1849) II, 111.
Roten Berge, Treffen am, bei Spichern (1870) III, 312 f.
Roth, russischer General (1829) I, 166.
Roth von Schreckenstein, preußischer General und Minister (1848) II, 48.
Rothpletz, Aargauer (1845) I, 515.
Rothschild, Baron Lionel Nathan v., englisches Parlamentsmitglied (1858) II, 251.
— Mayer Karl, Freiherr v., Mitglied des preußischen Herrenhauses (1867) III, 237.
Rotteck, Karl v., Staatsrechtslehrer und badischer Abgeordneter (1819—1840) I, 51. 319 f. 337. 478.
Rottmann, Karl, Landschaftsmaler in München (1831) I, 209.
Rouen, während des Krieges (1870) III, 407. 412. 415. 417.
Rouher, Eugen, französischer Minister (1851—1869) II, 212. 116. 421 f. III, 86. 89 f. 92. 209. 252 bis 255. Senatspräsident (1869 bis 1871) 260. 263. 265. 287. 341. Deputierter (1872) IV, 50.
Rouland, französischer Minister (1860) II, 415.

Rousseau, Jean Jacques IV, 330.
Roussin, Baron, französischer Diplomat (1833) I, 407.
Roustan, französischer Generalkonsul in Tunis (1881) IV, 146.
Roy, Graf, französischer Minister (1824—1829) I, 231. 250.
Royer-Collard, französischer Staatsmann und Kammerpräsident (1820—1830) I, 78. 123. 230. 232. 240. 242. 247—251. 261. 448. 462.
Rozycki, polnischer Hauptmann (1831) I, 397. 400.
Rückert, Friedrich, deutscher Dichter IV, 338. 339.
Rüdiger, russischer General (1828 bis 1849) I, 164. 394. 396. 398. 400. II, 71.
Rudigier, Erzbischof von Linz (1869) III, 197. IV, 77.
Rudini, di, italienischer Minister IV, 208.
Rudolf II. von Habsburg IV, 314.
— Erzherzog, Kronprinz von Österreich († 1889) IV, 203.
Rudschi, türkischer Minister (1876) IV, 125.
Rufos, Benezelo, Mitglied der provisorischen Regierung in Griechenland (1862) II, 427 f. und Minister (1864) III, 69.
Ruge, Arnold, Mitglied des Frankfurter Parlaments (1848) II, 133.
Rukmann, Baron, russischer Resident in Nauplia (1831) I, 382.
Rumänien. Zur Zeit des Aufstands in den Donaufürstentümern (1821) I, 136 f. Die rumänische Frage (1858) II, 332. (1860) 425 f. Der Sturz Cusas und die Erwählung des Fürsten Karl von Hohenzollern (1864 und 1865) III, 70—73. Judenverfolgungen (1866—1868) 174 f. Zur Zeit des russisch-türkischen Krieges (1875—1877) IV, 121. 126. 129—136. Zustände (1878—1880) IV, 142. Wird Königreich (1881) IV, 144. 148. 228. 229. 232.
Rumelien, türkische Provinz, zur Zeit des Berliner Friedens (1878) IV, 135. 142. 148.
Rümelin, württembergischer Minister (1861) II, 468.
Rupp, Divisionsprediger in Königsberg (1846) I, 495.
Russell, Lord John, englischer Minister, Diplomat, Führer der Whigs (1821—1870) I, 184 f. 193. 353 f. 362. 370—373. 520. 523 f. II, 189. 238 f. 250. 366. 400. 461. 534. 536. 539. 579. III, 14. 60—63. 160 f. 163.
— Lord Odo, englischer Bevollmächtigter in Versailles (1870) IV, 82.
Rußland. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 9 bis 17., in der Heiligen Allianz 23 f. 29. Auf dem Aachener Kongresse (1818) 51. 74. Verhältnis zum Kirchenstaat 93. Innere Zustände 100—104. Zur Zeit der Kongresse (1820—1822) 105 f. 111. 117 f. 121. Verhältnis zu Griechenland 133—136. Unter Nikolaus I. (1825—1855): Beginn seiner Regierung 148—152. Beziehungen zu England, zur Türkei und zum griechischen Freiheitskampf 154 bis 156. 158 f. 161 f. 170. 172. 308. 380 f. Krieg mit der Türkei (1828 und 1829) 163—169. Bei den Konferenzen (1833) 326. Kampf gegen den polnischen Aufstand (1830 und 1831) 387—402., gegen Mehemed Ali für die Türkei (1833) 406 bis 409. Russische Politik in Asien 526 f. Verhältnis zur orientalischen Frage (1840) 530—534. Innere und auswärtige Politik (1842 bis 1848) 537—541. Bekämpfung des ungarischen Aufstandes (1849) II, 70—72. Verhältnis zu Preußen 78 f. 81., und zur französischen Republik (1849) 107. Londoner Protokoll (1852) 85. Innere Zustände (1848—1852) 168—170. Beziehungen zur Türkei 170 f. 173 f. 176—178. Der Krimkrieg (1853 bis 1856) 189—214. Verhältnis zur Türkei und den Donaufürstentümern (1856—1859) 331 f. Unter Alexander II. (1855—1881): auswärtige Politik, Reformen, Aufhebung der Leibeigenschaft 335 bis 339. Verhältnis zu Österreich 351 bis 354. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 355 f. 366 f. Verhältnis zum Königreich Italien (1859—1863) 381. 399 f. und zur Türkei 424 f. Der polnische Aufstand (1860—1863) 429—440. In-

nere Reformen 441 f. Stellung in Asien 548, in Amerika 579. Beziehungen zu Preußen III, 15. 21. 60 f. Innere Zustände und Russifizierung Polens (1863—1869) 74 bis 78. 169—173. Abtretung von Russisch-Amerika an die Vereinigten Staaten (1867) 152. Beziehung zu Österreich 203., zu Deutschland (1870) 290 f. 370. Im Dreikaiserbündnis (1872) 481. IV, 38. Innere Zustände und äußere Beziehungen, Besitzerweiterungen in Asien (1870 bis 1876) IV, 81—84. 88. In der orientalischen Frage und im Kriege mit der Türkei (1875—1877) IV, 120—133. 351. Im Berliner Frieden (1878) IV, 134. Nach demselben IV, 139. 142 f. 149. Ermordung Alexanders II. und Regierungsantritt Alexanders III. (1881) IV, 151 f. (1888—1900) IV, 219. 223—228., ferner IV, 236. 237. 257. 346. — Russisch-japanischer Krieg IV, 272.

Rybinski, polnischer General (1831) I, 400.

Rynicker, Urner Buchdrucker (1865) III, 67.

Ryswick, Friede (1697) IV, 320. 323.

S

Saarbrücken, Gefecht bei (1870) III, 298. 305 f. 308. 311 f. 314.

Saarlouis, die Festung, kommt zu Deutschland (1815) I, 11.

Sachsen, deutscher Volksstamm IV, 292. 293. 295.

Sachsen, Königreich. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 15 f. 19. Im Deutschen Bunde (1815—1848) 39. 48. 200. 203. Unter König Anton (1827) 204. Friedrich Augusts Mitregentschaft (1831) 317. Beitritt zum Zollverein (1833) 336. Freiheitliche Bewegungen (1845) 505. (1848) II, 12. 59. Aufstand in Dresden 61. Im Dreikönigsbündnis (1849) 67 f. 73—75. Reaktion (1852—1854) 279. 284. Unter König Johann (1854 bis 1873) 478 f. 517 f. 520 f. 523. Als Bundesexekutor in Holstein (1863 und 1864) III, 12. 14. 16. 19. 25. 34 f. Krieg gegen Preußen (1866) 105 f. 109—111. 118—120. 125. 127. 129 f. 143. Im Norddeutschen Bunde (1866—1870) 223. 225 f. Im Kriege gegen Frankreich (1870) 303. 328 f. 330 f. 342 f. 347 bis 349. 386. 405 f. 413. IV, 25. 34.

Sachsen-Weimar, Großherzogtum unter Karl August (1815) I, 20. (1816) 47 f. Zur Zeit der Wartburgfeier (1817) 44 f.

Sachturis, griechischer Seeheld (1824) I, 146.

Sackville, Lord, englischer Gesandter in Washington IV, 261.

Sadowa, Schlacht bei (1866) III, 126 f. 186.

Saëz, Viktor, Bischof von Tortosa, spanischer Minister (1824) I, 128. 221. 223.

Sagasta, spanischer Minister (1872) IV, 91. 168. 265.

Said Pascha, Vizekönig von Ägypten (1856) II, 547.

Saint-Arnaud, Jacques Leroy de, französischer General und Kriegsminister (1851) II, 118 f. Marschall im Krimkriege (1853) 201 bis 204. 215.

— -Aulaire, de, französischer Gesandter in Wien I, 437.

— -Cloud, Zerstörung des Schlosses (1870) III, 386.

— -Cyr, Gouvion Marquis de, französischer Kriegsminister (1817) I, 73.

— (Sankt)-Gotthard, der Eisenbahntunnel durch den (1882) III. 184 f. 248. IV, 39. 141.

— — -Helena, die Insel I, 12. 119. II, 228.

— -Marcel, Kampf bei (1870) III, 323 f.

— -Marie aux Chênes, Kampf bei (1870) III, 328.

— -Privat, Kampf bei (1870) III, 328 f. 336.

— -Quentin, Schlachten bei (1870 und 1871) III, 417 f. 423.

— -Simon, Graf, und die Sekte der SaintSimonisten in Frankreich (1760—1825) I, 452 f. 568.

— Vincent, Seeschlacht am Kap (1833) I, 428.

Saisset, französischer Admiral (1871) IV, 41.

Salaberry, französischer Deputierter (1826) I, 246.
Saladin, Sultan IV, 299.
Salas, mexikanischer General (1863) II, 560 f.
Salazar, desgl. (1865) III, 154.
— y Mazarredo, spanischer Deputierter (1869) III, 274.
Saldanha, Herzog von, portugiesischer General und Minister (1827 bis 1870) I, 227 f. 545. II, 168.
Salis, Oberst der Schweizergarde in Paris (1830) I, 274 f.
— -Soglio, Schweizer General (1847) I, 516.
Salisbury, Lord IV, 128. 154. 223. 239. 240. 241. 242. 248.
Salmeron, spanischer Minister (1874) IV, 95 f.
Salonichi, Ermordung des deutschen und französischen Konsuls zu (1876) IV, 124.
Salvandy, v., französischer Edelmann (1830) I, 435.
Salzburg, kommt zu Österreich (1815) I, 14. Zusammenkünfte (1867) III, 205. 234. 236. 255. IV, 38.
Samoainseln werden deutsch IV, 246.
Sand, Karl Ludwig, Student, Mörder Kotzebues (1820) I, 45. 61. 65.
San Domingo (Haiti), Negerrepublik von I, 471. Anschluß an Spanien (1861) II, 408 f., wieder Republik (1865) III, 80.
Sandrou, v., preußischer Gendarmerieoberst (1837) I, 349.
Sanfedisten, die, Priesterpartei im Kirchenstaate I, 423. 549.
San-Juan-Frage, die, zwischen England und den Vereinigten Staaten (1872) IV, 88.
— -Luis, Graf, spanischer Minister (1854) II, 266.
— -Martino, Kampf bei (1859) II, 368 f.
— Miguel, spanischer Minister (1822) I, 117.
— Stefano, Präliminarfriede zu (1878) IV, 133 f. 149.
Sansibar IV, 248.
Santa Anna, General, Präsident von Mexiko (1823—1846) I, 181. II, 554.
— Lucia, Schlacht bei (1848) II, 131.
Santana, General, Präsident von San-Domingo (1861) II, 408.
Santa Rosa, sardinischer Kriegsminister (1821) I, 110. II, 257.
Santiago, Schlacht (1898) IV, 264. 265.
Saphir, österreichischer Dichter († 1858) I, 498.
Sarcey, französischer Schriftsteller (1871) III, 424.
Sardinien (Piemont), das Königreich. Zustände (1815—1820) I, 11, 18. 91 f. (1820—1848) 109—111. 117 f. 424. 550 f. 554 f. II, 72. 108. Im Kriege mit Österreich (1848—1852) 128—133. 136—143. 152—158. 162 f. Teilnahme am Krimkrieg (1855) 205. 208. 210 f. Zustände (1852—1859) 251 f. 256 bis 265. 332. 353. Krieg gegen Österreich im Bunde mit Frankreich (1859) 355—373. Nach dem Frieden von Villafranca wird die Lombardei, Modena, Parma, Romagna und Toskana mit Sardinien vereinigt. Proklamation des Königreichs Italien unter sardinischer Herrschaft (1859—1863) 374—406. 429. 431. 462 f. 538. III, 98. Weiteres siehe unter Italien.
Sarnen, Vereinigung zu (1832) I, 416.
Sartorius, englischer Kondottiere in Portugal (1833) I, 428.
Saucken, v., preußischer Landtagsabgeordneter (1840) I, 480.
Saussier, französischer General (1881) IV, 146.
Sauzet, französischer Deputierter (1836—1839) I, 464. Minister 473. 475.
Savigny, Friedrich Karl v., preußischer Minister und Rechtsgelehrter (1820) I, 59.
— Karl Friedrich v., Sohn des vorigen, preußischer Bundestagsgesandter (1866) III, 55.
Savoyen, fällt an Sardinien (1815) I, 11, 18. Die Linie S.-Carignan kommt auf den sardinischen Thron (1831) 424 f. Abtretung an Frankreich (1859) II, 264. 357. 375. 387 f. 411. 430. Ferner III, 382. IV, 115.
Sawaii, Samoainsel IV, 246.
Say, Leon, französischer Minister (1874—1877) IV, 64. 67.

Scapari, ungarischer Minister IV, 200.
Schäffle, Albert, Tübinger Professor (1868) III, 240., österreichischer Minister (1871—1872) IV, 69—73.
Schamyl, Häuptling der Tscherkessen (1839—1856) I, 541. II, 337.
Scheel-Plessen, Karl Baron v., in Schleswig-Holstein III, 36.
Scheffler, Joh. IV, 326.
Scheibel, Prediger in Breslau (1830) I, 340.
Schele, Geheimrat v., hannöverscher Minister (1837—1853) I, 329. II, 280.
Schell, Professor in Würzburg IV, 186.
Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph v., Philosoph, Professor in München (1775—1854) I, 209, 341.
Schenk, v., bayrischer Minister (1831) I, 319.
Schenkendorf, Max v., deutscher Dichter († 1817) I, 502. IV, 338.
Scheuerlen, württembergischer Minister (1870) III, 247.
Scheurer-Kestner, französischer Senator IV, 217.
Schiffahrtsgesetze, Abschaffung der alten englischen (1850) II, 9.
Schilder-Schuldner, russischer General (1877) IV, 131.
Schiller, Friedrich v., deutscher Dichter (1759—1805) I, 41 f. 134. 338. Sein hundertjähriger Gedächtnistag (1859) II, 465 f. IV, 274. 328. 338.
Schipkapaß, der, im Balkan, und seine Besetzung durch die Russen (1877) IV, 131.
Schisma, IV, 302. 303.
Schlegel, Friedrich v., deutscher Schriftsteller († 1829) I, 57. IV, 338.
Schlei, Übergang des preußischen Heeres über die (1864) III, 17 f.
Schleiermacher, Friedrich Ernst Daniel, Theolog und Philosoph (1768—1834) I, 43. 341. 492. II, 253. 503. IV, 339. 340.
Schleinitz, v., preußischer Minister (1859) II, 381. 399.
Schlesien. (1866) III, 92 f. 102. 105. 109. 199.
Schleswig-Holstein. Zur Zeit der Restauration (1815—1830) I, 32. 173. Stellung zu Deutschland und Dänemark (1830—1848) 508 bis 513. II, 20. Krieg mit Dänemark (1848—1850) 27—30. 48. 77 bis 79. 82 f. (1852) 85. 172. Die schleswig-holsteinische Frage (1852 bis 1863) 301—307. 350 f. 531 bis 535. 538. IV, 348. Zur Zeit des Regierungsantritts Christians IX. von Dänemark und des deutsch-dänischen Krieges (1863—1865) III, 5—31. 34—38. Gasteiner Konvention (1865) 41—43. Während der preußisch-österreichischen Verwaltung 47—61. 74. 82 f. 91—93. 104. 109. Wird mit Preußen vereinigt (1866) 143. 183 f. Ferner 220. 223. 327 f. 403. IV, 105. 115. 169.
Schlettstadt, Kapitulation von (1870) III, 407.
Schleyer, v., württembergischer Minister (1848) II, 12.
Schlik, Graf Franz, österreichischer General (1849—1859) II, 69 f. 367.
Schlosser, Friedrich Christoph, deutscher Geschichtschreiber (1776 bis 1861) I, 477 f. II, 292. IV, 339.
Schmalkaldischer Krieg IV, 311.
Schmalz, preußischer Regierungsrat (1815) I, 43. Verbrennung seiner Schriften auf der Wartburg (1817) 44.
Schmeling, v., preußischer General (1870) III, 384. 418 f.
Schmerling, Anton Ritter v., deutscher Reichsminister, österreichischer Bundestagsgesandter und Minister (1848—1865) II, 25. 30. 53. 180. 452 f. 455 f. 458 f. 475. 525. III, 38 f.
— Ritter v., Bruder des vorigen, österreichischer Feldmarschall (1862) II, 475.
Schmettow, Graf, preußischer Rittmeister (1870) III, 325.
Schmidt, päpstlicher Oberst (1859) II, 371. 383.
— Hauptmann, deutscher Zeitungskorrespondent in Spanien (1874) IV, 97.
Schmitz, französischer General (1870) III, 338.

Schneider, französischer General (1839) I, 475.
— Louis, Schauspieler und preußischer Geheimer Hofrat (1854) II, 305.
— Präsident des französischen gesetzgebenden Körpers (1870) III, 262. 267. 362 f.
Schnorr, Julius, Maler in München I, 209.
Scholastik IV, 301.
Schön, v., preußischer Oberpräsident (1840) I, 480 f.
Schönhals, v., österreichischer Feldmarschalleutnant (1849) II, 74.
Schoonen, van, Mitglied der französischen Munizipalkommission (1830) I, 276. 289 f.
Schott, Christian Friedrich Albert, württemberg. Abgeordneter (1835 bis 1849) I, 327. II 64.
— Siegmund, württembergischer Advokat (1870) III, 246.
Schottland IV, 316.
— die freie Kirche in (1843) I, 520.
Schubert, Professor in München I, 209.
Schudscha, Schah von Afghanistan (1839) I, 527.
Schüler, Friedrich, deutsches Parlamentsmitglied (1848) II, 63.
Schulze-Delitzsch, Hermann, Gründer der deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften (1868) III, 241.
Schumla, Festung in Bulgarien (1828) I, 163—165.
Schurz, Karl, amerikanischer Gesandter (1870) III, 292.
Schuwalow, Graf, russischer Botschafter in London (1873) IV, 84.
Schwanthaler, Bildhauer in München I, 209.
Schwarz, Dr., Hofprediger in Gotha (1853) II, 286.
Schwarzenberg, Fürst Felix, österreichischer Gesandter und Minister (1848—1852) II, 45 f. 74. 81—83. 130. 152. 162 f. 174. 180 f. 277. 301. Sein Tod (1852) 341. Ferner 349. 352. 531. III, 41.
Schwarzer, österreichischer Minister (1848) II, 36.
Schwechat, Schlacht bei (1848) II, 44.
Schweden, das Königreich. Zustände (1809—1848) I, 13. 16 f. 30 bis 32. 173 f. II, 7 f. Zur Zeit des dänisch-schleswig-holsteinisch. Krieges (1848—1852) 79. 85. Zustände (1859—1866) 531 f. 535. III, 14. 21. 57—59. (1866—1877) 183. 291. IV, 105. (1878—1886) IV, 168. (1888 bis 1900) IV, 168. 267. 314. 320.
Schweinschädel, Gefecht bei (1866) III, 123.
Schweitzer, Dr., Sozialdemokrat (1875) IV, 32.
Schweiz. Die Zustände (1815 bis 1830) I, 19. 30. 321. Bewegungen (1830—1840) 410—417. 466—469. 472. Sonderbundskrieg (1843 bis 1848) 514—517. 540. 551. 572 f. II, 133. Zur Zeit der Neuenburger Frage (1856) 308—311. 350. Stellung zu Frankreich (1859) 388. 411. Zustände (1863—1870) III, 64. 67 f. 180. 184 f. 291. 435 f. (1870 bis 1886) IV, 110—112. 116. 169. (1888 bis 1900) IV, 169. 269. 270.
Schwerin-Putzar, Graf, preußischer Minister (1847—1862) I, 487. II, 19. 48. 312. 329. 496.
Schwyz, der Kanton (1833) I, 416.
Scott, nordamerikanischer General (1846—1861) II, 554. 573. 577.
— Walter, englischer Dichter IV, 336.
Sebastiani, Graf, französischer Marschall und Minister (1830—1840) I, 268. 270 f. 283—285. 288. 438. 440. 443—448. 567. 578.
Sebastopol, Belagerung der russischen Festung, im Krimkriege (1854 und 1855) II, 196 f. 202—208. 210. 261. 353. 371.
Secchi, Pater, Astronom (1872) IV, 101.
Sedan, Schlacht bei (1870) III, 298. 331. 344. 346—352. Kapitulation 353—355. 358. 360. 362 f. 370 f. 377. 390. IV, 351.
Seerecht, die Reform des allgemeinen (1856) II, 213.
Sefeloge, und sein Attentat auf König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1850) II, 317. 493.
Segris, französischer Minister (1870) III, 263.
Seidensticker, Advokat in Göttingen (1831) I, 316.
Seillard, Baron, französischer Gesandter in Mexiko (1866) III, 155.

Sella, italienischer Minister (1872 und 1873) IV, 99 f. 104.
Semonville, Marquis v., französischer Pair (1830) I, 273 f. 277 bis 279.
Senat, der französische (1852) II, 124 f.
Senlis, Frau v., Erzieherin Louis Philippes I, 279.
Sepp, bayrischer Abgeordneter (1870) III, 296.
Septembergesetze, die französischen (1835) I, 462 f.
Septemberkonvention, die (1864) III, 97 f.
Septembristen, die, in Portugal (1848—1852) II, 168.
Septennat, das französische (1873 bis 1880) IV, 62 f.
Sepulveda, portugiesischer Oberst (1820) I, 88 f. 130.
Serbien. Zur Zeit des Friedens von Adrianopel (1829) I, 169. Zustände (1861—1869) II, 426. III, 175 f. Zur Zeit der orientalischen Frage und des russisch-türkischen Krieges (1875—1877) IV, 115. 121 bis 133. Im Berliner Frieden (1878) 134. 142 f. Wird Königreich (1882) 143. 148. (1888—1900) IV, 229. 230. 232.
Serrano, spanischer General (1842 bis 1874) I, 542. II, 165. Präsident des Senats, Marschall III, 269 bis 271. IV, 90. 92. 97.
Settimo, Ruggiero, Präsident von Sizilien (1848) I, 553. II, 142. 146.
Seu de Urgel, katalonische Festung, und die apostolische Junta (1822) I, 117. 121.
Seven Pines, Gefecht bei (1862) II, 577.
Sevilla, zur Zeit der spanischen Revolution (1823) I, 124—127.
Seward, nordamerikanischer Minister (1861—1870) II, 572. 575. 579. III, 147. 155. 163 f.
Seydel, v., Oberbürgermeister von Berlin (1864) III, 30.
Seymour, Sir George Hamilton, englischer Gesandter in St. Petersburg (1853) II, 189.
— Horatio, Kandidat der demokratischen Partei in Nordamerika (1868) III, 151.
Seymour, englischer Admiral (1882) IV, 144. 147.
Shaftesbury, Graf v. (1873) IV, 86.
Shakespeare, englischer Dichter IV, 325. 336.
Sharpsburgh, Schlacht bei (1862) II, 577.
Sheridan, nordamerikanischer General (1863—1865) II, 582 f. III, 146 f.
Sherman, desgl. (1861—1865) II, 574. 581 f. III, 146 f.
Siam, Krieg mit Frankreich (1893) IV, 256.
Sibour, Erzbischof von Paris (1852 bis 1857) II, 123. 226. 228.
Siccardi, sardinischer Minister und die Siccardischen Gesetze (1850) II, 256 f.
Sidi-Mohammed, Kaiser von Marokko (1859) II, 407.
Sidmouth, Lord, englischer Staatssekretär (1817—1822) I, 37 f. 183.
Siebenbürgen, Aufstand in (1849) II, 69—71. 173. Verhältnis zu Ungarn (1861) 451—457. 459 f. Einverleibung in Ungarn (1867) III, 192. 195. IV, 79. Vergewaltigung der Deutschen in S. 152.
Siebenerkonkordat, das, in der Schweiz I, 415.
Siebenpfeiffer, Advokat, und das Hambacher Fest (1832) I, 322.
Sigel, Führer im badischen Aufstand (1849) II, 65. General in Nordamerika (1861) 573.
Sigismund, König von Ungarn IV, 304.
Sigl, bayrischer Journalist (1870) III, 292. 295.
Sigmaringen, Aufstand in (1848) II, 32., ferner 66. 80.
Silistria, bulgarische Festung an der Donau I, 164. 166. II, 199.
Simon, Heinrich, Justizrat in Breslau (1847) I, 485. Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 63.
— Jules, französischer Deputierter und Minister (1870—1877) III, 259. 363 f. 366. 430. 438. IV, 49. 55. 65.
— Ludwig, aus Trier, Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 32.
— Saint-, s. Saint-Simon.
Simonoseki, Friede von (1895) IV, 255.

Simons, preußischer Justizminister (1858—1861) II, 316. 329. 485.
Simpson, englischer General (1855) II, 208.
Simson, Eduard, Präsident des deutschen Parlamentes (1849) II, 56 f., des norddeutschen und deutschen Reichstags (1867—1871) III, 227. 239. 409.
Sinope, Vernichtung der türkischen Flotte im Hafen zu (1853) II, 196.
Sipoys, die, indische Truppen im Dienste Englands und der Aufstand in Bengalen (1857 und 1858) II, 242—249. 423.
Sixtus V., Papst IV, 316.
Sizilien, Königreich beider. Zur Zeit der Restauration (1815—1820) I, 94—100., der Revolution und Reaktion (1820—1840) 105—113. 118. 124. 424. Aufstände (1848) 552—554. II, 130. 135—137. 143 bis 147. 160 f. 254. Garibaldis Eroberung des Königreichs (1859 bis 1863) 389—397. 405. Vereinigung mit Italien 406. III, 94 f.
Skalitz, Schlacht bei (1866) III, 123.
Skandinavien. Zustände (1814 bis 1830) I, 16 f. 30—32. 173 f. (1848—1852) II, 7 f. 29. (1859 bis 1866) 531—536. III, 57—59. (1866 bis 1870) 180. 182 f. 291. (1870 bis 1887) IV, 104—106. 154. 168. (1888 bis 1900) IV, 314.
Skierniewicze, Zusammenkunft zu (1884) IV, 151.
Sklaverei, Englands Agitation gegen die (1825) I, 184 f. 198. Aufhebung der S. (1833) 366 f. 376. 560. Die Sklavereifrage in Nordamerika und die Emanzipationsbill (1819—1864) II, 566—572. 576. 578. 583. III, 3. 148 f.
Skobelew, russischer General (1881 bis 1883) IV, 151.
Skrzynecki, Johann, polnischer General (1831) I, 393—399. 402.
Slawen, die I, 29 f. 100—104. 150. 173. Aufstand in Böhmen (1849) II, 36—41. Die Idee des Panslawismus in Rußland (1868) III, 171. IV, 294.
Slawonien. Verhältnis zu Österreich (1859—1863) II, 454—457.
Slidell, Kommissar der nordamerikanischen Konföderierten (1861) II 574 f.
Smet de Naeyer, belgischer Minister (1899) IV, 271.
Smith, Adam, englischer Staatsökonom (1770) I, 35.
— John, englischer Missionär in Westindien I, 185.
— Sidney, englisches Parlamentsmitglied (1831) I, 361.
Sobrier, französischer Sozialist (1848) II, 91.
Sozialdemokratie, die deutsche (1874) IV, 27. 30. 32—36. Gesetz gegen die S. (1878) IV, 139. 157. 170. 178—180. 244. 245. 270. 271.
Sozialgesetzgebung, englische IV, 245.
Soiron, Vorsitzender des deutschen Fünfzigerausschusses (1848) II, 21.
Soissons, Kapitulation von (1870) III, 407.
Soledad, Konvention von (1862) II, 557 f.
Solferino, Schlacht bei (1859) II, 358. 368 f. 370 f. 374. 380. 443. 445 f. 533. III, 250.
Sollicitudo omnium, päpstliche Bulle (1814) I, 94.
Solms, Prinz von, österreichischer Gesandter in Hannover (1866) III, 114.
Solothurn, Kirchenstreit zu (1870 bis 1873) IV, 111.
Solowieff und sein Attentat (1879) IV, 150.
Soltyk, Roman, polnischer Graf (1831) I, 392.
Sonderbundskrieg, der, in der Schweiz (1845—1847) I, 515—517. 540. II, 133.
Sonderburg-Augustenburg, die Herzöge von, s. Augustenburg.
Soor, Gefecht bei (1866) III, 123.
Sophie, Erzherzogin, Mutter des Kaisers Franz Joseph von Österreich II, 181.
— Königin von Holland (1866) III, 222.
Soult, Herzog von Dalmatien, französischer Marschall und Minister (1815—1840) I, 71. 375. 440. 445. 450. 454. 459 f. 473. 475. 555. 558. 566.
Spafields, die Unruhen zu (1816) I, 36.

Spanien. Zur Zeit des Wiener Kongresses (1814 und 1815) I, 18. 25. Unterdrückungen und Aufstände unter Ferdinand VII. (1814 bis 1833) 79—87. 97 f. 106. 113 bis 118. Die französische Intervention (1823) 120—128. Abfall der westindischen Kolonien (1822 bis 1824) 180—182. Innere Zustände (1823—1833) 221—224. 425 f. Unter Isabella II. (1833—1869) Bürgerkrieg unter der Regentschaft Maria Christinas (1833—1840) 426—435. 467. Innere Zustände und äußere Beziehungen (1840 bis 1868) 541—544. II, 165—168. 265 bis 267. 399 f. 407—409. 553 bis 558. III, 79—81. 258. 268 f. Revolution und Sturz Isabellas 270 f. Auf der Königssuche (1869 u. 1870) 271—273. Die Kandidatur des Prinzen Leopold von Hohenzollern 274—277. 288. Unter König Amadeo I. (1870—1873) IV, 89—93. Republik, Karlistenkämpfe (1873 bis 1874) IV, 93—96. König Alfonso XII. (1874—1885) 97. 102. 139. 154. 168. (1888—1900) IV, 168. Krieg mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika (1898) 263. 264. 265., ferner 313. 351.
Spaur, Graf, bayrischer Gesandter in Rom (1848) II, 152.
Spee, Fr. v., geistlicher Liederdichter IV, 326.
Spener IV, 326.
Speransky, Graf Michael, russischer Minister (1808—1812) I, 101 f.
Sperrgesetz, das preußische (1875) IV, 30.
Spezzia, die griechische Insel (1821) I, 138 f.
Spichern, Schlacht bei (1870) III, 298. 305 f. 311—315. 322.
Spiegel, Joseph Anton, Graf zum Desenberg, Erzbischof von Köln (1825—1835) I, 342—346.
Spielbanken, die, in Deutschland aufgehoben (1868) III, 237.
Spinelli, neapolitanischer Minister (1860) II, 393.
Spinoza, Baruch IV, 324.
Sponek, Graf, Ratgeber König Georgios' I. von Griechenland (1863) II, 429. III, 69.
Spyck, van, holländischer Marineoffizier (1830) I, 311.
Staatsstreich, der, Louis Napoleons in Frankreich (1851) II, 118. 120—123.
Stabel, badischer Minister (1860) II, 470.
Stadion, Graf Franz, österreichischer Minister (1848 und 1849) II, 45 f. 68. 180 f.
— Graf Philipp, österreichischer General (1859) II, 362.
Städtebund, rheinischer IV, 304.
— schwäbischer IV, 304.
Stahl, Friedrich Julius, Staatsrechtslehrer und Führer der Feudalpartei im preußischen Herrenhause (1843—1858) II, 298 f. 314. 325 f.
Stambulow, bulgarischer Staatsminister IV, 230. 231.
Ständekurie, die preußische (1847) I, 484. 488.
Stanley, Lord, Graf von Derby, englischer Minister (1841—1859) I, 518. II, 9. 188. 238. 249—251. 536.
— Lord, Sohn des vorigen (1858 bis 1867) II, 250. III, 64. Earl of Derby 160. 163 f. 169. 254.
Stanton, nordamerikanischer Kriegsminister (1868) III, 151.
Starrkirch, Geistlicher in der Schweiz (1872) IV, 111.
Stavenhagen, preußischer Abgeordneter (1861) II, 487. 501. III, 9.
Stegemann, preußischer Minister (1815) I, 60.
Steiger, Dr., Führer der Luzerner Radikalen (1844—1847) I, 514 bis 516.
Stein, Karl, Freiherr von und zum, preußischer Minister (1815) I, 41. 44. 52. 57. 60. 65. 204.
— preuß. Abgeordneter (1848) II, 48.
Steinmann, dänischer General (1864) III, 23.
Steinmetz, v., preußischer General (1866) III, 123. Kommandant der 1. deutschen Armee im französischen Kriege (1870) 302. 312 f. 321 f. 327. 331.
Stengel, badischer Minister (1860) II, 470.
Stephan, österreichischer Erzherzog, Palatin von Ungarn (1848 u. 1849) II, 34. 40. 182.

Stephan, deutscher Generalpostmeister (1874) IV, 114.
Stephanie, Prinzessin von Hohenzollern, Königin von Portugal (1858) II, 268.
— s. a. Beauharnais.
Stephens, englischer Dissenterprediger (1838) I, 376.
Sterbini, römischer Republikaner (1848) II, 151.
Stewart, Lord, englischer Gesandter in Wien (1820) I, 105 f.
Stieber, preußischer Polizeidirektor (1861) II, 485.
Stiehle, v., preußischer Major (1864) III, 17. General (1870) 393.
Stimmrecht, das allgemeine, in Frankreich (1851) II, 118. 120. 126.
Stirbey, Fürst, Hospodar der Walachei (1848) II, 174.
Stöcker, Hofprediger, Abgeordneter IV, 183.
Stoczek, Schlacht bei (1831) I, 393.
Stoffel, Baron, französischer Oberst und Militärbevollmächtigter in Berlin (1870) III, 301. IV, 55.
Stoilow, bulgarischer Staatsminister IV, 231.
Stolberg-Wernigerode, Graf v., Präsident des preußischen Herrenhauses (1856) II, 315.
Stopford, Sir Robert, englischer Admiral (1840) I, 532.
Storthing, der norwegische (1815) I, 31 f. 174.
Stourdza, russischer Staatsrat (1818) I, 45. 62.
— Fürst, Hospodar der Moldau (1848) II, 170.
Stralsund, Seegefechte vor (1864) III, 30.
Straßburg im Elsaß. Der Putsch Ludwig Napoleons in (1836) I, 469 f. Belagerung durch die Deutschen (1870) III, 311. 332. 379—382. Wird wieder deutsch (1870) 382—384. 406. 439 f. Universität (1872) IV, 9.
Stratford de Redcliffe, Viscount (Sir Stratford Canning), englischer Gesandter in Konstantinopel (1826—1853) I, 155. II, 174. 192.
Strauß, David Friedrich, theologischer und philosophischer Schriftsteller in Zürich (1835—1839) I, 342. 417. IV, 340.
Streiks IV, 178. 244. 259.
Stresetiz, Gefecht bei (1866) III, 130.
Stroganow, russischer Gesandter in Konstantinopel (1821) I, 140.
Stroßmayer, Bischof von Diakovar (1870) III, 214 f. IV, 197.
Strotha, v., preußischer General und Minister (1848) II, 50.
Struve, Gustav, Führer im badischen Aufstand (1848 u. 1849) II, 20. 23. 32 f. 65.
Stubbs, portugiesischer General (1828) I, 228.
Stürmer, Staatsrat v., bayrischer Minister (1831) I, 319.
— österreichischer Feldmarschall in Italien (1850) II, 163. 174.
Sturmpetitionen, die, zur Zeit der deutschen Revolution (1848) II 11 f.
Sturt, englischer Reisender in Australien (1845) II, 545.
Stuttgart, das deutsche Parlament in (1849) II, 62—65. Kaiserzusammenkunft (1857) 337. 430.
Stüve, Dr., Bürgermeister von Osnabrück, hannöverischer Abgeordneter und Minister (1837—1848) I, 329. 331. II, 13.
Suckow, v., württembergischer Minister (1870) III, 247.
Südamerika IV, 257.
Sudan, der Aufruhr im (1883 und 1884) IV, 148. 248.
Sue, Eugen, französischer Schriftsteller und Deputierter (1850) II, 113.
Suez-Kanal, der (1859—1867) II, 175. 547. III, 177 f. 262. IV, 89. 147.
Suleiman Pascha (Sève), ägyptischer General (1840) I, 532.
— — türkischer Kommissar in der Walachei (1848) II, 171 f.
— — türkischer General (1877) IV, 131—133.
Sulioten, die, griechisches Bergvolk (1822) I, 143.
Sumner, Charles, Senator der Vereinigten Staaten von Nordamerika (1869) III, 169.
Sundewitt, Halbinsel in Schleswig (1864) III, 19—23.
Surlet de Chokier, Präsident des belgischen Nationalkongresses (1830) I, 309 f.

Suffy, Graf v., französischer Pair (1830) I, 279. 282 f.
Sutsos, Alexander, Hospodar der Walachei († 1821) I, 136.
— Michael, Hospodar der Moldau (1821) I, 136.
Suwarow, russischer General (1799) II, 128.
Sweaborg, Bombardement von (1855) II, 208.
Swidzewno, Übergang der polnischen Armee bei (1831) I, 400.
Sybel, Heinrich v., deutscher Geschichtschreiber II, 292. 325. Preußischer Abgeordneter (1862) 501.
Syllabus, der päpstliche (1864) III, 85 f. 98 f. 210.
Symanowski, polnischer General (1831) I, 397.
Synoden, die, in Preußen (1846) I, 493 f. Synodalverfassung (1877) IV, 34.
Syrakus, Graf von, Sohn König Ferdinands I. von Neapel (1820 bis 1860) I, 99. II, 390. 394.
Syrien. Zur Zeit des türkisch-ägyptischen Krieges (1831—1833) I, 403—409. (1839—1841) 528 bis 533. Kampf zwischen Drusen und Maroniten (1860) II, 423 f. (1888 bis 1900) IV, 232.
Széchényi, Graf Stephan, ungarischer Magnat und Minister (1826 bis 1849) I, 211 f. 333. II, 34.
Szell, ungarischer Minister (1899) IV, 200.
Szesen, ungarischer Minister (1861) II, 455.
Szirmay, Graf, ungarischer Magnat (1871) IV, 80.
Szlavy, ungarischer Minister (1872 bis 1874) IV, 78 f.
Sznayde, polnischer General (1849) II, 65.
Szörek, Schlacht bei (1849) II, 72.

T

Taaffe, Graf, österreichischer Minister (1868) III, 196. 201f. (1870) IV, 153. (1896) IV, 196. 197.
Tafna, Vertrag an der (1837) I, 471.
Taillandier, französischer Oberst (1836) I, 469.
Taillant, französischer Major (1870) III, 415.
Taipings, die Rebellion der, in China (1860—1864) II, 551.
Taktiker, die, ein griechisches Regiment (1822) I, 142.
Talhouet, Marquis, französischer Deputierter (1870) III, 287.
Talleyrand v. Perigord, Bischof von Autun, Fürst von Benevent, französischer Diplomat und Minister (1814—1830) I, 11. 22. 68 f. 284 f. 308. 411. 440.
Tann, von der, Freiherr, bayrischer General (1866) III, 116. Kommandant des 1. bayrischen Armeekorps im französischen Kriege (1870) III, 303. 310. 346. 386. 389. 401—403.
Tassilo, Herzog von Bayern IV, 292.
Tatitschew, v., russischer Gesandter in Wien (1828) I, 165.
Tauberbischofsheim, Gefecht bei (1866) III, 142.
Taufkirchen, v., bayrischer Gesandter in Wien (1867) III, 230.
Tegetthoff, österreichischer Admiral (1864—1866) III, 22. 137.
Telegraphenkabel, das transatlantische III, 146.
Teleky, Graf Ladislaus, ungarischer Abgeordneter (1860) II, 451.
Tel-el-Kebir, Schlacht bei (1882) IV, 147.
Temesvar, Schlacht bei (1849) II, 72.
Temple, Lord William, englischer Gesandter in Neapel (1849) II, 145.
Teplitz, Zusammenkunft zu (1833) I, 326. Kongreß (1848) II, 37.
Terceira, Insel der Azoren, während der Regentschaft (1830) I, 229. 428.
Terguſakow, russischer General (1877) IV, 130.
Territorialveränderungen in Europa (1815—1871) IV, 115 f.
Tesch, belgischer Minister (1856 und 1857) II, 271.
Tessin, der Schweizer Kanton (1830) I, 413. II, 350. IV, 269.
Testakte, Aufhebung der englischen (1828) I, 193. 198.
Teste, französischer Minister (1839 bis 1841) I, 475. 558. 567.

Tetuan, Schlacht bei, und Friede von (1860) II, 407 f. S. a. unter O'Donnell.
Teutsch, elsässisches Reichstagsmitglied (1874) IV, 27.
Tewfik, Khedive von Ägypten (seit 1879) IV, 147. 247.
Texas, wird der Nordamerikanischen Union einverleibt (1848) II, 567 f.
Tharin, Bischof von Straßburg (1825) I, 244.
Theoderich, König der Ostgoten IV, 287.
Theodor, Negus von Abessinien (1868) III, 166 f.
Thermopylen, der Kampf in den (1821) I, 138. 143.
Thessalien, zur Zeit des griechischen Aufstands (1821 und 1822) I, 138., kommt an Griechenland (1881) IV, 145.
Theux, de, belgischer Minister (1871) IV, 108.
Thibaudin, französischer Oberst (1870) III, 393. Kriegsminister (1883) IV, 162.
Thiébault, belgischer Kriegsminister (1872) IV, 109.
Thiers, Adolf, französischer Journalist und Schriftsteller zur Zeit der Revolution (1830) I, 266. 279. Deputierter und Minister (1830 bis 1851) 448. 454—457. 460—468. 473. 475. 531. 534. 556—559. 561. 564 bis 566. 570 f. 573. 578 f. 581. II, 105. 108. 110 f. 113 f. 121. 224., in der Opposition zur Zeit Napoleons III. (1863—1870) 412. 421. III, 83—91. 253 f. 257. 259. 266 f. 279. 281. 286. 334. 362. Zur Zeit der Republik (1870—1871) 364 f. 372. 374. 385. 395 f. 398. 400. 436 f. Chef der ausführenden Gewalt 438 bis 443. IV, 41. 46 f. Präsident der Republik (1871—1873) IV, 48 bis 56. Nach seinem Sturz IV, 57 f. 62. 63. Sein Tod (1877) IV, 67. 85. 101. 110. 347.
Thiersch, Professor in München (1825) I, 152. 209. In Griechenland (1832) 384.
Thionville (Diedenhofen), französische Festung (1870) III, 400. 407., wird wieder deutsch (1871) 440.
Thistlewood, Fleischer in London (1820) I, 38.
Tholuck, Theolog in Halle (1857) II, 325.
Thomar, Graf, s. Costa Cabral.
Thomas, Prinz von Savoyen, Herzog von Genua, Neffe Viktor Emanuels, spanischer Kronprätendent (1870) III, 272.
— Lorenzo, nordamerikanischer General (1863—1864) II, 582. III, 151.
— französischer General (1870) III, 376. IV, 41.
Thomasius IV, 326.
Thorbecke, holländischer Minister (1849—1872) II, 8. III, 65. IV, 107.
Thouvenel, französischer Minister (1860) II, 415. 417.
Thugut, Baron, österreichischer Minister († 1818) I, 13.
Thun, Graf Leo, österreichischer Minister, Gubernialpräsident von Böhmen (1848—1860) II, 37. 341. 351. 445. 448. 454. (1898) IV, 199. 201. 202.
— Graf, österreichischer General (1866) III, 125. 128.
Thüngen, Freiherr v., bayrischer Deputierter (1866—1870) III, 235. 297.
Thurn, Graf, österreichischer General (1849) II, 137. 147. 156.
Thurn und Taxis, Fürst, bayrischer General (1850) II, 82.
Tiburce, französischer General (1848) I, 578.
Tieck, Ludwig IV, 338.
Tien-tsin, Friede zu (1858) II, 251. 550. IV, 354.
Tillisch, dänischer Kommissar in Schleswig-Holstein (1849) II, 78.
Times, die, englische Zeitung I, 197 f.
Tirard, französischer Ministerpräsident (1894) IV, 213.
Tirlemont, Schlacht bei (1831) I, 312.
Tirol, kommt an Österreich (1815) I, 14. Zustände (1859—1863) II, 457—460. (1866—1870) III, 190 f. 198. 201. (1870—1887) IV, 72. 77. 153.
Tisza, Koloman, ungarischer Minister (1875) IV, 78 f. 152. 200.

Tisza-Eßlar, die Judenaffäre von (1882 und 1883) IV, 152.
Titoff, v., russischer Gesandter in Konstantinopel (1849) II, 174. 177.
Tobitschau, Gefecht bei (1866) III, 135.
Tocqueville, französischer Schriftsteller († 1859) II, 319. 564.
Todt, Führer beim Dresdner Aufstand (1849) II, 61.
Toggenburg, v., österreichischer Minister (1852) II, 349.
Togo, wird deutsch IV, 253.
Toll, v., russischer General (1825 bis 1831) I, 151. 399.
Tolstoi, Graf, russischer Minister (1868) III, 171.
Tongking, Vertrag (1874) IV, 163.
Topete, spanischer Admiral (1868) III, 270. Minister (1872) IV, 92.
Toreno, Graf, spanischer Minister (1820—1841) I, 114. Herzog 425. 432 f. 542.
Torgau, Sammelplatz der Elbarmee (1866) III, 118.
Tories, die, im englischen Parlament I, 32 f. 183. 192 f. 353—380. 518—523. 540. 565. II, 238—240. 249—251. 536. III, 64. 159—163. IV, 88.
Torre, Garcia de la, spanischer Minister (1815—1820) I, 86 f.
— de la, sardinischer General (1821) I, 110 f.
Torres Vedras, Schlacht bei (1846) I, 545.
Toskana, das Großherzogtum. Unter Ferdinand III. (1814—1824) I, 18. 92. 112. Unter Leopold II. (1824 bis 1859) 113. 550. 554. In den Revolutionsjahren (1848 und 1849) II, 129. 132. 147 f. 155. 158. 162 f. (1855) 254. Zur Zeit des italienischen Krieges (1859) 361. 373. 375—381. Anschluß an Italien (1860) 387 f.
Totleben, russischer General (1855) II, 205. (1877) IV, 132 f.
Toul, die französische Festung (1870) III, 332 f. 380—382. 385.
Toulon, Besuch der russischen Flotte (1893) IV, 219.
Tours, die französische Regierung zu (1870) III, 374. 381. 384. 387 f. 391. 394. 398. 400 f. 403. 405. 411. 417.
Trades-Unions IV, 244. 245.
Transvaalrepublik, Kämpfe mit England IV, 249. 251. Verlust der Unabhängigkeit IV, 252.
Trautenau, Schlachten bei (1866) III, 122 f.
Trent-Affäre, die (1861) II, 574 f.
Treskow, v., preußischer General (1870) III, 419.
Treubund, der preußische, in der Reaktionszeit (1852—1858) II, 316.
Tridentiner Konzil IV, 312.
Trier, Ausstellung des heil. Rockes (1891) IV, 184. 342.
Tripolis, Zustände im Lande (1859) II, 547. IV, 253.
Tripolizza, griechische Festung (1821) I, 141. (1825) 147.
Tristany, Karlistenführer (1872) IV, 92.
Trocadero, Schanze der Festung Cadiz (1823) I, 126 f.
Trochu, französischer General (1870 bis 1872) III, 316. Kommandant des 12. Armeekorps 337 f. Gouverneur von Paris 339. 362—264. 376. 386. 399. 404 f. 410. 412—414. 419. 421—424. 430. 432. Deputierter IV, 50.
Troplong, Bonapartist (1853 bis 1858) II, 217. 234.
Troppau, Kongreß zu (1820) I, 100. 104—107.
Trotinabach, Gefechte am, in Böhmen (1866) III, 125. 128.
Trott, v., kurhessischer Bundestagsgesandter (1820) I, 63.
Troxler, Professor in Luzern (1831) I, 412.
Troya, Carlo, neapolitanischer Minister (1848) II, 130. 144.
Trözene, griechische Nationalversammlung zu (1822) I, 158.
Tsadsee IV, 249. 253.
Tschech, Bürgermeister, Attentat auf Friedrich Wilhelm IV. von Preußen (1844) I, 504.
Tschechen, die, in Böhmen (1870 bis 1886) IV, 68—74. Alt- und jungtschechische Partei IV, 76. 138. 153.
Tscherkasky, russischer Fürst (1877) IV, 125.
Tscherkessen, die, im Kaukasus und ihre Kriege mit Rußland (1839 bis 1855) I, 540 f. II, 208 f.

Tschernaja, Schlacht an der (1855) II, 207 f.
Tschernajew, russischer General (1876) IV, 130.
Tscherning, dänischer Minister (1848) II, 28.
Tschetschenzen, die, Volk im Kaukasus (1877) IV, 130.
Tschirner, Führer beim Dresdner Aufstand (1849) II, 61.
Tübinger Seminar, das theologische, und die protestantische Kirche (1820—1840) I, 341 f.
Tultschin, russische Festung (1825) I, 150 f.
Tümpling, v., Kommandant des 6. preußischen Armeekorps (1870) III, 303. 386.
Tunis, die Korsaren von (1817) I, 62 f. Zustände (1859—1864) II, 547. III, 73 f. Eroberung Tunesiens durch die Franzosen (1881) IV, 146. 148. 152. 162. 167. 232. 253.
Turgenjew, Nikolaus, russischer Schriftsteller (1825) I, 150.
Turin, Unruhen in (1865) III, 101.
Türkei, die I, 27. 29 f. Zur Zeit des griechischen Aufstandes (1821 bis 1830) 132—148. 153—162. IV, 351. Im Kriege mit Rußland (1828 und 1829) 162—172. Krieg mit Ägypten (1831—1833) 402 bis 410. (1839—1841) 528—535. 536 f. 540. II, 6. Verhältnis zu Rußland, den Donaufürstentümern und Griechenland (1848—1852) 170—177. Zur Zeit des Krimkrieges (1853 bis 1856) 189—214. 218. 261. Zustände (1852—1859) 330—334. 336. 350. 353. (1859—1863) 422—426. 429. 546 f. (1863—1866) III, 68—74. Verhältnis zu Griechenland, Rumänien, Serbien, Ägypten (1866 bis 1870) 173—180. IV, 115. Die orientalische Frage und der russische Krieg (1875—1877) IV, 120—138. Innere Zustände (1878—1886) IV, 142—148. (1888—1900) IV, 232 bis 237.
Turkmantschai, Friede zu (1828) I, 162.
Turnen, das, in Deutschland, zur Zeit der Restauration (1815—1820) I, 42. 497.
Tutuila, Insel IV, 246.
Twer, Adelsversammlung zu (1862) II, 441.
Twesten, preußischer Abgeordneter (1862—1866) II, 501. 510. III, 32. 44.
Tyssowski, Arzt, in Krakau (1846) I, 499.

U

Uhland, Ludwig, deutscher Dichter (1815) I, 53. Württembergischer Abgeordneter (1833) 327. Mitglied des deutschen Parlaments (1848) II, 24. 64. IV, 338.
Uhlich, Prediger und Führer der freien Gemeinden (1844) I, 495.
Uhrich, französischer General, Kommandant von Straßburg (1870) III, 382—384.
Ujest, Herzog von, Mitglied des deutschen Zollparlaments (1868) III, 239.
Uitlanders in Transvaal IV, 250. 251.
Ulfilas, Bischof IV, 288.
Ullman, spanischer Guerillaführer (1823) I, 125.
Ullmann, badischer Kirchenrat (1861) II, 471.
Ultras, die, zur Zeit der Restauration in Frankreich (1815—1820) I, 66—79. 119. 122 f. 212. 258 f. 371.
Unbefleckten Empfängnis, Dogma der (1854) II, 253.
Unfehlbarkeit des Papstes, Dogma der, auf dem vatikanischen Konzil (1869—1870) III, 212 bis 217. 276. (1888—1900) IV, 10—12. 21. 26. 68. 111. 118. 199.
Unfindbare Kammer, die, in Frankreich (1815) I, 68 f.
Ungarn. Unter Kaiser Franz (1815 bis 1835) I, 57. 210—212. 401. 417. Zur Zeit Ferdinands I. (1835 bis 1848) 332 f. 500 f. Erhält eine besondere Regierung (1848) II, 15. 34 f. Aufstand und Kampf mit Kroatien 38—44. Franz Joseph wird Kaiser 46. Ungarn und die Gesamtstaatsverfassung 55. Krieg mit Österreich und Rußland (1849) 69 bis 72. Folgen desselben 181 f.

343. 351 f. 367. Verfassungsstreitigkeiten (1859—1865) 445—459. III, 40. Während des Krieges (1866) 134. 137. Ausgleich mit Österreich. Ungarn wird als selbständiges Königreich hergestellt (1867) 187 bis 194. Konsolidierung (1868 bis 1886) 203 f. 290 f. IV, 71—75. 77 bis 80. 136—138. 144. 145. 151. 152. 153.
Union, die Personal-, Englands und Irlands I, 189—191.
— die kirchliche, in Preußen (1817) I, 339 f. 494.
Unruh, v., Präsident der preußischen Nationalversammlung (1848) II, 50.
Upolu, Samoainsel IV, 246.
Urban, Baron, österreichischer Feldzeugmeister (1859) II, 364.
Urquhart, David, englischer Schriftsteller (1834) I, 409.
Usedom, Graf, preußischer Gesandter in Italien (1866) III, 112. 137.

V

Valdez, spanischer General (1834) I, 432.
Valengin, s. unter Neuenburg.
Valérien, Mont, Pariser Fort (1870 und 1871) III, 386. 410. Schlacht am M. V. 423. IV, 41.
Vandalen, Volksstamm IV, 288.
Vandenpeereboom, belgischer Kriegsminister (1898) IV, 271.
Vandeweyer, Mitglied der belgischen provisorischen Regierung (1830) I, 307.
Vansittart, englischer Minister (1825) I, 185.
Varennes, de, französischer Unterhändler (1833) I, 407.
Varna, die türkische Festung in Bulgarien (1828) I, 163 f. 166.
Varnbüler, Freiherr v., württembergischer Minister (1861—1870) II, 520. III, 33. 94. 109. 124. 235. 239. 247.
Vasco de Gama IV, 308.
Vassos, griechischer Oberst IV, 234. 236.
Vatismenil, v., französischer Minister (1828) I, 250. 257.
Vaublanc, französischer Minister (1816) I, 72.
Vaudrey, französischer Oberst (1836) I, 469.
Vay, Baron, ungarischer Minister (1849) II, 40. Hofkanzler (1860) 449. 455.
Vegezzi, italienischer Diplomat (1865) III, 95. 100.
Velletri, Gefecht bei (1849) II, 160.
Vendee, Aufstand in der (1832) I, 454 f. Kämpfe (1870) III, 416.
Venedig (Venezien), kommt an Österreich (1815) I, 14. Zustände (1815—1848) 90 f. 112. 552. 555. Revolution (1848) II, 129 f. 132. 135 f. 138 f. 154. 157. 161 f. Zur Zeit der Reaktion (1852—1859) 255. 264., des italienischen Krieges (1859) 364. 370 f. 373. 376. Zustände (1859—1863) 397—401. 430. 453 f. 457. 459. 539. III, 46 f. 50. (1863 bis 1866) 91—93. 96. 102. Zur Zeit des italienisch-österreichischen Krieges (1866) 104 f. 112., wird an den Kaiser der Franzosen abgetreten 132 f. 136 f., von diesem an Italien (1866) 143. 158. 206 f. 222. 250. IV, 115.
Venezuela IV, 261.
Venloo, niederländische Festung (1832) I, 313.
Verdun, der versuchte Rückzug der französischen Armee auf (1870) III, 321—323. 326. 329. 333. 343. Kapitulation 407.
Vereinigte Staaten von Nordamerika. Unter Präsident Monroe (1817—1825) I, 182. II, 551 f. Entschädigungsforderung an Frankreich (1831) I, 459. 461. Vergleich mit England (1846) 524. Krieg mit Mexiko und Einverleibung von Oberkalifornien, Neumexiko und Texas (1848) II, 554 f. Verhältnis zu Mexiko (1861) 556. 559. Verfassungsverhältnisse und Sklavereifrage. Abfall der Südstaaten 563 bis 570. Bürgerkrieg (1861—1864) 571—583. Verhältnis zu England (1865) III, 61 f. Zustände (1865 bis 1869) 146—152. Verhältnis zu Mexiko und Frankreich 155. 157. Die Alabamafrage (1867—1871) 168 f. Versuchter Ankauf von St. Thomas 184. Konflikt mit England wegen der Insel San Juan

(1872) IV, 87., mit Spanien (1873) IV, 96 (1888—1900) IV, 246. 257. 258—266. 329. 330.
Vereinigter Landtag in Preußen (1847) I, 484—490.
Verfassungskonflikt, der, in Preußen (1863—1866) II, 509. III, 29—32. 218 f. IV, 348. 349.
Vergara, Vertrag von (1839) I, 435.
Vergès, Priester, Mörder des Erzbischofs Sibour von Paris (1857) II, 228.
Verneville, Kampf um (1870) III, 327 f.
Verona, Fürstenkongreß zu (1822) I, 117 f. 121. 129 f. 144. 152. 179. 200 f. 207.
Versailles, Friede (1783) IV, 330. Das deutsche Hauptquartier zu V. (1870) III, 386. 390 f. 398. 409. 411. 417. Die Errichtung des neuen deutschen Kaisertums zu V. (1871) 422 f. Friedensunterhandlungen 424 f. Konvention 426 f. 431 f. 439. Präliminarfriede 440 f. IV, 7. Französische Regierung zu V. (1871) 444. IV, 41—47. 53.
Vetter, ungarischer General (1849) II, 71.
Veuillot, Louis, Redakteur des „Univers" (1853) II, 225 f.
Vial, neapolitanischer General (1860) II, 394.
Viale Prela, päpstlicher Nuntius in Wien (1855) II, 344.
Vicari, Hermann v., Erzbischof von Freiburg (1852—1860) II, 290. 470 f.
Vicenza, Schlacht bei (1848) II, 137 f.
Vicini, Advokat, Präsident der Vereinigten italienischen Provinzen (1831) I, 420.
Vicksburgh, Eroberung von (1863) II, 580.
Viktor, Herzog von Belluno, französischer Marschall, Kriegsminister (1821) I, 120 f.
Vidal, spanischer Oberst (1819) I, 84.
Vier Fragen eines Ostpreußen, Broschüre (1841) I, 481 f.
Vigny, Graf de, französischer Schriftsteller (1825) I, 241.
Viktor Emanuel I., König von Sardinien (1802—1821) I, 18. 91. 110.
— — II., desgl. (1849—1860) II, 157 f. 205. 211. 218. 256—259. 262—264. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1859) 356—365. 371. 373. Zur Zeit der Entstehung des Königreichs Italien (1859 bis 1861) 374—400. König von Italien (1861—1878) 401—403. III, 79. 95—97. 100 f. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1866) 111 f. 133., nach demselben 206 bis 208. 272. 291. 317 f. 371 f. IV, 38. 81. 89. 98. 100—102. Sein Tod (1878) IV, 104.
Viktoria I., Königin von England (seit 1837) I, 353. 373—380. 517 bis 519. 524. 561. II, 26. 213. 218. 230. 238 f. 249 f. 337. 428. 537. 539. III, 60. 62. 160—162. IV, 89. Kaiserin von Indien (1876) IV, 89. 238. 242.
— Tochter der vorigen, Kronprinzessin des Deutschen Reiches und von Preußen (seit 1857) II, 328.
Vilagos, Kapitulation der ungarischen Armee bei (1849) II, 72. 161.
Vilain, Vikomte, belgischer Minister (1852—1855) II, 270.
Villaflor, Herzog von Terceira, portugiesischer General (1830 bis 1848) I, 228 f. 428. 544.
Villafranca, Fürst, Vorsitzender der Regierungsjunta in Sizilien (1820) I, 93 f.
— Friedenspräliminarien von (1859) II, 6. 370 f. 373. 376. 378. 383—385. 387. 410—412. 464. 482.
Villamarina, Marquis v., sardinischer Gesandter auf dem Pariser Kongreß (1856) II, 211.
Villareal, Karlistengeneral (1835) I, 433.
Villèle, Joseph de, französischer Minister (1820—1827) I, 119 bis 123. 229—233. 236—238. 247. 249 bis 252. 258. 262 280. 446.
Villemain, französischer Gelehrter und Minister (1839) I, 252. 475. 558.
Villersexel, Sturm auf (1871) III, 420.
Villiers, englisches Parlamentsmitglied (1845) I, 523.
Villiers-Bretonneux, Erstürmung von (1870) III, 406.
Vilmar, kurhessischer Konsistorialrat und Literarhistoriker (1854) II 283.

Vincent, französischer General (1830) I, 272.
— Schlacht bei St., s. Saint Vincent.
Vincke, Georg v., preußischer Abgeordneter (1847—1863) I, 489. II, 329. 400. 487. 499. 505.
Vinesa, Domherr in Madrid († 1821) I, 115.
Vinoy, französischer General, Kommandant des 13. Armeekorps (1870) III, 348. 375. 378. 423. Gouverneur von Paris (1871) 424. 444. IV, 40.
Vionville, Schlacht bei (1870) III, 323—326.
Virchow, Professor, preußischer Abgeordneter (seit 1861) II, 325. III, 9 f. 243.
Virgil IV, 280.
Virginien, zur Zeit des nordamerikanischen Bürgerkrieges (1861 bis 1864) II, 572 f.
Visconti-Venosta, italienischer Minister (1870—1872) III, 319. 371. 543. IV, 100. (1898) 210.
Vitrolles, v., französischer Royalist (1818—1830) I, 75. 274. 277 f.
Vittoria, Herzog von, s. Espartero.
Vivian, Sir Robert, englisches Parlamentsmitglied (1831) I, 357.
Vivien, französischer Minister (1840) I, 556.
Vlämische Bevölkerung Belgiens I, 301. IV, 109.
Vogel von Falckenstein, preußischer General in Schleswig-Holstein (1864) III, 23. Befehlshaber der Mainarmee (1866) 114 f. 118. 140 f. Generalgouverneur von Hannover (1870) 303.
Vogorides, Alexander, Aleko Pascha, griechischer Fürst, Gouverneur von Ostrumelien (1879) IV, 97.
— Nikolaus, türkischer Statthalter der Moldau (1857) II, 331.
Vogt, Karl, Professor in Gießen, Mitglied des deutschen Parlaments (1849) II, 63.
Voigts-Rhetz, preußischer General (1866) III, 125. 128. Kommandant des 10. Armeekorps (1870) 303. 325. 401 f.
Voirel, Kommandant von Straßburg (1836) I, 469.
Völk, bayrischer Abgeordneter (1868) III, 240.
Volksverein, der preußische (1862) II, 507.
Vollmar, v., Reichstagsabgeordneter IV, 181.
Voltaire, IV, 330.
Volturno, Kampf am (1860) II, 397.
Voncqtal, Kampf im (1870) III, 346.
Vorparlament, das deutsche (1848) II, 20 f.
Voß, Johann Heinrich, deutscher Dichter, Professor in Heidelberg (1826) I, 152.
Vriones, Omer, Albanese, türkischer General (1821—1823) I, 138. 143 f.

W

Wächter, v., württembergischer Minister (1871) III, 440.
Waddington, französischer Minister (1876 und 1877) IV, 65. 67.
Wagener, Hermann, preußischer Geheimerat (1852—1862) II, 299. 313. 507.
Waghäusel, Gefecht bei (1849) II, 65
Wagner, v., württembergischer Kriegsminister (1870) III, 247.
Wahlgesetz, das französische (1824) I, 230—232. 237. (1831) 442 f. 446 f. (1842—1847) 569—573.
Währungsfrage in Amerika 259. 260; — in Deutschland IV, 260; — in England IV, 260; — in Österreich IV, 260; — in Rußland IV, 260.
Waitzen, Schlacht bei (1849) II, 71.
Walachei, die. Aufstand (1821) I, 136 f. Nach dem Vertrage von Akjerman (1826) 156. Im russisch-türkischen Kriege (1828) 165. 169. Verhältnis zu Rußland und der Türkei (1848—1852) II, 170—174. (1856) 212. Mit der Moldau zum Staate Rumänien vereinigt (1858) 332. 424 f. S. a. Rumänien.
Waldeck, Benedikt Franz Leo, preußischer Obertribunalrat und Abgeordneter (1848—1863) II, 47. 317. 490. 495. III, 10.
Waldeck-Rousseau, französischer Ministerpräsident (1899) IV, 213. 214. 218.

Waldenser, die, in Sardinien (1848) I, 554.
Wales, Aufstand in (1842 und 1843) I, 518 f.
Walewski, Graf, französischer Minister (1856—1860) II, 211. 213. 230. 232. 415. Präsident des gesetzgebenden Körpers (1865—1870) III, 89.
Walhalla, die, bei Regensburg (1830) I, 209.
Wallerstein, Fürst von, s. Öttingen-Wallerstein.
Wallis, die Wirren im Kanton (1833) I, 416.
Wallmoden, österreichischer General (1821) I, 110 f.
Wallon, französischer Deputierter (1875) IV, 64.
Wallonen, die, in Belgien I, 301. 305. IV, 109.
Wanderversammlungen, die deutschen (1828) I, 219. (1862) II, 514 f.
Wangenheim, Freiherr v., württembergischer Minister und Bundestagsgesandter (1816—1823) I, 53 f. 200 f. 207.
Ward, englisches Parlamentsmitglied (1834) I, 368.
Warschau, kommt an Rußland (1815) I, 13. Reichstag (1818) 103. Zur Zeit der polnischen Revolution (1830 und 1831) 388. 391—400. 448. Zusammenkunft (1849 und 1850) II, 71. 81. 172. (1860) 400. 430 f. Unruhen (1861—1863) 433—439. Zustände (1867 und 1868) III, 170 f.
Wartburg, die Gedenkfeier auf der (1817) I, 44 f. 322.
Washburne, nordamerikanischer Gesandter in Paris (1870) III, 385.
Washington, Kongreß zu (1835) I, 461. Senat und Repräsentantenhaus II, 564. Bundeshauptstadt der Union 573. Im nordamerikanischen Bürgerkriege (1862) 577.
Wawre, Schlacht bei (1831) I, 393.
Weber, Professor in Göttingen (1837) I, 330.
Wechabitensekte, die, in Arabien (1818) I, 145.
Weckerle, ungarischer Ministerpräsident (1894) IV, 200. 201.
Wehrpflicht, die allgemeine, in Preußen I, 216 f.
Weimar, Abgeordnetenversammlung zu (1862) II, 515.
Weis, Dr., bayrischer Abgeordneter II, 466.
Weißenburg, Schlacht bei (1870) III, 298. 307—309. 313. 315. 337.
Weitzel, nordamerikanischer General (1865) III, 147.
Welcker, Karl Theodor, Mitglied der badischen Kammer (1830) I, 319 f. und des deutschen Parlaments (1848) II, 11. 43. 52. 55.
Welden, Baron v., österreichischer Feldmarschall (1849—1852) II, 70. 138 f. 149.
Welfentum, das, in Hannover (1859—1866) II, 480 f. III, 33.
Wellesley, Marquis Richard v., Vizekönig von Irland (1824) I, 191.
Wellington, Arthur Wellesley, Herzog von, englischer Feldherr und Minister (1815—1846) I, 74. 118. 155. 171. 178 f. 191—195. 352 f. 358—360. 363 f. 369. 371. 375. 379. 518. II, 9. 201.
Wenkheim, Baron, ungarischer Minister (1867—1875) III, 190 f. IV, 78.
Wentzel, preußischer Abgeordneter (1858) II, 329.
Werbach, Gefecht bei (1866) III, 142.
Werder, General v., Befehlshaber des württembergisch-badischen Armeekorps (1870) III, 303. 382 bis 384. 415. 418—420. 432 f. 436.
Werner, preußischer Seekapitän (1874) IV, 95.
Werren, nassauischer Regierungsdirektor (1863) II, 478.
Werther, Baron v., preußischer Gesandter in Paris (1870) III, 275. 278. 295.
Wessenberg, v., Bistumsverweser von Konstanz (1815) I, 94.
— v., österreichischer Minister (1848) II, 36. 43 f. 133.
Westeräs, Reichstag (1527) IV, 314.
Westermayer, bayrischer Pfarrer und Abgeordneter (1870) III, 296 f.
Westfahlen, v., preußischer Minister (1855—1858), II, 316.
Westfalen, kommt an Preußen (1815) I, 16.

Westfälischer Frieden (1648) IV, 318.
Westgoten IV, 288.
Weyler, spanischer General IV, 262. 263.
Wette, de, Professor zu Berlin (1819) I, 64.
Wharncliffe, Lord, englisches Parlamentsmitglied (1831) I, 356 f. 360. Minister (1841—1846) 518.
Wheeler, englischer General (1857) II, 245.
Whigs, die, im englischen Parlament I, 32 f. 37 f. 108. 178. 310. 352—380. 409. 429. 518—524. 540. II, 238 f. 536—539. III, 63. 161 bis 163.
Wichern, Dr., preußischer Oberkonsistorialrat (1858) II, 323.
Wied, Prinzessin von, vermählt sich (1869) mit dem Fürsten Karl von Rumänien III, 175.
Wieland, IV, 328.
Wielopolski, Marquis, polnischer Magnat (1861) II, 432—434.
Wien. Der Kongreß zu (1814 und 1815) I, 9—25. 40. 51. 90 f. 105. 134. 184. IV, 335. Wiener Schlußakte (1820) 63. 65. 199. 323. 331. III, 48. 91. Ministerkonferenzen (1834) I, 326—328. Aufstand (1848) II, 14 f. 34—36. 39—45. 68. 148. Die Wiener Note und Konferenz zur Zeit des Krimkrieges (1853) 194—196. 198. Wiener Protokoll (1852) 277. Wiener Konferenzen (1856) 211. 306. Konferenz der österreichischen Bischöfe (1856) 346. Wiener Friede (1864) III, 24 f. 41. 44. 143. Die Preußen vor Wien (1866) 135. 187. Eröffnung des Reichsrats (1867) 191. Bei Proklamation der konfessionellen Gesetze (1868) 197. Schützenfest (1868) 204. Wiener Friede mit Italien (1866) 206. Weltindustrieausstellung (1873) IV. 75.
Wiggers, Moritz, Advokat in Schwerin (1849—1856) II, 281—283.
Wilberforce, englisches Parlamentsmitglied (1820—1833) I, 176. 185. 367.
Wildnis, Schlacht in der, im nordamerikanischen Bürgerkriege (1864) II, 582.
Wilhelm, Prinz von Baden (1866) III, 140.
— letzter Herzog von Braunschweig (1830—1884) I, 204. 315 f. II, 26. IV, 158.
— Prinz von Dänemark, s. Georgios, König von Griechenland.
— Deutscher Kaiser, König von Preußen. Als Prinz von Preußen (1848—1858) II, 17. 19. 64 f. Regent (1858—1861) 328—330. 372. 400. 412. 430. König von Preußen (seit 1861). Heeresreform 482 bis 492. Attentat Oskar Beckers (1861) 493. Krönung in Königsberg 493 f. Konfliktszeit (1862 und 1863) 494 bis 512. Verhältnis zur Bundesreform und zum Fürstentag (1863) 518. 526—530. Zur Zeit des Krieges mit Dänemark (1864) III, 7. 17. 20 f., des Wiener Friedens bis zur Konvention von Gastein (1864 und 1865) 25—33. 42 f. Stellung zu Österreich, Deutschland und Italien (1865 und 1866) 45—47. 50 f. 53. 102. Zur Zeit des Krieges gegen Österreich (1866) 105. 107. 113 f. 116. 119. 123 f. In der Schlacht bei Königgrätz 124—131. 133 f. Zur Zeit des Prager Friedens 142 bis 144. (1866—1870) 172. 218 f. 221. 224. 227. 229. 237—239. 249. 254. Kur in Ems und Kriegserklärung gegen Frankreich (1870) 275—285. 288. 292—297. Oberbefehlshaber im Kriege 302—307. 320 f. 326 bis 329. 332 f. 342 f. 346. 351—355. 367—369. 376 f. 380. 384. 386. 393. 398. 407. Deutscher Kaiser (seit 1870) 409 f. 422. 439. 443. 445. IV, 170. Tod (1888) 174., ferner 175. 230. 347—349. Zusammenkunft in Ischl und Salzburg (1871). Dreikaiserbündnis (1872) IV, 38. 81. 83. Schiedsrichter in der San-Juan-Frage (1872) IV, 88. Allianz mit Italien 100. Mordanfälle (1878) 139. Zusammenkünfte zu Alexandrowo (1879) 150. Danzig (1881) und Skierniewicze (1884) IV, 4. 7. 10. 18. 22—26. 34. 37. 151—156.
— II., Deutscher Kaiser, König von Preußen (seit 1888) IV, 175. 176. Handelsverträge IV, 176. Einweihung des Nordostseekanals IV,

177. Sozialgesetzgebung IV, 179. 180. Entlassung Bismarcks (1890) IV, 189. Reise nach Jerusalem (1898) IV, 189. 191. 220. Besuche an fremden Höfen IV, 191. 192. Thronrede (1897) IV, 194. Beziehungen zu Italien IV, 204., ferner IV, 267.
Wilhelm IV., Herzog von Clarence, König von England (1830—1837) I, 315 f. 328. 352—373.
— I., Kurfürst von Hessen (1803 bis 1821) I, 49. 62. II, 181.
— II., desgl. (1821—1847) I, 204 f. 317 f.
— I., König der Vereinigten Niederlande (1815—1830). König von Holland (1830—1840) I, 301 bis 313. 455. II, 8.
— II., König von Holland (1840 bis 1849), als Prinz von Oranien, im belgischen Befreiungskampfe (1830) I, 306 f. 310—312., als König II, 8.
— III., desgl. (seit 1849) II, 8. 411. III, 180. 229 f. IV, 106. Sein Tod (1890) IV, 268.
— Prinz von Oranien IV, 316. 322.
— Herzog von Mecklenburg, preußischer General (1870) III, 324. 377.
— I., König von Württemberg (1816 bis 1864) I, 53 f. 206 f. 503. II, 11 f. 59. 66. 76. 80 f. 230. 468 f. III, 33.
Wilhelmine, Königin der Niederlande (seit 1890) IV, 268. 269.
Wilhelmshaven an der Jade, wird deutscher Bundeskriegshafen (1867) III, 227.
Wilhelmshöhe, Schloß bei Kassel, Aufenthalt Kaiser Napoleons III. (1870) III, 355.
Wilkes, nordamerikanischer Schiffskapitän und die Trentaffäre (1861) II, 575.
Williams, englischer Offizier in Kars (1855) II, 209.
Willisen, v., preußischer General, Oberbefehlshaber der schleswig-holsteinischen Armee (1850) II, 78 f. 83.
— preußischer General (1862) II, 474.
Wilson, englischer General (1857) II, 244.
— Schwager des französischen Präsidenten Grévy IV, 215.
Wimpffen, Graf, österreichischer General in Italien (1859) II, 367 f.
— v., französischer General, Oberbefehlshaber bei Sedan (1870) III, 348—356.
Winchelsea, Earl of, englischer Lord (1829) I, 195.
Winckelmann IV, 328.
Windischgrätz, Fürst, österreichischer Feldmarschall (1848) II, 37. 42—45. 69 f. IV, 197.
Windthorst, hannöverischer Minister (1863—1866) II, 481. Abgeordneter im Deutschen Reichstage (seit 1871) IV, 15. 30. 182. 183. 186. 205.
Winter, badischer Staatsrat (1830) I, 320.
Winzingerode, Graf, württembergischer Minister (1820—1823) I, 62. 207.
Wirth, Advokat, und das Hambacher Fest (1832) I, 322.
— Präsident der Republik Sigmaringen (1848) II, 32.
Wislicenus, Prediger in Halle (1844) I, 495.
Wittgenstein, Fürst, preußischer Minister (1819 u. 1820) I, 60 f. 64.
— Graf, russischer General (1828) I, 163.
— Fürst, hessischer General, deutscher Reichsminister (1849) II, 63.
Wittich, v., preußischer General 1870) III, 389.
Witzleben, v., preußischer Oberst I, 216 f.
Wladimiresko, Theodor, walachischer Bojar (1821) I, 136 f.
Woche, die große, zu Paris, in der Julirevolution (26. Juli bis 7. Aug. 1830) I, 265—295. 305. 358.
Wohlgemuth, österreichischer General (1848) II, 128.
Wola, Schlacht bei (1831) I, 398 f.
Wolf, österreichischer Abgeordneter IV, 198. 199.
Wolochowski, französischer Deputierter (1848) II, 95.
Wolseley, englischer General (1882) IV, 147.
Wood, englischer Minister für Indien (1859) II, 550.
Worms, Einweihung des Lutherdenkmals zu (1868) III, 241. Reichstag (1521) IV, 309.

Woronzow, russischer General (1828) I, 163 f.
Wörth, Schlacht bei (1870) III, 298. 308—315. 337 f. 382.
Wrangel, Graf, preußischer Feldmarschall (1848—1866) II, 29 f. 48. 51. III, 17. 19. 23.
— Freiherr v., preußischer General (1866) III, 141.
Wrede, Fürst, bayrischer General (1813—1832) I, 323.
Württemberg. Das Königreich. Unter Friedrich I., zur Zeit des Wiener Kongresses (1815) I, 15. 19. 21., des Bundestages 39. 52 f. Unter Wilhelm I. (1816—1864) 53 f. 62—65. 200 f. 205—207. 219. 319. 327 f. Eintritt in den Zollverein (1829) 336. In den Revolutionsjahren (1848 und 1849) II, 12 f. 32. 59. 61—64. 66. Verhältnis zum Dreikönigsbündnis 68. 73 bis 76. In Holstein 77. Im Fahrwasser der Reaktion (1850—1859) 80 f. 279 f. 289. 354. In den letzten Jahren König Wilhelms (1861 bis 1864) 467—470. 517 f. 520. 523. III, 16. Karls I. Regierungsantritt (1864) 33 f. Verhältnis zum Königreich Italien 93 f. Im Kriege mit Preußen (1866) 108—110. 116. 119. 139—144. Zustände (1866—1870) 232. 234—236. 238 f. 245—248. Teilnahme am Kriege gegen Frankreich (1870 u. 1871) 292. 295. 297. 302 f. 307. 310. 347. 386. 390. 405 f., an der Wiederherstellung des deutschen Kaisertums 409. Im neuen Deutschen Reich IV, 7. Kirchliche Verhältnisse IV, 12. 24. 29. In der Eisenbahnangelegenheit (1876) IV, 34. Besuch Kaiser Wilhelms (1877) IV, 34.
Würzburg, kommt zu Bayern (1815) I, 19. Konferenzen (1848) II, 288. (1861) 520. (1866) III, 141 f.
Wycliffe, John, Professor in Oxford IV, 302. 303.
Wysocki, Peter, polnisch. Offizier, Anstifter des Aufstandes (1831) I, 388.

Y

Yamagata, japanischer General IV, 255.
Yankees, die, in Nordamerika II, 569 f.
Yeomanry, berittene Landmiliz, in Manchester (1819) I, 38.
Yermoloff, russischer General (1826) I, 154 f.
York, Herzog von, Sohn König Georgs III. von England (1825) I, 191.
Ypsilanti, Fürst Alexander, russischer General, und der Aufstand in den Donaufürstentümern (1821 bis 1828) I, 134—137. 140 f.
— Fürst Demetrios, Bruder des vorigen, im griechischen Befreiungskampfe (1822—1832) I, 141 f. 383. 385.
Ysenburg, Prinz von, Schwiegersohn des Kurfürsten von Hessen (1854) II, 283.

Z

Zacharias, Bischof von Rom IV, 291.
Zaimis, Mitglied der griechischen Regierung (1832) I, 383—386.
— griechischer Minister (1869) III, 174. 179.
Zamboni, päpstlicher Oberst (1831) I, 422.
Zamoiski, Graf, Adjutant des Großfürsten Konstantin in Warschau (1830) I, 389.
— Graf, polnischer Magnat (1862) II, 434.
Zante, Seeschlacht bei (1821) I, 141.
Zaragoza, mexikanischer General (1862) II, 558 f.
Zastrow, v., preußischer General, Kommandant des 7. Armeekorps (1870) III, 302. 313. 322. 400. 415. 418. 432. 436.
Zedlitz, v., preußischer Zivilkommissar in Schleswig-Holstein (1864) III, 19. 41.
Zedlitz-Trützschler, Graf v., IV, 183.
Zelewski, Leutnant IV, 193.
Zentner, v., bayrischer Minister (1820) I, 63.
Zentrumspartei im deutschen Reichstage. Bestrebungen und Ziele IV, 176. 182.

Zichy, Graf, österreichischer Gesandter in Berlin (1817) I, 44 f.
— Graf, Kommandant von Venedig (1848) II, 129.
— Graf, ungarischer Magnat (1848) II, 40.
Zillertaler, die, protestantische Tiroler in Schlesien (1837) I, 349.
Zimmermann, Hofprediger in Darmstadt, und die Gustav-Adolf-Stiftung (1842) I, 495.
Zitz, Mitglied des deutschen Parlamentes (1848) II, 20. 32.
Zola, Emile, französischer Schriftsteller IV, 217.
Zollverein, der deutsche (1829 bis 1866) I, 219. 336 f. 477. 497. 503. II, 16. 74. 80. 274. 277 f. 463. 513 bis 519. 549. III, 30. 34. 41. 45. 94. 144. 184. 224. 229 f. Zollbundesrat und Zollparlament (1866—1870) 233—241. 243. 248 f. Hamburgs Beitritt zum Zollverein (1882) IV, 15 f. 350.
Zorilla, spanischer Minister (1872) IV, 91—92.
Zucchi, päpstlicher General (1831 bis 1849) I, 420 f. II, 150.
Zulukaffern, Krieg Englands mit den (1879) IV, 161. 164.
Zumalacarregui, Thomas, Karlistengeneral (1834 und 1835) I, 427. 430. 432 f.
Zürich. Verfassungsreform (1831 bis 1833) I, 413 f. 416 f. Friede von Z. (1859) II, 373. 381. 429. Siegesfeier in der Tonhalle (1871) IV, 111.

Inhaltsverzeichnis.

Fünftes Buch.

Vom Frankfurter Frieden bis zur Gegenwart

1871—1900.

Seite

Vorwort V

Erster Abschnitt. Vom Frankfurter Frieden bis zum Ausbruch des russisch-türkischen Krieges. 1871—1877 . . 3

A. Die Großmächte:
1. Das Deutsche Reich 4
2. Frankreich 40
3. Oesterreich 68
4. Rußland 81
5. England 84

B. Mittlere und kleinere Staaten:
1. Spanien 89
2. Italien 97
3. Skandinavien 104
4. Belgien, Holland, Schweiz 106

Zweiter Abschnitt. Der russisch-türkische Krieg und seine Folgen. 1877—1878 120

Dritter Abschnitt. Die wichtigsten Ereignisse vom Berliner Frieden bis zum Tode Kaiser Wilhelms I. 1878—1888 141

Vierter Abschnitt. Das letzte Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts. Vom Tode Kaiser Wilhelms I. bis zur Gegenwart. 1888—1900.

1. Das Deutsche Reich 174
2. Österreich-Ungarn 194
3. Italien 203
4. Frankreich 210
5. Rußland 223

Seite

6. Die Balkanstaaten 228
7. Türkei; Griechenland 232
8. Großbritannien 238
9. Die außereuropäische Welt 246
10. Die Gruppen der pyrenäischen und der skandinavischen Staaten; die Niederlande, die Schweiz und Belgien . . 266

Rückblick 273

I. Geschichte des Altertums 275
II. Das Mittelalter 286
III. Vier Jahrhunderte der neueren Geschichte 308
IV. Neunzehntes Jahrhundert 331

Zeittafel über die Ereignisse seit 1814 355

Register zu der Geschichte der neuesten Zeit, Band I bis IV. Von 1815 bis zur Gegenwart 389

Verzeichnis
der Abbildungen und Karten.

Alexander, Prinz von Battenberg, Fürst von Bulgarien Zu Seite 225
Alexander III., Kaiser von Rußland . . . . . „ „ 225
Andrassy, Graf Julius, ungarischer Ministerpräsident und österreichischer Reichskanzler . . . . . „ „ 81
Beust, Graf Friedrich Ferdinand von, österreichischer Ministerpräsident und Reichskanzler . . . . . „ „ 81
Bismarck, Fürst Otto von . . . . . „ „ 191
Caprivi, Graf Georg Leo von, preußischer General und deutscher Reichskanzler . . . . . „ „ 189
Disraeli, Earl of Beaconsfield, englischer Minister „ „ 81
Döllinger, Ignaz, Stiftsprobst, Professor in München „ „ 17
Elisabeth, Kaiserin von Österreich . . . . . „ „ 270
Falk, Dr. Adalbert, preußischer Kultusminister . . . „ „ 17
Franz Joseph I., Kaiser von Österreich . . . . . „ „ 81
Friedrich III., Deutscher Kaiser und König von Preußen „ „ 174
Gladstone, William Edward, englischer Staatsmann „ „ 81
Hohenlohe-Schillingsfürst, Chlodwig, Reichskanzler „ „ 193
Humbert I., König von Italien . . . . . „ „ 97
Karl I., König von Rumänien . . . . . „ „ 225
Leopold II., König der Belgier . . . . . „ „ 107
Papst Leo XIII. . . . . „ „ 97
Nikolaus II., Kaiser von Rußland . . . . . „ „ 229
Oskar II., König von Schweden . . . . . „ „ 107
Wilhelm I., Deutscher Kaiser und König von Preußen . „ „ 39
Wilhelm II., Deutscher Kaiser und König von Preußen . „ „ 177
Wilhelm III., König von Holland . . . . . „ „ 107
Windthorst, Ludwig . . . . . „ „ 17
Karte Nr. 26: Europa nach dem Berliner Vertrage 1878 . „ „ 137



Aus Adami's Schulatlas Verlag von Dietrich Reimer (Ernst Vosen) in Berlin

BIBLIOTEKA NAUKOWA
WDP
t. XIX
315341
12